

Marcel Huber

Zäsuren

Was nach Inkrafttreten der Kapitulation
des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945
im Laufe von 81 Jahren für Aufsehen sorgte

Eine Chronik in fünf Bänden
Fünfter Band: 2000 bis 5. Mai 2026

Vorbemerkungen

- Dieses Nachschlagewerk listet markante Ereignisse vom 8. Mai 1945 bis 8. Mai 2026 auf.
- Der Rückblick dient als Gedankenstütze im wertfreien Nachrichtenstil.
- Als Quellen dienten hauptsächlich Tageszeitungen.
- Massgebend ist die Ortszeit des Ereignisses.
- Als Orientierungshilfe dienen die einleitenden Stichwörter.
- Empfohlen wird die Benutzung der Suchfelder.
- Schreibweisen und Akzente: Die Akzente in Fremdsprachen – französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch, serbo-kroatisch, polnisch, ungarisch, rumänisch, tschechisch, slowakisch, türkisch, isländisch usw. – werden so weit wie möglich berücksichtigt.
Beispiel: Milošević (*Milosevic*).
- In Suchfeldern werden Eintragungen ohne Akzente empfohlen. Beispiel Milosevic statt Milošević.
- Bei japanischen Namen steht der Familienname an erster Stelle. Beispiel: Abe Shinzo

Der Chronist: Marcel Huber*

14.05.2026

* Marcel Huber, geboren 1945, war von 1979 bis 2010
Auslandredaktor der «Berner Zeitung».

2020

Türkei/Libyen

Das türkische Parlament stimmt der Entsendung von Armeee Angehörigen nach Libyen zur Unterstützung der international anerkannten Regierung von Ministerpräsident Fayez al-Sarraj zu (**2.1.2020**).

USA/Iran/Irak

Der Befehlshaber der iranischen Al-Kuds-Brigaden, General Kassem Soleimani, kommt bei einem von US-Präsident Donald Trump angeordneten Drohnenangriff beim Bagdader Flughafen ums Leben (**3.1.2020**). Ebenfalls getötet wird Abu Mahdi al-Muhandis, stellvertretender Kommandant der irakischen Volksmobilisierungseinheiten (Hash al-Shaabi). Iran droht mit massiver Vergeltung.

Irak/USA

Das irakische Parlament fordert den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Land. Der Einsatz der von den USA geführten Anti-IS-Koalition müsse beendet werden (**5.1.2020**).

Iran

Iran will sich nicht mehr an Auflagen des Atomabkommens halten und sich bei der Anreicherung von Uran künftig keinerlei Beschränkungen unterwerfen (**5.1.2020**).

Kroatien

Der Sozialdemokrat Zoran Milanović (*Milanovic*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kroatien hervor (**5.1.2020**). Der ehemalige Ministerpräsident erhält rund 53 Prozent der Stimmen. Die Amtsinhaberin Kolinda Grabar Kitanović (*Kitanovic*) von der konservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) hat das Nachsehen.

Österreich

Erstmals erhält Österreich eine Koalitionsregierung aus Konservativen und Grünen (**7.1.2020**). Mit Sebastian Kurz stellt die Österreichische Volkspartei (ÖVP) den Bundeskanzler. Vizekanzler ist der Grünen-Chef Werner Kogler. Kurz war ab Dezember 2017 Vorsitzender einer Koalitionsregierung aus ÖVP und der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ), bis das Bündnis im Mai 2019 zerbrach.

Spanien

In Spanien erhält erstmals seit dem Ende des Franco-Regimes eine Koalitionsregierung (**7.1.2020**). Der Sozialist Pedro Pedro Sánchez (*Sanchez*) wird vom Parlament knapp als Regierungschef bestätigt. Bündnispartner des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) ist die Linkspartei Unidos Podemos von Pablo Iglesias. Sánchez ist auf die Unterstützung der katalanischen Linksrepublikaner – Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) – angewiesen.

Libyen

Truppen des libyschen Warlords Khalifa Hafter erobern nach eigenen Angaben die Hafenstadt Sirte (**7.1.2020**).

Iran/Ukraine

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Kurz nach dem Start im Teheraner Flughafen stürzt eine ukrainische Boeing 737 ab. Alle 176 Insassen kommen dabei ums Leben (**8.1.2020**). Drei Tage später (11.1.2020) räumt die iranische Führung ein, das Flugzeug sei versehentlich abgeschossen worden. Die Revolutionswächter übernehmen dafür die „volle Verantwortung“. Die ukrainische Boeing sei mit einem Marschflugkörper verwechselt worden.-

Oman

Der Herrscher von Oman, Sultan Qabus bin Said al-Said, stirbt nach fast 50 Jahre dauernder Herrschaft im Alter von 79 Jahren (**10.1.2020**). Die Nachfolge tritt sein Cousin Haithan bin Tariq al-Said an.

Grossbritannien/Nordirland

Drei Jahre nach dem Zusammenbruch der Einheitsregierung erhält Nordirland wieder eine Regierung aus der unionistischen Democratic Ulster Party (DUP) und der republikanischen Sinn Féin (**11.1.2020**). Arlene Foster (DUP) wird erneut First Minister. Gleichberechtigte Stellvertreterin ist Michelle O'Neill von Sinn Féin.

China (Republik China/Taiwan)

China (Volksrepublik China)

Trotz massivem Druck aus Peking wird die taiwanesishe Staatspräsidentin Tsai Ing-wen für eine zweite vierjährige Amtszeit wiedergewählt (**11.1.2020**). Präsidentin Tsai steht für einen selbstbewussten Kurs.

Malta

Robert Abela von der Labour Party (Partit Laburista) wird neuer Premierminister von Malta (**13.1.2020**). Er übernimmt die Nachfolge von Joseph Muscat, der wegen der Ermordung der Journalistin Daphne Caruana Carvana unter Druck geraten war und demissionierte.

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt Verfassungsreformen an. So sollen die Befugnisse des Parlaments gestärkt und der Staatsrat aufgewertet werden. Nationales Recht soll Vorrang vor Völkerrecht und internationalen Gerichten haben. Ministerpräsident Dmitri Medwedew tritt zurück und wird stellvertretender Vorsitzendes des Staatsrates. Sein Amt übernimmt Michail Mischustin, bisher Leiter der Steuerbehörde (**15.1.2020**).

USA/China

Entspannung im Handelsstreit USA-China. US-Präsident Donald Trump und der chinesische Vizeministerpräsident Liu He unterzeichnen ein erstes Teilabkommen. China soll künftig mehr US-Güter kaufen (**15.1.2020**).

USA

Ukraine-Affäre

Im US-Senat beginnt das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump. Ihm werden Machtmissbrauch und Behinderung der Ermittlungen des Kongresses in der Ukraine-Affäre vorgeworfen (vgl. 3.12.2019). Trump ist der dritte Präsident der Vereinigten Staaten, der sich einem Impeachment-Verfahren stellen muss (**16.1.2020**).

Libyen

Mit einem Waffenstillstand sowie internationaler Unterstützung für einen Friedensprozess soll der Bürgerkrieg in Libyen beendet werden. Das bereits bestehende, aber unwirksame Waffenembargo soll künftig respektiert und stärker als bisher kontrolliert werden. Darauf verständigten sich die Teilnehmer einer Konferenz zur Zukunft Libyens in Berlin (**19.1.2020**).

Griechenland

Mit Ekaterini Sakellaropoulou erhält Griechenland erstmals eine Staatspräsidentin. Die Staats- und Verfassungsrechtlerin erhält 261 der 300 Stimmen des Abgeordnetenhauses (**22.1.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

China

China kämpft mit drastischen Massnahmen gegen die Ausbreitung eines neuen Coronavirus (Sars-CoV-2). Die Elf-Millionen-Metropole Wuhan wird abgeriegelt. Alle Verkehrsverbindungen werden gestoppt. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Schutzmasken zu tragen (**23.1.2020**). Abschottungsmassnahmen werden danach auch in anderen Städten ergriffen. Von den Beschränkungen in 14 Städten sind rund 45 Millionen Menschen betroffen. Die ersten Infektionen in Wuhan waren im Dezember 2019 registriert worden. Das Coronavirus (Sars-CoV-2) attackiert neben der Lunge auch andere Organe massiv.

Myanmar/Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof fordert die Machthaber in Myanmar auf, Schritte zum Schutz der muslimischen Rohingya-Minderheit zu ergreifen (**23.1.2020**).

Italien

Ende der Siegesserie der rechtsradikalen Lega bei den Regionalwahlen in Italien. Die Partei von Matteo Salvini scheitert beim Versuch, die linke Emilia-Romagna zu erobern (**26.1.2020**).

Peru

In Peru wird ein neues Parlament gewählt (**26.1.2020**), nachdem Staatspräsident Martín Vizcarra im September 2019 die Volksvertretung aufgelöst hatte.

Das neue Parlament ist zersplittert. Keine Partei gewinnt über 11 Prozent Stimmenanteil. Fuerza Popular, die bisherige Mehrheitspartei von Keiko Fujimori wird abgestraft. Sie verliert 58 Sitze und ist nur noch mit 15 Abgeordneten vertreten. Die Partei Acción Popular wird stärkste Kraft mit 25 der 130 Sitze. Die Apristenpartei (Apra) verfehlt den Einzug ins Parlament.

Slowenien

Der slowenische Ministerpräsident Marjan Šarec (*Sarec*) tritt nach internen Streitigkeiten in seiner Regierung zurück (**27.1.2020**). Seine Mitte-links-Regierung war im August 2018 gebildet worden.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA

Westjordanland

US-Präsident Donald Trump stellt in Anwesenheit des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu einen Plan für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts vor (**28.1.2020**). Darin bekennt sich Trump zu einer „Zwei-Staaten-Lösung“ für Israel und die Palästinenser. Der von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner ausgearbeitete Plan sieht unter anderem vor, dass das Jordantal und alle jüdischen Siedlungen im Westjordanland zu israelischem Staatsgebiet werden. Insgesamt würden rund 30 Prozent des Westjordanlands Teil des israelischen Staates. Die Palästinenser sollen – unter strikten Voraussetzungen – einen eigenen Staat erhalten. Jerusalem soll die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben. Ein östlicher Teil Jerusalems würde Hauptstadt eines palästinensischen Staates. Der Plan wird von palästinensischer Seite vehement abgelehnt.

Covid-19/Corona-Krise

China/Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ruft wegen der steigenden Zahl an Infektionen mit dem neuen Coronavirus den internationalen Gesundheitsnotstand (gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite) aus (**30.1.2020**). Die chinesische Metropole Wuhan gilt als Ausgangsort des Virus. Inzwischen sind in China über 9600 Menschen erkrankt. Über 200 Patienten starben. Ausserhalb Chinas werden in rund 20 Ländern über 100 Infektionen registriert.

Anmerkungen:

- Das Coronavirus heisst Sars-CoV-2 und die von ihm ausgelöste Krankheit Covid-19 (Corona Virus Disease-19).
- Die Angaben über die Anzahl der Infizierten und der Todesfälle stützen sich auf amtliche Verlautbarungen, auf Statistiken der Johns Hopkins-Universität in Baltimore oder andere Quellen. Wegen unterschiedlicher Erfassungsmethoden sind die Zahlen in vielen Fällen begrenzt aussagekräftig.

Grossbritannien/EU

Grossbritannien verlässt die Europäische Union (**31.1.2020**). Grossbritannien war 1973 den Europäischen Gemeinschaften (EG) beigetreten. In einer elfmonatigen Übergangsphase – bis Ende 2020 – verbleibt Grossbritannien im Binnenmarkt und in der Zollunion. In dieser Periode soll über die künftigen Beziehungen verhandelt werden.

Irak

Der frühere irakische Kommunikationsminister Mohammed Tawfik Allawi wird nach fast zweimonatigem Tauziehen um die Nachfolge von Ministerpräsident Adel Abdul-Mahdi mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt (**1.2.2020**). Er scheitert jedoch mit seinen Bemühungen (**1.3.2020**).

Kosovo

Albin Kurti von der linksnationalistischen Partei Vetëvendosje wird vom kosovarischen Parlament zum neuen Regierungschef gewählt (**3.2.2020**). Vetëvendosje (Selbstbestimmung) und die Mitte-rechts-Partei Demokratische Liga (DLK) hatten sich vier Monate nach der Parlamentswahl auf ein Regierungsbündnis geeinigt.

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei

In der syrischen Provinz Idlib werden fünf türkische Soldaten bei einem Beschuss durch syrische Regierungstruppen getötet (**3.2.2020**). Nach dem Zwischenfall verstärkt die Türkei ihre Militärpräsenz in der Provinz Idlib. Im Rahmen einer Ende 2019 gestarteten Grosseffensive versuchen syrische Regierungstruppen die letzte Rebellenhochburg Idlib, in der die Jihadisten-Miliz Hayat Tahrir al Sham die stärkste Kraft ist, zurückzuerobern.

Malawi

Das Verfassungsgericht von Malawi annulliert wegen „systematischer und schwerer Unregelmässigkeiten“ das Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom Mai 2019 (**3.2.2020**). Amtsinhaber Peter Mutharika war nach offiziellen Ergebnissen mit 38,6 Prozent der Stimmen knapp als Sieger hervorgegangen.

USA

Ukraine-Affäre

Der US-Senat mit einer republikanischen Mehrheit lehnt eine Amtsenthebung von Präsident Donald Trump ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit kommt wie erwartet nicht zustande (**5.2.2020**). Mit 52:48 Stimmen wird der Anklagepunkt „Amtsmissbrauch“ und mit 53:47 Stimmen der Anklagepunkt „Behinderung des Kongresses“ verworfen.

Trump ist erst der dritte Präsident in der Geschichte der USA, gegen den ein Amtsenthebungsverfahren im Senat eröffnet wurde.

Auslöser des Verfahrens ist die Ukraine-Affäre. Die Demokraten beschuldigen Trump, den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski zu Ermittlungen gegen seinen politischen Rivalen Joe Biden gedrängt zu haben, um die US-Präsidentschaftswahl 2020 zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Deutschland

Politisches Beben in Deutschland: In Thüringen wird der Thomas Kemmerich von den Freien Demokraten (FDP) sowohl von der Christlich-Demokratischen Union (CDU) als auch mit Unterstützung der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) vom Landtag zum neuen Regierungschef gewählt. Er erhält eine Stimme mehr als der bisherige Amtsinhaber Bodo Ramelow von der Linken (**5.2.2020**). Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht von einem „unverzeihlichen Vorgang“. Das Ergebnis müsse wieder rückgängig gemacht werden. Unter massivem Druck tritt Kemmerich drei Tage später zurück.

Vier Wochen später (**4.3.2020**) wird Ramelow erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Die CDU-Abgeordneten enthalten sich der Stimme. Die FDP boykottiert die Abstimmung.

Rumänien

Das rumänische Parlament entzieht Ministerpräsident Ludovic Orban von der konservativen Nationalen Liberalen Partei (PNL) das Vertrauen (**5.2.2020**). Einen Monat später (**14.3.2020**) die Kehrtwende. Die Regierung Orban erhält das Vertrauen der Abgeordneten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der US-amerikanische Schauspieler Kirk Douglas stirbt im Alter von 103 Jahren (**5.2.2020**).

Irland

Überraschender Ausgang der Parlamentswahl in Irland (**8.2.2020**): Die linksgerichtete Partei Sinn Féin, ehemaliger politischer Arm der Untergrundorganisation IRA, erhält mit 24,53 Prozent den höchsten Stimmenanteil und wird mit 37 Mandaten (plus 15) zweistärkste Kraft knapp hinter Fianna Fáil mit 38 Sitzen (minus 7) und Fine Gale mit 35 Mandaten (minus 12). Bisher prägten jahrzehntlang die Parteien Fianna Fáil und Fine Gale die Politik Irlands

Schweiz

Homosexualität/LGBTIQ

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (Gesetz gegen Diskriminierung von Homo-, Hetero oder Bisexuellen) mit 63,1 Prozent Ja-Stimmen. Abgelehnt wird die Volksinitiative „mehr bezahlbare Wohnungen“ mit 57,1 Prozent Nein-Stimmen (**9.2.2020**).

Deutschland

Die Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union (CDU), Annegret Kramp Karrenbauer, verzichtet auf die Kanzlerkandidatur und will den Parteivorsitz mittelfristig abgeben (**10.2.2020**).

Schweiz/Deutschland/USA

Der US-Geheimdienst CIA und der deutsche Bundesnachrichtendienst BND verkauften laut Medienrecherchen jahrelang über die Firma Crypto AG im Kanton Zug manipulierte Chiffriergeräte. Über 100 Staaten wurden auf diese Weise ausspioniert (**11.2.2020**).

Deutschland

Terror in der hessischen Stadt Hanau (**19.2.2020**). Ein 43-jähriger Deutscher erschießt neun Menschen mit Migrationshintergrund, bevor er seine Mutter und sich selbst tötet.

Iran

Bei der Parlamentswahl in Iran gewinnen Hardliner und Konservative über 220 der 290 Sitze (**21.2.2020**). Der Wächterrath hatte reformorientierte Kandidaten von den Wahlen ausgeschlossen. Die Wahlbeteiligung erreicht mit 42,57 Prozent den tiefsten Stand seit der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979.

Covid-19/Corona-Krise

Italien/Korea (Südkorea)/China

Das von China ausgehende Coronasvirus Sars-CoV-2 und die dadurch ausgelöste Krankheit Covid-19 breiten sich auch in Europa und Südkorea aus.

- Im Norden Italiens werden elf Gemeinden von den Behörden abgeriegelt (**23.2.2020**). Mehr als 220 Menschen werden positiv getestet. Sechs Menschen sterben an der Krankheit.
- In Südkorea wird die höchste Warnstufe ausgerufen (**23.2.2020**). Die Zahl positiver Befunde steigt auf über 600. Fünf Patienten starben.
- In China steigt die Zahl der Infizierten auf über 77 000 und die Zahl der Toten auf über 2500.

Indien

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in mehrheitlich muslimischen Quartieren der indischen Hauptstadt Delhi kommen rund 50 Menschen ums Leben (**25.2.2020**).

Tunesien

Tunesien erhält eine neue Regierung unter Führung des früheren Finanzministers Elyes Fakhfakh (**27.2.2020**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei

Der Konflikt um die umkämpfte syrische Provinz Idlib spitzt sich zu. Bei einem Luftangriff syrischer Regierungstruppen werden über 30 türkische Soldaten getötet (**27.2.2020**). Die türkische Armee reagiert mit Vergeltungsschlägen. Es droht eine Konfrontation mit Russland, dem Unterstützer Syriens.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdoğan) fordert die Solidarität der Nato ein und setzt die Europäische Union (EU) unter Druck, indem er für Flüchtlinge und Migranten die Grenzen zu den EU-Nachbarstaaten öffnet. Damit droht das Scheitern des 2016 ausgehandelten Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei.

Abertausende Menschen versuchen nach Griechenland zu gelangen, werden aber von dortigen Sicherheitskräften am Grenzübertritt gehindert

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Die Schweizer Landesregierung stuft die Coronavirus-Situation als „besondere Lage gemäss Epidemiegesetz“ ein und verbietet Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen (**28.2.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Börsen/Börsenturbulenzen

Die Angst vor wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus Sars-CoV-2 sorgt für Turbulenzen an den Börsen. Nie mehr seit der Finanzkrise 2008 sind die Aktienkurse innerhalb einer Woche so stark gefallen. Die Aktien verlieren rund 10 Prozent ihres Wertes (**28.2.2020**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt/USA

Nach über 18 Jahren keimt Hoffnung auf Ende des Afghanistan-Konflikts. Vertreter der USA und der Taliban unterzeichnen in Doha ein Abkommen, das den schrittweisen Abzug der US-Truppen und ihrer Verbündeten aus Afghanistan binnen 14 Monaten vorsieht. In einem ersten Schritt soll die Zahl der US-Soldaten innert 135 Tagen von rund 13 000 auf 8600 reduziert werden. Die Taliban verpflichten sich, internationalen Terrororganisationen keine Zuflucht zu gewähren und mit der afghanischen Regierung über die politische Zukunft des Landes zu verhandeln (**29.2.2020**).

Slowakei

Politischer Umbruch in der Slowakei: Die konservativ-populistische Partei Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten (O'LaNO) des ehemaligen Unternehmers Igor Matovič (*Matovic*) geht mit einem Stimmenanteil von rund 25 Prozent und 53 Mandaten (plus 34) als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Die bisherige linkspopulistische Linkspartei Smer-SD von Expremier Robert Fico erhält 38 Sitze (minus 11) und muss sich mit dem zweiten Platz begnügen. Drittstärkste Kraft ist die rechtspopulistische Partei Sme Rodina (Wir sind eine Familie) mit 17 Sitzen (plus 6). Das bei der Europawahl 2019 erfolgreiche liberale Bündnis aus Progressiver Slowakei (PS) und Spolu verpasst knapp den Einzug ins Parlament (**29.2.2020**).

Frankreich

Über 40 000 Änderungsanträge zur umstrittenen Rentenreform in Frankreich lähmen die Debatte in der Nationalversammlung. Premierminister Édouard Philippe greift auf eine Sonderklausel der Verfassung zurück. Der Gesetzesentwurf wird ohne Abstimmung von der Nationalversammlung angenommen und nach gescheiterten Misstrauensanträgen an den Senat weitergeleitet (**29.2.2020**).

Malaysia

Wechsel an der Spitze der Regierung Malaysias (**1.3.2020**). Nach dem überraschenden Rücktritt von Premierminister Mahathir Mohamad wird Muhyiddin Yassin zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Sein Parteienbündnis Perikatan Nasional wird von der United Malays National Organisation (UMNO) unterstützt. Die Verliererin der Wahlen von 2018 kehrt damit an eine einflussreiche Position zurück.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der nicaraguanische Befreiungstheologe, Dichter und ehemaliger Kulturminister Ernesto Cardenal stirbt im Alter von 95 Jahren (**1.3.2020**).

Israel

Zum dritten Mal binnen eines Jahres finden in Israel Parlamentswahlen statt (**2.3.2020**). Die Likud-Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu geht zwar mit 36 Mandaten (plus 4) als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor, doch die politische Pattsituation bleibt bestehen, da ihm und seinen Verbündeten für die Mehrheit in der Knesset drei Sitze fehlen (58 von 120 Mandaten). Das Mitte-rechts-Bündnis Blau-Weiss von Benny Gantz erhält wie bei der letzten Wahl 33 Mandate. Auch das Mitte-links-Lager erreicht mit 55 Sitzen keine Mehrheit. Drittstärkste Kraft ist erneut die Vereinte Liste (arabische Parteien) mit 15 Sitzen (plus 2). Noch nie sind so viele arabische Abgeordnete in der Knesset vertreten. Es folgt die ultraorthodoxe Shas mit 9 Mandaten (unverändert), Je sieben Mandate gewinnen die gemeinsame Liste von Arbeitspartei, Gesher und Meretz (minus 3), die sekulär-nationalistische Partei Israel Beiteanu (Unser Haus Israel) von Avigdor Lieberman (minus 1) und das Vereinigte Thora-Judentum (unverändert). Sechs Sitze erhält die Siedlerpartei Yamina (minus 1).

USA

Im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der US-Demokraten gewinnt der frühere Vizepräsident Joe Biden am Super Tuesday überraschend in zehn Teilstaaten. Senator Bernie Sanders siegt in vier Staaten (**3.3.2020**). Der ehemalige New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg und die Senatorin Elizabeth Warren geben ihre Kandidatur auf. Damit kommt es zu einem Duell zwischen Joe Biden, der das moderate Lager vertritt, und Bernie Sanders vom linken Parteiflügel.

Im Lager der Republikaner ist US-Präsident Donald Trump konkurrenzlos.

Slowenien

Janez Janša (*Jansa*) von der konservativen Demokratischen Partei (SDS) wird zum dritten Mal slowenischer Ministerpräsident (**3.3.2020**).

Ukraine

Der ukrainische Ministerpräsident Oleksi Hontscharuk tritt nach nur halbjähriger Amtszeit zurück (**4.3.2020**). Sein Nachfolger wird Denys Schmyhal.

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei/Russland

Um eine weitere Eskalation der Lage in der umkämpften nordsyrischen Region Idlib zu verhindern, vereinbaren die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan (Erdoğan), einen Waffenstillstand und die Schaffung eines zwölf Kilometer breiten Sicherheitskorridors mit russisch-türkischen Patrouillen (**5.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Italien

Zur Eindämmung der Covid-19-Epidemie ergreift die italienische Regierung drastische Massnahmen (**9.3.2020**): Ganz Italien wird zur Schutzzone. erklärt, die Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt. Betroffen sind 60 Millionen Menschen. Ministerpräsident Giuseppe Conte ruft seine Landsleute auf, möglichst zu Hause zu bleiben. Als Ausnahmen gelten Einkaufen, wenn man zu Arbeit muss sowie Arztbesuche und die Hilfe für alte oder kranke Verwandte. Wer seinen Wohnort verlassen will, muss nun nachweisen, dass dies dringend notwendig ist. Kinos und Theater sind landesweit geschlossen. Mittlerweile sind rund 10 000 Infizierte registriert worden, über 600 Menschen sind an Covid-19 verstorben. Italien ist das vom Coronavirus Sars-CoV-2 am meisten betroffene Land Europas. Zwei Tage später folgt eine weitere Verschärfung der Massnahmen: Auch alle Restaurants, Bars, Hotels und Einkaufszentren müssen schliessen. Nur Lebensmittelläden und Apotheken bleiben geöffnet.

Börsen/Börsenturbulenzen

Erdöl/Erdölpreise

Schwarzer Montag an den Börsen (**9.3.2020**). Die Sorgen um die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Epidemie und der Preiskampf zwischen den Ölförderstaaten Russland und Saudiarabien sorgen weltweit für einen Kurssturz an den Börsen. Der Dow Jones verliert über sieben Prozent. Der Preis für Rohöl bricht um 30 Prozent ein; der stärkste Rückgang seit fast 30 Jahren. Ein Barrel der Sorte Brent kostet zeitweise 31 Dollar.

Russland

Die russische Staatsduma und der Föderationsrat stimmen der von Präsident Wladimir Putin vorgeschlagenen Verfassungsreform zu (**11.3.2020**). Die Staatsduma ebnet den Weg für eine Verfassungsänderung, die Wladimir Putin einen Verbleib im Amt bis 2036 ermöglicht. Nach der bisherigen Verfassung hätte Putin seinen Posten 2024 räumen müssen. Um Putin den Machterhalt zu ermöglichen, sollen die Amtszeiten des Präsidenten erst nach dem Inkrafttreten der Verfassungsreform gezählt werden.

Covid-19/Corona-Krise

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärt die Covid-19-Epidemie zur Pandemie (**11.3.2020**). 4291 Menschen seien bisher gestorben. Inzwischen gebe es mehr als 118 000 mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 Infizierte in 114 Ländern.

Covid-19/Corona-Krise

USA/EU/Schengen-Raum/Norwegen/Island/Schweiz/Liechtenstein

US-Präsident Donald Trump verfügt wegen der Covid-19-Pandemie einen 30-tägigen Einreisestopp für alle Personen, die sich in den letzten zwei Wochen in den 26 Ländern des Europäischen Schengen-Raums aufgehalten haben (**11.3.2020**). Trump wirft europäischen Politikern vor, sie seien nicht energisch genug gegen die Verbreitung des Coronavirus vorgegangen.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Als erster Kanton der Schweiz ruft das Tessin wegen der Covid-19-Pandemie den Notstand aus. Theater, Skigebiete, Discos, Kinos, Gymnasien und Hochschulen werden geschlossen (**11.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Börsen/Börsenturbulenzen

Nach der offiziellen Pandemie-Erklärung der Weltgesundheitsorganisation (vgl. 11.3.2020) brechen die Börsen weltweit ein. Mit minus elf Prozent in London und mit minus zehn Prozent in New York werden die grössten Verluste seit dem Börsencrash vom Oktober 1987 registriert (**12.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

In Deutschland haben sich mittlerweile mehr als 4400 Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert (**13.3.2020**). Weite Teile des öffentlichen Lebens kommen zum Erliegen. In den Bundesländern werden die Schulen geschlossen. Die Regierung kündigt unbegrenzte Kreditprogramme an, um die Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern. Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert eine Absage aller öffentlichen Veranstaltungen. Auch sollen die Bundesbürger auf Sozialkontakte, wenn möglich, verzichten. Die Spitäler wurden aufgefordert, in den Notfallmodus zu schalten. Gesundheitsminister Jens Spahn ruft Reiserückkehrer aus Italien, der Schweiz und Österreich zu einer zweiwöchigen Selbstisolation auf.

Covid-19/Corona-Krise

USA

US-Präsident Donald Trump ruft den nationalen Notstand aus. Damit können bis zu 50 Milliarden Dollar für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie eingesetzt werden (**13.3.2020**). Das Repräsentantenhaus stimmt einem Hilfspaket zu. Dieses sieht kostenlose Tests auf das Virus, zwei Wochen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, mehr Arbeitslosengeld und eine Aufstockung von Lebensmittelhilfen für Kinder, Familien und Ältere vor.

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

Staatspräsident Emmanuel Macron verkündet wegen der Covid-19-Pandemie die Schliessung aller Schulen, Hochschulen und Kindergärten (**12.3.2020**). Restaurants, Läden und Bars müssen schliessen (**14.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Der Bundesrat verfügt wegen der Covid-19-Pandemie die Schliessung aller Schulen und Hochschulen bis mindestens zum 4. April, verbietet alle öffentlichen und privaten Veranstaltungen ab 100 Personen. In Restaurants, Bars und Diskotheken dürfen sich maximal 50 Personen gleichzeitig aufhalten. Die Einreise von Italien in die Schweiz wird weiter eingeschränkt, doch dürfen Grenzgänger weiterhin einreisen, wenn sie eine Bewilligung haben. An sämtlichen Grenzen werden „lageabhängig“ Kontrollen durchgeführt. Um die Folgen für die Wirtschaft abzufedern, stellt die Landesregierung 10 Millionen Franken zur Verfügung (**13.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Das Land werde „auf Minimalbetrieb“ heruntergefahren, erklärt der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (**13.3.2020**). Schulen und Hochschulen werden geschlossen sowie alle Geschäfte, die nicht für die Grundversorgung notwendig sind. Der Flugverkehr nach Italien, Frankreich, Spanien und in die Schweiz wird eingestellt und es verkehren keine Züge von und nach Italien. An den Grenzen zur Schweiz sollen Kontrollen eingeführt werden, wie sie bereits an den Übergängen nach Italien gelten. Zwei Gebiete im Bundesland Tirol stehen unter Quarantäne.

Covid-19/Corona-Krise

Spanien

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) verkündet wegen der Covid-19-Pandemie den estado de alarma, den nationalen Alarmzustand (**14.3.2020**). Die Menschen dürfen das Haus nur noch verlassen, um zur Arbeit zu gehen oder um lebensnotwendige Besorgungen zu machen. Spanien ist mit über 7700 Infizierten und über 280 Todesfällen das am zweitstärksten von der Covid-19-Pandemie betroffene Land in Europa nach Italien,

Covid-19/Corona-Krise

Polen

Die polnische Regierung beschliesst wegen der Covid-19-Pandemie, die Grenzen für alle Ausländer zu schliessen (**13.3.2020**). Alle internationalen Flug- und Zugverbindungen werden ausgesetzt. Geschäfte und Restaurants werden geschlossen.

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Die österreichische Regierung verfügt wegen der Covid-19-Pandemie für das ganze Land eine „Ausgangsbeschränkung“. Für Ausnahmen soll es nur drei Gründe geben: Berufsarbeit, notwendige Besorgungen und wenn man Menschen helfen muss. Restaurants und Bars werden geschlossen. Das Aussenministerium erlässt eine Reisewarnung für die Schweiz. Landsleute werden zur Rückreise aufgefordert. Der Flug- und Zugverkehr in die Schweiz wird (ab 16.3.2020) eingestellt (**15.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Die Schweizer Landesregierung ruft wegen der Corona-Krise die „ausserordentliche Lage“ aus. Er regiert im nächsten halben Jahr per Notrecht (**16.3.2020**).

- Bis mindestens 19. April müssen alle Geschäfte mit Ausnahme von Lebensmittelläden und Apotheken sowie Restaurants, Kinos, Theater, Wellnesszentren usw. schliessen.
- Öffentliche und private Veranstaltungen sind verboten.
- Der öffentliche Verkehr wird eingeschränkt.
- Zur Unterstützung des Gesundheitswesens kann der Bundesrat bis zu 8000 Armeeingehörige aufbieten. Die Armee soll auch die Polizei und das Grenzwachskorps unterstützen. Es handelt sich um die grösste Mobilmachung der Armee seit dem Zweiten Weltkrieg.
- Der Bundesrat appelliert an die über 65-Jährigen und an anderen Risikogruppen mit Vorerkrankungen, daheim zu bleiben..
- Die Frühjahrssession der eidgenössischen Räte wird abgebrochen.

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

Die deutsche Regierung und die Bundesländer vereinbaren weitere einschneidende Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Geschäfte, Bars, Diskotheken, Theater, Kinos und Museen sollen geschlossen werden. Offen bleiben Lebensmittelgeschäfte und Apotheken (16.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron verfügt wegen der Covid-19-Pandemie für mindestens zwei Wochen Ausgangsbeschränkungen. Bürgerinnen und Bürger dürfen nur noch das Haus verlassen, um dringende Besorgungen zu tätigen, notwendige Arztbesuche zu absolvieren oder zur Arbeit zu gehen. „Wir sind im Krieg gegen einen unsichtbaren Feind“, erklärt Macron (16.3.2020). Die zweite Runde der Gemeindewahlen wird verschoben.

Covid-19/Corona-Krise

EU/Die Europäische Union (EU) schliesst für vorläufig 30 Tage ihre Aussengrenzen, um das Coronavirus Sars-CoV-2 wirkungsvoller zu bekämpfen. Bürger aus Drittstaaten sollen nicht mehr in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Der Einreisestopp gilt auch für die vier Nicht-EU-Länder Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein, die Teil des Schengen-Raums sind (17.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Belgien

Die belgische Regierung verfügt wegen der Covid-19-Pandemie Ausgangsbeschränkungen. Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, zu Hause zu bleiben, um eine weitere Verbreitung des Coronavirus Sars-CoV-2 zu vermeiden (17.3.2020).

Belgien

Die geschäftsführende belgische Premierministerin Sophie Wilmès bildet eine Minderheitsregierung. Ihr gehören neben dem frankophonen Mouvement Réformateur (MR) von Sophie Wilmès die flämischen Christdemokraten (Christen Democratisch en Vlaams/CD&V) und flämischen Liberalen (Open Vlaamse Liberalen en Democraten/Open VLD) an (17.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Luxemburg

Der luxemburgische Regierungschef Xavier Bettel ruft wegen der Corona-Krise den Notstand aus (17.3.2020). Die Regierung verfügt strenge Ausgangsbeschränkungen.

Covid-19/Corona-Krise

USA

Die US-Regierung verstärkt den Kampf gegen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. US-Präsident Donald Trump spricht von einer „sehr schwierigen Situation“. „Es ist ein Krieg“ (18.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Russland

Russland schliesst wegen der Covid-19-Pandemie seine Grenzen für Ausländer. Die Schulen sollen ab 25. März landesweit geschlossen werden (18.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Portugal

Portugal verhängt wegen der Covid-19-Pandemie den Ausnahmezustand. Staatsoberhaupt Marcelo Rebelo de Sousa erklärt, die Gesellschaft, das Gesundheitssystem und die Wirtschaft stünden vor einer «nie dagewesenen Herausforderung» (18.3.2020)

Covid-19/Corona-Krise

Niederlande

Die niederländische Regierung stellt klar, dass sie nicht beabsichtige, möglichst viele Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 anstecken zu lassen, um einen immunologischen Schutzwall um alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen zu errichten (19.3.2020). Auch in den Niederlanden steht das öffentliche Leben weitgehend still. Schule, Geschäfte und Restaurants sind geschlossen.

Covid-19/Corona-Krise

Italien

Die Covid-19-Pandemie hat in Italien bisher 3402 Tote gefordert (19.3.2020).

Am schwersten betroffen ist die Stadt Bergamo. Bis Ende März werden 670 Tote registriert. In der Nacht vom 18. auf den 19. März werden mit Militärlastwagen Dutzende Särge zu Krematorien in der Umgebung gebracht, da die heimischen Krematorien überlastet sind. Die Bilder lösen weltweit Trauer und Entsetzen aus

Covid-19/Corona-Krise

USA

Der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom ruft alle Bewohner auf, zu Hause zu bleiben, um eine weitere Ausbreitung des Coronavirus Sars-CoV-2 zu stoppen (19.3.2020). Am Tag darauf (20.3.2020) erlässt der Gouverneur des Staates New York, Andrew Cuomo, einen ähnlichen Appell. Menschen sollten auch nicht zur Arbeit das Haus verlassen, es sei denn, sie stellten unverzichtbare Dienste zur Verfügung. „Wir sind jetzt alle in Quarantäne“, sagt Cuomo.

Inzwischen haben sich in den USA laut Angaben der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore über 19 600 Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. 258 Menschen sind an Covid-19 gestorben.

Die Grenzen zu Kanada und Mexiko werden wegen der Corona-Krise für den Personenverkehr weitgehend geschlossen.

Covid-19/Corona-Krise

Mehr als 10 000 Menschen sind bisher weltweit nach einer Infizierung mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 gestorben und über 270 000 sind positiv auf das Virus getestet worden (**20.3.2020**). Viele Länder haben den Notstand ausgerufen, die Grenzen dicht gemacht oder Ausgangsbeschränkungen verhängt.

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

In Grossbritannien wird wegen der Covid-19-Pandemie der Schulbetrieb eingestellt. Restaurants, Pubs, Kinos, Theater, Fitnessclubs, müssen schliessen (**20.3.2020**). Die britische Regierung hatte sich mit drastischen Massnahmen bisher zurückgehalten. In Grossbritannien wie auch in den Niederlanden wird diskutiert, ob sich Menschen möglichst schnell mit dem Coronavirus infizieren sollten, um immun zu werden.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Die Schweizer Landesregierung verschärft die Massnahmen im Kampf gegen das Coronavirus Sars-CoV-2. Ansammlungen von mehr als fünf Personen werden verboten. Wer sich nicht daran hält kann gebüsst werden (**20.3.2020**).

Zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise will der Bundesrat über 40 Milliarden Franken zur Verfügung stellen. Mit dem bisher grössten Hilfspaket für die Wirtschaft will die Landesregierung Löhne sichern und den Unternehmen Liquidität verschaffen (20.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Italien

Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte verfügt wegen der Corona-Krise die Schliessung aller Fabriken und Unternehmen, deren Produkte und Dienstleistungen für das Funktionieren der Gesellschaft nicht notwendig sind (**21.3.2020**).

Italien zählt inzwischen über 59 000 Coronavirus-Infizierte und rund 5500 Covid-19-Todesfälle.

Slowakei

Igor Matovič (*Matovic*) von der konservativ-populistischen Partei Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten (O'LaNO) wird neuer slowakischer Ministerpräsident (**21.3.2020**). Er bildet ein Regierungsbündnis mit der rechtspopulistischen Partei Sme Rodina (Wir sind eine Familie).

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

Kontaktbeschränkungen in ganz Deutschland wegen der Corona-Krise: Treffen von mehr als zwei Personen in der Öffentlichkeit werden verboten. Darauf einigen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Regierungschefs der Bundesländer. Gastronomiebetriebe werden bundesweit geschlossen (**22.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

Der britische Premierminister Boris Johnson verfügt wegen der Corona-Krise drastische Ausgangsbeschränkungen. Versammlungen von mehr als zwei Personen sind verboten. „Sie müssen zu Hause bleiben, um Tausende von Menschenleben zu retten“ appelliert Johnson an die Bevölkerung (**23.3.2020**). Grossbritannien zählt über 8000 Coronavirus-Infizierte und über 420 Covid-19-Todesfälle.

Tschad

In Tschad kommen bei Angriffen der Jihadistenmiliz Boko Haram über 90 Regierungssoldaten ums Leben (**23.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

In Frankreich wird wegen der Corona-Krise der Gesundheitsnotstand verhängt (**24.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Indien

Der indische Premierminister Narendra Modi verfügt wegen der Corona-Krise für die 1,3 Milliarden Bürgerinnen und Bürger des Landes eine dreiwöchige Ausgangssperre (**24.3.2020**).

Börsen/Börsenturbulenzen

USA

Inmitten der Corona-Krise legt der Dow Jones mehr als 2100 Punkte zu. Die New Yorker Wall Street verzeichnet den grössten Tagesgewinn seit fast 90 Jahren (**24.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Olympische Spiele/Japan

Zum ersten Mal in der Sportgeschichte werden Olympische Spiele verschoben. Wegen der Corona-Krise werden die für den Sommer 2020 geplanten Olympischen Sommerspiele in Tokio auf das kommende Jahr 2021 verschoben (**24.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

Zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Krise schnürt der Deutsche Bundestag ein milliardenschweres Hilfspaket, das grösste seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (**25.3.2020**). Um die Milliardenhilfen für Unternehmen, Selbständige, Arbeitnehmer, Familien und Spitäler zu finanzieren, stimmen die Abgeordneten einem Nachtragshaushalt von 156 Milliarden Euro zu. Hinzu kommt ein 600 Milliarden Euro umfassender „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“. Die Schuldenbremse wird ausser Kraft gesetzt (**25.3.2020**).

Kosovo/USA

In Kosovo wird Ministerpräsident Albin Kurti von der linksnationalistischen Partei Vetëvendosje nach nur sieben Wochen im Amt durch ein Misstrauensvotum gestürzt (**25.3.2020**). Als Strippenzieher des Konflikts gilt der US-Sondergesandte Richard Grenell. Kurti bleibt bis Anfang Juni geschäftsführend im Amt.

USA/Venezuela

Die USA erheben Anklage gegen den venezolanischen Staatschef Nicolás Maduro wegen Drogenhandels und Geldwäsche und setzen ein Kopfgeld von 15 Millionen Dollar aus (**26.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

USA

Der USA- beschliessen im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Krise ein Hilfsprogramm im Umfang von rund zwei Billionen Dollar. US-Präsident Donald Trump unterzeichnet eine entsprechende vom Kongress verabschiedete Vorlage. Es handelt sich um das umfangreichste Hilfspaket in der Nachkriegsgeschichte der USA (**27.3.2020**).

- Um den Konsum anzukurbeln, sollen alle erwachsenen US-Bürgerinnen und Bürger einen Scheck von 1200 Dollar erhalten.
- Das Hilfspaket sieht rasche Hilfen für kleine Unternehmen und Milliardenkredite für die von der Corona-Krise betroffenen Konzerne vor. Mehr als hundert Milliarden Dollar sollen zudem an Spitäler und in die Gesundheitsversorgung fliessen. Finanzielle Unterstützung erhalten auch Gliedstaaten, Städte und Gemeinden. Auch werden Zahlungen und Bezugsdauer von Arbeitslosengeld ausgeweitet.
- Gleichzeitig reaktiviert Präsident Donald Trump den Defence Production Act, um die Produktion von Beatmungsgeräten zu beschleunigen. Mit dem Gesetz kann die Regierung in Krisenzeiten Unternehmen verpflichten, bestimmte Aufträge anzunehmen.

Inzwischen haben sich in den USA über 100 000 Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. Besonders hart betroffen ist New York. Die USA sind damit weltweit das Land mit den meisten Infektionsfällen. Mehr als 1500 Menschen sind bisher in den USA an Covid-19 gestorben.

Covid-19/Corona-Krise

China

China schliesst wegen der Corona-Krise die Grenzen für Ausländer. Mit Ausnahme von Diplomaten dürfen keine Ausländer einreisen (**28.3.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Spanien

Die spanische Regierung verschärft die Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus Sars-CoV-2 (**29.3.2020**). Alle Arbeitnehmer, die nicht in wesentlichen Sektoren tätig sind, müssen zu Hause bleiben. Nach Italien ist Spanien in Europa das Land mit den meisten Coronavirus-Infektionen. Insgesamt haben sich rund 85 000 Menschen infiziert. Die Zahl der wegen Covid-19 Verstorbenen steigt auf mehr als 7300 (Stand 30.3.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Russland

Der Bürgermeister von Moskau, Sergei Sobjanin, verschärft die bereits für ältere Bewohner geltenden Ausgangsbeschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Krise. Die Menschen sollen daheim bleiben, ausser sie müssen zur Arbeit, zur Apotheke oder zum nächstgelegenen Supermarkt (**30.3.2020**).

Präsident Wladimir Putin verfügt arbeitsfreie Wochen bei voller Lohnfortzahlung bis Ende April.

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Österreich verschärft die Bestimmungen zur Eindämmung der Covid-19-Erkrankungen. Beim Einkaufen sollen Schutzmasken getragen werden (**30.3.2020**). Laut offiziellen Angaben wurden in Österreich bisher rund 9300 Personen positiv auf das Coronavirus Sars-CoV-2 getestet. 108 Menschen starben an Covid-19.

Covid-19/Corona-Krise

Ungarn

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) sichert sich mit dem vom Parlament verabschiedeten „Gesetz zum Schutz gegen das Coronavirus“ weitgehende Machtbefugnisse (**30.3.2020**). Es gilt ein unbegrenzter Ausnahmezustand. Orbán kann ohne zeitliche Begrenzung per Dekret regieren, die Gewaltenteilung ist de facto ausgesetzt. Kritiker sprechen von einem „Ermächtigungsgesetz“.

Covid-19/Corona-Krise

USA

Die USA sind das neue Epizentrum der Covid-19 Pandemie. In Bezug auf die Zahl der mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infizierten Menschen sind die USA mit 200 000 Fällen weltweit am schwersten betroffen. Bisher starben in den USA laut Johns-Hopkins-Universität in Baltimore mehr als 5100 Menschen an Covid-19, davon mehr als 1100 in New York. US-Präsident Donald Trump spricht von „harten Tagen“, die auf die Bevölkerung zukommen werden (**2.4.2020**).

Die Corona-Krise trifft den US-Arbeitsmarkt mit voller Wucht. In der letzten Märzwoche meldeten sich 6,6 Millionen Menschen arbeitslos. In der Woche zuvor waren es 3,3 Millionen.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Wegen der grossen Nachfrage verdoppelt der Bundesrat die Bundesgarantie für Notkredite zugunsten Coronavirus-geschädigter Klein- und Mittelbetriebe von maximal 20 auf 40 Milliarden Franken (**3.4.2020**).

Laut offiziellen Angaben gibt es in der Schweiz über 20 000 Coronavirus-Infizierte und 621 Covid-19-Todesfälle (Stand 4.4.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Weltweit gibt es laut Statistiken der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore inzwischen über eine Million Menschen, die sich mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert haben. An Covid-19 sind rund 58 000 Menschen gestorben (**4.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

Königin Elizabeth II. ruft das britische Volk in einer Fernsehansprache dazu auf, der Corona-Krise mit typisch britischer Selbstdisziplin und stiller Entschlossenheit zu begegnen sowie den Anweisungen der Regierung Folge zu leisten und zu Hause zu bleiben (**5.4.2020**). Am gleichen Abend wird der britische Premierminister Boris Johnson wegen Covid-19 ins Spital gebracht und muss danach vorübergehend in der Intensivstation betreut werden.

In Grossbritannien wurden bisher über 53 000 Personen positiv auf das Coronavirus Sars-CoV-2 getestet. Über 5000 Menschen starben an Covid-19 (6.4.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Japan

In Japan wird wegen der Covid-19-Pandemie in 7 der 47 Präfekturen der Notstand ausgerufen (**7.4.2020**).

Ecuador

Ein Gericht in Ecuador verurteilt den früheren Staatschef Rafael Correa wegen Korruption zu acht Jahren Gefängnis (**7.4.2020**). Correa lebt im Exil in Belgien.

Covid-19/Corona-Krise

China

Die chinesische Regierung hebt nach 76 Tagen die wegen der Covid-19-Pandemie verfügte Abriegelung der Elf-Millionen Stadt Wuhan auf (**8.4.2020**). In der Hauptstadt der Provinz Hubei wurden Ende 2019 die ersten Infektionen mit dem neuen Coronavirus registriert.

In China haben sich nach offiziellen Angaben bisher mehr als 81 000 Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 angesteckt, über 3300 Menschen starben an Covid-19.

USA

Senator Bernie Sanders steigt aus dem Rennen der Demokraten um das Präsidentenamt der USA aus (**8.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Der Bundesrat verlängert die wegen der Corona-Krise verhängten drastischen Massnahmen um eine Woche bis zum 26. April und kündigt gleichzeitig eine schrittweise Lockerung der Einschränkungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens ab Ende April an (**8.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Rund 1,6 Millionen Menschen wurden bisher weltweit mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 angesteckt; über 102 000 Menschen starben an Covid-19 (**11.4.2020**).

- Am schwersten betroffen sind die USA (rund 20 000 Todesfälle), Italien (über 19 000), Spanien (rund 16 000), Frankreich (rund 13 800) und Grossbritannien (rund 9800). Die USA zählen mit mehr als 500 000 die meisten Coronavirus-Infizierten der Welt
- In der Schweiz wurden bisher rund 24 700 Coronavirus-Infizierte registriert. Über 1000 Menschen starben im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung.

Erdöl/Erdölpreis/Opec

Um einen weiteren Preiserfall am Erdölmarkt zu verhindern, beschliesst die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) eine Drosselung der Erdölförderung um täglich 9,7 Millionen Fass. Die Produktionskürzung entspricht rund 10 Prozent der täglichen Ölförderung. Es handelt sich um die grösste Kürzung die jemals vorgenommen wurde (**12.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Vatikan

Menschenleerer Petersplatz am Ostersonntag in Rom: Papst Franziskus spendet wegen der Corona-Krise den österlichen Segen Urbi et Orbi in Anschluss an die Ostermesse im Petersdom in Anwesenheit einer kleinen Gemeinde (**12.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Österreich lockert als eines der ersten Länder Europas die Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Zunächst dürfen kleine Läden sowie die Bau- und Gartenmärkte wieder öffnen (**14.4.2020**). Ab 1. Mai gelten die Ausgangsbeschränkungen nicht mehr. Alle Geschäfte dürfen am 2. Mai wieder öffnen, Restaurants und Lokale ab Mitte Mai.

Covid-19/Corona-Krise

USA//Weltgesundheitsorganisation (WHO)

US-Präsident Donald Trump lässt die Beitragszahlungen an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stoppen. Es müsse überprüft werden, welche Rolle die WHO bei der „schlechten Handhabung und Vertuschung der Ausbreitung des Coronavirus“ gespielt habe (**14.4.2020**).

Korea (Südkorea)

Bei der Parlamentswahl in Südkorea gewinnt die Democratic Party von Präsident Moon Jae In zusammen mit ihrem Koalitionspartner mit 180 der 300 Sitze die absolute Mehrheit (**15.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Der Bundesrat beschliesst die einschneidenden Massnahmen gegen das Coronavirus stufenweise ab 27. April zu lockern. In einem ersten Schritt sind sämtliche Behandlungen in Spitälern, bei Ärzten, Zahnärzten und Physiotherapeuten wieder gestattet. Coiffeursalons, Baumärkte und Gartencenter dürfen wieder öffnen (**16.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Spanien

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) verlängert den Mitte März wegen der Covid-19-Pandemie verhängten Alarmzustand bis zum 9. Mai. Die Zahl der Coronavirus-Infizierten ist inzwischen auf rund 200 000 gestiegen – die höchste Infiziertenrate in Europa. Die Zahl der an Covid-19 verstorbenen Menschen steigt auf über 20 000 (**18.4.2020**).

Israel

Der amtierende israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu von der konservativen Likud-Partei und sein Herausforderer Benny Gantz vom Mitte-rechts-Bündnis Blau-Weiss einigen sich mit Verweis auf die angespannte Lage durch die Corona-Krise auf die Bildung einer „nationalen Notstandsregierung“ (**20.4.2020**). Geplant ist eine Rotation im Amt des Premierministers. Zunächst soll Netanyahu Regierungschef bleiben; nach 18 Monaten soll Gantz sein Amt übernehmen. Netanyahu ist seit März 2009 ununterbrochen Ministerpräsident

Erdöl/Erdölpreis

Turbulenzen am Erdölmarkt: Der Preis für ein Fass der Nordsee-Erdölsorte Brent fällt unter 20 Dollar (**20.4.2020**). Wegen der Corona-Krise ist die Nachfrage nach Erdöl massiv gesunken.

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

In Deutschland gilt wegen der Covid-19-Pandemie Schutzmaskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und für Geschäfte (**22.4.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

EU

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) einigen sich auf ein Coronavirus-Soforthilfsprogramm im Umfang von rund 500 Milliarden Euro für die von Kurzarbeit betroffenen Menschen, für Unternehmen und für den Gesundheitssektor. Die EU-Kommission wird beauftragt, möglichst rasch einen Wiederaufbaufonds für die von der Covid-19-Pandemie gebeutelte Wirtschaft vorzulegen (**23.4.2020**.)

Covid-19/Corona-Krise

Weltweit wurden bisher rund 2,9 Millionen Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 angesteckt; über 203 000 Menschen starben in Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung (**26.4.2020**).

- Die meisten Todesfälle (fast 54 900) und Infektionen (über 900 000) verzeichnen die USA. In Italien starben bisher über 26 000 Menschen an Covid-19, in Spanien fast 23 000, in Frankreich und 22 600 und in Grossbritannien 20 300. In Grossbritannien wird die Zahl der Todesfälle Ende April auf rund 26 000 korrigiert, da bisher nur die Sterbefälle in Spitälern und nicht in Pflegeheimen berücksichtigt wurden. Spanien verzeichnet mit 223 000 die zweithöchste Zahl an Infektionen mit dem Coronavirus.

- In der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein liegt die Zahl der laborbestätigten Infektionsfälle bei 29 000. 1337 Menschen starben im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung.

Covid-19/Corona-Krise

Italien

Die italienische Regierung kündigt nach fast sieben Wochen Stillstand eine schrittweise Lockerung der drastischen Massnahmen gegen die Covid-19-Pandemie ab 4. Mai an. Viele Bereiche der Wirtschaft sollen ab diesem Datum wieder voll arbeiten dürfen (**26.4.2020**).

Jemen/Jemen-Konflikt

Im Süden von Jemen rufen Separatisten die Selbstverwaltung aus und brechen das im November des Vorjahres zwischen der international anerkannten Regierung Jemens und dem Southern Transitional Council (STC) geschlossene Friedensabkommen (**26.4.2020**). Ende Juli (29.7.2020) rücken die Separatisten von ihrer Selbstverwaltungsforderung ab.

Covid-19/Corona-Krise

USA

In den USA überschreitet die Zahl der mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infizierten Menschen die Grenze von einer Million (28.4.2020). An den Folgen der Pandemie sterben über 60 000 Menschen. Die USA sind das von der Corona-Krise am schwersten betroffene Land.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Der Bundesrat beschliesst eine schnellere Lockerung der Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus Sars-CoV-2 als ursprünglich geplant (**29.4.2020**). Ab 11. Mai dürfen neben Läden und Schulen auch Restaurants, Museen und Bibliotheken wieder öffnen. Grossveranstaltungen bleiben jedoch bis Ende August verboten.

Covid-19/Corona-Krise

Russland

In Russland ist die Zahl der an Covid-19 verstorbenen Menschen nach Angaben der Behörden auf über 1000 gestiegen. Mehr als 100 000 Menschen haben sich mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. Am schwersten betroffen ist die Hauptstadt Moskau (**30.4.2020**). Der von Präsident Wladimir Putin wegen der Corona-Krise verfügte „arbeitsfreie Monat April“ wird bis zum 10. Mai verlängert.

Covid-19/Corona-Krise

EU

Mit 7,4 Milliarden Euro soll die Suche nach einem preiswerten Impfstoff sowie Medikamenten gegen das Coronavirus unterstützt werden. Darauf einigen sich Staats- und Regierungschefs aus aller Welt bei einer von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen organisierten Videokonferenz (**4.5.2020**).

Schweiz

Covid-19/Corona-Krise

Nach sieben Wochen dauernder Zwangspause wegen der Corona-Krise treten die eidgenössischen Räte zu einer ausserordentlichen Session zusammen – erstmals nicht im Bundeshaus, sondern in den Berner Expo-Messehallen

(4.5.2020). Das Parlament billigt die vom Bundesrat beschlossenen Kredite im Umfang von rund 57 Milliarden Franken zur Bewältigung der Corona-Krise.

Deutschland

Europäische Zentralbank/Europäischer Gerichtshof

Das deutsche Bundesverfassungsgericht beanstandet Beschlüsse der Europäischen Zentralbank und rügt auch den Europäischen Gerichtshof. Die Europäische Zentralbank müsse ihren Kauf von Staatsanleihen nachvollziehbar begründen (5.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

In Deutschland werden die wegen der Corona-Krise verfügten einschneidenden Massnahmen gelockert. Sämtliche Geschäfte sollen wieder öffnen dürfen und der Schulbetrieb soll wieder hochgefahren werden (6.5.2020).

Israel

Das Oberste Gericht Israels ebnet den Weg für eine fünfte Amtszeit von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Es gebe keine Rechtsgrundlage dafür, Netanyahu wegen einer Korruptionsanklage an der Bildung einer Regierung zu hindern (6.5.2020).

Irak

Nach monatelangem Tauziehen kann sich das irakische Parlament auf die Wahl eines Nachfolgers des im November 2019 zurückgetretenen Regierungschefs Adel Abdul-Mahdi einigen. Neuer Premierminister wird der bisherige Geheimdienstchef Mustafa al-Kadhimi. Er ist der erste Regierungschef nach dem Sturz von Saddam Hussein, der nicht der islamischen Dawa-Partei nahesteht (6.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In der Schweiz ist die Zahl der Kurzarbeitenden wegen der Corona-Krise auf 1,9 Millionen gestiegen – 37 Prozent der gesamten Erwerbsbevölkerung. Die Arbeitslosenrate beträgt 3,4 Prozent (7.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

USA

Die Corona-Krise kostet in den USA Millionen Menschen mindestens zeitweise den Job. Die Arbeitslosenquote stieg im April laut offiziellen Angaben auf 14,7 Prozent. Es handelt sich um die höchste Quote seit 1948. Vor Beginn der Krise lag die Quote bei 3,5 Prozent (8.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In der Schweiz tritt die zweite Lockerung der Massnahmen im Kampf gegen das Coronavirus Sars-CoV-2 in Kraft (11.5.2020). Der Betrieb der obligatorischen Schulen wird wieder aufgenommen. Alle Läden und Märkte, Restaurants, Bars und Museen dürfen wieder öffnen. Die öffentlichen Verkehrsmittel verkehren wieder nach ordentlichem Fahrplan. Weitere Lockerungen folgen.

Covid-19/Corona-Krise

Russland

Trotz der drastisch steigenden Zahl der mit Coronavirus Sars-CoV-2 infizierten Menschen in Russland erklärt Präsident Wladimir Putin den Ende März wegen der Corona-Krise eingeführten bezahlten Urlaub für beendet (11.5.2020). Die Gouverneure sollen entscheiden, welche Industriebetriebe in ihren Regionen wieder die Arbeit aufnehmen dürfen. Mit über 232 000 gemeldeten Coronavirus-Infektionen liegt Russland weltweit an zweiter Stelle hinter den USA. Über 2100 Menschen sind an Covid-19 verstorben.

Covid-19/Corona-Krise

Italien

Die italienische Regierung beschliesst ein Hilfspaket im Umfang von 55 Milliarden Euro zur Unterstützung der wegen der Corona-Krise in Not geratenen Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger (13.5.2020).

Ruanda

In einem Vorort nordwestlich von Paris wird Félicien Kabuga gefasst. Seit 1994 war nach ihm gefahndet worden, da er eine der Schlüsselfiguren des Völkermords in Ruanda sein soll (16.5.2020).

Israel

Nach 18 Monate des politischen Tauziehens und drei Parlamentswahlen ohne klare Mehrheiten erhält Israel eine neue Regierung unter Führung des Likud-Chefs und seit elf Jahren ohne Unterbruch regierenden Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Bündnispartner ist der frühere Generalstabschef Benny Gantz vom Mitte-rechts-Bündnis Blau-Weiss. Gantz wird Verteidigungsminister und „alternierender Ministerpräsident“. Er soll im November 2021 Netanyahu an der Spitze der Regierung ablösen (17.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Brasilien

In Brasilien steigt die Zahl der mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infizierten Menschen drastisch an (**18.5.2020**). Mit rund 255 000 Infizierten liegt Brasilien weltweit an dritter Stelle nach den USA (1,5 Millionen) und Russland (299 000).

Covid-19/Corona-Krise

EU

Die Europäische Union (EU) soll nach dem Willen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Schäden der Corona-Krise weitere 500 Milliarden Euro für einen Wiederaufbaufonds zur Verfügung stellen. Der deutsch-französische Vorschlag für ein European Recovery Program sieht vor, dass die EU-Kommission Kredite bis zu 500 Milliarden Euro aufnehmen kann, um Hilfsprogramme für besonders von der Corona-Krise geschädigte Staaten zu finanzieren (**18.5.2020**). Österreich, die Niederlande, Schweden und Dänemark („Die sparsamen Vier“) legen einen Gegenentwurf vor. Dieser sieht Hilfe nur mit rückzahlbaren Krediten statt Zuschüssen vor.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas fühlt sich nicht mehr an bestehende Abkommen und Vereinbarungen mit Israel und den USA gebunden (**19.5.2020**). Die palästinensische Autonomiebehörde beendet die Sicherheitskooperation mit Israel und dem US-Geheimdienst CIA. Abbas reagiert damit auf die Annexionspläne Israels im Westjordanland. Ähnliche Drohungen hatte er bereits früher geäußert, diese aber nicht umgesetzt.

Burundi

Neuer Staatschef in Burundi: Der Kandidat der Regierungspartei, Évariste Ndayishimiye, wird zum Sieger der Präsidentenwahl (**20.5.2020**) erklärt. Er tritt die Nachfolge von Pierre Nkurunziza an, der seit 2005 an der Macht war. Der 55 Jahre alte Nkurunziza erlitt zehn Wochen vor der Amtsübergabe einen Herzinfarkt.

Lesotho

Nach monatelangem Machtkampf wird der bisherige Finanzminister Mooketsi Majoro neuer Regierungschef des Königreichs Lesotho. Er löst Thomas Thabane ab, der im Verdacht steht, an der Ermordung seiner ehemaligen Frau beteiligt gewesen zu sein (**20.5.2020**). Thabane war in den Jahren 2012 bis 2015 und ab 2017 Ministerpräsident.

„Open Skies“-Vertrag

USA/Russland

Die USA kündigen den Austritt aus dem „Open Skies Treaty“ an und werfen Russland Vertragsverletzungen vor (**21.5.2020**). Ein Jahr später steigt auch Russland aus. Das 1992 von der Nato und dem ehemaligen Warschauer Pakt vereinbarte Abkommen ermöglicht die gegenseitige Luftüberwachung.

Covid-19/Corona-Krise

Weltweit haben sich laut Angaben der Johns Hopkins-Universität in Baltimore mehr als fünf Millionen Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. Etwa 328 000 starben bisher im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung (**21.5.2020**).

China

Die Corona-Krise belastet die Wirtschaftsplanung Chinas. Erstmals seit 1990 verzichtet die Regierung auf ein Wachstumsziel. Zum Auftakt des Nationalen Volkskongresses erklärt Ministerpräsident Li Keqiang, die Regierung werde „wegen der grossen Unsicherheiten“ keine Prognose abgeben. Gleichzeitig kündigt der Regierungschef ein Konjunkturpaket im Umfang von umgerechnet rund einer halben Billion Euro und die Schaffung von neun Millionen neuen Arbeitsplätzen an (**22.5.2020**). Im ersten Quartal 2020 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 6,8 Prozent eingebrochen. Es war der erste Rückgang seit Jahrzehnten.

China /USA

China wirft den USA vor, die Beziehungen zwischen beiden Ländern „an den Rand eines neuen kalten Krieges“ zu bringen (**24.5.2020**).

USA

In Minneapolis (Minnesota) kommt der 46-jährige Afroamerikaner George Floyd bei einem Polizeieinsatz ums Leben (**25.5.2020**). Dies löst in den USA eine der bisher grössten Demonstrationswellen mit gewalttätigen Ausschreitungen aus. In rund 40 Städten werden nächtliche Ausgangssperren verhängt. In 15 US-Staaten und im Hauptstadtbezirk Washington wird die Nationalgarde mobilisiert.

Die Proteste gegen Rassismus der Bewegung „Black Lives matter“ lösen weltweit Solidaritätskundgebungen aus. 13 Monate später wird ein weisser Polizist, der sein Knie fast neuneinhalb Minuten in den Nacken des Afroamerikaner gedrückt hatte, zu 22 Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt (25.6.2021).

Suriname

In Suriname verliert die bisher regierende National Democratic Party des bisherigen Machthabers Desiré „Dési“ Bouterse die Parlamentswahl. Stärkste Kraft ist die oppositionelle Progressive Reform Party (VHP). Sie gewinnt 20

(plus 11) der 51 Sitze. Die National Democratic Party verliert 10 Mandate und ist mit 16 Abgeordneten vertreten (25.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

EU

Die Europäische Union (EU) plant zur Bewältigung der Corona-Krise einen Wiederaufbaufonds („Next Generation EU“) im Umfang von rund 750 Milliarden Euro. Davon sollen 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse und 250 Milliarden Euro als Kredite fließen (27.5.2020).

Covid-19/Corona-Krise

USA

Nach Verlautbarungen der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore sind in den USA mehr als 100 000 Menschen im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben (27.5.2020).

China/Hongkong

Der chinesische Volkskongress spricht sich ungeachtet massiver internationaler Kritik für ein umstrittenes Sicherheitsgesetz in Hongkong aus (28.5.2020).

USA/Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die USA stellen die Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein (29.5.2020) und verkünden einige Wochen später (7.7.2020) den Austritt ab Juli 2021. US-Präsident Donald Trump wirft der WHO vor, zu spät über die Gefahr des Coronavirus informiert zu haben und von China beeinflusst zu werden.

Russland

Umweltkatastrophen

In der nordsibirischen Stadt Norilsk laufen rund 21 000 Tonnen Diesel aus dem Tanklager eines Heizkraftwerkes aus und versuchen umliegende Gewässer (29.5.2020). Der russische Staatspräsident Wladimir Putin ruft für das betroffene Gebiet den Notstand aus.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

USA

Erstmals seit rund neun Jahren starten Astronauten von den USA aus zur Internationalen Raumstation ISS (30.5.2020). Es ist zugleich der erste bemannte Flug eines Privatunternehmens – Space X des Milliardärs Elon Musk – zur ISS. Der Andockmanöver der Raumkapsel Crew Dragon verläuft reibungslos.

Covid-19/Corona-Krise

Brasilien

In Brasilien haben sich bisher mehr als eine Million Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. Nach den USA ist Brasilien das Land mit den meisten Infektionen. Nahezu 30 000 Menschen sind im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben (31.5.2020).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der in Bulgarien geborene Künstler Christo (Christo Wladimirow Jawaschew) stirbt im Alter von 84 Jahren (31.5.2020). Christo und seine Frau Jeanne-Claude wurden durch Verhüllungsaktionen berühmt.

USA

US-Präsident Donald Trump droht angesichts anhaltender Ausschreitungen bei Antirassismus-Protesten in zahlreiche Städten des Landes mit dem Einsatz der Armee und fordert die Gouverneure in den betroffenen US-Staaten zu härterem Durchgreifen auf (1.6.2020). Die Krawalle haben sich inzwischen auf mindestens 140 Städte ausgedehnt. Auslöser der Proteste ist der Tod des Afroamerikaners George Floyd nach einem Polizeieinsatz in Minneapolis (25.5.2020).

Deutschland

Die deutsche Regierung will mit einem Konjunkturpaket im Umfang von 130 Milliarden Euro die Wirtschaft in der Corona-Krise ankurbeln (3.6.2020).

Kosovo

Avdullah Hoti von der Demokratischen Liga (LDK) wird mit knapper Mehrheit zum neuen Ministerpräsidenten von Kosovo gewählt (3.6.2020). Er ist Nachfolger des Ende März durch einen Misstrauensantrag gestürzten Regierungschefs Albin Kurti von der linksnationalistischen Partei Vetëvendosje.

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Österreich stellt nach rund drei Monaten Corona-Beschränkungen wieder vollständige Reisefreiheit zu seinen Nachbarländern mit Ausnahme von Italien her (4.6.2020).

Libyen/Türkei

Im libyschen Bürgerkrieg deutet sich eine Wende an. Die Milizverbände der international anerkannten Regierung von Ministerpräsident Fayed al-Sarraj vertreiben mit türkischer Unterstützung die Truppen des Rebellenführers Khalifa Haftar aus Gebiet der Hauptstadt Tripolis (**4.6.2020**).

Schweden

34 Jahre nach der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme präsentiert die Staatsanwaltschaft einen mutmasslichen Mörder, der vor 20 Jahren verstarb: Stig Engström, bekannt als „Skandia-Mann“. Die Strafuntersuchungen werden eingestellt (**10.6.2020**).

Spanien

Das spanische Parlament beschliesst zur Bekämpfung der Armut ein minimales Grundeinkommen zwischen 462 und 1015 Euro pro Monat (**10.6.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

EU/Schengen-Raum

Europa kehrt zurück zur Reisefreiheit zurück. Fast alle Schengen-Staaten heben die wegen der Corona-Krise verfügbaren Einreisebeschränkungen wieder auf (**15.6.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Nach drei Monaten eingeschränkter Reisefreiheit wegen der Corona-Krise öffnet die Schweiz wieder die Grenzen für Bürgerinnen und Bürger der Schengen-Staaten. Damit gilt wieder die volle Personenfreizügigkeit (**15.6.2020**).

Indien/China

Bei Auseinandersetzungen zwischen indischen und chinesischen Soldaten im Galwan-Tal, im umstrittenen Grenzgebiet von Ladakh, kommen mindestens 20 indische Armeeeingetragene ums Leben (**15.6.2020**). Erstmals seit 45 Jahren fordert der Grenzstreit zwischen China und Indien Tote.

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Rückschlag für die innerkoreanischen Entspannungsbemühungen: Nordkorea lässt das Verbindungsbüro in der Grenzstadt Kaesong sprengen und kündigt Truppenverlegungen sowie Schiessübungen in der Nähe der Waffenstillstandslinie an (**16.6.2020**). Nordkorea reagiert damit auf Flugblattaktionen, die Regimekritiker von südkoreanischem Gebiet aus unternehmen.

Flüchtlinge

Laut einem Bericht des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) waren Ende 2019 weltweit fast 80 Millionen Menschen auf der Flucht (**19.6.2020**). In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Flüchtlinge verdoppelt.

USA/Migranten

Das Oberste Gericht der USA schützt Hunderttausende junger Einwanderer vor Abschiebung. Die Regierung von Präsident Donald Trump darf das von Barack Obama eingeführte Programm zum Schutz junger Migranten (Deferred Actions for Childhood Arrivals/Daca) nicht beenden (**18.6.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In der Schweiz wird die vor drei Monaten wegen der Corona-Krise verhängte „ausserordentliche Lage“ aufgehoben. Es gilt neu die „besondere Lage“. Damit erhalten die Kantone wieder stärkere Mitsprache. Ausserdem verfügt der Bundesrat weitere Lockerungen der Corona-Schutzmassnahmen (**19.6.2020**).

Serbien

Das Bündnis der Serbischen Fortschrittspartei von Staatspräsident Aleksandar Vučić (*Vucic*) gewinnt bei der Parlamentswahl eine Zweidrittelmehrheit. Das Bündnis erhält rund 61 Prozent der Stimmen und gewinnt 191 der 250 Mandate. Der Wahlgang wurde von den meisten Oppositionsparteien boykottiert (**21.6.2020**).

Kirgistan

Der frühere kirgisische Staatspräsident Almasbek Atambajew wird wegen Korruption zu elf Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt (**23.6.2020**).

Malawi

In Malawi geht der Oppositionskandidat Lazarus Chakwera mit rund 60 Prozent Stimmenanteil als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der amtierende Präsident Peter Mutharika wird abgewählt (**23.6.2020**). Es handelt sich um eine Wiederholung der Präsidentschaftswahlen vom Mai 2019. Ein Gericht hatte das Wahlergebnis – knapper Sieg für Amtsinhaber Mutharika – wegen Betrugs annulliert.

Covid-19/Corona-Krise

Wirtschaftskrisen/Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet wegen der Corona-Krise mit einem Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um rund fünf Prozent (**24.6.2020**).

Deutschland

Wirecard-Skandal

Der deutsche Zahlungsdienstleister Wirecard meldet Insolvenz an (**25.6.2020**). In der Jahresbilanz fehlen 1,9 Milliarden Euro. Die Staatsanwaltschaft wirft den Verantwortlichen gewerbsmässigen Bandenbetrug und Marktmanipulation vor. Seit 2015 habe Wirecard Umsätze und Bilanzsummen aufgebläht. Tausende Kleinanleger verlieren ihre Ersparnisse.

Irland

In Irland regieren die beiden Parteien Fine Gael und Fianna Fáil erstmals gemeinsam – in einem Bündnis mit den Grünen (**27.6.2020**). Die Parteiführer von Fianna-Fáil und Fine Gael wollen das Amt des Premierministers abwechselnd ausüben. Fianna-Fáil-Parteichef Micheál Martin wird neuer Ministerpräsident. Sein Vorgänger Leo Varadkar (Fine Gael) kehrt laut Koalitionsvertrag zur Mitte der Legislaturperiode an die Spitze der Regierung zurück.

Covid-19/Corona-Krise

USA/Brasilien

Weltweit haben sich bis laut Angaben der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore über 10 Millionen Menschen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert. Über eine halbe Million Menschen starben in Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung. Die meisten Toten (über 125 000) haben die USA zu beklagen. Das Land mit der zweithöchsten Todesrate (mehr als 57 000) ist Brasilien (**28.6.2020**).

Frankreich

In Frankreich gehen die Grünen – Europe Ecologie-les Verts (EELU) – als Sieger aus den Gemeindewahlen hervor (**28.6.2020**). Sie erobern die Rathäuser in Lyon, Bordeaux und Strassburg. In Paris verteidigt die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo mit Unterstützung der Grünen ihr Amt. In Marseille erhält die links-grüne Liste Printemps marseillais die meisten Stimmen. Verlierer der Gemeindewahlen ist die Präsidentenpartei La République en Marche (LREM).

Frankreich

Der ehemalige französische Premierminister François Fillon wird vom Pariser Strafgericht wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu fünf Jahren Gefängnis, drei davon auf Bewährung, verurteilt (**29.6.2020**).

Frankreich

Das AKW Fessenheim, das älteste Atomkraftwerk Frankreichs, wird abgestellt (**29.6.2020**).

China/Hongkong/Grossbritannien

China verabschiedet ein umstrittenes Sicherheitsgesetz für Hongkong. Dieses erlaubt den Behörden ein scharfes Vorgehen gegen Aktivitäten, die Peking als subversiv, separatistisch und terroristisch einstuft. Es handelt sich um den bisher weitest gehenden Eingriff in die Autonomie Hongkongs (**30.6.2020**). Als Reaktion auf das von China verhängte Sicherheitsgesetz will die britische Regierung Millionen Hongkongern eine erleichterte Einwanderung nach Grossbritannien ermöglichen.

USA/Deutschland

US-Präsident Donald Trump will die Zahl der in Deutschland stationierten US-Soldaten deutlich reduzieren. Es wirft Deutschland vor, zu wenig für die Verteidigung auszugeben (**30.6.2020**). Einen Monat später (**29.7.2020**) präzisiert US-Verteidigungsminister Mark Esper die Abzugspläne. Die Truppenpräsenz soll von rund 36 000 auf 24 000 reduziert werden. Davon sollen rund 5600 in andere Nato-Länder verlegt werden. Das US-Kommando für Europa (Eucom) soll von Stuttgart nach Mons (Belgien) verlegt werden.

Belgien/Kongo-Kinshasa (ehemals Kongo Léopoldville)

Der belgische König Philippe bedauert in einer Botschaft aus Anlass des 60. Jahrestages der Entlassung von Kongo-Léopoldville (Belgisch-Kongo) in die Unabhängigkeit die „Gräueltaten“, die unter König Leopold II. begangen wurden (**30.6.2020**).

Myanmar

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einem Erdbeben in einem Jade-Bergwerk in Myanmar kommen über 120 Menschen ums Leben (**30.6.2020**).

Russland

In einer Volksbefragung heissen rund 78 Prozent der russischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Verfassungsänderung gut, die Wladimir Putin einen Verbleib im Amt bis 2036 ermöglicht (**1.7.2020**). Die Bevölkerung stimmt über ein ganzes Paket von Änderungen ab, darunter bessere Sozialleistungen wie etwa eine jährliche Rentenanpassung. Eine Ehe soll nur zwischen Mann und Frau erlaubt sein.

Covid-19/Corona-Krise

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert wegen der Corona-Krise die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten in Konfliktgebieten (**1.7.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Wegen steigender Zahl von Coronavirus-Infektionen verhängt die Schweizer Landesregierung eine Schutzmaskenpflicht im öffentlichen Verkehr (**1.7.2020**).

Äthiopien

In Äthiopien kommen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen nach der Ermordung des populären Sängers Hachalu Hundessa über 80 Menschen ums Leben (**1.7.2020**).

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron wechselt den Premierminister aus: Neuer Regierungschef wird der Spitzenbeamte Jean Castex. Wie sein Vorgänger Édouard Philippe, der drei Jahre an der Spitze der Regierung stand, entstammt Castex dem konservativen Lager (**3.7.2020**).

Deutschland

Deutschland beschliesst den Kohleausstieg bis spätestens 2038. Das vom Bundestag verabschiedete Gesetz sieht eine schrittweise Beendigung der klimaschädlichen Klimaverstromung vor (**3.7.2020**).

Frankreich

In Marseille wird die Grünen-Politikerin Michèle Rubirola vom Stadtparlament zur neuen Bürgermeisterin gewählt. Die zweitgrösste Stadt Frankreich war 25 Jahre lang von Konservativen regiert worden (**4.7.2020**).

Kroatien

Die nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) von Ministerpräsident Andrej Plenković (*Plenkovic*) geht als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**5.7.2020**). Sie erobert 66 (plus 5) der 151 Mandate. Das Bündnis Neubeginn unter Führung der Sozialdemokraten erhält 41 Sitze (minus 10). Drittstärkste Kraft ist die rechtspopulistische Heimatbewegung von Miroslav Škoro (Skoro). Sie gewinnt auf Anhieb 16 Mandate. Die liberal-konservative Partei Most ist mit 8 Abgeordneten (minus 5) vertreten. Die linksgrüne Bewegung Možemo schafft den Einzug ins Parlament mit sieben Sitzen.

Dominikanische Republik

Machtwechsel in der Dominikanischen Republik (**5.7.2020**): Luis Abinader vom Partido Revolucionario Moderno (PRM) wird zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Damit endet nach 16 Jahren die Vormachtstellung des Mitte-links orientierten Partido de la Liberación Dominicana (PLD). Im Abgeordnetenhaus ist der Partido Revolucionario Moderno (PRM) mit 86 von 190 Sitzen stärkste Kraft und verdrängt den Partido de la Liberación Dominicana (PLD) mit 75 Mandaten auf den zweiten Platz.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Komponist und Dirigent Ennio Morricone stirbt im Alter von 91 Jahren (**6.7.2020**).

Italien

Die italienische Regierung beschliesst ein Reformpaket (Decreto Semplificazione), um die überbordende Bürokratie abzubauen und um die Wirtschaft anzukurbeln (**7.7.2020**). Ministerpräsident Giuseppe spricht von der „Mutter aller Reformen“ (madre di tutte le riforme).

Serbien

In der serbischen Hauptstadt Belgrad kommt es im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu schweren Ausschreitungen (**7.7.2020**). Anlass sind Proteste gegen das Krisenmanagement.

Covid-19/Corona-Krise

Brasilien

Der brasilianische Staatspräsident Jair Bolsonaro hat sich mit dem Coronavirus infiziert (**7.7.2020**). Bolsonaro hat der Coronavirus bisher stets verharmlost.

Türkei

Das Oberste Verwaltungsgericht in der Türkei annulliert den Status der Hagia Sophia in Istanbul als Museum und ermöglicht so die Nutzung der einstigen Kirche als Moschee (**10.7.2020**). Zwei Wochen später (24.7.2020) findet nach der Wiedereröffnung als Moschee im Beisein von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdoğan) das erste Freitagsgebet statt.

Polen

Präsidentenwahl in Polen: Amtsinhaber Andrzej Duda geht mit einem Stimmenanteil von 51,03 Prozent als knapper Sieger aus dem Rennen hervor. Duda steht der nationalkonservativen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS)

nahe. Sein Herausforderer, der Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski von der liberalkonservativen Bürgerkoalition (KO), erhält 48,97 Prozent (**12.7.2020**).

USA/China

Südchinesisches Meer

Die USA weisen Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer formell zurück. Die USA würden ihren Verbündeten in Südostasien beistehen und deren souveräne Rechte auf Ressourcen im Meer schützen, erklärt Aussenminister Mike Pompeo (**13.7.2020**). China beansprucht den grössten Teil des rohstoffreichen Südchinesischen Meers innerhalb der sogenannten Neun-Striche-Linie (nine-dash line) für sich. In den letzten Jahren wurden vollendete Tatsachen durch den Bau militärischer Einrichtungen und die Aufschüttung künstlicher Inseln geschaffen (vgl. 12.7.2016).

Suriname

Ende der Ära Bouterse in Suriname. Chan Santokhi von der Progressive Reform Party (VHP) wird vom Parlament zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**13.7.2020**). Sein Vorgänger Desi Desiré („Desi“) Bouterse hatte sich 1980 an die Macht geputscht, gewann 2010 und 2015 die Präsidentenwahl. 2019 wurde er wegen der Hinrichtung von 15 politischen Gegnern im Jahr 1982 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

China

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Infolge schwerer Regenfälle sind in China seit Juni landesweit über 400 Flüsse über die Ufer getreten. Die Behörden rufen die zweithöchste Hochwasser-Warnstufe aus (**13.7.2020**). Besonders betroffen sind Gebiete entlang des Jangtse. Von den Überschwemmungen werden rund 38 Millionen Menschen in Mitleidenschaft gezogen.

USA/China/Hongkong

US-Präsident Donald Trump entzieht Hongkong den Sonderstatus als bevorzugter Handelspartner und aktiviert ein vom US-Kongress verabschiedetes neues Sanktionsgesetz gegen China. Die USA reagieren damit auf das von Peking erlassene Sicherheitsgesetz für Hongkong (**14.7.2020**).

Nordmazedonien

Bei der Parlamentswahl in Nordmazedonien geht das von der Sozialdemokratischen Liga angeführte Wahlbündnis „Wir können“ knapp als stärkste Kraft hervor. Die Partei des Anfang 2020 zurückgetretenen Ministerpräsidenten Zoran Zaev gewinnt 46 der 120 Mandate. Knapp dahinter mit 44 Mandaten liegt das Bündnis der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE. Die Albanerparteien Demokratische Union für Integration (BDI) und Allianz für Albaner (AA) erhalten 15 bzw. 12 Sitze (**15.7.2020**).

Bulgarien

Bulgarien erlebt seit Tagen eine Protestwelle gegen den „Mafiastaat“. Gefordert wird der Rücktritt von Ministerpräsident Bojko Borisow (**16.7.2020**).

USA

John Lewis, einer der einflussreichsten Bürgerrechtler der USA, stirbt im Alter von 80 Jahren (**17.7.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

USA/Brasilien

Weltweit sind bisher mehr als 600 000 Menschen gestorben, die sich mit dem Coronavirus infiziert haben (**19.7.2020**). Das geht aus Zahlen der Johns-Hopkins- Universität hervor. Der am stärksten betroffene Kontinent ist Europa mit mehr als 200 000 Toten. Die USA sind das Land mit den weltweit meisten Todesfällen: Dort starben über 140 000 Menschen an den Folgen der Virusinfektion. Am zweitstärksten betroffen ist Brasilien. Insgesamt haben sich mehr als 14,3 Millionen Menschen weltweit mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infiziert.

EU

Corona-Krise

Die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union einigen sich nach einem der längsten EU-Gipfeltreffen auf einen Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise im Umfang von 750 Milliarden Euro sowie auf den Haushaltsrahmen (mehrjähriger Finanzrahmen) 2021 bis 2027 im Umfang von 1074 Milliarden Euro (**21.07.2020**).

Der Wiederaufbaufonds sieht nicht rückzahlbare Zuschüsse von 390 Milliarden und Kredite in Höhe von 360 Milliarden Euro vor. Ursprünglich waren 500 Millionen an Zuschüssen vorgesehen, die selbsternannten „Sparsamen Vier“ (Niederlande, Österreich, Schweden Dänemark) sowie Finnland hatten dies abgelehnt. Der Wiederaufbaufonds soll durch Schulden finanziert werden. Die EU-Kommission wird erstmals in ihrer Geschichte Schulden aufnehmen. Sie sollen bis 2058 beglichen werden.

Heftig debattiert wird über die Frage, ob und wie die Vergabe von EU-Geldern an rechtsstaatliche Standards geknüpft werden sollte. Die EU-Kommission wird beauftragt, einen „Schutzmechanismus“ zu entwickeln. Über mögliche Strafen bei Verstössen sollen die Mitgliedsstaaten mit einer Zweidrittelmehrheit entscheiden.

USA/China

Das politische Klima zwischen den USA und China verschärft sich. US-Präsident Donald Trump lässt das chinesische Konsulat in Houston schliessen (22.7.2020). Kurz darauf verfügt China die Schliessung des US-Konsulats in Chengdu.

Israel

Eine zweite Coronavirus-Welle und die dadurch verschärfte Wirtschaftskrise sorgen in Israel für wachsenden Unmut (24.7.2020). In Jerusalem und Tel Aviv finden seit Wochen Kundgebungen gegen die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu statt.

Russland

Bereits den dritten Samstag in Folge finden in der im Fernen Osten Russlands gelegenen Stadt Chabarowks Demonstrationen gegen die Verhaftung und Absetzung der regionalen Gouverneurs Sergei Furgal statt (25.7.2020). Furgal wurde wegen Mordverdachts verhaftet (9.7.2020). 2018 hatte er zum Ärger der russischen Machthaber die Gouverneurswahl gewonnen und den Kandidaten der Kremlpartei besiegt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die britisch-US-amerikanische Schauspielerin Olivia de Havilland stirbt im Alter von 104 Jahren (25.7.2020).

Malaysia

Der frühere malaysische Premierminister Najib Razek wird wegen seiner Rolle im Finanzskandal um den Staatsfonds 1MDB schuldig gesprochen und zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Er soll umgerechnet 10 Milliarden Dollar aus dem Staatsfonds abgezweigt haben (28.7.2020).

Corona-Krise

Rezession/Wirtschaftsleistung

USA/Deutschland/EU/Frankreich/Italien/Spanien

Die Corona-Krise löst weltweit eine Rezession und einen drastischen Rückgang der Wirtschaftsleistung aus. In den USA geht das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2020 um (auf das Jahr hochgerechnet) 32,9 Prozent zurück: Es handelt sich um den stärksten Einbruch seit Beginn der Statistik im Jahr 1947.

Die deutsche Wirtschaft schrumpft im gleichen Zeitraum gegenüber dem ersten Quartal um 10,1 Prozent. Seit 50 Jahren ist die deutsche Wirtschaft noch nie so stark eingebrochen. In der Eurozone verringert sich das BIP um 12,1 Prozent zum Vorquartal, in Frankreich um 13,8 Prozent, in Italien um 12,4 Prozent und in Spanien um 18,5 Prozent (30.7.2020).

Guyana

Irfan Ali von der sozialdemokratischen People's Progressive Party/Civic wird neuer Staatspräsident von Guyana (2.8.2020). Nach turbulenten Wahlen (Einsparungen, Nachzählungen) war seine Partei zur Siegerin der Parlamentswahl vom 2.3.2020 erklärt worden. Sie gewann 33 der 65 Mandate und kehrte nach fünf Jahren Opposition zurück an die Macht.

Spanien

Der wegen Finanzskandalen und Affären in Ungnade gefallene frühere spanische König Juan Carlos I. verlässt sein Land. Sein Exilstaat sind die Vereinigten Arabischen Emirate (3.8.2020).

Libanon

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Verheerende Explosionskatastrophe in der libanesischen Hauptstadt Beirut (4.8.2020). Im Hafengelände explodieren 2750 Tonnen Ammoniumnitrat. Jahrelang wurde das Ammoniumnitrat ohne geeignete Vorsichtsmassnahmen gelagert. Die Katastrophe fordert über 190 Tote und rund 6500 Verletzte. Etwa 300 000 Menschen werden obdachlos. Die materiellen Schäden werden auf 12 Milliarden Euro geschätzt. Offen ist, was den Brand verursacht hat, der zur Explosion führte.

Sri Lanka

In Sri Lanka bauen die Rajapaksa-Brüder ihre Macht aus. Bei der Parlamentswahl gewinnt die Partei von Staatspräsident Gotabaya Rajapaksa und Regierungschef Mahinda Rajapaksa 145 der 225 Mandate. Die Sri Lanka Podujana Peramuna (SLPP) verpasst knapp die angestrebte Zweidrittelmehrheit, kann sich aber auf verbündete Abgeordnete stützen. Die Partei von Expremierminister Ranil Wickremesinghe, die United National Party (UNP), erleidet ein Debakel. Sie verliert 105 Mandate und hat nur noch einen Sitz im Parlament. Zweitstärkste Kraft mit 54 Sitzen ist die Allianz Samagi Jana Balawegaya (5.8.2020).

Griechenland/Ägypten

Griechenland und Ägypten unterzeichnen ein Abkommen über Ressourcennutzung im östlichen Meer und gemeinsame maritime Wirtschaftszonen (6.8.2020).

Libanon

Die internationale Gemeinschaft sagt Libanon Soforthilfe in Höhe von rund 250 Millionen Euro zur Unterstützung der von der Explosionskatastrophe schwer betroffenen Bevölkerung zu (9.8.2020). Das Entsetzen der Bevölkerung

über die Katastrophe (vgl. 4.8.2020) entlädt sich in Wut. Bei Protesten kommt es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit über 200 Verletzten.

Belarus/EU

In Belarus geht Alexander Lukaschenko zum sechsten Mal als offizieller Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (9.8.2020). Laut Angaben der Wahlkommission erhält Lukaschenko, der seit 26 Jahren an der Macht ist, 80,23 Prozent der Stimmen. Auf die Oppositionskandidatin Swetlanata Tichanowskaja entfallen nach offiziellen Angaben 9,9 Prozent. Allerdings wird dem Regime massive Wahlmanipulation vorgeworfen. Proteste weiter Teile der Bevölkerung werden gewaltsam niedergeschlagen. Swetlana Tichanowskaja flüchtet nach Litauen. Die Europäische Union (EU) erkennt das Wahlergebnis nicht an und verhängt schrittweise Sanktionen gegen das Regime in Minsk.

Libanon

Unter dem Druck von Massenprotesten nach der Explosionskatastrophe in Beirut tritt die libanesische Regierung unter Führung von Premierminister Hassan Diab zurück (**10.8.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

USA/Brasilien/Indien

Die Zahl der weltweit bekannten Corona-Infektionen steigt innerhalb weniger Wochen von 15 auf 20 Millionen. Laut Angaben der Johns Hopkins-Universität in Baltimore entfallen etwa die Hälfte der bestätigten Fälle auf drei Staaten: die USA mit mehr als 5 Millionen, Brasilien mit über 3 und Indien mit rund 2 Millionen. Mehr als 730 000 Menschen starben in Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung (10.8.2020).

USA

Die kalifornische Senatorin Kamala Harris wird US-Vizepräsidentenskandidatin der Demokraten. Sie ist die erste nicht weisse Politikerin, die für dieses Amt kandidiert (**11.8.2020**).

USA/Israel/Vereinigte Arabische Emirate

Palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland

Unter Vermittlung der USA vereinbaren Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate die Normalisierung ihrer Beziehungen. Israel will als Gegenleistung auf die Annexion von Teilen des Westjordanlands vorerst verzichten. Laut dem US-Botschafter in Jerusalem, David Friedman, wird die Annexion aufgeschoben, aber nicht abgesagt. „Ich werde niemals unsere Rechte auf unser Land aufgeben“, erklärt der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Bisher unterhalten nur zwei arabische Länder, Ägypten und Jordanien, diplomatische Beziehungen mit Israel (**13.8.2020**).

USA

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Die Westküste der USA wird von verheerenden Waldbränden heimgesucht (**ab 15.8.2020**). Betroffen sind die US-Staaten Kalifornien, Oregon und Washington. Die Feuerwehren kämpfen gegen etwa hundert Grossbrände. Bis Mitte September werden rund 20 000 Quadratkilometer Land verwüstet. Über 100 000 Menschen müssen ihre Häuser verlassen. Millionen Menschen in San Francisco, Los Angeles und anderen Grossstädten leiden unter massiver Luftverschlechterung.

Belarus

In Minsk, der Hauptstadt von Belarus, demonstrieren rund 200 000 Menschen gegen Staatspräsident Alexander Lukaschenko und fordern in Sprechchören dessen Rücktritt (**16.8.2020**). Die Opposition bildet einen Koordinierungsrat. Er soll eine friedliche Machtübergabe vorbereiten. In den kommenden Wochen folgen weitere Demonstrationen, an denen sich Zehntausende Menschen beteiligen.

USA

Die Demokratische Partei nominiert Joe Biden offiziell als US-Präsidentenskandidaten. Biden tritt gegen den amtierenden Präsidenten Donald Trump an. Wegen der Corona-Krise findet der Parteitag weitgehend virtuell statt (**18.8.2020**).

Libanon

Fünfzehneinhalb Jahre nach der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri wird der 56 Jahre alte Salim Ayyash, ein mutmassliches Mitglied der Hizbullah-Miliz, von einem UNO-Sondergericht schuldig gesprochen. Drei weitere Angeklagte werden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Der Prozess fand in Abwesenheit der Angeklagten statt. Keinen Beweis gibt es nach Ansicht des Gerichts für eine Verwicklung der Hizbullah-Führung oder Syriens in das Attentat (**18.8.2020**).

Venezuela

Der venezolanische Machthaber Nicolás Maduro ordnet die Auflösung der 2017 gebildeten Verfassungsgebenden Versammlung an – im Anschluss an die nächste Parlamentswahl (**18.8.2020**).

Mali

Der malische Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keïta (Keita) wird von meuternden Soldaten zum Rücktritt gezwungen (**18.8.2020**). Keïta war seit 2013 an der Macht. Innerhalb eines „angemessenen Zeitraums“ sollen nach

Auskunft des Comité national pour le salut du peuple Wahlen stattfinden. Anführer der Junta ist Assimi Goïta (Goita). Ex-Verteidigungsminister Bah N'Daw wird im folgenden Monat zum Übergangspräsidenten bestimmt.

Russland

Der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny kollabiert während eines Inlandflugs in Russland und fällt ins Koma (**21.8.2020**). Nach einem Zwischenaufenthalt in einem Spital in Omsk wird er nach Berlin ausgeflogen und in Charité-Klinik ärztlich behandelt. Erste Untersuchungsergebnisse „weisen auf eine Intoxikation durch eine Substanz aus der Wirkstoffgruppe der Cholinesterase-Hemmer hin“. Gemäss Untersuchungen eines Speziallabors der Bundeswehr wurde Nawalny „zweifelsfrei“ mit einem chemischen Kampfstoff aus der Nowitschok-Gruppe vergiftet.

USA

US-Präsident Donald Trump wird vom Parteitag der Republikaner formell zum Kandidaten für die die Präsidentschaftswahl 2020 nominiert (**24.8.2020**).

USA

In der Stadt Kenosha, im US-Staat Wisconsin, werden bei Protesten gegen Polizeigewalt zwei Menschen erschossen (**25.8.2020**). Auslöser der Unruhen ist ein Polizeieinsatz gegen den Afroamerikaner Jacob Blake, der dabei schwer verletzt wird (23.8.2020).

Japan

Ende einer Ära in Japan: Ministerpräsident Abe Shinzo gibt aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt bekannt. Der liberaldemokratische Spitzenpolitiker regierte länger als jeder seiner Vorgänger. Er war von Ende September 2006 an ein Jahr lang Ministerpräsident und ab 26. Dezember 2012 über siebeneinhalb Jahre lang an der Spitze der Regierung (**28.08.2020**).

Deutschland

In Berlin demonstrieren rund 50 000 Menschen gegen die Auflagen zur Bekämpfung des Coronavirus. Überschattet wird die bisher grösste Kundgebung dieser Art von Hunderten teils rechtsextremen Demonstranten, die eine Absperrung vor dem Reichstagsgebäude durchbrechen und auf die Treppe zum Parlament gelangen (**29.8.2020**).

Montenegro

Bei der Parlamentswahl in Montenegro verpasst die bisherige Regierungskoalition unter Führung der Demokratischen Partei der Sozialisten von Staatspräsident Milo Djukanović (*Djukanovic*) mit 40 Mandaten knapp die absolute Mehrheit. Die drei oppositionellen Wahlbündnisse erhalten 41 Mandate. Die Partei von Djukanović entsendet 30 Abgeordnete (minus 6) ins 81 Sitze zählende Parlament. Zweistärkste Kraft ist das proserbische Wahlbündnis Für die Zukunft Montenegros mit 27 Mandaten (**30.8.2020**).

Nordmazedonien

In Nordmazedonien übernimmt der Sozialdemokrat Zoran Zaev erneut das Amt des Ministerpräsidenten (**31.8.2020**). Anfang Jahr war er wegen Neuwahlen zurückgetreten. Zaev bildet ein Regierungsbündnis mit der Albanerpartei Demokratische Union für Integration (BDI.)

Libanon

Der Diplomat Mustafa Adlib wird mit der Bildung einer neuen libanesischen Regierung beauftragt (**31.8.2020**). Nach knapp einem Monat gibt er seinen Rückzug bekannt.

Tunesien

Erneuter Wechsel an der Spitze der tunesischen Regierung nach rund einem halben Jahr. Der bisherige Innenminister Hichem Mechichi wird neuer Ministerpräsident (**2.9.2020**).

Indien/China

Erstmals seit 45 Jahren liefern sich chinesische und indische Grenztruppen einen Schusswechsel (**7.9.2020**).

Griechenland

Flüchtlinge/Migranten

Ein Grossbrand verwüstet das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos (**9.9.2020**). Im Lager leben rund 12 000 Menschen. Laut Angaben der griechischen Regierung wurden die Feuer von Insassen gelegt.

Grossbritannien/EU

Der britische Premierminister Boris Johnson will mit einem Binnenmarktgesetz das 2019 mit der Europäischen Union (EU) ausgehandelte Austrittsabkommen in wesentlichen Punkten ändern. Dabei geht es um Sonderregeln für Nordirland. Die EU fordert ultimativ die Rücknahme der umstrittenen Teile des Gesetzes (**9.9.2020**).

Afghanistan

Fast zwei Jahrzehnte nach der Militärinvasion der USA in Afghanistan beginnen in Katar Friedensgespräche zwischen Delegationen der Taliban und der Regierung Afghanistans (**12.9.2020**).

Schweiz

Erster tödlicher islamistischer Terrorakt in der Schweiz: In einem Kebabimbiss in Morges wird ein portugiesischer Gast von einem türkisch-schweizerischen Doppelbürger erstochen. Der Täter ruft „Allahu akbar“ (**12.9.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Israel

Wegen drastisch steigender Neuinfektionen mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 beschliesst die israelische Regierung zum zweiten Mal einen Lockdown. Die einschneidenden Massnahmen sollen drei Wochen lang gelten (**13.9.2020**).

Abraham-Abkommen

Israel/USA/Vereinigte Arabische Emirate/Bahrain/Marokko/Sudan

Die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain besiegeln in Washington mit den von den USA vermittelten Abraham-Abkommen (Abraham Accords) die Normalisierung der Beziehungen mit Israel. An der feierlichen Zeremonie im Garten des Weissen Hauses nehmen US-Präsident Donald Trump, der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und die Aussenminister der beiden Golfstaaten teil (**15.9.2020**).

Die Abraham-Abkommen bilden die Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zu Israel und für die Förderung der Zusammenarbeit. Auch Marokko (10.12.2020) und der Sudan (7.1.2021) treten den Abraham Accords bei.

Japan

Suga Yoshihide wird Nachfolger des nach fast acht Jahren zurückgetretenen japanischen Ministerpräsident **Abe** Shinzo. Der 71 Jahre alte Suga, der neu auch an der Spitze der Liberaldemokratischen Partei steht, war bisher Kabinettssekretär und Regierungssprecher (**16.9.2020**).

USA

Die Supreme-Court-Richterin Ruth Bader Ginsburg stirbt im Alter von 87 Jahren (**18.9.2020**). Sie war die zweite Frau, die in den Obersten Gericht der USA berufen wurde und sie war 27 Jahre im Amt. Sie gehörte dem liberalen Flügel des Gerichts an und war eine Pionierin im Kampf für Bürgerrechte und Frauenrechte.

Italien

In Italien werden die beiden Parlamentskammern verkleinert. Die Stimmberechtigten heissen die entsprechende Verfassungsänderung mit knapp 70 Prozent Ja-Stimmen gut (20. und **21.9.2020**). Das Abgeordnetenhaus wird von 630 auf 400 und der Senat von 315 auf 200 Mitglieder verringert.

Gleichzeitig finden in sieben Regionen Wahlen statt. Die Linke verteidigt ihre Hochburg in der Toskana. Vergeblich versuchte die rechtspopulistische Lega die Toskana zu erobern.

Covid-19/Corona-Krise

USA/Brasilien/Indien/Grossbritannien

In den USA übersteigt die Zahl der an den Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 verstorbenen Menschen die Schwelle von 200 000 (**22.9.2020**). Es folgen Brasilien mit rund 138 000 und Indien mit 90 000 Todesfällen.

Der britische Premierminister Boris Johnson verschärft angesichts massiv steigender Coronavirus-Infektionen die Schutzmassnahmen (22.9.2020). In den vergangenen Tagen vermeldeten die Behörden täglich 3500 bis 4000 neue Fälle. Insgesamt steigt die Zahl der Infektionen auf fast 400 000. Bisher wurden knapp 42 000 Todesfälle registriert.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Chansonsängerin Juliette Gréco – la grande dame de la chanson – stirbt im Alter von 93 Jahren (**23.9.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Nach einem halben Jahr endet in der Schweiz das Corona-Notrecht, das dem Bundesrat ermöglichte, am Parlament vorbei einschneidende Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu ergreifen. Die eidgenössischen Räte billigen das Covid-19-Gesetz, mit dem die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise in ordentliches Recht überführt werden (**25.9.2020**). Das Gesetz ist bis Ende 2021 befristet.

Schweiz

Die Schweiz will bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 halbieren. Die eidgenössischen Räte verabschieden ein neues CO₂-Gesetz. Dieses sieht unter anderem die Einführung einer Flugticketabgabe und die Schaffung eines Klimafonds vor (**25.9.2020**).

Schweiz

EU

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“ mit 61,7 Prozent Nein-Stimmen ab. Das Volksbegehren fordert den Ausstieg der Schweiz aus der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU). Die Stimmbeteiligung liegt bei 59 Prozent.

Mit einem hauchdünnen Ja (50,1 Prozent) wird der Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge gutgeheissen. Den Vaterschaftsurlaub billigen 60,3 Prozent. Abgelehnt werden das neue Jagdgesetz mit 51,9 und die Vorlage über höhere Kinderabzüge bei der Bundessteuer mit 63,2 Prozent Nein-Stimmen (**27.9.2020**).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidshan/Armenien

Der Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan tritt erneut in eine kriegerische Phase. Beide Seiten liefern sich heftige Gefechte und verhängen das Kriegsrecht (**27.9.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Die Zahl der weltweit an den Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 verstorbenen Menschen übersteigt nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore die Schwelle von einer Million. Experten gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Die Zahl der erfassten Infektionen liegt bei rund 33 Millionen (**28.9.2020**).

Spanien/Katalonien

Das Oberste Gericht Spaniens enthebt den katalanischen Regionalpräsidenten Quim Torra wegen Ungehorsam des Amtes (**28.9.2020**).

Kuwait

Der Emir von Kuwait, Scheich Sabah al-Ahmad al-Jaber al-Sabah, stirbt im Alter von 91 Jahren (**29.9.2020**). Er war 14 Jahre lang Staatsoberhaupt. Sein Nachfolger wird Kronprinz Nawaf al-Ahmad al-Jaber al-Sabah (Nawaf I).

Belgien

Belgien bekommt 16 Monate nach der Parlamentswahl wieder eine ordentliche Regierung (**1.10.2020**). Die aus sieben Parteien zusammengesetzte Regierung wird von Alexander De Croo von der flämischen liberalen Partei Open Vlaamse Liberalen en Democraten/Open VLD geleitet und löst die geschäftsführende Regierung unter Führung von Sophie Wilmès ab. Der Regierung gehören Liberale, Sozialdemokraten und Grüne aus den flämischen und wallonischen Regionen sowie die flämischen Christdemokraten an.

Sudan

Die sudanesische Regierung unterzeichnet mit der Sudanese Revolutionary Front (SRF), einem Zusammenschluss von sieben Rebellengruppen, in Juba (Südsudan) ein Friedensabkommen, das den Bürgerkrieg in Darfur und anderen Regionen beenden soll. Die südlichen Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil erhalten mehr Autonomie (**3.10.2020**).

Frankreich/Neukaledonien

Die Bewohner des französischen Überseegebiets Neukaledonien sprechen sich zum zweiten Mal nach 2018 gegen eine Trennung von Frankreich ausgesprochen. 53,3 Prozent befürworten einen Verbleib bei Frankreich (**4.10.2020**).

Kirgistan

Aufbruch in Kirgistan: Nach einer umstrittenen Parlamentswahl kommt es in der Hauptstadt Bischkek zu gewalttätigen Protesten (**5.10.2020**). Die Opposition wirft der Regierung Wahlfälschung vor. Das Weisse Haus, Sitz des Staatschefs und des Parlaments, wird von Demonstranten gestürmt und der wegen Korruption verurteilte ehemalige Staatchef Almasbek Atambajew aus der Haft befreit. Die Zentrale Wahlkommission reagiert mit der Annullierung der Wahlergebnisse.

Literaturnobelpreis

USA

Die US-amerikanische Lyrikerin Louise Glück wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**8.10.2020**).

USA

Im US-Staat Michigan wird ein Komplott gegen die demokratische Gouverneurin Gretchen Whitmer aufgedeckt. Laut Aussagen der Behörden wollten „gewalttätige Extremisten“ die Gouverneurin entführen (**9.10.2020**).

Friedensnobelpreis

UNO-Welternährungsprogramm

Das UNO-Welternährungsprogramm wird für seinen Kampf gegen den Hunger mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**9.10.2020**).

Die traditionelle feierliche Verleihung der Nobelpreise kann 2020 wegen der Corona-Krise nur virtuell stattfinden.

Covid-19/Corona-Krise

Spanien

Die spanische Regierung verhängt über Madrid wegen weiter steigender Corona-Infektionszahlen den Alarmzustand. Madrid ist der grösste Corona-Hotspot des Landes (**9.10.2020**).

Tadschikistan

Der seit 28 Jahren in Tadschikistan herrschende Präsident Emomali Rachmon wird für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Nach offiziellen Angaben erhält er mehr als 90 Prozent der Stimmen (**11.10.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

Schweiz

Eine zweite Corona-Welle mit drastisch steigenden Infektionszahlen sucht Europa heim.

- In Frankreich herrscht nach einem Unterbruch im Juli wieder der Gesundheitsnotstand. Innert 24 Stunden wurden in Frankreich 22 000 Neuinfektionen registriert. Staatspräsident Emmanuel Macron verkündet für neun Grossstädte eine nächtliche Ausgangssperre (**14.10.2020**). Sie gilt ab 17. Oktober.
- Auch in der Schweiz nehmen die Neuansteckungen stark zu. Das Bundesamt für Gesundheit meldet 2823 neue Fälle innert 24 Stunden, so viele wie noch nie an einem Tag (**14.10.2020**). Bundesrat Alain Berset bezeichnet die Lage als „beunruhigend“. Die Landesregierung verschärft die Schutzmassnahmen (18.10.2020). Landesweit gilt eine Maskenpflicht in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden.
- Weltweit beläuft sich die Zahl der nachgewiesenen Infektionen auf mehr als 37 Millionen. Mehr als eine Million Menschen starben.

Kirgistan

Der kirgisische Staatspräsident Sooronbaj Scheenbekow zieht die Konsequenzen aus dem Anfang Oktober ausgebrochenen Machtkampf und tritt zurück (**15.10.2020**). Es handelt sich um den dritten Umsturz in Kirgistan seit 2005. Neuer Machthaber ist Sadyr Schaparow, der während der Unruhen von seinen Anhängern aus dem Gefängnis befreit wurde. Schaparow war 2017 wegen Geiselnahme zu zehn Jahren Haft verurteilt worden.

Thailand

Die thailändische Regierung verhängt über die Hauptstadt Bangkok den Notstand und reagiert damit anhaltende Proteste und Forderungen nach mehr Demokratie (**15.10.2020**). Nach einer Woche wird der Notstand wieder aufgehoben.

Frankreich/Türkei

Ein islamistisch motivierter Mord an einem Lehrer in einem Pariser Vorort löst landesweit Entsetzen aus (**16.10.2020**). Der 47 Jahre alte Lehrer Samuel Paty hatte im Unterricht Mohammed-Karikaturen gezeigt. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron verteidigt an einer Gedenkfeier für den ermordeten Lehrer die Meinungsfreiheit und kündigt ein verschärftes Vorgehen gegen den radikalen Islamismus an. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan) verhöhnt Macron und ruft zum Boykott französischer Produkte auf. Paris ruft seinen Botschafter aus Ankara zurück (24.10.2020).

Neuseeland

Erdrutschsieg für die Labour Party von Premierministerin Jacinda Ardern bei der Parlamentswahl in Neuseeland (**17.10.2020**). Die Labour Party gewinnt 64 (plus 18) der 120 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Für Labour ist es das beste Ergebnis seit 50 Jahren. Die konservative National Party muss sich mit 35 Mandaten (minus 21) begnügen. Je 10 Sitze gewinnen die rechte ACT (plus 9) und die Grünen (plus 2).

Bolivien

Luis Arce vom Movimiento al Socialismo (MAS) geht als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl in Bolivien hervor (**18.10.2020**). Der Kandidat der Partei von Expräsident Evo Morales erhält 55,1 Prozent der Stimmen.

„Türkische Republik Nordzypern“

Der Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern“, Mustafa Akıncı (Akinci) wird abgewählt. Akıncı hatte sich für eine grössere Unabhängigkeit von der Türkei eingesetzt. Wahlsieger ist der von türkisch-nationalistischen Kreisen unterstützte bisherige Ministerpräsident Ersin Tatar (**18.10.2020**).

Guinea

Dritte Amtszeit für den Staatspräsidenten von Guinea, Alpha Condé. Er wird nach offiziellen Angaben mit rund 59 Prozent Stimmenanteil im Amt bestätigt (**18.10.2020**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Homosexualität/LGBTIQ

Papst Franziskus befürwortet rechtlich abgesicherte gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Es handelt sich jedoch um kein Ja zu gleichgeschlechtlichen Ehen (**21.10.2020**).

Polen

Das polnische Verfassungsgericht verschärft das bereits restriktive Abtreibungsrecht (22.10.2020). Das Urteil löst heftige Kritik aus. An landesweiten Protesten beteiligten sich Zehntausende Menschen.

Libanon

51 Wochen nach seinem Rücktritt als libanesischer Ministerpräsident wird Saad Harari erneut mit der Regierungsbildung beauftragt (**22.10.2020**).

Libyen

Die Konfliktparteien Libyens einigen sich in Genf unter UNO-Vermittlung auf einen Waffenstillstand (**23.10.2020**). Binnen drei Monaten sollen alle ausländischen Söldner das Land verlassen.

Sudan/Israel/USA

Der Sudan und Israel wollen ihre Beziehungen normalisieren. Die USA streichen den Sudan von der Liste der Terrorstaaten. Als Gegenleistung zahlt der Sudan 335 Millionen Dollar für die US-Opfer von Terroranschlägen (**23.10.2020**).

Litauen

In Litauen geht der konservative Vaterlandsbund als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Er erobert 50 (plus 19) der 141 Sitze. Der bisher regierende Bund der Bauern und Grünen von Ministerpräsident Saulius Skvernelis verliert 22 Sitze und ist neu mit 32 Abgeordneten vertreten. Die Sozialdemokratische Partei und die Liberalen erhalten je 13 Mandate. Neu im Parlament vertreten ist die Freiheitspartei mit 11 Sitzen (**25.10.2020**).

Chile

Die chilenische Bevölkerung spricht sich mit 78,3 Prozent Ja-Stimmen für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung aus. Diese soll das Grundgesetz aus der Zeit von Diktatur Augusto Pinochet ersetzen (**25.10.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Spanien/Italien

Zum zweiten Mal innert sieben Monaten wird in Spanien wegen der Corona-Krise der nationale Notstand (Estado de alarma) verkündet (**25.10.2020**). Innert 24 Stunden werden rund 20 000 Neuinfektionen registriert.

Auch Italien meldet fast 20 000 Neuinfektionen innert 24 Stunden. Die Regierung verschärft die Schutzmassnahmen. Rekordwerte bei Neuinfektionen melden auch andere europäische Staaten.

Seychellen

Im Inselstaat Seychellen gewinnt erstmals seit 44 Jahren die Opposition die Präsidentenwahl. Der anglikanische Priester Wavel Ramkalawan von der Democratic Alliance geht mit einem Stimmenanteil von 54,9 Prozent als Sieger aus dem Rennen um das Präsidentenamt hervor. Der bisherige Staatschef Danny Faure wird abgewählt (**25.10.2020**).

USA

Der US-Senat wählt die konservative Juristin Amy Coney Barrett mit 52 zu 48 Stimmen zur neuen Richterin am Supreme Court (**26.10.2020**). Damit wächst die konservative Mehrheit am Obersten Gericht auf sechs zu drei.

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

In Deutschland beschliessen Bund und Länder umfassende Einschränkungen des öffentlichen Lebens für den Monat November, um die sich rasant ausbreitende Corona-Pandemie zu bremsen. So müssen Restaurants, Clubs, Theater, Kinos schliessen. Auch private Kontakte sollen eingeschränkt und auf private Reisen soll verzichtet werden. Schulen und Kitas bleiben geöffnet. Für Umsatzeinbussen sind Ausfallentschädigungen bis zu 75 Prozent vorgesehen. In Deutschland werden binnen eines Tages nahezu 10 000 Corona-Neuinfektionen gemeldet (**28.10.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

Mit Ausgangsbeschränkungen verschärft Frankreich den Kampf gegen die zweite Welle der Corona-Pandemie. Restaurants und Bars müssen schliessen. Die Schulen bleiben geöffnet. Innert 24 Stunden wurden über 33 000 Corona-Neuinfektionen gezählt (**28.10.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Die Schweizer Landesregierung beschliesst neue landesweite Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Restaurants müssen zwischen 23 und 6 Uhr geschlossen sein. Clubs und Tanzlokale müssen schliessen, Die Maskenpflicht wird ausgeweitet. Maximal 50 Personen dürfen an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen, Private Treffen werden auf zehn Personen beschränkt. Das Bundesamt für Gesundheit meldet über 8600 neue Coronavirus-Ansteckungen innert eine Tages (**28.10.2020**).

Frankreich

Bei einer Messerattacke in der Basilika Notre Dame in Nizza werden drei Menschen getötet. Die Regierung ruft die höchste Terrorwarnstufe aus (**29.10.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

Der britische Premierminister Boris Johnson verkündet wegen der Corona-Krise einen vierwöchigen Teil-Lockdown für England (**31.10.2020**). Ab 5. November sollen nur noch Geschäfte zur Grundversorgung der Bevölkerung öffnen dürfen. Restaurants und Pubs sowie Freizeiteinrichtungen müssen schliessen. Die Schulen bleiben geöffnet. Binnen 24 Stunden werden rund 2000 Corona-Neuinfektionen registriert. Die Gesamtzahl der Corona-Infektionen seit Beginn der Pandemie steigt auf über eine Million.

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Wegen der Corona-Krise kommt es in Österreich zu einem zweiten Lockdown. Landesweit wird ab 3. November eine Ausgangssperre zwischen 20 und 6 Uhr verfügt. Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie das Hotel- und das Gastgewerbe müssen schliessen. Grundschulen bleiben geöffnet. Die Massnahmen seien notwendig, um eine Überlastung der Intensivmedizin zu verhindern, erklärt Bundeskanzler Sebastian Kurz (**31.10.2020**). Binnen 24 Stunden werden in Österreich 5300 Corona-Neuinfektionen registriert.

Côte d'Ivoire

In Côte d'Ivoire wird Staatspräsident Alassane Ouattara für eine dritte Amtszeit gewählt. Nach offiziellen Angaben erhält er rund 94 Prozent der Stimmen (**31.10.2020**).

Georgien

Umstrittene Parlamentswahl in Georgien (**31.10.2020**): Die Regierungspartei Georgischer Traum erklärt sich zum Sieger der Parlamentswahl: zum dritten Mal in Folge. Die Opposition spricht von Wahlbetrug und fordert Neuwahlen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schauspieler Sean Connery stirbt im Alter von 90 Jahren (**31.10.2020**).

Algerien

Die algerische Bevölkerung stimmt einer Verfassungsreform mit rund 66 Prozent Ja-Stimmen zu (**1.11.2020**). Die Stimmbeteiligung liegt allerdings nur bei rund 23 Prozent. Die Opposition hatte zum Boykott aufgerufen.

Österreich

Bei einer Terrorattacke in der Wiener Innenstadt werden 4 Menschen getötet und 22 weitere teilweise schwer verletzt (**2.11.2020**). Der von Sicherheitskräften erschossene Täter war nach Angaben der Behörden ein Sympathisant des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS).

USA

Die Präsidentenwahl in den USA (**3.11.2020**) ist geprägt von der Weigerung des unterlegenen Amtsinhabers Donald Trump, seine Niederlage einzugestehen und von nicht erwiesenen Vorwürfen des Wahlbetrugs.

- Wahlsieger ist der demokratische Präsidentschaftskandidat, der 77-jährige frühere US-Vizepräsident Joe Biden. Er erhält 81,2 Millionen Wählerstimmen (51,38 Prozent) und gewinnt 306 der 538 Elektorenstimmen. Bidens Stellvertreterin ist die bisherige Senatorin Kamala Harris. Die Tochter einer indischen Mutter und eines jamaikanischen Vaters wird erste Vizepräsidentin der USA.
- Der republikanische Amtsinhaber Donald Trump erhält 74,2 Millionen Wähler- und 232 Elektorenstimmen. Donald Trump ist der erste Präsident seit George Bush vor 28 Jahren, der die Wiederwahl nicht schafft.
- Trump weigert sich, die Niederlage einzugestehen, spricht von Wahlbetrug und beauftragt seine Anwälte, gerichtlich Klagen einzureichen. Die Wahlbehörden sehen allerdings keine Beweise für Unregelmässigkeiten oder Betrug

Bei den Kongresswahlen können die Demokraten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus trotz Verlusten behaupten. Sie gewinnen 222 Sitze (2018: 235). Die Republikaner entsenden 212 Abgeordnete (2018: 199). Ein Sitz ist offen. Im Senat fallen die Würfel erst nach einer zweiten Wahlrunde in Georgia. Das vorläufige Ergebnis lautet 50:48 zugunsten der Republikanischen Partei. Nach der zweiten Wahlrunde lautet die Sitzverteilung 50:50 (vgl. 5.1.2021).

Puerto Rico/USA

Die Bevölkerung von Puerto Rico spricht sich in einer nicht bindenden Volksabstimmung mit 52 Prozent Ja-Stimmen für eine Aufwertung des US-Aussengebiets zu einem US-Staat aus (**3.11.2020**).

Äthiopien/Tigray-Konflikt

Die äthiopische Regierung lanciert eine Militäroffensive gegen Aufständische in der Region Tigray (**4.11.2020**). Ministerpräsident Abiy Ahmed wirft der Tigray People's Liberation Front (TPLF) gewaltsame Aktivitäten vor. Amnesty International meldet zahlreiche Massaker mit Hunderten von Toten. Zehntausende Menschen flüchten in den Sudan.

Kosovo

Der kosovarische Staatspräsident Hashim Thaçi (Thaci) tritt zurück. Er muss sich vor dem Kosovo-Sondertribunal in Den Haag wegen Kriegsverbrechen verantworten (**5.11.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Weltweit gibt es nach Angaben der Johns-Hopkins-Universität inzwischen mehr als 50 Millionen bestätigte Coronavirus-Infektionen. Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus liegt seit Beginn der Pandemie bei 1,25 Millionen (8.11.2020).

Myanmar

Bei den Parlamentswahlen in Myanmar erringt die National League for Democracy (NLD) von Aung San Suu Kyi wie vor fünf Jahren einen überragenden Sieg und gewinnt die Mehrheit der Mandate (8.11.2020). Im Repräsentantenhaus mit 330 direkt gewählten Abgeordneten erhält die NLD 258 und im Nationalitätenhaus mit 168 direkt gewählten Angeordneten 138 Mandate. Die von den mächtigen Militärs unterstützte Union Solidarity and Development Party (USDP) muss sich mit 26 Sitzen im Repräsentantenhaus und mit 7 Mandaten im Nationalitätenhaus begnügen. Je ein Viertel der Mandate sind allerdings Vertretern der Armee vorbehalten.

Peru

In Peru gibt es drei Präsidenten innert einer Woche: Das Parlament beschliesst, Staatspräsident Martín Vizcarra wegen „moralischer Unfähigkeit“ abzusetzen (9.11.2020). Er steht im Verdacht, bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge Schmiergelder angenommen haben. Beweise dafür liegen nicht vor. Parlamentspräsident Manuel Merino wird Übergangspräsident, legt sein Amt jedoch nach Massenprotesten gegen die Absetzung von Staatschef Vizcarra wieder nieder (15.11.2020). Neuer Übergangspräsident wird Francisco Sagasti (16.11.2020).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidschan/Armenien/Russland/Türkei/Nachitschewan

Der russische Präsident Wladimir Putin setzt in dem vor sechs Wochen neu entbrannten Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach (Nagorni-Karabach) ein Waffenstillstandsabkommen durch (10.11.2020). Russland entsendet eine rund 2000 Mann starke Friedenstruppe. Der Krieg forderte nach russischen Schätzungen über 4000 Tote.

- Für Armenien kommt der Vertrag einer Kapitulation gleich. Armenien verliert die 1993 als Sicherheitspuffer eroberten aserbaidshanischen Gebiete.
- Berg-Karabach wird zur Enklave, die nur über den von russischen Friedenstruppen kontrollierten Latschin-Korridor mit Armenien verbunden ist.
- In Armenien löst die Niederlage gegen Aserbaidschan eine Welle der Entrüstung aus. Ministerpräsident Nikol Paschinjan wird als Verräter beschimpft.
- Aserbaidschan konnte sich auf massive Unterstützung der Türkei stützen. Aserbaidschanische Truppen drangen bis Schuscha, der zweitgrößten strategisch wichtigen Stadt in Berg-Karabach vor.
- Armenien soll den „freien Transport von Bürgern, Fahrzeugen und Waren“ zwischen Aserbaidschan und seiner westlichen Enklave Nachitschewan ermöglichen.

Belize

Nach über zwölf Jahren gelangt in Belize wieder die Mitte-links orientierte People's United Party an die Macht (11.11.2020). Sie gewinnt bei der Parlamentswahl 26 (plus 14) der 31 Sitze. Die bisher regierende Mitte-rechts orientierte United Democratic Party ist nur noch mit 5 (minus 14) Abgeordneten vertreten. Neuer Premierminister wird Johnny Briceño (Briceno).

Westsahara/Marokko

Nach einem fast dreissigjährigen Waffenstillstand kündigt die Befreiungsfront Polisario (Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro) die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gegen Marokko an (13.11.2020).

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

In Österreich werden die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise weiter verschärft. Alle Geschäfte bis auf Grundversorger und Apotheken müssen schliessen. Die Menschen dürfen das Haus nur noch für wichtige Besorgungen, die Pflege von Angehörigen und berufliche Verpflichtungen verlassen. Die österreichische Regierung kündigt Massentests an (14.11.2020).

Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)/Asean

15 asiatisch-pazifische Staaten schaffen die grösste Freihandelszone der Welt mit der Bezeichnung Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) – Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft (15.11.2020). Mitglieder sind neben den zehn Partnerstaaten des Verbands Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations/Asean) – Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam – China, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland. Das Abkommen umfasst 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung

Moldau

Die ehemalige Premierminister Maia Sandu geht als Siegerin aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in der Republik Moldau hervor. Sie ist die erste Frau an der Spitze des Staates. Die proeuropäisch orientierte Politikerin

erhält rund 57 Prozent, ihr abgewählter Amtsvorgänger Igor Dodon, ein enger Verbündeter Moskaus, rund 42 der Stimmen (**15.11.2020**).

EU/Polen/Ungarn

Ungarn und Polen blockieren den nächsten Mehrjahreshaushalt der Europäischen Union (EU) im Umfang von 1074 Milliarden Euro sowie den Corona-Wiederaufbaufonds von 750 Milliarden Euro. Sie wehren sich dagegen, dass die Auszahlung von EU-Mitteln künftig an die Einhaltung von rechtsstaatlichen Grundsätzen geknüpft werden soll (**16.11.2020**).

USA/Afghanistan/Irak

Die USA beabsichtigen ihre Truppenstärke in Afghanistan bis Mitte Januar 2021 von rund 4500 auf 2500 zu senken. Die Zahl der US-Soldaten im Irak soll um rund 500 auf ebenfalls 2500 gesenkt werden (**17.11.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

USA

In den USA sind seit Beginn der Corona-Pandemie mehr als eine Viertelmillion Menschen nach einer Infektion mit dem Virus Sars-CoV-2 gestorben (**18.11.2020**).

USA

Börsen

Zum ersten Mal in der Geschichte der US-Börse knackt der Dow-Jones-Index die Marke von 30 000 Punkten (**24.11.2020**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der argentinische Fussballstar Diego Maradona stirbt im Alter von 60 Jahren (**25.11.2020**).

Konflikt Iran/Israel

Der iranische Atomforscher Mohsen Fakhriade kommt bei einem Anschlag in der Nähe von Teheran ums Leben (**27.11.2020**). Er gilt als „Vater“ des iranischen Atomprogramms. Die iranische Führung beschuldigt Israel und droht mit Rache.

Schweiz

Parteiumbenennung in der Schweiz: Aus der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) wird „Die Mitte.“ Die Delegierten der CVP stimmen dem Namenswechsel und der Fusion mit der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) zu (**28.11.2020**).

Nigeria

Im Nordosten Nigerias massakrieren islamistische Terroristen über 70 Menschen. Die Opfer waren bei Feldarbeiten attackiert worden. Zum Überfall bekennt sich die Terrororganisation Boko Haram (**28.11.2020**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Konzernverantwortungsinitiative knapp mit 50,7 Prozent Ja-Stimmen gut, doch scheitert die Volksinitiative „Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Menschen und Umwelt“ am Ständemehr. Eine Mehrheit der Kantone (14.5:8,5) lehnt die Vorlage ab.

Die Initiative forderte von Schweizer Unternehmen und ihren Tochterfirmen, dass sie Menschenrechte und Umweltstandards respektieren und für verursachte Schäden haften.

Letztmals scheiterte 1955 eine Volksinitiative (zum Schutz der Mieter und Konsumenten) trotz der Ja-Mehrheit des Volkes am Ständemehr. Insgesamt scheiterten seit 1866 zehn Abstimmungsvorlagen am Ständemehr, davon zwei Volksinitiativen.

Die Kriegsgeschäfteinitiative scheitert ebenfalls. Die Volksinitiative „Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten“ wird von den Stimmberechtigten mit 57,5 Prozent Nein-Stimmen und von der Mehrheit der Kantone abgelehnt (**29.11.2020**).

Montenegro

Machtwechsel in Montenegro: Nach 30 Jahren erhält das Land erstmals eine Regierung, der die bisher dominierende Demokratische Partei der Sozialisten von Milo Djukanović (*Djukanovic*) nicht angehört. An der Spitze der Expertenregierung steht der Parteilose Zdravko Krivokapić (*Krivokapic*), der bei der Parlamentswahl (vgl. 30.8.2020) das rechtskonservative Bündnis „Für die Zukunft Montenegros“ angeführt hatte (**4.12.2020**).

Rumänien

Die postkommunistische Sozialdemokratische Partei (PSD) geht trotz Verlusten erneut als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen in Rumänien hervor (**6.12.2020**). Sie erhält 110 (minus 44) der 330 Abgeordnetenmandate. Die Nationale Liberale Partei (PNL) ist zweitstärkste Kraft mit 93 Sitzen (plus 24). Das liberal-konservative Bündnis USR-Plus erhält 55 Mandate (plus 25). Überraschend stark schneidet die rechtspopulistische Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR) ab. Sie ist mit 33 Abgeordneten vertreten. Die Wahlbeteiligung ist mit rund 33 Prozent ausserordentlich tief.

Ministerpräsident Ludovic Orban von der Nationalen Liberalen Partei tritt nach dem für ihn enttäuschenden Wahlausgang zurück.

Venezuela

Bei den Parlamentswahlen in Venezuela gewinnt das Regierungsbündnis Gran Polo Patriótico Simón Bolívar mit 256 Mandaten mehr als zwei Drittel der 277 Abgeordnetensitze. Die Opposition, die bei den letzten Wahlen vor fünf Jahren die Mehrheit errungen hatte, rief zum Boykott des Urnengangs auf. Die Wahlbeteiligung liegt bei knapp über 30 Prozent (**6.12.2020**).

Zentralafrikanische Republik

In der Zentralafrikanischen Republik bricht im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eine Rebellion von Regimegegnern aus (**8.12.2020**). Zehntausende Menschen werden in den kommenden Wochen in die Flucht getrieben. Weite Teile des Landes gelangen unter die Kontrolle der Aufständischen, die laut UNO-Angaben vom früheren Präsidenten François Bozizé unterstützt werden. Die Wiederwahl von Amtsinhaber Faustin-Archange Touadéra am 27. Dezember wird von der Opposition nicht anerkannt.

EU

Polen/Ungarn

Der Weg für den Mehrjahreshaushalt der Europäischen Union (EU) und die milliardenschweren Corona-Hilfen ist frei. Die Staats- und Regierungschefs der EU einigen sich bei ihrem Gipfel in Brüssel auf einen Kompromiss zum neuen Rechtsstaatsmechanismus (**10.12.2020**). Ungarn und Polen geben ihre Blockadehaltung auf (vgl. 16.11.2020).

Abraham-Abkommen

Israel/Marokko

Westsahara/USA

Unter Vermittlung der USA beschliessen Marokko und Israel im Rahmen der Abraham-Abkommen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Als Teil der Abmachung anerkennen die USA den Anspruch Marokkos auf die Westsahara (**10.12.2020**).

EU

Umwelt/Klima

Die Europäische Union verschärft ihr Klimaziel für 2030 deutlich. Um mindestens 55 Prozent soll der Ausstoss von Treibhausgasen unter den Wert von 1990 sinken. Dies beschliessen die Staats- und Regierungschefs an ihrer Gipfelkonferenz in Brüssel (**11.12.2020**).

Litauen

Die parteilose ehemalige Finanzministerin Ingrida Šimonytė (Simonyte) wird neue litauische Regierungschefin. Ihrer Mitte-rechts-Koalition gehören der konservative Vaterlandsbund, die Liberale Bewegung und die Freiheitspartei an (**11.12.2020**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schriftsteller John le Carré stirbt im Alter von 89 Jahren (**12.12.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

In Deutschland tritt wegen der Corona-Krise ein zweiter bundesweiter Lockdown in Kraft. Alle Geschäfte, die keine lebensnotwendigen Produkte verkaufen, werden geschlossen. Auch Schulen werden geschlossen. Hinzu kommen Kontaktbeschränkungen (**16.12.2020**). Der Lockdown wird im folgenden Monat (19.1.2021) bis Mitte Februar 2021 verlängert.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Die Schweizer Regierung verschärft die Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Restaurants, Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen werden geschlossen. Die Kapazität der Läden wird eingeschränkt. Die Bevölkerung wird aufgefordert, zu Hause zu bleiben. Kantone mit günstiger epidemiologischer Entwicklung können Erleichterungen beschliessen (**18.12.2020**).

Schweiz

Homo-Ehe/LGBTIQ

Homosexuelle Paare sollen auch in der Schweiz heiraten dürfen. Beide Parlamentskammern heissen die „Ehe für alle“ gut (**18.12.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz kündigt wegen der Corona-Pandemie einen dritten Lockdown an (**18.12.2020**).

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

In weiten Teilen Südenglands und in London breitet sich eine neue Variante des Coronavirus aus. Das mutierte Virus ist nach Ansicht von Experten viel ansteckender als die bisherige Form. Die britische Regierung verkündet einen harten Lockdown über die betroffenen Gebiete (**19.12.2020**).

Zahlreiche europäische Länder stellen den Flugverkehr mit Grossbritannien ein, um eine Ausbreitung des Virus auf dem Festland zu verhindern. Der Handel zwischen Grossbritannien und dem europäischen Kontinent kommt vorübergehend weitgehend zum Erliegen.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz/Grossbritannien/Südafrika

Die Schweiz verhängt wegen der mutierten Variante des Coronavirus ein Einreiseverbot für Personen aus Grossbritannien und Südafrika. Der Flugverkehr mit beiden Ländern ist eingestellt. Bereits Eingereiste aus Grossbritannien und Südafrika müssen in eine zehntägige Quarantäne (**21.12.2020**).

USA

Der US-Kongress beschliesst zur Bewältigung der Corona-Krise ein Massnahmenpaket im Umfang rund 900 Milliarden Dollar. Unter anderem sind weitere Finanzhilfen für kleine und mittlere Betriebe, Direktzahlungen in Höhe von 600 Dollar für besonders hart von der Corona-Krise betroffene Menschen und eine zeitlich begrenzte Aufstockung der Arbeitslosenhilfe um 300 Dollar wöchentlich vorgesehen (**21.12.2020**). US-Präsident Donald Trump stimmt dem Massnahmenpaket nach anfänglichem Widerstand zu.

Kosovo

Das Verfassungsgericht von Kosovo erzwingt die Neuwahl des Parlaments (**21.12.2020**). Die Wahl von Ministerpräsident Avdullah Hoti durch das Parlament (vgl. 3.6.2020) sei ungesetzlich gewesen, das einer der Abgeordneten nicht wahlberechtigt war.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Start der Corona-Impfungen in der Schweiz: Die grösste Impfkation in der Geschichte des Landes beginnt in einem Pflegeheim im Kanton Luzern (**23.12.2020**). Zuerst werden die besonders gefährdeten Menschen geimpft. Seit Beginn der Corona-Pandemie gibt es in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein rund 423 000 laborbestätigte Fälle von Ansteckungen mit dem Coronavirus. Rund 17 000 Menschen sind bisher im Spital behandelt worden. Über 6400 Tote sind zu beklagen.

Israel

In Israel zerbricht die Regierungskoalition unter Führung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wegen Budgetstreitigkeiten (**23.12.2020**). Zum vierten Mal in zwei Jahren muss ein neues Parlament gewählt werden.

EU/Grossbritannien

Nach neun Monate dauernden zähen Verhandlungen wird ein No-Deal-Brexit verhindert: Die Europäische Union (EU) und Grossbritannien einigen sich wenige Tage vor dem Ende der Übergangsphase, in der Grossbritannien noch Teil des EU-Binnenmarktes und der Zollunion ist, auf ein Handels- und Kooperationsabkommen (**24.12.2020**). Das britische Unterhaus stimmt dem Abkommen mit 521:73 Ja-Stimmen deutlich zu (**30.12.2020**). Das schottische Parlament und die Nordirland-Versammlung sprechen sich dagegen aus, was nur symbolischen Charakter hat. Das Abkommen tritt am 1. Januar 2021 vorläufig in Kraft – provisorisch, da das Europaparlament die Beratung der Vorlage wegen Zeitmangels auf 2021 verschieben musste.

Rumänien

Neue Regierung in Rumänien (**24.12.2020**): Die bisher regierende Nationale Liberale Partei, das Reformbündnis USR-Plus und der Ungarnverband bilden eine Koalition unter dem Vorsitz des bisherigen Finanzministers Florin Cîțu (Citu).

Covid-19/Corona-Krise

EU

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beginnt die Massenimpfung gegen das Coronavirus (**27.12.2020**).

EU/China

Die Europäische Union und China einigen sich auf ein Investitionsabkommen (**30.12.2020**).

2021

Grossbritannien/EU

Der Brexit, der Austritt Grossbritanniens auf der Europäischen Union (EU), ist endgültig abgeschlossen. Nach elfmonatiger Übergangsphase endet auch die Mitgliedschaft Grossbritanniens im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion. Gleichzeitig tritt das Ende Dezember vereinbarte Freihandelsabkommen in Kraft, provisorisch, da das Europaparlament die Vorlage noch nicht beraten konnte (**1.1.2021**).

USA

Zum ersten Mal überstimmt der US-Kongress ein Veto von Präsident Donald Trump. Nach dem Repräsentantenhaus kippt auch der Senat das Veto Trumps gegen den Verteidigungshaushalt (**1.1.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

USA

In den USA steigt die Zahl der Corona-Infektionsfälle auf über 20 Millionen. Rund 350 000 Menschen sind an den Folgen von Covid-19 gestorben (**1.1.2021**). Die USA sind weltweit das Land mit den meisten Ansteckungs- und Todesfällen.

Weltweit haben sich mehr als 85 Millionen Menschen mit dem Coronavirus angesteckt. Über 1,8 Millionen Menschen sind im Zusammenhang mit dem Virus gestorben.

Niger

Terroristen überfallen in Niger zwei Dörfer und töten über 100 Menschen (**2.1.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

Das mutierte Coronavirus sorgt in Grossbritannien für massiv steigende Infektionszahlen – fast 60 000 binnen 24 Stunden. Premierminister Boris Johnson verkündet den dritten Lockdown für ganz England (**4.1.2021**). „Bleibt zu Hause“, appelliert Johnson an die Bevölkerung. Ähnliche harte Massnahmen gelten in Schottland.

USA

Überraschender Ausgang der zweiten Wahlrunde in Georgia für die zwei Sitze im US-Senat. Die Demokraten gewinnen beide Mandate und sichern sich damit die Mehrheit im US-Senat (**5.1.2021**). Dem Senat gehören je 50 Republikaner und Demokraten an. Bei Pattsituationen gibt die künftige demokratische US-Vizepräsidentin Kamala Harris den Ausschlag. Auch im Repräsentantenhaus haben die Demokraten die Mehrheit.

Katar/Saudiarabien/Bahrain/Vereinigte Arabische Emirate

Nach über drei Jahren beendet Katar den Konflikt mit Saudiarabien, Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten (**5.1.2021**). Die drei Golfstaaten hatten im Juni 2017 eine Blockade gegen Katar wegen zu enger Beziehungen zu Iran und angeblicher Terrorunterstützung verhängt. Ägypten schloss sich der Blockade an. Es sollen wieder volle diplomatische Beziehungen mit Katar aufgenommen werden. Saudiarabien öffnet die geschlossene Landesgrenze zu Katar.

Korea (Nordkorea)

Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un gibt am Kongress der regierenden Partei der Arbeit wirtschaftliche Fehler zu. Die Ziele des Fünfjahresplans seien „in fast allen Bereichen bei weitem nicht erreicht worden“ (**5.1.2021**). Nordkorea wolle das Arsenal an Atomwaffen vergrössern, gibt Kim Jong Un bekannt.

USA

Sturm auf das Capitol in Washington (**6.1.2021**):

- Tausende Menschen protestieren in Washington gegen die Zertifizierung der Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten durch den US-Kongress.
- Der noch amtierende Präsident Donald Trump hatte seine Anhänger aufgerufen, sich vor dem Capitol zu versammeln. Trump: „Wir werden niemals aufgeben, wir werden niemals die Niederlage einräumen.“
- Hunderte Randalierer dringen in das Kongressgebäude ein. Die beiden Parlamentskammern müssen die Sitzungen unterbrechen, Abgeordnete und Senatoren müssen sich in Sicherheit begeben.
- Über Washington wird eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Joe Biden erklärt: „Unsere Demokratie wird angegriffen. Das ist kein Protest, das ist ein Aufstand.“
- Erst nach mehreren Stunden gewinnen die Sicherheitskräfte die Kontrolle über das Kongressgebäude zurück.
- Senat und Repräsentantenhaus bestätigen die Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten.
- Trump erklärt nach den dramatischen Ereignissen, die fünf Tote fordern, er werde die Amtsgeschäfte geordnet übergeben.

China/Hongkong

Die Polizei in Hongkong verhaftet mehr als 50 prodemokratische Aktivisten (**6.1.2021**).

USA

Der Kurznachrichtendienst Twitter entzieht US-Präsident Donald Trump seine wichtige Kommunikationsplattform und sperrt dauerhaft seinen Account. Trump erreichte über 88 Millionen Follower. Twitter gibt als Begründung an, Trump habe zur Gewalt aufgerufen (**8.1.2021**).

Kirgistan

Mit knapp 80 Prozent der Stimmen geht Sadyr Schaparow als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kirgistan hervor. Er war seit dem Umsturz im Oktober 2020 Interimspräsident. Zudem werden Verfassungsänderungen für eine stärkere Rolle des Staatsoberhauptes gutgeheissen (**10.1.2021**).

USA

Als erster Präsident in der Geschichte der USA muss sich Donald Trump zum zweiten Mal in seiner Amtszeit einem Impeachment stellen. Eine Woche nach dem Sturm auf das Capitol durch seine Anhänger beschliesst das Repräsentantenhaus ein Amtsenthebungsverfahren wegen „Anstiftung zum Aufstand“. Auch einige Republikaner stimmen zu. Die Anklage geht weiter an den Senat, wo es eine Zweidrittelmehrheit für eine Amtsenthebung braucht (**13.1.2021**).

Italien

Regierungskrise in Italien: Matteo Renzi von der Partei Italia Viva sieht zwei Ministerinnen aus der Regierungskoalition von Ministerpräsident Giuseppe Conte zurück (**13.1.2021**). Conte übersteht Vertrauensabstimmungen in beiden Kammern des Parlaments (19.1.2021).

Estland

Der Regierungschef von Estland, Jüri Ratas, tritt wegen Korruptionsvorwürfen gegen seine Zentrumsparterie zurück (**13.1.2021**).

Irland

Die irische Regierung entschuldigt sich für ein dunkles Kapitel in der jüngeren Geschichte des Landes (**13.1.2021**): Zwischen 1922 und 1998 starben in überwiegend von der katholischen Kirche geleiteten Heimen für unverheiratete Mütter über 9000 Kinder, sogenannte „Kinder der Sünde“.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In der Schweiz werden die Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus mit einem zweiten Lockdown drastisch verschärft (**13.1.2021**). Der Bundesrat verfügt die Schliessung von Einkaufsläden und Märkten (ausgenommen sind Geschäfte für den Alltagsbedarf), führt die Homeoffice-Pflicht ein und verschärft die Bedingungen für private Zusammenkünfte. Die im Dezember beschlossene Schliessung von Restaurants, Sport- und Freizeitanlagen wird verlängert. Die Massnahmen gelten vorerst bis Ende Februar. Die Schulen werden nicht geschlossen. Die Finanzhilfen für betroffene Firmen wird ausgebaut. Grund für die laut Bundespräsident Guy Parmelin «drastischen Massnahmen» ist die britische Mutation des Coronavirus.

Uganda

In Uganda geht Yoweri Museveni zum sechsten Mal als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**14.1.2021**). Museveni ist seit 1986 an der Macht.

Niederlande

Die niederländische Regierung unter Führung von Ministerpräsident Mark Rutte tritt zwei Monate vor den Parlamentswahlen zurück. Der Grund der Demission ist eine Affäre um Kindergeld, das der Staat von 2013 an zu Unrecht von etwa 20 000 Eltern zurückgefordert hatte (**15.1.2021**).

Deutschland

Armin Laschet, bisher Ministerpräsident des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, wird zum neuen Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union (CDU) gewählt (**16.1.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Indien

In Indien beginnt die weltweit grösste Impfkampagne gegen das Coronavirus (**16.1.2021**). Im ersten Halbjahr sollen bis zu 300 Millionen Menschen geimpft werden. Indien zählt mehr als 10 Millionen Corona-Infektionen – nach den USA die zweithöchste Zahl.

Russland

Der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny kehrt nach einem fünf Monate dauernden Aufenthalt in Deutschland, wo er sich von einem Mordanschlag in Russland erholte, nach Moskau zurück (**17.1.2021**). Nawalny wird gleich nach seiner Ankunft verhaftet und am Tag darauf zu 30 Tagen Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, gegen Meldeauflagen nach einem früheren Strafprozess verstossen zu haben.

Covid-19/Corona-Krise

USA

In den USA sind ein Jahr nach dem ersten gemeldeten Corona-Fall mehr als 400 000 Menschen im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion gestorben (**19.1.2021**).

USA

Umwelt/Klima

Pariser Weltklimaabkommen

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Joe Biden wird als 46. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt (**20.1.2021**). In seiner Antrittsrede ruft der neue demokratische US-Präsident zur Einheit auf. Er werde sich mit ganzem Herzen für Einheit und Versöhnung einsetzen. „Es gibt viel zu heilen, zu reparieren, aufzubauen“, sagt der 78-jährige Biden und kündigt einen entschlossenen Kampf gegen Rassismus an. Am die internationale Gemeinschaft gerichtet sagt Biden, er wolle verlorenes Vertrauen wieder aufbauen. „Wir werden ein starker und verlässlicher Partner für Frieden, Fortschritt und Sicherheit sein“. Biden unterbricht seine Rede für eine Schweigeminute im Gedenken an die bisher über 400 000 Toten der Corona-Pandemie in den USA.

Der neue US-Präsident Joe Biden macht in seinen ersten Verfügungen mehrere Entscheidungen seines Vorgängers Donald Trump rückgängig. Die USA stoppen den Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und treten dem 2015 von der UNO-Klimakonferenz in Paris verabschiedeten Weltklimaabkommen wieder bei. Die Grenzmauer zu Mexiko soll nicht weiter gebaut werden. Einreiseverbote für Muslime werden aufgehoben. Für das umstrittene Pipeline-Projekt Keystone XL zwischen Kanada und den USA verfügt Biden einen Baustopp und kündigt ein Programm an, das rund 700 000 junge Migranten vor einer Abschiebung bewahren soll.

Irak

In der irakischen Hauptstadt Bagdad kommen bei einem Doppelanschlag über 30 Menschen ums Leben und über 90 werden verletzt (**21.1.2021**). Zu den Terrorakten bekennt sich der „Islamische Staat“ (IS).

USA

Mit dem früheren Viersternegeneral Lloyd Austin wird erstmals ein Schwarzer US-Verteidigungsminister (**22.1.2021**).

Russland

In über hundert Städten Russlands finden trotz Verboten Kundgebungen gegen Korruption und für die Freilassung des inhaftierten Oppositionspolitikers Alexander Nawalny statt (**23.1.2021**). Laut Angaben von Bürgerrechtsorganisationen werden über 3000 Demonstranten festgenommen.

USA

Die ehemalige Notenbankchefin Janet Yellen wird erste Finanzministerin der USA (**25.1.2021**).

Estland

Estland erhält mit Kaja Kallas erstmals eine Ministerpräsidentin. Sie bildet mit ihrer liberalen Reformpartei ein Regierungsbündnis mit der Zentrumspartei (**26.1.2021**). Kaja Kallas ist die Tochter des früheren Regierungschefs Siim Kallas,

USA/Russland

Abrüstung/Rüstungskontrolle

Die USA und Russland vereinbaren, den Anfang Februar 2021 auslaufenden atomaren Abrüstungsvertrag New Start um fünf Jahre zu verlängern (**26.1.2021**).

Italien

Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte tritt wegen fehlender solider Mehrheit im Parlament zurück (**26.1.2021**).

USA

Antony Blinken wird neuer US-Außenminister (**26.1.2021**). Er war unter Präsident Barak Obama stellvertretender Außenminister.

Myanmar

In Myanmar greifen die Militärs wieder nach der ganzen Macht (**1.2.2021**). Kurz vor der Konstituierung des im November 2010 neu gewählten Parlaments wird ein einjähriger Ausnahmezustand verhängt und die de-facto Regierungschefin Aung San Suu Kyi unter Hausarrest gestellt. Führende Mitglieder der Regierungspartei National League for Democracy (NLD) werden festgenommen, unter ihnen Staatspräsident Win Myint. Zu dessen Nachfolger wird Vizepräsident Myint Swe bestimmt. Die Militärs begründen ihren Schritt mit der Behauptung, die letzten Wahlen seien gefälscht worden. Als Machthaber gilt der Oberbefehlshaber der Armee, General Min Aung Hlaing.

Russland

Der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalny wird von einem Moskauer Gericht zu zweieinhalb Jahren Straflager verurteilt. Das Gericht wirft ihm vor, gegen Bewährungsaufgaben aus einem Prozess von 2014 verstossen zu haben (**2.2.2021**). Nawalny tritt während seiner Haft in einen Hungerstreik. Weitere Verurteilungen folgen in den Jahren 2022 (9 Jahre) und 2023 (19 Jahre).

USA/Deutschland/Russland/China/Jemen

US-Präsident Joe Biden verkündet in einer aussenpolitischen Grundsatzrede: „Die Diplomatie ist zurück“. Er setze auf internationale Zusammenarbeit und starke Bündnisse. Nach „Jahren der Vernachlässigung“ wolle er die Beziehungen mit den engsten Verbündeten wiederbeleben. Die Pläne seines Vorgängers Donald Trump für einen Rückzug von 12 000 US-Soldaten aus Deutschland würden gestoppt. Er wolle Russland und China entschiedener entgegenreten und den von Saudiarabien geführten Attacken im Jemenkrieg nicht mehr unterstützen. verkündet Biden (**4.2.2021**).

Libyen

Libyen erhält eine neue Übergangsregierung. Sie soll das Land aus dem Bürgerkrieg und zu Wahlen führen. Vorsitzender des Präsidialrates wird Mohammed Younes al-Menfi. Zum Regierungschef wird der Geschäftsmann Abdulhamid al-Dhaiba bestimmt (**5.2.2021**).

Liechtenstein

Mit einem hauchdünnen Vorsprung von nur 23 Stimmen gewinnt die Vaterländische Union (VU) die Parlamentswahl in Liechtenstein. Sowohl die Vaterländische Union als auch die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) erhalten je 10 Sitze im 25 Mandate zählenden Landtag (**7.2.2021**).

USA

UNO-Menschenrechtsrat

Die USA kehren als Beobachter in den UNO-Menschenrechtsrat zurück (**8.2.2021**). Acht Monat später sind die USA wieder offiziell Mitglied des Gremiums. Die USA hatten 2018 den Rückzug beschlossen. Präsident Donald Trump hielt den Rat wegen seiner häufigen Kritik an Israel für voreingenommen.

Pacific Islands Form

5 der 18 Mitglieder treten aus dem Pacific Islands Form (PIF) aus. Kiribati, die Marshallinseln, Mikronesien, Nauru und Palau fühlen sich bei der Wahl des neuen Generalsekretärs übergangen (**9.2.2021**).

Kolumbien

In Kolumbien gründen mehrere linke Parteien und Bewegungen den Pacto Histórico (**11.2.2021**).

Italien

Mario Draghi, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank, wird neuer italienischer Ministerpräsident (**13.2.2021**). Der Regierung der nationalen Einheit gehören zehn Parteien an, unter ihnen die Lega, das Movimento 5 Stelle, Forza Italia und der Partito Democratico.

USA

Der frühere US-Präsident Donald Trump wird vom Senat vom Vorwurf der „Anstiftung zum Aufstand“ freigesprochen. 57 Mitglieder des Senats, darunter auch 7 Republikaner, stimmen für die Verurteilung wegen des Angriffs auf das Capitol am 6. Januar 2021, doch die erforderliche Zweidrittelmehrheit wird verfehlt. Für Trump ist es der zweite Freispruch im zweiten Impeachment-Verfahren binnen 13 Monaten (**13.2.2021**).

Kosovo

Die linksnationalistische Partei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) geht mit einem Stimmenanteil von knapp über 50 Prozent als klare Siegerin aus der Parlamentswahl in Kosovo hervor (**14.2.2021**). Die Partei von Alfred Kurti gewinnt 58 Mandate (plus 29). Die Demokratische Partei (PDK) erhält 19 (minus 5) und die zuletzt regierende Demokratische Liga nur noch 15 Mandate (minus 15). Kurti war am 25. März 2020 nach nur sieben Wochen im Amt durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden, blieb aber bis Anfang Juni geschäftsführend im Amt.

Katalonien

Bei der Parlamentswahl in Katalonien gewinnen die Parteien, die für eine Unabhängigkeit eintreten, 74 der 135 Mandate und damit die absolute Mehrheit. Erstmals erhalten sie auch die Mehrheit der Wählerstimmen. An der Spitze der Parteien stehen die Sozialisten mit rund 23 Prozent Stimmenanteil und 33 Mandaten (plus 16). Es folgen die Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) mit rund 21 Prozent Wählerstimmen und ebenfalls 33 Sitzen und die Junts per Catalunya mit 32 Mandaten (**14.2.2021**).

Georgien

Der georgische Ministerpräsident Giorgi Gacharia von der Regierungspartei Georgischer Traum tritt zurück (**18.2.2021**).

Niger

Der frühere Innenminister Mohamed Bazoum geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Niger hervor. Der Kandidat des Parti Nigérien pour la démocratie et le socialisme erhält 55,75 Prozent der Stimmen (**21.2.2021**). Niger erlebt den ersten friedlichen und demokratischen Machtwechsel seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960.

Covid-19/Corona-Krise

USA

In den USA sind bisher mehr als eine halbe Million Menschen im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion gestorben, mehr als in jedem anderen Land der Welt (**22.2.2021**). „Damit sind in einem einzigen Jahr wegen dieser Pandemie mehr Amerikaner gestorben als im Ersten Weltkrieg, dem Zweiten Weltkrieg und dem Vietnamkrieg zusammengenommen“, erklärt US-Präsident Joe Biden und ordnet Trauerbeflaggung für fünf Tage an.

USA/Saudiarabien

Laut Angaben des US-Geheimdienstes CIA soll der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman die Tötung des Regimekritikers Jamal Khashoggi genehmigt haben (**26.2.2021**). Khashoggi war im Oktober 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul ermordet worden. US-Präsident Joe Biden kündigt Veränderungen in den Beziehungen zwischen den USA und Saudiarabien an.

Myanmar

In Myanmar weiten sich die Proteste der Bevölkerung gegen den Armeeputsch vor einem Monat aus. Das Militärregime geht mit Gewalt gegen die Teilnehmer von Protestkundgebungen vor. Auch Schusswaffen werden eingesetzt, wobei zahlreiche Menschen getötet werden (**28.2.2021**). Inzwischen ist die Parlamentswahl vom November 2020 von den Machthabern für ungültig erklärt worden. Bei den direkt gewählten Abgeordneten hatte die National League for Democracy von Aung San Suu Kyi eine deutliche Mehrheit gewonnen (vgl. 8.11.2020).

El Salvador

Bei der Parlamentswahl in El Salvador erringt die Partei von Staatspräsident Nayib Bukele einen Erdrutschsieg (**28.2.2021**). Nuevas Ideas gewinnt auf Anhieb 56 der 84 Mandate und damit die Zweidrittelmehrheit. Zweistärkste Kraft ist die konservative Alianza Republicana Nacionalista (Arena) mit 14 Mandaten (minus 23). Die Linkspartei Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) muss sich mit 4 Mandaten (minus 19) begnügen.

Frankreich

Der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy wird wegen Bestechung und unerlaubter Einflussnahme zu drei Jahren Haft, davon zwei auf Bewährung, verurteilt (**1.3.2021**). Damit wird erstmals in der Nachkriegsgeschichte Frankreichs ein ehemaliger Präsident wegen Korruption zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Ungarn

EU/Europäisches Parlament

Die Abgeordneten der ungarischen Fidesz-Partei verlassen die Fraktion der bürgerlichen Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament. Die Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán (Orban kommt damit einem möglichen Ausschluss zuvor, für den die Fraktion den Weg geebnet hatte (**3.3.2021**).

Irak/Vatikan

Erstmals willt ein Papst zu einem Besuch in Irak (**5.3.2021**). Zu den Höhepunkten der Irak-Reise von Papst Franziskus gehört ein Treffen mit Grossayatollah al-Sistani, dem Oberhaupt der Schiiten.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ – auch Burka-Initiative genannt – mit 51,2 Prozent Ja-Stimmen gut. Damit ist es Musliminnen im öffentlichen Raum untersagt, eine Burka oder Nikab zu tragen. Deutlich abgelehnt mit 64,4 Prozent Nein-Stimmen wird das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz). Gutgeheissen wird das wegen der Palmöl-Problematik kritisierte Freihandelsabkommen mit Indonesien mit 51,6 Prozent-Ja-Stimmen (**7.3.2021**).

Äquatorialguinea

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Eine Explosionskatastrophe in Äquatorialguinea fordert nahezu 100 Tote und Hunderte Menschen werden verletzt (**7.3.2021**). Auf einem Militärkomplex in der Stadt Bata kommt es zu mehreren Explosionen; nach amtlichen Verlautbarungen wegen Nachlässigkeit. Bauern hätten ihre Felder in der Nähe von Waffenlagern abgebrannt.

Covid-19/Corona-Krise

Italien

In Italien sind seit Beginn der Corona-Krise vor rund einem Jahr über 100 000 Menschen im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben (**8.3.2021**).

Brasilien

In Brasilien hebt ein Richter des Obersten Gerichtshofes die Verurteilung von Expräsident Luis Inácio Lula da Silva auf (**8.3.2021**). Lula da Silva war 2018 wegen Korruption und Geldwäscherei zu zwölf Jahren und einem Monat Haft verurteilt worden.

USA

Der US-Kongress stimmt einem Corona-Hilfspaket im Umfang von 1,9 Billionen Dollar zu. Jede US-Bürgerin und jeder US-Bürger soll eine Einmalzahlung von 1400 Dollar erhalten. Die Arbeitslosenhilfe wird aufgestockt. Vorgeesehen sind zudem Milliardenbeiträge für Corona-Impfungen und Corona-Tests (**10.3.2021**).

China

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping ruft die Armee angesichts von „Unsicherheiten“ zur Kampfbereitschaft auf (10.3.2021).

China/Hongkong

Der chinesische Volkskongress beschließt eine Wahlrechtsreform für Hongkong. Der Einfluss der prodemokratischen Opposition soll zurückgedrängt und es soll sichergestellt werden, dass Hongkong nur von „Patrioten“ verwaltet wird (**11.3.2021**).

China

Der chinesische Volkskongress verabschiedet den 15. Fünfjahresplan. Dieser zielt auf die Förderung des heimischen Markts und sieht massive Investitionen in Forschung und Entwicklung vor (**11.3.2021**).

Europäisches Parlament/EU/

LGBTIQ

Das Europäische Parlament erklärt die Europäische Union zum Freiheitsraum für LGBTIQ-Menschen (**11.3.2021**). Die Abkürzung steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell und queer.

Deutschland

Bei den Landtagwahlen in den deutschen Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sinkt der Stimmenanteil der Christlich-Demokratischen Union (CDU) auf historische Tiefstwerte. In Baden-Württemberg erhält die CDU 24,1 Prozent (minus 2,9 Prozentpunkte) und in Rheinland-Pfalz 27,7 Prozent (minus 4,1 Prozentpunkte). In Baden-Württemberg behaupten sich die Grünen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und in Rheinland-Pfalz die Sozialdemokraten von Regierungschefin Malu Dreyer als stärkste Kräfte (**14.3.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Italien

Erneut steigende Corona-Infektionsfälle in Italien: 11 der 20 Regionen werden zu „roten Zonen“ (**15.3.2021**).

USA

Erstmals erhält in den USA eine indianischstämmige Politikerin einen Ministerposten. Die Kongressabgeordnete Deb Haaland aus New Mexico leitet das Innenministerium (**15.3.2021**).

USA/Russland

Nach Ansicht der US-Geheimdienste hat Russland versucht, die Präsidentenwahl von 2020 zu beeinflussen und die Wahl mit „irreführenden oder unbegründeten Behauptungen“ gegen Joe Biden zu manipulieren (**16.3.2021**). US-Präsident Joe Biden droht dem russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Konsequenzen. Putin werde einen Preis dafür bezahlen.

In einem Fernsehinterview erklärt Biden auf die Frage, ob er denke, dass Putin ein Killer sei: „Das tue ich“. Die russische Regierung beordert ihren Botschafter in Washington zu Gesprächen nach Moskau (17.3.2021).

Niederlande

Zum vierten Mal in Folge geht die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in den Niederlanden hervor (**17.3.2021**). Die Partei von Ministerpräsident Mark Rutte gewinnt 35 (plus 2) der 150 Sitze in der Zweiten Kammer. Überraschend erreichen die sozialliberalen Democraten 66 (D66) den zweiten Platz. Die Partei der ehemaligen UNO-Diplomatin Sigrid Kaag ist mit 23 Abgeordneten (plus 4) vertreten. Die rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders folgt an dritter Stelle mit 17 Mandaten (minus 4). Das ebenfalls rechtspopulistische Forum für Demokratie (Forum voor Democratie/FVD) von Thierry Baudet gewinnt sechs Sitze hinzu und ist mit acht Abgeordneten vertreten. Zu den Verlierern gehören die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) mit vier sowie die Sozialistische Partei (Socialistische Partij /SP) mit 5 und Groenlinks mit sechs Sitzverlusten. Unverändert schwach schneidet die während vielen Jahren zweitstärkste sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) mit neun Mandaten ab.

Tansania

Der tansanische Staatspräsident John Magufuli stirbt im Alter von 61 Jahren (**17.3.2021**). Laut offiziellen Angaben war eine Herzrhythmusstörung die Todesursache. Es wird auch über eine Covid-19-Erkrankung spekuliert. Magufuli war seit 2015 an der Macht. An seine Stelle tritt Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan. Damit hat Tansania erstmals eine Staatspräsidentin.

Türkei

Istanbuler Konvention

Die Türkei tritt aus dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt – Istanbuler Konvention – aus (**20.3.2021**).

Niger

In Niger kommen bei Angriffen auf mehrere Dörfer über 130 Menschen ums Leben. Die Regierung spricht von „bewaffneten Banden“ (**21.3.2021**).

Kongo-Brazzaville

Denis Sassou Nguesso, Langzeitherrscher in Kongo-Brazzaville, wird mit rund 88 Prozent Stimmenanteil im Amt bestätigt (**21.3.2021**). Insgesamt war er bisher rund 36 Jahre an der Macht.

Australien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der australische Bundesstaat New South Wales wird von katastrophalen Überschwemmungen heimgesucht. Abertausende Menschen müssen ihre Häuser verlassen (**21.3.2021**).

China/EU

Die Europäische Union und China belegen sich gegenseitig mit Sanktionen. Zum ersten Mal seit 1989 verhängt die EU Strafmassnahmen gegen China. Die EU wirft China massive Unterdrückung der Uiguren vor. Peking reagiert mit Gegenmassnahmen (**22.03.2021**).

Kosovo

Fast ein Jahr nach dem Sturz seiner Regierung wird Albin Kurti erneut zum Ministerpräsidenten von Kosovo gewählt (**22.3.2021**). Seine linksnationalistische Partei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) hatte die Parlamentswahl Mitte Februar (vgl. 14.2.2021) klar gewonnen.

Israel

Zum vierten Mal binnen zwei Jahren finden in Israel Parlamentswahlen statt (**23.3.2021**). Die Likud-Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu geht zwar mit 30 Mandaten (minus 6) als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor, verfehlt aber die Regierungsmehrheit. Netanياهوs Likud und seine Partner – die beiden ultraorthodoxen Parteien Shas und Vereinigtes Torah-Judentum sowie die extrem rechte Partei Religiöser Zionismus – erhalten 52 der 120 Mandate. Zweitstärkste Kraft mit 17 Mandaten wird die liberal-konservative Partei Yesh Atid von Yair Lapid. Es folgen die ultraorthodoxe Shas mit neun, Blau-Weiss von Benny Gantz mit acht, die Siedlerpartei Yamina, das Vereinigte Thora-Judentum, die sekulär-nationalistische Partei Israel Beitenu (Unser Haus Israel) sowie die Arbeitspartei mit je sieben, die Likud-Abspaltung Neue Hoffnung, die Vereinte Liste (arabische Parteien), die extrem-rechte Partei Religiöser Zionismus und die linksliberale Meretz mit je sechs sowie die moderat-islamische Vereinigte Arabische Liste (Raam) mit vier Mandaten.

Ägypten

Suezkanal

Ein Containerschiff läuft im Suezkanal auf Grund und blockiert fast eine Woche lang eine der Pulsadern der Weltwirtschaft (**23.3.2021**).

Moçambique

Islamistische Rebellen überfallen in Moçambique die Stadt Palma in der Nordprovinz Cabo Delgado (**24.3.2021**). Dutzende Menschen kommen ums Leben, Tausende flüchten. Palma befindet sich nahe eines geplanten Flüssiggasterminals.

Myanmar

In Myanmar werden am „Tag der Armee“ über 100 Demonstranten erschossen (**27.3.2021**). Seit dem Militärputsch Anfang Februar (vgl. 1.2.2021) sind über 500 Menschen bei Protestaktionen gegen das Militärregime ums Leben gekommen.

Slowakei

Der slowakische Ministerpräsident Igor Matovič (*Matovic*) von der konservativ-populistischen Partei Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten (O'LaNO) tritt nach wochenlanger Koalitionskrise zurück (**28.3.2021**). Sein Nachfolger wird der bisherige Finanzminister und Parteikollege Eduard Heger. Matovič bleibt als Finanzminister in der neuen Regierung.

Schweiz

Kantonswechsel: Die Stimmberechtigten der Gemeinde Moutier stimmen für den Übertritt vom Kanton Bern zum Kanton Jura. Der Kantonswechsel wird mit 2114 gegen 1740 Stimmen gutgeheissen (**28.3.2021**). Der Wechsel zum Kanton Jura war bei der Volksabstimmung am 18.6.2017 mit 137 Stimmen Differenz knapp angenommen worden, doch wurde der Entscheid gerichtlich annulliert.

Covid-19/Corona-Krise

China/Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlicht einen Bericht ihrer Mission in Wuhan zur Erforschung der Coronavirus-Pandemie (**30.3.2021**). Die Experten stufen es als „wahrscheinlich bis sehr wahrscheinlich“ ein, dass der Erreger SARS-CoV-2 von der Fledermaus über ein Zwischenwirttier auf den Menschen überging. Eine direkte Übertragung auf den Menschen bezeichnen die Autoren des Berichts als „möglich bis wahrscheinlich“. Hartnäckig halten sich Gerüchte, wonach das Virus möglicherweise aus einem Labor in der chinesischen Stadt Wuhan entwichen ist.

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

Angesichts einer dritten Corona-Welle verkündet der französische Staatspräsident Emmanuel Macron einen landesweiten Lockdown (**31.3.2021**). Die Schulen müssen schliessen, ebenso die meisten Geschäfte. Nachts gilt eine Ausgangssperre

USA

US-Präsident Joe Biden will in den kommenden acht Jahren mit Ausgaben in Höhe von rund zwei Billionen Dollar die Infrastruktur des Landes modernisieren und Millionen Arbeitsplätze schaffen. Finanziert werden soll das Projekt durch eine Anhebung der Unternehmenssteuer (**31.3.2021**).

Bulgarien

In Bulgarien geht die Mitte-rechts-Partei Bürger für eine europäische Entwicklung (Gerb) von Ministerpräsident Bojko Borisow zum fünften Mal in Folge als stärkste Partei aus der Parlamentswahl (**4.4.2021**) hervor, verliert jedoch an Zustimmung. Sie erhält 75 (minus 20) der 240 Sitze. Überraschend gewinnt die Protestpartei des TV-Komikers Slawi Trifonow – Es gibt so ein Volk“ (ITN) – auf Anhieb fast 20 Prozent der Stimmen und 51 Sitze und verdrängt die Sozialistische Partei (BSP) auf den dritten Platz mit 43 Mandaten (minus 37). Es folgen die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit 30, das Demokratische Bulgarien mit 27 und Die Partei Steh auf mit 14 Sitzen.

Kosovo

Die Juristin Vjosa Osmani wird vom kosovarischen Parlament zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**4.4.2021**). Als Parlamentspräsidentin hatte sie im November 2020 kommissarisch das Amt als Staatschefin übernommen.

Grönland/Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Grönland gewinnt die linke Umweltpartei Inuit Ataqatigiit (IA) überraschend die Mehrheit der Stimmen und Mandate. Die Partei von Múte Bourup Egede gewinnt 12 der 31 Parlamentssitze. Die bislang regierende sozialdemokratische Partei Siumut erhält 10 Mandate (**6.4.2021**). Die Umweltpartei bekämpft ein Bergbauprojekt im Süden der Insel Grönland, wo Uran und seltene Erden abgebaut werden sollen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Theologe Hans Küng stirbt im Alter von 93 Jahren (**6.4.2021**).

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Sorge um den Friedensprozess in Nordirland: In Belfast liefern sich jugendliche Randalierer Strassenschlachten mit der Polizei (**8.4.2021**). Bereits die Ostertage Anfang Monat waren von Krawallen überschattet.

Korea (Nordkorea)

Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un stellt sein Land auf harte Zeiten ein. Er spricht von „zahlreichen, noch nie da gewesenen Herausforderungen“. Sein Land stehe vor einem „schweren Marsch“ (**8.4.2021**).

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

Russland droht angesichts der angespannten Lage im Grenzgebiet zur Ostukraine mit militärischem Eingreifen zum Schutz seiner Staatsbürger (**9.4.2021**). Zunehmend Sorge bereiten russische Truppenbewegungen an der Grenze zur Ukraine. Von über 100 000 sowjetischen Soldaten ist die Rede. Ende Monat (22.4.2021) verkündet der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu den Rückzug der Truppen von der Grenze zur Ukraine.

Grossbritannien

Grossbritannien trauert um Prinz Philip, den Gemahl von Queen Elizabeth II. Der Herzog von Edinburgh stirbt wenige Monate vor seinem 100. Geburtstag (**9.4.2021**).

Djibouti

Zum fünften Mal in Folge geht Ismail Omar Guelleh vom Rassemblement Populaire pour le Progrès (RPP) als Sieger aus der Präsidentenwahl in Djibouti hervor (**9.4.2021**). Er ist seit 22 Jahren an der Macht.

Ecuador

Der konservative Exbanker Guillermo Lasso vom Movimiento CREO (Creando Oportunidades) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Ecuador hervor (**11.4.2021**). Er erhält 52,36 Prozent, sein Konkurrent Andrés Arauz von der

Mitte-links-Allianz Unión por la Esperanza (Unes) 47,64 Prozent der Stimmen. Im Parlament (Asamblea nacional), das am 7. Februar 2021 gewählt wurde, ist die Unión per la Esperanza (Unes) mit 49 der 137 Mandate stärkste Kraft.

Konflikt Iran/Israel

In der iranischen Urananreicherungsanlage in Natanz verursacht eine Explosion schwere Schäden (11.4.2021). Die iranische Regierung spricht von einem „Terrorakt“ und macht Israel dafür verantwortlich.

Kirgistan

Die Bevölkerung Kirgistans stimmt mit rund 80 Prozent Ja-Stimmen einer neuen Verfassung zu. Diese sieht einen deutlichen Machtgewinn für das Staatsoberhaupt vor (11.4.2021).

USA/Deutschland

Aufstockung der US-Truppen in Deutschland statt Teilabzug (13.4.2021). Die USA stocken ihre Truppen um 500 Soldaten auf. Der frühere US-Präsident Donald Trump hatte im Sommer 2020 (vgl. 30.6.2020) den Abzug von 12 000 der rund 35 000 in Deutschland stationierten Soldaten angekündigt.

USA/Nato/Afghanistan

US-Präsident Joe Biden kündigt den vollständigen Rückzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan spätestens bis um 11. September 2021, dem 20. Jahrestag der Terrorattacken in New York und Washington (Nine/Eleven), an. „Es ist Zeit, Amerikas längsten Krieg zu beenden“, erklärt Biden (14.4.2021). Auch die Nato beschliesst das Ende ihres Afghanistan-Einsatzes. Derzeit sind etwa 3500 US-Soldaten sowie rund 7000 Soldaten aus Nato-Staaten und aus anderen verbündeten Ländern in Afghanistan stationiert.

Covid-19/Corona-Krise

Frankreich

In Frankreich sind bisher 100 000 Menschen im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung gestorben (15.4.2021). Mehr Tote haben in Europa bisher nur Grossbritannien (127 000) und Italien (115 000) registriert.

Kuba

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Kubas, Raúl Castro, gibt seinen Rücktritt bekannt (16.4.2021). Damit endet nach über 60 Jahren die Ära Castro. Seit der Revolution von 1959 waren zunächst Fidel Castro und ab 2008 sein jüngerer Bruder Raúl Castro an der Macht. Neuer Parteichef wird Staatspräsident Miguel Díaz-Canel (*Diaz-Canel*).

Covid-19/Corona-Krise

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind laut Angaben der Johns Hopkins-Universität in Baltimore weltweit mehr als drei Millionen Menschen nach einer Infektion mit dem Virus gestorben. Damit stieg die Zahl der global bekannten Corona-Todesfälle innerhalb von rund drei Monaten von zwei auf drei Millionen an. Weltweit gab es bislang mehr als 140 Millionen bestätigte Infektionen mit dem Virus. Experten gehen bei Infektionen und Todesfällen von einer noch höheren Dunkelziffer aus (17.4.2021).

Tschechien/Russland

Tschechien beschuldigt russische Agenten, für zwei verheerende Explosionen in einem Munitionslager verantwortlich zu sein (17.4.2021). Der Vorfall ereignete sich 2014. Die Affäre führt zur Ausweisung russischer Diplomaten.

Deutschland

Machtkampf im Lager der Unionsparteien CDU/CSU um die Nachfolge der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hatte im Oktober 2018 ihren Rückzug angekündigt. CDU-Parteichef Armin Laschet setzt sich gegen seinen CSU-Chef Markus Söder durch (20.4.2021). Am Vortag (19.4.2021) entschieden sich die Grünen, Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin ins Rennen zu schicken. Die Sozialdemokraten (SPD) ziehen mit Finanzminister Olaf Scholz als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf (9.5.2021).

Tschad

Wenige Tage nach seiner Wiederwahl zum Staatspräsidenten von Tschad (11.4.2021) stirbt Idriss Déby (20.4.2021) an den Folgen schwerer Verletzungen, die er während eines Einsatzes seiner Truppen gegen Rebellen erlitten hatte. Idriss Déby war seit rund 30 Jahren Herrscher des Landes. Ein Militärrat unter Führung von Mahamat Idriss Déby, Sohn des verstorbenen Präsidenten, übernimmt die Macht.

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

Das deutsche Parlament – der Bundestag – beschliesst eine bundeseinheitliche Notbremse gegen die dritte Corona-Welle. Mit der entsprechenden Änderung des Infektionsschutzgesetzes sind auch Ausgangsbeschränkungen möglich (21.4.2021).

Frankreich

Zwanzig französische Generäle im Ruhestand und mehr als 1000 Angehörige der Armee behaupten in einem offenen Brief, Frankreich sei von Islamismus und „von Horden aus der Banlieu“ bedroht. Die Unterzeichner warnen vor

Zerfall und Chaos und vor einem Bürgerkrieg und drohen kaum verhohlen mit einer Intervention der Streitkräfte (21.4.2021).

Indonesien

Katastrophen/U-Boot-Katastrophen

Vor der Küsten von Bali sinkt ein indonesisches U-Boot während einer Torpedoübung. Dabei kommen alle 53 Insassen ums Leben (21.4.2021).

Umwelt/Klima

USA

Die USA wollen bis 2030 ihren Treibhausgasausstoss im Vergleich zu 2005 halbieren. Dies kündigt US-Präsident Joe Biden bei einem virtuellen globalen Klimagipfel an (22.4.2021).

Irak

Katastrophen/Brandkatastrophen

In einer Bagdader Klinik für Covid-Patienten bricht ein Grossbrand aus. Dabei kommen über 80 Menschen ums Leben (24.4.2021). Rund drei Monate später (12.7.2021) kommen in Nasiriya im Südirak bei einem ähnlichen Brandfall in einer Isolationsstation eines Spitals für Covid-19-Patienten über 60 Menschen ums Leben.

Albanien

Zum dritten Mal in Folge geht die Sozialistische Partei von Ministerpräsident Edi Rama als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Albanien hervor. Sie gewinnt wie vor vier Jahren 74 der 140 Mandate. Die oppositionelle Demokratische Partei erhält 59 Mandate (plus 13). Wahlverliererin ist die Sozialistische Bewegung für Integration. Sie verliert 15 Mandate und ist noch mit 4 Abgeordneten vertreten (25.4.2021).

Italien

Das italienische Parlament stimmt dem von Ministerpräsident Mario Draghi vorgelegten Corona-Wiederaufbauplan im Umfang von über 220 Milliarden Euro zu. Zu den Prioritäten des grösstenteils von der Europäischen Union finanzierten Plans gehören Investitionen in die Infrastruktur (27.4.2021).

USA

US-Präsident Joe Biden will mit einem „American Families Plan“ im Umfang von 1,8 Billionen Dollar unter anderem die Sozialleistungen für Familien ausbauen, die Kinderbetreuung verbessern, den Vorschulunterricht finanzieren und ein grundlegendes Studium an Community Colleges anbieten (28.4.2021).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind in der Schweiz nach amtlichen Angaben über 10 000 Menschen in Zusammenhang mit Covid-19 gestorben (28.4.2021).

Kolumbien

In Kolumbien stösst eine geplante Steuerreform auf massiven Widerstand. Landesweit beginnen Protestkundgebungen (28.4.2021). Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften in der Hauptstadt Bogotá und anderen Städten kommen über 30 Menschen ums Leben. Die Regierung zieht die Steuerreform zurück.

Kirgistan/Tadschikistan

Zwischen Kirgistan und Tadschikistan kommt es wegen Streitigkeiten um Grenzverlauf und Wasser zu bewaffneten Auseinandersetzungen (28.4.2021).

Israel

Katastrophen/Massenpanik

Entsetzen und Trauer in Israel: Bei einer Massenpanik am Berg Meron, wo Zehntausende orthodoxe Juden am Fest Lag BaOmer teilnehmen, kommen mindestens 45 Menschen ums Leben und über 150 werden verletzt (30.4.2021).

USA/Nato/Afghanistan

Beginn des vollständigen Abzugs der US-Truppen und ihrer Nato-Verbündeten aus Afghanistan (1.5.2021). Der Rückzug war zwei Wochen zuvor (vgl. 14.4.2021) beschlossen worden. Mit dem Abzug der ausländischen Truppen beginnt gleichzeitig eine Offensive der radikalislamischen Taliban. In rascher Folge erobern sie Provinz um Provinz. Zehntausende Menschen sind auf der Flucht.

Covid-19/Corona-Krise

Indien

Indien verzeichnet einen massiven Anstieg an Covid-19-Neuinfektionen. Innert 24 Stunden werden über 400 000 neue Fälle registriert – ein globaler Rekord (1.5.2021).

Grossbritannien/Schottland

Zum vierten Mal in Folge geht die Scottish National Party (SNP) als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Schottland hervor (6.5.2021). Sie gewinnt 63 (plus 1) der 129 Mandate und verpasst knapp die absolute Mehrheit.

Zusammen mit den Grünen haben die Befürworter der Unabhängigkeit Schottlands jedoch eine klare Mehrheit. First Minister Nicola Sturgeon drängt auf ein zweites Unabhängigkeitsreferendum. 2014 war das Unabhängigkeitsbegehren mit 55,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden. Bei den Regionalwahlen in England erzielten die Tories deutliche Gewinne zulasten der Labour Party. Ausserdem gewinnen sie eine Nachwahl ins Unterhaus in einer Labour-Hochburg (**6.5.2021**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Jerusalem

Jerusalem erlebt die die schwersten Zusammenstösse zwischen palästinensischen Demonstranten und israelischen Sicherheitskräften seit Jahren. Auf dem Tempelberg liefern sich nach dem Abendgebet in der Al-Aksa-Moschee Tausende vorab jugendliche Palästinenser Strassenschlachten mit der Polizei (**7.5.2021**). Die Unruhen dauern über Wochenende an und fordern über 300 Verletzte. Die palästinensischen Proteste richten sich vor allem gegen drohende Zwangsräumungen von Häusern im Ostjerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah.

EU

Mit einer feierlichen Zeremonie im Europäischen Parlament in Strassburg beginnt die Konferenz zur Zukunft Europas. Ein Jahr lang sollen Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) über eine Online-Plattform Vorschläge einbringen können (**9.5.2021**).

Afghanistan

Bei einem Sprengstoffanschlag vor einer Mädchenschule in der afghanischen Hauptstadt Kabul kommen 68 Menschen ums Leben und über 160 werden verletzt. Bei den meisten Opfern handelt es sich um Schülerinnen (**9.5.2021**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Vierter Gazakrieg

Aus dem Gazastreifen beschossen die radikal-islamische Hamas und der Islamische Jihad mit Hunderten Raketen israelisches Gebiet (**10.5.2021**). Innert fünf Tagen werden etwa 2000 Raketen in Richtung Israel abgefeuert, auch auf Tel Aviv. Dabei kommen acht Menschen ums Leben. Das Raketenabwehrsystem Dome kann nach Verlautbarungen der israelischen Armee einen Grossteil der Geschosse abfangen. Die israelische Luftwaffe reagiert auf den Raketenbeschuss mit Hunderten Angriffen im Gazastreifen. Die palästinensischen Behörden melden über 100 Tote. In mehreren israelischen Städten kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen und arabischen Israeli. Auch im besetzten Westjordanland brechen Unruhen aus.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Vierter Gazakrieg

Ägypten

Erfolgreiche Vermittlung Ägyptens: Nach elf Tagen tritt im bewaffneten Konflikt zwischen der israelischen Armee und der radikal-islamischen Hamas eine Waffenruhe in Kraft (**21.5.2021**). Nach israelischen Angaben wurden aus dem Gazastreifen über 4300 Raketen abgefeuert. Zwölf Israeli kamen dabei ums Leben. Im Gazastreifen kamen bei israelischen Luftangriffen über 240 Menschen ums Leben.

Belarus

Die Behörden in Belarus zwingen ein Passagierflugzeug wegen eines angeblichen Bombenalarms zur Landung im Flughafen Minsk, um den Regimekritiker Roman Protassewitsch festzunehmen. Das Flugzeug der Ryanair befanden sich auf dem Flug von Athen nach Vilnius (**23.5.2021**).

Italien

Katastrophen/Seilbahnkatastrophen

Beim Absturz einer Seilbahngondel zwischen Stresa am italienischen Ufer des Lago Maggiore und dem Monte Mottarone kommen 14 Menschen ums Leben (**23.5.2021**).

Mali

Zweiter Armeeputsch in Mali binnen neun Monaten (**24.5.2021**): Übergangspräsident Bah N'Daw und Premierminister Moctar Ouane werden abgesetzt. Neuer Interimspräsident wird Oberst Assimi Goïta (Goita), der Anführer des Putsches am 18. August 2020.

Samoa

Fiaame Naomi Mata'afa lässt sich als neue Premierministerin von Samoa vereidigen (**24.5.2021**). Ihre Partei FAST hatte bei der Parlamentswahl 26 der 50 Mandate gewonnen. Doch Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi von der Human Rights Protection Party ist nicht bereit, nach 22 Jahren sein Amt abzugeben. Die Human Rights Protection Party ist seit 33 Jahren an der Macht. Die politische Krise zieht sich über Wochen hinweg und wird erst durch richterlichen Beschluss (23.7.2021) zugunsten der neuen Premierministerin beendet.

Syrien

Der syrische Machthaber Bashar al-Assad lässt sich zum vierten Mal vom Volk zum Staatspräsidenten wählen. Nach offiziellen Verlautbarungen erhält Assad bei einer Stimmbeteiligung von 79 Prozent 95 Prozent der Stimmen (**26.5.2021**).

EU

Die Schweiz bricht die Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über ein Rahmenabkommen nach sieben Jahren ab (**26.5.2021**).

Ruanda/Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron anerkennt bei einem Besuch in Kigali die Verantwortung seines Landes beim Genozid von 1994 (**27.5.2021**). Angehörige der Volksgruppe der Hutu ermordeten 1994 innerhalb von drei Monaten schätzungsweise 800 000 Angehörige der Tutsi-Minderheit und auch gemässigte Hutu (vgl. 6.4.1994).

Kanada

In der kanadischen Provinz British Columbia werden auf dem Gelände eines ehemaligen von der katholischen Kirche betriebenen Internats in einem Massengrab die sterblichen Überreste von 215 indigenen Kindern entdeckt. Das Internat diente als Umerziehungslager für Kinder von Ureinwohnern (**27.5.2021**).

Namibia/Deutschland

Die deutsche Regierung erkennt die Verbrechen der Kolonialzeit in Namibia an den dortigen Volksgruppen der Herero und Nama offiziell als Völkermord an (**28.5.2021**). Als „Geste der Anerkennung“ will Deutschland 1,1 Milliarden Euro über einen Zeitraum von 30 Jahren zahlen. In der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika kamen zwischen 1904 und 1908 bei der Niederschlagung von Aufständen Zehntausende Angehörige beider Volksgruppen ums Leben.

China

Angesichts der nur noch langsam wachsenden Bevölkerung sollen in der Volksrepublik China künftig drei Kinder pro Familie erlaubt sein (**31.5.2021**).

Israel

Isaac Herzog, seit 2018 Vorsitzender der Jewish Agency sowie ehemaliger Chef der Arbeitspartei, wird von der Knesset zum neuen israelischen Staatspräsidenten gewählt (**2.6.2021**). Sein Vater, Chaim Herzog, war von 1983 bis 1993 Staatsoberhaupt.

G-7

OECD/G-20/Globale Steuerregeln

Die Finanzminister der sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – einigen sich auf die Grundlage einer weltweiten Steuerregelung.

Vorgesehen ist eine globale Mindeststeuer für Konzerne von mindestens 15 Prozent (**5.6.2021**).

Über 130 Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Wirtschafts- und Finanzminister der führenden Industrie- und Schwellenländer (G-20) unterstützen das Vorhaben. An einem G-20-Gipfeltreffen in Rom wird die Einführung der globalen Mindeststeuer gutgeheissen (30.10.2021).

Burkina Faso

Bei einem Überfall mutmasslicher Jihadisten auf ein Dorf im Norden von Burkina Faso kommen rund 160 Menschen ums Leben (5.6.2021).

Peru

Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt in Peru setzt sich der linke Lehrergewerkschafter Pedro Castillo mit 50.12 Prozent Stimmenanteil knapp als Sieger durch. Die konservative Kandidatin Keiko Fujimori, Tochter von Expräsident Alberto Fujimori, scheitert zum dritten Mal bei der Präsidentenwahl, Sie kommt auf 49,87 Prozent der Stimmen (**6.6.2021**).

Im Abgeordnetenhaus ist die Linkspartei Perú Libre mit 37 der 130 Mandate stärkste Kraft vor der rechtspopulistischen Fuerza Popular von Keiko Fujimori.

Mexiko

Dämpfer für den mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (Lopez Obrador) bei der Parlamentswahl. (**6.6.2021**). Sein Bündnis Juntos Hacemos Historia, bestehend aus dem von López Obrador gegründeten Movimiento Regeneración Nacional (Morena), dem Partido de Trabajo (PT) und dem Partido Verde, erringt bei der Wahl des Abgeordnetenhauses zwar mit 278 Mandaten die Mehrheit der insgesamt 500 Sitze, verpasst aber die erhoffte Zweidrittelmehrheit von 334 Mandaten deutlich. Zweistärkste Kraft mit 199 Mandaten ist der Block Va por México, bestehend aus dem Partido Acción Nacional (PAN), dem Partido Revolucionario Institucional (PRI) und dem Partido de la Revolución Democrática (PRD).

El Salvador/Kryptowährungen

Als erstes Land führt El Salvador die Kryptowährung Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel ein (**8.6.2021**).

Mongolei

Ukhnaa Khurelsukh von der Mongolischen Volkspartei geht mit einem Stimmenanteil von 67,8 Prozent als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl in der Mongolei hervor (9.6.2021).

G-7

Build Back Better World (B3W)

Die sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – kontern an einem Gipfeltreffen in Cornwall Chinas Neue Seidenstrasse-Initiative (Belt-and-Road-Initiative) mit einem globalen Infrastrukturplan – Build Back Better World (B3W). Für Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern sollen Hunderte Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt werden (12.6.2021). Ausserdem wollen die G-7-Staaten ärmeren Ländern in den nächsten zwölf Monaten mit einer Milliarde Impfdosen gegen das Coronavirus helfen.

Israel

Israel hat eine neue Regierung unter Führung von Naftali Bennett von der Siedlerpartei Yamina. Er löst Benjamin Netanyahu von der Likud-Partei ab. Netanyahu hatte Israel 12 Jahre lang ununterbrochen seit 2009 regiert. Die Acht-Parteien-Koalition von Bennett verfügt im Parlament nur über eine knappe Mehrheit. 60 Abgeordnete stimmten für die neue Regierung, 59 dagegen. Erstmals ist mit Raam auch eine arabische Partei Teil eines Regierungsbündnisses. Vereinbart wird ein Rotationsverfahren. Ministerpräsident Bennett soll im August 2023 das Amt an Yair Lapid von der liberalen Zukunftspartei (Yesh Atid) abgeben. Lapid gilt als Architekt der neuen Koalition (13.6.2021).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen das Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen – CO₂-Gesetz – mit 51,6 Prozent Nein-Stimmen ab. Ebenfalls abgelehnt werden die Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung sowie die Volksinitiative „für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide“ mit 60,7 bzw. 60,6 Prozent Nein-Stimmen. Zustimmung finden das Covid-19 Gesetz sowie das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus mit 60,2 Prozent bzw. 56,6 Prozent-Ja-Stimmen. Ausserordentlich hoch ist die Stimmbeteiligung von fast 60 Prozent (13.6.2021).

Ungarn

LGBTIQ/EU

Das ungarische Parlament verabschiedet ein Gesetz, das unter anderem die Informationsrechte von Jugendlichen im Hinblick auf Homo- und Transsexualität einschränkt (15.6.2021). Das Gesetz stösst international auf heftige Kritik. Es verstösse gegen „fundamentale Werte der Europäischen Union, Menschenwürde, Gleichheit und der Respekt der Menschenrechte“, erklärt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

USA/Russland/Schweiz

US-Präsident Joe Biden und der russische Präsident Wladimir Putin treffen sich in Genf (16.6.2021). Beide Seiten sprechen trotz grosser Differenzen von konstruktiven Gesprächen. Biden und Putin einigen sich auf Gespräche zu den Themen Rüstungskontrolle und Cybersicherheit und vereinbaren die Rückkehr ihrer Botschafter in die jeweiligen Länder. Das letzte US-amerikanisch-russische Gipfeltreffen – mit Donald Trump und Wladimir Putin – fand im Juli 2018 in Helsinki statt.

USA

Der 19. Juni wird in den USA zu einem landesweiten Feiertag, der an das Ende der Sklaverei erinnert (17.6.2021).

Iran

Der Hardliner Ebrahim Raisi wird neuer iranischer Staatspräsident. Der Justizchef war Wunschkandidat von Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei. Er erhält bei einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent nach offiziellen Angaben 62 Prozent der Stimmen. Ebrahim Raisi wird als „Todesrichter“ mit Massenhinrichtungen politischer Häftlinge im Jahr 1988 in Verbindung gebracht (18.6.2021).

Schweden

Das schwedische Parlament entzieht dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven das Vertrauen. Erstmals wird eine schwedische Regierung durch ein Misstrauensvotum gestürzt (21.6.2021). Zwei Wochen danach (7.7.2021) wird Löfven vom Reichstag erneut zum Regierungschef gewählt.

Spanien/Katalonien

Die spanische Regierung begnadigt neun inhaftierte katalonische Politiker. Sie waren 2019 wegen des Versuchs der Abspaltung Kataloniens von Spanien zu Gefängnisstrafen zwischen 9 und 13 Jahren verurteilt worden (22.6.2021).

USA

Katastrophen

Beim Einsturz eines zwölfstöckigen Hauses in Surfside bei Miami im US-Staat Florida kommen 97 Menschen ums Leben (24.6.2021).

Frankreich

Bei den Regionalwahlen in Frankreich können die Konservativen ihre sieben und die Linken ihre fünf Regionen halten. Weder der von Staatspräsident Emmanuel Macron gegründeten Partei La République en Marche (LREM) noch dem extrem rechten Rassemblement national (RN) von Marine Le Pen gelingt es, eine Region zu gewinnen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 34 Prozent (27.6.2021).

Äthiopien/Tigray-Konflikt

Die Rebellen in der nordäthiopischen Krisenregion Tigray erobern die Regionalhauptstadt Mekele zurück. Die äthiopische Regierung erklärt einen sofortigen Waffenstillstand (**28.6.2021**). Die kriegerischen Auseinandersetzungen nehmen jedoch kein Ende.

Haiti

Der Staatspräsident von Haiti, Jovenel Moïse (Moise) wird in seiner Residenz bei einem nächtlichen Überfall schwer bewaffneter Männer ermordet (**7.7.2021**). Wer hinter dem Mord steckt, bleibt unklar. Premierminister Claude Joseph erklärt sich zum Interimspräsidenten. Wenige Tage später (20.7.2021) übernimmt der frühere Innenminister Ariel Henry das Amt des Premiers und Interimspräsidenten.

Die Lage in Haiti ist gekennzeichnet durch politische Instabilität, wirtschaftlichen Niedergang, Armut, Hunger und Bandenkriminalität. Wahlen müssen verschoben werden.

Südafrika

Der ehemalige südafrikanische Staatspräsident Jacob Zuma tritt eine 15monatige Haftstrafe an (**7.7.2021**). Er war vom Verfassungsgericht wegen Missachtung der Justiz verurteilt worden.

Die Inhaftierung löst gewaltsame Ausschreitungen in Zumas Heimatprovinz KwaZulu-Natal, in Johannesburg und anderen Städten aus. Dabei kommen über 70 Menschen ums Leben. Die Regierung setzt die Armee ein. Südafrika erlebt die schwersten Unruhen seit Beginn der Demokratie im Jahr 1994.

Bulgarien

Nach drei Monaten finden in Bulgarien erneut Parlamentswahlen statt. Die Protestpartei des Showmasters Slawi Trifonow geht mit einem Stimmenanteil von 23,77 Prozent knapp als stärkste Kraft hervor und verdrängt die Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow auf den zweiten Platz (**11.7.2021**). Trifonows Partei „Es gibt so ein Volk“ (ITN) gewinnt 65 (plus 14) der 240 Mandate. Es folgen das Bündnis Gerb und Union Demokratischer Kräfte (SDS) mit 63 Mandaten (minus 12), die Sozialistische Partei (BSP) mit 36 (minus 7) und das Bündnis Demokratisches Bulgarien mit 34 Sitzen (plus 7).

Moldau

In der Republik Moldau geht die prowestliche von Staatspräsidentin Maia Sandu gegründete Partei Aktion und Solidarität (PAS) als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie erreicht einen Stimmenanteil von 52,8 Prozent und gewinnt 63 der 101 Sitze. Der prorussische Block der Kommunisten und Sozialisten erhält 32 Mandate (11.7.2021). Natalia Gavrilă (*Gavrilita*) von der PAS wird neue Regierungschefin (6.8.2021).

Kuba

In der kubanischen Hauptstadt Havanna und anderen Städten des Landes kommt es zu Massenprotesten gegen die Regierung. Die Proteste richten sich gegen steigende Lebensmittelpreise, fehlende Medikamente und Stromausfälle (**11.7.2021**).

Ukraine/Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin stellt in einem Essay mit dem Titel „Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainer“ die Existenz der Ukraine als eigene Nation infrage (**12.7.2021**).

Nepal

Politische Turbulenzen in Nepal: Das Oberste Gericht setzt das von Ministerpräsident Khadga Prasad Sharma Oli von der Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist) am 22. Mai 2021 aufgelöste Parlament wieder ein. Oppositionsführer Sher Bahadur Deuba vom sozialdemokratischen Nepali Congress übernimmt die Leitung der Regierung (**12.7.2021**).

EU

Umwelt/Klima

Bis 2030 sollen in der Europäischen Union die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 55 Prozent sinken. Das Paket „Fit for 55“ sieht unter anderem vor, dass ab 2035 alle in der EU verkauften Neuwagen emissionsfrei sein müssen. Damit würden herkömmliche Verbrennungsmotoren verbannt. Ferner sind eine Kerosinsteuer für innereuropäische Flüge und eine Reform des Emissionshandelssystems vorgesehen (**14.7.2021**).

Deutschland/Belgien/Niederlande/Schweiz

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die deutschen Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz werden von verheerenden Unwettern und Überschwemmungen heimgesucht (**15.7.2021**). Dabei kommen etwa 180 Menschen ums Leben. Allein im Landkreis Ahrweiler im Bundesland Rheinland-Pfalz fordert die Katastrophe 133 Tote. Auch Teile Belgiens und der Niederlande sind von starken Regenfällen und Überflutungen betroffen. Im Osten der belgischen Region Wallonien finden über 30 Menschen den Tod.

Auch in der Schweiz sorgen extreme Niederschläge für eine angespannte Lage. Für den Vierwaldstättersee, den Bieler See und den Thunersee gilt die höchste Hochwasserwarnstufe.

Pegasus-Affäre

Hunderte Journalisten, Aktivisten und Oppositionelle weltweit sind laut Medienrecherchen ausgespäht worden. Geheimdienste mehrerer Länder sollen die Spähsoftware Pegasus der israelischen Firma NSO missbraucht und Mobiltelefone angezapft haben (**19.7.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien

Im Landesteil England werden fast alle Corona-Restriktionen aufgehoben. Weder das Tragen von Masken noch Abstandsregeln oder zahlenmässige Beschränkungen für Veranstaltungen sind noch vorgeschrieben. Der sogenannte „Freedom Day“ wird allerdings von steigenden Infektionszahlen überschattet (**19.7.2021**).

China

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

In der chinesischen Millionenstadt Zhengzhou kommen bei schweren Überschwemmungen rund 300 Menschen ums Leben (**20.7.2021**).

USA/Deutschland/Russland

Nord Stream Pipelines

Die USA und Deutschland legen ihren Streit über die Ostseepipeline Nord Stream 2 bei (**21.7.2021**). Die kurz vor Vollendung stehende Pipeline soll Erdgas von Russland nach Deutschland befördern.

Japan/Olympische Spiele

Russland

In Tokio finden die wegen der Covid-Pandemie um ein Jahr verschobenen XXXII. Olympischen Sommerspiele statt – wegen des Corona-Notstandes ohne Publikum (**ab 23.7.2021**).

Das Olympische Komitee Russlands ist wegen des Staatsdopings ausgeschlossen worden. Russische Sportlerinnen und Sportler dürfen unter neutraler Flagge starten.

Tunesien

Nach Massenprotesten gegen die Regierung setzt der tunesische Staatspräsident Kaïs Saïed (Saied) Ministerpräsident Hichem Mechichi ab, blockiert die Aktivitäten des Parlaments und hebt die Immunität aller Abgeordneten auf (**25.7.2021**).

Serbien/Albanien/Nordmazedonien

„Open Balkan“

Serbien, Albanien und Nordmazedonien wollen im Rahmen des Projekts „Open Balkan“ ab 2023 die Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen aufheben (**29.7.2021**).

Konflikt Iran/Israel

Bei einer Drohnenattacke auf einen Öltanker im Arabischen Meer vor der Küste von Oman werden zwei Crewmitglieder getötet. Der Tanker gehört einer Firma eines israelischen Reeders. Der Verdacht für den Angriff fällt auf Iran (**29.7.2021**).

Griechenland/Türkei/Italien

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Griechenland, die Türkei und der Süden Italiens werden von verheerenden Waldbränden heimgesucht (**ab Ende Juli 2021**). In der Türkei sind vor allem die touristischen Regionen Antalya, Marmaris und Bodrum, in Griechenland die Gegend um Athen, der Peloponnes und die Insel Euböa betroffen. Auf Sizilien wird der Notstand ausgerufen.

Myanmar

Die militärischen Machthaber in Myanmar verlängern den nach dem Putsch vom 1. Februar 2021 verhängten Ausnahmezustand bis zu Neuwahlen, die erst im August 2023 stattfinden sollen (**1.8.2021**).

Madagaskar

Madagaskar erlebt die schwerste Dürre seit vierzig Jahren. Über eine Million Menschen sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Laut Angaben der Hilfsorganisation Save the Children leidet im Süden des Inselstaates jedes sechste Kind an Unterernährung (**2.8.2021**).

Kuba

Die kubanische Regierung lässt die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen zu (**6.8.2021**).

Afghanistan/USA

Nachdem die meisten Truppen der USA und ihre Verbündeten Afghanistan verlassen haben, befinden sich die radikalislamischen Taliban auf dem raschen Vormarsch. Innert wenigen Tagen erobern sie fünf Provinzhauptstädte, darunter auch Kunduz (**8.8.2021**). Weitere Städte folgen in kurzen Abständen, so auch Kandahar und Herat, die zweit- und drittgrösste Stadt des Landes. Die USA entsenden zusätzlich 3000 Soldaten, um einen sicheren Abzug aus der Hauptstadt Kabul zu ermöglichen.

Moçambique/Ruanda

Moçambique erhält bei der Bekämpfung islamistischer Aufständischer in der Nordprovinz Cabo Delgado Unterstützung fünf afrikanischer Staaten, vor allem von Ruanda. Den mosambikanischen Sicherheitskräften und ruandischen Truppen gelingt die Rückeroberung von Mocímboa da Praia, der Hochburg der islamischen Shabab-Kämpfer (8.8.2021). Der 2017 ausgebrochene Konflikt in Cabo Delgado hat bisher schätzungsweise 3200 Tote gefordert. Etwa 800 000 Menschen mussten flüchten.

Belarus

EU

Am erstem Jahrestag der umstrittenen Wiederwahl von Alexander Lukaschenko, des Machthabers von Belarus, ruft die im Exil lebende Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja dazu auf, den Widerstand nicht aufzugeben (9.8.2021). Die Gesellschaft müsse weiter mobilisiert werden. Grössere Aktionen schliesst sie jedoch aus, da der Preis dafür zu hoch sei.

Das Verhältnis mit der Europäischen Union ist angespannt. Die EU wirft dem Regime vor, gezielt Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten über die Grenze zur Europäischen Union nach Litauen passieren zu lassen und droht mit weiteren Sanktionen.

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)/Weltklimabericht

Der Weltklimarat (IPCC) warnt in seinem sechsten Sachstandsbericht vor einer deutlich rascheren globalen Erwärmung als bisher angenommen. Bei der derzeitigen Entwicklung werde sich die Erde bereits um das Jahr 2030 um 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmen. Es sei mit mehr Hitzewellen, Starkregen und Dürren zu rechnen (9.8.2021).

Lettland/Litauen/Belarus

Migranten

Lettland ruft entlang der Grenze zu Belarus wegen des Zustroms Hunderter Migranten vor allem aus dem Nahen Osten den Notstand aus (9.8.2021). Ähnlich ist die Lage in Litauen. Die Regierungen in Vilnius und Riga beschuldigen den Machthaber von Belarus, Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten aus Krisenregionen an die EU-Aussengrenze zu bringen. Lettland und Litauen errichten Zäune, um die Migranten abzuhalten.

Algerien

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

In Algerien kommen bei Waldbränden mindestens 69 Menschen ums Leben. Am schwersten betroffen ist die Kabylei (9.8.2021).

Sambia

Machtwechsel in Sambia: Hakainde Hichilema von der United Party for National Development (UPND) geht mit einem Stimmenanteil von 59,38 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der bisherige Staatschef Edgar Lungu wird abgewählt (12.8.2021).

Türkei

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Norden der Türkei wird von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Dabei kommen über 70 Menschen ums (13.8.2021).

Haiti

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben im Süden und Westen von Haiti fordert über 2000 Tote (14.8.2021).

Afghanistan/USA

In Afghanistan sind zwanzig Jahre nach ihrem Sturz die radikalislamischen Taliban wieder an der Macht. Nach der Eroberung aller Provinzhauptstädte innert zehn Tagen übernehmen sie auch die Kontrolle über die Hauptstadt Kabul (15.8.2021)

- „Der Krieg in Afghanistan ist vorbei“, erklärt ein Sprecher der Taliban im Präsidentenpalast. Der bisherige Staatspräsident Ashraf Ghani flieht ins Ausland.
- Im Flughafen von Kabul, der von US-Streitkräften kontrolliert wird, herrscht Chaos. Tausende Einheimische versuchen verzweifelt, einen Platz auf den Evakuierungsflügen westlicher Staaten zu ergattern.
- Kritiker werfen US-Präsident Joe Biden Fehleinschätzungen und einen schlecht geplanten Abzug der US-Streitkräfte vor. Die USA seien erniedrigt worden. Biden hatte am 14. April 2021 den vollständigen militärischen Rückzug spätestens bis zum 11. September angekündigt. Die Verbündeten der USA schlossen sich dem Rückzugsentscheid an.

Malaysia

Nach nur 17 Monaten im Amt tritt der malaysische Ministerpräsident Muhyiddin Yassin zurück (16.8.2021). Sein Nachfolger wird Ismail Sabri Yaakob von der United Malays National Organisation (UMNO) Damit stellt die nach

einem Wahldebakel im Jahr 2018 nach über 60 Jahren in die Opposition verwiesene UMNO wieder den Ministerpräsidenten.

Afghanistan/USA

In einer ersten Fernsehrede zu den dramatischen Ereignissen in Afghanistan erklärt US-Präsident Joe Biden, er stehe in fester Überzeugung zu seinem Rückzugsbeschluss. Er habe die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, US-Soldaten nicht auf unbestimmte Zeit in den Bürgerkrieg eines anderen Landes verwickeln wollen (**16.8.2021**).

Afghanistan

Die Taliban, die neuen und früheren Machthaber in Afghanistan, verkünden eine Generalamnestie für Regierungsmitglieder. Frauen hätten nichts zu befürchten. Ihr Recht auf Bildung sei geschützt, allerdings nur im Rahmen der Scharia (**17.8.2021**).

China

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping kündigt eine stärkere Umverteilung an. Es sei notwendig „exzessiv hohe Einkommen zu regulieren“. Reiche Unternehmen sollten „mehr an die Gesellschaft zurückgeben“ (**17.8.2021**).

Afghanistan

Die Taliban, die neuen Machthaber in Afghanistan, proklamieren offiziell das „Islamische Emirat Afghanistan“ (**19.8.2021**).

Malaysia

Ismail Sabri Yaakob von der United Malays National Organisation (UMNO – während Jahrzehnten herrschende Partei in Malaysia – wird neuer malaysischer Premierminister (**20.8.2021**).

Afghanistan/USA

Bei Sprengstoffanschlägen am Flughafen der afghanischen Hauptstadt Kabul, wo Tausende Menschen auf eine Evakuierung hoffen, kommen über 1700 Personen ums Leben, unter ihnen 13 der letzten noch verbliebenen US-Soldaten. Zu den Anschlägen bekennt sich ein Ableger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) – IS Khorasan (**27.8.2021**).

Afghanistan/Schweiz

Die Schweiz hat 387 Menschen aus Afghanistan evakuiert. Unter ihnen sind 34 Schweizer, 218 Lokalangestellte der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (Deza) mit ihren Familien und 51 Personen mit ständiger Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz. Unterstützt wurde die Evakuierung in Kabul von Angehörigen des Aufklärungsdetachements der Schweizer Armee (**27.8.2021**).

Afghanistan/USA

Mit dem Abzug der letzten US-Soldaten vom Flughafen Kabul beenden die USA nach fast 20 Jahren ihren Militäreinsatz in Afghanistan (**30.8.2021**). Damit geht für die USA der längste Krieg zu Ende.

- Mit dem Abzug endet gleichzeitig der militärische Evakuierungseinsatz am Kabuler Flughafen, um westliche Staatsbürger und afghanische Ortskräfte in Sicherheit zu bringen. Die USA und ihre Verbündeten haben seit dem Beginn der Evakuierungsmission Mitte August mehr als 123 000 Menschen ausser Landes gebracht.
- Der Krieg in Afghanistan, ausgelöst durch die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 (Nine-Eleven), forderte nach Schätzungen mehr als 240 000 Tote, unter ihnen über 100 000 Zivilisten. Die westlichen Alliierten haben rund 3500 Gefallene zu beklagen, die USA über 2400. Die Kriegskosten für die USA werden auf über zwei Billionen Dollar geschätzt.

Afghanistan/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert die Taliban auf, eine sichere Ausreise von afghanischen und ausländischen Staatsangehörigen zu ermöglichen (**30.8.2021**).

Estland

Das estnische Parlament wählt Alar Karis zum neuen Staatsoberhaupt. Er war zuletzt Direktor des Estnischen Nationalmuseums (**31.8.2021**).

Polen/Belarus

Migranten

Die polnische Regierung verhängt für das Grenzgebiet zu Belarus den Ausnahmezustand (**2.9.2021**). Seit Monaten versuchen Migranten von allem aus dem Nahen Osten und Afrika über Belarus nach Polen zu gelangen. Polen beschuldigt den Machthaber von Belarus, Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten aus Krisenregionen an die Aussengrenze der Europäischen Union zu bringen. Polen entsendet Tausende von Polizisten und Soldaten an die Grenze zu Belarus und lässt Stacheldrahtzäune errichten. Die Migranten sind unerwünscht und werden zurückgedrängt (pushbacks).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der griechische Komponist Mikis Theodorakis stirbt im Alter von 96 Jahren (**2.9.2021**).

Japan

Der japanische Ministerpräsident Suga Yoshihide kündigt nach nur einem Jahr seinen Rücktritt an (**3.9.2021**).

Guinea

Putsch in Guinea: Der langjährige Präsident Alpha Condé wird von der Armee entmachtet und festgenommen. Anführer des Putsches ist Mamady Doumbouya (**5.9.2021**). Er wird Anfang Oktober als Übergangspräsident vereidigt.

São Tomé und Príncipe

Aus der Präsidentenwahl in São Tomé und Príncipe geht Oppositionsführer Carlos Vila Nova von der Partei Acção Democrática Independente als Sieger hervor (**5.9.2021**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schauspieler Jean-Paul Belmondo stirbt im Alter von 88 Jahren (**6.9.2021**).

Afghanistan

Die Machthaber des Islamischen Emirats Afghanistan stellen eine Übergangsregierung vor (**7.9.2021**). Ihr gehören nur ranghohe Taliban an. An der Spitze der Übergangsregierung steht Mullah Mohammed Hassan Akhund. Als oberster Führer (Emir) des Islamischen Emirats gilt Haibatullah Akhundzada.

Marokko

Massive Verluste für die moderaten Islamisten bei der Parlamentswahl in Marokko (**8.9.2021**): Der Parti de la justice et du développement (PJD), Sieger der Wahlen von 2011 und 2016, stürzt in der Wählergunst ab, verliert 112 Mandate und ist nur noch mit 13 Abgeordneten vertreten. Wahlsieger ist das Rassemblement national des indépendants (RNI) mit 102 (plus 65) der insgesamt 395 Sitze. Es folgen der Parti authenticité et modernité (PAM) mit 87 (minus 15) und der Parti de l'Istiqal (PI) mit 81 (plus 35) Mandaten. Neuer Premierminister wird der Unternehmer und Vorsitzende der Siegerpartei, Aziz Akhannouch.

Covid-19/Corona-Krise

USA

US-Präsident Joe Biden will den Kampf gegen die Corona-Pandemie verstärken und zeigt sich verärgert über die 80 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten, die noch nicht gegen geimpft sind (**9.9.2021**). Seine Sechs-Punkte-Strategie sieht eine Impfpflicht für alle Mitarbeiter der Bundesbehörden vor. Unternehmen mit mehr als 100 Angestellten sollen sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter geimpft sind. Bislang sind rund 53 Prozent der Bevölkerung der USA vollständig geimpft.

Russland/Belarus

Die Präsidenten von Russland und Belarus, Wladimir Putin und Alexsander Lukaschenko, beschliessen eine umfassende Vereinheitlichung ihrer Wirtschaftsräume im Rahmen des 1999 geschlossenen Vertrags über die Gründung eines Unionsstaates (**9.9.2021**).

Russland/Deutschland

Nord Stream 2

Die umstrittene Ostseepipeline Nord Stream 2 ist nach mehr als anderthalbjähriger Verzögerung fertiggestellt (**10.9.2021**). Die Pipeline soll künftig 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr von Russland durch die Ostsee nach Deutschland liefern. Der Bau hatte sich insbesondere wegen des Widerstands der USA verzögert

Libanon

Erst nach 13 Monaten erfolgloser Bemühungen erhält Libanon eine neue Regierung. An ihrer Spitze steht der Unternehmer und frühere Premierminister Najib Mikati (**10.9.2021**). Er war ab Juni 2011 fast drei Jahre lang Ministerpräsident.

Norwegen

Nach acht Jahren kommt es in Norwegen zu einem politischen Kurswechsel von Bürgerlich-rechts nach Mitte-links (**13.9.2021**). Bei der Parlamentswahl bevorzugen Wählerinnen und Wähler mehrheitlich Mitte-Links-Parteien (110 der 169 Sitze). Die sozialdemokratische Arbeiterpartei liegt mit 48 Mandaten (minus 1) an der Spitze. Die bisher regierende konservative Høyre verliert 9 Sitze und ist mit 36 Abgeordneten vertreten. Eigentlicher Wahlsieger ist die Zentrums- und Mitte-Links-Partei mit 28 Mandaten (plus 9). Zu den Verlierern gehört die rechtspopulistische Fortschrittspartei mit 21 Mandaten (minus 6). Es folgen die Sozialistische Linkspartei mit 13 (plus 2), die Linkspartei Rødt (plus 7) und die liberale Venstre (unv.) mit je 8 sowie die Grünen (plus 2) und die christliche Volkspartei (minus 5) mit je 3 Sitzen.

Australien/USA/Grossbritannien/Frankreich

Aukus

Indopazifik

US-Präsident Joe Biden, der britische Premierminister Boris Johnson und der australische Regierungschef Scott Morrison verkünden die Gründung eines gemeinsamen Sicherheitspakts, um China in die Schranken zu weisen (**16.9.2021**). Der Pakt nennt sich Aukus (Australia, United Kingdom, United States) und soll langfristig Frieden und

Stabilität im Indopazifikraum sichern. Im Rahmen des Pakts soll Australien in enger Kooperation mit den USA und Grossbritannien nuklear betriebene U-Boote bauen.
Australien steigt aus einem U-Boot-Deal mit Frankreich aus. Frankreich reagiert empört und ruft seine Botschafter in Washington (vorübergehend) und Canberra zu Konsultationen zurück.

Russland

Bei den Parlamentswahlen in Russland bleibt die Kreml-Partei Einiges Russland trotz Verlusten mit einem Stimmenanteil von 49,8 Prozent klar stärkste Kraft (**19.9.2021**). Sie gewinnt 324 (minus 19) der 450 Sitze in der Staatsduma. Als zweitstärkste Partei gewinnen die Kommunisten 18,9 Prozent der Stimmen und 57 Mandate (plus 15). Es folgen die Partei Gerechtes Russland mit 27 (plus 4), die nationalistisch-populistischen Liberaldemokraten mit (minus 18) und neu die Partei Neue Leute mit 13 Mandaten.

Kanada

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Kanada kommt es nur zu geringfügigen Sitzverschiebungen. Die Liberal Party von Premierminister Justin Trudeau verpasst ihr Ziel, nach 2015 wieder die absolute Mehrheit zu erreichen (**20.9.2021**). Sie bleibt stärkste Kraft mit 160 (plus 3) Sitzen vor der Conservative Party mit 119 (minus 2), dem Bloc québécois mit unverändert 32 und der sozialdemokratischen New Democratic Party 25 (plus 1) Sitzen.

Frankreich/Algerien

Als erster französischer Staatspräsident bittet Emmanuel Macron um Verzeihung für das Leid der sogenannten Harkis, die als Hilfssoldaten im Algerienkrieg für Frankreich kämpften. Macron kündigt ein Gesetz für Reparationszahlungen an (**20.9.2021**). Die Harkis waren nach Erlangung der Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 als Verräter verfolgt worden. Tausende wurden massakriert. Zehntausende Harkis, die sich mit ihren Angehörigen nach Frankreich retten konnten, wurden interniert.

Island

Bei der Parlamentswahl in Island behaupten die drei Regierungsparteien ihre Mehrheit (**25.9.2021**). Stärkste Kraft bleibt die Unabhängigkeitspartei mit 16 Mandaten (unverändert). Die Fortschrittspartei rückt auf den zweiten Platz vor mit 13 Mandaten (plus 5). Links-Grün verliert 3 Mandate und verfügt als drittstärkste Kraft über 8 Mandate.

Deutschland

Die Sozialdemokraten (SPD) gehen mit einem Stimmenanteil von 25,7 Prozent (plus 5,2 Prozentpunkte) als stärkste Kraft aus den Bundestagswahlen in Deutschland hervor, die Unionsparteien – Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) erzielen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte und müssen sich mit 24,1 Prozent (minus 8,9 Prozentpunkte) begnügen. Drittstärkste Kraft sind die Grünen mit 14,8 Prozent (plus 5,9). An vierter Stelle liegen die Freien Demokraten (FDP) mit 11,5 Prozent (plus 0,8 Prozentpunkte). Auf die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) entfallen 10,3 Prozent (minus 2,3 Prozentpunkte) und auf die Linke 4,9 Prozent der Stimmen (minus 4,3 Prozentpunkte). Die Linke zieht dank Direktmandaten in den Bundestag ein (**26.9.2021**).

Von den 735 Bundestagsmandaten gewinnen die Sozialdemokraten 206, die Unionsparteien CDU/CSU 196, die Grünen 118, die FDP 92, die AfD 83 und die Linke 39 Mandate. Einen Sitz erobert der Südschleswigsche Wählerverband (SSW).

Sowohl der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz als auch der CDU-CSU-Kanzlerkandidat Armin Laschet streben eine Regierungsbildung und die Nachfolge von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie hatte im Oktober 2018 ihren Rückzug angekündigt. Als Königsmacher gelten die Grünen und die Freien Demokraten.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen mit einem Ja-Stimmenanteil von 64,1 Prozent die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Die Volksinitiative für eine stärkere Besteuerung hoher Kapitaleinkommen, die sogenannte 99-Perzent-Initiative, wird mit 64,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (**26.9.2021**).

Österreich

In Graz, der zweitgrössten Stadt Österreichs, geht die Kommunistische Partei als stärkste Kraft aus den Gemeindewahlen hervor. Elke Kahr wird neue Bürgermeisterin (**26.9.2021**).

Tunesien

Mit Najla Bouden wird in Tunesien erstmals eine Frau mit der Führung der Regierung betraut (**29.9.2021**).

Ecuador

Bei einem Bandenkrieg in einer Haftanstalt der ecuadorianischen Hafenstadt Guayaquil kommen über 100 Menschen ums Leben (**29.9.2021**).

Erdgas

Verknappung von Erdgas auf den Weltmärkten bei gleichzeitig wachsender Nachfrage führt europaweit zu einer massiven Preiserhöhung. Der Erdgaspreis ist fünf Mal höher als vor einem Jahr (**Ende September 2021**).

Autoindustrie/Halbleiterkrise

Weltweiter Halbleitermangel sorgt seit Monaten für massive Probleme in der Autoindustrie (**Ende September 2021**). Produktionsstrassen werden gestoppt, Angestellte in Kurzarbeit geschickt.

Covid-19/Corona-Krise

USA

In den USA sind laut Johns Hopkins-Universität mehr als 700 000 Menschen nach einer Infektion mit den Coronavirus gestorben (**1.10.2021**).

Pandora Papers

Hunderte Politiker aus fast 100 Ländern und andere Persönlichkeiten sollen nach Recherchen eines internationalen Konsortiums investigativer Journalisten Vermögen «mithilfe von intransparenten Trusts, Stiftungen und Briefkastenfirmen» angelegt haben. Involviert sind auch Schweizer Anwälte, Treuhänder und Berater (**3.10.2021**). In den „Pandora Papers“ werden auch der jordanische König Abdullah II. und der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš (*Babis*) erwähnt.

Japan

Der frühere japanische Außenminister Kishida Fumio wird Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Suga Yoshihide (**4.10.2021**).

Rumänien

Nach wenigen Monaten wird die rumänische Regierung unter dem Vorsitz von Florin Cițu (*Citu*) durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt (**5.10.2021**). Cițu hatte Ende 2020 ein Bündnis aus seiner Nationalen Liberalen Partei, dem Reformbündnis USR-Plus und dem Ungarnverband gebildet.

Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz gerät unter Druck: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kurz und seine engen Vertrauten wegen des Verdachts der Untreue, der Bestechung und Bestechlichkeit (**6.10.2021**). Das Team von Kurz soll sich 2016 mit Steuergeldern eine positive Berichterstattung in einem Boulevardmedium erkaufte haben.

Polen/EU

Konflikt zwischen Polen und der Europäischen Union (EU): Das polnische Verfassungsgericht erklärt Teile der EU-Verträge für verfassungswidrig. Sie seien deshalb für Polen nicht gültig. Grundsätzlich seien die EU-Verträge der polnischen Verfassung untergeordnet (**7.10.2021**).

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen äussert sich tief besorgt und will den Vorrang des EU-Rechts mit allen Mitteln verteidigen.

Literaturnobelpreis

Tansania

Der tansanische Schriftsteller Abdulrazak Gurnah wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**7.10.2021**).

Friedensnobelpreis

Philippinen/Russland

Die philippinische Journalistin Maria Ressa und der russische Journalist Dmitri Muratow, Gründer der Zeitung „Nowaja Gaseta“, erhalten für ihr Engagement für Meinungs- und Pressefreiheit den Friedensnobelpreis (**8.10.2021**).

Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz zieht die Konsequenzen aus den gegen ihn eingeleiteten Ermittlungen wegen Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit und tritt als Regierungschef zurück (**9.10.2021**). Er bleibt aber Vorsitzender der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und übernimmt den Fraktionsvorsitz. Neuer Bundeskanzler wird der bisherige Außenminister Alexander Schallenberg (**11.10.2021**). Die ÖVP und die Grünen setzen ihr Regierungsbündnis fort.

Tschechien

Bei der Parlamentswahl in Tschechien (**8. und 9.10.2021**) erzielt das oppositionelle bürgerliche Wahlbündnis Spolu (Gemeinsam) überraschend mit 27,79 Prozent den höchsten Stimmenanteil vor der populistischen Bewegung ANO von Ministerpräsident Andrej Babiš (*Babis*) mit 27,12 Prozent. Dem Wahlbündnis Spolu gehören die Mitte-rechts-Partei Tradition, Verantwortung, Wohlstand (TOP 09), die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) sowie die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) an. Drittstärkste Kraft ist das Bündnis aus der Piratenpartei und der Bewegung Bürgermeister und Unabhängige (Stan) mit 15,62 Prozent. Beide Oppositionsbündnisse gewinnen zusammen 108 der 200 Sitze im Abgeordnetenhaus. Als stärkste Einzelpartei erhält die Bewegung ANO 72 Mandate. Danach folgen das Bündnis Spolu mit 71, die Piratenpartei und Stan mit 37 und die rechtsradikale Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) mit 20 Mandaten. Die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) und die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) bleiben unter der Fünf-Prozent-Hürde und schaffen den Wiedereinzug ins Parlament nicht.

Irak

Bei der Parlamentswahl im Irak setzt sich die Liste des schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr als stärkste Kraft durch. Sie gewinnt 73 der 329 Mandate. Hohe Verluste verzeichnen proiranische Parteien. Das Bündnis Fatah verliert zwei Drittel ihrer Mandate ist nur noch mit 14 Mandaten vertreten. Stärkste sunnitische Kraft ist die Partei Takaddum (Fortschritt) mit 41 Sitzen. Die Wahlbeteiligung beträgt nur 41 Prozent (**10.10.2021**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Franziskus eröffnet im Petersdom mit einer feierlichen Messe eine katholische Weltsynode, die bis zum Oktober 2024 dauert (**10.10.2021**).

Afghanistan/G-20

Die G-20-Staaten (Gruppe der führenden Industriestaaten und Schwellenländer) sagen Afghanistan angesichts der drastischen humanitären Lage und des drohenden wirtschaftlichen Kollapses Hilfe in Milliardenhöhe zu (**12.10.2021**).

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron will für Innovationen und Forschung 30 Milliarden Euro investieren. Im Rahmen des Investitionsplans sind auch neue kleinere Atomkraftwerke geplant (**12.10.2021**).

Umwelt/Artenschutz

Die internationale Staatengemeinschaft will entschlossener gegen das Artensterben vorgehen. Auf eine entsprechende Erklärung einigen sich in Kunming (China) die Teilnehmer der 15. UNO-Artenschutzkonferenz (Convention on Biological Diversity CBD-COP). Konkrete Massnahmen sollen an einer Folgekonferenz 2022 beschlossen werden (**13.10.2021**).

Norwegen

In der norwegischen Stadt Kongsberg attackiert ein 37-jähriger gebürtiger Däne zahlreiche Menschen. Dabei kommen fünf Personen ums Leben (**13.10.2021**).

Norwegen

Nach acht Jahren erhält Norwegen mit Jonas Gahr Støre (*Støre*) wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Seine Arbeiterpartei war als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen (vgl. 13.9.2021) hervorgegangen. Støre bildet eine Minderheitsregierung mit der Zentrumspartei (**14.10.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Italien

In Italien darf nur noch arbeiten, wer gegen Covid-19 geimpft, genesen oder getestet ist und ein entsprechendes Zertifikat (Green Pass) besitzt (**15.10.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Brasilien

In Brasilien empfiehlt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss Anklage gegen Staatspräsident Jair Bolsonaro wegen dessen Verfehlungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Die Vorwürfe reichen von Scharlatanerie bis zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit (**20.10.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Russland

Angesichts dramatisch hoher Corona-Infektionszahlen ordnet der russische Präsident Wladimir Putin mehrere arbeitsfreie Tage an (**20.10.2021**). Binnen 24 Stunden werden mehr als 36 000 Neuinfektionen und über 1000 Todesfälle registriert. Die Gesamtzahl der an Covid-19 verstorbenen Menschen steigt auf über 227 000.

USA

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

US-Präsident Joe Biden sichert Taiwan Unterstützung im Falle eines chinesischen Angriffs zu (**21.10.2021**). Seit Wochen nehmen die Spannungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan zu.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In Bern demonstrieren schätzungsweise 30 000 Personen gegen die Corona-Politik der Landesregierung (**23.10.2021**).

Lieferketten-Krise

Die Corona-Pandemie sorgt weltweit für Störungen in den Lieferketten. Hunderte Schiffe warten weltweit vor überlasteten Häfen, ihre Ladung an Land zu bringen. Es mangelt an Frachtcontainern, schreibt die „NZZ am Sonntag“ (**24.10.2021**).

Sudan

Im Sudan setzt die Armeeführung die vor zwei Jahren eingesetzte Übergangsregierung unter Führung von Ministerpräsident Abdullah Hamdok ab und verhängt den Ausnahmezustand (**25.10.2021**). Der Oberbefehlshaber der Armee, Abdel Fattah al-Burhan, erklärt, Frieden und Sicherheit seien bedroht gewesen. Das Eingreifen der Armee sorgt für Unmut in der Bevölkerung. In der Hauptstadt Khartum gehen Sicherheitskräfte gewaltsam gegen Protestierende vor.

Polen/EU

Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof verurteilt Polen zur Zahlung eines täglichen Zwangsgeldes in Höhe von einer Million Euro und reagiert damit auf die Weigerung Warschaus, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur umstrittenen polnischen Justizreform umzusetzen (**27.10.2021**).

EU/Europäisches Parlament/Europäischer Gerichtshof

Das Europäische Parlament verklagt die EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof, weil sie eine neue Regelung zur Ahndung von Rechtsstaatsverstößen in Staaten der Europäischen Union bisher nicht angewendet hat (**29.10.2021**).

Polen/Belarus

Migranten

Das polnische Parlament billigt den Bau einer befestigten Grenzanlage zu Belarus (**29.10.2021**). Polen reagiert damit auf den Anstieg von Migranten. Seit August haben Tausende Menschen vor allem aus dem Nahen und Afrika versucht, die polnische Grenze von Belarus aus zu überqueren. Dem Machthaber von Belarus, Alexander Lukaschenko, wird vorgeworfen, als Vergeltung für EU-Sanktionen gezielt Migranten an die Grenzen zur Europäischen Union zu schleusen.

Japan

In Japan verteidigt die Liberaldemokratische Partei von Ministerpräsident Kishida Fumio bei den Parlamentswahlen trotz Verlusten ihre absolute Mehrheit (**31.10.2021**). Im 465 Mitglieder zählenden Unterhaus erhält sie 259 Mandate (minus 25). Die Liberaldemokraten und ihr Koalitionspartner Komeito (Gerechtigkeitspartei) sind mit 291 Abgeordneten vertreten. Zweitstärkste Kraft ist die Konstitutionell-Demokratische Partei mit 96 Sitzen (minus 9). An dritter Stelle folgt die Erneuerungspartei mit 41 Mandaten (plus 30).

Nordmazedonien

Der nordmazedonische Ministerpräsident Zoran Zaev verkündet nach schweren Verlusten seiner Sozialdemokratischen Liga bei den Kommunalwahlen seinen Rücktritt als Regierungschef und Parteivorsitzender (**1.11.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind laut Angaben der Johns Hopkins-Universität in Baltimore weltweit mehr als fünf Millionen Menschen nach einer Infektion mit dem Virus gestorben. Die Zahl der registrierten SARS-CoV-2-Infektionen liegt inzwischen bei rund 247 Millionen (**1.11.2021**).

UNO-Klimakonferenzen

Umwelt/Klima

Auf der UNO-Klimakonferenz in Glasgow (COP 26) verpflichten sich mehr als hundert Staaten, die Zerstörung von Wäldern und anderen Landschaften bis 2030 zu stoppen. Fast 100 Staaten wollen bis 2030 den Ausstoß von klimaschädlichem Methan um mindestens 30 Prozent gegenüber 2020 reduzieren. Indien, China und Russland, die zu den fünf größten Verursachern von Methanemissionen gehören, stehen abseits.

Äthiopien/Tigray-Konflikt

In Äthiopien spitzt sich der Konflikt um die Region Tigray zu. Nach der Eroberung der strategisch wichtigen Städte Dessie und Kombolcha durch Rebellen der Tigray Defence Forces verhängt die äthiopische Regierung über das ganze Land den Ausnahmezustand (**2.11.2021**).

USA

Der US-Kongress stimmt einem Infrastrukturprogramm von mehr als einer Billion Dollar in den nächsten acht Jahren zu (**5.11.2021**). Damit sollen Strassen, Häfen, Flughäfen und die Schienenwege modernisiert, das Stromnetz saniert und das Breitbandnetz ausgebaut werden.

Sierra Leone

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Bei der Explosion eines Tanklastwagens in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, kommen fast 100 Menschen ums Leben (**5.11.2021**).

Nicaragua

Der nicaraguanische Staatspräsident Daniel Ortega wird in seinem Amt bestätigt. Er gewinnt die Wiederwahl nach offiziellen Angaben mit 75,87 Prozent der Stimmen. Die Präsidentschaftswahl gilt als weder frei noch fair (**7.11.2021**).

Alle wichtigen Oppositionskandidaten wurden festgenommen. Daniel Ortega ist seit 2007 ununterbrochen Staatsoberhaupt.

Polen/Belarus Migranten

An der Grenze zwischen Polen und Belarus spitzt sich die Lage wegen des wachsenden Zustroms von Migranten zu. Mehrere tausend Menschen hauptsächlich aus dem Nahen Osten versuchen, die Grenzzäune zu überwinden (8.11.2021).

Covid-19/Corona-Krise Deutschland/Österreich/Schweiz

Europaweit steigt die Anzahl der Corona-Infektionen stark an.

- In Deutschland sorgt die vierte Corona-Welle für Besorgnis. Laut dem Robert Koch-Institut gab es innert 24 Stunden über 15 000 Neuinfektionen. Die Sieben-Tage-Inzidenz, die Zahl der bestätigten Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner, liegt bei 201 (8.11.2021).
- In Österreich liegt die Sieben-Tage-Inzidenz bei über 650. Die Regierung reagiert mit einer strikten G-2-Regel auf die gestiegenen Fallzahlen. Nur Geimpfte oder Genesene erhalten Zutritt zur Gastronomie, Hotellerie, Theater Kino etc. Für Ungeimpfte gelten weitgehende Beschränkungen (ab 15.11.2021).
- In der Schweiz liegen der Sieben-Tage-Schnitt der täglich gemeldeten Neuinfektionen bei 2400 und die Sieben-Tage-Inzidenz bei 195.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Präsident Macron kündigt den Bau einer neuen Generation von Atomkraftwerken an (9.11.2021).

Litauen/Belarus Migranten

Litauen verhängt an der Grenze zu Belarus den Ausnahmezustand. Die Massnahme steht in Zusammenhang mit dem Zustrom von Migranten an den Grenzen von Belarus zu Polen, Lettland und Litauen (9.11.2021).

China

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas verabschiedet eine „historische Resolution“, die dritte in der Geschichte der Volksrepublik China nach 1945 unter Mao Zedong und 1981 unter Deng Xiaoping. Die neue „historische Resolution“ zementiert die fast uneingeschränkte Machtfülle von Staats- und Parteichef Xi Jinping. Er wird als entscheidende Kraft für eine neue Ära dargestellt (11.11.2021).

UNO-Klimakonferenzen Umwelt/Klima

Die UNO-Klimakonferenz in Glasgow (COP-26) spricht sich für eine schrittweise Verringerung von Kohlekraftwerken aus. In der Abschlusserklärung wird der zunächst vorgesehene Appell an die Staaten, ihre Bemühungen in Richtung eines Ausstiegs aus der Kohlenutzung zu beschleunigen, auf Druck Indiens und Chinas abgeschwächt. Zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad seien rasche und nachhaltige Schritte nötig, Dazu müssten die Emissionen bis 2030 um 45 Prozent unter den Wert von 2010 sinken (13.11.2021).

Bulgarien

Zum dritten Mal innert sieben Monaten wird in Bulgarien ein neues Parlament gewählt (14.11.2021). Nach den Wahlen im April und Juli waren die Bemühungen um eine Regierungsbildung gescheitert. Überraschend wird das vor zwei Monaten von den beiden Unternehmern Kiril Petkow und Asen Wasilew gegründete Reformbündnis „Wir setzen den Wandel fort“ mit einem Stimmenanteil von 25,7 Prozent und 67 Sitzen stärkste Kraft. Das Bündnis der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (GERB) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow und der Union Demokratischer Kräfte (SDS) erhält 59 Mandate (minus 4). Es folgen die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit 34 (plus 5) und die Sozialistische Partei (BSP) mit 26 Mandaten (minus 10). Die Protestpartei des Showmasters Slawi Trifonow „Es gibt so ein Volk“ (ITN), Siegerin der Wahlen vor vier Monaten, verliert 40 Sitze und entsendet nur noch 25 Abgeordnete. Auch das Bündnis Demokratisches Bulgarien gehört zu den Verlierern mit 16 Sitzen (minus 18). Neu vertreten ist die rechtsradikale Partei Wiedergeburt mit 13 Mandaten.

Argentinien

Zum ersten Mal seit der Rückkehr Argentiniens zur Demokratie im Jahr 1983 verlieren die Peronisten die absolute Mehrheit im Senat (14.11.2021). Das peronistische Bündnis Frente de Todos hat neu 35 (minus 6) der insgesamt 72 Sitze. Das Oppositionsbündnis Juntos per el Cambio gewinnt 6 Mandate hinzu und ist mit 31 Mandaten vertreten. Ein Drittel des Senats und die Hälfte des Abgeordnetenhauses werden erneuert. Im Abgeordnetenhaus mit insgesamt 257 Sitzen haben beide Bündnisse mit 118 (Frente de Todos) bzw. 116 (Juntos per el Cambio) fast gleich viele Mandate.

USA/China

Erster virtueller Gipfel zwischen US-Präsident Joe Biden und dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping (15.11./16.11.2021): Joe Biden erklärt unter anderem, es liege in ihrer beider Verantwortung, „dafür zu sorgen, dass der Wettbewerb zwischen unseren Ländern nicht in einen Konflikt ausartet, ob beabsichtigt oder unbeabsichtigt“.

Beide Länder sollten sich gegenseitig respektieren und friedlich koexistieren, sagt Xi Jinping. Er wolle mit Biden „aktive Schritte unternehmen, um die Beziehungen zwischen China und den USA in eine positive Richtung zu bewegen“.

Afghanistan/Hungersnot

Laut Schätzungen des UNO-Welternährungsprogramms hungern in Afghanistan fast 23 der rund 40 Millionen Menschen (**18.11.2021**).

Covid-19/Corona-Krise

Niederlande

In Rotterdam schlagen Proteste gegen Massnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Covid-Krise in Gewalt um (**19.11.2021**). Auch in anderen niederländischen Städten kommt es zu Krawallen.

Sudan

Im Sudan setzen die herrschenden Militärs den vor rund einem Monat abgesetzten Regierungschef Abdullah Hamduk wieder in sein Amt ein (**21.11.2021**). Die politischen Häftlinge sollen freigelassen werden (vgl. 25.10.2021). Bei Protesten gegen die Militärmachthaber waren seit Ende Oktober mindestens 40 Menschen ums Leben gekommen.

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Zur Eindämmung massiv steigender Corona-Zahlen geht Österreich in einen landesweiten Lockdown (**22.11.2021**). Ab 1. Februar 2022 soll eine allgemeine Impfpflicht eingeführt werden. Die Beschlüsse der Regierung werden an einer Massenkundgebung in Wien scharf verurteilt.

Bulgarien

Katastrophen/Busunfälle

In Bulgarien kommen bei einem Busunfall 46 Menschen ums Leben (**23.11.2021**).

Migranten

Grossbritannien/Frankreich

Dramatische Folgen des Migrationsdrucks am Ärmelkanal: Mindestens 27 Migranten sterben beim Versuch, mit einem Schlauchboot von Frankreich nach Grossbritannien zu gelangen (**24.11.2021**). Nach Angaben der britischen Behörden gelangten seit Jahresbeginn rund 23 000 Migranten per Boot von der französischen Küste nach Grossbritannien. Der britische Premierminister Boris Johnson fordert Frankreich zur Rücknahme der Migranten auf, was in Paris für Verstimmung sorgt.

Deutschland

Ampelkoalition in Deutschland: Sozialdemokraten (SPD), Grüne und Freie Demokraten (FDP) präsentieren einen Koalitionsvertrag unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ (**24.11.2021**). Oberste Priorität hat der Klimaschutz. Der Kohleausstieg soll „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden. Weitere Kernpunkte: Der Mindestlohn soll auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden. Künftig soll es ein Bürgergeld anstelle von Hartz IV geben. Das Wahlalter soll auf 16 Jahre gesenkt und die Digitalisierung vorangetrieben werden. Jährlich sollen 400 000 neue Wohnungen, darunter 100 000 neue Sozialwohnungen, gebaut werden.

Covid-19/Corona-Krise

Deutschland

Der designierte deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz kündigt die Schaffung eines ständigen Corona-Krisenstabs an. (**24.11.2021**). In Deutschland ist die Zahl der an einer Infektion mit dem Coronavirus verstorbenen Menschen auf über 100 000 gestiegen.

Schweden

Das schwedische Parlament wählt die Sozialdemokratin Magdalena Andersson zur Regierungschefin. Damit erhält Schweden erstmals eine Ministerpräsidentin. Wegen eines Budgetstreits tritt sie noch am gleichen Tag zurück (**24.11.2021**). Nach fünf Tagen (29.11.2021) erfolgt die erneute Wahl von Andersson zur Ministerpräsidentin. Sie bildet eine sozialdemokratische Minderheitsregierung.

Salomonen

In Honiara, der Hauptstadt der Salomonen, kommt es zu schweren Unruhen nach Protesten gegen die Regierung von Premierminister Manasseh Sogavare (**24.11.2021**). Australien entsendet auf Ersuchen der Regierung Sicherheitskräfte. Zwischen der Landesregierung in Honiara und der Regionalregierung der Insel Malaita herrscht ein gespanntes Verhältnis. Die Aufnahme diplomatischer Beziehung zu Peking und die Abkehr von Taiwan hatten den Streit befeuert.

Rumänien

Rumänien erhält eine neue Regierung unter Führung des bisherigen Verteidigungsministers Nicolae Ciucă (*Ciucă*) von der konservativen Nationalen Liberalen Partei (PNL). Ciucă bildet eine Koalition mit der postkommunistischen Sozialdemokraten Partei (PSD) und dem Ungarnverband (UDMR). Der Koalitionsvertrag sieht eine rotierende

Ministerpräsidentenschaft vor. Demnach soll Ciucă sein Amt nach anderthalb Jahren an einen PSD-Politiker übergeben (25.11.2021).

Covid-19/Corona-Krise

Südafrika

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) informiert über eine neue besorgniserregende Variante des Coronavirus mit der Bezeichnung B.1.1.529, die sie Omikron nennt (26.11.2021). Zwei Tage zuvor hatte Südafrika die WHO über die Entdeckung der neuen Variante informiert. Die WHO stuft das von der Omikron-Variante ausgehende weltweite Risiko als „sehr hoch“ ein. Omikron löst weltweit Besorgnis aus. Zahlreiche Staaten reagieren auf die rasche Weiterverbreitung mit Reisebeschränkungen.

Italien/Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi unterzeichnen in Rom den „Vertrag für eine vertiefte bilaterale Zusammenarbeit“. Der „Trattato del Quirinale“ umfasst unter anderem die Bereiche Diplomatie, Verteidigung, digitaler und ökologischer Wandel, Kultur und Bildung, Wissenschaft und Industrie (26.11.2021).

Deutschland

Contergan-Skandal

Die Eigentümerfamilie des deutschen Grünenthal-Pharmakonzerns bittet 60 Jahre nach der Marktrücknahme des Schlafmittels Contergan die Opfer um Entschuldigung (27.11.2021). Contergan mit dem Wirkstoff Thalidomid war im Oktober 1957 auf den Markt gekommen. Weltweit kamen wegen Einnahme von Contergan während der Schwangerschaft etwa 5000 bis 10 000 Kinder mit Fehlbildungen zur Welt,

Honduras

Machwechsel nach zwölf Jahren: Mit der linken Politikerin Xiomara Castro wird in Honduras erstmals eine Frau zum Staatsoberhaupt gewählt. Die Kandidatin des Partido Libertad y Refundación (Libre) erhält 50,68 Prozent, der Kandidat des bisher herrschenden Partido Nacional, Nasry Asfura, 36,43 Prozent der Stimmen. Im Parlament (Congreso Nacional) wird Libre stärkste Kraft mit 50 (plus 20) der 128 Mandate vor dem Partido Nacional mit 44 (minus 17) Sitzen (28.11.2021).

Tschechien

Peter Fiala, Vorsitzender der liberal-konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) wird neuer tschechischer Ministerpräsident (28.11.2021).

Dem Regierungsbündnis gehören neben der ODS die Mitte-rechts-Partei Tradition, Verantwortung, Wohlstand (TOP 09), die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) die Piratenpartei und die Bewegung Bürgermeister und Unabhängige (Stan) an.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das revidierte Covid-19-Gesetz mit 62 Prozent Ja-Stimmen gut. Ebenfalls angenommen wird mit 61 Prozent Ja-Stimmen die Volksinitiative „für eine starke Pflege“ (Pflegeinitiative). Die Justiz-Initiative (Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren) wird mit 68,1 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Die Stimmbeteiligung ist mit 64,7 Prozent die vierthöchste seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971 (28.11.2021).

Barbados/Grossbritannien

Der karibische Inselstaat Barbados wird eine Republik. Anstelle der britischen Queen Elizabeth II. wird die bisherige Generalgouverneurin Sandra Mason neues Staatsoberhaupt (30.11.2021). Barbados bleibt Mitglied des Commonwealth.

Österreich

Acht Wochen nach seinem Rücktritt als österreichischer Bundeskanzler zieht sich Sebastian Kurz ganz aus der Politik zurück. Er legt auch seine Ämter als Vorsitzender der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und als Fraktionschef nieder. Der Nachfolger von Kurz im Kanzleramt, Alexander Schallenberg, demissioniert (2.12.2021).

Ukraine/Russland

Russischer Truppenaufmarsch beunruhigt die Ukraine. Laut US-Geheimdienstberichten hat Russland bis zu 100 000 Angehörige von Bodentruppen zusammengezogen (4.12.2021).

Österreich

Der bisherige österreichische Innenminister Karl Nehammer von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird neuer Bundeskanzler. Nehammer ist der fünfte Bundeskanzler seit 2017. Sein Vorgänger Alexander Schallenberg wird Aussenminister (6.12.2021).

Myanmar

In Myanmar wird die entmachtete De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi wegen angeblicher Anstachelung zur Gewalt zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der ebenfalls gestürzte Präsident Win Myint wird zur gleichen Strafe verurteilt. Die Machthaber reduzieren das Strafmass auf zwei Jahre (**6.12.2021**).

USA/China/Olympische Spiele

Die USA kündigen einen diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele in China im Februar 2022 an. Hintergrund der Entscheidung seien der fortdauernde „Genozid“ in der autonomen Region Xinjiang und andere Menschenrechtsverletzungen, heisst es in einer offiziellen Stellungnahme (**6.12.2021**).

Ukraine/Russland

USA/Nato

US-Präsident Joe Biden warnt den russischen Präsidenten Wladimir Putin bei einem Videogipfel vor einer militärischen Eskalation in der Ukraine-Krise und droht mit „starken wirtschaftlichen Sanktionen“. Putin wirft der Nato vor, in der Nähe der russischen Grenze aufzurüsten und fordert verbindliche Zusagen, „die eine Nato-Osterweiterung und die Stationierung von offensiven Waffensystemen in den an Russland angrenzenden Staaten ausschliessen“ (**7.12.2021**).

Deutschland

Nach 16 Jahren endet in Deutschland die Ära der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der Bundestag wählt den bisherigen sozialdemokratischen Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz zum neuen Regierungschef. Scholz ist der vierte SPD-Bundeskanzler. Scholz leitet eine Ampelkoalition aus Sozialdemokraten (SPD), Freien Demokraten (FDP) und Grünen – ein Novum (**8.12.2021**).

USA

US-Präsident Joe Biden eröffnet einen virtuellen „Gipfel für Demokratie“, zu dem er mehr als hundert Regierungen eingeladen hat (**9.12.2021**).

Neukaledonien/Frankreich

Zum dritten Mal nach 2018 und 2020 spricht sich die Bevölkerung von Neukaledonien gegen die Unabhängigkeit von Frankreich aus (**12.12.2021**). Die Ablehnungsrate liegt bei 96,5 Prozent. Allerdings bleiben 60 Prozent der Stimmberechtigten den Urnen fern und folgen dem wegen der Corona-Pandemie beschlossenen Boykottaufruf des Front de libération nationale kanak et socialiste (FLNKS).

Bulgarien

Kiril Petkow vom Reformbündnis „Wir setzen den Wandel fort“ wird neuer bulgarischer Ministerpräsident (**13.12.2021**). Er war als Sieger aus den dritten Parlamentswahlen innert sieben Monaten hervorgegangen (vgl. 14.11.2021). Dem Regierungsbündnis gehören auch die Protestpartei „Es gibt so ein Volk“ (ITN), die konservativ-liberale Partei Demokratisches Bulgarien und die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) an.

Niederlande

Neun Monate nach der Parlamentswahl in den Niederlanden beschliessen die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) von Ministerpräsident Mark Rutte, die sozialliberalen Demokraten 66 (D66), die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) und die konservative ChristenUnie auf eine Neuauflage ihres Regierungsbündnisses. Es waren die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Niederlande (14.12.2021).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

Die Schweizer Regierung beschliesst verschärfte Massnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Zu Innenräumen von Restaurants, von Kultur-, Sport- und Freizeitbetrieben sowie zu Veranstaltungen im Innern haben nur noch geimpfte und genesene Personen Zugang (2G). Als zusätzlicher Schutz muss an diesen Orten eine Maske getragen und es darf nur im Sitzen gegessen und getrunken werden. Ausserdem führt der Bundesrat wieder die Homeoffice-Pflicht ein (**17.12.2021**).

Russland/USA/Nato

Ukraine/Georgien

Russland will von den USA und der Nato Langzeit-Sicherheitsgarantien. Die russische Regierung veröffentlicht Entwürfe für zwei Abkommen: den „Vertrag zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten über Sicherheitsgarantien“ und die „Vereinbarung über die Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Nato-Mitgliedstaaten“. Russland fordert, dass die Nato auf eine Osterweiterung um die Ukraine und Georgien verzichtet, keine Militäreinsätze auf dem Territorium der Ukraine und in anderen Ländern Osteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens durchführt und ihre Truppen hinter die Grenzen der Allianz von 1997 (vor der Osterweiterung) zurückzieht (**17.12.2021**).

Die USA und ihre Verbündeten lehnen die Forderungen ab.

Covid-19/Corona-Krise

Grossbritannien/Niederlande

Die Omikron-Variante des Coronavirus breitet sich in vielen Ländern rasant aus. In Grossbritannien werden innert eines Tages über 10 000 neue Omikron-Fälle registriert. Die Behörden der Hauptstadt London rufen den Katastrophenfall aus. Die Niederlande gehen erneut in den Lockdown. Geschäfte und Gaststätten müssen schliessen (18.12.2021).

Chile

Der 35-jährige ehemalige Studentenführer Gabriel Boric wird zum neuen chilenischen Staatspräsidenten gewählt. Der Kandidat des linken Wahlbündnisses Apruebo Dignidad erhält in der Stichwahl 55,87 Prozent, sein rechtspopulistischer Gegenkandidat José Antonio Kast vom Frente Social Cristiano 44,13 Prozent der Stimmen (19.12.2021).

Im neuen Parlament, das Ende November (21.11.2021) gewählt wurde, hat das linke Wahlbündnis Apruebo Dignidad (Revolución Democrática, Partido Comunista, Convergencia Social) keine Mehrheit. Im Abgeordnetenhaus (155 Sitze) ist die rechte Allianz Chile Podemos Más ((Renovación Nacional, Unión Demócrata Independiente und Evolución Política-Evópoli) mit 53 Mandaten stärkste Kraft vor Apruebo Dignidad und dem Mitte-links-Bündnis Nuevo Pacto Social (Partido Socialista, Partido por la Democracia, Partido Demócrata Cristiana, Partido Radical) mit je 37 Mandaten.

Russland/Finnland/Schweden/Nato

Russland warnt Finnland und Schweden vor einem Beitritt zur Nato. Dies hätte ernsthafte militärische und politische Konsequenzen, erklärt die Sprecherin des russischen Ausserministeriums (24.12.2021).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

In Kourou (Französisch-Guyana) startet die Rakete mit dem grössten und leistungsfähigsten Weltraumteleskop. Das Teleskop James Webb soll die Frühzeit des Universums vor 13 Milliarden Jahren erforschen (25.12.2021).

Russland

Das Oberste Gericht Russlands ordnet die Auflösung der Menschenrechtsorganisation Memorial an (28.12.2021). Die vom Friedensnobelpreisträger Andrei Sacharow mitbegründete Organisation setzt sich für die Aufarbeitung des stalinistischen Terrors und für die Wahrung der Menschenrechte ein.

USA/Irak/„Islamischer Staat“ (IS)

Der Kampfeinsatz der von den USA angeführten Koalition gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) im Irak ist beendet. Es befinden sich keine ausländischen Kampftruppen mehr im Irak, erklärt die Regierung. Ausländische Soldaten bleiben nur noch als Berater (31.12.2021).

EU

Die EU-Kommission will Investitionen in Atomkraft und Erdgas unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einstufen. Das sieht ein Entwurf zur sogenannten Taxonomie vor (31.12.2021).

2022

Kasachstan

In der im Westen Kasachstans gelegenen Stadt Zhanaozen kommt es zu Protesten gegen die Verdoppelung der Preise für Flüssiggas (**2.1.2022**). Die Proteste schlagen in der Wirtschaftsmetropole Almaty und in anderen Städten in gewaltsame Ausschreitungen um.

Sudan

Der sudanesischer Regierungschef Abdullah Hamduk stellt wegen andauernder Proteste gegen die Militärmachthaber sein Amt zur Verfügung (**3.1.2022**).

UNO-Sicherheitsrat/Atomwaffen

Die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates – USA, Russland, China, Grossbritannien und Frankreich – warnen in einer gemeinsamen Erklärung vor dem Einsatz von Atomwaffen. Ein Atomkrieg „kann nicht gewonnen und darf nie geführt werden“ (**3.1.2022**).

Grossbritannien

Flüchtlinge/Migranten

Grossbritannien registriert eine steigende Zahl von Bootsmigranten. 2021 erreichten mehr als 28 000 Menschen über den Ärmelkanal die britische Küste (**4.1.2022**).

Covid-19/Corona-Krise

Die Omikron-Variante des Coronavirus lässt die Fallzahlen rasant ansteigen (**4.1. bis 6.1.2022**).

- Die USA registrieren erstmals seit Beginn der Pandemie mehr als eine Million Corona-Neuinfektionen binnen 24 Stunden.
- In der Schweiz meldet das Bundesamt für Gesundheit über 30 000 Fälle innert 24 Stunden. Die 7-Tage-Inzidenz – Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner – liegt bei 1472. Inzwischen sind rund 67 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft.
- In Grossbritannien werden binnen 24 Stunden mehr als 200 000 Neuinfektionen registriert. Mehrere Kliniken rufen wegen massiver Personalausfälle den Katastrophenfall aus.
- Die französische Gesundheitsbehörde meldet einen neuen Tageshöchststand von mehr als 270 000. Die 7-Tage-Inzidenz – liegt bei 1851.
- In Italien beschliesst die Regierung die Impfpflicht für alle Menschen über 50 Jahre (**6.1.2022**). Innert 24 Stunden werden in Italien fast 170 000 Neuinfektionen gemeldet.
- In Deutschland steigt die Zahl der Neuinfektionen innert 24 Stunden auf über 64 000. Die Sieben-Tage-Inzidenz liegt bei 285.

Kasachstan/Russland/OVKS

In Kasachstan verhängt Staatspräsident Kasym-Schomart Tokajew nach dem Ausbruch schwerer Unruhen (vgl. **2.1.2022**) den Ausnahmezustand und ersucht die von Russland geführte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit/OVKS (Collective Security Organization/CSO) um militärischen Beistand (**5.1.2022**). Erstmals entsendet die Organisation als «Friedenstruppen» deklarierte Einheiten – über 2000 Armeeangehörige, unter ihnen russische Fallschirmtruppen – in ein Mitgliedstaat. Tokajew erteilt Schiessbefehl. Die Sicherheitskräfte sollen ohne Vorwarnung auf bewaffnete Angreifer schießen.

Nach acht Tagen stabilisiert sich die Lage nach Aussagen der Behörden. Tokajew spricht von einem versuchten Staatsstreich“ (**10.1.2022**). Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Kasachstan sei das Ziel von „internationalem Terrorismus“ gewesen.

Nach behördlichen Angaben kommen bei den Unruhen über 220 Menschen ums Leben. Fast 10 000 Menschen seien verhaftet worden. Die „Friedenstruppen“ der OVKS ziehen sich schrittweise wieder zurück (ab **13.1.2022**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Sidney Poitier stirbt im Alter von 94 Jahren (**6.1.2022**).

Thailand

Nach zweijährigem Unterbruch nehmen die thailändische Regierung und die Separatistenorganisation Barisan Revolusi Nasional wieder Gespräche über eine Lösung des Konflikts in den südthailändischen Provinzen auf (**11.1.2022**).

Nato/Russland

Ukraine

Erstmals seit zweieinhalb Jahren tagt in Brüssel der Nato-Russland-Rat (**12.1.2022**). Hauptthemen sind die russische Truppenkonzentration nahe der Ukraine und die russischen Forderungen nach Sicherheitsgarantien (vgl. **17.12.2021**). Das Treffen endet ohne greifbare Ergebnisse. Die Nato bezeichnet die Forderungen Russlands als völlig inakzeptabel. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt gegenüber den Medien: „Wir werden keine Kompromisse bei unseren Grundprinzipien machen.“

Deutschland/Syrien

Im weltweit ersten Prozess um Staatsfolter in Syrien verurteilt ein Gericht in Koblenz den Angeklagten Anwar R. zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Das Gericht spricht ihn wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, 27-fachen Mordes und weiterer Delikte schuldig (**13.1.2022**).

Tonga

Katastrophen/Vulkanausbruch

Der Ausbruch eines Unterwasservulkans im Südseestaat Tonga verursacht schwere Schäden durch Flutwellen und durch eine dicke Ascheschicht. Über 80 Prozent der Bevölkerung von Tonga sind vom Ascheregen betroffen (**15.1.2022**).

Nordmazedonien

Nordmazedonien erhält einen neuen Regierungschef (**16.1.2022**). Der Sozialdemokrat Dimitar Kovačevski (*Kovacevski*) wird Nachfolger des im November 2021 zurückgetretenen Regierungschefs und Parteikollegen Zoran Zaev. Kovačevski bildet eine Koalition mit zwei Albanerparteien.

Jemen/Jemen-Konflikt/Vereinigte Arabische Emirate

Jemenitische Huthi-Rebellen attackieren mit Drohnen Ziele in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate (**17.1.2022**). Drei Menschen kommen dabei ums Leben. Schäden verursacht der Drohnenangriff in einem Industriegebiet beim Flughafen.

Indonesien

Das indonesische Parlament beschliesst den Bau einer neuen Hauptstadt, da Jakarta mit grossen Umweltproblemen zu kämpfen hat. Die neue Hauptstadt soll auf der Insel Borneo entstehen und Nusantara heissen (**18.1.2022**).

Rotes Kreuz/IKRK

Cyberangriffe

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist Ziel einer schweren Cyberattacke geworden. Hacker erbeuteten dabei die Daten von über 515 000 Menschen, wie das IKRK mitteilt (**19.1.2022**).

Syrien/„Islamischer Staat“ (IS)

In der von Kurden kontrollierten syrischen Stadt Hasaka überfallen Jihadisten des „Islamischen Staats“ (IS) das Gefängnis, in dem rund 3500 Anhänger inhaftiert sind (**20.1.2022**). Bei dem Befreiungsversuch kommen über 60 Menschen ums Leben. Die meisten geflüchteten Insassen werden wieder gefasst.

Covid-19/Corona-Krise

Österreich

Das österreichische Parlament beschliesst die Einführung der Covid-19-Impfpflicht (**20.1.2022**).

Jemen/Jemen-Konflikt

Bei einem Luftangriff auf ein Gefängnis in der von Huthi-Rebellen kontrollierten Stadt Saada kommen über 80 Menschen ums Leben (**21.1.2022**).

Deutschland

Friedrich Merz wird zum neuen Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union (CDU) gewählt (**22.1.2022**).

Armenien

Der armenische Staatspräsident Armen Sarkisjan erklärt seinen Rücktritt (**23.1.2022**).

Burkina Faso

Umsturz in Burkina Faso: Die Armee setzt Staatspräsident Roch Marc Christian Kaboré ab (**24.1.2022**). Neuer Machthaber ist Oberstleutnant Paul-Henri Sandaogo Damiba, Vorsitzender des Mouvement patriotique pour la sauvegarde et la restauration (MPSR). Er wird drei Wochen später als Staatspräsident vereidigt (16.2.2022).

Italien

Der 80-jährige italienische Staatspräsident Sergio Mattarella wird von den grandi elettori, Vertretern des Parlaments und der Regionen, für eine zweite Amtszeit gewählt (**29.1.2022**). Eigentlich wollte sich Mattarella nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung stellen. Nach sieben gescheiterten Wahlgängen wurde er von Parteivertretern ersucht, im Amt zu bleiben.

Portugal

Bei der Parlamentswahl in Portugal gewinnt die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) von Ministerpräsident António Costa mit 120 Mandaten (plus 12) die absolute Mehrheit (**30.1.2022**). Die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) ist mit 72 Abgeordneten (minus 7) vertreten.. Drittstärkste Kraft wird die rechtsradikale Partei Chega mit 12 Mandaten (plus 11). Das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) schafft es erstmals seit 47 Jahren nicht mehr ins Parlament. Hohe Verluste verzeichnet der Bloco de Esquerda. Der Linksblock verfügt nur noch über 5 Mandate (minus 14). Zu den Verlierern gehört auch Coligação Democrática Unitária/(CDU): Die Kommunisten (Partido Comunista Português und

die Grünen (Partido Ecologista Os Verdes) erreichen 6 Sitze (minus 6). Acht Mandate 8 (plus 7) erobert die Partei Iniciativa Liberal:

EU
Die EU-Kommission stuft Atomenergie und Erdgas unter bestimmten Kriterien als nachhaltig ein (**2.2.2022**).

Covid-19/Corona-Krise

Dänemark

Dänemark schafft trotz steigender Neuinfektionen mit der Omikronvariante des Coronavirus fast alle wegen der Pandemie erlassenen Einschränkungen ab (**2.2.2022**).

Ukraine/Russland

USA/Polen/Rumänien

Die USA verlegen wegen des massiven russischen Truppenaufmarschs an der Grenze zur Ukraine 2000 zusätzliche Soldaten nach Europa (**2.2.2022**), darunter 1700 Angehörige der 82. Airborne Division nach Polen. 1000 US-Soldaten einer Einheit, die sich bereits in Europa befindet, werden nach Rumänien verlegt. Trotz westlichen Entspannungsbemühungen hält Russland den militärischen Druck aufrecht. Der russische Truppenaufmarsch entlang der ukrainischen Grenze wird auf 130 000 Mann geschätzt.

„Islamischer Staat“ (IS)

USA/Syrien/Irak

Der Anführer des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien und im Irak, Abu Ibrahim al Hashimi al Kuraishi, kommt bei einem Angriff von US-Spezialkräften im Nordwesten Syriens ums Leben (**3.2.2022**).

Grossbritannien/Nordirland

Der nordirische First Minister Paul Givan von der Democratic Unionist Party (DUP) tritt aus Protest gegen die Brexit-Regeln zurück (**3.2.2022**). Givan war sieben Monate im Amt.

Olympische Spiele

China

In Peking finden die XXIV. Olympischen Winterspiele statt (**4.2.2022**). Die Winterspiele werden von mehreren Ländern, darunter die USA, aus Protest gegen Menschenrechtsverletzungen diplomatisch boykottiert. Diese Länder entsenden keine offiziellen Delegationen. Das Olympische Komitee Russlands bleibt von den Olympischen Spielen ausgeschlossen.

China/Russland

Nato/USA

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping und der russische Präsident Wladimir Putin treffen sich zur Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Peking (**4.2.2022**). Beide fordern die Nato auf, von einer weiteren Ausdehnung abzusehen. Die Einflussnahme der USA im Indopazifik-Raum wird als „negativ für Frieden und Stabilität“ in der Region bezeichnet. Die Freundschaft zwischen China und Russland habe keine Grenzen, heisst in der gemeinsamen Erklärung. Beide Seiten widersetzen sich der „Einmischung externer Kräfte in die inneren Angelegenheiten souveräner Länder“ und lehnen „Farbrevolutionen“ ab. Putin kündigt eine Ausweitung der Erdöl- und Erdgaslieferungen an China an.

Nato

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg kündigt seinen Rücktritt an (**4.2.2022**). Er will an die Spitze der norwegischen Zentralbank wechseln. Ende März beschliesst er jedoch, wegen des Kriegs in der Ukraine ein weiteres Jahr im Amt zu bleiben.

Montenegro

Die montenegrinische Regierung unter Ministerpräsident Zdravko Krivokapić (*Krivokapic*) wird durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Die Regierung war 14 Monate im Amt (**4.2.2022**).

Kanada

In Ottawa wird der Notstand ausgerufen (**6.2.2022**). Seit Ende Januar legen aus Protest gegen die Corona-Politik der Regierung Trucker mit mehr als 1000 Lastwagen die kanadische Hauptstadt lahm. Von der Aktion „Freedom Convoy“ ist auch der verkehrsreichste Grenzübergang zwischen Kanada und den USA betroffen. Fast eine Woche lang wird die Ambassador-Bridge zwischen der Provinz Ontario und der US-Metropole Detroit blockiert. Die kanadische Regierung reagiert mit Notstandsbefugnissen (14.2.2022). Erstmals tritt vorübergehend der 1988 verabschiedete Emergency Act in Kraft. Nach rund drei Wochen bereitet die Polizei der Truckerblockade in Ottawa ein Ende.

Costa Rica

Der sozialdemokratische Partido Liberación Nacional (PLN) geht als Sieger aus der Parlamentswahl in Costa Rica hervor (**6.2.2022**). Der PLN gewinnt 19 der 57 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist Partido Progreso Social Democrático (PPSD) mit 10 Sitzen. Danach folgt die Partei Unidad Social Cristiana (PUSC) mit 9 Mandaten. Nicht mehr vertreten

sind der konservative Partido Restauración Nacional (PRN) und der Mitte-links orientierte Partido de la Acción Ciudadana (PAC).

Für die Wahl des Staatsschefs ist eine zweite Runde notwendig.

Vatikan

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. entschuldigt sich gegenüber allen Opfern sexuellen Missbrauchs, insbesondere für Fehler und Vergehen in seinen Amtszeiten. Er bekundet „tiefe Scham“ und „grossen Schmerz“ (**8.2.2022**).

Covid-19/Corona-Krise

Die Zahl der weltweit nachgewiesenen Coronavirus-Infektionen ist seit Beginn der Pandemie laut Angaben der Johns-Hopkins-Universität auf mehr als 400 Millionen gestiegen. Es wurden rund 5,8 Millionen Todesfälle gemeldet (**8.2.2022**).

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron kündigt den Bau von bis zu 14 neuen Atomkraftwerken an (**10.2.2022**).

Deutschland

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird von der Bundesversammlung mit 1045 von 1425 Stimmen für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt (**13.2.2022**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen drei Vorlagen ab: die Abschaffung der Emissionsabgabe (Stempelsteuer) mit 62,7, das Massnahmenpaket zugunsten der Medien mit 54,6 und die Volksinitiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuche mit 79,1 Prozent Nein-Stimmen ab. Gutgeheissen wird die Volksinitiative zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung mit 56,6 Prozent Ja-Stimmen (**13.2.2022**).

EU/Europäischer Gerichtshof

Polen/Ungarn

Der Europäische Gerichtshof lehnt die Klage Ungarns und Polens gegen den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus ab. Gemäss diesem Mechanismus ist die Auszahlung von Geldern der Europäischen Union an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft (**16.2.2022**).

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In der Schweiz werden fast alle Corona-Schutzmassnahmen aufgehoben. Nur im öffentlichen Verkehr und in Gesundheitseinrichtungen bleibt die Maskenpflicht. Auch die Zertifikatspflicht entfällt. Ende März 2022 will der Bundesrat die „besondere Lage“ wieder aufheben (**17.2.2022**).

Mali/Frankreich

Frankreich und seine europäischen Partner der Militäroperation Takuba ziehen ihre Truppen aus Mali ab (**17.2.2022**). Neben Takuba ist auch der französische Barkhane-Einsatz betroffen.

Russland/Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

„Volksrepublik Donezk“/„Volksrepublik Luhansk“

In der Ostukraine eskaliert die Lage entlang der Front zwischen den prorussischen Separatisten der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk und den ukrainischen Truppen. Die Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europas (OSZE) registriert Dutzende Verstösse gegen die Waffenruhe (**17.2.2022**). Die Anführer der Separatisten rufen die Zivilbevölkerung auf, sich in der benachbarten russischen Region Rostow in Sicherheit zu bringen (**18.2.2022**) und verkünden eine Generalmobilmachung (**19.2.2022**).

Äthiopien

Äthiopien beginnt mit der Stromproduktion am umstrittenen Nil-Staudamm. Eine der 13 Turbinen des in Ägypten und im Sudan umstrittenen Staudamms wird eingeschaltet (**20.2.2022**). Der Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) soll nach seiner Fertigstellung in zwei bis drei Jahren der grösste Staudamm Afrikas werden.

Schweiz

Ein internationales Recherche-Netzwerk belastet die Schweizer Grossbank Credit Suisse (**20.2.2022**). Das Datenleck Suisse Secrets enthüllt, dass die zweitgrösste Schweizer Bank über Jahre umstrittene Machthaber und Autokraten sowie Kriminelle als Kunden hatte.

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

„Volksrepublik Donezk“/„Volksrepublik Luhansk“

EU/USA

Die Ukraine-Russland-Krise spitzt sich weiter zu.

- Der russische Präsident Wladimir Putin anerkennt die beiden 2014 von prorussischen Separatisten ausgerufenen Volksrepubliken im Osten der Ukraine – die „Volksrepublik Donezk“ und die „Volksrepublik Luhansk“ – als unabhängige Staaten, unterzeichnet Freundschafts- und Kooperationsverträge und ordnet die Entsendung von „Friedenstruppen“ in die beiden Gebiete an (**21.2.2022**).
 - Damit sind die Minsker Abkommen zur Beilegung der Konflikte in der Ostukraine gescheitert.
 - In einer Ansprache erklärt Putin, die Ukraine sei nicht einfach ein Nachbarland. «Sie ist integraler Bestandteil unserer Geschichte.» Putin bezeichnet die Regierung in Kyjiw als „Marionettenregime“ des Westens.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj beschliesst eine Teilmobilmachung von Reservisten

Der Entscheid Putins löst heftige Proteste aus und wird als Verstoss gegen das Völkerrecht verurteilt.

- Deutschland stoppt das Genehmigungsverfahren für die russisch-deutsche Erdgaspipeline Nord Stream 2.
- Die Europäische Union (EU) und die USA verkünden Sanktionen gegen Russland (**22.2.2022**). Das Sanktionspaket der Europäischen Union umfasst ein Handelsverbot für russische Staatsanleihen und für mehrere Hundert Personen und Unternehmen. Die USA verhängen Sanktionen gegen russische Banken, gegen den Handel mit russischen Staatsanleihen und gegen Unterstützer des russischen Präsidenten.

Anmerkung: Wechsel zur ukrainischen Schreibweise :

- Wolodymyr Selenskyj
- Kyjiw

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

Die ukrainische Regierung ruft die schätzungsweise drei Millionen in Russland lebenden Landsleute auf, Russland zu verlassen (**23.2.2022**). Das Parlament beschliesst die Ausrufung des Ausnahmezustands.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg

Nato/EU/USA/

Erdöl/Erdölpreis

Börsen/Börsenturbulenzen

Russland überfällt die Ukraine (**24.2.2022**)

- Russische Streitkräfte greifen die Ukraine von mehreren Seiten an. Die Truppen rücken in einer Zangenbewegung von der russisch-ukrainischen Grenze, von der Krim und aus Belarus vor.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ruft die allgemeine Mobilmachung aus und bricht die diplomatischen Beziehungen zu Russland ab.
- Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt: „Ziel der russischen Spezialoperation ist es, Menschen zu schützen, die seit acht Jahren Erniedrigungen und Völkermord ausgesetzt sind. Und zu diesem Zweck werden wir uns um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine bemühen.“ Putin droht dem Westen mit massiven Konsequenzen, sollte er der Ukraine zu Hilfe kommen.
- Die Europäische Union und die USA verschärfen ihre Sanktionen gegen Russland.
- Die Nato verstärkt den Schutz ihrer östlichen Mitglieder und aktiviert Verteidigungspläne. Litauen verhängt den Ausnahmezustand.
- Politiker in aller Welt verurteilen den russischen Angriff scharf und werfen Moskau einen eklatanten Bruch des Völkerrechts vor.

Der belgische Premierminister Alexander De Croo spricht von „Europas dunkelster Stunde seit dem Zweiten Weltkrieg“.

Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis verurteilt den Völkerrechtsbruch und spricht von einem „traurigen Tag“. Der Bundesrat zögert mit der Übernahme der EU-Sanktionen

- Der russische Angriff sorgt für Schockwellen an den Börsen. Der Ölpreis steigt auf über 100 Dollar je Barrel und erreicht damit den höchsten Stand seit 2014.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 2. Tag (25.2.2022)

Nato/EU/Europarat/UNO

USA/Grossbritannien/Polen

- Russische Truppen beschliessen die Umgebung von Kyjiw und erreichen einen Aussenbezirk im Nordwesten der ukrainischen Hauptstadt.
- Ukrainische Truppen verhindern die Eroberung des Flughafens Kyjiw-Hostomel.
- Nördlich der Hauptstadt Kyjiw wird ein Staudamm geöffnet, um das Vorrücken russischer Truppen zu behindern.
- Wegen der Generalmobilmachung dürfen männliche Staatsbürger im Alter von 18 bis 60 Jahren die Ukraine nicht verlassen.
- Über 100 000 Menschen befinden sich auf der Flucht. Die meisten von ihnen suchen in Polen Zuflucht.
- Die Nato verlegt zur Abschreckung Russlands Einheiten ihrer schnellen Einsatztruppe (Nato Response Force/NRF).

- Die Europäische Union (EU), die USA und Grossbritannien verhängen Sanktionen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und mehrere seiner Minister. In der EU, in den USA und in Grossbritannien werden vorhandene Vermögen eingefroren.
- Der Europarat suspendiert „mit sofortiger Wirkung“ die Teilnahme russischer Diplomaten und Delegierter an den wichtigsten Gremien der Organisation.
- Im UNO-Sicherheitsrat scheitert eine Resolution gegen den Einmarsch am Veto Russlands. Elf der fünfzehn Mitglieder stimmen dafür. Indien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate enthalten sich.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 3. und 4. Tag (26.2. und 27.2.2022)

EU/Deutschland/Swift

- In der Gegend um die Hauptstadt Kyjiw und um die zweitgrösste ukrainische Stadt Charkiw finden heftige Kämpfe statt. Die ukrainischen Streitkräfte leisten hartnäckigen Widerstand, ebenso die Zivilbevölkerung.
- Es gibt Gerüchte über das Einsickern von russischen Söldnern der Gruppe Wagner in Kyjiw. Sie sollen den Auftrag erhalten haben, ukrainische Spitzenpolitiker zu ermorden.
- Der russische Präsident Wladimir Putin aktiviert die Bereitschaft von „Abschreckungskräften“, dazu gehören Atomwaffen. Putin begründet seinen Schritt mit dem „aggressiven Verhalten“ der Nato und mit den gegen Russland verhängten Sanktionen (27.2.2022).
- Deutschland liefert 1000 Panzerabwehrwaffen und 500 Boden-Luft-Raketen an die ukrainischen Streitkräfte. Bisher hatte Deutschland Waffenlieferungen an die Ukraine strikt abgelehnt.
- Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz erklärt an einer Sondersitzung des Bundestags (27.2.2022), der russische Angriffskrieg bringe „eine Zeitenwende in die Geschichte unseres Kontinents“. Der russische Präsident Wladimir Putin „zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung, die seit fast einem halben Jahrhundert Bestand hatte...“ und „stellt sich ins Abseits der internationalen Staatengemeinschaft“.
- Als Reaktion auf die russische Offensive in der Ukraine beschliessen die Europäische Union und westliche Verbündete den Ausschluss russischer Finanzinstitute vom globalen Zahlungssystem Swift. Vom Ausschluss, der von der EU verfügt wurde, sind sieben russische Banken betroffen. Ausserdem werden Sanktionen gegen die Zentralbank Russlands verhängt. Alle Vermögen der Zentralbank in der Europäischen Union werden eingefroren (27.2.2022).
- Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Staaten sperren ihren Luftraum für russische Flugzeuge.
- In zahlreichen Ländern finden Kundgebungen gegen den russischen Einmarsch in die Ukraine statt. In Bern demonstrieren etwa 20 000 Menschen für Frieden in der Ukraine statt (27.2.2022).
- Antikriegsdemonstrationen gibt es auch in mehreren russischen Städten. Die Sicherheitsbehörden reagieren mit Verhaftungen.
- Die russischen Medien sind rigorosen Zensurvorschriften unterworfen. Der Ukraine-Krieg darf nur als „militärische Spezialoperation“ bezeichnet werden, nicht als „Krieg“ oder „Angriff“.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bittet Freiwillige aus aller Welt, sich dem Kampf der ukrainischen Armee gegen die russischen Angreifer anzuschliessen und der Internationalen Legion zur territorialen Verteidigung der Ukraine beizutreten (27.2.2022).

Deutschland

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz will mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro die Bundeswehr sanieren. Künftig wolle Deutschland mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren, verkündet er (27.2.2022).

Belarus

Die Bevölkerung von Belarus stimmt mehreren Verfassungsänderungen zu. Staatspräsident Alexander Lukaschenko sichert sich die Option auf weitere Amtszeiten und auf lebenslange Straffreiheit. Der in Artikel 18 verankerte Hinweis auf ein atomaffenfreies Land wird ersatzlos gestrichen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – fünfter Tag (28.2.2022)

EU/Flüchtlinge/Schweiz

- Vertreter der russischen und der ukrainischen Regierung treffen sich an der Grenze zwischen der Ukraine und Belarus. Die Gespräche enden nach rund sechs Stunden ergebnislos. Die Positionen liegen weit auseinander. Die Gespräche über eine Beendigung des Krieges werden später in der Türkei – in Antalya und Istanbul – fortgesetzt.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert einen Beitritt seines Landes zur Europäischen Union im Eilverfahren.
- Kehrtwende der Schweizer Landesregierung: Die Schweiz übernimmt nach zögerlicher Haltung vollständig die Sanktionen der Europäischen Union (EU) gegen Russland. Bundespräsident Ignazio Cassis begründet den Entscheid mit dem „völkerrechtlich, politisch und moralisch inakzeptablen Vorgehen“ Russlands.
- Der Rubel befindet sich im Sinkflug, Die russische Zentralbank verdoppelt den Leitzins von 9,5 auf 20 Prozent. Vor den Geldautomaten bilden sich lange Warteschlangen. Immer mehr westliche Unternehmen ziehen sich aus Russland zurück.
- Inzwischen sind laut Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) mehr als eine halbe Million Menschen aus der Ukraine geflüchtet

Türkei

Die Türkei verbietet Kriegsschiffen die Durchfahrt durch den Bosphorus und die Dardanellen (28.2.2022).

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)/Weltklimabericht

Laut einem neuen Bericht des Weltklimarats (IPCC) haben die Folgen des Klimawandels ein grösseres Ausmass als früher angenommen. Die Erderwärmung führe zu gefährlichen Veränderungen der Natur. Milliarden Menschen würden stärker darunter leiden (**28.2.2022**).

Libyen

Libyen hat zwei Regierungen. Das Parlament in Tobruk setzt eine Regierung unter Führung des früheren Innenministers Fathi Bashaga ein. In der Hauptstadt Tripolis weigert sich Ministerpräsident Abdulhamid al-Dhaiba, seinen Posten zu räumen (**1.3.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 7. Tag (2.3.2022)

UNO/Flüchtlinge/Polen

- Die UNO-Vollversammlung verurteilt an einer Dringlichkeitssitzung den russischen Einmarsch in die Ukraine und fordert Russland auf, unverzüglich die Gewaltanwendung gegen die Ukraine einzustellen. Die Resolution erhält 141 Ja- und 5 Nein-Stimmen (neben Russland, Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea). 35 Staaten beschliessen Stimmenthaltung.
- Nach Verlautbarungen des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) haben über eine Million Menschen seit Beginn des russischen Angriffskriegs die Ukraine verlassen. Die meisten Flüchtlinge registriert Polen mit rund 500 000. Es folgen Ungarn mit 140 000, die Republik Moldau mit 98 000, die Slowakei mit 72 000 und Rumänien mit 51 000.
- Nach dreitägiger Belagerung nehmen russische Streitkräfte die nahe der Krim gelegene Hafenstadt Cherson ein.

Umwelt/Abfall/Plastikmüll

Die UNO-Umweltversammlung (Unep) einigt sich auf eine gemeinsame Strategie zur Eindämmung der globalen Plastikverschmutzung (**2.3.2022**).

Georgien/Moldau/EU

Georgien und die Republik Moldau beantragen den Beitritt zur Europäischen Union (**3.3.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 9. Tag (4.3.2022)

- Russische Truppen beschliessen einen Teil des Atomkraftwerks Saporischja im Südosten der Ukraine. Ein Nebengebäude gerät in Brand. Das Feuer wird gelöscht. Es wird keine erhöhte Radioaktivität gemessen. Russische Streitkräfte übernehmen die Kontrolle über das grösste AKW der Ukraine.
- Die russische Armee verstärkt den Luft- und Artilleriebeschuss der Regionen Kyjiw, Charkiw und Mariupol. Entgegen russischen Beteuerungen, nur militärische Ziele anzugreifen, werden auch zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser unter Beschuss genommen.
- Russland verschärft den Druck auf die Medien: Das Parlament beschliesst ein Mediengesetz, das drakonische Haftstrafen gegen missliebige Berichterstattung über die russische Armee vorsieht. Bis zu 15 Jahre Haft drohen für die Verbreitung von „Falschnachrichten“ über die Armee. Viele ausländische Medien stellen ihre Berichterstattung vorübergehend ein. Facebook und Youtube werden blockiert.

China

Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang verkündet vor dem Volkskongress eine siebenprozentige Erhöhung des Militärbudgets (**5.3.2022**).

Covid-19/Corona-Krise

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind laut Angaben der Johns Hopkins-Universität in Baltimore weltweit mehr als sechs Millionen Menschen nach einer Infektion mit dem Virus gestorben. Die Zahl der registrierten SARS-CoV-2-Infektionen liegt inzwischen bei rund 446 Millionen (**7.3.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 12. Tag (7.3.2022)

Internationaler Gerichtshof

Erdöl/Erdölpreis

- Die Ukraine verklagt Russland vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Völkermordes in der Ukraine.
- Der Ölpreis steigt um fast ein Fünftel. Ein Barrel der Nordseesorte Brent kostet zu 139 Dollar.

Russland/Schweiz

Die Schweiz wird von Russland auf eine Liste „unfreundlicher“ Staaten gesetzt (**7.3.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 13. Tag (8.3.2022)

Flüchtlinge/Polen

- Mehr als zwei Millionen haben bisher wegen des Krieges die Ukraine verlassen. Rund 1,2 Millionen Menschen flüchteten nach Polen.

Korea (Südkorea)

Machtwechsel in Südkorea: Yoon Suk Yeol von der konservativen Oppositionspartei People Power Party (PPP) setzt sich bei der Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 48,6 Prozent knapp gegen Lee Jae Myung von der liberalen Democratic Party durch. Er erhält 47,8 Prozent der Stimmen (**9.3.2022**).

Australien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Tageslanger Dauerregierung verursacht in im Osten Australiens schwere Überschwemmungen. Die Regierung ruft den nationalen Notstand aus (**9.3.2022**).

Frankreich

Auf französischen Insel Korsika kommt es zu schweren Ausschreitungen. Anlass der Unruhen ist der Angriff auf den inhaftierten Separatistenführer Yvan Colonna in einer Haftanstalt in Arles (**9.3.2022**).

USA/Inflation

Die Inflation in den USA erreicht den höchsten Stand seit 40 Jahren (**10.3.2022**). Im Februar 2022 stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Prozent. Besonders stark steigen die Preise für Energie und Lebensmittel.

Ungarn

Das ungarische Parlament wählt die ehemalige Familienministerin Katalin Novák (*Novak*) zum Staatsoberhaupt und damit auch zur ersten Staatschefin des Landes (**10.3.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 15. Tag (10.3.2022)

Türkei

Die Aussenminister Russlands und der Ukraine, Sergei Lawrow und Dmitro Kuleba, treffen sich in der türkischen Stadt Antalya zu Gesprächen über eine mögliche Waffenruhe. Die Türkei übernimmt die Vermittlerrolle. Es gibt keine Einigung. Lawrow erklärt, Russland habe die Ukraine nicht überfallen. Vielmehr sei Russland durch die Ukraine militärisch gefährdet gewesen. Deshalb sei die „Spezialoperation“ notwendig gewesen.

Schweiz/Ukraine/Flüchtlinge

Der Bundesrat beschliesst, für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine den Schutzstatus S zu aktivieren (**11.3.2022**). Das bedeutet, dass Flüchtlinge zunächst ein Jahr lang in der Schweiz bleiben können. Sie können Familienangehörige nachziehen und dürfen sofort eine Erwerbsarbeit aufnehmen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 17. und 18. Tag (12.3. und 13.3.2022)

- Die russische Armee verstärkt ihre Angriffe im ganzen Land. Vorstädte der Hauptstadt Kyjiw geraten unter massiven Beschuss.
- In der von russischen Einheiten umzingelten Stadt Mariupol spitzt sich die humanitäre Lage dramatisch zu. Die Hafenstadt mit ihren rund 400 000 Einwohnern ist vom Rest des Landes abgeschnitten. Die UNO warnt vor einer Hungerkatastrophe. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) fordert ein humanitäres Abkommen. Es fehle an Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten. Bei Raketenangriffen sind bisher nach Angaben der Behörden rund 2400 Menschen ums Leben gekommen. .

Turkmenistan

Nach dem Rücktritt des turkmenischen Staatschefs Gurbanguly Berdimuhamedow wird dessen Sohn Serdar Berdimuhamedow mit einem Stimmenanteil von 72,9 Prozent zu dessen Nachfolger gewählt (**12.3.2022**).

Kolumbien

Das Linksbündnis Pacto Histórico geht erfolgreich aus den Parlamentswahlen in Kolumbien hervor. Im Abgeordnetenhaus wird der Pacto mit 27 Mandaten (plus 12) nach den Liberalen, die 32 Sitze erringen, zweistärkste Kraft. Im Senat ist der Pacto mit 16 Mandaten gleich stark wie der Partido Conservador. Das Centro Democrático, zu dessen Mitgliedern auch Staatspräsident Iván Duque Márquez gehört, muss hohe Verluste in Kauf nehmen, 16 im Abgeordnetenhaus und 5 im Senat (**13.3.2022**).

Europarat/Russland

Russland erklärt den Rücktritt aus dem Europarat und kündigt die Bindung an die Europäische Menschenrechtskonvention auf (**15.3.2022**). Zuvor stimmte die Parlamentarische Versammlung des Europarats für ein Ende der Mitgliedschaft Russlands.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 20. Tag (15.3.2022)

Polen/Slowenien/Tschechien

- Rund 20 000 Menschen können über einen Fluchtkorridor die umzingelte Stadt Mariupol verlassen
- Die Ministerpräsidenten Polens, Tschechiens und Sloweniens – Mateusz Morawiecki, Petr Fiala und Janez Janša (*Jansa*) – reisen per Zug nach Kyjiw, um dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj ihre Unterstützung zu demonstrieren.

Russland

Getreide

Russland schränkt seine Getreideexporte ein um die heimische Versorgung zu sichern (15.3.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 21. Tag (16.3.2022)

USA

- Der Internationale Gerichtshof fordert den sofortigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert in einer Videobotschaft an den US-Kongress mehr Waffen, mehr Sanktionen und eine Flugverbotszone.
- US-Präsident Joe Biden bewilligt weitere Waffenlieferungen an die Ukraine im Umfang von 800 Millionen Dollar. Dazu gehören Stinger-Flugabwehrraketen, Panzerabwehr-Lenk Waffen und Drohnen.
- US-Präsident Joe Biden nennt den russischen Präsidenten Wladimir Putin öffentlich einen „Kriegsverbrecher“.
- In der Hafenstadt Mariupol wird ein Theatergebäude bombardiert, in dem sich Hunderte schutzsuchende Zivilisten aufhalten. Nach Behördenangaben werden dabei 300 Menschen getötet.

Belgien

Belgien will den bislang für 2025 geplanten Ausstieg aus der Atomenergie um zehn Jahre verschieben (18.3.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 25. Tag (20.3.2022)

Der russische Generalmajor Michail Misinzew fordert die ukrainischen Truppen in Mariupol zur Kapitulation auf. „Es wird keine Kapitulation, kein Niederlegen der Waffen geben“, lautet die Reaktion der ukrainischen Führung. Die von russischen Truppen umzingelte Hafenstadt ist unter ständigem Beschuss. Nach Angaben des Bürgermeisters sind mehr als 80 Prozent der Gebäude beschädigt.

EU

Die Außen- und Verteidigungsminister der Europäischen Union (EU) beschliessen ein neues sicherheitspolitisches Konzept: den strategischen Kompass. Bis 2025 soll eine neue Eingreiftruppe mit bis zu 5000 Armeeangehörigen geschaffen werden (21.3.2022).

Russland

G-7

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt an, dass Erdgaslieferungen an Staaten, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben – sogenannte „unfreundliche Staaten“ – künftig in Rubel bezahlt werden müssen (23.3.2022).

Die G-7-Staaten – die sieben führenden demokratischen Industriestaaten USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – lehnen die Forderung Russlands ab.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 29. Tag (24.3.2022)

Nato/EU/G-7/UNO

Bulgarien/Rumänien/Slowakei/Ungarn

- Die Nato, die Europäische Union (EU) und die G-7-Staaten (die sieben führenden demokratischen Industriestaaten USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien) beraten an Gipfelkonferenzen in Brüssel über den Ukraine-Krieg. Mit dabei ist auch US-Präsident Joe Biden.
- Die Nato beschliesst, ihre Militärpräsenz an der Ostflanke massiv aufzustocken. In der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien sollen vier zusätzliche Battlegroups stationiert werden. Ausserdem will die Nato die Ukraine mit weiterer Ausrüstung zum Schutz vor chemischen und biologischen Angriffen unterstützen.
- Die Europäische Union beschliesst zur finanziellen Unterstützung der Ukraine den Aufbau eines Solidaritätsfonds.
- Die UN-Vollversammlung nimmt mit deutlicher Mehrheit eine neue Resolution an, die von Russland ein „sofortiges“ Ende des Krieges in der Ukraine fordert.

Äthiopien/Tigray-Konflikt/Eritrea

Äthiopien erklärt einen „humanitären Waffenstillstand“ im Tigray-Konflikt (24.03.2022). Die Hoffnungen auf ein Ende des Krieges erfüllen sich nicht. Die mit dem äthiopischen Regime verbündeten Streitkräfte Eritreas starten Ende September eine Grossoffensive gegen die Aufständischen in Tigray.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea testet erstmals seit 2017 eine Interkontinentalrakete (24.3.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 30. Tag (25.3.2022)

- Nach Auffassung des stellvertretenden russischen Generalstabschefs Sergei Rudzkoi ist die erste Phase der «militärischen Spezialoperation» in der Ukraine abgeschlossen. Im Vordergrund stehe nun die „völlige Befreiung“ des Donbass.
- Nach Angaben des russischen Generalstabs sind bisher 1351 russische Soldaten getötet worden. Die Ukraine geht von höheren Zahlen aus: Von rund 16 000 Gefallenen ist die Rede.

EU/USA/Russland/Erdgas

Die Erdgasabhängigkeit der Europäischen Union (EU) von Russland soll rasch reduziert werden. Im Rahmen einer transatlantischen „Energiepartnerschaft“ wollen die USA bereits in diesem Jahr zusätzlich 15 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas nach Europa liefern. Längerfristig soll die Menge auf 50 Milliarden steigen. Damit könnte ein Drittel der derzeitigen Erdgasimporte aus Russland ersetzt werden (25.3.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 31. Tag (26.3.2022)

USA/Nato

- In einer Rede in Warschau verspricht US-Präsident Joe Biden den Nato-Partnern in Osteuropa wiederum die Verteidigung ihres Territoriums. „Wir haben eine heilige Verpflichtung unter Artikel 5, jeden einzelnen Inch Nato-Gebiets mit der vollen Stärke unserer gemeinsamen Macht zu verteidigen.“ Der Krieg gegen die Ukraine sei eine „direkte Herausforderung der regelbasierten internationalen Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde“. Für Aufsehen sorgt Joe Biden mit seiner Bemerkung über den russischen Präsidenten Wladimir Putin: „Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben!“
- Russische Raketenangriffe gibt es auch im Westen der Ukraine. In der Nähe von Lwiw wird ein Treibstofflager in Brand geschossen.

El Salvador

In El Salvador wird nach einer Mordwelle der Ausnahmezustand verhängt (27.3.2022). Rund einen Monat später verkündet Staatspräsident Nayib Bukele, es seien mehr als 20 000 mutmassliche Bandenmitglieder festgenommen worden.

Covid-19/Corona-Krise

China

Über die chinesische Wirtschaftsmetropole Shanghai wird wegen steigender Corona-Infektionszahlen ein Lockdown verhängt (28.3.2022). Die über 20 Millionen Einwohner dürfen ihre Wohnungen nicht verlassen. Die chinesische Führung verfolgt eine Null-Covid-Strategie, die darauf abzielt, Übertragungsketten zu unterbrechen und die Infektionszahlen auf null zu senken. Der strikte Lockdown dauert zwei Monate.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 35. Tag (30.3.2022)

Flüchtlinge/Schweiz

- Bei den russisch-ukrainischen Gesprächen in Istanbul über einen Waffenstillstand rückt eine Vereinbarung angeblich in greifbare Nähe. Das von der ukrainischen Seite vorgelegte „Istanbuler Communiqué“ skizziert den Rahmen für einen Vertrag mit dem Schwerpunkt: Neutralität der Ukraine und Verzicht auf einen Nato-Beitritt im Gegenzug für Sicherheitsgarantien. Doch die Bemühungen für eine Beendigung des Krieges scheitern. Über die Gründe gibt es unterschiedliche Darstellungen.
- Seit Beginn des russischen Einmarschs sind nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) vier Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet. Zusätzlich wurden nach Schätzungen rund 6,5 Millionen Menschen innerhalb der Ukraine vertrieben und sind auf der Flucht
- In der Schweiz kommen täglich rund 1000 neue Geflüchtete aus der Ukraine an. In der Schweiz sind bisher über 20 000 geflüchtete Menschen aus der Ukraine registriert worden. Rund 13 400 haben den Schutzstatus S erhalten.

Inflation/Eurozone/Deutschland

In zahlreichen europäischen Ländern steigen die Inflationsraten auf Rekordhöhen. In der Eurozone sind die Verbraucherpreise um 7,5 Prozent gestiegen. Deutschland verzeichnet für den Monat März eine Inflationsrate von 7,3 Prozent (30.3.2022). Es handelt sich um die höchste Teuerung seit über 40 Jahren. Stärkste Preistreiber sind die hohen Kosten für Energie.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 36. Tag (31.3.2022)

Die russischen Truppen, die das stillgelegte Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine besetzt hatten, haben sich zurückgezogen. Russland übergibt die Kontrolle über das Gebiet wieder an die Ukraine.

USA

Erdöl

Wegen des hohen Erdölpreises wollen die USA ein halbes Jahr lang täglich eine Million Barrel aus ihren strategischen Ölreserven freigeben (31.3.2022). Nach Verlautbarungen des Weissen Hauses handelt es sich um die „größte Freigabe strategischer Reserven aller Zeiten“.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 37. Tag (1.4.2022)

USA

- Erfolgreicher ukrainischer Widerstand: Russland zieht seine Truppen aus dem Grossraum Kyjiw ab. Ukrainischen Streitkräften gelingt nach eigenen Angaben die Rückeroberung zahlreicher Ortschaften.
- Das US-Verteidigungsministerium will der Ukraine weitere Waffen im Wert von 300 Millionen Dollar zukommen lassen. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine haben die USA Militärhilfe und Waffenlieferungen im Wert von rund 1,65 Milliarden Dollar zugesagt.

Covid-19/Corona-Krise

Schweiz

In der Schweiz werden die letzten von der Landesregierung erlassenen Corona-Schutzmassnahmen aufgehoben (1.4.2022). Im öffentlichen Verkehr braucht es keine Masken mehr. Infizierte müssen sich nicht mehr isolieren. Die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr fällt. Der Bundesrat beendet nach über 600 Tagen die seit dem 19. Juni 2020 geltende „besondere Lage“. Die Pandemiebekämpfung liegt wieder bei den Kantonen. Bis im Frühling 2023 ist eine Übergangsphase mit erhöhter Wachsamkeit und Reaktionsfähigkeit geplant.

Sri Lanka

In Sri Lanka verkündet Staatspräsident Gotabaya Rajapaksa wegen Unruhen, ausgelöst durch eine schwere Wirtschaftskrise, den Notstand (1.4.2022).

Jemen/Jemen-Konflikt

Die Kriegsparteien in Jemen verständigen sich auf eine zweimonatige Waffenruhe (1.4.2022). Seit 2014 herrscht in Jemen Bürgerkrieg.

Estland/Lettland/Litauen/Russland

Litauen stellt als erstes Land der Europäischen Union (EU) seinen Gasimport aus Russland ein (2.4.2022). Estland und Lettland folgen dem Entscheid Litauens.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 39. Tag (3.4.2022)

Nach dem Abzug russischer Truppen werden in Butscha, einer Vorortsgemeinde von Kyjiw, die Leichen von über 300 Zivilisten entdeckt. Die russischen Streitkräfte werden beschuldigt, schwere Kriegsverbrechen begangen zu haben. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert eine internationale Untersuchung. Moskau streitet die Schuld für den Tod der Zivilisten ab.

Ungarn

Zum vierten Mal in Folge geht der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) mit seiner nationalkonservativen Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (3.4.2022). Die Fidesz-Partei gewinnt zusammen mit der verbündeten Christlich-Demokratischen Volkspartei (KNDP) mit einem Stimmenanteil von 53,3 Prozent 135 (plus 2) der 199 Parlamentssitze und damit erneut die Zweidrittelmehrheit. Das aus sechs Parteien des linken, grünen, liberalen und rechten Spektrums gebildete Oppositionsbündnis „Ungarn in Einheit“ unter Führung von Péter Márki-Zay (*Marki-Zay*) liegt weit hinter den Erwartungen zurück und muss sich mit 56 Mandaten begnügen. Den Einzug ins Parlament schafft auch die rechtsradikale Partei Unsere Heimat mit sieben Sitzen.

Ungarn

In Ungarn scheitert die Volksabstimmung über das umstrittene Kinderschutzgesetz –als Anti-LGBTIQ-Gesetz bzw. Anti-Pädophiliegesetz kritisiert –am Quorum von 50 Prozent (3.4.2022).

Serbien

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić (*Vucic*) wird in seinem Amt bestätigt. Er erhält rund 58 Prozent der Stimmen. (3.4.2022). Bei der Parlamentswahl bleibt das von seiner Serbischen Fortschrittspartei (SNS) angeführte Bündnis „Gemeinsam können wir alles“ trotz Einbussen und dem Verlust der absoluten Mehrheit mit 120 der 250 Sitze stärkste Kraft. An zweiter Stelle folgt das Oppositionsbündnis Vereinigtes Serbien (UZPS) mit 38 Mandaten.

Pakistan

Krise in Pakistan: Premierminister Imran Khan löst das Parlament auf und ruft Neuwahlen aus (3.4.2022). Der Oberste Gerichtshof erklärt die Parlamentsauflösung für ungültig.

Costa Rica

In Costa Rica geht Rodrigo Chaves Robles vom Partido Progreso Social Democrático (PPSD) mit einem Stimmenanteil von 52,84 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (3.4.2022). Sein Konkurrent, der ehemalige Staatschef José María Figueres vom sozialdemokratischen Partido Liberación Nacional (PLN), erhält 47,16 Prozent der Stimmen.

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)/Weltklimabericht

Der Weltklimarat IPCC fordert eine baldige Trendumkehr bei der weltweiten Emission von Treibhausgasen, um die Pariser Klimaziele nicht zu verfehlen. Der Weltklimarat fordert im dritten Teilreport des sechsten Sachstandsberichts die Regierungen auf, „sofortige und tiefgreifende Emissionssenkungen in allen Sektoren“ umzusetzen und den Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 zu halbieren (4.4.2022).

Deutschland/Russland/EU/

Deutschland erklärt 40 russische Diplomaten zu unerwünschten Personen (4.4.2022). Auch andere Länder der Europäischen Union (EU) weisen russische Diplomaten aus.

Griechenland/IWF

Griechenland hat seine gesamten Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) fast zwei Jahre früher als geplant zurückgezahlt. Die Rückzahlung schliesse das Kapitel der Staatsschuldenkrise von 2010, erklärt Finanzminister Christos Staikouras (4.4.2022).

Burkina Faso

Blaise Compaoré, ehemaliger Staatschef von Burkina Faso, wird in Abwesenheit wegen Beteiligung an der Ermordung seines Vorgängers Thomas Sankara zu lebenslanger Haft verurteilt (6.4.2022).

Jemen/Jemen-Konflikt

Der jemenitische Staatschef Abd Rabbu Mansur Hadi überträgt seine Befugnisse an einen neuen Führungsrat. Das Gremium soll das Land übergangsweise führen und mit den Huthi-Rebellen über eine Lösung des Konflikts verhandeln (7.4.2022).

USA

Ketanji Brown Jackson wird die erste afroamerikanische Richterin am Supreme Court der USA. Der Senat bestätigt ihre Nomination mit 53 zu 47 Stimmen (7.4.2022).

UNO/UNO-Menschenrechtsrat/Russland

Als Reaktion auf Berichte über russische Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg setzt die UNO-Vollversammlung die Mitgliedschaft Russlands im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen aus (7.4.2022).

Getreide/Lebensmittel

Der Ukraine-Krieg hat die Kosten für Lebensmittel auf ein Rekordhoch getrieben. Der Index der UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) für März registrierte eine Steigerung der Preise für Lebensmittelrohstoffe von 12,6 Prozent im Vergleich zu Februar, im Vergleich zu März 2021 sogar um knapp 33,6 Prozent. Der Getreidepreis stieg um rund 17 Prozent im Vergleich zum Februar. Noch grösser war die Verteuerung bei Mais (8.4.2022). Russland und die Ukraine zusammen lieferten in den vergangenen drei Jahren 30 Prozent des globalen Weizenexports und 20 Prozent der weltweiten Mais-Ausfuhren. Die FAO warnt vor Nahrungsmittelkrisen bis hin zu Hungersnöten besonders im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 44. Tag (8.4.2022)

EU

- Bei einem Raketenangriff auf den Bahnhof der im Osten der Ukraine gelegenen Stadt Kramatorsk kommen nach ukrainischen Angaben über 50 Menschen ums Leben. Der Bahnhof war zum Zeitpunkt des Angriffs voller Flüchtlinge.
- EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen weilt zu einem Solidaritätsbesuch in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw und macht sich ein Bild von der Lage in Butscha, wo nach dem Abzug russischer Truppen die Leichen von über 300 Zivilisten entdeckt wurden. Die EU-Kommissionspräsidentin verspricht eine schnelle Entscheidung über eine Aufnahme des Landes in die Europäische Union. „Wir stehen an eurer Seite, wenn ihr von Europa träumt“, sagt sie bei einer gemeinsamen Medienkonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj.
- Die EU-Staaten besiegeln ein fünftes Sanktionspaket gegen Russland. Es sieht unter anderem ab August ein EU-Importverbot für russische Kohle vor sowie die Schliessung europäischer Häfen für russische Schiffe und verschärfte Massnahmen gegen Banken vor.

Pakistan

Der pakistanische Premierminister Imran Khan wird vom Parlament abgesetzt (9.4.2022). Damit wird erstmals in Pakistan ein Regierungschef durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Nachfolger von Imran Khan wird Oppositionsführer Shehbaz Sharif von der Pakistan Muslim League (PML-N). Shehbaz Sharif ist der jüngere Bruder des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif.

Frankreich

Präsidentenwahl in Frankreich (10.4.2022): In der ersten Runde erreicht Amtsinhaber Emmanuel Macron von der Partei La République en marche mit 27,84 Prozent den höchsten Stimmanteil. Marine Le Pen vom extrem rechten Rassemblement national erhält 23,15 Prozent. Somit kommt es wie vor fünf Jahren zu einer Stichwahl zwischen

Emmanuel Macron und Marine Le Pen. Jean-Luc Mélenchon von der linken Bewegung La France insoumise wird Drittplatzierter mit 21,95 Prozent der Stimmen. Auf Éric Zemmour von der rechtsradikalen Partei Reconquête entfallen 7,07 Prozent. Weit hinter den Erwartungen liegen Valérie Pécresse von den Républicains (4,78 Prozent) und Hanne Hidalgo vom Parti socialiste (1.75 Prozent).

Südafrika

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die südafrikanische Provinz KwaZulu-Natal wird von schweren Überschwemmungen heimgesucht (11.4.2022). Dabei kommen über 400 Menschen ums Leben.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 48. Tag (12.4.2022)

Deutschland

Für Irritationen sorgt die ablehnende Haltung der Ukraine zum geplanten Besuch des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter in Kyjiw. Steinmeier wollte zusammen mit den Staatspräsidenten Polens, Lettlands, Litauens und Estlands nach Kyjiw reisen. Die engen Beziehungen des Bundespräsidenten zu Russland in den vergangenen Jahren gelten als Grund für die Haltung der Ukraine.

Schweiz

Der ehemalige Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz wird vom Zürcher Bezirksgericht wegen mehrfacher Veruntreuung, ungetreuer Geschäftsbesorgung und Urkundenfälschung schuldig gesprochen und zu 3 Jahren und 9 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt (13.4.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 50. Tag (14.4.2022)

Schwerer Verlust für die russische Schwarzmeerflotte. Der Raketenkreuzer „Moskwa“ geht unter. Feuer an Bord des Flaggschiffs habe die Explosion von Munition ausgelöst, erklärt das russische Verteidigungsministerium. Die ukrainische Armee habe das Kriegsschiff mit zwei Raketen vom Typ Neptun beschossen, heisst es in Kyjiw.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 51. Tag (15.4.2022)

Flüchtlinge

USA

- Laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sollen bislang bis zu 3000 Soldaten auf ukrainischer Seite gefallen sein – und bis zu 20.000 auf russischer.
- Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR hat die Zahl der wegen des russischen Angriffskriegs aus der Ukraine geflohenen Menschen die Schwelle von fünf Millionen überschritten. Weitere 7,3 Millionen Menschen wurden innerhalb der Ukraine vertrieben.
- Russland warnt laut „Washington Post“ die USA vor weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 53. Tag (17.4.2022)

Die in der Stadt Mariupol eingeschlossenen ukrainischen Kämpfer lehnen ein russisches Ultimatum zur Kapitulation ab.

Osttimor (Timor-Leste)

Zum zweiten Mal wird José Ramos-Horta zum Staatspräsidenten von Osttimor (Timor-Leste) gewählt. Er gewinnt die Stichwahl mit einem Stimmenanteil von rund 62 Prozent (19.4.2022). Der Friedensnobelpreisträger Ramos-Horta war bereits von 2007 bis 2012 Staatsoberhaupt.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 54. Tag (18.4.2022)

Russland startet eine Grossoffensive auf den Donbass im Osten des Landes. Es gehe darum, die „vollständige Befreiung der Republiken Donezk und Luhansk zu erreichen“, erklärt der russische Aussenminister Sergei Lawrow.

China/Salomonen

Der Südpazifik-Inselstaat Salomonen und China vereinbaren eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Ein entsprechendes Abkommen sei „kürzlich“ unterzeichnet worden, teilt das chinesische Aussenministerium mit (19.4.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 57. Tag (21.4.2022)

USA

- Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu verkündet die Einnahme der Hafenstadt Mariupol. Der Bürgermeister von Mariupol, Wadim Boitschenko, versichert, es werde weiter gekämpft. Auf dem Gelände der Stahlfabrik Asowstal haben sich Hunderte Kämpfer des ukrainischen Asow-Regiments verschanzt. Dort halten sich auch Hunderte Zivilisten auf.

- In der Region rund um die Hauptstadt Kyjiw sind nach ukrainischen Angaben nach dem Abzug der russischen Armee bisher mehr als tausend tote Zivilisten geborgen worden.
- Die US-Regierung will der Ukraine weitere Waffen und Munition im Wert von bis zu 800 Millionen Dollar liefern, darunter auch Artillerie und Drohnen. Zudem sicherte die US-Regierung der Ukraine weitere 500 Millionen Dollar an wirtschaftlicher Hilfe zu. Die USA haben der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs Ende Februar bereits Waffen im Wert von mehr als 3,3 Milliarden US-Dollar zugesagt oder geliefert.
- Die USA sperren Häfen für russische Schiffe.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 58. Tag (22.4.2022)

Nach Aussagen des russischen Generalmajors Rustam Minnekajew strebt Russland die Kontrolle über den gesamten Donbass und die ganze Südukraine an. So könne eine Landverbindung zur Krim-Halbinsel und nach Transnistrien, dem von prorussischen Separatisten von der Republik Moldau abgespaltenen Gebiet, geschaffen werden.

Honduras

Der ehemalige honduranische Staatspräsident Orlando Hernández (*Hernandez*) wird an die USA ausgeliefert. Er muss sich wegen Verschwörung zum Drogenschmuggel und Waffendelikten von einem Bundesgericht in New York verantworten (22.4.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 59. Tag (23.4.2022)

Flüchtlinge/Schweiz/Polen

- In der Schweiz sind bisher über 40 000 geflüchtete Menschen aus der Ukraine registriert worden. Von ihnen haben fast 33 000 den Schutzstatus S erhalten.
- Von den insgesamt über 5 Millionen Flüchtlingen hat Polen mit rund 2,8 Millionen am meisten aufgenommen.

Frankreich

Emmanuel Macron von der Partei La République en marche bleibt französischer Staatspräsident. Er gewinnt die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 58,54 Prozent. Seine Konkurrentin, Marine Le Pen vom extrem rechten Rassemblement national, erhält 41,46 Prozent der Stimmen (24.4.2022). Schon bei der letzten Präsidentenwahl 2017 standen sich Emmanuel Macron und Marine Le Pen in der Stichwahl gegenüber. Damals entfielen 66,1 Prozent der Stimmen auf Macron und 33,9 auf Le Pen. Letztmals schaffte vor zwanzig Jahren mit Präsident Jacques Chirac die Wiederwahl.

Slowenien

Die erste vor wenigen Wochen gegründete linksliberale Freiheitsbewegung von Robert Golob geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Slowenien hervor. Sie gewinnt 41 der 90 Mandate und lässt die Demokratische Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Janez Janša (*Jansa*), die 27 Sitze (plus 2) erhält, deutlich hinter sich zurück. Janša wird damit zum dritten Mal aus dem Amt des Regierungschefs gedrängt. Die konservative Partei Neues Slowenien erhält 8 Mandate (plus 1). Es folgen die Sozialdemokraten mit 7 Mandaten (minus 2) und die Linkspartei Levica mit 5 (minus 4). Die linksliberale Liste Marjan Šarec/LMS und die Partei des modernen Zentrums (SMC) sind nicht mehr vertreten (24.4.2022).

Nicaragua

Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Nicaragua zieht sich aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zurück (24.4.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 61. Tag (25.4.2022)

Deutschland

- Der russische Außenminister Sergei Lawrow hält es für möglich, dass der Ukraine-Krieg in einen Weltkrieg ausarten könnte. „Die Gefahr ist ernst, sie ist real, Sie darf nicht unterschätzt werden.“ Waffenlieferungen der Nato bezeichnet er als „legitime Angriffsziele“.
- Nach langem Lavieren stimmt die deutsche Regierung der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zu. Die Ukraine erhält ausgemusterte Flugabwehrpanzer des Typs Gepard. Der Bundestag billigt die Waffenlieferungen mit grosser Mehrheit (28.4.2022)

Türkei

Ein türkisches Gericht verurteilt den Kulturförderer und Menschenrechtaktivisten Osman Kavala zu lebenslanger Haft (25.4.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 62. Tag (26.4.2022)

Verteidigungsminister aus über 30 westlichen Staaten vereinbaren bei einem Treffen auf dem US-Stützpunkt Ramstein (Deutschland) die Bildung einer Kontaktgruppe für die Selbstverteidigung der Ukraine.

Russland/Polen/Bulgarien

Polen und Bulgarien erhalten kein russisches Erdgas mehr (26.4.2022).

EU/Ungarn

Die EU-Kommission eröffnet ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn. Damit drohen Ungarn empfindliche finanzielle Einbußen. Die wichtigsten Gründe sind Verdachtsmomente für Korruption und Unregelmäßigkeiten bei öffentlichen Ausschreibungen sowie eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Justiz (27.4.2022).

Montenegro

Montenegro erhält eine Minderheitsregierung unter Führung von Dritan Abazović (Abazovic) von der grün-liberalen Vereinigten Reformaktion/URA (28.4.2022). Das neue Kabinett tritt an die Stelle einer mehrheitlich proserbischen Regierung unter Führung von Zdravko Krivokapić (*Krivokapic*).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 64. Tag (28.4.2022)

USA

- Nach dem Senat stimmt auch das US-Repräsentantenhaus einem Leih- und Pachtgesetz für die Ukraine (Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act) in Anlehnung an eine Regelung aus dem Zweiten Weltkrieg zu. Die USA können damit der Ukraine ohne die sonst üblichen formalen Anforderungen Rüstungsgüter verleihen oder verpachten.

EU/Frontex

Der Leiter der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, erklärt seinen Rücktritt. Ihm wird unter anderem Mitwissen über sogenannte Pushbacks (Zurückdrängen von Migranten) zur Last gelegt (28.4.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 67. Tag (1.5.2022)

Rund 100 Zivilisten werden in Mariupol aus dem belagerten Stahlwerk Asowstal evakuiert. Nach und nach können in den kommenden Tagen die meisten Frauen, Kinder und ältere Männer das Gelände verlassen. Zurück bleiben Hunderte Kämpfer des ukrainischen Asow-Regiments.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 68. Tag (2.5.2022)

Nach Moskauer Angaben sind aus den umkämpften Gebieten im Osten der Ukraine rund 1,1 Millionen Menschen nach Russland gebracht worden, unter ihnen fast 200 000 Kinder. Sie seien auf eigenen Wunsch evakuiert worden. Nach ukrainischer Darstellung sind seit Beginn des Krieges Tausende von Menschen gewaltsam nach Russland verschleppt worden.

Frankreich

- Linke Allianz für die kommenden Parlamentswahlen in Frankreich: La France insoumise von Jean-Luc Mélenchon, Grüne, Sozialisten und Kommunisten schliessen sich um Bündnis Nouvelle union populaire écologique et sociale (Nupes) zusammen (5.5.2022).

- La République en marche, die Partei des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, gibt sich einen neuen Namen – Renaissance – und bildet eine Wahlallianz – Ensemble – mit dem Mouvement démocrate (MoDem) und der Mitte-rechts-Partei Horizons des früheren Premierministers Édouard Philippe (5.5.2022). Die offizielle Umbenennung in Renaissance erfolgt vier Monate später.-

Ukraine

Bei einer internationalen Geberkonferenz in Warschau für die Ukraine sind mehr als sechs Milliarden Euro zusammengekommen (5.5.2022). Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert eine moderne Version des Marshall-Plans für den Wiederaufbau seines Landes.

Grossbritannien/Nordirland

Erstmals in der Geschichte Nordirlands ist nicht mehr eine protestantisch-unionistische Partei stärkste Kraft im Parlament, sondern die republikanisch-katholische Sinn Féin, die ein wiedervereinigtes Irland anstrebt (5.5.2022). In der Northern Ireland Assembly gewinnt Sinn Féin mit einem Stimmenanteil von rund 29 Prozent 27 der 90 Mandate. Die unionistische Democratic Unionist Party (DUP) erhält 25 Sitze. Es folgen die liberale Alliance Party mit 17, die Ulster Unionist Party (UUP) mit 9 und die Social Democratic and Labour Party (SDLP) mit 8 Sitzen. Der Sinn Féin-Spitzenkandidatin Michelle O'Neill steht das Recht auf den Posten des First Minister zu.

Aus Protest gegen die Brexit-Regeln für Nordirland verweigert die Democratic Unionist Party (DUP) die Mitarbeit im Regionalparlament und die Zusammenarbeit mit der katholisch-republikanischen Sinn Féin in der vorgesehenen Einheitsregierung.

Covid-19/Corona-Krise

Die Corona-Pandemie hat nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2020 und 2021 weltweit etwa 14,9 Millionen Menschen das Leben gekostet – drei Mal so viele wie bislang offiziell angenommen. Die Zahl umfasst sowohl verstorbene Corona-Infizierte als auch Menschen mit anderen Krankheiten oder Verletzungen, die wegen der Überlastung der Gesundheitssysteme nicht rechtzeitig behandelt werden konnten (5.5.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 72. Tag (6.5.2022)

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat einigt sich mehr als zwei Monate nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erstmals auf eine gemeinsame Stellungnahme. Einstimmig zeigt sich der Sicherheitsrat „zutiefst besorgt“ über den Konflikt in der Ukraine und begrüsst die Vermittlungsbemühungen von UNO-Generalsekretär António Guterres.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 73. Tag (7.5.2022)

In der Ortschaft Bilohoriwka im Donbass gerät ein Schulgebäude unter russischen Raketenbeschuss. Etwa 90 Menschen suchten dort Schutz. Nach ukrainischen Angaben kommen rund 60 Menschen ums Leben.

Afghanistan

In Afghanistan schreibt die Taliban-Führung den Frauen das Tragen einer Burka in der Öffentlichkeit vor (7.5.2022).

Krankheiten/Affenpocken

Grossbritannien

Affenpocken in Europa. In Grossbritannien wird der erste Patient mit Affenpocken registriert (7.5.2022). Weitere Länder folgen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 75. Tag (9.5.2022)

An der Moskauer Feier zum Jahrestag des Sieges gegen Nazideutschland vor 77 Jahren rechtfertigt der russische Präsident Wladimir Putin den Ukraine-Krieg mit der Behauptung „Russland hat eine Aggression präventiv vereitelt“. Die Nato habe zusammen mit der Ukraine Russland angreifen wollen.

Sri Lanka

Eine schwere Wirtschaftskrise und politische Unruhen führen in Sri Lanka zum Rücktritt von Ministerpräsident Mahinda Rajapaksa. Er ist der ältere Bruder von Staatspräsident Gotabaya Rajapaksa (9.5.2022). Neuer Regierungschef wird Ranil Wickremesinghe. Er ist bereits zum sechsten Mal an der Spitze der Regierung.

Philippinen

Auf den Philippinen feiert die Marcos-Familie ein politisches Comeback: Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr., der Sohn des einstigen Machthabers Ferdinand Marcos, geht als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (9.5.2022). Marcos – Kandidat der Federal Party (Partido Federal ng Pilipinas) – erhält 58,77, seine Konkurrentin und bisherige Vizepräsidentin Leni Robredo 27,94 Prozent der Stimmen. Neue Vizepräsidentin wird Sara Duterte-Campo, die Tochter des bisherigen Machthabers Rodrigo Duterte. Bei der Wahl des Repräsentantenhauses behauptet sich PDP-Laban – Partido Demokratiko Pilipino - Lakas ng Bayan (Democratic Party - People's Power) – trotz Sitzverlusten als stärkste Kraft mit 86 der 316 Mandate.

EU

Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)

Zum Abschluss der „Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union“ werden über 300 Vorschläge zur Stärkung der EU unterbreitet. Zu den Vorschlägen gehören die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der Aussen- und Fiskalpolitik, mehr Umweltschutz und verstärkte Bemühungen für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ein Europäischer Verfassungskonvent soll sich mit den Reformvorschlägen befassen. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung in Strassburg schlägt der französische Staatspräsident Emmanuel Macron die Schaffung einer „Europäischen Politischen Gemeinschaft“ vor. Sie soll es beitragswilligen Staaten erlauben, sich eng in die EU-Politik einzuklinken, bevor sie EU-Mitglied werden (9.5.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 76. Tag (10.5.2022)

USA

Das US-Repräsentantenhaus stockt ein von US-Präsident Joe Biden beantragtes 33-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für die Ukraine auf fast 40 Milliarden Dollar auf. Auch der Senat billigt rund eine Woche später (19.5.2022) das Hilfspaket.

Finnland/Nato

Russland

Abkehr von der jahrzehntelangen Bündnisfreiheit: Der finnische Staatspräsident Sauli Niinistö und Ministerpräsidentin Sanna Marin sprechen sich in einer gemeinsamen Erklärung für einen Beitritt Finnlands zur Nato aus (12.5.2022). „Eine Nato-Mitgliedschaft würde die Sicherheit Finnlands verstärken.“ Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnet den geplanten Nato-Beitritt Finnlands als „Fehler“. Das finnische Parlament stimmt dem Antrag auf eine Nato-Mitgliedschaft klar zu. 188 Abgeordnete sind dafür, acht dagegen (17.5.2022).

Covid-19/Corona-Krise

Korea (Nordkorea)

Nordkorea vermeldet erstmals einen Corona-Ausbruch (**12.5.2022**). Machthaber Kim Jong Un ordnet strenge Abriegelungsmassnahmen an. In den staatlichen Medien ist von „Fiebererkrankungen“ die Rede. Nach wenigen Tagen steigt die Zahl der Patienten mit Fiebersymptomen auf mehr als 1,2 Millionen.

Covid-19/Corona-Krise

USA

Als erstes Land verzeichnen die USA mehr als eine Million Tote im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (**12.5.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 78. Tag (12.5.2022)

Der UNO-Menschenrechtsrat verurteilt die mutmasslichen Kriegsverbrechen der russischen Truppen in der Ukraine. Russland müsse sofort seinen Angriffskrieg einstellen und seine Truppen zurückziehen. In der Ukraine werden nach Angaben der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, «ungeheure Menschenrechtsverletzungen» begangen. Diese seien überwiegend russischen Streitkräften und ihren Verbündeten zuzuschreiben.

Weltraum/Weltraumforschung

Ein Team internationaler Astronomen veröffentlicht erstmals ein Bild eines Schwarzen Lochs im Zentrum der Milchstrasse (**12.5.2022**).

Vereinigte Arabische Emirate

Das Staatsoberhaupt der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Khalifa bin Zayed Al Nahyan, stirbt im Alter von 73 Jahren (**13.5.2022**). Er war seit 2004 an der Macht. Sein Nachfolger wird Kronprinz Mohammed bin Zayed Al Nahyan.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 80. Tag (14.5.2022)

G-7

Getreide

- Die Aussenminister der sieben führenden demokratischen Industriestaaten – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien (G-7) – fordern Russland auf, die Blockade ukrainischer Getreideexporte zu beenden. Der Ukrainekrieg hat zur Verknappung von Weizen auf dem Weltmarkt geführt und damit zu stark steigenden Preisen. In der Ukraine lagern schätzungsweise 22 Millionen Tonnen Getreide, die angesichts blockierter Lieferwege und Häfen nicht exportiert werden können.

Ausserdem erklären die Konferenzteilnehmer, dass sie die von Russland durch den Angriffskrieg angestrebte neue Grenzziehung niemals akzeptieren werden.

- Ukrainischen Truppen gelingt es nach eigenen Angaben, die russischen Truppen aus der Umgebung der Stadt Charkiw zu verdrängen.

Indien

Getreide

Indien kündigt ein sofortiges Ausfuhrverbot für Weizen an. Mit dem Exportverbot sollten Preissteigerungen im eigenen Land eingedämmt werden, teilt die Regierung des weltweit zweitgrössten Weizenproduzenten mit. Wegen des Kriegs in der Ukraine steigt die Sorge vor Hungerkatastrophen in der Welt.

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 18-jähriger Weisser erschiesst in einem Supermarkt in Buffalo (US-Staat New York) zehn Menschen. Bei den Opfern handelt es sich um Afroamerikaner (**14.5.2022**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen alle drei Abstimmungsvorlagen gut (**15.5.2022**): die Änderung des Transplantationsgesetzes mit 60,2, die Änderung des Filmgesetzes mit 58,4 und den Ausbau der EU-Grenzschutzbehörde Frontex mit 71,5 Prozent Ja-Stimmen.

Libanon

Bei der Parlamentswahl in Libanon verliert der Block der schiitischen Hizbullah und ihrer Verbündeten ihre bisherige Mehrheit (**15.5.2022**). Hizbullah und Verbündete erhalten 62 der 128 Mandate (minus 9). Kandidaten der Protestbewegung erobern 13 Mandate. Die christlichen Forces Libanaises gewinnen 19 Mandate (plus 4).

Somalia

Der frühere somalische Staatschef Hassan Sheikh Mohamud wird erneut zum Präsidenten gewählt (**15.5.2022**). Er war von 2012 bis 2017 Staatsoberhaupt. Hassan Sheikh Mohamud setzt sich bei den Abgeordneten gegen Amtsinhaber Mohamed Abdullahi Mohamed (genannt Farmajo) durch.

Frankreich

Frankreich bekommt zum zweiten Mal eine Premierministerin. Die bisherige Arbeitsministerin Élisabeth Borne ersetzt den bisherigen Regierungschef Jean Castex (**16.5.2022**).

Schweden/Nato

Nach mehr als 200 Jahren will Schweden seine Bündnisfreiheit aufgeben und die Mitgliedschaft in der Nato beantragen. Ihre Regierung habe beschlossen, die Allianz offiziell über den Beitrittswunsch in Kenntnis zu setzen, teilt Ministerpräsidentin Magdalena Andersson mit (**16.5.2022**).

Türkei/Schweden/Finnland/Nato

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) ist gegen einen Beitritt Finnlands und Schwedens in die Nato. Er wirft beiden Ländern die Unterstützung von „Terrororganisationen“ wie etwa der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK vor (**16.5.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 82. Tag (16.5.2022)

Schweiz/Flüchtlinge

- Nach wochenlanger russischer Belagerung der Stahlfabrik Asowstal in Mariupol ergeben sich mehr als 260 ukrainische Soldaten, unter ihnen 53 Schwerverwundete.
- In der Schweiz haben die Bundesbehörden bisher fast 50 000 Flüchtlinge aus der Ukraine registriert.
- Seit dem russischen Überfall haben nach Angaben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) 6,2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Heimatland verlassen. Innerhalb der Ukraine waren 8 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist zusammen über ein Drittel der Gesamtbevölkerung

Somalia, Äthiopien/Kenia

Katastrophen/Dürre/Hungersnot

In Teilen von Somalia, Äthiopien und Kenia herrscht zurzeit die schwerste Dürre seit vier Jahrzehnten. Vielerorts vertrocknen die Ernten und stirbt das Vieh. Nach einem Bericht der Organisationen Oxfam und Save the Children stirbt dort alle 48 Sekunden ein Mensch an Hunger. Seit 2021 habe sich in der Region die Zahl der Hungerleidenden von zehn Millionen auf über 23 Millionen mehr als verdoppelt (**17.5.2022**).

Nato/Schweden/Finnland/Türkei

Schweden und Finnland beantragen offiziell die Aufnahme in die Nato. Die Türkei blockiert den Beginn der Beitrittsgespräche (**18.5.2022**). Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) begründet die ablehnende Haltung mit der angeblichen Unterstützung Finnlands und Schwedens für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und die Kurdenmiliz YPG in Syrien. Die Erweiterung der Nato muss von allen Mitgliedstaaten gutgeheissen werden.

EU/Russland

Die Europäische Union will in Zukunft nicht mehr auf russische Importe für die Energiegewinnung angewiesen sein. Bis 2030 will die EU 300 Milliarden Euro investieren, um die Abkehr von Russland zu verwirklichen und stärker auf erneuerbare Energien zu setzen. Der Plan mit der Bezeichnung REPower EU umfasst drei Hauptelemente: Energieeinsparungen, die Förderung erneuerbarer Energien und die Diversifizierung der europäischen Energieimporte (**18.5.2022**).

Börsen/Börsenturbulenzen

Die globalen Aktienmärkte erleben den grössten Kurseinbruch seit zwei Jahren. Zinsängste und trübe Konjunkturdaten sorgen für eine Talfahrt an den US-Börsen (**18.5.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 86. Tag (20.5.2022)

Nach wochenlangem Widerstand ergeben sich die ukrainischen Verteidiger des Stahlwerks Asowstal in Mariupol. Die Industrieanlage und die Hafenstadt sind damit vollständig unter russischer Kontrolle. Nach russischen Verlautbarungen geraten über 2400 ukrainische Kämpfer in Gefangenschaft.

G-7/Ukraine

Die sieben führenden demokratischen Industriestaaten – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien (G-7) – wollen die Ukraine mit zusätzlichen, kurzfristigen Finanzhilfen in Höhe von 9,5 Milliarden Dollar unterstützen (**20.5.2022**).

Australien

Machtwechsel in Australien: Die bisherige oppositionelle Labor Party geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 77 (plus 9) der 151 Mandate im Repräsentantenhaus und damit knapp die absolute Mehrheit. Die Liberal-National Coalition unter Führung des bisherigen Premierministers Scott Morrison erhält 58 Sitze (minus 19). Zehn Sitze (plus 7) erobern unabhängige Kandidaten und vier (plus 3) die Grünen (**21.5.2022**). Labor-Chef Anthony Albanese wird neuer Premierminister.

Flüchtlinge

Nach Schätzungen des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) sind weltweit mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht vor Konflikten, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung (**23.5.2022**). Das sind so viele wie noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg.

Indo-Pacific Economic Framework (IPEF)

Indopazifik

US-Präsident Joe Biden ergreift eine neue Initiative zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Indopazifik. Dem Indo-Pacific Economic Framework (IPEF) schliessen sich neben den USA zwölf Staaten an: Australien, Brunei, Indien, Indonesien, Japan, Korea (Südkorea), Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam (**23.5.2022**). Beim IPEF handelt es sich um kein Freihandelsabkommen.

USA

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

US-Präsident Joe Biden sichert Taiwan Unterstützung im Falle eines chinesischen Angriffs zu. China habe kein Recht, sich Taiwan mit Gewalt einzuverleiben, betont Biden in Tokio bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem japanischen Regierungschef Kishida Fumio (**23.5.2022**).

WEF

Das diesjährige World Economic Forum (WEF) in Davos steht Zeichen des Krieges in der Ukraine (**23.5.2022**). Erstmals findet das Weltwirtschaftsforum nicht wie üblich im Januar statt.

Quadrilateral Security Dialogue (Quad)

USA/Japan/Australien/Indien

Indopazifik

US-Präsident Joe Biden vereinbart im Rahmen eines Gipfeltreffens des Quadrilateral Security Dialogue (Quad) in Tokio mit den Regierungschefs Japans, Indiens und Australiens eine enge Zusammenarbeit bei der Seeüberwachung im Indopazifik (**24.5.2022**).

China/Uiguren

Ein internationaler Medienverbund legt neue Beweise für die Unterdrückung der Uiguren in China vor (**24.5.2022**).

USA Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc

Bei einem Amoklauf in einer Grundschule in der texanischen Kleinstadt Uvalde werden 19 Kinder und zwei Lehrerinnen erschossen. Der 18-jährige Täter wird von der Polizei getötet (**24.5.2022**).

Ungarn

In Ungarn folgt auf den Ende Mai auslaufenden Notstand wegen der Corona-Pandemie ein neuer Notstand: Dieses Mal wegen des Krieges in der Ukraine (**25.5.2022**). Mit der Massnahme erhalte die ungarische Führung „die Möglichkeit, sofort zu reagieren und Ungarn und die ungarischen Familien mit allen nur möglichen Mitteln zu schützen“, erklärt Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*).

Russland

Russland schafft die Altersgrenze für den Militärdienst ab. Bisher konnten sich russische Bürger im Alter zwischen 18 und 40 Jahren für das Militär verpflichten. Künftig kann demnach jeder Freiwillige, der das gesetzliche Rentenalter noch nicht erreicht hat, der Armee beitreten (**25.5.2022**).

Korea(Nordkorea)

UNO

China/Russland

China und Russland blockieren mit ihrem Veto im UNO-Sicherheitsrat eine Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea wegen neuen Rakentests (**26.5.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 94. Tag (28.5.2022)

Deutschland/Frankreich

- Russische Truppen erobern im Donbass mit der Kleinstadt Liman einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt.
- Der russische Präsident Wladimir Putin warnt Deutschland und Frankreich vor weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine.

EU/Russland/Ukraine/

Die Europäische Union (EU) einigt sich an einem Sondergipfel auf ein sechstes Sanktionspaket gegen Russland (**30.5.2022**). Im Vordergrund steht ein Teilembargo für russisches Erdöl. Auf Drängen Ungarns sollen vorerst nur die russischen Öllieferungen über den Seeweg eingestellt werden. Lieferungen per Pipeline bleiben weiter möglich. Laut Angaben von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird die EU trotz der Ausnahme für Pipeline-Lieferungen bis Ende des Jahres rund 90 Prozent weniger Öl aus Russland beziehen.

Covid-19/Corona-Krise

China

Nach zwei Monaten striktem Corona-Lockdown werden in der chinesischen Metropole Shanghai die Beschränkungen weitgehend gelockert (**1.6.2022**). Die meisten der über 20 Millionen Einwohner dürfen sich wieder frei bewegen.

Ende Mai meldeten die Behörden nur noch 15 Corona-Neuinfektionen. Im April waren es noch täglich mehr als 25 000.

Dänemark/EU

Dänemark soll sich in Zukunft an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (EU) beteiligen. Mit Zweidrittelmehrheit spricht sich die Bevölkerung Dänemarks für die Abschaffung des Rechtsvorbehalts gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik EU aus (**1.6.2022**).

EU/Polen

Trotz Bedenken wegen der Rechtsstaatlichkeit stimmt die EU-Kommission der Auszahlung von 36 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds der Europäischen Union an Polen zu (**1.6.2022**).

Griechenland/Türkei

Der DauerKonflikt zwischen Griechenland und der Türkei spitzt sich zu. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan) verkündet das Ende der bilateralen Gespräche mit der Türkei (**1.6.2022**).

Tschad

Nahrungsmittelknappheit

In Tschad wird aufgrund mangelnder Getreidelieferungen wegen des Ukraine-Kriegs der Ernährungsnotstand ausgerufen (**2.6.2022**). Laut Schätzungen der UNO werden 5,5 Millionen Menschen in Tschad – ein Drittel der Bevölkerung – dieses Jahr auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sein. Insgesamt könnte der Ukraine-Krieg massive globale Auswirkungen haben. Etwa 1,4 Milliarden Menschen könnten von Nahrungsmittelknappheit betroffen sein

Grossbritannien

Grossbritannien feiert das 70. Thronjubiläum der 96-jährigen Königin Elizabeth II (**3.6. bis 5.6.2022**). Vor ihr war in Grossbritannien noch nie ein Monarch so lange auf dem Thron.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 100. Tag (3.6.2022)

- Der Kreml bekräftigt, dass die „Spezialoperation“ fortgesetzt werde, bis die gesetzten Ziele erreicht seien.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat 100 Tage nach dem russischen Einmarsch den Glauben an den Sieg beschworen. Es gebe drei Dinge, für die seine Landsleute kämpften: Frieden, Sieg, Ukraine, sagt Selenskyj in einer Videoansprache. Nach Aussagen von Selenskyj ist ein Fünftel des Staatsgebietes von russischen Truppen besetzt.

Türkei/Türkiye

Turkey heisst jetzt Türkiye. Die UNO stimmt der von der Türkei gewünschten Namensänderung im internationalen Sprachgebrauch zu (**3.6.2022**).

Nigeria

In der nigerianischen Stadt Owo kommen bei einem Überfall auf eine katholische Kirche während eines Pfingstgottesdienstes Dutzende Menschen ums Leben. Mindestens 70 Gläubige werden von Terroristen getötet (**5.6.2022**).

Kasachstan

Die Bevölkerung Kasachstans stimmt Verfassungsänderungen zu. Gestärkt werden die Rolle des Parlaments und der Regionen. Dem ehemaligen Machthaber Nursultan Nasarbajew wird der Titel Elbasy (Anführer der Nation) entzogen (**5.6.2022**).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Boris Johnson übersteht ein parteiinternes Misstrauensvotum. 211 Abgeordnete der Konservativen Partei stimmen für seinen Verbleib als Parteivorsitzender, 148 Parlamentarier sprechen ihm das Misstrauen aus (**6.6.2022**).

UNO/Schweiz

Die UNO-Vollversammlung wählt die Schweiz mit 187 Stimmen für die Jahre 2022 und 2023 als nichtständiges Mitglied in den UNO-Sicherheitsrat. (**9.6.2022**).

USA

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Erstürmung des US-Kapitols am 6. Januar 2021 macht Ex-Präsident Donald Trump für die Ereignisse verantwortlich. Trump habe die Demonstranten zu Ausschreitungen „angestachelt“, sagt der Ausschussvorsitzende Bennie Thompson bei der Vorstellung erster Ermittlungsergebnisse.

Die Kapitol-Erstürmung sei „der Höhepunkt eines Putschversuchs“ gewesen. Trump habe „im Zentrum dieser Verschwörung“ gestanden (**9.6.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg (107. Tag (10.6.2022))

Nach eigenen Angaben sind bisher rund 1000 ukrainische Soldaten gefallen.

Bolivien

Die ehemalige bolivianische Übergangspräsidentin Jeanine Áñez (*Anez*) wird wegen verfassungswidriger Entscheidungen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt (**10.6.2022**).

Frankreich

In der ersten Runde der Wahl der französische Nationalversammlung liegen die Allianz um Staatspräsident Emmanuel Macron – Ensemble – und das Linksbündnis von Jean-Luc Mélenchon – Nupes – bei der Stimmenverteilung fast gleichauf. Auf das Bündnis Ensemble entfallen 25,75 und auf die Nouvelle union populaire écologique et sociale (Nupes) 25,66 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung erreicht nur 47,51 Prozent (**12.6.2022**). Entscheidend für die Verteilung der Mandate sind die Stichwahlen der zweiten Runde.

Grossbritannien/EU

Der Streit zwischen Grossbritannien und der Europäischen Union (EU) um die Brexit-Regelungen für Nordirland eskaliert. Die britische Regierung kündigt einseitige Änderungen des Nordirland-Protokolls (Teil des 2019 geschlossen Brexit-Abkommens) an (**13.6.2022**). Die EU leitet ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Grossbritannien ein (**15.6.2022**).

Kuba

Rund ein Jahr nach Massenprotesten gegen die Regierung in Kuba werden 381 Manifestanten verurteilt. 297 erhalten Gefängnisstrafen zwischen 5 und 25 Jahren (**13.6.2022**).

Börsen/Börsenturbulenzen/Kryptowährungen

Nervosität an den Börsen: Unter Druck sind Kryptowährungen und Technologieaktien. Der Bitcoin büsst innert weniger Tage einen Fünftel seines Wertes ein. Der Bitcoin kostet rund 22 000 Dollar (**14.6.2022**).

Grossbritannien/Ruanda

Migranten/Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stoppt den von Grossbritannien geplanten Abschiebeflug von Migranten nach Ruanda (**14.6.2022**).

USA

Um die Inflation in den Griff zu bekommen, erhöht die US-Notenbank den Leitzins um 0,75 Prozent (**15.6.2022**). Es handelt sich um die stärkste Leitzinserhöhung seit rund drei Jahrzehnten. Im Mai war die Inflation auf 8,6 Prozent und damit auf den höchsten Wert seit mehr als 40 Jahren gestiegen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 112. Tag (15.6.2022)

USA

US-Präsident Joe Biden kündigt zusätzliche Rüstungshilfe für die Ukraine im Wert von rund 1 Milliarde Dollar sowie zusätzliche humanitäre Hilfe im Umfang von 225 Millionen Dollar an. Der Wert der Waffenlieferungen der USA an die Ukraine seit Beginn des Krieges in der Ukraine steigt auf 5,6 Milliarden Dollar.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 113. Tag (16.6.2022)

Deutschland/Frankreich/Italien/Rumänien/EU

Solidaritätsbesuch in Kyjiw: Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz, der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, der italienische Ministerpräsident Mario Draghi und der rumänische Staatschef Klaus Iohannis treffen sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Die Besucher sprechen sich dafür aus, dass die Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten der Europäischen Union (EU) erhält.

Schweiz

Die Schweizerische Nationalbank erhöht den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte (**16.6.2022**). Es handelt sich um die erste Zinserhöhung seit 15 Jahren.

EU/Ukraine/Moldau

Die Ukraine und die Republik Moldau sollen den Status eines Beitrittskandidaten der Europäischen Union (EU) erhalten. Dies empfiehlt die EU-Kommission (**17.6.2022**).

Russland/Litauen/Kaliningrad

Um die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland durchzusetzen, schränkt Litauen den Güterverkehr in die russische Exklave Kaliningrad ein (18.6.2022). Moskau droht mit „ernsthaften Konsequenzen“. Vier Wochen später wird ein Kompromiss erzielt.

Frankreich

Debakel für das aus sieben Parteien bestehende Bündnis Ensemble des französischen Präsidenten Emmanuel Macron bei der zweiten Runde der Parlamentswahl (**19.6.2022**). Ensemble geht zwar als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor, doch Macron verliert deutlich die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Auf Ensemble entfallen 245 (minus 105) der 577 Mandate. Zweitstärkste Allianz ist die Nouvelle union populaire écologique et sociale (Nupes) unter Führung von Jean-Luc Mélenchon mit 131 Mandaten (plus 69). Zur Nouvelle union populaire écologique et sociale gehören La France insoumise von Jean-Luc Mélenchon, Grüne, Sozialisten und Kommunisten. Den grössten Erfolg erzielt das extrem rechte Rassemblement national von Marine Le Pen. Das Rassemblement gewinnt 89 Sitze (plus 81) und verzehnfacht seine Präsenz in der Nationalversammlung. Auf die Républicains entfallen 61 (minus 51) Mandate. Die Wahlbeteiligung liegt bei 46,2 Prozent.

Kolumbien

Das erste Mal gewinnt mit Gustavo Petro von der Partei Colombia Humana ein linker Kandidat die Präsidentenwahl in Kolumbien. Gustavo Petro, ehemaliges Mitglied der Guerillaorganisation Movimiento 19 de Abril, erhält in der Stichwahl 50,44 Prozent der Stimmen. Unterstützt wurde er von der Allianz Pacto Histórico. Mit Francia Márquez (*Marquez*) übernimmt eine Afroamerikanerin die Vizepräsidentschaft (**19.6.2022**).

Grossbritannien

In Grossbritannien streiken Zehntausende Angestellte der Bahn. Es handelt sich um grössten Bahnstreik seit 30 Jahren (**21.6.2022**).

Italien

Der italienische Aussenminister Luigi Di Maio verlässt mit über 60 Gleichgesinnten die Bewegung Cinque Stelle. Ihre parlamentarische Gruppe nennt sich „Insieme per il futuro“ (**21.6.2022**).

Afghanistan

Katastrophen/Erdbeben

Ein verheerendes Erdbeben in den südöstlichen afghanischen Provinzen Paktika, Khot und Nangarhar fordert über tausend Tote (**22.6.2022**).

Bulgarien

Die bulgarische Koalitionsregierung unter Führung von Ministerpräsident Kiril Petkow wird durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt (**22.6.2022**).

Deutschland

Weil Russland die Gaslieferungen nach Europa und Deutschland stark gedrosselt hat, ruft der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck die zweite von drei Eskalationsstufen des Notfallplans Gas aus (**23.6.2022**).

EU/Ukraine/Moldau

Georgien/Nordmazedonien/Albanien

Die Ukraine und die Republik Moldau werden von Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu EU-Beitrittskandidaten erklärt (**23.6.2022**). Georgien muss warten und wird zur Umsetzung von Reformen aufgefordert. Das Spitzentreffen der EU mit den Westbalkan-Ländern Serbien, Kosovo, Montenegro, Albanien, Nordmazedonien und Bosnien-Herzegowina bringt keine Fortschritte. Die Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien sind weiter blockiert.

USA

Das Oberste Gericht der USA stuft das Tragen von Schusswaffen in der Öffentlichkeit als Grundrecht ein und hebt ein mehr als 100 Jahre altes Gesetz des Gliedstaates New York, wonach man einen triftigen Grund nachweisen muss, um eine Lizenz für das verdeckte Tragen einer Handfeuerwaffe ausserhalb des Hauses zu erhalten, auf (**23.6.2022**).

Grenada

Auf Grenada gewinnt die Mitte-Links-Opposition die Parlamentswahl. Der National Democratic Congress (NDC) gewinnt 9 der 15 Mandate und stellt mit Dickon Mitchell den neuen Premierminister (**23.6.2022**). Sein Vorgänger Keith Mitchell von der konservativen New National Party regierte den karibischen Inselstaat von 1995 bis 2008 und ab 2013.

USA

Das Oberste Gericht der USA kippt das landesweite Grundrecht auf Schwangerschaftsabbruch (**24.6.2022**). Die Gliedstaaten können selbst über Abtreibungsgesetze entscheiden. Mit seiner konservativen Richtermehrheit hebt der Supreme Court das Grundsatzurteil „Roe v. Wade“ aus dem Jahr 1973 auf, das Schwangerschaftsabbrüche legalisiert hatte. US-Präsident Joe Biden bezeichnet das Urteil als «tragischen Fehler». Es wird erwartet, dass 26 Gliedstaaten

Abtreibungen nun verbieten oder stark einschränken werden. Von Demokraten regierte US-Staaten wollen das Recht auf Abtreibung jedoch hochhalten.

USA

Der US-Kongress beschliesst eine Verschärfung des Waffenrechts. Das neue Gesetz sieht unter anderem eine intensivere Überprüfung von Waffenkäufern vor, die noch keine 21 Jahre alt sind (**24.6.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 121. Tag (24.6.2022)

Die ukrainischen Streitkräfte geben die strategisch wichtige Stadt Sewerodonezk in der Provinz Luhansk auf.

Marokko/Spanien/Migranten

Etwa 200 afrikanische Migranten versuchen den Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Exklave Melilla zu überwinden. Dabei kommen 23 Menschen ums Leben. Viele sterben im Gedränge oder fallen vom Grenzzaun (**24.6.2022**).

Norwegen

Im Zentrum der norwegischen Hauptstadt Oslo werden in der Nähe eines bei Homosexuellen beliebten Nachtclubs zwei Menschen erschossen und über 20 weitere Personen teilweise schwer verletzt. Die Polizei geht von einem Terrorangriff mit islamistischem Hintergrund aus (**25.6.2022**).

G-7

Partnership for Global Infrastructure and Investment (PGII)

Die G-7-Gruppe führender demokratischer Industriestaaten – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – will China mit einer globalen Infrastrukturinitiative Konkurrenz machen. Bei ihrem Gipfel auf Schloss Elmau in Oberbayern rufen die G-7-Staaten formell eine «Partnership for Global Infrastructure and Investment» ins Leben. Es sind Investitionen im Umfang von knapp 600 Milliarden Dollar für Klimaschutz, im Energiesektor und im Gesundheitsbereich geplant (**26.6.2022**).

USA/Flüchtlinge/Migranten

In einem Lastwagen im Grossraum San Antonio im US-Staat Texas werden 50 tote Flüchtlinge und Migranten entdeckt (**27.6.2022**).

G-7

Ukraine

Ernährungsnotstand/

Die G-7-Gruppe führender demokratischer Industriestaaten – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – beschliesst bei ihrem Gipfeltreffen auf Schloss Elmau in Oberbayern, die Ukraine so lange wie nötig zu unterstützen (**28.6.2022**).

Für das laufende Jahr werden 2,8 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt. An Budgethilfen kann die Ukraine 2022 insgesamt mit 29,5 Milliarden Dollar rechnen. Auch will sich die G-7 an einem internationalen Wiederaufbauplan beteiligen und dem Land nach Kriegsende Sicherheitsgarantien geben.

Ausserdem:

Ein mit der Weltbank geschaffenes globales Bündnis für Ernährungssicherheit soll die Folgen der Ernährungskrise lindern. Dafür sollen zusätzlich 4,5 Milliarden Dollar bereitgestellt werden: insgesamt über 14 Milliarden Dollar.

Kolumbien

In Kolumbien legt die 2016 im Abkommen zwischen Regierung und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) vereinbarte Wahrheitskommission (Comisión para el Esclarecimiento de Verdad /CEV) ihren Schlussbericht über die Ursachen und Opfer des vor über 50 Jahren ausgebrochenen bewaffneten Konflikts vor (**28.6.2022**). Danach wurden zwischen 1985 und 2018 rund 450 000 Menschen ermordet und über 7 Millionen Menschen vertrieben.

Ecuador

In Ecuador lehnt das Parlament die Amtsenthebung von Staatspräsident Guillermo Lasso ab (**28.6.2022**). Er steht wegen Protesten gegen hohe Lebenshaltungskosten unter Druck.

Nato

Russland/Finnland/Schweden/Polen/Ukraine/USA/China

Die Nato-Staaten beschliessen an ihrem Gipfeltreffen in Madrid ein neues strategisches Konzept. Darin wird Russland als „die grösste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum“ bezeichnet (**29.6.2022**).

Ausserdem:

- Die schnelle Eingreiftruppe – Nato Reponse Force (NRF) – soll von 40 000 auf 300 000 Soldaten aufgestockt werden.
- US-Präsident Joe Biden kündigt eine dauerhafte Stationierung von US-Truppen an der Ostflanke der Nato an. In Polen soll ein Hauptquartier des 5. US-Korps eingerichtet werden.
- Das Verfahren zur Aufnahme von Finnland und Schweden wird offiziell gestartet.

- Der Ukraine sagt die Nato weitere Unterstützung bei der Verteidigung gegen die russische Invasion zu.
- US-Präsident Joe Biden sagt der Ukraine weitere Waffenhilfe im Umfang von 820 Millionen Dollar zu. Mit dem neuen Paket steigen die US-Zusagen bei Waffenlieferungen seit Kriegsbeginn auf einen Wert von 6,9 Milliarden Dollar.
- China wird als „strategische Herausforderung“ bezeichnet. „Chinas Ambitionen und Zwangsmassnahmen fordern unser Interesse, unsere Sicherheit und Werte heraus.“

Frankreich

Im Prozess um die Pariser Terroranschläge von 2015 (vgl. 13.11.2015) wird der Hauptangeklagte Salah Abdeslam, der einzige Überlebende des Terrorkommandos, zu lebenslanger Haft verurteilt (**29.6.2022**).

Türkei/Finnland/Schweden

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) fordert von Schweden und Finnland im Zusammenhang mit den Nato-Beitrittsbemühungen beider Länder die Auslieferung von 73 „Terroristen“: Mitglieder der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen (**30.6.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 127. Tag (30.6.2022)

Nach wiederholten ukrainischen Angriffen hat Russlands Armee die Schlangeninsel im Schwarzen Meer südlich von Odessa geräumt.

Israel

Israels Acht-Parteien-Regierung unter Führung von Naftali Bennett scheitert nach nur einem Jahr. Die Knesset wird aufgelöst (**30.6.2022**). In vier Monaten wird in Israel neu gewählt, zum fünften Mal in weniger als vier Jahren. Aussenminister Yair Lapid von der Zukunftspartei (Yesh Atid) leitet bis dahin eine Übergangsregierung. Ministerpräsident Naftali Bennett von der Partei Yamina zieht sich aus der Politik zurück.

USA

Der Oberste Gerichtshof der USA schränkt die Befugnisse der Umweltschutzbehörde EPA ein. Die Environmental Protection Agency habe in der Vergangenheit ihre Kompetenzen überschritten, als sie den Ausstoss von Treibhausgasen durch die Energiewirtschaft begrenzte. Die Regierung darf der Stromwirtschaft keine Grenzwerte für Treibhausgasemissionen mehr vorschreiben (**30.6.2022**).

Usbekistan

Bei Unruhen in der usbekischen autonomen Region Karakalpakstan kommen nach offiziellen Angaben 18 Menschen ums Leben. Über 240 Menschen verletzt (**1.7.2022**). Auslöser der Unruhen ist die geplante Streichung der Autonomie von Karakalpakstan. Das Parlament nimmt die vorgeschlagene Verfassungsänderung zurück.

Spanien/Portugal/Frankreich/Italien/Grossbritannien

Katastrophen/Hitze/Dürre/Waldbrände

Eine Hitzewelle sucht weite Teile Europas heim. Es herrscht extreme Trockenheit In zahlreichen Regionen Südeuropas wüten Waldbrände (**ab Anfang Juli 2022**). Besonders betroffen sind Spanien, Portugal die französische Atlantikküste und Italien. Hitzerekord in Grossbritannien: Erstmals wird die Marke von 40 Grad überschritten (**19.7.2022**).

Libyen

Hunderte Demonstranten stürmen das Parlament in der ostlibyschen Stadt Tobruk und setzen Teile des Gebäudes in Brand. (**1.7.2022**). Die Wut richtet sich gegen die mangelnde Energieversorgung und den politischen Stillstand.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 130. Tag (3.7.2022)

Russische Truppen erobern Lisitschansk, die letzte ukrainisch kontrollierte Stadt im Oblast Luhansk.

Dänemark

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einem Amoklauf in einem Kopenhagener Einkaufszentrum werden drei Menschen erschossen und sieben zum Teil schwer verletzt (**3.7.2022**).

Italien

Katastrophen/Gletscherbruch

Ein Gletscherbruch an der Marmolata am höchsten Berg der Dolomiten fordert 11 Tote (**3.7.2022**).

Italien

Katastrophen/Dürre

Wegen gravierender Trockenheit verhängt die italienische Regierung über die Regionen Lombardei, Piemont, Emilia-Romagna, Veneto und Friaul-Julisch-Venetien den Notstand (**4.7.2022**).

Schweiz

Auch in der Schweiz steigt die Inflation. Die Konsumentenpreise legten im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Prozent zu. Das ist die höchste Teuerung seit 1993 (**4.7.2022**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In einem Vorort von Chicago schießt ein 21-jähriger Mann wahllos auf eine Parade anlässlich des Nationalfeiertags. Dabei kommen sieben Menschen ums Leben (**4.7.2022**).

Ukraine/Schweiz

Die Schweiz organisiert in Lugano eine Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine. Rund 40 Staaten und 16 internationale Organisationen nehmen an der Konferenz teil (**4.7. und 5.7.2022**). «Der Wiederaufbauprozess muss transparent sein», heisst es in der „Erklärung von Lugano“. Die Rechtsstaatlichkeit müsse systematisch gestärkt und die Korruption ausgemerzt werden. Die ukrainische Regierung schätzt die Kosten für den Wiederaufbau auf rund 750 Milliarden Dollar.

Grossbritannien

Regierungskrise in Grossbritannien: Aus Protest gegen die Amtsführung von Premierminister Boris Johnson treten Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid zurück (**5.7.2022**). Weitere Demissionen folgen. Mehr als dreissig Regierungsmitglieder kehren ihm den Rücken.

Russland

Die russische Staatsduma beschliesst die Schaffung einer allrussischen Jugendbewegung. Sie soll traditionelle Werte und die „Liebe zum Vaterland“ vermitteln (**6.7.2022**).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Boris Johnson tritt als Chef der Conservative Party zurück, will aber als Regierungschef weiter machen, bis die Nachfolge geregelt ist (**7.7.2022**). Johnson war seit fast drei Jahren Premierminister und Parteichef. Nach einer Reihe von Affären hatte er das Vertrauen seiner Partei und seiner Regierung verloren.

Japan

Der frühere japanische Regierungschef Abe Shinzo fällt einem Anschlag zum Opfer (**8.7.2022**). Er regierte fast acht Jahre lang (Dezember 2012 bis September 2020), so lange wie kein Premierminister vor ihm.

Sri Lanka

Sri Lanka ist mit der schwersten Wirtschaftskrise seit Erlangung der Unabhängigkeit 1948 konfrontiert. In der Hauptstadt Colombo herrscht Aufruhr. Zehntausende Menschen demonstrieren gegen Misswirtschaft und Korruption, fordern den Rücktritt von Staatspräsident Gotabaya Rajapaksa und Premierminister Ranil Wickremesinghe und stürmen den Präsidentenpalast (**9.7.2022**). Staatschef Gotabaya Rajapaksa flüchtet ins Ausland (**13.7.2022**).

EU/Euro/Euro-Zone

Zu ersten Mal seit 20 Jahren erreicht der Euro die Parität zum US-Dollar. Ein Euro entspricht einen Dollar (**12.7.2022**).

EU/Euro/Euro-Zone/Kroatien

Die Europäische Union stimmt der Einführung des Euro in Kroatien Anfang 2023 zu. Kroatien wird das zwanzigste Mitglied der Euro-Zone (**12.7.2022**).

Italien

Regierungskrise in Italien: Ministerpräsident Mario Draghi kündigt seinen Rücktritt an, nachdem der Koalitionspartner Cinque Stelle ihm die Gefolgschaft bei der Vertrauensabstimmung im Senat verweigert. Der Senat spricht Draghi das Vertrauen aus, was jedoch die Regierungskrise nicht verhindert. Staatspräsident Sergio Mattarella lehnt den Rücktritt Draghis – vorerst – ab (**14.7.2022**).

Sri Lanka

Der nach schweren Unruhen ins Ausland geflüchtete sri-lankische Präsident Gotabaya Rajapaksa gibt offiziell seinen Rücktritt bekannt (**15.7.2022**). Das Parlament wählt den bisherigen Premierminister Ranil Wickremesinghe zum neuen Staatsoberhaupt (**20.7.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 144. Tag (17.7.2022)

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj suspendiert den Chef des Geheimdienstes SBU. Iwan Baikanow, und die Generalstaatsanwältin Irina Wenediktowa. Selenskyj verweist auf mehr als 650 Strafverfahren wegen Verrats und Kollaboration mit Russland. Das ukrainische Parlament stimmt den Entlassungen zu (**19.7.2022**).

EU

Albanien/Nordmazedonien

Die Europäische Union startet die lange blockierten Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien (**19.7.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 147. Tag (20.7.2022)

Die Ziele Russlands in der Ukraine sind nach den Worten von Aussenminister Lawrow nicht mehr nur auf den Donbass begrenzt. Es gehe inzwischen um weitere Territorien.

Italien

Die Regierungskrise in Italien geht in die zweite Runde: Die bisherigen Regierungsparteien Movimento 5 Stelle, Forza Italia und Lega kündigen Ministerpräsident Mario Draghi die Gefolgschaft, verhindern eine breite Zustimmung für Draghi bei der Vertrauensabstimmung im Senat und lassen die Koalition der nationalen Einheit platzen (**20.7.2022**). Draghi tritt zurück, Staatspräsident Sergio Mattarella löst das Parlament auf und ebnet den Weg für Neuwahlen Ende September (21.7.2022).

EU

Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöht angesichts der Rekordinflation erstmals seit elf Jahren die Zinsen. Der Hauptrefinanzierungssatz steigt von null auf 0,5 Prozent, der Einlagenzinssatz steigt von minus 0,5 Prozent auf null. Damit beendet die EZB die lange Phase der Negativzinsen (**21.7.2022**).

Indien

Zum zweiten Mal erhält Indien eine Staatspräsidentin. Droupadi Murmu, eine Angehörige der indigenen Gruppe der Santal, geht als Siegerin aus der Präsidentenwahl. Mehr als 4500 Parlamentarier auf Bundes- und Landesebene hatten an der Wahl des Staatsoberhauptes teilgenommen (**21.7.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 149. Tag (22.7.2022)

UNO/Türkei/Getreide

Wegen des Krieges blockierte Getreideexporte aus der Ukraine über das Schwarze Meer sollen wieder möglich sein. Nach wochenlangen Verhandlungen unterzeichnen Vertreter der Ukraine und Russlands in Istanbul getrennt voneinander entsprechende Vereinbarungen in Gegenwart von UNO-Generalsekretär António Guterres und des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan). Die Vereinbarung sieht vor, dass der Schiffsverkehr aus Odessa und den benachbarten Schwarzmeerhäfen von Juschne und Tschornomorsk wieder aufgenommen wird.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 150. Tag (23.7.2022)

Einen Tag nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Ausfuhr von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer wird der Hafen der ukrainischen Stadt Odessa von russischen Raketen getroffen.

Krankheiten/Affenpocken (Mpox)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärt den Affenpocken-Ausbruch in mehr als 60 Ländern zu einer „Notlage von internationaler Tragweite“. Die WHO hat bisher mehr als 16 000 bestätigte Fälle registriert (**23.7.2022**).
Anmerkung: Ende November 2022 beschliesst die WHO die Umbenennung der Affenpocken in Mpox.

Vatikan/Kanada

Papst Franziskus bittet Kanadas Indigene um Vergebung. Bei einem Besuch in Kanada bedauert das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche ausdrücklich das Leid und Unrecht, das die katholische Kirche indigenen Kindern und ihren Familien jahrzehntelang angetan hat (**25.7.2022**).

In Kanada waren ab den 1880er Jahren rund 150 000 indigene Kinder ihren Familien entrissen und in vom Staat eingerichteten und zumeist von Kirchen betriebenen Einrichtungen untergebracht. In den Schulen erlebten viele von ihnen Gewalt, sexuellen Missbrauch, Hunger und Krankheiten. Experten schätzen, dass 4000 bis 6000 Kinder in den sogenannten Residential Schools starben.

Tunesien

Tunesien erhält eine neue Verfassung. In der Volksabstimmung wird die Verfassungsänderung, die dem Staatspräsidenten mehr Macht verleiht, mit 94 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Die Stimmbeteiligung liegt bei nur knapp 30 Prozent. Die Opposition hatte zum Boykott aufgerufen (**25.7.2022**).

EU/Energie

Die für die Energie zuständigen Minister der Europäischen Union beschliessen einen Gas-Notfallplan. Der Plan sieht vor, dass die Mitgliedsländer auf freiwilliger Basis 15 Prozent Gas einsparen. Im Notfall kann dieses Sparziel für obligatorisch erklärt werden (**26.7.2022**). Der Entscheid fällt unter dem Eindruck der Ankündigung Russlands, die Gaslieferungen durch die wichtigste Pipeline Nord Stream 1 auf 20 Prozent zu verringern.

Russland/USA

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Russland hat vor, nach 2024 aus dem Programm der Internationalen Raumstation (ISS) auszusteigen (**26.7.2022**). An der International Space Station sind neben den USA und Russland auch Kanada, Japan und Mitgliedstaaten der europäischen Raumfahrtagentur ESA beteiligt

USA

China (Volksrepublik China)/China (Republik China/Taiwan

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping warnt US-Präsident Joe Biden: „Wer mit dem Feuer spielt, wird sich irgendwann verbrennen.“ Auslöser der Warnung ist ein geplanter Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taiwan (**28.7.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 156. Tag (29.7.2022)

In der Ostukraine wird ein unter russischer Kontrolle stehendes Gefängnis attackiert. Dabei kommen 50 ukrainische Kriegsgefangene ums Leben. Russland beschuldigt die Ukraine, das Gefängnis mit Raketen beschossen zu haben. Ukrainische Geheimdienste gehen von einer gezielten Sprengung aus.

Ukraine/Russland

Getreide

Ende der Getreideblockade im Schwarzen Meer (vgl. 22.7.2022): Zum ersten Mal seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine verlässt ein Frachtschiff mit 26 000 Tonnen den ukrainischen Hafen von Odessa (**1.8.2022**). Monatelang waren Exporte aus der Ukraine über den Seeweg nicht möglich.

al-Qaida/USA/Afghanistan

Ayman al-Zawahiri, Anführer der Terrororganisation al-Qaida, wird bei einem US-Drohnenangriff in der afghanischen Hauptstadt Kabul getötet (**1.8.2022**). Ayman al-Zawahiri hatte nach dem Tod von Osama bin Laden im Jahr 2011 die Führung von al-Qaida übernommen.

USA

China (Volksrepublik China)/China (Republik China/Taiwan

Trotz massiver Proteste aus Peking stattet Nancy Pelosi, die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Taiwan einen Kurzbesuch ab (**2.8.2022**). Pelosi sichert Taiwan die Solidarität der USA zu.

China droht mit „Bestrafung“ und reagiert mit Militärmanövern in Gewässern rund um Taiwan. Chinesische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge überqueren die sogenannte Mittellinie in der Taiwanstrasse, die inoffizielle Grenze zwischen China und Taiwan.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 163. Tag (5.8.2022)

AKW Saporischschja

Russland und die Ukraine werfen sich gegenseitig den Beschuss des von Russland besetzten ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja vor. Der Reaktoren bleiben unversehrt. Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) fordert Zugang zum grössten europäischen AKW.

USA

Der US-Senat verabschiedet ein Klima- und Sozialpaket (Inflation Reduction Act). Neben Steuerreformen und Vergünstigungen im Gesundheitswesen sind Investitionen in Höhe von 370 Milliarden Dollar für den Klimaschutz vorgesehen (**7.8.2022**). Auch das Repräsentantenhaus stimmt der Vorlage zu (12.8.2022.)

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 166. Tag (8.8.2022)

USA

Die USA kündigen weitere Militärhilfe für die Ukraine in Milliardenhöhe an. Das Rüstungspaket aus den Beständen des Verteidigungsministeriums enthält unter anderem zusätzliche Munition für die Raketenwerfersysteme und 1000 Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin.

USA/Russland

Russland untersagt den USA die im amerikanisch-russischen Rüstungsabkommen New Start vereinbarten Inspektionen der russischen Atomwaffenarsenale (**8.8.2022**).

USA

FBI-Agenten durchsuchen die Florida-Residenz des früheren US-Präsidenten Donald Trump in Mar-a-Lago. Dabei werden auch als „streng geheim“ eingestufte Dokumente beschlagnahmt (**8.8.2022**).

Tschad

Der Chef der in Tschad regierenden Militärjunta, Mahamat Idriss Déby, unterzeichnet in Katar ein Abkommen mit 42 von insgesamt 47 Rebellengruppen. Eine der wichtigsten Rebellengruppen, der Front pour l'alternance et la concorde au Tchad (FACT), steht jedoch abseits (**8.8.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 167. Tag (9.8.2022)

Mehrere Explosionen auf dem russischen Luftwaffenstützpunkt Saki auf der Krim-Halbinsel Krim richten grossen Schaden an. Mehrere Kampfflugzeuge werden zerstört. Vermutet wird ein ukrainischer Angriff.

Kenia

In Kenia wird ein neuer Staatschef gewählt (**9.8.2022**). Der Leiter der Wahlkommission erklärt den bisherigen Vizepräsidenten William Ruto zum Sieger mit einem Stimmenanteil von 50,49 Prozent (15.08.2022). Sein Konkurrent, der ehemalige Premierminister Raila Odinga, anerkennt das Wahlergebnis nicht. Das Oberste Gericht lehnt die Einwände ab und bestätigt den Wahlsieg von Ruto (5.9.2022)

Polen/Deutschland

Katastrophen/Umweltkatastrophen

Massives Fischsterben im polnisch-deutschen Grenzfluss Oder (**9.8.2022**). Hunderte Tonnen verendete Fische werden aus dem Wasser geholt. Als wahrscheinliche Ursache gilt die Goldalge.

Schweiz/Russland/Ukraine

Russland lehnt das Angebot der Schweiz ab, die Interessen der Ukraine in Moskau durch ein Schutzmachtmandat zu vertreten (**11.8.2022**).

Salman Rushdie/USA/Iran

Der britisch-indische Schriftsteller Salman Rushdie wird in den USA bei einer Messerattacke in der Kleinstadt Chautauqua schwer verletzt (**12.8.2022**). Rushdie hatte mit seinem 1988 veröffentlichten Roman „Die satanischen Verse“ in der islamischen Welt für heftige Proteste gesorgt. Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini rief mit einer Fatwa zur Tötung des Autors auf.

Montenegro

In Montenegro wird die Koalitionsregierung von Ministerpräsident Dritan Abazović (Abazovic) durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt (**20.8.2022**). Die Regierung war nur knapp vier Monate im Amt.

Russland

Die russische Publizistin Daria Dagina, Tochter des ultrakonservativen Ideologen Alexander Dugin, kommt bei einem Autobombenanschlag in Moskau ums Leben (**20.8.2022**). Die russischen Behörden beschuldigen die Ukraine. Zum Anschlag bekennt sich die Untergrundorganisation „Nationale Republikanische Armee“.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 180. Tag (22.8.2022)

Die Ukraine hat im Krieg gegen Russland nach Aussagen von Armeechef Walerij Saluschnyi bisher fast 9000 Gefallene zu beklagen. Der US-Geheimdienst schätzte im Juli, dass 15 000 russische Kämpfer getötet wurden. Laut UNO-Angaben kamen bisher über 5500 Zivilisten ums Leben.

Schweiz/

Umwelt/Klima

Gletscher

Das Volumen der Schweizer Gletscher hat sich zwischen 1931 und 2016 halbiert. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der ETH Zürich und der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (**22.8.2022**).

Katastrophen/Dürre

Die aktuelle Dürre in Europa ist nach Einschätzung von Experten vermutlich die schlimmste seit einem halben Jahrtausend. (**22.8.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 182. Tag (24.8.2022)

USA

- Sechs Monate nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bekräftigt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Kampfeswillen der Nation und das Ziel, alle besetzten Gebiete zurückzuholen. Dazu gehöre auch die Krim-Halbinsel. „Wir werden kämpfen bis zum Schluss.“
- Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu versichert, die Militäroperation laufe nach Plan. Man werde alle Ziele erreichen-
- US-Präsident Joe Biden kündigt weitere Militärhilfe für die Ukraine im Umfang von 3 Milliarden Dollar an.

Schweiz

Mit freiwilligen Schritten soll in der Schweiz der Energieverbrauch wie in der Europäischen Union – um 15 Prozent gesenkt werden (**24.8.2022**). Als ersten Schritt lanciert die Landesregierung die Kampagne „Energie ist knapp. Verschenden wir sie nicht.“

Angola

Das Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) bleibt stärkste Partei im Parlament, muss jedoch Verluste hinnehmen. Sie gewinnt 124 (minus 26) der 220 Mandate. João Lourenço bleibt damit Staatspräsident. Die oppositionelle União Nacional da Independência Total de Angola (Unita) von Adalberto Costa Júnior (*Junior*) gewinnt 90 Sitze (plus 39).

Thailand

Das thailändische Verfassungsgericht suspendiert Ministerpräsident Prayut Chan-o-cha, der sich 2014 an die Macht putschte (**24.8.2022**). Einen Monat später (30.9.2022) beschliesst das Verfassungsgericht, dass der Regierungschef im Amt bleiben kann

Pakistan

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Pakistan wird von verheerenden Monsun-Überschwemmungen heimgesucht. Seit Juni sind über tausend Menschen ums Leben gekommen (**28.8.2022**). Von den Überschwemmungen sind über 30 Millionen Menschen betroffen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 187. Tag (29.8.2022)

Ukrainische Truppen lancieren eine Offensive zur Rückeroberung der vor sechs Monaten von russischen Streitkräften eroberten südlichen Region Cherson.

Russland

Michael Gorbatschow, der letzte sowjetische Staatspräsident, stirbt im Alter von 91 Jahren (**30.8.2022**). Mit Glasnost und Perestroika ging er auf Reformkurs und galt als einer der Väter der deutschen Einheit. 1990 wurde sein Wirken mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt.

China/Uiguren

Kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit als UNO-Menschenrechtskommissarin legt Michelle Bachelet ihren lange erwarteten Bericht zur Lage der Uiguren in der chinesischen Region Xinjiang vor (**31.8.2022**). Im Bericht ist von willkürlichen Festnahmen, Misshandlungen, Folter, sexueller Gewalt und medizinischen Zwangsmassnahmen die Rede. „Das Ausmass der willkürlichen und diskriminierenden Inhaftierung von Angehörigen der Uiguren und anderen überwiegend muslimischen Gruppen (...) könnte internationale Verbrechen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darstellen“, heisst es. China weist die Vorwürfe als Lüge und Einnischung in innere Angelegenheiten zurück.

Seit Jahren steht China in der Kritik wegen des Umgangs mit Uiguren und anderen mehrheitlich muslimischen Volksgruppen in der Region Xinjiang. Mehr als eine Million Menschen waren dort nach Recherchen von Beobachtern zwischenzeitlich in Umerziehungslagern eingesperrt, die meisten von ihnen muslimische Männer.

Inflation/Eurozone

Die Inflation in der Eurozone ist im August 2022 auf 9,1 Prozent gestiegen (**31.8.2022**). Die Inflation war noch nie so hoch seit Gründung der Europäischen Währungsunion.

EU/Russland

Die Europäische Union (EU) setzt das Abkommen über die vereinfachte Visavergabe für russische Touristen aus (**31.8.2022**).

Polen/Deutschland

Polen will von Deutschland Reparationen für die Verluste durch die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs in Höhe von etwa 1,3 Billionen Euro. Dies kündigt Jarosław Kaczyński (Kaczynski), der Vorsitzende der nationalkonservativen Regierungspartei PiS, am 83. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen an (**1.9.2022**).

USA

US-Präsident Joe Biden warnt eindringlich vor einem Niedergang der Demokratie in seinem Land. Sein Vorgänger Donald Trump und dessen Anhänger „repräsentieren einen Extremismus, der die Grundfesten unserer Republik bedroht“ (**1.9.2022**).

Griechenland/Türkei

Erhöhte Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan) droht Griechenland mit militärischem Eingreifen. „Wir können mitten in der Nacht kommen.“ Athen werde einen „hohen Preis“ zahlen, wenn es weiterhin den türkischen Luftraum verletze und türkische Kampffjets über der Ägäis „bedrängt“ (**3.9.2022**).

Deutschland

Die deutsche Bundesregierung will mit 65 Milliarden Euro die Bevölkerung von den steil angestiegenen Energiekosten entlasten (**4.9.2022**).

Chile

Die chilenische Bevölkerung lehnt die zur Abstimmung vorgelegte neue Verfassung überraschend deutlich mit rund 62 Prozent Nein-Stimmen ab (**4.9.2022**). Damit bleibt die aus der Pinochet-Diktatur stammende Verfassung in Kraft. Vor zwei Jahren (25.10.2020) hatten Chileninnen und Chilenen den Weg für die Ausarbeitung eines neuen Grundgesetzes geebnet.

Grossbritannien

Liz Truss wird neue Vorsitzende der britischen Conservative Party. Die bisherige Aussenministerin setzt sich in der parteiinternen Stichwahl um die Nachfolge von Boris Johnson mit 57,4 Prozent der Stimmen gegen den ehemaligen Finanzminister Rishi Sunak durch (**5.9.2022**).

Grossbritannien

Liz Truss, Vorsitzende der Conservative Party, wird neue britische Premierministerin und tritt damit die Nachfolge von Boris Johnson an (**6.9.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 195. Tag (6.9.2022)

Die ukrainischen Streitkräfte starten eine Gegenoffensive in der Region Charkiw bei Balaklija. Binnen weniger Tage gelingt die Rückeroberung der strategisch wichtigen Städte und Verkehrsknotenpunkte Kupjansk und Isjum. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt, es seien mehr als 6000 Quadratkilometer wieder unter Kontrolle gebracht worden (12.9.2022). In einem Wald bei Isjum werden Gräber von über 400 Menschen entdeckt.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 195. Tag (6.9.2022)

AKW Saporischschja

Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) ist „schwer besorgt“ über die Lage in dem von Russland besetzten ukrainischen Atomkraftwerk Saporischschja und fordert eine Sicherheitszone um das AKW. Die Situation sei „unhaltbar“, heisst es in einem Bericht der IAEA nach einer Inspektion des Geländes (**6.9.2022**).

Grossbritannien

Die britische Bevölkerung trauert um ihre Monarchin: Queen Elizabeth II stirbt im Alter von 96 Jahren (**8.9.2022**). Ihre Regentschaft dauerte 70 Jahre und 214 Tage. Sie war die am längsten regierende Monarchin der britischen Geschichte.

Queen Elizabeth war auch Staatsoberhaupt in 14 Commonwealth-Ländern, darunter Australien, Jamaika, Kanada und Neuseeland.

Nachfolger der Queen ist ihr Sohn Charles – König Charles III.

Grossbritannien

Die neue britische Premierminister Liz Truss will mit einem staatlichen Preisdeckel die Energiepreise auf dem jetzigen Stand für zwei Jahre einfrieren. Das Hilfspaket zur Stabilisierung der Strompreise wird auf 150 Milliarden Pfund geschätzt. Ausserdem sollen die Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee stärker ausgebeutet werden (**8.9.2022**).

EU

Europäische Zentralbank

Angesichts der Rekordinflation beschliesst die Europäische Zentralbank die grösste Zinserhöhung seit Einführung des Euro-Bargelds: Der Leitzins im Euroraum steigt um 0,75 Prozentpunkte auf 1,25 Prozent (**8.9.2022**). Die Inflation im Euro-Raum kletterte im August 2022, getrieben von steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen, auf die Rekordhöhe von 9,1 Prozent.

Korea (Nordkorea)

Die Oberste Volksversammlung Nordkoreas verabschiedet ein Atomwaffengesetz. Der in der Verfassung verankerte Status Nordkoreas als Atommacht sei „unumkehrbar“ und „unumstösslich“, sagte Machthaber Kim Jong Un und schliesst Verhandlungen über Nordkoreas Atomwaffen aus (**8.9.2022**).

Das Gesetz legt fest, dass Atomwaffen im Falle einer Invasion oder zur Verteidigung bei einem Angriff „automatisch“ eingesetzt werden können. Ein atomarer Erstschatz ist beim Verdacht eines bevorstehenden Angriffs erlaubt. Ausserdem erweitert das Gesetz die Befehlshoheit über den Einsatz von Atomwaffen auf militärische Befehlshaber, wenn die zentrale Führung ausgeschaltet ist.

USA/Ukraine/Ostmitteleuropa/Westbalkan/Baltikum

US-Aussenminister Antony Blinken kündigt bei einem Besuch in Kyjiw langfristige Waffenhilfe an die Ukraine und 18 weitere Staaten in Ostmitteleuropa, im Baltikum und im Westbalkan im Umfang von 2,2 Milliarden Dollar an (**8.9.2022**).

Grossbritannien

Charles III. wird offiziell zum neuen britischen König proklamiert. Er verpflichtet sich, dem Erbe seiner Mutter Königin Elizabeth II. zu folgen (**10.9.2022**).

Schweiz

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) schlägt das Gebiet Nördlich Lägern im Zürcher Unterland als Standort für ein schweizerisches Atommüll-Endlager vor (**10.9.2022**).

Schweden

Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten unter Führung von Jimmie Åkesson (*Akesson*) werden bei der Reichstagswahl mit einem Stimmenanteil von 20,5 Prozent zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten, die mit knapp 30 Prozent ihre Position als traditionelle stärkste Kraft verteidigen (**11.9.2022**).

Die vier Parteien des bürgerlichen Rechtsblocks (Schwedendemokraten, Moderate Sammlungspartei, Christdemokraten und Liberale) gewinnen 176, die drei Parteien des linken Blocks (Sozialdemokraten, Linkspartei und Zentrumsparter) 173 Mandate der insgesamt 349 Sitze. Die Sozialdemokraten gewinnen als stärkste Kraft 107 Sitze (plus 7). Es folgen die Schwedendemokraten mit 73 (plus 11), die Moderate Sammlungspartei mit 68 (minus 2), die Linkspartei und die Zentrumsparter mit je 24 (minus 4 bzw. minus 7), die Christdemokraten mit 19 (minus 3), die Grünen mit 18 (plus 2) und die Liberalen mit 16 (minus 4).

Armenien/Aserbaidshan

Im Grenzgebiet zwischen Armenien und Aserbaidshan brechen schwere Kämpfe aus. Dabei kommen auf beiden Seiten Dutzende Soldaten ums Leben (13.9.2022).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französisch-schweizerische Regisseur Jean-Luc Godard stirbt im Alter von 91 Jahren (**13.9.2022**).

Schweden

Die sozialdemokratische schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson erklärt ihren Rücktritt (**15.9.2022**). Ihre Partei war als zwar stärkste Kraft aus den Reichstagswahlen hervorgegangen, doch der Linksblock wurde vom bürgerlichen Rechtsblock überholt (vgl. 11.9.2022).

Ungarn/EU

Harsche Kritik des Europäischen Parlaments an Ungarn. Unter Sachverständigen herrsche zunehmend Einigkeit darüber, „dass Ungarn keine Demokratie mehr ist“, heisst es in einer von der Mehrheit der Abgeordneten gebilligten Entschliessung. Ungarn sei „zu einem hybriden System der Wahlautokratie“ geworden (**15.9.2022**).

Schweiz

Die Schweiz erwirbt 36 US-Kampffjets vom Typ F-35. Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat der Vorlage zu (**15.9.2022**). Die Stop F-35 Volksinitiative wird zurückgezogen

Kasachstan

Die Hauptstadt Kasachstans, Nur-Sultan, heisst wieder Astana. Die Umbenennung erfolgte im Jahr 2019 zu Ehren des Langzeitherrschers Nursultan Nasarbajew (**16.9.2022**).

Iran

Die Nachricht vom Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa Amini nach der Festnahme durch die Sittenpolizei löst landesweit heftige Proteste aus (**17.9.2022**). Bei Zusammenstössen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräfte kommen zahlreiche Menschen ums Leben. Mahsa Amini war wegen unislamischer Kleidung festgenommen worden (13.9.2022) und starb drei Tage später. Nach Angaben ihrer Familie wurde Mahsa Amini nach der Festnahme geprügelt. Die Behörden sprechen von Herzversagen.

EU/Ungarn

Die Kommission der Europäischen Union (EU) sieht in Ungarn Korruption und andere Verstösse gegen den Rechtsstaat. Deswegen will sie dem Land Zahlungen von 7,5 Milliarden Euro streichen (**18.9.2022**).

Grossbritannien

Abschied von Queen Elizabeth II. In der Londoner Westminster Abbey nehmen rund 2000 Trauergäste aus aller Welt am Trauergottesdienst für die verstorbene britische Monarchin teil. Schätzungsweise vier Milliarden Menschen verfolgen weltweit am Fernsehen das Staatsbegräbnis. Hunderttausende Menschen haben in den Tagen zuvor in der Westminster Hall am aufgebahrten Sarg ihre Trauer über den Tod der Königin bekundet. Beigesetzt wird die Queen im engsten Familienkreis in der St George's Chapel im Schloss Windsor (**19.9.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 210. Tag (21.9.2022)

Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet eine Teilmobilmachung der russischen Streitkräfte an. Dieser Schritt sei notwendig, um „unsere Heimat zu schützen und die Sicherheit unseres Volkes und der Menschen in den befreiten Gebieten zu gewährleisten“.

- Nach Angaben von Verteidigungsminister Sergej Schojgu sollen 300 000 Reservisten mobilisiert werden.
- Putin beklagt sich über die „aggressive Politik einiger westlicher Eliten“ deren Ziel es sei, Russland „zu schwächen, zu spalten und letztlich zu zerstören“.

- Kaum verhohlen droht Putin mit dem Einsatz von Atomwaffen. Im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität unseres Landes und zur Verteidigung Russlands und unseres Volkes werden wir von allen uns zur Verfügung stehenden Waffensystemen Gebrauch machen. Dies ist kein Bluff.“
- Putins Teilmobilmachungsentscheid löst in Moskau und anderen Städten Proteste. Hunderte von Manifestanten werden festgenommen. Zehntausende Menschen verlassen ihre Heimat, die meisten ins Nachbarland Kasachstan.

Syrien

Migranten/Flüchtlinge

Bei einem Bootsunglück vor der syrischen Küste kommen über 80 Migranten ums Leben (**21.9.2022**).

Schweiz

Die Schweizerische Nationalbank erhöht den Leitzins um 0,75 Prozentpunkte und beendet damit die fast achtjährige Ära der Negativzinsen (**22.09.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 212. Tag (23.9.2022)

„Volksrepublik Donezk“/„Volksrepublik Luhansk“

In den separatistischen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine sowie in den russischen besetzten Gebieten von Cherson und Saporischschja finden Volksabstimmungen über den Anschluss an Russland. Die Abstimmungen werden international scharf verurteilt und als „Scheinreferenden“ bezeichnet. Nach russischen Angaben liegt der Ja-Stimmenanteil in Donezk bei 99,2, in Luhansk bei 98,4, in Saporischschja bei 93,1 und in Cherson bei 87 Prozent.

Grossbritannien

Der britische Finanzminister Kwasi Kwarteng kündigt umfangreiche Massnahmen zur Abfederung der hohen Energiepreise sowie Steuersenkungen an (**23.9.2022**). Vorgesehen ist ein Energiepreisdeckel für zwei Jahre. Die Aussicht auf eine enorm wachsende Staatsverschuldung löst Beunruhigung aus. Am Devisenmarkt rutscht das Pfund gegenüber dem Dollar auf den niedrigsten Stand seit 37 Jahren ab.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen mit einem knappen Ja-Stimmenanteil von 50,6 Prozent die Rentenreform (AHV 21) gut. Das Rentenalter für Frauen wird in vier Schritten von 64 auf 65 Jahre erhöht. Die AHV-Zusatzfinanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wird mit 55,1 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Erstmals seit dem Inkrafttreten der 10. AHV-Revision im Jahr 1997 gelingt eine Reform der Altersvorsorge. Abgelehnt werden die Verrechnungssteuerreform mit 52 und die Volksinitiative „keine Massentierhaltung in der Schweiz“ mit 62,9 Prozent Nein-Stimmen (**25.9.2022**).

Italien

Historischer Rechtsruck bei den Parlamentswahlen in Italien (**25.9.2022**).

- Erstmals seit der Gründung der Republik im Jahr 1946 wird eine Rechtsaussenpartei, die sich selbst postfaschistisch nennt, – Fratelli d’Italia – stärkste Kraft in beiden Kammern des Parlaments. Die Partei von Giorgia Meloni erreicht einen Stimmenanteil von 26 Prozent, ein Plus von rund 21 Prozentpunkten. Ihr Bündnis – Centro-Destra – gewinnt im Abgeordnetenhaus mit einem Stimmenanteil von 43,79 Prozent 237 der 400 Sitze.
- Das Mitte-links-Bündnis (Centro-Sinistra) unter Führung des Partito democratico kommt auf einen Stimmenanteil von 26,12 Prozent und gewinnt 85 Abgeordnetenmandate.
- Zu den Verlierern gehören das Movimento 5 Stelle mit einem Stimmenanteil von 15,43 Prozent (minus 17,25 Prozentpunkte), die Lega von Matteo Salvini mit 8,57 (minus 9,23 Prozentpunkte) und Forza Italia von Expremier Silvio Berlusconi mit 8,11 Prozent (minus 5,86 Prozentpunkte).
- Im Abgeordnetenhaus mit insgesamt 400 Mandaten sind die Fratelli d’Italia stärkste Kraft mit 119 Sitzen. Es folgen der Partito democratico (69), die Lega (66), das Movimento 5 Stelle (52), Forza Italia (45), Azione Italia Viva Calenda (21), Alleanza Verdi e Sinistra (12) und andere Parteien (16).
- Im Senat mit 200 Mandaten liegen ebenfalls die Fratelli d’Italia an der Spitze mit 65 Mandaten. Es folgen der Partito democratico (40), die Lega (30), das Movimento 5 Stelle (28), Forza Italia (18), Azione Italia Viva Calenda (9), Alleanza Verdi e Sinistra (4) und andere Parteien (6).

Nord-Stream-Pipelines

Sabotage: An den Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 werden nach Explosionen vier Lecks entdeckt, jeweils zwei in den Wirtschaftszonen Dänemarks und Schwedens (**26.9.2022**). Bei Untersuchungen werden Sprengstoffreste gefunden.

Über die Urheber herrscht Ungewissheit. Möglicherweise stecken Ukrainer hinter dem Anschlag.

Weltraum/Weltraumforschung

Der US-Weltraumbehörde Nasa gelingt es, durch einen mit Absicht herbeigeführten Zusammenprall mit einer Sonde die Bewegungsrichtung eines Asteroiden erfolgreich zu verändern (**26.9.2022**).

USA

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan „Ian“ richtet im US-Staat Florida Schäden in Milliardenhöhe an (**28.9.2022**).

Deutschland/Energiekrise

Die deutsche Regierung will mit einem über Kredite finanzierten 200-Milliarden-Euro-Paket die hohen Energiekosten für die Verbraucher sowie Unternehmen senken. Zu dem geplanten „grossen Abwehrschirm“ gehört eine Gaspreisbremse (29.9.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 219. Tag (30.9.2022)

„Volksrepublik Donezk“/„Volksrepublik Luhansk“

Nato/ USA/G-7/EU

Der russische Präsident Wladimir Putin besiegelt die Annexion von vier besetzten Gebiete in der Ukraine und erklärt Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja zu russischem Gebiet (30.9.2022). Bei einem Festakt im Kreml erklärt Putin: „Wir werden unser Land mit allen Mitteln verteidigen“. Die Menschen der neuen russischen Gebiete seien von nun „unsere Staatsbürger“ – für immer“. In seiner Rede erhebt Putin schwere Vorwürfe gegen den Westen, vor allem gegen die USA. Die Annexion wird von der G-7-Gruppe führender Industriestaaten, von der Europäischen Union und von der Nato als illegal bezeichnet. Die USA kündigen neue Sanktionen gegen Russland an. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dringt auf einen beschleunigten Beitritt zur Nato.

EU/Energiekrise

Die-Staaten der Europäischen Union (EU) einigen sich angesichts hoher Energiepreise auf Notmassnahmen, um Strom zu sparen und Entlastungen zu finanzieren. Energieunternehmen sollen künftig einen Teil ihrer Krisengewinne an den Staat abgeben müssen, Damit sollen Konsumenten entlastet werden (30.9.2022).

Inflation/Eurozone

Die Inflation in der Eurozone ist im September 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 10 Prozent gestiegen (30.9.2022). Getrieben wird die Teuerung vor allem durch den starken Anstieg der Energiepreise, die sich zum Vorjahresmonat um 40,8 Prozent erhöhten.

Schweiz

Bundesrat Ueli Maurer von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) kündigt seinen Rücktritt an (30.9.2022). Ueli Maurer leitete sieben Jahre das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport und sieben Jahre das Finanzdepartement.

Burkina Faso

In Burkina Faso kommt es acht Monate nach dem letzten Staatsstreich der Armee erneut zu einem militärischen Putsch. Der bisherige Machthaber Paul-Henri Sandaogo Damiba wird von seinen Ämtern entbunden. Neuer Anführer der Militärregierung ist Ibrahim Traoré (30.9.2022).

Iran

„Blutiger Freitag“ in der iranischen Stadt Zehedan. Bei Protesten gegen das Regime vor einer Moschee kommen laut Amnesty International über 60 Menschen ums Leben (30.9.2022).

Lettland

Umwälzungen bei der Parlamentswahl in Lettland (1.10.2022): Die liberalkonservative Partei Neue Einigkeit (Jaunā Vienotība) von Ministerpräsident Arturs Krišjānis Kariņš (*Karins*) wird mit einem Stimmenanteil von 19 Prozent (plus 12,3 Prozentpunkte) stärkste Kraft und gewinnt 26 der 100 Mandate. Es folgt das Bündnis der Bauern und Grünen mit 16 vor dem neu gebildeten Bündnis Vereinigte Liste mit 15 Mandaten. Grosse Verliererin ist die Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Saskaņa). Die Partei der russischstämmigen Minderheit bleibt unter der Fünf-Prozent-Hürde und verliert ihre Mandate. Bei den vorangegangenen Wahlen von 2011, 2014 und 2018 war sie die stärkste Partei im Parlament.

Indonesien

Katastrophen/Massenpanik

Bei einer Massenpanik in einem Fussballstadion in der indonesischen Provinz Ostjava kommen über 130 Menschen ums Leben. Ausgelöst wurde die Panik durch Tränengaseinsatz der Sicherheitskräfte gegen Fans, die nach der Niederlage ihrer Mannschaft auf das Fussballfeld strömten. (1.10.2022).

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

Die Schweizer Diplomatin Mirjana Spoljaric Egger wird Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Sie ist die erste Frau an der Spitze des IKRK (1.10.2022).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien- und Herzegowina und der Republika Srpska (2.10.2022).

● Überraschend fällt der bosniakische Sitz im Staatspräsidium des Gesamtstaates an Denis Bećirović (*Becirovic*) von der multiethnischen Sozialdemokratischen Partei (SDP) und nicht an Bakir Izetbegović (*Izetbegovic*) von der nationalistischen Partei der Demokratischen Aktion (SDA). Bakir Izebegović war von 2010 bis 2018 Präsidiumsmitglied und bemühte sich um eine erneute Wahl. Kroatishches Präsidiumsmitglied bleibt Željko Komšić

(*Komsic*) von der multiethnischen Mitte-links-Partei Demokratischen Front (DF). Neues serbisches Präsidiumsmitglied wird Željka Cvijanović (*Cvijanovic*) vom Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD).

- Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 8 Sitzen. Der (serbische) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) erhält 6 Mandate. An dritter und vierter Stellen folgen die Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) mit 5 und die multiethnische Sozialdemokratische Partei (SDP) mit 4 Sitzen.

- Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt.

In der Republika Srpska kehrt Milorad Dodik vom Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) ins Präsidentenamt zurück. Dodik war zwischen 2010 und 2018 Präsident der Republika Srpska.

Bulgarien

Zum vierten Mal in eineinhalb Jahren finden in Bulgarien Parlamentswahlen statt (**2.10.2022**). Das Bündnis der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow und der Union Demokratischer Kräfte (SDS) wird mit einem Stimmenanteil von 25 Prozent und 67 Sitzen (plus 8) stärkste Kraft vor der zuletzt regierenden liberalen Reformpartei „Wir setzen den Wandel fort“ von Expremier Kiril Petkow mit 53 Mandaten (minus 14). Es folgen die liberale Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS mit 36 (plus 2), die rechtsradikale prorussische Partei Wiedergeburt mit 27 (plus 14), die Sozialistische Partei (BSP) mit 25 (minus 1), das Wahlbündnis Demokratisches Bulgarien mit 20 (plus 4) sowie die neue Allianz Bulgarischer Aufstieg mit 12 Mandaten. Die Protestpartei des Showmasters Slawi Trifonow „Es gibt so ein Volk“ (ITN), scheitert an der Vier-Prozent-Hürde.

Brasilien

Aus der ersten Runde der Präsidentenwahl in Brasilien geht Expräsident Luiz Inácio Lula da Silva vom Partido dos Trabalhadores mit einem Stimmenanteil von 48,43 Prozent als Sieger hervor. Der um seine Wiederwahl kämpfende Präsident Jair Bolsonaro vom konservativen Partido Liberal erhält 43,20 Prozent und damit mehr als prognostiziert (**2.10.2022**).

Im neu gewählten Abgeordnetenhaus ist Bolsonaros Partido Liberal mit 99 Sitzen (plus 66) stärkste Kraft vor der Federação Brasil de Esperança (Allianz aus Partido dos Trabalhadores, Kommunisten und Grünen) mit 81 Mandaten (plus 11). Drittstärkste Kraft ist die neu gegründete liberal-konservative União Brasil mit 59 Sitzen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 221. Tag (2.10.2022)

Ukrainischen Truppen gelingt die Rückeroberung der strategisch wichtigsten Stadt Liman in der Ostukraine.

Erdöl/Erdölreis

Opec+

Ungeachtet hoher Energiepreise beschliesst die Opec+-Gruppe erdölexportierenden Staaten eine Senkung der täglichen Fördermenge um 2 Millionen Barrel pro Tag (**5.10.2022**). Opec+ ist eine Kooperationsplattform zwischen den 13 Mitgliedern der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) und zehn weiteren Partnerländern, allen voran Russland.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 225. Tag (6.10.2022)

USA/Russland

Nach Ansicht von US-Präsident Joe Biden steht die Welt wegen Putins Ukraine-Kriegs so nahe an einem Atomkrieg wie seit 60 Jahren nicht mehr.

Literaturnobelpreis

Frankreich

Die französische Schriftstellerin Annie Ernaux wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**6.10.2022**).

EU

Europäische Politische Gemeinschaft (EPG)

In Prag findet das Gründungstreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft statt. Vertreten sind die 27 Staaten der Europäischen Union (EU) und 14 weitere Staaten, darunter Grossbritannien, die Schweiz und die Türkei (**6.10.2022**).

EU/Russland

Die Europäische Union (EU) verabschiedet ein neues, achtes Sanktionspaket gegen Russland. Das Massnahmenpaket sieht neue Einfuhrverbote im Wert von 7 Milliarden Euro sowie eine Erweiterung der Sanktionslisten vor und schafft die rechtliche Voraussetzung für die Einführung eines Ölpreisdeckels (**6.10.2022**).

Thailand.

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc

Bei einem Amoklauf in einer Kindertagesstätte im Nordosten Thailands kommen 38 Menschen ums Leben (**6.10.2022**).

Friedensnobelpreis

Russland/Belarus/Ukraine

Vorkämpfer für die Menschenrechte in Belarus, Russland und der Ukraine erhalten den Friedensnobelpreis. Preisträger sind der in Belarus inhaftierte Anwalt Ales Beljaski, Gründer der Menschenrechtsorganisation Wjasna, die russische Organisation Memorial und das ukrainische Center für Civil Liberties (7.10.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 227. Tag (8.10.2022)

Die Krim-Brücke, die das russische Festland und die von Russland annektierte Halbinsel Krim verbindet, wird durch eine Explosion beschädigt. Ein Lastwagen explodiert und mehrere Waggons eines Güterzuges fangen Feuer. Der russische Präsident Wladimir Putin spricht von einem Terrorakt des ukrainischen Geheimdienstes.

Österreich

Der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen wird mit einem Stimmenanteil von rund 56 Prozent im Amt bestätigt (9.10.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 229. Tag (10.10.2022)

Iran

Russische Raketen- und Drohnenangriffe auf mehrere ukrainische Städte, auch auf die Hauptstadt Kyjiw. Die Angriffe – zwei Tage nach der Explosion auf der Krimbrücke – richten sich gegen zivile Einrichtungen und Kraftwerke. 14 Zivilisten kommen dabei ums Leben.

Zum Einsatz gelangen auch Kampfdrohnen iranischer Bauart vom Typ Shahed-130. Iran streitet die Lieferung von Kampfdrohnen an Russland ab.

Russland/Belarus

Der belarusische Präsident Alexander Lukaschenko kündigt die Bildung einer gemeinsamen regionalen Militäreinheit der Streitkräfte seines Landes mit der russischen Armee an. Grund für diesen Schritt seien die wachsenden Spannungen an der Grenze zur Ukraine (10.10.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg 231. Tag (12.10.2022)

UNO

Die UNO-Vollversammlung verurteilt die völkerrechtswidrigen Annexionen von ukrainischen Gebieten durch Russland. 143 Staaten stimmen für die Resolution, 35 enthalten sich und nur fünf stimmen dagegen.

Irak

Das irakische Parlament wählt den kurdischen Politiker Abdul Latik Rashid zum neuen Staatsoberhaupt (13.10.2022).

Nato

European Sky Shield Initiative (ESSI)

Mehrere europäische Nato-Staaten vereinbaren ein gemeinsames Luftabwehrsystem: European Sky Shield Initiative/ESSI (13.10.2022).

Grossbritannien

Die wegen ihrer Wirtschaftspläne unter Druck geratene britische Premierministerin Liz Truss trennt sich von ihrem Finanzminister Kwasi Kwarteng (14.10.2022). Neuer Schatzkanzler wird der frühere Aussenminister Jeremy Hunt. Er zieht den Grossteil der angekündigten Steuererleichterungen zurück. Der Energiepreisdeckel wird auf vorerst sechs Monate begrenzt.

Türkei

Katastrophen/Bergbau- Bergwerkkatastrophen

In der Türkei kommen bei einer Bergwerkkatastrophe über 40 Menschen ums Leben (14.10.2022).

Malta

In Malta werden fünf Jahre nach dem tödlichen Bombenattentat auf die Journalistin Daphne Caruana Galizia zwei Brüder wegen Mordes schuldig gesprochen und zu Haftstrafen von je 40 Jahren verurteilt (14.10.2022).

Schweiz

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) wird von der neu gegründeten Organisation Pro Schweiz abgelöst (15.10.2022).

China

Zum Auftakt des 20. Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei hebt Staats- und Parteichef Xi Jinping die Bedeutung des Marxismus für Chinas Entwicklung hervor, fordert die Bevölkerung auf, konsequent die Parteilinie zu folgen und warnt gleichzeitig vor schwierigen Zeiten. Xi Jinping schliesst eine gewaltsame Vereinigung mit Taiwan nicht aus (16.10.2022).

Der Parteitag festigt in der abschliessenden Sitzung die Ideologie und Führungsrolle von Xi Jinping in der Parteiverfassung. (22.10.2022).

Schweden

Nach acht Jahren erhält Schweden wieder eine bürgerliche Regierung. Neuer Ministerpräsident wird Ulf Kristersson von der Moderaten Sammlungspartei. Seinem Regierungsbündnis gehören auch die Christdemokraten und Liberalen an. Die Minderheitsregierung erhält die Unterstützung der rechtspopulistischen Schwedendemokraten (17.10.2022).

Deutschland

Weil sich die Koalitionspartner Grüne und FDP nicht einigen konnten, macht Deutschlands Bundeskanzler Kanzler Scholz von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch und ordnet an, alle drei noch laufenden Atomkraftwerke bis 15. April 2023 am Netz zu lassen (17.10.2022). Gemäss dem 2011 vereinbarten Atomausstieg sollen alle drei am 31. Dezember 2022 vom Netz gehen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 236. Tag (17.10.2022)

Die russische Armee intensiviert die Drohnen- und Raketenangriffe auf Kraftwerke und Stromnetze in der Ukraine. Nach Aussagen von Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj sind inzwischen 30 Prozent der Elektrizitätswerke zerstört worden. Die Regierung spricht von einer „kritischen Lage“.

EU/Ukraine

Die EU-Aussenminister beschliessen eine Ausbildungsmission für die Streitkräfte der Ukraine: EU Military Assistance Mission – Eumam Ukraine (17.10.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg (238. Tag (19.10.2022)

Der russische Präsident Wladimir Putin verhängt das Kriegsrecht über die vier von Russland annektierten ukrainischen Gebiete, Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja. Für weite Gebiete, die an die Ukraine grenzen, wird erhöhte Bereitschaft angeordnet.

Grossbritannien

Nach nur sechs Wochen im Amt kündigt die britische Premierministerin Liz Truss (Conserative Party) ihren Rücktritt an (20.10.2022). Sie war wegen ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Kurses in den eigenen Reihen unter massiven Druck geraten.

Italien

Mit Giorgia Meloni erhält Italien erstmals eine Ministerpräsidentin (22.10.2022). Ihre Partei Fratelli d'Italia, die sich selbst postfaschistisch nennt, war als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen (vgl. 25.9.2022). Der Koalitionsregierung unter Führung von Giorgia Meloni gehören die konservative Forza Italia von Silvio Berlusconi und die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvini an.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 241. Tag (22.10.2022)

Wegen der angespannten Lage an der Front fordern die prorussischen Behörden von Cherson alle Zivilisten auf, die Stadt «sofort» zu verlassen.

Australien/Japan

Australien und Japan schliessen einen Sicherheitspakt (22.10.2022).

China

Das neue Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas bestätigt den 69-jährigen Xi Jinping für eine dritte fünfjährige Amtszeit als KP-Generalsekretär: trotz Altersgrenze von 68 Jahren. Er folgt auch nicht dem Beispiel seiner beiden Vorgänger Jiang Zemin und Hu Jintao, die nach zwei Amtszeiten zurücktraten (23.10.2022). Xi Jinping bleibt auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission.

Im Ständigen Ausschuss des Politbüros, dem höchsten sieben Mitglieder zählenden Führungsorgan der Kommunistischen Partei, sind nur engste Vertraute von Xi Jinping vertreten. Zu ihnen gehört Li Qiang, Parteichef von Shanghai. Vier Mitglieder sind neu. Ministerpräsident Li Keqiang gehört nicht mehr dazu.

Sudan

Bei Unruhen in der sudanesischen Provinz Blue Nile, ausgelöst durch Landansprüche verschiedener Volksgruppen, kommen über 200 Menschen ums Leben (23.10.2022).

Myanmar

Im Norden von Myanmar attackiert die Luftwaffe eine Veranstaltung der Kachin Independence Organisation. Dabei kommen nach lokalen Medienberichten etwa 60 Menschen ums Leben (23.10.2022).

Grossbritannien

Der ehemalige Schatzkanzler Rishi Sunak wird neuer Parteiführer der britischen Conservative Party (**24.10.2022**) und damit auch neuer Premierminister (25.10.2022). Die 42-jährige indischstämmige Hindu tritt die Nachfolge von Liz Truss an, die nach 45 Tagen im Amt ihren Rücktritt erklärte. Innert drei Monaten erlebt Grossbritannien damit den dritten Wechsel an der Spitze der Regierung.

Schweiz/Banken

Die krisengeplagte Bank Credit Suisse (CS) kündigt einen radikalen Umbau an. Bis 2025 sollen 9000 Stellen abgebaut werden. Vorgesehen ist eine Kapitalerhöhung um 4 Milliarden Franken. Die Saudi National Bank wird zu einem der grössten Aktionäre (**27.10.2022**).

Israel/Libanon

Israel und Libanon unterzeichnen einen unter Vermittlung der USA ausgehandelten Vertrag über ihre Seegrenze im Mittelmeer. Dabei geht es auch um die Erschliessung von Gasfeldern in Mittelmeer (**27.10.2022**).

Irak

Nach monatelangem Tauziehen um eine neue Regierung wählt das irakische Parlament Mohammed Shia al-Sudani von der schiitischen Allianz Coordination Framework zum neuen Ministerpräsidenten (**27.10.2022**).

USA/Twitter

Nach monatelangem Hin und Her erwirbt der US-Milliardär Elon Musk für 44 Milliarden Dollar den Kurznachrichtendienst Twitter (**28.10.2022**).

Somalia

Bei zwei Sprengstoffanschlägen in der somalischen Hauptstadt Mogadiscio kommen mindestens 100 Menschen ums Leben (**29.10.2022**).

Korea (Südkorea)

Katastrophen/Massenpanik

Massenpanik bei einer Halloween-Party in einem Ausgehviertel der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Über 150 Menschen kommen ums Leben (**29.10.2022**).

Brasilien

In Brasilien geht Luiz Inácio Lula da Silva vom Partido dos Trabalhadores mit einem Stimmenanteil von 50,9 Prozent knapp als Sieger aus der Stichwahl hervor (**30.10.2022**). Der erneut kandidierende rechtspopulistische Amtsinhaber Jair Bolsonaro erhält 49,1 Prozent. Bolsonaro gibt kein klares Eingeständnis seiner Niederlage ab. Er will aber die Verfassung respektieren. Eine Wahlbeschwerde wird drei Wochen nach den Wahlen abgewiesen. Lula da Silva war bereits zwei Amtszeiten lang – von 2003 bis 2010 – Staatspräsident.

Indien

Katastrophen/Brückeneinsturz

Beim Einsturz einer renovierten Fussgängerbrücke in Morbi im indischen Unionsstaat Gujarat kommen über 140 Menschen ums Leben (**30.10.2022**).

Inflation/Eurozone

Die Inflation in der Eurozone erreicht im Oktober 2022 einen neuen Höchstwert. Erstmals seit der Einführung des Euro klettert die Inflation im Euroraum über die Marke von zehn Prozent geklettert. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Verbraucherpreise um 10,7 Prozent (**31.10.2022**).

Israel

Zum fünften Mal innerhalb von dreieinhalb Jahren wird in Israel ein neues Parlament gewählt. Es findet ein markanter Rechtsruck statt (**1.11.2022**). Der frühere Ministerpräsident Benjamin Netanyahu steht vor einer Rückkehr an die Macht.

Das von Netanyahu angeführte rechte Lager (Likud, Religiöser Zionismus, Shas und Vereinigtes Thora-Judentum) gewinnt 64 der 120 Sitze und damit die Mehrheit. Stärkste Kraft ist die konservative Likud-Partei von Netanyahu mit 32 Mandaten (plus 2). Es folgt die liberale Zukunftspartei (Yesh Atid) des bisherigen Regierungschefs Yair Lapid mit 24 Sitzen (plus 7). Das rechtsradikale Bündnis Religiöser Zionismus, angeführt von Bezalet Smotrich und Hamar Ben-Gvir, wird drittstärkste Kraft mit 14 Sitzen (plus 8). Debakel für die Linksparteien: Zum ersten Mal verpasst Meretz den Einzug ins Parlament. Die Arbeitspartei muss sich mit 4 Mandaten (minus 3) begnügen.

Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Dänemark (**1.11.2022**) erringt der „rote Block“ mit 90 Mandaten knapp die Mehrheit vor dem „blauen Block“ mit 73 und den Moderaten mit 16 Mandaten. Stärkste Kraft mit 50 Sitzen (plus 2) sind die Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. Es folgt die liberale Venstre mit 23 (minus 2). Auf dem dritten Platz mit 16 Mandaten liegen die Moderaten. Die Partei der Moderaten war erst vor wenigen Monaten vom früheren Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen gegründet worden. Die Sozialistische Volkspartei gewinnt 15 Sitze. Neu vertreten ist auch die konservative Partei Dänemarkdemokraten mit 14 Sitzen. Zu den Gewinnern

gehört die Liberale Allianz mit 14 Mandaten (plus 10). Die rechtspopulistische Volkspartei verliert 11 Sitze und entsendet noch 5 Abgeordnete.

Äthiopien/Tigray-Konflikt

Nach fast zwei Jahren Krieg vereinbaren die äthiopische Regierung und die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) einen sofortigen Waffenstillstand (**2.11.2022**). Nach Schätzungen sind dem Konflikt bis zu 600 000 Menschen zum Opfer gefallen, mehrheitlich Zivilisten.

Deutschland/Schweiz/Ukraine

Absage der Schweiz: Deutschland darf Munition aus der Schweiz nicht an die Ukraine liefern. Es geht um Munition schweizerischen Ursprungs für den Flugabwehrpanzer Gepard. Verwiesen wird auf die Neutralität der Schweiz und auf die Nichtwiederausfuhr-Erklärung, die Deutschland unterzeichnet hat (**3.11.2022**).

Iran

In Iran sind bei den landesweiten Protesten gegen das Regime nach Einschätzungen von Menschenrechtlern bisher mindestens 314 Menschen getötet worden. Mehr als 14 000 Menschen seien festgenommen worden (**5.11.2022**). Auslöser der Proteste war der Tod der 22-jährigen Mahsa Amini nach Festnahme durch die Sittenpolizei (vgl. 17.9.2022).

Frankreich

Jordan Bardella löst Marine Le Pen an der Spitze des extrem rechten Rassemblement national (RN) ab. Erstmals wird die Partei (ehemals Front national) nicht mehr von einem Mitglied der Familie Le Pen geführt (**5.11.2022**).

USA

Midtermwahlen in den USA (**8.11.2022**). Die Demokraten verlieren ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus. Der Senat bleibt hingegen in der Hand der Demokraten.

Der von den Republikanern erhoffte Erdrutschsieg, eine „rote Welle“, bleibt jedoch aus. Der Vorsprung der Republikaner im Repräsentantenhaus ist knapp. Sie erobern 229 (plus 9) der 435 Mandate. Die Demokraten gewinnen 213 Mandate (minus 9).

Im Senat, der zu einem Drittel erneuert wird, gewinnen die Demokraten einen Sitz hinzu und haben neu 51 Mandate.

In Florida feiert der Republikaner Ron DeSantis bei der Gouverneurswahl einen klaren Sieg, zum Ärger von Ex-Präsident Donald Trump, da DeSantis innerparteilich als sein größter Rivale um eine Präsidentschaftskandidatur in zwei Jahren gilt..

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 259. Tag (9.11.2022)

Russland gibt die südukrainische Stadt Cherson auf. Verteidigungsminister Sergei Schoigu ordnet den Abzug sämtlicher Truppen in der Region Cherson vom Westufer des Dnipro an.

EU/Ukraine

Die Europäische Union (EU) schlägt ein Milliarden-Unterstützungspaket für die Ukraine vor: Es hat einen Umfang von bis zu 18 Milliarden Euro für das Jahr 2023, durchschnittlich sollen es 1,5 Milliarden Euro im Monat sein (**9.11.2022**).

Frankreich/Sahel

Frankreich beendet offiziell die 2014 in mehreren Sahel-Staaten gestartete Anti-Jihad Operation Barkhane (**9.11.2022**).

Deutschland

Der Deutsche Bundestag beschließt die Einführung des Bürgergeldes. Das Bürgergeld soll ab Anfang 2023 die im Jahr 2005 eingeführte Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) schrittweise ablösen (**10.11.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 261. Tag (11.11.2022)

Nach achtmonatiger russischer Besetzung ist Cherson wieder unter ukrainischer Kontrolle. Nach dem russischen Abzug aus Cherson rücken ukrainische Truppen in die Regionalhauptstadt ein. Die russischen Symbole werden beseitigt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj spricht von einem „historischen Tag“. Die russischen Truppen haben nach seinen Angaben vor ihrem Rückzug die gesamte Infrastruktur in der Stadt zerstört

Slowenien

In Slowenien gewinnt die parteilose Rechtsanwältin Nataša Pirc Musar die Stichwahl um das Präsidentenamt (**13.11.2022**). Die erste Staatschefin Sloweniens erhält 53,9 Prozent der Stimmen. Ihr Kontrahent, Ex-Aussenminister Anže Logar, hatte die erste Runde gewonnen.

Türkei

Ein Sprengstoffanschlag in Istanbul fordert sechs Tote und über 80 Verletzte. Die türkische Regierung bezeichnet den syrischen Ableger der kurdischen Untergrundorganisation PKK als Urheber (**13.11.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 264. Tag (14.11.2022)

UNO

- Die UNO-Vollversammlung verlangt in einer Resolution, dass Russland „für alle Verletzungen“ des Völkerrechts und der UN-Charta in der Ukraine „zur Rechenschaft gezogen“ wird und „die rechtlichen Folgen aller seiner völkerrechtswidrigen Handlungen trägt, einschliesslich der Wiedergutmachung materieller und menschlicher Schäden“. Die Resolution wird mit 94 Ja-Stimmen, 73 Enthaltungen und 14 Nein-Stimmen angenommen.
- Laut Angaben der ukrainischen Regierung sind über 10 000 Kinder aus der Ukraine nach Russland verschleppt worden.

G-20

USA/China

US-Präsident Joe Biden und Chinas Staatschef Xi Jinping treffen sich zu Beginn des G-20-Gipfels (Gruppe der führenden Industriestaaten und Schwellenländer) in Bali zu einem mehrstündigen Gespräch. Biden sagt nach dem Treffen, beide Länder befänden sich nicht im Konflikt, sondern im Wettbewerb. Dieser müsse so gestaltet werden, dass es keine „Missverständnisse“ gebe, die unter Umständen zu einer unbeabsichtigten Konfrontation führen könnten. Xi sagt, die beiden Staaten sollten „die bilateralen Beziehungen wieder auf den Weg einer gesunden und stabilen Entwicklung bringen“ (14.11.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 265. Tag (15.11.2022)

Polen

Raketentrümmer schlagen in ein polnisches Dorf an der Grenze zur Ukraine ein. Dabei kommen zwei Menschen ums Leben. Alles deutet darauf hin, dass es sich um einen Unfall mit einer fehlgeschlagenen ukrainischen Abfangrakete und nicht um einen russischen Beschuss handelt.

USA

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump will zurück ins Weisse Haus und bei den Präsidentschaftswahlen 2024 kandidieren (15.11.2022).

Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung überschreitet die Acht -Milliarden-Grenze (15.11.2022).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg– 266. Tag (16.11.2022)

G-20

Die Mehrheit der Teilnehmer des 20-G-Gipfels (Gruppe der führenden Industriestaaten und Schwellenländer) auf Bali verurteilt den russischen Angriffskrieg und bezeichnet die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen als unzulässig.

MH17-Flugzeugabschuss

Ukraine/Russland/Malaysia/Niederlande

Acht Jahre nach dem Abschuss einer Boeing 777 der Malaysia Airlines mit 298 Insassen über der Ostukraine befindet ein Gericht in Amsterdam drei Männer, unter ihnen zwei ehemalige russische Geheimdienstoffiziere, in Abwesenheit des Mordes für schuldig und verurteilt sie zu lebenslanger Haft. Die Boeing – Flug MH17 – befand sich auf dem Flug von Amsterdam nach Kuala Lumpur. An Bord befanden sich 193 Passagiere aus den Niederlanden. Es gebe genug Beweise, so die Richter, dass das Flugzeug mit einer russischen Luftabwehrrakete vom Typ Buk über der Ostukraine abgeschossen wurde (17.11.2022).

Myanmar

Die Militärjunta in Myanmar begnadigt über 5700 Inhaftierte, unter ihnen über 700 politische Häftlinge. Amnestiert werden auch eine ehemalige britische Botschafterin, ein japanischer Filmemacher und ein australischer Wissenschaftler (17.11.2022).

Grossbritannien

Der britische Schatzkanzler Jeremy Hunt kündigt bei der Vorstellung des Budgets höhere Steuern und Kürzungen der öffentlichen Ausgaben an (17.11.2022).

EU

Die Europäische Union (EU) beschliesst die Schaffung eines neuen Satellitensystems (Iris2). Es soll für ein unabhängiges und sicheres Internet sorgen (17.11.2022).

USA

Ein unabhängiger Sonderermittler soll die laufenden Untersuchungen der US-Justiz zum früheren Präsidenten Donald Trump übernehmen. Mit der Aufgabe wird der Jurist Jack Smith beauftragt (18.11.2022).

Malaysia

Bei der Parlamentswahl in Malaysia erreicht kein Parteienbündnis die absolute Mehrheit. Stärkstes Bündnis ist Pakatan Harapan (Pakt der Hoffnung) mit 82 der 222 Sitze. An zweiter Stelle folgt Perikatan Nasional (Nationale Allianz) mit 73 Mandaten. Das Bündnis Barisan Nasional (Nationale Front) des bisherigen Premierministers Ismail Sabri Yaakob muss sich mit 30 Sitzen begnügen. Davon gehen 26 Mandate an die langjährige Regierungspartei Umno. Stärkste Einzelpartei ist die zu Perikatan Nasional gehörende konservativ-islamische Pan Malaysian Islamic Party mit 41 Sitzen. Der 97-jährige ehemalige Premierminister Mahathir Mohamad schafft die Wiederwahl nicht (19.11.2022).

Der langjährige Oppositionsführer und ehemalige politische Häftling Anwar Ibrahim vom Bündnis Pakatan Harapan wird neuer Premierminister.

Umwelt/Klima

Die Weltklimakonferenz (COP27) in Sharm el-Sheikh (Ägypten) beschliesst einen Fonds für klimabedingte Schäden in ärmeren Ländern. Unerfüllt bleibt die Forderung von Umweltschützern und vieler Staaten nach einer Abkehr von fossilen Brennstoffen (20.11.2022).

Türkei/Irak/Syrien/Kurden

Eine Woche nach dem Bombenanschlag in Istanbul (vgl. 13.11.2022) attackiert die türkische Luftwaffe kurdische Stellungen in Syrien und im Irak (20.11.2022). Im Visier sind Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Nordirak und der Volksverteidigungseinheiten (YPG) im Nordosten Syriens. Die Türkei betrachtet die YPG als Ableger der PKK

Äquatorial-Guinea

In Äquatorialguinea lässt sich der seit 43 Jahren herrschende Präsident Teodoro Obiang wiedewählen – nach offiziellen Angaben mit rund 99 Prozent der Stimmen (20.11.2022).

Nepal

Der Nepali Congress von Premierminister Sher Bahadur Deuba geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Nepal hervor (20.11.2022). Er gewinnt 89 (plus 26) der 275 Mandate. Auf dem zweiten Platz liegt die Communist Party of Nepal - Unified Marxist-Leninist mit 78 (minus 43) Mandaten. Drittstärkste Kraft mit 32 Mandaten (minus 21) ist die Communist Party of Nepal-Maoist Centre (CPN-MC).

Italien

Die italienische Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni beschliesst, das 2018 eingeführte Bürgergeld (reddito di cittadinanza) schrittweise abzuschaffen (21.11.2022).

Grossbritannien/Schottland

Das Oberste Gericht Grossbritanniens lehnt eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands ohne Zustimmung der britischen Regierung ab (23.11.2022).

China

Covid 19/Corona-Krise

China erlebt einen drastischen Anstieg der Corona-Neuinfektionen (23.11.2022). Innerhalb eines Tages werden über 30 000 neue Fälle registriert, so viele wie noch nie seit Pandemiebeginn. Millionen Menschen befinden sich im Lockdown. China verfolgt eine strikte Null-Covid-Politik.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Dichter und Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger stirbt im Alter von 93 Jahren (24.11.2022).

China

Covid 19/Corona-Krise

Steigender Unmut über die Zero-Covid-Strategie der chinesischen Regierung: In Shanghai, Peking und anderen Städten finden Protestkundgebungen statt (26.11.2022). Auslöser ist ein Wohnungsbrand in Urumqi mit zehn Toten. Rettungsaktionen sollen durch strikte Corona-Massnahmen behindert worden sein. Massive Polizeipräsenz verhindert eine Ausweitung der Proteste.

Österreich

In Österreich legt nach gescheiterten Tarifverhandlungen ein landesweiter Streik den öffentlichen Verkehr lahm (28.11.2022).

ChatGPT

Das US-Software-Unternehmen OpenAI lanciert einen auf künstliche Intelligenz beruhenden Chatbot (Dialogsystem): ChatGPT (30.11.2022).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die österreichische Schauspielerin Christiane Hörbiger stirbt im Alter von 84 Jahren (30.11.2022).

Russland/EU/G7

Die Europäische Gemeinschaft (EU) einigt sich auf einen Preisdeckel für russisches Öl: höchstens 60 US-Dollar pro Barrel. Die G-7-Gruppe führender demokratischer Industriestaaten schliesst sich dem Vorhaben an (**3.12.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 285. Tag (5.12.2022)

Die russischen Luftwaffenstützpunkte Engels und Djugilewo werden von ukrainischen Drohnen attackiert. Engels liegt rund 600 Kilometer, Djugilewo 500 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt.

Sudan

Sudans Militärmachthaber und Vertreter des zivilen Bündnisses Forces of Freedom and Change – Central Council (FCC-CC) unterzeichnen ein Rahmenabkommen über die Rückkehr zu einer zivilen Regierung (**5.12.2022**).

Argentinien

Die argentinische Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner (*Fernandez de Kirchner*) wird wegen Korruption zu sechs Jahren Haft verurteilt (**6.12.2022**). Von 2007 bis 2015 war sie Staatschefin. Ihre Immunität schützt Fernández de Kirchner vorerst vor dem Gefängnis.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: den Berner Nationalrat Albert Rösti von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) als Nachfolger von Ueli Maurer und die jurassische sozialdemokratische Ständerätin Elisabeth Baume-Schneider als Nachfolgerin von Simonetta Sommaruga. Damit ist erstmals der Kanton Jura in der Landesregierung vertreten (**7.12.2022**). Elisabeth Baume-Schneider war als Aussenseiterin ins Rennen gestiegen. Als Favoritin galt die Basler Ständerätin Eva Herzog. Mit drei Romands und einem Tessiner hat der Bundesrat eine lateinische Mehrheit.

Deutschland

In Deutschland werden bei einer Grossrazzia 25 Personen aus der sogenannten Reichsbürgerszene festgenommen. Sie sollen einen Staatsstreich geplant haben (**7.12.2022**).

Guatemala

Der ehemalige guatemaltekeische Staatschef Otto Pérez Molina wird wegen Korruption zu 16 Jahren Haft verurteilt (**7.12.2022**).

China

Covid 19/Corona-Krise

Nach fast drei Wochen mit Lockdowns, Zwangsqwarantäne und Massentests hebt China seine harte Null-Covid-Politik auf (**7.12.2022**).

In den ersten drei Dezemberwochen haben sich nach Schätzungen etwa 248 Millionen Menschen mit dem Coronavirus infiziert – jeder fünfte Bewohner des Landes. In den ersten vier Wochen nach Aufhebung der Beschränkungen sterben nach offiziellen Angaben fast 60 000 Menschen im Zusammenhang mit einer Covid-Erkrankung.

Peru

Gescheiterter autogolpe (Selbstputsch) in Peru (**7.12.2022**). Staatspräsident Pedro Castillo verkündet die Auflösung des Parlaments, um einen Misstrauensantrag gegen ihn zu verhindern. Das Parlament setzt den Präsidenten ab und lässt ihn verhaften. Vizepräsidentin Dina Boluarte übernahm sein Amt.

Nach heftigen Protesten gegen die Absetzung des Präsidenten wird über das ganze Land der Ausnahmezustand verhängt.

Kroatien/ EU/Schengen-Raum

Rumänien/Bulgarien/Österreich

Kroatien tritt ab 2023 dem Schengen-Raum der Europäischen Union (EU) bei (**8.12.2022**). Österreich blockiert die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum.

EU/Europäisches Parlament

Griechenland/Katar/Italien

Eine Bestechungsaffäre –auch Katar-Gate genannt – erschüttert das Europäische Parlament: Vier Personen werden wegen Korruption, Geldwäsche und versuchter Einflussnahme eines Golfstaates in Untersuchungshaft genommen, unter ihnen die griechische stellvertretende Parlamentsvorsitzende Eva Kaili (**9.12.2022**). Zu den zentralen Figuren des Skandals gehört auch der frühere italienische EU-Abgeordnete Pier Antonio Penzeri. Katar soll mit umfangreichen Geld- und Sachgeschenken versucht haben, auf politische Entscheidungen im Europäischen Parlament Einfluss zu nehmen.

EU/Ungarn

Die Mehrheit der Mitglieder der Europäischen Union (EU) will für Ungarn bestimmte 6,3 Milliarden Euro aus dem Gemeinschaftsbudget wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit einfrieren. Die Auszahlung von 5,8 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds wird an Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit geknüpft (**12.12.2022**).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidshan/Armenien

Aserbaidshan blockiert den Latschin-Korridor, die einzige Verbindung zwischen Armenien und Berg-Karabach (13.12.2022).

Ukraine

Eine in Paris tagende internationale Konferenz will die Ukraine mit rund 1 Milliarden Dollar über den Winter helfen. Dabei geht es vor allem um die Wiederherstellung der durch russische Angriffe schwer beschädigten Energie- und Wasserversorgung (13.12.2022).

Dänemark

Dänemark erhält eine blockübergreifende Regierung. Die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen bildet eine Koalition mit der liberalen Partei Venstre und den Moderaten des früheren Regierungschefs Lars Løkke Rasmussen. Es ist das erste Mal seit drei Jahrzehnten, dass Parteien links und rechts der Mitte eine Regierung bilden (13.12.2022).

Grossbritannien

Grossbritannien wird von einer Streikwelle erfasst, der grössten seit den achziger Jahren. Der Unmut richtete sich gegen die Arbeits- und Lohnbedingungen (13.12.2022).

Frankreich

Im Prozess zum Anschlag in Nizza im Juli 2016 mit 86 Toten werden zwei Helfer des Täters, der von der Polizei erschossen wurde, zu je 18 Jahren Haft verurteilt (13.12.2022).

Türkei

Der Bürgermeister von Istanbul, Ekrem Imamoğlu (*Imamaglu*) von der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), wird wegen Beamtenbeleidigung zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm droht ein Politikverbot (13.12.2022).

Kernforschung

Erstmals gewinnen Forscher in Kalifornien per Kernfusion überschüssige Energie (13.12.2022).

Kosovo/EU

Kosovo stellt den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union (14.12.2022).

Slowakei

Die slowakische Minderheitsregierung von Ministerpräsident Eduard Heger wird durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt (15.12.2022). Heger führt die Amtsgeschäfte mit eingeschränkter Kompetenz bis Mitte Mai 2023 weiter.

Japan

Japan stockt die Verteidigungsausgaben massiv auf. Über die nächsten fünf Jahre will Japan 43 Billionen Yen (rund 297 Milliarden Euro) für die Verteidigung ausgeben. Das Sicherheitsumfeld Japans sei so ernst und komplex wie noch nie seit dem zweiten Weltkrieg, heisst es in der von Regierung beschlossenen revidierten Nationalen Sicherheitsstrategie (16.12.2022).

Kosovo

Das Kosovo-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verteilt Salih Mustafa, ehemaliger Kommandant der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK, zu 26 Jahren Haft (16.12.2022).

Tunesien

Die Parlamentswahl in Tunesien wird von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung boykottiert. Die Wahlbeteiligung liegt bei 8,8 Prozent (17.12.2022).

Irland

Leo Varadkar von der Partei Fine Gael wird zum zweiten Mal irischer Regierungschef (17.12.2022). Die erste Amtszeit dauerte von 2017 bis 2020.

USA

Ein Sonderausschuss des US-Kongresses empfiehlt wegen der Erstürmung des Capitols in Washington am 6. Januar 2021 Anklage gegen den früheren US-Präsidenten Donald Trump zu erheben (19.12.2022).

Im Abschlussbericht (22.12.2022) wird Trump eine „mehrstufige Verschwörung“ vorgeworfen. Er habe bewusst Unwahrheiten verbreitet, nichts getan, um den Sturm aufs Capitol zu verhindern und versucht, seinen Stellvertreter Mike Pence zum Wahlbetrug anzustiften.

Umwelt/Artenschutz

Bis 2030 sollen mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresflächen unter Schutz gestellt werden. Darauf einigen sich die Teilnehmer der in Montreal tagenden UNO-Artenschutzkonferenz – Convention on Biological Diversity (CBD) (**19.12.2022**).

Niederlande

Im Namen der Niederlande entschuldigt sich Regierungschef Mark Rutte für die Rolle des Landes in der Geschichte der Sklaverei. Die Sklaverei sei ein «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» gewesen (**19.12.2022**).

Afghanistan

Die in Afghanistan herrschenden radikalislamischen Taliban verbieten Frauen den Besuch von Universitäten (**20.12.2022**). Ausserdem wird den Nichtregierungsorganisationen die Beschäftigung von Frauen untersagt (**24.12.2022**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 301. Tag (21.12.2022)

USA

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj weilt auf Einladung von US-Präsident Joe Biden zu einem Kurzbesuch in Washington. Es handelt sich um die erste Auslandsreise des ukrainischen Präsidenten seit Beginn des russischen Angriffskrieges. Vor dem Kongress bedankt sich Selenskyj für die Unterstützung der USA und betont die historische Bedeutung des Verteidigungskampfes für die Demokratie. Präsident Biden sagt der Ukraine die dauerhafte Unterstützung der USA zu. Die USA kündigen ein neues militärisches Hilfspaket im Umfang von 1,85 Milliarden Dollar an. Darunter fällt auch die Lieferung von Patriot Luftabwehrraketen. Insgesamt beläuft sich die Militärhilfe der USA bereits auf rund 22 Milliarden Dollar.

Fidschi

Machtwechsel in Fidschi nach 16 Jahren. Der ehemalige Putschführer und frühere Premierminister Sitiveni Rabuka von der People's Alliance Party löst Frank Bainimarama an der Spitze der Regierung ab (**24.12.2022**). Dessen Partei Fiji First hatte bei der Parlamentswahl die Mehrheit verloren. Die People's Alliance Party sichert sich die Mehrheit mit der Unterstützung der Social Democratic Liberal Party und der National Federation Party.

Serbien/Kosovo

Angesichts wachsender Spannungen im Verhältnis zwischen der Regierung Kosovos und der serbischen Minderheit ordnet der serbische Präsident Aleksandar Vučić (*Vucic*) die höchste Kampfbereitschaft der Armee an (**26.12.2022**).

Nepal

Wechsel an der Spitze der Regierung Nepals: Pushpa Kamal Dahal (genannt Prachanda) von der Communist Party of Nepal-Maoist Centre (CPN-MC) wird nach 2008 und 2016 zum dritten Mal Premierminister (**26.12.2022**). Er bildet eine Koalition mit sieben Parteien, unter ihnen die Communist Party of Nepal- Unified Marxist-Leninist. Der Nepali Congress des bisherigen Premierministers Sher Bahadur Deuba muss in die Opposition. Sie war als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervorgegangen (vgl. 20.11.2022).

Israel

In Israel kehrt Benjamin Netanyahu nach andershalb Jahren in der Opposition an die Macht zurück und wird zum sechsten Mal als Regierungschef vereidigt (**29.12.2022**). Israel erhält die am weitesten rechts stehende Regierung. Neben Netanyahus Likud-Partei gehören die beiden streng religiösen Parteien Shas und Vereinigtes Thora-Judentum sowie die ultrarechten Parteien Mafdal - Religiöser Zionismus von Bezalel Smotrich, Otzma Yehudit (Jüdische Stärke) von Hamar Ben-Gvir sowie Noam an.

Der Siedlungsbau im besetzten Westjordanland soll vorangetrieben werden. In den Leitlinien der Koalitionsvereinbarung heisst es unter anderem „Das jüdische Volk hat ein exklusives und unbestreitbares Recht auf alle Teile des Landes Israel“. Angekündigt wird auch eine „angemessene Balance zwischen Exekutive, Legislative und Judikative“. Kritiker sehen den demokratischen Staat in Gefahr.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Brasilien trauert um die Fussballlegende Pelé (bürgerliche Name: Edson Arantes do Nascimento). Pelé stirbt im Alter von 82 Jahren (**29.12.2022**). Er galt als einer der besten Fussballspieler der Welt.

Venezuela

Nach knapp vier Jahren entziehen drei der vier wichtigsten venezolanischen Oppositionsparteien dem selbst ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó (*Guaido*) die Unterstützung (**30.12.2022**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. stirbt im Alter von 95 Jahren (**31.12.2022**). Er war vom 19. April 2005 bis zu seinem Rücktritt am 11. Februar 2013 Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche.

2023

Kroatien/EU/Euro//Schengen-Raum/

Kroatien gibt seine eigene Währung – Kuna – auf und führt den Euro ein. Ausserdem tritt Kroatien dem Schengen-Raum bei (1.1.2023).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 312. Tag (1.1.2023)

Ein ukrainischer Raketenangriff auf ein russisches Truppenlager in Makijiwka im besetzten Teil der Region Donezk fordert nach russischen Angaben über 89 Tote. Die Ukraine meldet Hunderte Tote und Verletzte.

Schweiz/UNO

Die Schweiz wird für zwei Jahre nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates (1.1.2023).

Grossbritannien

Flüchtlinge/Migranten/Migration

2022 sind mehr als 45 000 Migranten über den Ärmelkanal illegal nach Grossbritannien gelangt, so viele wie noch nie. (1.1.2023).

USA

Machtkampf der Republikaner um den Vorsitz im US-Repräsentantenhaus. Erstmals seit hundert Jahren wird der Speaker nicht im ersten Wahlgang gewählt. Fraktionschef Kevin McCarthy scheitert zunächst am Widerstand des konservativen Flügels der Partei (3.1.2023). Erst im 15. Wahlgang schafft McCarthy die Wahl.

Israel

Die israelische Regierung stelle eine brisante Justizreform vor (4.1.2023). Das Parlament soll das Recht erhalten, mit nur einer Stimme Mehrheit Urteile des Obersten Gerichts zu kippen. Das Vorhaben löst massive Proteste aus. Nach Ansicht der Kritiker gefährdet die geplante Reform die Gewaltenteilung und damit die Demokratie. Samstag für Samstag protestieren zunächst Tausende, dann Zehntausende und schliesslich Hunderttausende Menschen gegen die Regierung.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 317. Tag (6.1.2023)

USA

Die USA sichern der Ukraine weitere 3 Milliarden Dollar an Militärhilfe zu. Darunter fällt die Lieferung von Schützenpanzern vom Typ Bradley.

Brasilien

Aufruhr in Brasilia: Tausende Anhänger des früheren Präsidenten Jair Bolsonaro erstürmen das Regierungsviertel, dringen in das Kongressgebäude, den Obersten Gerichtshof und in den Regierungssitz ein und richten schwere Verwüstungen an (8.1.2023). Erst nach Stunden bringen Sicherheitskräfte die Lage wieder unter Kontrolle.

Italien

In Italien wird der meistgesuchte Mafiaboss verhaftet (16.1.2023). Matteo Messina Denaro, Chef der sizilianischen Cosa Nostra, war drei Jahrzehnte auf der Flucht.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die italienische Schauspielerin Gina Lollobrigida stirbt im Alter von 95 Jahren (16.1.2023).

China

Chinas Bevölkerung ist 2022 erstmals seit sechs Jahrzehnten geschrumpft. Nach Angaben des Statistikamts hatte das bevölkerungsreichste Land der Welt Ende Dezember 2022 1,411 Milliarden Einwohner und damit rund 850.000 weniger als ein Jahr zuvor (17.1.2023).

Vietnam

Der vietnamesische Staatspräsident Nguyen Xuan Phuc muss im Rahmen einer Antikorruptionskampagne sein Amt zur Verfügung stellen (17.1.2023).

Neuseeland

Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern von der Labour Party kündigt überraschend ihren Rücktritt an (19.1.2023). Ihr Nachfolger als Regierungschef und Labour-Vorsitzender wird Chris Hipkins.

Frankreich

In Frankreich nehmen Hunderttausende Menschen an Streiks und Protestkundgebungen gegen die geplante Rentenreform teil. Die Regierung will das Rentenalter schrittweise auf 64 Jahre heraufsetzen (19.1.2023). Die Proteste werden Woche für Woche fortgesetzt-

Israel

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu entlässt als Folge eines Gerichtsurteils seinen Innenminister Aryeh Deri (**22.1.2023**). Das höchste Gericht Israels hatte die Ernennung von Deri wegen dessen krimineller Vergangenheit als „unangemessen“ und für ungültig erklärt. Deri ist Vorsitzender der ultraorthodoxen Shas-Partei.

Kanada

Die kanadische Regierung einigt sich mit 325 indigenen Völkern auf Entschädigungszahlungen in Höhe von 2,8 Milliarden kanadischen Dollar um den „kollektiven Schaden und den Verlust der Sprache, der Kultur und des Erbes zu reparieren“, den Indigene durch die jahrzehntelange Misshandlung in kanadischen Internaten erlitten hätten (**21.1.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 336. Tag (25.1.2023)

Deutschland/USA

Deutschland, die USA, Deutschland und andere westliche Länder wollen die Ukraine mit der Lieferung von Kampfpanzern stärken. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz beschliesst, dass Deutschland zunächst 14 Kampfpanzer vom Typ Leopard-2-A6 entsendet. Zugleich erteilt Deutschland anderen Staaten wie etwa Polen die Genehmigung zur Lieferung eigener Leopard-Panzer an die Ukraine. US-Präsident Joe Biden kündigt an, 31 Abrams-M1-Panzer an die Ukraine zu schicken. Russland wertet die Kampfpanzer-Entscheidung als „direkte Beteiligung“ am Konflikt.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Ein Palästinenser erschiesst von einer Synagoge in Jerusalem sieben Menschen. Der Täter wird von der Polizei getötet (**27.1.2023**). Die radikal-islamische Hamas spricht von Vergeltung für den Tod von neun Palästinensern bei einer israelischen Militäroperation im Flüchtlingslager Jenin im Westjordanland.

Tschechien

Der ehemalige Nato-General Petr Pavel wird neuer tschechischer Staatspräsident. Er gewinnt die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 52,32 Prozent. Sein Konkurrent, der ehemalige Ministerpräsident Andrej Babiš (Babis), erhält 41,68 Prozent der Stimmen (**27.1. und 28.1.2023**).

Österreich

Bei der Landtagswahl in Niederösterreich, dem nach Wien bevölkerungsreichsten Bundesland, erzielt die regierende konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit 39,93 Prozent der Stimmen (minus 9,70 Prozentpunkte) das schlechteste Ergebnis seit 1945. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) wird mit einem Stimmenanteil von 24,19 Prozent (plus 9,42 Prozentpunkte) zweitstärkste Kraft und überholt die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) die mit 20,65 Prozent (minus 3,27 Prozentpunkte) ebenfalls das schlechteste Ergebnis seit 1945 erzielt (**29.1.2023**).

Iran

In Iran sind nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists News Agency seit Beginn der systemkritischen Proteste vor mehr als vier Monaten mindestens 527 Personen getötet worden. Insgesamt seien annähernd 20 000 Personen festgenommen worden (**29.1.2023**).

Liechtenstein

Im Fürstentum Liechtenstein wird die Initiative für ein „Casino-Verbot“ mit einem Nein-Stimmenanteil von 73,3 Prozent abgelehnt (**29.1.2023**).

Pakistan

In der pakistanischen Stadt Peshawar kommen bei einem Anschlag auf eine Moschee über 100 Menschen ums Leben (**30.1.2023**).

USA/China

In der Stratosphäre über dem US-Staat Montana wird ein Ballon gesichtet (**1.2.2023**): Ein chinesische Spionageballon nach Meinung der USA, ein vom Kurs abgekommener chinesischer Forschungsballon für meteorologische Zwecke, so die Erklärung Pekings. Fünf Tage später wird der Ballon von US-Luftwaffe abgeschossen. Die USA werfen China vor, mit Spionageballons mehr als 40 Staaten ins Visier genommen zu haben.

Türkei/Syrien

Katastrophen/Erdbeben

Das türkisch-syrische Grenzgebiet wird von zwei schweren Erdbeben der Stärke 7,8 und 7,5 und zahlreichen Nachbeben heimgesucht (**6.2.2023**). Rund 60 000 Menschen kommen dabei ums Leben – in der Türkei etwa 53 000, in Syrien 6000. Zehntausende Menschen werden verletzt; Hunderttausende obdachlos. In der Türkei sind etwa 20 Millionen und in Syrien rund 8 Millionen Menschen von der Katastrophe betroffen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 348. Tag (6.2.2023)

Laut Angaben der UNO sind fast acht Millionen Menschen vor den Kämpfen aus der Ukraine in Nachbarländer geflohen, Weitere 5,3 Millionen seien Vertriebene im eigenen Land.

Nicaragua/USA

Nicaragua entlässt überraschend 222 politische Häftlinge. Sie werden in die USA abgeschoben (9.2.2023).

EU

Flüchtlinge/Migranten

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) verständigen sich auf eine Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik. Vorgesehen sind ein verstärkter Kampf gegen Menschenhändler, mehr Grenzschutz und schnellere Abschiebungen (10.2.2023).

Moldau

Die Regierungschefin der Republik Moldau, Natalia Gavrilița (*Gavrilita*), tritt zurück (10.2.2023). Neuer Ministerpräsident wird der frühere Innenminister Dorin Recean, ein überzeugter Pro-Europäer.

Nicaragua

Vatikan/römisch-katholische Kirche

Der nicaraguanische katholische Bischof Rolando Álvarez wird wegen Ungehorsams und Untergrabung der nationalen Integrität zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt (10.2.2023). Anfang 2024 wird er zusammen mit anderen regimekritischen Geistlichen nach Rom abgeschoben.

Seit März 2023 herrscht Eiszeit zwischen Nicaragua und dem Vatikan. Die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen.

Zypern

Der frühere Aussenminister Nikos Christodoulidis wird neuer Präsident der Republik Zypern. Er kandidierte als Unabhängiger und erhält 51,9 Prozent der Stimmen (12.2.2023).

Grossbritannien/Schottland

Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon tritt überraschend zurück und legt auch ihr Amt als Vorsitzende der Scottish National Party zurück (15.2.2023). Sie war 2014 zur Regierungschefin (First Minister) gewählt worden und kämpfte vergeblich für die Unabhängigkeit Schottlands. Ihr Nachfolger wird Humza Yousaf.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 362. Tag (20.2.2023)

USA

Überraschungsbesuch von US-Präsident Joe Biden in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw wenige Tage vor dem ersten Jahrestag des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Biden verspricht weitere Waffenhilfe in Höhe von einer halben Milliarde Dollar. Dazu gehören Munition, Panzerabwehrraketen und Radarsysteme zur Luftüberwachung.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 363. Tag (21.2.2023)

USA

Der russische Präsident Wladimir Putin behauptet in einer Rede zur Lage der Nation, der Westen sei schuld am Ukraine-Krieg. Ziel des Westens sei es, Russland „ein für alle Mal zu erledigen“. Am gleichen Tag versichert US-Präsident Joe Biden in einer Rede in Warschau, die Unterstützung des Westens für die Ukraine werde nicht wanken. Gleichzeitig warnt er Putin vor einem Angriff auf die Nato.

Russland/USA

Abrüstung/Rüstungskontrolle/Start-Abkommen

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt in einer Rede zur Lage der Nation die Aussetzung des 2010 mit den USA vereinbarten New-Start-Rüstungskontrollabkommens an (21.2.2023).

Russland/Belarus

Russland plant angeblich eine schleichende Integration seines Nachbarlandes Belarus bis 2030. Dies berichten westliche Medien und stützen sich auf ein Dokument aus der Moskauer Präsidialverwaltung (21.02.2023).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 365. Tag (23.2.2023)

UNO

Die UNO-Vollversammlung fordert mit grosser Mehrheit Russland zum sofortigen Ende der Angriffe in der Ukraine und zum Rückzug auf. 141 Mitgliedstaaten stimmen für die Resolution.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg– 366. Tag (24.2.2023)

Bilanz des ersten Kriegsjahres:

- Nach westlichen Schätzungen sind etwa 180 000 russische und 100 000 ukrainische Soldaten getötet oder verwundet worden.
- Nach westlichen Quellen kamen bisher zwischen 30 000 und 50 000 Zivilisten ums Leben.
- Mehr als acht Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind ins Ausland geflüchtet, die meisten von ihnen nach Polen. Weitere 5 Millionen sind Vertriebene im eigenen Land.
- In der Schweiz haben über 75 000 Ukrainerinnen und Ukrainer den Schutzstatus S erhalten.

Nigeria

In Nigeria geht Bola Tinubu vom regierenden All Progressives Congress (APC) als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (25.2.2023). Nach Angaben der Wahlkommission erhält Tinubu 36,6 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei nur 24 Prozent. Die Oppositionsparteien sprechen von Wahlbetrug.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Westjordanland

Nach der Tötung zweier israelischer Siedler im Westjordanland kommt es zu schweren Ausschreitungen israelischer Siedler gegen Palästinenser. In Huwara werden zahlreiche Häuser, Läden und Autos in Brand gesetzt (26.2.2023).

Flüchtlinge/Migranten

Italien

Vor der Küste Kalabriens kentert ein Flüchtlingsboot. Dabei kommen über 60 Menschen ums Leben (26.2.2023).

Grossbritannien/EU

Der britische Premierminister Rishi Sunak und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einigen sich auf eine Anpassung der Brexit-Regeln für Nordirland (27.2.2023).

Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron bietet den früheren Kolonien Frankreichs in Afrika eine „gleichberechtigte Kooperation“ an und kündigt eine deutliche Reduktion der Militärpräsenz seines Landes an. Arroganz und postkoloniales Denken sollten engen Beziehungen im schulischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich weichen (27.2.2023).

Griechenland

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Eisenbahnkatastrophe in Griechenland: Ein Intercity und ein Güterzug kollidieren in der Nähe von Larisa. Dabei kommen 57 Menschen ums Leben. Die Katastrophe ist auf menschliches Versagen zurückzuführen. Beklagt wird auch der marode Zustand der griechischen Eisenbahn (28.2.2023).

Vietnam

In Vietnamernennt die Nationalversammlung Vo Van Thuong wird zum neuen Staatspräsidenten (2.3.2023).

Iran

In Iran häufen sich Berichte über Giftgasanschläge auf Mädchenschulen. Landesweit seien bereits mehr als 1000 Schülerinnen betroffen (2.3.2023).

Belarus

In Belarus wird der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Ales Bjajazki zu zehn Jahren Haft verteilt (3.3.2023).

Kambodscha

In Kambodscha wird Oppositionsführer Kem Sokha wegen Hochverrats zu 27 Jahren Haft verurteilt (3.3.2023).

Georgien

Nach massiven Protesten zieht die Regierung Georgiens ein geplantes Gesetz zur Einstufung bestimmter Medien und Nichtregierungsorganisationen als „ausländischer Agent“ zurück (9.3.2023).

Nepal

Ram Chandra Paudel vom Nepali Congress wird neuer Staatspräsident von Nepal (9.3.2023). Er ist der dritte Staatsef Nepals seit der Abschaffung der Monarchie im Jahr 2008.

Deutschland

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In Hamburg tötet ein Amokläufer in Gemeinderäumen der Zeugen Jehovas sieben Menschen und sich selbst (9.3.2023).

China

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping wird vom Nationalen Volkskongress für weitere fünf Jahren in seinem Amt bestätigt (**10.3.2023**). Es handelt sich um die dritte Amtszeit als Staatsoberhaupt.

USA

Banken

Die hauptsächlich auf die Finanzierung von Startup-Unternehmen spezialisierte Silicon Valley Bank ist pleite (**10.3.2022**). Die US-Aufsichtsbehörden ordnen die Schliessung der Bank an. Es ist der grösste Bankenkollaps seit der Finanzkrise von 2008. Die Pleite sorgt für Schockwellen an den Finanzmärkten. Ende Monat übernimmt die First Citizens Bank die insolvente Bank.

Iran/Saudi Arabien/China

Nach sieben Jahren Unterbruch wollen Iran und Saudi Arabien wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen. Vermittelt wird die Einigung durch China (**10.3.2023**).

China

China hat einen neuen Ministerpräsidenten. Der Nationale Volkskongress wählt Li Qiang zum neuen Regierungschef (**11.3.2023**). Der ist Nachfolger von Li Keqiang, der nach zwei fünfjährigen Amtszeiten zurücktritt.

Schweiz

Banken

Kursabsturz der Schweizer Grossbank Credit Suisse. Die CS-Aktie verliert rund einen Viertel ihres Werts und fällt erstmals unter die Marke von zwei Franken, dies nachdem der Präsident der Saudi National Bank eine weitere Kapitalspritze ablehnt.

(**15.3.2023**). Die Bank kämpft seit langem gegen hauseigene Probleme. Das Vertrauen in die Bank ist angeschlagen. Die Schweizer Nationalbank interveniert und erklärt, dass sie bei Bedarf Liquidität zur Verfügung stellt. Die Credit Suisse lehnt sich bis zu 50 Milliarden Franken von der Nationalbank aus.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron setzt seine umstrittene Rentenreform ohne Abstimmung in der Nationalversammlung per Dekret durch: mit Rückgriff auf den Verfassungsartikel 49.3. durch (**16.3.2023**). Einen Monat später stimmt der Verfassungsrat der Rentenreform zu (14.4.2023).

Die Reform sieht eine Erhöhung des Renteneintrittsalters von 62 auf 62 Jahre vor. Seit Januar finden Massenkundgebungen und Streiks aus Protest gegen das Vorhaben statt.

Polen/Ukraine

Polen liefert der Ukraine Kampfflugzeuge des Typs MiG-23 (**16.3.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 387. Tag (17.3.2023)

Internationaler Strafgerichtshof

Der Internationale Strafgerichtshof erlässt Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Kinderrechtsbeauftragte Maria Lwowa-Bełowa. Das Gericht wirft ihnen vor, verantwortlich für Kriegsverbrechen in der Ukraine zu sein – speziell für die Deportation ukrainischer Kinder aus besetzten Gebieten.

Deutschland

Der Deutsche Bundestag beschliesst eine umstrittene Wahlrechtsreform. Damit soll das auf 736 Abgeordnete angewachsene Parlament ab der nächsten Wahl dauerhaft auf 630 Mandate verkleinert werden (**17.3.2023**).

Schweiz

Banken

Beben auf dem Bankenplatz Schweiz: Die grösste Schweizer Bank – UBS – übernimmt die durch Vertrauensverlust schwer angeschlagene zweitgrösste Bank – Credit Suisse – zum Preis von drei Milliarden Franken (**19.3.2023**). Die Landesregierung greift zu Notrecht: Der Bund übernimmt eine Garantie zur Verlustabsicherung für die UBS im Umfang von 9 Milliarden Franken. Die Nationalbank gewährt Liquiditätshilfen im Umfang von 200 Milliarden Franken: 100 Milliarden Franken Liquiditätshilfe, abgesichert mit staatlicher Garantie des Bundes, und ein Liquiditätshilfe-Darlehen von bis zu 100 Milliarden Franken ohne staatliche Garantie.

Frankreich

Die französische Nationalversammlung lehnt zwei Misstrauensanträge gegen die Regierung ab. Auslöser der Anträge war die umstrittene Rentenreform, die nun in Kraft treten kann (**20.3.2023**).

Russland/China

Russland und China rücken enger zusammen. Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping weilt zu einem Staatsbesuch in Moskau. Er und sein Gastgeber, der russische Präsident Wladimir Putin, vereinbaren eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft. China erhält zusätzliche russische Gaslieferungen mit Preisabschlüssen (**21.3.2023**).

Umwelt/Klima

Wasserknappheit

Laut dem Weltwasserbericht der UNO sind zehn Prozent der Weltbevölkerung einer „hohen bis kritischen Gefahr“ von Wasserknappheit ausgesetzt ().

Frankreich

In Frankreich protestieren mehr als eine Million Menschen gegen die Rentenreform. In zahlreichen Städten kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Ordnungskräften. Nach Angaben des französischen Innenministeriums werden über 400 Polizisten verletzt (**23.3.2023**).

Israel

In Israel kann der Premierminister künftig nur mit einer parlamentarischen Dreiviertelmehrheit abgesetzt werden und dies nur in einigen Fällen – Korruption gehört nicht dazu. Dies beschliesst das Parlament im Rahmen der umstrittenen Justizreform (**23.03.2023**).

Russland/Belarus

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt die Stationierung taktischer Atomwaffen in Belarus an (**25.3.2023**).

Israel

Nach massiven Protesten gegen die geplante Justizreform beschliesst der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, das Vorhaben vorläufig zu stoppen (**27.3.2023**). „Wir werden nicht aufgeben. Aber wir werden versuchen, einen Kompromiss zu finden“, erklärt Netanyahu.

Deutschland

Ein Warnstreik legt in Deutschland den öffentlichen Verkehr weitgehend lahm. Die Streikenden fordern mehr Lohn (**27.3.2023**).

Mali

In Moura, einem bisher von Jihadisten kontrollierten Dorf im Mali, verüben Regierungssoldaten und Angehörige der russischen Söldnertruppe Wagner ein Massaker. Dabei kommen nach UNO-Angaben über 500 Menschen ums Leben (**27.3.2023**).

EU/Autos

Ab 2035 sollen in der Europäischen Union (EU) nur noch klimaneutrale, emissionsfreie Autos zugelassen werden. Es gibt aber Ausnahmen für E-Fuels (**28.03.2023**).

Künstliche Intelligenz (KI)

Der US-amerikanische Technologie-Milliardär Elon Musk und zahlreiche Experten fordern eine Pause bei der Entwicklung von besonders fortgeschrittener künstlicher Intelligenz (KI). «KI-Systeme mit einer Intelligenz, die Menschen Konkurrenz macht, können grosse Risiken für Gesellschaft und Menschheit bergen“, heisst es in einem offenen Brief (**28.3.2023**).

USA

Eine New Yorker Grand Jury erhebt Anklage gegen den früheren US-Präsidenten Donald Trump. Damit kommt es erstmals in der Geschichte der USA zu einem Strafverfahren gegen einen ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten (**30.3.2023**).

Die Staatsanwaltschaft legt Trump Fälschung von Geschäftsunterlagen in 34 Fällen zur Last. Trump bekennt sich unschuldig. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien falsch, politisch motiviert und „eine Beleidigung für unser Land“ (4.4.2023).

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin verkündet eine neue aussenpolitische Doktrin (**31.3.2023**). Als ein Schwerpunkt wird die „Beseitigung der Dominanz der USA und anderer unfreundlicher Länder“ genannt. Der russische Aussenminister Sergei Lawrow spricht von einer „existenzieller Bedrohung der Sicherheit Russlands durch unfreundliche Staaten“.

Iran

Die iranische Führung droht Frauen, die sich in der Öffentlichkeit ohne Kopftuch zeigen, mit gnadenloser Verfolgung (**1.4.2023**).

Finnland

Die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**2.4.2023**). Sie erhöht ihre Abgeordnetenanzahl um 10 auf 48. Die rechtspopulistische Finnen-Partei gewinnt 7 Mandate hinzu und ist mit 46 Sitzen vertreten. Mit dem dritten Platz und 43 Sitzen (plus 3) müssen sich die Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Sanna Marin begnügen. Die Zentrums-Partei (KESK) verliert 8 Sitze und hat nur noch 23 Mandate. Die Grünen gewinnen 13 und das Linksbündnis 11 Sitze.

Bulgarien

In Bulgarien finden – nach dem Scheitern der Regierungsbildung – zum fünften Mal innerhalb von zwei Jahren Parlamentswahlen statt (**2.4.2023**). Das Bündnis der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow und der Union Demokratischer Kräfte (SDS) wird mit einem Stimmenanteil von 26,5 Prozent und 69 Sitzen (plus 2) wieder stärkste Kraft vor der Wahlallianz „Wir setzen den Wandel fort“ – Demokratisches Bulgarien (PP-DB) von Expremier Kiril Petkow mit 64 Mandaten (minus 9). Drittstärkste Kraft ist die rechtsradikale prorussische Partei Wiedergeburt mit 37 Mandaten (plus 10). Es folgen die von der türkischen Minderheit unterstützte Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit 36 (unverändert) und die Sozialistische Partei (BSP) mit 23 (minus 2) Sitzen. Die Protestpartei „Es gibt so ein Volk“ (ITN), die bei den letzten Wahlen an der Vier-Prozent-Hürde scheiterte, schafft knapp den Wiedereinzug mit 11 Mandaten.

Montenegro

Montenegro erhält einen neuen Staatspräsidenten: Jakov Milatović (*Milatovic*) von der Bewegung „Europa jetzt“ geht mit einem Stimmenanteil von 58,88 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**2.4.2023**). Der bisherige Präsident Milo Djukanović (*Djukanovic*), jahrzehntelang der „starke Mann“ des Landes, muss sich 41,12 Prozent begnügen. Djukanović war ab 1991 mehrere Male Regierungschef (vor und nach der Unabhängigkeit von 2006) und zwei Mal Präsident: 1998 bis 2002 und ab 2018.

Finnland/Nato

Finnland wird 31. Mitglied der Nato (**4.4.2023**).

USA/Ukraine/Pentagon Leaks

Im Internet kursieren geheime Dokumente des US-Verteidigungsministeriums. Die „New York Times“ berichtet als erste Zeitung über das Datenleck (**6.4.2023**). Als besonders brisant sind Informationen über den Kriegsverlauf in der Ukraine. Auch andere Staaten sind betroffen. Die geheimen Dokumente wurden in einer Chatgruppe geteilt. Die Veröffentlichung im Internet stellt nach Angaben des Pentagons ein „sehr hohes“ Sicherheitsrisiko dar. Eine Woche später wird der vermutliche Urheber des Lecks, der 21-jährige IT-Spezialist Jack Teixeira, Angehöriger der Massachusetts Air National Guard, festgenommen (**13.4.2023**). Ihm wird „unbefugte Aufbewahrung und Weitergabe als geheim eingestufteter Informationen der nationalen Verteidigung“ vorgeworfen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Nach Zusammenstößen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften an der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem werden von Südlibanon aus Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert. Israel macht die radikal-islamische Hamas verantwortlich und reagiert mit Gegenangriffen auf Ziele in Südlibanon und im Gazastreifen (**6.4.2023**). Nach zwei Attentaten in Tel Aviv und im Westjordanland mit drei Toten mobilisiert die israelische Regierung alle Reserveeinheiten der Grenzpolizei (**7.4.2023**).

Frankreich/China/USA

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron wirbt nach einem Staatsbesuch in China für eine unabhängigere Rolle Europas gegenüber den USA (**9.4.2023**).

Italien

Flüchtlinge/Migranten

Die italienische Regierung verkündet wegen der steigenden Anzahl Migranten den Notstand (**11.4.2023**). Dieser soll sechs Monate gelten. Das Innenministerium registrierte in diesem Jahr bereits mehr als 31 000 Menschen, die auf Booten Italien erreichten oder im Mittelmeer gerettet und an Land gebracht wurden.

Myanmar

In Myanmar kommen bei einem Luftangriff der Armee auf ein Dorf in der Region Saigang über 170 Menschen ums Leben. In dem Dorf hatten sich Regimegegner versammelt (**11.4.2023**).

Schweiz

Banken

Das notrechtliche Hilfspaket der Schweizer Landesregierung für die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS wird vom Parlament abgelehnt. Der Nationalrat lehnt die 109-Milliarden-Franken-Staatsgarantien mit 103 Nein-gegen 71 Ja-Stimmen ab (**12.4.2023**).

Indien/China

Indien löst mit mehr als 1.4 Milliarden Menschen China als bevölkerungsreichstes Land der Welt ab (**14.4.2023**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Jupiter

Die europäische Raumfahrtsonde „Juice“ startet in Richtung Jupiter. Sie soll acht Jahre unterwegs sein und die Monde des Jupiters analysieren (**14.4.2023**).

Deutschland

Deutschland schaltet seine letzten drei Atomkraftwerke ab (**15.4.2023**).

Sudan

In der sudanesischen Hauptstadt Khartum bricht ein bewaffneter Konflikt zwischen der Armee unter Führung von General Abdel Fattah al-Burhan und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) unter dem Kommando von Mohammed Hamdan Dagalo – genannt Hemedti – aus (**15.4.2023**). Hunderte Menschen kommen ums Leben und Tausende werden verletzt. Unter schwierigen Umständen werden Ausländerinnen und Ausländer evakuiert. Die Kämpfe greifen auch auf andere Gebiete über. Burhan ist Vorsitzender des regierenden Transitional Sovereignty Council (TSC), Dagalo sein Stellvertreter.

Russland

Der russische Oppositionelle Wladimir Kara-Mursa wird zu 25 Jahren Strafkolonie verurteilt. Kara-Mursa wird des Hochverrats und weiterer Vergehen schuldig gesprochen (**17.4.2023**).

EU/Schengen-Raum/Kosovo

Bürgerinnen und Bürger Kosovos dürfen ab 2024 ohne Visum in den Schengen-Raum (Staaten der Europäischen Union sowie vier Nicht-EU-Staaten, darunter die Schweiz) einreisen. Dies beschliesst das Europäische Parlament (**18.4.2023**).

Jemen

Katastrophen/Massenpanik

Tödliches Gedränge in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa bei der Verteilung von Spenden. Über 80 Menschen kommen bei der Massenpanik ums Leben (**19.4.2023**).

Umwelt/Klima

Laut Angaben des EU-Klimawandeldienstes Copernicus erlebte Europa 2022 den wärmsten jemals gemessenen Sommer. In den Alpen ist so viel Gletschereis geschmolzen wie noch nie (**20.4.2023**).

Sekten/Sektendrama

Kenia

Horror in Kenia: Im Shakahola-Wald bei Malindi werden in Massengräbern bestattete Leichen entdeckt (**21.4.2023**). In den folgenden Wochen werden über 400 Leichen geborgen, unter ihnen viele Kinder. Der evangelikale Sektenführer Paul Mackenzie Nthenge hatte seine Anhänger dazu überredet, sich zu Tode zu hungern um „Jesus zu treffen“.

USA

US-Präsident Joe Biden strebt seine Wiederwahl an und kündigt seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit an (**25.4.2023**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Sänger, Entertainer und Bürgerrechtler Harry Belafonte stirbt im Alter von 96 Jahren (**25.4.2023**).

USA/Korea (Südkorea)/Korea (Nordkorea)

Die USA und Südkorea beschliessen in der „Washingtoner Erklärung“ eine erweiterte Abschreckung gegen Nordkorea. Die USA werden atomwaffenfähige U-Boote in die Gewässer um die koreanische Halbinsel schicken. Südkorea verzichtet auf die Entwicklung eigener Atomwaffen (**26.4.2023**).

Afghanistan

UNO

Der-UNO-Sicherheitsrat fordert die in Afghanistan herrschenden Taliban auf, ihre frauenverachtende Politik zu beenden und den Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung, Beschäftigung und gleichberechtigter Teilnahme am öffentlichen Leben rasch wiederherzustellen (**27.4.2023**).

Paraguay

Paraguay erhält einen neuen Staatspräsidenten. Der frühere Finanzminister Santiago Peña (*Peña*) vom regierenden Partido Colorado geht mit einem Stimmenanteil von 42,74 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Efraín Alegre, sein für das Oppositionsbündnis Concertación Nacional kandidierender Konkurrent, geht zum dritten Mal als Verlierer aus der Präsidentenwahl hervor. Im Abgeordnetenhaus verteidigt der konservative Partido Colorado mit 48 von 80 Sitzen die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Kraft ist das Oppositionsbündnis Concertación Nacional mit 23 Mandaten (**30.4.2023**).

Usbekistan

Die Bevölkerung von Usbekistan stimmt einer neuen Verfassung zu (**30.4.2023**).

Schweiz/UNO

Erstmals übernimmt die Schweiz den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat (**1.5.2023**).

Sudan/

Laut Schätzungen der UNO sind im Sudan wegen des Krieges mehr als 330 000 Menschen auf der Flucht. Mehr als 100 000 Flüchtlinge haben in Nachbarländern Zuflucht gesucht (2.5.2023).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 434. Tag (3.5.2023)

Rätsel um zwei Drohnenexplosionen über dem Kreml in Moskau. Die Ukraine habe versucht, die Kreml-Residenz von Präsident Wladimir Putin anzugreifen, heisst es in einer offiziellen russischen Stellungnahme. Die Ukraine weist die Anschuldigung zurück. Nach Einschätzung internationaler Militärexperten waren die Angriffe möglicherweise selbst inszeniert.

Serbien

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Drama in einer Schule in der serbischen Hauptstadt Belgrad: Ein 13-Jähriger erschiess sieben Mitschülerinnen und Mitschüler, eine Lehrerin und einen Wachmann (3.5.2023). Einen Tag später (4.5.2023) erschiess ein Mann in der Nähe der Stadt Mladenovac, südlich von Belgrad, acht Menschen.

Covid 19/Corona-Krise

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die Corona-Pandemie gilt laut einem Beschluss der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht mehr als internationaler Gesundheitsnotstand. Nach WHO-Angaben starben weltweit bislang mindestens 20 Millionen Menschen im Zusammenhang mit einer Sars-CoV-2-Infektion (5.5.2023).

Grossbritannien

In der Londoner Westminster Abbey findet die feierliche Krönung des britischen Monarchen Charles III. und dessen Frau Camilla statt (6.5.2023).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein Amokläufer tötet in einem Einkaufszentrum in einem Vorort von Dallas (Texas) acht Menschen (6.5.2023).

Syrien/Arabische Liga

Syrien wird wieder in die Arabische Liga aufgenommen (7.5.2023). Syrien war 2011 nach Ausbruch des Bürgerkrieges aus der Staatengemeinschaft ausgeschlossen worden.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 440. Tag (9.5.2023)

Der russische Präsident Wladimir Putin behauptet, sein Land sei ein Opfer des Westens. „Gegen unsere Heimat wurde ein echter Krieg entfesselt.“ Die Ukraine sei zur „Geisel“ westlicher Staaten geworden, die Russland zerstören wollten. Putin erhebt die Vorwürfe während der Feierlichkeiten zum Jahrestag des Sieges über Nazideutschland vor 78 Jahren (9.5.2023).

Tunesien

Drama vor der Synagoge auf der tunesischen Insel Jerba: Ein Sicherheitsbeamter erschiess drei Kollegen und zwei jüdische Gläubige, die sich auf Pilgerfahrt befanden (9.5.2023).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Schlagabtausch zwischen der militanten Palästinenserorganisation Islamischer Jihad im Gazastreifen und der israelischen Armee: Der Islamische Jihad reagiert auf die gezielte Tötung mehrerer hochrangiger Mitglieder mit Hunderten Raketenangriffen. Die israelische Armee schlägt zurück. Die Attacken fordern mindestens 30 Tote (11.5.2023).

Schweiz

Die von einem Felssturz bedrohte Gemeinde Brienz im Bündner Albulatal muss evakuiert werden (12.5.2023).

Türkei

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) verpasst bei der Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 49,52 Prozent knapp die absolute Mehrheit. Sein Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu (*Kilicdaroglu*), Kandidat der Republikanischen Volkspartei (CHP) und von fünf kleineren konservativen Parteien, erhält 44,89 Prozent der Stimmen.

Damit kommt es erstmals zu einer Stichwahl um das Präsidentenamt (14.5.2023).

Bei der Parlamentswahl bleibt die herrschende islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) trotz Verlusten mit 268 der 600 Mandate klar stärkste Kraft. Zusammen mit der verbündeten rechtsradikalen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) und der Neuen Wohlfahrtspartei (YRP) kommt das Regierungsbündnis auf 323 Sitze und hat damit die absolute Mehrheit. Zweistärkste Kraft ist die Republikanische Volkspartei (CHP) mit 169 Mandaten. Neu vertreten ist die Grüne Linke Partei (YSP) mit 61 Sitzen. Die prokurdisch-sozialistische Demokratische Partei des Volkes (HDP) tritt wegen eines drohenden Verbots unter dem Dach der YSP an. Die

rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) gewinnt 50 und die konservativ-nationalistische Gute Partei (İyi) 43 Mandate.

Thailand

Die Opposition gewinnt die Parlamentswahlen in Thailand. Die progressive Partei Move Forward unter Führung des 42-jährigen Unternehmers Pita Limjaroenrat gewinnt 151 (plus 70) und die populistische Partei Pheu Thai von Paetongtarn Shinawatra – Tochter von Expremierminister Thaksin Shinawatra – 141 (plus 5) der 500 Sitze im Abgeordnetenhaus. Drittstärkste Kraft ist die populistische Partei Bhumjaithai mit 71 (plus 20). Die bisherige, unter dem Einfluss der Armee stehende Regierungspartei Palang Pracharat muss sich mit 40 Mandaten (minus 76) begnügen. Die Partei von Premierminister Prayut Chaon-o-cha, United Thai Nation, ist mit 36 Mandaten vertreten (**14.5.2023**).

Slowakei

In der Slowakei wird nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Eduard Heger eine Expertenregierung unter dem Vorsitz von L'udovit Ódor (*Odor*) eingesetzt (**15.5.2023**).

KSE-Abkommen/Russland

Russland beschliesst den Austritt aus dem 1990 vereinbarten und 1992 in Kraft getretenen Abkommen über konventionelle Abrüstung in Europa/KSE (**16.5.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 448. Tag (17.5.2023)

Europarat/Grossbritannien/Niederlande

Der Europarat beschliesst an einem Gipfeltreffen in der isländischen Hauptstadt Reykjavík die Schaffung eines Registers über Schäden und Verluste des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Am Rande des Gipfeltreffens schlagen der britische Premierminister Rishi Sunak und der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte eine internationale Koalition für die Lieferung von Kampfjets an die Ukraine vor.

Ecuador

In Ecuador löst Staatspräsident Guillermo Lasso das Parlament auf und entzieht sich damit einer drohenden Amtsenthebung (**17.5.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 450. Tag (19.5.2023)

USA

Die USA stimmen der Ausbildung ukrainischer Piloten an westlichen Kampfjets zu. Die Ausbildung soll an Standorten in Europa stattfinden.

China/Kasachstan/Kirgistan/Usbekistan/Tadschikistan/Turkmenistan

Der chinesische Staatschef Xi Jinping trifft sich in der nordchinesischen Stadt Xian mit den Präsidenten der zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan und vereinbart eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr und Bildung (**19.5.2023**).

Italien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die italienische Region Emilia-Romagna wird nach langer Trockenheit von schweren Unwettern heimgesucht. Die Überschwemmungen richten Schäden in Milliardenhöhe an. Über ein Dutzend Menschen kommen ums Leben. Tausende Menschen müssen evakuiert werden (**19.5.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 451. Tag (20.5.2023)

Der Chef der russischen Söldnertruppe Wagner, Jewgeni Prigoschin, verkündet die Eroberung der seit Monaten zwischen russischen und ukrainischen Streitkräften schwer umkämpften und fast völlig zerstörten ostukrainischen Stadt Bachmut, wo einst rund 70 000 Menschen lebten. Die ukrainischen Streitkräfte halten nach eigenen Angaben weiterhin einige befestigte Stellungen im Westen von Bachmut. Nach Schätzungen der USA sind seit Dezember 2022 bei den Kämpfen um Bachmut auf russischer Seite 20 000 Soldaten und Söldner getötet und weitere 80 000 verwundet worden. Von ukrainischer Seite liegen keine Opferangaben vor.

G-7/

Russland/Ukraine/China

Die Teilnehmer des Gipfeltreffens in Hiroshima der sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – wollen den wirtschaftlichen Druck auf Russland erhöhen, sichern der Ukraine weitere Unterstützung zu und bekräftigen ihre Klimaschutz Ziele. Zu China heisst es in der Schlussklärung, es sei nicht im Interesse des Westens, sich von China wirtschaftlich zu entkoppeln und die Entwicklung des Landes zu bremsen (**21.5.2023**).

Griechenland

Die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Griechenland hervor, verpasst jedoch die absolute Mehrheit (**21.5.2023**). Mit einem Stimmenanteil von 40,7 Prozent gewinnt die Nea Dimokratia von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis 146 Sitze (minus 12). Zweistärkste Kraft ist die Linkspartei Syriza mit 71 Mandaten (minus 15). Die sozialdemokratische Pasok erhält 41 Mandate (plus 19). Den Sprung ins Parlament schaffen auch die Kommunisten (KKE) mit 26 und die rechtspopulistische Elliniki Lisi (Griechische Lösung) mit 16 Sitzen.

Da Ministerpräsident Mitsotakis eine Koalition mit anderen Parteien ablehnt, steht eine Neuwahl des Parlaments bevor.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 453. Tag (22.5.2023)

Aus russischen Staatsbürgern bestehende Freiwilligenkorps, die auf ukrainischer Seite kämpfen, dringen von der Ukraine aus in die russische Grenzregion Belgorod ein und greifen mehrere Dörfer an. Das „Russische Freiwilligenkorps“ und die „Legion Freiheit Russlands“ bekennen sich zu den Angriffen.

Facebook/EU

Der Facebook-Mutterkonzern Meta muss wegen eines Verstosses gegen die Europäische Datenschutzgrundverordnung eine Busse in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zahlen (**22.5.2023**).

USA

Der Republikaner Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, bewirbt sich um die Kandidatur bei der US-Präsidentenwahl 2024 (**24.5.2023**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schweizerische-US-amerikanische Soul-, Rock- und Posängerin Tina Turner stirbt im Alter von 83 Jahren (**24.5.2023**).

Russland/Belarus

Die Verteidigungsminister Russlands und von Belarus unterzeichnen ein Abkommen über die Stationierung taktischer Atomwaffen in Belarus (**25.5.2023**).

Türkei

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) bleibt an der Spitze des Staates (**28.5.2023**). Er geht mit einem Stimmenanteil von 52,1 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Sein Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu (*Kilicdaroglu*), Kandidat der Republikanischen Volkspartei (CHP) und von fünf kleineren konservativen Parteien, erhält 47,9 Prozent.

USA

US-Präsident Joe Biden und der republikanische Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, erzielen einen Kompromiss zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit der Vereinigten Staaten (**28.5.2023**). Biden teilt mit: „McCarthy und ich haben eine parteiübergreifende Haushaltsvereinbarung getroffen, die die schlimmste Krise verhindern wird – einen Zahlungsausfall zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes. Der Kongress stimmt dem Kompromiss zu.“

Spanien

In Spanien muss der regierende Partido Socialista Obrero Español (PSOE) bei den Regional- und Gemeindewahlen schwere Verluste in Kauf nehmen. Der konservative Partido Popular löst die Sozialisten als stärkste Kraft auf kommunaler Ebene ab. (**28.5.2023**). Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) beschliesst wegen der Wahlschlappe vorgezogene Parlamentswahlen.

Kosovo/Kfor

Im Norden Kosovos kommt es bei Protesten militanter Serben gegen die Einsetzung von Bürgermeistern der albanischen Mehrheitsbevölkerung zu schweren Ausschreitungen. Dabei werden auch über zwei Dutzend Angehörige der von der Nato geführten Kfor-Schutztruppe verletzt (**29.5.2023**). Die Wahl der Bürgermeister war von serbischen Bevölkerung boykottiert worden.

Lettland

In Lettland wählt das Abgeordnetenhaus den bisherigen Aussenminister Edgars Rinkēvičs (*Rinkevics*) zum neuen Staatsoberhaupt (**31.5.2023**).

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Bei einer Eisenbahnkatastrophe rund 200 Kilometer südwestlich der indischen Metropole Kolkata (Kalkutta) kommen über 278 Menschen ums Leben und über tausend werden verletzt. (**2.6.2023**).

Polen/EU

Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof erklärt die polnische Justizreform aus dem Jahr 2019 für rechtswidrig (**5.6.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 468. Tag (6.6.2023)

Katastrophen/Staudammkatastrophen

Der Kachowka-Staudamms in dem von Russland besetzten Teil der ukrainischen Region Cherson bricht: Riesige Wassermassen überfluten zahlreiche Dörfer entlang des Dnipro.

- Ein Drittel der überschwemmten Gebiete befindet sich auf der westlichen, von der Ukraine kontrollierten Seite und zwei Drittel befinden sich auf der östlichen, von russischen Truppen besetzten Seite des Flusses. Auch die flussnahen Viertel der Grossstadt Cherson sind betroffen.
 - Die Ukraine und Russland geben sich gegenseitig die Schuld. Nach ukrainischer Darstellung haben russische Militärs den Staudamm gesprengt. Moskau beschuldigt die Ukraine des Beschusses und der Sabotage. Experten halten es auch für möglich, dass der Damm schlecht gewartet wurde und unter dem Druck eines hohen Wasserstandes geborsten ist.
 - Die Zerstörung hat dramatische Folgen: Hunderttausende Menschen sind von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten.
- Die Ukraine rechnet mit grossem Ernteausfall.

Bulgarien

Nach monatelangen politischen Krisen erhält Bulgarien eine Koalitionsregierung aus der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) – Siegerin der letzten Parlamentswahl – und der Allianz „Wir setzen den Wandel fort“ – Demokratisches Bulgarien (PP-DB). Regierungschef wird Nikolai Denkow (PP-DB). In neun Monaten soll Maria Gabriel (Gerb) die Führung übernehmen (**6.6.2023**).

USA/Kanada

Umwelt/Klima

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

New York erlebt die schlimmste Luftverschmutzung seit über 20 Jahren, verursacht durch Waldbrände in Kanada (**6.6.2023**).

USA

Der frühere US-Vizepräsident Mike Pence steigt ins Rennen der Republikaner um das Präsidentenamt (**7.6.2023**). Vier Monate später zieht er seine Kandidatur zurück.

Schweiz

Eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) soll nach dem Willen des Schweizer Parlaments die Notübernahme der Grossbank Credit Suisse CS) durch ihre Konkurrentin UBS untersuchen (**8.6.2023**).

EU/Flüchtlinge/Migranten

Die Innenminister und Innenministerinnen der Europäischen Union (EU) beschliessen eine Verschärfung der Asylregeln (**8.6.2023**).

USA

Das US-Justizministerium erhebt Anklage gegen Expräsident Donald Trump im Zusammenhang mit Trumps Umgang mit geheimen Regierungsdokumenten. Es ist das erste Mal, dass auf Bundesebene gegen einen Expräsidenten der USA Anklage erhoben wird (**9.6.2023**). Trump wird mit 37 Anklagepunkten konfrontiert. Er soll unter anderem vertrauliche und streng geheime Dokumente zum US-Atomwaffenprogramm in seinem Privatanwesen in Florida aufbewahrt haben.

Kolumbien

Die kolumbianische Regierung und die linke Guerillaorganisation Ejército de Liberación Nacional (ELN) vereinbaren in Havanna einen Waffenstillstand (**9.6.2023**).

Montenegro

Die erst 2022 gegründete Bewegung Europa Jetzt geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Montenegro hervor. Sie gewinnt rund 25 Prozent der Stimmen und 24 der 81 Mandate. Europa Jetzt hatte vor zwei Monaten (vgl. 2.4.2023) mit Jakov Milatović (*Milatovic*) die Präsidentenwahl gewonnen. Die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS), die von 1990 bis 2020 an der Macht war, erhält 23,2 Prozent Stimmenanteil und 21 Sitze. Das proserbische Wahlbündnis Für die Zukunft Montenegros wird drittstärkste Kraft mit 13 Sitzen (**11.6.2023**).

Italien

Der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi stirbt im Alter von 86 Jahren (**12.6.2023**). Der Gründer der rechtspopulistischen Partei Forza Italia, Bauunternehmer und „Medienmogul“ war drei Mal an der Spitze der Regierung: von Mai 1994 bis Januar 1995 (erste Regierung), von Juni 2001 bis Mai 2006 (zweite und dritte Regierung) und von Mai 2008 bis November 2011 (vierte Regierung). Niemand war länger Ministerpräsident.

Nigeria

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Bei einem Schiffsunfall im Norden Nigerias auf dem Fluss Niger kommen über 100 Menschen ums Leben. An Bord des Schiffes befand sich eine Hochzeitsgesellschaft (**12.6.2023**).

Flüchtlinge

Nach Schätzungen des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) waren Ende 2022 weltweit rund 108 Millionen Menschen auf der Flucht (**13.6.2023**).

Griechenland

Migranten/Flüchtlinge

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Ein völlig überfülltes Fischerboot mit Hunderten Flüchtlingen und Migranten an Bord sinkt vor der Südwestküste Griechenlands. Nur 104 Menschen können gerettet werden. Die Zahl der Toten wird auf rund 650 geschätzt (**14.6.2023**).

Ukraine/Schweiz

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj schlägt der Schweiz vor, einen „globalen Friedensgipfel“ durchzuführen (**15.6.2023**).

Rumänien

Neuer Regierungschef in Rumänien: Wie im Koalitionsvertrag von 2021 vereinbart, übernimmt die Sozialdemokratische Partei die Führung der Regierung. Nicolae Ciucă (*Ciuca*) von der Nationalen Liberalen Partei übergibt das Amt des Regierungschefs an Marcel Ciolacu (**15.6.2023**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die britische Schauspielerin Glenda Jackson stirbt im Alter von 87 Jahren (**15.6.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 478. und 479. Tag (16.6. und 17.6.2023)

Südafrika

Unter Führung des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa reisen mehrere afrikanische Staats- und Regierungschefs zu einer Vermittlungsmission in die Ukraine und nach Russland und treffen sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kyjiw und mit dem russischen Machthaber Wladimir Putin in St. Petersburg. Die Bemühungen sind erfolglos.

Mali/UNO

Die Militärregierung von Mali fordert den unverzüglichen Rückzug der seit zehn Jahren stationierten UNO-Stabilisierungsmission (**16.6.2023**). Der United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (Minusma) gehören rund 12 000 Blauhelmsoldaten an. Seit 2013 kamen rund 300 Minusma-Angehörige ums Leben. Der UNO-Sicherheitsrat stimmt dem Abzug bis Ende 2023 zu (**30.6.2023**).

Uganda

Im Westen von Uganda töten islamische Extremisten bei einem Überfall auf eine Schule über 40 Jugendliche. Bei den Angreifern handelt es sich um Mitglieder der Allied Democratic Forces/ADF (**16.6.2023**).

Schweiz

Umwelt/Klima

Die Schweizer Stimmberechtigten sagen dreimal Ja (**18.6.2023**): Angenommen werden:

- das Klimaschutzgesetz – die Schweiz soll bis 2050 klimaneutral, der Verbrauch von Erdöl und Erdgas schrittweise gesenkt werden – mit 59,1 Prozent,
- die Umsetzung der OECD/G-20-Mindeststeuer für Grosskonzerne – Grosskonzerne sollen auf ihrem Gewinn mindestens 15 Prozent Steuern zahlen – mit 78,5 Prozent und
- die Änderung des Covid-19 Gesetzes – Verlängerung einzelner Bestimmungen bis Mitte 2024 – mit 611,9 Prozent Ja-Stimmen.

Hochsee-Schutzabkommen

Nach jahrelangen Verhandlungen verabschiedet die UNO ein Abkommen zum Schutz der Biodiversität auf Hoher See (**19.06.2023**). Das internationale Abkommen, das ab 20. September 2023 zur Unterzeichnung aufliegt, sieht erstmals Schutzgebiete ausserhalb der ausschliesslichen Wirtschaftszonen einzelner Länder vor. Mindestens 30 Prozent der Hohen See sollen zu Schutzgebieten erklärt werden. Als Hohe See werden zwei Drittel der Weltmeere bezeichnet, die nicht unter Kontrolle eines bestimmten Staates stehen.

Finnland

Finnland erhält eine Mitte-rechts-Regierung. Neuer Ministerpräsident wird Petteri Orpo von der konservativen Nationalen Sammlungspartei. Er bildet eine Koalition mit der rechtspopulistischen Finnen-Partei, der Schwedischen Volkspartei und den Christdemokraten (**20.6.2023**).

Schweiz

Der sozialdemokratische Schweizer Bundesrat Alain Berset, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, gibt überraschend seinen Rücktritt aus der Landesregierung auf Ende Jahr bekannt (**21.6.2023**). Berset war 2011 in den Bundesrat gewählt worden.

Deutschland

Höhenflug der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). In Umfragen kommt sie auf einen Stimmenanteil von 19 Prozent und würde bei Wahlen zweitstärkste Partei hinter der Christlich-Demokratischen Union (CDU) mit 29 Prozent. Die regierenden Sozialdemokraten (SPD) landen bei der Umfrage auf den dritten Platz mit 17 Prozent (**22.6.2023**).

Ukraine

Bei einer internationalen Wiederaufbau-Konferenz für die Ukraine stellen ausländische Geber 60 Milliarden Euro für den Wiederaufbau der Wirtschaft des kriegszerstörten Landes in Aussicht (**22.6.2023**).

Russland

Revolte der russischen Söldnertruppe Wagner (**24.6.2023**):

- Am Vorabend des Aufstands wirft der Anführer der Wagner-Truppe, Jewgeni Prigoschin, der russischen Armeeführung vor, seine Einheiten attackiert zu haben (23.06.2023). Dabei seien mehrere seiner Kämpfer getötet worden. Das Übel müsse gestoppt werden.
- Wagner-Söldner besetzen die wichtigsten militärischen Einrichtungen in Rostow am Don. Am Vorabend des Aufstands wirft der Anführer der Wagner-Truppe, Jewgeni Prigoschin, der russischen Armeeführung vor, seine Einheiten attackiert zu haben. Dabei seien mehrere seiner Kämpfer getötet worden.
- Prigoschin rückt mit seinen Einheiten in Richtung Moskau vor, spricht von einem „Marsch der Gerechtigkeit“ und behauptet, 25 000 Söldner zu befehlen.
- Der russische Präsident Wladimir kündigt die Bestrafung von „Verrätern“ an. Prigoschin entgegnet in einer Stellungnahme: „Wir sind Patrioten. Wir wollen nicht, dass unser Land länger mit Korruption und Lügen lebt.“
- Im Gebiet Woronesch, auf halbem Weg zwischen Rostow am Don und Moskau, kommt es zu Kampfhandlungen. Armeehelikopter greifen ein. Einige Helikopter und ein Flugzeug werden nach Aussagen der Wagner-Einheiten abgeschossen.
- An den Ausfallstrassen von Moskau fahren gepanzerte Fahrzeuge auf. In Moskau werden öffentliche Veranstaltungen abgesagt. Der Bürgermeister erklärt den kommenden Montag aus Sicherheitsgründen zum arbeitsfreien Tag.
- Überraschende Wende am gleichen Tag: Prigoschin stoppt 200 Kilometer vor Moskau den „Marsch der Gerechtigkeit“, um Blutvergiessen zu vermeiden. Die Wagner-Einheiten treten den Rückzug in ihre Feldlager an. Der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, habe vermittelt, heisst es. Der Kreml-Sprecher teilt mit, das Strafverfahren gegen Prigoschin werde eingestellt. Der Wagner-Chef werde nach Belarus ins Exil gehen. Auch den an der Rebellion beteiligten Söldnern drohten keine strafrechtlichen Konsequenzen.
- Zwei Tage nach der Revolte dementiert Prigoschin, einen Machtwechsel in Moskau angestrebt zu haben. „Wir sind losgegangen, um Protest zu demonstrieren, nicht um die Obrigkeit im Land zu stürzen.“ (26.6.2023).
In einer Rede an die Nation erklärt der russische Präsident Wladimir Putin, er habe dafür gesorgt, ein Blutvergiessen zu verhindern und dankt für die Solidarität der Zivilbevölkerung. Die Wagner-Mitglieder könnten einen Vertrag mit der regulären russischen Armee unterzeichnen, zu ihren Familien und Angehörigen zurückkehren oder nach Belarus gehen (26.6.2023).

Griechenland

In Griechenland gewinnt die konservative Regierungspartei Nea Dimokratia von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis bei der zweiten Parlamentswahl innerhalb von fünf Wochen (vgl. 21.5.2023) die absolute Mehrheit dank Bonus-Sitzen für die stärkste Partei. Nea Dimokratia erobert mit einem Stimmenanteil von 40,56 Prozent 158 (plus 12) der 300 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist die Linkspartei Syriza mit 48 Mandaten (minus 23). Die sozialdemokratische Pasok erhält 32 Mandate (minus 9). Die Kommunisten (KKE) gewinnen 20 und die beiden Rechtsparteien Elliniki Lisi (Griechische Lösung) und Spartans je 12 Sitze (**25.6.2023**).

Deutschland

Erstmals erobert die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) ein kommunales Spitzenamt. Im thüringischen Kreis Sonneberg gewinnt Robert Sesselmann die Stichwahl um das Amt des Landrats (**25.6.2023**).

Frankreich

Im Pariser Vorort Nanterre wird ein 17-jähriger Jugendlicher bei einer Polizeikontrolle erschossen (**27.6.2023**). In mehreren Pariser Vororten sowie in anderen Städten wie Marseille, Lyon und Toulouse löst der Tod des Jugendlichen in den folgenden fünf Nächten schwere Unruhen aus. Öffentliche Gebäude und Geschäfte werden verwüstet oder in Brand gesetzt. Über 40 000 Polizeiangehörige werden mobilisiert, Hunderte Menschen festgenommen. Der Abendverkehr von Bussen und Trams wird eingestellt. Grossveranstaltungen werden abgesagt.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 489. Tag (27.6.2023)

Ein russischer Raketenangriff auf ein Restaurant in der ostukrainischen Stadt Kramatorsk fordert 13 Tote. Unter den Opfern befindet sich auch die ukrainische Schriftstellerin Victoria Amelina.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Philosoph und Schriftsteller Peter Bieri alias Pascal Mercier stirbt im Alter von 79 Jahren (**27.6.2023**).

Schweiz/Ukraine

Die Schweizer Landesregierung lehnt die Lieferung von 96 Leopard-1-Kampfpanzern an die Ukraine ab (**28.6.2023**).

USA

Zwei juristische Niederlagen der US-Regierung: Das Oberste Gericht der USA kippt die Bevorzugung von Minderheiten bei der Zulassung an Universitäten und hebt die „Affirmative Action“ aus den 1960er Jahren auf (**29.6.2023**). Ausserdem stoppt der Supreme Court die von der Regierung beschlossene Tilgung von Studienschulden (**30.6.2023**).

USA/Unesco

Die USA treten wieder der UNO-Sonderorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) bei (**30.06.2023**). 2017 war der Austritt verkündet worden.

Niederlande

Der niederländische König Willem-Alexander bittet um Verzeihung für das während der Sklaverei verursachte Unrecht an Hunderttausenden Menschen (**1.7.2023**).

Osttimor (Timor-Leste)

Xanana Gusmão (*Gusmao*) wird nach acht Jahren erneut Ministerpräsident von Osttimor/Timor-Leste (**1.7.2023**). Seine Partei, der Congresso Nacional de Reconstrução de Timor (CNRT), war als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl vom 21.5.2023 hervorgegangen. Gusmão war der erste Staatschef der Demokratischen Republik Osttimor (Timor-Leste) nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 2002.

Deutschland

Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) stellt erstmals einen gewählten hauptamtlichen Bürgermeister. In der Kleinstadt Raguhn-Jessnitz, im Bundesland Sachsen-Anhalt, gewinnt Hannes Loth die Stichwahl um das Amt des Bürgermeisters (**2.7.2023**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Westjordanland

Die israelische Armee startet eine gross angelegte „Anti-Terror-Operation“ in Jenin im Westjordanland (**3.7.2023**). Über tausend Armeeeingeborene sind im Einsatz. Es handelt sich um die erste Grossoffensive seit rund 20 Jahren. Jenin und das dortige Flüchtlingslager gelten als Hochburgen militanter Palästinenser. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas beschliesst, die Sicherheitskoordination mit Israel auszusetzen.

Shanghai Cooperation Organisation (SCO)/Iran

Iran wird Mitglied der Shanghai Cooperation Organisation/SCO (**4.7.2023**).

Niederlande

In den Niederlanden scheitert das Regierungsbündnis an der Asylpolitik. Ministerpräsident Mark Rutte von der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) tritt zurück (**7.7.2023**) und kündigt den Rückzug aus der Politik an.

European Sky Shield Initiative (ESSI)

Schweiz/Österreich

Die Schweiz und Österreich wollen sich an der Europäischen Luftverteidigung – European Sky Shield Initiative (ESSI) – beteiligen. Ihre Verteidigungsministerinnen unterzeichnen eine entsprechende Absichtserklärung (**7.7.2023**).

Türkei/Schweden/Nato

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan) gibt seinen monatelangen Widerstand gegen die Nato-Mitgliedschaft Schwedens auf (**10.07.2023**).

Nato/Ukraine

Ukraine-Krieg – 503. und 504. Tag (11.7. und 12.7.2023)

Nato-Gipfel in Vilnius

- Die Nato-Staaten erklärten sich auf ihrem Gipfeltreffen in der litauischen Hauptstadt Vilnius bereit, der Ukraine nach Ende des russischen Angriffskriegs grundsätzlich eine Aufnahme in das transatlantische Verteidigungsbündnis zu ermöglichen. Eine formelle Einladung zum Nato-Beitritt gibt es aber vorerst keine. Diese werde es erst geben, „wenn die Verbündeten sich einig und Voraussetzungen erfüllt sind“. Zu den Bedingungen gehören „zusätzliche erforderliche Reformen im Bereich der Demokratie und des Sicherheitssektors“. Zugesagt wird ein vereinfachtes Beitrittsprozedere.
- Die Gipfelteilnehmer beschliessen die Schaffung eines Nato-Ukraine-Rats. An der ersten Sitzung des neuen Gremiums nimmt auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teil.

- Deutschland und Frankreich kündigen weitere Waffenlieferungen an die Ukraine an.

Thailand

Der thailändische Regierungschef Prayut Chan-o-cha gibt seinen Rückzug aus der Politik bekannt (**11.7.2023**). Er war seit dem Militärputsch von 2014 an der Macht.

Hungersnot/Ernährungsnotstand

Laut dem UNO-Welternährungsbericht hungern weltweit über 730 Millionen Menschen. Damit ist fast jeder zehnte Mensch von Hunger oder Unterernährung betroffen (**12.7.2023**).

USA

Hollywood streikt. Zum ersten Mal seit mehr als 60 Jahren treten sowohl Drehbuchautoren als auch Schauspielerinnen und Schauspieler in den Ausstand (**14.7.2023**). Der Streik wird nach fast fünf Monaten beendet.

Iran

In Iran wollen die Behörden wieder verstärkt das Tragen von Kopftüchern kontrollieren. Die Sittenpolizei werde Frauen, die sich in der Öffentlichkeit ohne die traditionelle Kopfbedeckung zeigen, anzeigen und festnehmen, sagte ein Polizeisprecher in Teheran. Die Sittenpolizei hatte sich nach dem Tod einer inhaftierten jungen Frau im vergangenen September und den anschliessenden Massenprotesten weitgehend zurückgezogen (**16.7.2023**).

Tunesien/EU

Migranten

Der Strom von Migranten von Tunesien in die Europäische Union soll eingedämmt werden. Die EU und Tunesien einigen sich auf eine entsprechende Absichtserklärung (**16.7.2023**). Die EU stellt Tunesien umfangreiche Finanzhilfe in Aussicht. Tunesien ist ein wichtiges Transitland für Migranten auf dem Weg nach Europa.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 509. Tag (17.7.2023)

Die Kertsch-Brücke, welche die von Russland annektierte Halbinsel Krim mit dem russischen Festland verbindet, wird bei einem Unterwasserdrohnenangriff beschädigt. Russland beschuldigt die Ukraine.

Ukraine/Russland

Getreide

Russland kündigt das Abkommen zum Export von ukrainischem Getreide übers Schwarze Meer auf. Begründet wird der Ausstieg damit, dass eigene Forderungen nach einer Ausfuhrerlaubnis für russisches Getreide nicht erfüllt worden seien (**17.7.2023**). Ausserdem heisst es in Moskau, Russland werde alle Frachtschiffe, die ukrainische Häfen anlaufen, als militärische Ziele betrachten.

Thailand

In Thailand darf sich der Sieger der Parlamentswahl, Pita Limjaroenrat, nicht zur Wahl für das Amt des Ministerpräsidenten stellen (**19.7.2023**). Dies beschliessen das Abgeordnetenhaus und der Senat. Seine progressive Partei Move Forward war als stärkste Kraft aus der Wahl des Abgeordnetenhauses (vgl. 14.5.2023) hervorgegangen, doch fehlte ihm die für die Ernennung zum Regierungschef notwendige Unterstützung durch den Senat. Die 250 Mitglieder des Senats werden von der Armee ernannt.

Indien/Reis

Um die Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen verhängt Indien ein Exportverbot für weissen Reis. Indien ist mit einem Anteil von rund 40 Prozent grösster Reisexporteur der Welt (**20.7.2023**).

Spanien

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Spanien gewinnt weder das rechte noch das linke Lager eine absolute Mehrheit der Mandate (**23.7.2023**). Stärkste Kraft im Congreso de los diputados wird der konservative Partido Popular (PP) unter Führung von Alberto Núñez Feijóo (*Feijoo*) mit 136 (plus 47) von 350 Mandaten. Die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) gewinnen 122 Sitze (plus 2). Der Stimmenanteil des Partido Popular liegt bei 33,05 Prozent, 31,07 Prozent entfallen auf die Sozialisten. Drittstärkste Kraft bleibt trotz Verlusten die rechtsradikale Partei Vox mit 33 Sitzen (minus 19). Das neue linke Bündnis Sumar (Podemos, Izquierda Unida, Más País) sichert sich 31 Sitze. Die liberale Partei Ciudadanos tritt nicht mehr zu den Wahlen an.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 515. Tag (23.7.2023)

Bei russischen Raketenangriffen auf die ukrainische Hafenstadt Odessa wird die historische Altstadt in Leidenschaft gezogen. Die Verklärungskathedrale wird schwer beschädigt. Das historische Zentrum von Odessa gehört zum Weltkulturerbe.

Griechenland/USA/China

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Hitze

Auf der griechischen Insel Rhodos wüten verheerende Waldbrände. Rund 20 000 Menschen müssen in Sicherheit gebracht werden (**23.7.2023**). Auch auf den Inseln Euböa und Korfu brechen Waldbrände aus.

Der Süden Europas, die USA und China werden von Hitzewellen heimgesucht mit Temperaturen über 40 Grad.

Israel

Trotz massiver Proteste stimmt das israelische Parlament dem Kernelement der umstrittenen Justizreform, der Abschaffung der Angemessenheitsklausel, zu. Die Klausel ermöglichte es dem Obersten Gericht bisher, Regierungsentscheidungen als „unangemessen“ abzulehnen. Die Opposition boykottiert die Abstimmung in der Knesset (**24.7.2023**).

Schweiz

Katastrophen/Unwetter

Ein verheerendes Unwetter mit Windböen von über 200 Kilometer pro Stunde richtet in der Schweizer Stadt La Chaux-de-Fonds schwere Schäden an (**24.7.2023**).

Niger

Afrikanische Union/Ecowas

Militärputsch in Niger: Der im Februar 2021 demokratisch gewählte Staatspräsident Mohamed Bazoum wird von der Armee abgesetzt (**26.7.2023**). General Abdourrahmane Tchiani, bisher Kommandant der Präsidentengarde, ernannt sich zum neuen Machthaber.

Die Afrikanische Union und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) fordern die Putschisten auf, die verfassungsmässige Ordnung wiederherzustellen. Die Ecowas stellt ein Ultimatum: Innert eine Woche müsse die Macht an die legitimen Institutionen zurückgegeben werden, sonst werde man „alle notwendigen Massnahmen ergreifen“. Auch der Einsatz von Gewalt sei möglich (**30.7.2023**).

Russland/Mali/Somalia/Simbabwe/Eritrea/Zentralafrikanische Republik/Burkina Faso

Getreide

Beim Russland-Afrika-Gipfel in St. Petersburg verspricht der russische Präsident Wladimir Putin unentgeltliche Getreidelieferungen an sechs Länder: Mali, Somalia, Simbabwe, Eritrea, Zentralafrikanische Republik und Burkina Faso (**27.7.2023**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller Martin Walser stirbt im Alter von 96 Jahren (**28.7.2023**).

Pakistan

In Pakistan kommen bei einem Anschlag auf eine politische Veranstaltung im Bezirk Bajaur, im Nordwesten des Landes, über 50 Menschen ums Leben (**30.7.2023**).

Zentralafrikanische Republik

Die Bevölkerung der Zentralafrikanischen Republik stimmt mit rund 95 Prozent Ja-Stimmen einer neuen Verfassung zu (**30.7.2023**). Die Amtszeit des Präsidenten wird von fünf auf sieben Jahre verlängert und die Begrenzung auf zwei Amtszeiten aufgehoben. Kritiker werfen Staatspräsident Faustin-Archange Touadéra vor, er strebe eine Präsidentschaft auf Lebenszeit an.

Umwelt/Klima/Hitze

Der **Juli 2023** war weltweit der heisseste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Nach Angaben des europäischen Erdbeobachtungsprogramms Copernicus lag die durchschnittliche globale Lufttemperatur im Juli 2023 um 0,33 Grad höher als im bisherigen Rekordmonat Juli 2019. Damals hatte die globale Durchschnittstemperatur 16,63 Grad betragen.

USA

Der frühere US-Präsident Donald Trump wird im Zusammenhang mit Versuchen der Einflussnahme auf das Ergebnis der Präsidentenwahl 2020 und der Erstürmung des Capitols am 6. Januar 2021 angeklagt (**1.8.2023**). Ihm werden Verschwörung zum Betrug an den Vereinigten Staaten, Verschwörung zur Behinderung der Beglaubigung des Wahlsieges von Präsident Joe Biden am 6. Januar 2021 sowie Behinderung und Verschwörung gegen das Wahlrecht zur Last gelegt.

Es ist die zweite Anklage gegen Donald Trump auf Bundesebene und insgesamt die dritte wegen einer Straftat. Bei der Anklageverlesung vor einem Bundesgericht in Washington plädiert Trump auf „nicht schuldig“ (**3.8.2023**).

Tunesien

Der tunesische Staatspräsident Kaïs Saïed (*Saïed*) entlässt Premierministerin Najla Bouden (**1.8.2023**). Sie war die erste Frau an einer Spitze der tunesischen Regierung. Nachfolger wird Ahmed Hachani.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 525. Tag (2.8.2023)

Die russische Armee greift mit Drohnen ukrainische Getreidelager im Raum Odessa an. Im Donauhafen Ismail nahe der rumänischen Grenze werden über 40 000 Tonnen Getreide vernichtet.

Russland

Der russische Oppositionspolitiker Alexei Nawalni wird zu einer weiteren Gefängnisstrafe von 19 Jahren verurteilt (4.8.2023).

Pakistan

Der ehemalige pakistanische Premierminister Imran Khan wird in einem Korruptionsprozess zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Für die nächsten fünf Jahre wird er von politischen Ämtern gesperrt (5.8.2023).

Slowenien/Österreich

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Slowenien wird nach heftigen Regenfällen von katastrophalen Überschwemmungen und Erdrutschen heimgesucht.

Es handelt sich um die folgenreichste Naturkatastrophe in der Geschichte Sloweniens (5.8.2023).

Auch die österreichischen Bundesländer Kärnten und Steiermark sind von schweren Überschwemmungen betroffen.

Italien

Die italienische Regierung beschliesst die Einführung einer Sondersteuer auf Übergewinnen der Banken. Mit der 40-prozentigen Steuer sollen Familien und Unternehmen unterstützt werden, die unter der Inflation leiden (7.8.2023).

Kambodscha

Kambodschas Machthaber Hun Sen übergibt das Amt des Regierungschefs an seinen Sohn Hun Manet (7.8.2023).

Hun Sen war seit 1985 Ministerpräsident. Er will weiterhin politisch aktiv bleiben.

Umwelt/Amazonien

Organización del Tratado de Cooperación Amazónica (OTCA)

Die acht Mitglieder der Organización del Tratado de Cooperación Amazónica (OTCA) – Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Suriname und Venezuela – einigen sich bei einem Gipfeltreffen in der brasilianischen Stadt Belém auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit zum Schutz des Regenwaldes, ohne jedoch konkrete Verpflichtungen gegen die anhaltende Abholzung einzugehen (8.8.2023).

USA

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Die Hawaii-Insel Maui wird von verheerenden Waldbränden heimgesucht. Am stärksten betroffen ist die Küstenstadt Lahaina (8.8.2023). Der Ortskern wird fast vollständig verwüstet. Die Katastrophe fordert über 110 Tote.

USA/China

US-Konzerne dürfen nicht mehr in Chinas Hightech-Sektor – Quantencomputer, Hochleistungscomputerchips und künstliche Intelligenz – investieren. US-Präsident Joe Biden unterzeichnet ein entsprechendes Dekret (9.8.2023).

Ecuador

In Ecuador wird der Präsidentschaftskandidat und ehemalige Gewerkschaftsführer Fernando Villavicencio bei einer Wahlkampfveranstaltung in Quito erschossen. Staatspräsident Guillermo Lasso verhängt für 60 Tage den Ausnahmezustand. (9.8.2023).

China

Chinas Wirtschaft rutscht in eine Deflation (9.8.2023).

Polen/Belarus

Polen plant die Stationierung von insgesamt 10 000 Soldaten in der Grenzregion zum Nachbarland Belarus (10.8.2023).

Schweiz

Gotthardtunnel

Im Gotthard-Eisenbahntunnel entgleist ein Güterzug (10.8.2023). Der Tunnel bleibt für den Reiseverkehr monatelang gesperrt.

USA

Fünfte Anklage gegen den früheren US-Präsidenten Donald Trump (14.8.2023). Eine Geschworenen-Jury beschliesst, Trump wegen Wahleingemischung im US-Staat Georgia anzuklagen. Er habe versucht, den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 zu beeinflussen. Neben Trump sind 18 weitere Personen angeklagt.

Zehn Tage später (24.8.2023) stellt sich Trump in Atlanta, im Gefängnis von Fulton County, den Behörden. Er hinterlegt eine Kaution von 200 000 Dollar. Es wird ein Polizeifoto von ihm gemacht. Trump ist der erste Ex-Präsident der USA mit einem Polizeifoto.

Lettland

Ministerpräsident Arturs Krišjānis Kariņš (*Karins*) tritt wegen Streitigkeiten in der Koalition zurück (**17.8.2023**).

Schweiz

Die Schweizer Armee sollte nach Auffassung ihres Armeechefs Thomas Süssli die Verteidigungsfähigkeit stärken. Bis 2031 sollten dafür 13 Milliarden Franken investiert werden. Der Armeechef schlägt auch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit vor (**17.8.2023**).

USA/Japan/Korea (Südkorea)

Dreiergipfel in Camp David: US-Präsident Joe Biden, der japanische Ministerpräsident Kishida Fumio und der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol beschliessen eine „neue Ära der Zusammenarbeit“ (**18.8.2023**). Die Zusammenarbeit bei der Kommunikation sowie auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene soll verstärkt werden. „Wir werden unsere Zusammenarbeit in der Verteidigung aufwerten. Dazu gehören gemeinsame jährliche Manöver“, verkündet Joe Biden.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 541. Tag (18.8.2023)

Laut US-Schätzungen hat der Ukraine-Krieg bei den Armeen bisher fast eine halbe Million Gefallene und Verwundete gefordert. Für Russland werden 120 000 Gefallene und 170 000 bis 180 000 Verwundete und für die Ukraine etwa 70 000 Gefallene und 100 000 bis 120 000 Gefallene geschätzt.

Kanada

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Kanada erlebt die verheerendsten Waldbrandsaison seit Beginn der Aufzeichnungen. Am schwersten betroffen sind die Provinzen British Columbia und Northwest Territories. Zehntausende Menschen müssen ihre Häuser verlassen. In British Columbia wird der Notstand ausgerufen. Yellowknife, die Hauptstadt der Provinz Northwest Territories, muss evakuiert werden (**dritte August-Woche 2023**).

Spanien

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Die Kanaren-Insel Teneriffa wird von schweren Waldbränden heimgesucht. Die Behörden sprechen von den schlimmsten Bränden seit 40 Jahren. Die Polizei geht von Brandstiftung aus (**19.8.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 543. Tag (20.8.2023)

Dänemark/Niederlande/USA

Dänemark und die Niederlande wollen F-16-Kampffjets an die Ukraine liefern (**20.8.2023**). Die USA haben einer Weitergabe bereits zugestimmt.

Guatemala

Bernardo Arévalo geht mit einem Stimmenanteil von 60,90 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Guatemala hervor (**20.8.2023**). Er vertritt das Mitte-links orientierte Movimiento Semilla (Samenkorn-Bewegung). Bernardo Arévalo ist der Sohn des ersten frei gewählten Präsidenten Guatemalas, Juan José Arévalo (1945 bis 1951).

Im Parlament (Congreso), das am 25.6.2023 gewählt wurde, ist das Movimiento Semilla drittstärkste Kraft mit 23 der 160 Sitze. Die konservative Partei Vamos nimmt mit 39 Abgeordneten die Führungsposition ein.

Das Movimiento Semilla steht unter massivem Druck konservativer Kräfte und wird Anfang November suspendiert.

Thailand

In Thailand wählen das Abgeordnetenhaus und der Senat den Immobilienhändler Srettha Thavasin von der populistischen Partei Pheu Thai zum neuen Ministerpräsidenten (**23.8.2023**). Ermöglicht wird seine Wahl durch eine Allianz von Pheu Thai mit ehemaligen, der Armee nahestehenden politischen Gegnern. Pheu Thai war bei der Parlamentswahl zweitstärkste Kraft hinter der progressiven Partei Move Forward von Pita Limjaroenrat geworden. Der Senat verhinderte jedoch den Aufstieg des Wahlsiegers zum Regierungschef (vgl. 14.5. und 19.7.2023). Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten fällt zusammen mit der Rückkehr des ehemaligen Premierministers Thaksin Shinawatra nach 15 Jahren Exil. Er war in mehreren Strafverfahren, unter anderem wegen Korruption und Machtmissbrauch, zu acht Jahren Haft verurteilt worden und setzte sich ins Ausland ab. Thaksin Shinawatra wird nach seiner Rückkehr festgenommen.

Simbabwe

In Simbabwe wird der seit 2017 herrschende Staatspräsident Emmerson Mnangagwa nach Angaben der Behörden mit einem Stimmenanteil von 52,60 Prozent im Amt bestätigt. Die Regierungspartei Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (Zanu-PF) bleibt im Abgeordnetenhaus (National Assembly) stärkste Kraft mit 176 der 280 Mandate. Wahlbeobachter beklagen ein Klima der Gewalt und Einschüchterung (**23.8. und 24.8.2023**).

Russland

Der Anführer der russischen Söldnertruppe Wagner, Jewgeni Prigoschin kommt beim Absturz eines Privatflugzeuges in der Region Twer ums Leben (23.8.2023). An Bord des Flugzeuges befinden sich sieben Passagiere, neben

Prigoschin weitere Führungskräfte der Wagner-Truppe, und drei Besatzungsmitglieder. Es wird vermutet, dass Sabotage den Absturz verursachte. Prigoschin war nach der Revolte seiner Truppe (vgl. 24.6.2023) bei Machthaber Wladimir Putin in Ungnade gefallen.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Mond

Indien/Russland

Als viertem Land gelingt Indien die Landung einer Raumsonde auf dem Mond. Die Sonde Chandrayaan-3 setzt auf dem Südpol des Mondes auf (**23.8.2023**). Wenige Tage zuvor (20.8.2023) war der Landeversuch der russischen Sonde Luna-25 gescheitert.

Brics

An ihrem Gipfeltreffen in Johannesburg beschliessen die Mitglieder des Bündnisses Brics – Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika – die Aufnahme von sechs weiteren Staaten: Saudiarabien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Argentinien, Ägypten und Äthiopien (**23.8.2023**). Der russische Präsident Wladimir Putin nahm an dem Gipfeltreffen in Johannesburg wegen des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs in Zusammenhang mit Kriegsverbrechen in der Ukraine nicht teil. Als Mitglied des Strafgerichtshofs hätte Südafrika Putin verhaften müssen.

Gabun

Der Machthaber von Gabun, Ali Bongo, wird von der Armee entmachtet (**30.8.2023**). Ali Bongo war seit 14 Jahren an der Macht. Er hatte 2009 die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Omar Bongo angetreten, der Gabun seit 1967 regierte.

Der Putsch erfolgt wenige Tage nach der Präsidentenwahl (26.8.2023). Laut offiziellen Angaben gewann er seine Wiederwahl mit 64,27 Prozent Stimmenanteil.

Die Putschisten annullieren das Ergebnis der Präsidentenwahl und werfen Ali Bongo eine „unverantwortliche Regierungsführung“ vor. General Brice Oligui Nguema wird Übergangspräsident.

Griechenland

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die griechische Region Thessalien wird von schweren Unwettern und sintflutartigen Regenfällen heimgesucht. Besonders betroffen ist die Hafenstadt Volos (**5.9.2023**).

Umwelt/Klima

Laut dem EU-Klimawandeldienst Copernicus waren die Sommermonate Juni bis August 2023 weltweit die heissesten seit Beginn der Aufzeichnungen (**6.9.2023**).

Marokko

Katastrophen/Erdbeben

Marokko wird von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Über 2900 Menschen kommen dabei ums Leben. Das Epizentrum des Bebens mit einer Stärke von 6,8 liegt rund 70 Kilometer südwestlich von Marrakesch im Atlasgebirge (**8.9.2023**).

G-20/Afrikanische Union

India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC)

Indien ist Gastgeber des 20-G-Gipfels, der Gruppe der führenden Industriestaaten und Schwellenländer. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wird anders als beim Gipfel im Vorjahr (vgl. 16.11.2022) nicht mehr ausdrücklich verurteilt. Stattdessen wird nur auf entsprechende UNO-Resolutionen und auf die territoriale Integrität von Staaten verwiesen. Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping und der russische Präsident Wladimir Putin haben auf eine Teilnahme verzichtet.

Die Afrikanische Union wird als neues Mitglied aufgenommen (**9.9.2023**).

Am Rande des G-20-Gipfels beschliessen Indien, die USA, Saudiarabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Europäische Union (EU), Italien, Frankreich und Deutschland ein Infrastrukturprojekt: India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC) zu lancieren: Dies im Rahmen der Partnership for Global Infrastructure and Investment und als Antwort auf Chinas „Neue Seidenstrasse“ (Belt and Road Initiative/BRI).

Schweiz

Der Gotthard-Strassentunnel muss wegen einer beschädigten Decke während fünf Tagen gesperrt werden (**10.9.2023**).

Libyen

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Unwetter, Überschwemmungen, Dammbrüche im Osten von Libyen. Am schwersten betroffen ist die Küstenstadt Darna. Ganze Stadtteile wurden durch Fluten ins Meer gespült. Das UNO-Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten vermutet über 11 000 Tote und mehr als 10 000 Vermisste. In Darna werden mehr als 30 000 Menschen obdachlos (**10.9.2023**).

USA

Der republikanische Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, unterstützt Ermittlungen für ein mögliches Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Joe Biden. Es gebe glaubhafte Anschuldigungen, dass der Präsident an illegalen Geschäften seines Sohnes Hunter beteiligt gewesen sei (**12.9.2023**).

Polen/Ukraine/Slowakei

EU

Verstimmung zwischen Polen und der Ukraine: Polen verlängert das Anfang Mai 2023 von der Europäischen Union (EU) verhängte und Mitte September auslaufende Einfuhrverbot für Getreide und andere Agrarprodukte aus der Ukraine (**12.9.2023**). Ungarn und die Slowakei schliessen sich an.

Die Europäische Union hatte für Polen, Ungarn, die Slowakei, Rumänien und Bulgarien zum Schutz der dortigen Landwirte ein Einfuhrverbot für Getreide aus der Ukraine verhängt.

Auf heftige Reaktionen der Ukraine reagiert Polen mit der Ankündigung, Waffenlieferungen an die Ukraine auf bereits abgeschlossene Verträge zu beschränken.

Schweiz

Eine Studie der Universität Zürich belegt über 1000 Fälle von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche der Schweiz. Die Hälfte der Fälle fand in den fünfziger und sechziger Jahren statt. Dabei handle es sich „zweifelsfrei nur um die Spitze des Eisberges“, heisst es in der Studie (**12.9.2023**).

Italien/Migranten/

Der Bürgermeister der italienischen Insel Lampedusa ruft den Notstand aus: Innert drei Tagen treffen rund 8500 Migranten (mehr als alle Einwohner) in fast 200 Booten auf der Insel ein (**13.9.2023**).

Lettland

Die liberalkonservative bisherige Wohlfahrtsministerin Evika Siliņa (Silina) wird neue Ministerpräsidentin von Lettland. Zu ihrer Koalition gehören neben der liberalkonservativen Regierungspartei Jaunā Vienotība, das Bündnis der Bauern und Grünen sowie die sozialdemokratischen Progressiven. Ihr Vorgänger Krišjānis Kariņš (*Karins*) wird neuer Aussenminister (**15.9.2023**).

USA

Streiks in der US-Autoindustrie (**ab 15.9.2023**): Betroffen sind General Motors, Ford und Stellantis. Die Gewerkschaften fordern rund 40 Prozent mehr Lohn.

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidshan/Armenien/Russland

Aserbaischanische Truppen starten eine Offensive gegen Berg-Karabach (**19.9.2023**).

- Nach einem Tag kapitulieren die Karabach-Armenier (20.9.2023). 200 Menschen sollen ums Leben gekommen sein. Schon seit neun Monaten leidet die Bevölkerung von Berg-Karabach an Versorgungsengpässen wegen einer aserbaischanischen Blockade des Latschin-Korridors

- Der aserbaischanische Präsident Ilham Alijew verkündet den Sieg über die Separatisten. Aserbaidshan habe die Region vollständig unter seine Kontrolle gebracht. Aserbaidshan fordert die vollständige Entwaffnung der bewaffneten Kräfte in Berg-Karabach sowie die Auflösung der dortigen staatlichen Strukturen und kündigt Gespräche über die „Wiedereingliederung“ an.

1991 hatte sich die ehemals zur Aserbaischanischen Sowjetrepublik gehörende und mehrheitlich von Armeniern bewohnte Region Berg-Karabach für unabhängig erklärt, was international jedoch nicht anerkannt wurde.

- Die russischen „Friedenstruppen“, die nach dem Krieg von 2020 zur Überwachung des Waffenstillstandes eingesetzt wurden, greifen nicht ein.

- Massenflucht ins armenische Kernland. Innert zehn Tagen verlassen über 100 000 Bewohnerinnen und Bewohner von Berg-Karabach – fast die ganze Bevölkerung – ihre bisherige Heimat. Der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan wirft Aserbaidshan ethnische Säuberung vor.

- Der Präsident von Berg-Karabach, Samwel Schahramanjan, verkündet die Auflösung der selbsternannten Republik Arzach zum 1. Januar 2024.

Schweiz

In der Schweiz leben erstmals mehr als neun Millionen Menschen (**20.9.2023**).

Ukraine/Russland

Krieg in der Ukrain – 575. Tag (21.9.2023)

USA

US-Präsident Joe Biden trifft sich mit dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj im Weissen Haus in Washington. Die USA wollen die Ukraine mit einem neuen Hilfspaket im Gesamtwert von 325 Millionen Dollar militärisch unterstützen. Ausserdem sollen demnächst die ersten Abrams-Kampfpanzer in die Ukraine geliefert werden.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 576. Tag (22.9.2023)

Die Ukraine greift das Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim mit Raketen an.

Frankreich/Niger

Frankreich will seine in Niger stationierten französischen Truppen bis Ende Jahr abziehen (**24.9.2023**).

Serbien/Kosovo

Zusammenstoß zwischen einem serbischer Kommandotrupp und kosovarischen Polizisten im Norden von Kosovo in der Ortschaft Banjska. Dabei kommen sechs Serben und ein kosovarischer Polizist ums Leben (**24.9.2023**).

Irak

Katastrophen/Brandkatastrophen

Eine Brandkatastrophe während einer Hochzeitsfeier im irakischen Distrikt Al- Hamdaniya fordert über 90 Tote (**27.9.2023**).

Frankreich/Korsika

Der französische Präsident Emmanuel Macron stellt Korsika mehr Autonomie in Aussicht (**28.9.2023**).

Slowakei

In der Slowakei geht die linkspopulistische Partei Smer-SD des früheren Ministerpräsidenten Robert Fico als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 42 (plus 4) der 150 Mandate. Die auf dem zweiten Platz liegende, bisher nicht im Parlament vertretene linksliberale Partei Fortschrittliche Slowakei erhält 32 Mandate. Drittstärkste Kraft ist die 2020 gegründete Partei Stimme-Sozialdemokratie (HLAS-SD) mit 27 Sitzen. Die ehemalige konservativ-populistische Regierungspartei Gewöhnliche Menschen und unabhängige Persönlichkeiten (O'LaNO) verliert 49 Sitze und entsendet nur noch 16 Abgeordnete. Zehn Mandate erhält die rechtspopulistische Slowakische Nationalpartei/SNS (**30.9.2023**).

Malediven

Der Oppositionskandidat Mohamed Muizu vom People's National Congress gewinnt die Präsidentenwahl auf den Malediven mit einem Stimmenanteil von 54,04 Prozent (**30.9.2023**). Der bisherige Präsident Ibrahim Mohamed Solih wird abgewählt. Mohamed Muizu gilt als China-freundlich.

EU/Ukraine

Aussenministerinnen und Aussenminister der Europäischen Union (EU) treffen sich in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw. Es handelt sich um die erste Aussenministerrunde ausserhalb der Union (**2.10.2023**).

UNO/Haiti/Kenia

Der UNO-Sicherheitsrat stimmt der Entsendung einer Polizeitruppe in den von Bandenkriminalität und Gewalt heimgesuchten Karibikstaat Haiti zu. Kenia übernimmt die Führung der Mission und ist bereit, tausend Polizisten zu entsenden (**2.10.2023**).

USA

Der Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, der Republikaner Kevin McCarthy, wird mit 216:210 Stimmen abgesetzt. Hardliner seiner eigenen Partei hatten die Entmachtung eingefädelt, da McCarty zusammen mit den Demokraten im Kongress einen Shutdown (Haushaltssperre) verhindert hatte.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der USA, dass ein Speaker des Repräsentantenhauses durch ein Parlamentsvotum abgesetzt wird (**3.10.2023**).

Literaturnobelpreis

Norwegen

Der norwegische Dramatiker und Schriftsteller Jan Fosse wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**5.10.2023**).

Syrien

Bei einem Drohnenangriff auf die Abschlussfeier einer Militärakademie in der syrischen Stadt Homs kommen nach amtlichen Angaben 90 Menschen ums Leben (**5.10.2023**).

Friedensnobelpreis

Iran

Die im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftierte iranische Menschenrechtsaktivistin Narges Mohammadi wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**6.10.2023**). Gewürdigt wird ihr Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen und für Menschenrechte und Freiheit in Iran.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 1. und 2. Tag (7. 10. und 8.10.2023)

Hamas-Terror

Terrorangriff der radikal-islamischen Hamas auf Israel (**7.10.2023**).

- Es ist Samstagmorgen und ein jüdischer Feiertag: Simchat Tora. Schätzungsweise tausend Hamas-Kämpfer dringen aus dem Gazastreifen auf israelisches Gebiet vor. Gleichzeitig feuert die Hamas Hunderte Raketen auf Israel ab.
- Mohammed Deif, Kommandant der Kassam-Brigaden (militärischer Flügel der Hamas) nennt die Offensive „Operation Al-Aksa-Flut“. „Wir haben beschlossen, allen Verbrechen der Besatzung ein Ende zu setzen“, erklärt Deif und prangert „die Entweihung der Al-Aksa-Moschee in Jerusalem an. Die Organisation „Islamischer Jihad“ schliesst sich dem Angriff an.
- Wahllos werden Hunderte Zivilisten ermordet, darunter 260 Besucher eines Techno-Festivals nahe des Gazastreifens.
- Der Terrorangriff der Hamas fordert 1200 Tote (zunächst war von 1400 Toten die Rede, am 10. November wird die Zahl auf 1200 korrigiert). Über 250 Menschen werden in den Gazastreifen verschleppt.
- Israel regiert mit Vergeltungsschlägen. Bei Luftangriffen auf Ziele im Gazastreifen kommen nach palästinensischen Angaben über 400 Menschen ums Leben und etwa 2300 werden verletzt. Zehntausende Bewohner des Gazastreifens flüchten aus Angst vor israelischen Angriffen ihre Häuser.
- Das israelische Sicherheitskabinett ruft den Kriegszustand aus (**8.10.2023**)
- Der Überfall erinnert an den Beginn des Yom-Kippur-Krieges vor 50 Jahren – am 6. Oktober 1973. Auch damals wurde Israel völlig überrascht.

Afghanistan

Katastrophen/Erdbeben

Die afghanische Provinz Herat nahe der Grenze zu Iran wird von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Zahlreiche Dörfer werden zerstört. Die Weltgesundheitsorganisation meldet über 1400 Tote (**7.10.2023**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Neben dem Gazakrieg eskaliert der Konflikt zwischen Israel und der von Libanon aus operierenden Hizbullah-Miliz. Die Hizbullah beschiesst den Norden Israel (**8.10.2023**). Israel regiert mit Gegenangriffen. Der Schlagabtausch geht in den kommenden Wochen und Monaten weiter. Israel evakuiert die Bevölkerung zahlreicher Dörfer und Siedlungen. Etwa 60 000 Menschen sind davon betroffen. Die Hizbullah macht die Einstellung der Raketenangriffe von einem Ende der israelischen Angriffe im Gazakrieg abhängig.

Deutschland

Bayern/Hessen

Bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern Bayern und Hessen werden die Ampelparteien der Bundesregierung – Sozialdemokraten, Grüne und Liberale – abgestraft. Erfolgreich ist die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD): Sie wird die Hessen zweit- und in Bayern drittstärkste Partei (**8.10.2023**).

- In Bayern bleibt die Christlich-Soziale Union (CSU) von Ministerpräsident Markus Söder mit einem Stimmenanteil von 37 Prozent stärkste Kraft. Aber es ist das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen seit 1950. Die Freien Wähler von Hubert Aiwanger erhalten 15,8 Prozent, die Alternative für Deutschland (AfD) 14,6 Prozent der Stimmen. Die Liberalen (FDP) sind im bayrischen Landtag nicht mehr vertreten.
- In Hessen erhöht die regierende Christlich Demokratische Union (CDU) von Ministerpräsident Boris Rhein ihren Stimmenanteil um 7,6 Prozentpunkte auf 34,6 Prozent. Den zweiten Platz erobert die AfD mit 18,4 Prozent der Stimmen. Verluste verzeichnen die Sozialdemokraten, die Grünen und die Liberalen (FDP).

Luxemburg

In Luxemburg verliert das Ampelregierungsbündnis aus Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen die Mehrheit im Parlament (**8.10.2023**). Sie verfügt nur noch über 29 der 60 Mandate. Stärkste Kraft bleibt mit 21 Sitzen die konservative Christlich-Soziale Volkspartei (CSV). Die liberale Demokratische Partei von Ministerpräsident Xavier Bettel gewinnt 11 (plus 2) Mandate. Es folgen die Sozialdemokraten (Sozialistische Arbeiterpartei/LSAP) mit 11 Sitzen (plus 1). Fünf Sitzverluste verzeichnen die Grünen. Sie haben noch vier Abgeordnete und werden von der rechtspopulistischen Alternativen Demokratischen Reformpartei überholt, die 5 Sitze (plus 1) gewinnt.

Finnland/Estland

Balticconnector Ostsee-Pipeline

Die Ostsee-Erdgaspipeline Balticconnector zwischen Finnland und Estland sowie ein Datenkabel werden beschädigt. Finnische Ermittler gehen davon aus, dass die Schäden durch den Anker eines chinesischen Containerschiffs verursacht wurden (**8.10.2023**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 3. und 4. Tag (9.10. und 10.10.2023)

USA

- Israel verkündet die komplette Abriegelung des Gazastreifens. Ab sofort dürfen weder Lebensmittel noch Treibstoff in den Gazastreifen geliefert werden. Dort leben rund 2,2 Millionen Menschen.
- Die israelische Armee mobilisiert über 350 000 Reservisten.
- Hamas droht, Geiseln zu töten, sollte Israel ohne Vorwarnung die Häuser von Zivilisten im Gazastreifen bombardieren.

- Laut Angaben der israelischen Armee wurden bisher 1500 Hamas-Terroristen getötet.
- Die USA entsenden den Flugzeugträger „Gerald R. Ford“ mit Begleitflotte ins östliche Mittelmeer. Ein zweiter Flugzeugträger – „USS Eisenhower“ – folgt. US-Präsident Joe Biden verurteilt den Angriff scharf und bezeichnet ihn als „Akt des reinen Bösen“. „Wir stehen an der Seite Israels“ versichert Biden.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 5. Tag (11.10.2023)

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bildet zusammen mit dem Oppositionsführer und ehemaligen Verteidigungsminister Benny Gantz sowie mit dem amtierenden Verteidigungsminister Yoav Gallant ein „Kriegskabinett“.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 7. Tag (13.10.2023)

- Die israelische Armee fordert die Bevölkerung im Norden des Gazastreifens auf, das Gebiet innert 24 Stunden in Richtung Süden zu verlassen. Betroffen sind rund 1,1 Millionen Menschen.
- Die israelische Armee hat nach eigenen Angaben in den vergangenen 24 Stunden bereits mehrere Vorstöße in den Gazastreifen mit Bodentruppen durchgeführt und dabei „Terror-Infrastruktur“ zerstört.
- Laut palästinensischen Angaben sind bei israelischen Luftangriffen im Gazastreifen bisher rund 1800 Menschen ums Leben gekommen.

Frankreich

Nach einem tödlichen Angriff auf einen Lehrer im Gymnasium der nordfranzösischen Stadt Arras verhängt die Regierung die höchste Terrorwarnstufe (13.10.2023).

Australien

Mit 60,65 Prozent Nein-Stimmen lehnt die Bevölkerung Australiens ein in der Verfassung verankertes Mitspracherecht für indigene Völker (First Nations People – Aborigines) ab (14.10.2023).

Neuseeland

Rechtsrutsch bei der Parlamentswahl in Neuseeland (14.10.2023): Die konservative National Party von Christopher Luxon geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 48 Mandate (plus 15). Ihr Partner, die rechtsliberale ACT-Party, gewinnt 11 Sitze. Zusammen verpassen sie knapp die absolute Mehrheit. Die seit 2017 regierende Labour Party von Premierminister Chris Hipkins muss sich 34 Mandaten (minus 31) begnügen. 15 Mandate (plus 4) gewinnen die Grünen und 8 die populistische New Zealand First.

Polen

In Polen geht die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit einem Stimmenanteil von 35,38 Prozent wieder als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor, verliert aber die Mehrheit der Mandate (15.10.2023). Im 460 Mandate zählenden Sejm ist die Partei PiS mit 194 (minus 41) vertreten. Die oppositionelle liberalkonservative Bürgerkoalition (KO) von Donald Tusk gewinnt 157 Mandate (plus 23) und hat mit zwei Verbündeten – Dritter Weg (65 Sitze) und Linksbündnis Lewica (26 Sitze) – 248 Abgeordnete hinter sich. 18 Mandate gewinnt die rechtsradikale Partei Konföderation.

Ecuador

In Ecuador geht der 35 Jahre alte Daniel Noboa von der liberal-konservativen Acción Democrática Nacional als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (15.10.2023). Der Sohn des Bananen-Tycoons Álvaro Noboa erhält 52 Prozent der Stimmen. Mitbewerberin war Luisa González (Gonzalez) vom progressiven Movimiento Revolución Ciudadana (RC). Ihre Partei war am 20. August 2023 mit 52 von 137 Sitzen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervorgegangen. Daniel Noboa ist der jüngste Präsident Ecuadors.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 10. Tag (16.10.2023)

Nach Angaben des UNO-Nothilfekordinators Martin Griffiths sind bisher schätzungsweise eine Million Menschen aus dem Norden des Gazastreifens in den Süden geflohen.

Belgien/Schweden

In der belgischen Hauptstadt Brüssel erschießt ein islamischer Terrorist zwei schwedische Fussballfans (16.10.2023). Am Tag darauf wird der Attentäter von der Polizei erschossen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 11. Tag (17.10.2023)

Vor dem Ahli-Arab-Spital in Gaza-Stadt explodiert eine Rakete. Israel und die radikal-islamische Hamas machen sich gegenseitig verantwortlich. Nach israelischer Darstellung wurde die Explosion durch eine fehlgeleitete Rakete des Islamischen Jihad verursacht und nicht durch israelischen Beschuss. Es seien mehrere Hundert Menschen ums Leben gekommen, behaupten palästinensische Kreise.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 12. Tag (18.10.2023)

Israel/USA

US-Präsident Joe Biden besucht Israel. Er sichert dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu Unterstützung zu und ruft zum Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza auf. Israel dürfe sich nach dem Massaker der Hamas nicht von der Wut aufzehren lassen. Israel solle nicht die „Fehler“ der USA nach den islamistischen Terroranschlägen vom 11. September 2001 wiederholen.

USA/Israel/Ukraine

In einer Rede an die Nation kündigt US-Präsident Joe Biden weitere Unterstützung für Israel und die Ukraine an. Sowohl die Hamas-Kämpfer im Gazastreifen als auch der russische Präsident Wladimir Putin stellten eine Gefahr für die Demokratie dar. „Sie haben eines gemeinsam: Sie wollen eine benachbarte Demokratie auslöschen“, sagt Biden und betont: „Die Welt befindet sich an einem Wendepunkt“ (**19.10.2023**).

Schweiz

Parlamentswahlen in der Schweiz (**22.10.2023**): Die Schweizerische Volkspartei baut ihre Führungsposition im Nationalrat mit einem Stimmenanteil von 27,9 Prozent (plus 2,3 Prozentpunkte) und neun zusätzlichen Sitzgewinnen deutlich aus. Wahlverlierer sind die Grünen und Grünliberalen.

Die Schweizerische Volkspartei hat neu 62 der 200 Nationalratsmandate. Zweistärkste Kraft bleiben die Sozialdemokraten (SP) mit 18,3 Prozent Stimmenanteil (plus 1,5 Prozentpunkte) und 41 Sitzen (plus 2). Die Freisinnigen (FDP.Die Liberalen) erzielen mit 14,3 Prozent den dritthöchsten Stimmenanteil und gewinnen 28 Mandate (minus 1). Die Mitte (ehemals Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) erhält 14,1 Prozent der Stimmen, überholt aber mit 29 Sitzen (plus 1) knapp die Freisinnigen. Die Grünen müssen sich mit 23 Mandaten (minus 5) und die Grünliberalen mit 10 Sitzen (minus 6) begnügen. Je zwei Sitze gewinnen die Evangelische Volkspartei (EVP), das Mouvement Citoyens Genevois (MCG) und die Eidgenössische Demokratische Union (EDU). Die Lega erhält ein Mandat.

Bei den Ständeratswahlen (incl. zweite Wahlgänge) bleibt Die Mitte (ehemals Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) stärkste Kraft vor den Freisinnigen (FDP.Die Liberalen).

Die 46 Mandate verteilen sich wie folgt (Vergleich mit bisheriger Sitzverteilung Ende September 2023): Die Mitte: 15 (plus 1), FDP.Die Liberalen: 11 (minus 1), Sozialdemokraten (SP): 9 (plus 2), Schweizerische Volkspartei (SVP): 6 (minus 1), Grüne: 3 (minus 2), Grünliberale: 1 (plus 1), Mouvement Citoyens Genevois (MCG): 1 (plus 1), Parteilos: 0 (minus 1).

Argentinien

Wahlen in Argentinien (**22.10.2023**): Bei der Präsidentenwahl erreicht Wirtschafts- und Finanzminister Sergio Massa vom peronistischen Regierungsbündnis Unión por la Patria den höchsten Stimmenanteil mit 36,68 Prozent vor dem libertären Populisten Javier Milei vom Bündnis La Libertad Avanza mit 29,98 Prozent. Eine Stichwahl ist erforderlich.

Ausserdem werden ein Drittel des Senats und die Hälfte des Abgeordnetenhauses erneuert. Das peronistische Regierungsbündnis Unión por la Patria bleibt sowohl im Abgeordnetenhaus (108 von 257 Sitzen) als auch im Senat (34 von 72 Mandaten) stärkste Kraft vor dem Oppositionsbündnis Juntos per el Cambio (93 bzw. 24 Sitze).

Deutschland

Sahra Wagenknecht erklärt ihren Rücktritt aus der Linkspartei und gründet den Verein „Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit (BSW). Der Verein soll die Gründung einer Partei vorbereiten (23.10.2023). Mit Sahra Wagenknecht wollen neun weitere Bundestagsabgeordnete die Linke-Fraktion verlassen. Die Linke-Fraktion beschliesst am 14. November ihre Auflösung.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 18. Tag (24.10.2023)

Israel/UNO

UNO-Generalsekretär António Guterres sorgt im UNO-Sicherheitsrat mit Erklärungen zum Terrorangriff der Hamas in Israel für einen Eklat. Guterres verurteilt den Terror der Hamas, fügt aber an, dass die Angriffe „nicht in einem Vakuum“ passierten, da „das palästinensische Volk 56 Jahre erdrückender Besatzung unterworfen“ gewesen sei. Eine kollektive Strafe für den Hamas-Terror sei nicht hinnehmbar. Israel verletze das humanitäre Völkerrecht. Der israelische UNO-Botschafter reagiert empört und fordert den Rücktritt von Guterres.

Slowakei

Nach fünf Jahren in der Opposition kehrt Robert Fico an die Spitze der slowakischen Regierung zurück (**25.10.2023**). Seine linkspopulistische Partei Smer-SD war als Siegerin aus der Parlamentswahl Ende September (vgl. 30.9.2023) hervorgegangen. Fico bildet eine Koalition mit der linken Partei Stimme-Sozialdemokratie (HLAS-SD) und der rechtspopulistischen Slowakischen Nationalpartei SNS. Fico war in den Jahren 2006 bis 2010 sowie 2012 bis 2018 Regierungschef.

USA

Nach dreiwöchigem Gerangel wählen die republikanischen Abgeordneten Mike Johnson zum neuen Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses (**25.10.2023**). Johnson war der vierte Kandidat. Es gilt als Hardliner.

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In der Kleinstadt Lewiston im US-Staat Maine erschiesst ein Amokläufer in einem Freizeitzentrum und in einem Restaurant 18 Menschen (25.10.2023).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 610. Tag (26.10.2023)

Slowakei

Der neue slowakische Ministerpräsident Robert Fico kündigt die Einstellung der Militärhilfe an die Ukraine an (26.10.2023).

EU/Ukraine/Ungarn/Slowakei

Die Gipfelkonferenz der Europäischen Union (EU) sichert der Ukraine weitere Waffenhilfe zu. Uneinigkeit herrscht jedoch über das geplante Finanzhilfepaket an die Ukraine in Höhe von 50 Milliarden Euro. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) lehnt ab, der neue slowakische Ministerpräsident Robert Fico äussert Vorbehalte (27.10.2023).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 21. Tag (27.10.2023)

UNO

- Die UNO-Vollversammlung fordert eine „sofortige humanitäre Waffenruhe“ im Gazastreifen und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe in den Gazastreifen. Die Resolution verurteilt unter anderem jegliche Gewalt gegen israelische und palästinensische Zivilisten und fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Zivilisten, die „illegal festgehalten“ werden ohne Nennung der Hamas. Die Resolution wird mit 120 Ja-Stimmen, 14 Nein-Voten und 45 Enthaltungen angenommen.
- Israel verstärkt seine Angriffe im Gazastreifen massiv und setzt auch Bodentruppen mit Unterstützung von Panzern ein. Der Krieg gehe in die zweite Phase, verkündet der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Die Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz IKRK), Mijana Spoljaric Egger, spricht von einem „unerträglichen Ausmass an menschlichem Leid“.

Kasachstan

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Bergwerkkatastrophe in Kasachstan kommen über 40 Menschen ums Leben (28.10.2023).

Russland

Im Flughafen von Machatschkala, der Hauptstadt der russischen Teilrepublik Dagestan, kommt es zu antisemitischen Ausschreitungen (29.10.2023).

Montenegro

Milojko Spajić (*Spajic*) wird neuer Ministerpräsident von Montenegro (31.10.2023). Seine Partei Europa jetzt war vor rund vier Monaten als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervorgegangen (vgl. 16.6.2023).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 25. Tag (31.10.2023)

Die israelische Luftwaffe greift das palästinensische Flüchtlingslager Jabaliya im Gazastreifen an. Von israelischer Seite heisst es, es sei ein hochrangiger Hamas-Kommandant getötet worden, der für das Massaker vom 7. Oktober mitverantwortlich gewesen sei. Nach palästinensischen Angaben forderte der Angriff mindestens 50 Tote.

Pakistan/Afghanistan

Zehntausende Afghanen verlassen Pakistan (Ende Oktober 2023). Die pakistanische Regierung hat afghanische Migranten und Flüchtlinge ohne Aufenthaltsbewilligung ultimativ aufgefordert, bis zum 1. November 2023 freiwillig auszureisen. Nach pakistanischen Angaben leben rund 4,4 Millionen Geflüchtete aus Afghanistan im Land, unter ihnen etwa 1,7 Millionen ohne Aufenthaltsbewilligung.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 616. Tag (1.11.2023)

Der ukrainische Oberbefehlshaber General Walerij Saluschnyi (Waleri Saluschni) bezeichnet die militärische Lage als „schrittweisen Übergang zu einem Stellungskrieg“. Diese Entwicklung sei bedrohlich.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Westjordanland

In dem von Israel besetzten Westjordanland eskaliert die Gewalt. Seit Ausbruch des Gazakrieges am 7. Oktober wurden nach Angaben des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte über 130 Palästinenser bei Auseinandersetzungen mit israelischen Soldaten oder Siedlern getötet (3.11.2023).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 30. und 31. Tag (5.11. und 6.11.2023)

- Die israelische Armee hat nach eigenen Angaben den Gazastreifen bei ihrem Bodeneinsatz in zwei Teile gespalten. Es gebe nun „ein Nordgaza und ein Südgaza“, sagt ein Militärsprecher. Die Stadt Gaza sei vollständig eingekreist.
- Im Gazastreifen sind nach Angaben der von Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörden seit Beginn der israelischen Angriffe nach dem Terrorangriff auf Israel über 10 000 Menschen ums Leben gekommen, darunter 4000 Kinder.

Italien/Albanien

Flüchtlinge/Migranten

Italien und Albanien einigen sich auf ein Migrationsabkommen. In Albanien sollen zwei Aufnahmezentren für Migranten errichtet werden, in denen Asylanträge geprüft werden können (6.11.2023).

Deutschland

Flüchtlinge/Migranten

In Deutschland einigen sich Bund und Länder nach monatelangem Streit auf eine Verschärfung der Asylpolitik. Vorgesehen sind auch Leistungseinschränkungen für Asylbewerber (7.11.2023).

Portugal

Der seit 2015 in Portugal regierende sozialistische Ministerpräsident António Costa tritt wegen Korruptionsermittlungen zurück (7.11.2023).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Rishi Sunak entlässt seine umstrittene Innenministerin Suella Braverman. Überraschend wird der frühere Premierminister David Cameron neuer Aussenminister (13.11.2023).

Liberia

In Liberia geht der Oppositionskandidat Joseph Boakai mit einem Stimmenanteil von 50,89 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Der bisherige Präsident George Weah unterliegt knapp (14.11.2023).

Grossbritannien/Ruanda

Migranten

Die britische Regierung darf nicht Asylsuchende nach Ruanda abschieben. Das Oberste Gericht in London nennt das Vorhaben rechtswidrig (15.11.2023).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 40. Tag (15.11.2023)

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert unter anderem „dringende und ausgedehnte humanitäre Pausen und Korridore im gesamten Gazastreifen für eine ausreichende Anzahl von Tagen“, um im Einklang mit dem Völkerrecht humanitäre Hilfe zu gewährleisten. Ausserdem fordert der Sicherheitsrat die Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen Geiseln. Die USA enthalten sich der Stimme. Israel lehnt längere Feuerpausen ab.

USA/China

US-Präsident Joe Biden und der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping treffen sich in der Nähe von San Francisco. Die Gespräche seien „konstruktiv und ergiebig“ gewesen, heisst es im Anschluss (15.11.2023).

Spanien

Pedro Sánchez (*Sanchez*) bleibt spanischer Ministerpräsident (16.11.2023). Das Parlament (Congreso de los diputados) bestätigt den Vorsitzenden des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) für weitere vier Jahre als Regierungschef. Sánchez erhält die Unterstützung von zwei katalanischen Parteien. Sie knüpften ihre Zusage an eine Amnestie für Separatisten.

Luxemburg

Luxemburg hat einen neuen Regierungschef: Luc Frieden von der Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV). Damit kehrt die CSV nach zehn Jahren zurück an Macht. Koalitionspartner ist die liberale Demokratische Partei (17.11.2023).

Argentinien

Der libertäre Rechtspopulist Javier Milei geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (19.11.2023). Der Kandidat vom Bündnis La Libertad Avanza erhält 55,69 Prozent der Stimmen. Der bisherige Wirtschafts- und Finanzminister Sergio Massa vom peronistischen Regierungsbündnis Unión por la Patria muss sich mit 44,30 Prozent begnügen.

Im Abgeordnetenhaus ist die peronistische Unión por la Patria mit 108 der 257 Sitze stärkste Kraft vor Juntos per el Cambio mit 93 Mandaten. Das Bündnis des Wahlsiegers ist nur mit 38 Abgeordneten vertreten.

Milei bezeichnet sich selbst als „Anarchokapitalist“. Er plant radikale Reformen: Kürzung der Staatsausgaben, Privatisierung von Staatskonzernen. Der Peso soll abgeschafft und durch den Dollar ersetzt werden.

Italien

Italien erlebt den grössten Mafia-Prozess seit Jahrzehnten: Ein Gericht in Lamezia Terme (Kalabrien) verurteilt rund 200 Angeklagte zu Haftstrafen. Insgesamt mussten sich rund 340 mutmassliche Mitglieder oder Helfer der Mafia vor Gericht verantworten. Zwei Anführer der 'Ndrangheta werden zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt (**20.11.2023**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 47. Tag (22.11.2023)

Katar

Die israelische Regierung stimmt einer viertägigen Feuerpause im Gazakrieg sowie dem Austausch von Geiseln gegen palästinensische Häftlinge zu. Binnen vier Tagen sollen mindestens 50 Frauen und Kinder freigelassen werden, die seit Anfang Oktober als Geiseln im Gazastreifen festgehalten werden. Im Gegenzug ist Israel bereit, 150 palästinensischen Gefangene freizulassen. Während der Kampfpause sollen täglich 200 dringend benötigte Hilfsgütertransporte nach Gaza zugelassen werden. Vermittler des Abkommens ist Katar.

Am ersten Tag der Waffenruhe (24.11.2023) lässt die Hamas 24 Geiseln frei, darunter 13 Israeli sowie thailändische Arbeitskräfte. Im Gegenzug lässt Israel 24 inhaftierte Frauen und 15 Minderjährige frei.

Niederlande

Politisches Beben in den Niederlanden (**22.11.2023**): Der Rechtspopulist Geert Wilders geht mit seiner Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) als Sieger aus der Parlamentswahl hervor. Die PVV erhält 23,6 Prozent der Stimmen und 37 (plus 20) der 150 Sitze der Zweiten Kammer. Zweistärkste Kraft ist das Bündnis aus Grünen und Sozialdemokraten –GroenLinks-Partij van de Arbeid (GL-PvdA) mit 25 (plus 8) Sitzen). Die bisher regierende rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) verliert 10 Mandate und ist neu mit 24 Abgeordneten vertreten. Die erst vor kurzem gegründete zentristische Partei Neuer Gesellschaftsvertrag (Nieuw Sociaal Contract/NSC) schafft den Einzug ins Parlament mit 20 Mandaten. Hohe Verluste verzeichnen die sozialliberalen Demokraten 66 (D66) und die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA). Die Demokraten 66 haben noch 9 (minus 15) und die Christdemokraten noch 5 (minus 10) Mandate.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 637. Tag (22.11.2023)

Im Krieg in der Ukraine sind in den vergangenen 21 Monaten nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 10 000 Zivilisten getötet worden, unter ihnen über 560 Kinder.

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Nordkorea kündigt das im September 2018 mit Südkorea geschlossene Militärabkommen (Comprehensive Military Agreement) auf (**23.11.2023**). Beide Seiten hatten die Verringerung der Spannungen vereinbart. Nordkorea will wieder schwer bewaffnete Soldaten an der Grenze zu Südkorea stationieren.

Irland

Nach einer Messerattacke vor einer Schule in Dublin kommt es in der irischen Hauptstadt zu gewalttätigen Ausschreitungen von Randalierern (**23.11.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 640. Tag (25.11.2023)

Kyjiw erlebt den bisher grössten russischen Drohnenangriff. Die ukrainische Hauptstadt wird mit 75 Drohnen attackiert. Fast alle werden abgeschossen.

USA

Der frühere US-Aussenminister und Sicherheitsberater sowie Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger stirbt im Alter von 100 Jahren (**26.11.2023**).

Neuseeland

Christopher Luxon von der konservativen National Party wird neuer neuseeländischer Premierminister. Er bildet eine Koalition mit der rechtsliberalen ACT-Party und der populistischen Partei New Zealand First (**27.11.2023**).

Österreich

Die Signa Holding des österreichischen Immobilien-Tycoons René Benko meldet Insolvenz an (**29.11.2023**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 56. Tag (1.12.2023)

Die Waffenruhe im Gazakrieg ist nach sieben Tagen beendet. Die israelische Armee und die Hamas setzen ihre Angriffe fort (**1.12.2023**). Die israelische Armee weitet ihre Bodenoffensive auf den Süden des Gazastreifens aus. Während der Waffenruhe hatte die Hamas 86 israelische Frauen und Kinder sowie 24 ausländische Geiseln freigelassen. Damit verbleiben noch 130 Geiseln in der Gewalt der Hamas. Israel setzte 240 palästinensische Häftlinge auf freien Fuss.

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet eine Aufstockung der Armee um 15 Prozent an. Die Armee soll künftig 1,32 Millionen Soldaten umfassen (**1.12.2023**).

Venezuela/Guyana

Mit einem Referendum unterstützt die Bevölkerung Venezuelas den Anspruch auf die rohstoffreiche Region Essequibo im Nachbarstaat Guyana (vgl. 12.3.1962). Essequibo umfasst zwei Drittel des Territoriums von Guyana. Es soll ein venezolanischer Bundesstaat Guayana Esequiba geschaffen werden und die dortige Bevölkerung soll die venezolanische Staatsbürgerschaft erhalten (**3.12.2023**).

Schweden/USA

Schweden und die USA unterzeichnen ein Verteidigungsabkommen (**5.12.2023**). Die USA erhalten im Rahmen des sogenannten Defence Cooperation Agreement (DCA) freien Zugang zu 17 Militärstützpunkten und militärischen Übungsplätzen in Schweden.

China/Italien

Belt and Road Initiative/BRI (Neue Seidenstrasse)

Italien steigt aus Chinas Neue Seidenstrasse-Initiative (Belt-and-Road-Initiative) aus (**6.12.2023**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 63. Tag (8.12.2023)

UNO/USA

Im UNO-Sicherheitsrat scheitert ein Resolutionsentwurf für einen sofortigen humanitären Waffenstillstand im Gazastreifen am Veto der USA. Vier Tage später (12.12.2023) spricht sich die UNO-Vollversammlung für einen humanitären Waffenstillstand im Gazastreifen und die sofortige Freilassung aller Geiseln aus.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg

Jemen/Rotes Meer

Das Rote Meer wird zu einem Nebenschauplatz des Gazakrieges. Jemenitische Huthi-Rebellen bedrohen die Schifffahrt im Roten Meer, um Israel unter Druck zu setzen und die radikal-islamische Hamas zu unterstützen. In der Nacht auf den **12.12.2023** wird ein norwegisches Frachtschiff nördlich der Meerenge von Bab al-Mandab mit einem Marschflugkörper beschossen. Verletzt wird niemand. Zwischenfälle gab es bereits im November und Anfang Dezember. Die Huthi-Rebellen gehören zu der von Iran gesponserten „Achse des Widerstands“. Sie wollen weiterhin alle Schiffe angreifen, die in Richtung Israel unterwegs sind.

Argentinien

Angesichts der schweren Wirtschaftskrise verkündet die neue argentinische Regierung in Argentinien eine „Schocktherapie“. Der Peso wird um 50 Prozent abgewertet. Die Ministerien werden von 18 auf 9 halbiert. Ausserdem werden staatliche Subventionen gekürzt (**12.12.2023**).

Ägypten

Abdel Fattah al-Sisi wird zum dritten Mal in Folge zum ägyptischen Staatspräsidenten gewählt. Er erhält 89,65 Prozent der Stimmen (10.12. bis **12.12.2023**).

Polen

Machtwechsel in Polen: Donald Tusk wird neuer Ministerpräsident. Seine liberalkonservative Bürgerkoalition hatte bei der Parlamentswahl vor knapp zwei Monaten (vgl. 15.10.2023) die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich geschart. Die bisher regierende nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) muss in die Opposition (**13.12.2023**). Tusk war bereits in den Jahren 2007 bis 2014 Ministerpräsident und von 2014 bis 2019 EU-Ratspräsident.

Schweiz

Die Schweiz hat einen neuen Bundesrat: Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Sozialdemokraten und Basler Regierungspräsidenten Beat Jans zum neuen Mitglied der Landesregierung und damit zum Nachfolger von Alain Berset (**13.12.2023**).

UNO-Klimakonferenzen

Umwelt/Klima

Die in Dubai tagende UNO-Klimakonferenz in Dubai (COP 28) spricht sich für die Abkehr von fossiler Energie aus, für einen „Übergang weg von fossilen Energieträgern“. Nicht explizit erwähnt wird der von vielen Staaten geforderte Ausstieg aus der fossilen Energie (**13.12.2023**).

EU/Ungarn

Die Europäische Kommission gibt die Zahlung von zehn Milliarden Euro für Ungarn frei, die bislang wegen der mangelnden Rechtsstaatlichkeit in dem Land blockiert waren (**13.12.2023**).

EU/Ukraine/Moldau/Ungarn/Georgien

Russland

Die Gipfelkonferenz der Europäischen Union (EU) beschliesst die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau. Georgien erhält den Status eines Beitrittskandidaten (**14.12.2023**).

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) hatte sich gegen Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine ausgesprochen und mit seinem Veto gedroht. Er bleibt der Abstimmung des EU-Gipfels fern. Orbán blockiert jedoch die Auszahlung weiterer EU-Hilfe an die Ukraine im Umfang von 50 Milliarden Euro.

Ausserdem beschliesst die EU neue Sanktionen gegen Russland. Das bereits zwölfte Massnahmenpaket beinhaltet erstmals ein Importverbot für russische Diamanten.

Schweiz/EU

Die Schweiz will wieder mit der Europäischen Union (EU) verhandeln. Der Bundesrat verabschiedet den Entwurf eines Mandats für Verhandlungen (**15.12.2023**).

Vatikan

Der italienische Kardinal Angelo Becciu wird von einem vatikanischen Strafgericht wegen Betrugs und Unterschlagung zu einer Haftstrafe von fünfeinhalb Jahren verurteilt. Damit wird erstmals ein Kardinal von der vatikanischen Justiz verurteilt. (**16.12.2023**).

Kuwait

Der Emir von Kuwait, Nawaf al-Ahmad al-Jaber al-Sabah, stirbt im Alter von 86 Jahren (**16.12.2023**). Er war drei Jahre lang Staatsoberhaupt. Sein Nachfolger wird Kronprinz Meshad al-Ahmad al Sabah.

Serbien

Vorgezogene Parlamentswahl in Serbien (**17.12.2023**): Präsident Aleksandar Vučić (*Vucic*) verkündet den Sieg seines von der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) angeführten Bündnisses „Gemeinsam können wir alles“ mit einem Stimmenanteil von 46,7 Prozent und 128 der 250 Mandate. Das Oppositionsbündnis Serbien gegen Gewalt erhält nach Regierungsangaben 23,5 Prozent der Stimmen und 65 Mandate. Die Opposition wirft der Regierung Wahlfälschung vor. Es folgt eine Welle von Protestkundgebungen. Umstritten ist das Ergebnis der Gemeindewahl in der Hauptstadt Belgrad. Sie soll 2024 wiederholt werden.

Russland/Finnland

Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt eine verstärkte Militärpräsenz an der Grenze zu Finnland an. Er wirft dem Westen vor, Finnland in die Nato „hineingezogen“ zu haben (**17.12.2023**).

Die Beziehungen sind auch wegen des Zustroms von Migranten von Russland nach Finnland gespannt. Finnland reagierte mit der Schliessung der Grenzübergänge zu Russland.

Chile

In Chile scheitert in weniger als eineinhalb Jahren auch der zweite Anlauf für eine neue Verfassung. Bei einem Referendum sprechen sich rund 56 Prozent der Stimmberechtigten gegen den den konservativ geprägten Verfassungsentwurf aus. (**17.12.2023**).

Tschad

Tschad erhält eine neue Verfassung. In einer Volksabstimmung wird das neue Grundgesetz mit 86 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**17.12.2023**).

USA/Finnland

Die USA und Finnland schliessen ein Verteidigungsabkommen (**18.12.2023**). Die USA erhalten im Rahmen des Defence Cooperation Agreement (DCA) Zugang zu 15 finnischen Militärstützpunkten, auf denen zukünftig Waffen und Militärgerät gelagert werden können. Schweden hat vor zwei Wochen ein ähnliches Abkommen mit den USA abgeschlossen.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Katholische Priester dürfen ab sofort auch gleichgeschlechtliche Paare segnen. Die Abgrenzung zum Sakrament der Ehe müsse jedoch gewahrt bleiben, teilt der Vatikan mit. Der Segen darf nicht in einem Gottesdienst erteilt werden (**18.12.2023**).

Rotes Meer/Jemen

USA

Wegen der Angriffe jemenitischer Huthi-Rebellen auf Handelsschiffe im Roten Meer kündigen die USA eine internationale Allianz zum Schutz der Seefahrt in der Region an. Sie nennt sich Operation Prosperity Guardian (**18.12.2023**). Einige Reedereien haben den Schiffsverkehr durch den Suezkanal und das Rote Meer eingestellt und leiten ihre Schiffe um die Südspitze Afrikas herum.

Frankreich

Asylpolitik/Migration

Das französische Parlament beschliesst ein verschärftes Einwanderungsgesetz. Arbeitslose Ausländer sollen erst nach fünf Jahren ein Recht auf Sozialleistungen haben (**19.12.2023**).

USA

Das Oberste Gericht von Colorado will den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump von der Präsidentschaftsvorwahl 2024 in ihrem US-Staat ausschliessen (**19.12.2023**). Das Gericht verweist auf die Rolle Trumps beim Sturm auf das Capitol in Washington am 6. Januar 2021. Kurz darauf schliesst auch Maine Trump von den Vorwahlen aus.

EU

Asylpolitik/Migranten/Flüchtlinge/

Die Europäische Union (EU) einigt sich auf eine Reform des Asylsystems (**20.12.2023**). Die Reform sieht schärfere Asylregeln, Asylverfahren an den Aussengrenzen sowie einen obligatorischen Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedsländern vor. Ein zentrales Element ist, dass ankommende Asylbewerber mit geringer Bleibechance schneller und direkt von der EU-Aussengrenze abgeschoben werden sollen.

Suriname

Der Oberste Gerichtshof von Suriname bestätigt die 2019 erlassene 20-jährige Haftstrafe gegen Expräsident Desiré „Desi“ Bouterse wegen der „Dezembermorde“ (**29.12.2023** – vgl. 29.11.2019). Bouterse flüchtet und stirbt 2024.

Tschechien

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Tschechien und Schock und Trauer: An der Prager Karls-Universität erschiesset ein Student 13 Menschen. Eine weitere Person erliegt den schweren Verletzungen. Nach Erkenntnissen der Polizei tötet sich der Attentäter selbst (**21.12.2023**). Am Tag darauf herrscht in Tschechien Staatstrauer.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 77. Tag (22.12.2023)

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert eine Aufstockung der humanitären Hilfe für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen. Gefordert wird ein sicherer und ungehinderter humanitärer Zugang in den Gazastreifen. Keine Zustimmung findet die Forderung nach einer unverzüglichen Einstellung der Kampfhandlungen. Stattdessen heisst es, es müssten mit „aller Dringlichkeit“ die Bedingungen für „eine nachhaltige Einstellung der Kampfhandlungen“ geschaffen werden

Nach Angaben der Gesundheitsbehörden im Gazastreifen sind bisher bei den israelischen Angriffen 20 000 Menschen getötet worden. Die israelische Armee hat seit Beginn der Bodenoffensive 161 Gefallene und knapp 200 Verwundete zu beklagen.

Deutschland

Deutschland trauert um den Spitzenpolitiker Wolfgang Schäuble. Der frühere Bundestagspräsident, Exminister und CDU-Parteichef stirbt 81-jährig (**26.12.2023**). Mehr als 50 Jahre war er Mitglied des Bundestages. Schäuble handelte den deutschen Einigungsvertrag aus.

Argentinien

Brics

Die neue argentinische Präsident Javier Milei will für zwei Jahre den Notstand ausrufen mit der Option um eine Verlängerung um zwei weitere Jahre. Er unterbreitet dem Parlament ein Gesetzespaket mit über 660 Artikeln. Das Reformpaket umfasst die Bereiche Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Soziales. Vorgesehen sind unter anderem eine weitreichende Wahlreform, tiefgreifende Steueränderungen sowie Befugnisse der Exekutive zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Das Demonstrationsrecht soll eingeschränkt werden (**27.12.2023**). Gegen das Vorhaben regt sich Widerstand. Den geplanten Beitritt zur Brics-Gruppe lehnt Milei ab.

Polen

Das polnische Kulturministerium beschliesst die Auflösung der Staatsmedien (**27.12.2023**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 674. Tag (29.12.2023)

Die Ukraine erlebt die schwersten Luftangriffe seit Kriegsbeginn. Die Ukraine wird nach Angaben von Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyi (Waleri Saluschni) mit 122 Raketen und Marschflugkörpern sowie 36 Drohnen attackiert. Bei den Angriffen auf mehrere Städte werden mindestens 30 Menschen getötet und mehr als 140 verletzt.

Dänemark

Die dänische Königin Margrethe II kündigt in der Neujahrsansprache überraschend ihre Abdankung für den 14. Januar 2024 an (**31.12.2023**). Am 52. Jahrestag ihrer Thronbesteigung wird Kronprinz Frederik als König Frederik X neues Staatsoberhaupt.

Kongo-Kinshasa

Wiederwahl des kongolesischen Präsidenten Félix Tshisekedi. Nach offiziellen Angaben erhielt er bei der Wahl (20.12. bis 24.12.2023) 73,34 Prozent der Stimmen. Oppositionsparteien zweifeln das Ergebnis an (**31.12.2023**).

2024

Israel

Das Oberste Gericht Israels kippt ein Kernelement der umstrittenen und von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu angestrebten Justizreform und erklärt die entsprechende Gesetzesänderung für nichtig (**1.1.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Konflikt Israel-Libanon

Saleh al-Aruri, stellvertretender Leiter des Hamas-Politbüros, kommt bei einem Drohnenanschlag in der libanesischen Hauptstadt Beirut ums Leben. Israel gilt Urheber des Attentats (**2.1.2024**).

Iran

In der iranischen Stadt Kerman werden auf dem Weg zur Grabstätte von General Kassem Soleimani bei einem Terroranschlag über 80 Menschen getötet und über 100 verletzt, Die Menschen nahmen an einer Gedenkveranstaltung zum vierten Jahrestag des bei einem Attentat getöteten Generals teil (**3.1.2024**). Zum Anschlag bekennt sich die Terrormiliz Islamischer Staat (IS).

Bangladesh

In Bangladesh sichert sich Premierministerin Sheikh Hasina Wazed eine fünfte Amtszeit. Ihre Partei, die Bangladesh Awami League, gewinnt bei der Parlamentswahl 223 der 300 Sitze. Die oppositionelle Bangladesh National Party hatte die Wahlen boykottiert (**7.1.2024**).

Frankreich

Die französische Premierministerin Élisabeth Borne tritt zurück. Sie war seit Mai 2022 Regierungschefin (**8.1.2024**). Neuer Premierminister wird der 34-jährige bisherige Bildungsminister Gabriel Attal. Er ist der bisher jüngste Regierungschef Frankreichs.

Deutschland

In weiten Teilen Deutschlands protestieren Zehntausende Bauern im Rahmen einer Aktionswoche (**ab 8.1.2024**) mit Strassenblockaden und Traktor-Sternfahrten gegen Subventionskürzungen. Ausserdem kommt es in Deutschland zu einem mehrtägigen Bahnstreik.

Deutschland

Deutschland hat eine neue Partei (**8.1.2024**): Die ehemalige Linkenpolitikerin Sahra Wagenknecht gründet das Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW).

Ecuador

Drogenbanden terrorisieren Ecuador: Staatspräsident Daniel Noboa verhängt nach eine Serie von Anschlägen, Geiselnahmen und Gefängnisrevolten sowie der Flucht des Bandenführers José Adolfo Macías alias „Fico“ aus einem Hochsicherheitsgefängnis einen 60-tägigen Ausnahmezustand (**8.1.2024**). Am Tag darauf (9.1.2024) verkündet der Staatchef nach einem Überfall auf einen Fernsehsender in der Hafenstadt Guayaquil den „innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“. Drogenclands werden als terroristische Gruppen klassifiziert. Die Armee soll die kriminellen Banden neutralisieren.

Norwegen

Das norwegische Parlament erlaubt den Tiefseebergbau (**9.1.2024**).

Bhutan

Bei der Parlamentswahl im Königreich Bhutan (30.11.2023 und **9.1.2024**) feiert die Peoples Democratic Party (PDP) ein Comeback. 2018 kam sie nicht in die Schlussrunde. Die Peoples Democratic Party gewinnt 30 der 47 Sitze. Die bisher regierende Mitte-links Partei Druk Nyamrup Thsogpa (DNT) scheidet bei der Vorwahl aus. Der ehemalige Regierungschef Tshering Tobgay wird erneut Ministerpräsident.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 97. Tag (11.1.2024)

Israel/Südafrika/Internationaler Gerichtshof

Israel muss sich vor dem Internationalen Gerichtshof dem Vorwurf des Völkermords im Gazastreifen stellen. Südafrika hat die Klage gegen Israel eingereicht.

Jemen/Jemen-Konflikt

USA/Grossbritannien/Rotes Meer

Luftschläge der USA und Grossbritanniens auf Stellungen der Huthi-Rebellen in Jemen (**11.1.2024**). Insgesamt werden fast 30 militärische Stellungen attackiert. US-Präsident Joe Biden bezeichnet die Militärschläge als „Antwort auf die Huthi-Angriffe auf die internationale Schifffahrt im Roten Meer“. Die Huthi-Rebellen bezeichnen die Angriffe auf Handelsschiffe mit der „moralischen Pflicht zur Solidarität mit den Palästinensern“.

Ukraine/Grossbritannien

Der britische Premierminister Rishi Sunak und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnen in Kyjiw ein langfristiges Sicherheitsabkommen. Sunak kündigt ausserdem militärische Hilfe im Umfang von 2,5 Milliarden Pfund an (**12.1.2024**).

Umwelt/Klima

Nach einer Analyse der Weltorganisation für Meteorologie war 2023 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die globale Jahresdurchschnittstemperatur habe 1,45 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau (1850-1900) gelegen (**12.1.2024**).

China (Republik China/Taiwan)

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan (**13.1.2024**): Der bisherige Vizepräsident Lai Ching-te von der seit acht Jahren regierenden Demokratischen Fortschrittspartei Partei (Democratic Progressive Party/DPP) geht mit einem Stimmenanteil von 41,1 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Sein stärkster Herausforderer, Hou Yu-ih von der Kuomintang, erhält 33,5 Prozent der Stimmen. Im Parlament mit 113 Sitzen verliert die Democratic Progressive Party (DPP) ihre Mehrheit. Kuomintang ist mit 52 Mandaten (plus 14) stärkste Kraft vor der DPP mit 51 Sitzen (minus 10). Acht Mandate gewinnt die Taiwan People's Party. Der neue Präsident ruft zu einem Abbau der Spannungen mit Peking auf.

USA/

Im US-Staat Iowa gewinnt Expräsident Donald Trump die erste Vorwahl zur Präsidentschaftsnominierung der Republikaner deutlich mit 51 Prozent vor Floridas Gouverneur Ron deSantis und vor Nikki Haley, ehemalige Botschafterin bei der UNO (**15.1.2024**).

Ukraine/Schweiz

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird in Bern von Bundespräsidentin Viola Amherd empfangen. Die Schweiz erklärt sich bereit, einen Friedensgipfel für die Ukraine zu organisieren (**15.1.2024**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un will Südkorea in der Verfassung als Hauptfeind verankern. In einer Rede vor der Obersten Volksversammlung erklärt er, eine Wiedervereinigung mit Südkorea sei nicht mehr möglich (**15.1.2024**).

Iran/Pakistan

Iran greift mit Raketen und Drohnen Stützpunkte der sunnitischen Separatistengruppe Jaish al-Adli auf pakistanischem Territorium an (**16.1.2024**). Pakistan reagiert mit einem Gegenschlag gegen Verstecke der separatistischen Baluchistan Liberation Front und Liberation Army in der iranischen Provinz Sistan und Belutschistan (**18.1.2024**).

Deutschland

Die vom früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maassen geführte rechtskonservative Werteunion will unter diesem Namen eine Partei gründen (**20.1.2024**).

Deutschland

Der Bericht der Rechercheplattform Corrective über ein Rechtsradikalentreffen im November in Potsdam löst in ganz Deutschland Proteste aus. Bundesweit protestieren am Wochenende vom **20.1.2024 und 21.1.2024** mehr als eine Million Menschen gegen Rechtsradikale und die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD). Beim Geheimtreffen war über die Aussiedlung von Migranten, die Remigration von Zuwandern beraten worden.

USA/

Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, gibt das Rennen um die Präsidentschaft der US-Republikaner auf (**21.1.2024**).

USA/

Expräsident Donald Trump gewinnt auch in New Hampshire die Vorwahl zur Präsidentschaftsnominierung der Republikaner mit 54 Prozent vor Nikki Haley, ehemalige Botschafterin bei der UNO, mit 43 Prozent (**23.1.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 700. Tag (24.1.2024)

In der russischen Grenzprovinz Belgorod stürzt ein russisches Transportflugzeug ab. Über die Ursache des Absturzes und die Opfer liegen widersprüchliche Angaben vor. Von russischer Seite heisst es, alle 74 Flugzeuginsassen, unter ihnen 65 ukrainische Kriegsgefangene, seien ums Leben gekommen. Man habe einen Gefangenenaustausch geplant. Die Ukraine dementiert. Es seien keine ukrainischen Kriegsgefangenen an Bord gewesen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 112. Tag (26.1.2024)

Israel/Südafrika/Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof fordert Israel auf, Tod und Zerstörung im Gazastreifen einzudämmen. Südafrika hatte das höchste UN-Gericht dazu aufgefordert, Israel anzuweisen, den Militäreinsatz im Gazastreifen zu beenden.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 112. Tag (26.1.2024)

UNRWA

Zwölf Mitarbeiter des UNO-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) werden beschuldigt, sich an den Massakern der Hamas in Israel vom 7. Oktober 2023 beteiligt zu haben. Mehrere Staaten suspendieren ihre finanzielle Hilfe an die UNRWA. Das Hilfswerk ist mit rund 13 000 Beschäftigten der grösste Arbeitgeber im Gazastreifen.

USA/Jordanien

Achse des Widerstandes

Bei einem Drohnenangriff auf einen US-Stützpunkt im Nordosten Jordaniens werden drei US-Soldaten getötet und mehrere Dutzend verletzt (**28.1.2024**). Von Iran unterstützte militante Gruppen hätten den Anschlag verübt, teilt US-Präsident Joe Biden mit.

Proiranische Milizen (Achse des Widerstandes) haben seit Oktober 2023 zahlreiche Angriffe auf US-Stützpunkte im Irak und in Syrien verübt.

Kongo-Kinshasa

Im Osten von Kongo-Kinshasa kommt es wieder zu heftigen Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Rebellen des Mouvement du 23 mars/M23 (**28.1.2024**). Zehntausende Menschen flüchten. Auch die Millionenstadt Goma gerät unter Druck.

Nordmazedonien

In Nordmazedonien wird nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Dimitar Kovačevski (*Kovacevski*) mit Talat Xhaferi erstmals ein Vertreter der albanischen Minderheit Regierungschef (**28.1.2024**). Er leitet bis zu den nächsten Wahlen eine Übergangsregierung.

EU/Ukraine/Ungarn

Die EU einigt sich auf neue Finanzhilfen an die Ukraine im Umfang von 50 Milliarden Euro. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) zieht seine Veto-Drohung zurück (**1.2.2024**).

Frankreich

Die beiden grössten französischen Bauergewerkschaften rufen nach Versprechungen und Zugeständnissen der Regierung ihre Mitglieder auf, die Blockaden der Zufahrtsstrassen nach Paris aufzuheben (**1.2.2024**). Mit Strassensperren protestierten die Landwirte seit Tagen gegen sinkende Einnahmen, gegen Bürokratie und Umweltauflagen. Bauernproteste gibt es in zahlreichen europäischen Staaten.

USA/Jordanien/Irak/Irak/Syrien

Achse des Widerstandes

Die US-Luftwaffe attackiert in Syrien und im Irak Kommandozentralen und Waffenlager, die von der iranischen Revolutionsgarde und mit ihnen verbündete Milizen (Achse des Widerstandes) genutzt werden. Mehr als 85 Ziele werden angegriffen (**2.2.2024**).

Schweiz

Radikaler Umbau: Der Detailhändler Migros trennt sich von mindestens vier Tochterunternehmen (**2.2.2024**).

Grossbritannien/Nordirland

Nach zweijähriger politischer Blockade hat Nordirland wieder eine Regierung (**3.2.2024**). Mit der 47-jährigen Michelle O'Neill als „First Minister“ übernimmt erstmals die republikanisch-katholische Sinn Féin die Führung der Regierung. Stellvertreterin ist Emma Little-Penelly von der unionistisch-protestantischen Democratic Unionist Party (DUP). Die DUP war für die Blockade verantwortlich.

Schweiz

Wie in zahlreichen europäischen Ländern finden auch in der Schweiz – in den Kantonen Genf und Basel-Land – Bauernproteste statt (**3.2.2024**).

Namibia

Namibia trauert um seinen Staatspräsidenten Hage Geingob (**4.2.2024**). Der 82 Jahre alte Geingob war der dritte Präsident Namibias und seit 2015 im Amt.

El Salvador

Nayib Bukele wird zum zweiten Mal nach 2019 zum Staatspräsidenten gewählt. Er erhält 82,66 Prozent der Stimmen. Eine Wiederwahl wäre laut Verfassung erst nach zehn Jahren möglich gewesen, doch die Frist wird auf sechs Monate verkürzt und eine Interimspräsidentin bis zur erneuten Amtsübernahme eingesetzt (**4.2.2024**).

Die Partei von Staatspräsident Bukele – Nuevas Ideas – bleibt im Parllammment dominierende Kraft mit 54 der 60 Sitze.

Aserbaidtschan

In Aserbaidtschan wird Machthaber Ilham Alijew in einer vorgezogenen Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 92 Prozent im Amt bestätigt (**7.2.2024**). Ilham Alijew ist seit 2003 Herrscher des Landes.

Pakistan

Überraschendes Ergebnis der Parlamentswahl in Pakistan: Unabhängige Kandidaten, die der Partei des abgesetzten Premierministers Imran Khan (Tehreek-e Insaf/PTI) nahestehen, gewinnen 93 Mandate und damit die meisten Sitze. Die Muslimliga (PML-N) von Expremier Nawaz Sharif erhält 75 und die Pakistan People's Party von Bilawal Bhutto Zarari 54 Sitze (**8.2.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 715. Tag (8.2.2024)

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj setzt den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Walerij Saluschnyi (Waleri Saluschni), ab. Nachfolger wird General Oleksandr Syrskyi (Olexander Sirski).

USA/Nato/Russland

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump will im Falle seiner Wiederwahl säumige Nato-Partner nicht verteidigen. Er würde Russland „sogar dazu ermutigen, zu tun, was auch immer zur Hölle sie wollen“. Dies erklärt Trump bei einer Wahlkampfveranstaltung in South Carolina und sorgt damit in den Nato-Ländern für einen Sturm der Entrüstung (**10.2.2024**).

Ungarn

Die ungarische Staatspräsidentin Katalin Novák (*Novak*) tritt wegen einer Begnadigungsaffäre zurück (**10.2.2024**).

Myanmar

In Myanmar aktiviert Machthaber General Min Aung Hlaing das Wehrpflichtgesetz aus dem Jahr 2010. Alle 18 bis 35 Jahre alten Männer und 18 bis 27 Jahre alten Frauen müssen sich registrieren lassen und zu einem zwei Jahre dauernden Militärdienst verpflichten (**10.2.2024**). Tausende junge Menschen versuchen, der Zwangseinberufung zu entkommen und nach Thailand zu gelangen.

Finnland

Der ehemalige finnische Ministerpräsident Alexander Stubb von der konservativen Nationalen Sammlungspartei geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Stubb erhält 51,6 Prozent der Stimmen. Auf den grüne Konkurrenten Pekka Haavisto, ehemaliger Aussenminister, entfallen 48,4 Prozent (**11.2.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 721. Tag (14.2.2024)

Mit ukrainischen Marinedrohnen wird vor der Krim das russische Kriegsschiff „Caesar Kunikaw“ versenkt.

Indonesien

Der bisherige Verteidigungsminister Prabowo Subianto wird zum indonesischen Staatschef gewählt (**14.2.2024**). Der Exgeneral erhält 58,6 Prozent der Stimmen. Er hatte sich schon 2014 und 2019 um das Präsidentenamt beworben. Prabowo Subianto ist umstritten. Ihm werden schwere Menschenrechtsverletzungen in Osttimor während des Suharto-Regimes vorgeworfen. Stärkste Kraft im Parlament bleibt trotz Sitzverluste die Partei Demokrasi Indonesia Perjuangan (PDI-P) mit 109 Mandaten.

Russland

Der 47-jährige russische Regimekritiker Alexei Nawalny stirbt in der sibirischen Strafkolonie Nr 3 „Polarwolf“ (**16.2.2024**). Nawalny war mehrmals verurteilt worden, zuletzt im August 2023 zu neun Jahren Straflager wegen Extremismus. Bei Gedenkveranstaltungen in mehreren russischen Städten werden nach Aussagen von Menschenrechtlern Hunderte Menschen verhaftet. Nawalny soll durch Gift getötet worden sein.

Ukraine/Deutschland/Frankreich

Der deutsche Kanzler Olaf Scholz und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnen in Berlin eine über zehn Jahre gültige „Vereinbarung über Sicherheitszusammenarbeit und langfristige Unterstützung“. Scholz kündigt weitere Militärhilfe an die Ukraine im Umfang von 1,1 Milliarden Euro an (**16.02.2024**). Am gleichen Tag unterzeichnen der französische Präsident Emmanuel Macron und Selenskyj in Paris ein Sicherheitsabkommen. Macron will die Ukraine mit zusätzlicher Militärhilfe im Umfang bis zu 3 Milliarden Euro unterstützen.

USA

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump wird in einem Betrugsprozess zu einer Strafzahlung von mehr als 350 Millionen Dollar verurteilt (**16.2.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 724. Tag (17.2.2024)

Die ukrainische Armee muss sich aus der seit Monaten schwer umkämpften Stadt Awdijiwka im Osten des Landes zurückziehen. Die ukrainische Armee leidet am Mangel an Waffen und Munition, an Personal und Befestigungsanlagen.

Deutschland

Neue konservative Partei in Deutschland: Aus dem Verein Werteunion wird eine Partei unter dem Vorsitz des früheren Verfassungschutzpräsidenten Hans-Georg Maassen (**17.2.2024**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Mond

USA

Erstmals in der Geschichte der Raumfahrt gelingt eine kommerzielle Landung auf dem Mond. Die Mondsonde „Odysseus“ des US-Raumfahrtunternehmens Intuitive Machines landet in der Nacht auf den 23. Februar um 00.24 Uhr MEZ erfolgreich auf dem Mond (**23.2.2024**).

Deutschland/Drogen

Der Deutsche Bundestag beschliesst die kontrollierte Freigabe von Cannabis (**23.02.2024**).

Österreich

Der frühere österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz wird wegen Falschaussagen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten bedingt verurteilt (**23.2.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 732. Tag (25.2.2024)

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sind seit Beginn des russischen Angriffskrieges vor zwei Jahren 31 000 ukrainische Armeeeingekerkerte ums Leben gekommen. Russische Investigativjournalisten schätzen die Zahl der russischen Gefallenen auf 75 000.

Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte hat der Krieg bis Ende Januar 2024 mindestens 10 378 Todesopfer in der ukrainischen Zivilbevölkerung gefordert.

Belarus

In Belarus finden Parlamentswahlen statt (**25.2.2024**). Regimekritische Parteien sind nicht zugelassen. 51 der 110 Mandate gehen an Belaya Rus, die Partei von Machthaber Alexander Lukaschenko, 40 Sitze an Unabhängige.

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

Der palästinensische Ministerpräsident Mohammed Shtayyeh tritt zurück (**26.2.2024**). Sein Nachfolger wird der ehemalige Weltbank-Ökonom Mohammed Mustafa.

Ungarn/Schweden/Nato

Ungarn gibt seinen Widerstand gegen den Nato-Beitritt Schwedens auf (**26.2.2024**). Das ungarische Parlament gibt grünes Licht. Damit ist der Weg frei für die Mitgliedschaft Schwedens im westlichen Verteidigungsbündnis.

Ungarn

Der Verfassungsrichter Tamás Sulyok wird zum neuen ungarischen Staatsoberhaupt gewählt (**26.2.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 146. Tag (29.2.2024)

Im nördlichen Gazastreifen wird ein Lastwagenkonvoi mit Hilfsgütern für die palästinensische Bevölkerung von Tausenden Menschen umzingelt. Schüsse fallen. Es herrscht Panik. Dutzende Menschen – laut palästinensischen Angaben über 100 – kommen ums Leben.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg

Ukraine-Krieg – 736. Tag (**29.2.2024**)

Der russische Präsident Wladimir Putin warnt den Westen vor dem Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine. Die Konsequenzen und Folgen könnten tragisch sein.

Deutschland/Russland

Offiziere der deutschen Bundeswehr werden von russischen Geheimdiensten abgehört: „Russia Today“ veröffentlicht Ausschnitte eines Gesprächs hoher Offiziere über mögliche Einsatzszenarien des Marschflugkörpers Taurus im Falle einer Lieferung an die Ukraine (**1.3.2024**).

Iran

Niedrige Wahlbeteiligung bei der Wahl des Parlaments und des Expertenrats in Iran. Nur 41 Prozent der Wahlberechtigten gehen an Urnen (**1.3.2024**). Kandidaten, die nicht den Vorstellungen der Hardliner entsprachen, wurden von Wahlteilnahme ausgeschlossen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 148. Tag (2.3.2024)

USA

Flugzeuge der US-Luftwaffe werfen Hilfsgüter für die notleidende palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen ab.

Schweiz

Antisemitismus

In Zürich wird ein orthodoxer Jude mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt. Der Täter ist ein 15-jähriger Schweizer mit tunesischen Wurzeln. Er bekennt sich als Anhänger des „Islamischen Staats“ (2.3.2024).

Seit dem Terrorangriff der radikal-islamischen Hamas auf Israel vom 7. Oktober und dem Krieg im Gazastreifen ist die Zahl antisemitischer Vorfälle in Schweiz drastisch gestiegen.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Initiative für eine 13. AHV-Rente mit 58,24 Prozent Ja-Stimmen gut. Damit verbuchen die Gewerkschaften erstmals mit einer sozialpolitischen Volksinitiative einen Erfolg. Die Stimmbeteiligung liegt bei 58,3 Prozent. Chancenlos bleibt die Volksinitiative „für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge“ (Erhöhung des Rentenalters). Sie wird 74,7 Prozent Nein-Stimmen wuchtig abgelehnt (3.3.2024).

Haiti

In Haiti verhängt die Regierung nach dem Angriff bewaffneter Banden auf Gefängnisse und nach der Massenflucht von Häftlingen den Ausnahmezustand (3.3.2024).

Pakistan

Shehbaz Sharif von der Pakistan Muslim League (PML-N) wird erneut pakistanischer Regierungschef. Der Bruder des früheren Machthabers Nawaz Sharif war bereits ab April 2022 bis August 2023 Regierungschef. Shehbaz Sharif bildet ein Regierungsbündnis mit der Pakistan People's Party und mehreren Kleinparteien (4.3.2024).

USA

Der Oberste Gerichtshof der USA beschliesst einstimmig, dass Expräsident Donald Trump an den US-Präsidentschaftsvorwahlen der Republikaner in Colorado teilnehmen darf (4.3.2024). Der ehemalige Präsident war zuvor von einem Gericht in Colorado von den Vorwahlen wegen des Sturms auf das Capitol im Januar 2021 ausgeschlossen worden.

Frankreich

Frankreich verankert das Recht auf Abtreibung in der Verfassung (4.3.2024).

USA

Super Tuesday in den USA: Expräsident Donald Trump dominiert die Präsidentschaftsvorwahlen der Republikaner in 14 von 15 US-Staaten. Seine parteiinterne Rivalin Nikki Haley siegt in Vermont. Sie zieht sich aus dem Rennen um die Präsidentschaftskandidatur zurück – ohne Wahlempfehlung für Trump. Die Vorwahlen der Demokraten werden von Präsident Joe Biden dominiert (5.3.2024).

Deutschland

Linksextremisten verüben einen Anschlag auf einen Hochspannungsmast im brandenburgischen Grünheide. Vom Stromausfall ist vor allem die Elektroautofabrik Tesla betroffen. Die Produktion muss tagelang eingestellt werden. (5.3.2024).

Iran

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen sind im Jahr 2023 in Iran mindestens 834 Menschen hingerichtet worden (5.3.2024).

Polen/Ukraine

In der polnischen Hauptstadt Warschau demonstrieren Zehntausende Bauern und ihre Anhänger vor dem Regierungssitz. Strassen werden mit Traktoren blockiert (6.3.2024). In Polen protestieren seit Wochen Landwirte gegen die Agrarpolitik der Europäischen Union und gegen die Einfuhr von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine.

Schweden/Nato

Schweden wird offiziell 32. Mitglied der Nato (7.3.2024).

Nigeria

Im Norden Nigerias werden über 287 Schulkinder entführt, nach über zwei Wochen jedoch wieder freigelassen (7.3.2024).

Irland

In Irland werden in einer Volksabstimmung die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen über einen erweiterten Familienbegriff und über die Rolle der Frau im Haushalt mit 67,7 bzw. 73,9 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (8.3.2024).

Portugal

Rechtsruck bei der Parlamentswahl in Portugal: Die Demokratische Allianz (Aliança Democrática/AD) unter Führung von Luís Montenegro wird stärkste Kraft mit 80 Mandaten (plus 3) und einem Stimmenanteil von 28,84 Prozent. Zur Demokratischen Allianz gehören die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PPD/PSD) und die konservative Volkspartei (CDS/PP). Die meisten zusätzlichen Sitzgewinne verzeichnet die rechtspopulistische Partei Chega (Genug) unter Führung von André Ventura. Chega gewinnt 50 Mandate (plus 38). Die höchsten Verluste muss die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) unter Führung von Pedro Nuno Santos verkraften. Die bisherige Regierungspartei verliert 42 Mandate, bleibt aber zweitstärkste Kraft mit 78 Sitzen. Die Iniciativa Liberal hat weiterhin 8 Mandate (**10.3.2024**).

Indien/Schweiz/Efta/Norwegen/Island/Liechtenstein

Nach 16 Jahre dauernden Verhandlungen unterzeichnen Indien und die Schweiz ein Freihandelsabkommen. An dem Abkommen sind auch die anderen Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation(Efta) – Norwegen, Island, und Liechtenstein – beteiligt (**10.3.2024**).

Haiti

Der Interimspremier des von Unruhen und Bandengewalt erschütterten Karibikstaates Haiti, Ariel Henry, kündigt seinen Rücktritt an (**11.3.2024**). An einem Dringlichkeitstreffen der Caribbean Community (Caricom) wird die Schaffung eines aus neun Mitgliedern bestehenden Übergangsrates beschlossen. Der Conseil présidentiel de transition wird am 12. April gegründet. Am 25. April tritt Ariel Henry offiziell zurück. Das Amt des Regierungschefs übernimmt Fritz Bélizaire. Edgar Leblanc Fils leitet den Übergangsrat.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 748. Tag (12.3.2024)

Russische Milizionäre in ukrainischen Diensten überfallen grenznahe russische Dörfer. Zu den Störmanövern im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl in Russland gehören ukrainische Drohnenangriffe auf russische Erdölanlagen.

Niederlande

Geert Wilders, der mit seiner rechtspopulistischen Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) als Sieger aus der Parlamentswahl in den Niederlanden hervorgegangen war (vgl. 22.11.2023) verzichtet auf das Amt des Ministerpräsidenten (**13.3.2024**).

EU/Künstliche Intelligenz (KI)

Das Europaparlament beschliesst ein Gesetz zur Regulierung künstlicher Intelligenz (KI). Es handelt sich um das erste KI-Gesetz weltweit (**13.3.2024**). Die Nutzung künstlicher Intelligenz in der Europäischen Union soll sicherer werden. KI-Systeme sollen möglichst transparent und nicht diskriminierend sein.

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin wird für eine fünfte Amtszeit wiedergewählt. Nach offiziellen Angaben erhält er 87,28 Prozent der Stimmen. Die Stimmbeteiligung liegt bei 77,44 Prozent. Unabhängige Kandidaten waren zu den Wahlen nicht zugelassen (**17.3.2024**). Putin war in den Jahren 2000, 2004, 2012 und 2018 als Sieger aus der Präsidentenwahl hervorgegangen.

Irland

Der irische Regierungschef Leo Varadkar kündigt überraschend seinen Rücktritt an. Varadkar leitete die Regierung ab Juni 2017 bis Juni 2020 und erneut ab Dezember 2022. Er legt nach sieben Jahren auch sein Amt als Vorsitzender seiner Partei Fine Gael nieder (**20.3.2024**).

Portugal

Regierungswechsel in Portugal: Luís Montenegro von der konservativen Demokratischen Allianz (Aliança Democrática/AD) wird zum neuen Regierungschef ernannt (**20.3.2024**). Über sieben Jahre waren die Sozialisten an der Macht.

Vietnam

Der vietnamesische Staatspräsident Vo Van Thuong tritt im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen zurück (**20.3.2024**). Er war erst knapp ein Jahr im Amt.

EU/Bosnien-Herzegowina

Die Europäische Union (EU) will Beitrittsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina aufnehmen (**21.3.2024**).

Russland

Anschlag auf Moskauer Crocus City Hall

Islamischer Staat Khorasan“

Terroristen überfallen in Krasnogorsk bei Moskau die Crocus City Hall und schiessen auf die Menschen. Ein Grossbrand bricht aus. (**22.3.2024**). Dabei kommen über 140 Menschen ums Leben und über 180 werden verletzt. Zur Tat bekennt sich der „Islamische Staat Khorasan“. Vier verhaftete Tatverdächtige stammen aus Tadschikistan.

Der russische Präsident Wladimir Putin vermutet eine ukrainische Spur. Die Terroristen sollen im Auftrag der Ukraine gehandelt haben.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 758. Tag (22.3.2024)

Massive russische Raketen- und Drohnenangriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur: Auch das Dnipro-Wasserkraftwerk in Saporischschja wird attackiert.

Senegal

In Senegal geht der Oppositionskandidat Bassirou Diomaye Faye als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Faye war wenige Tage vor der Wahl durch ein Amnestiegesetz aus dem Gefängnis entlassen worden. Ihm wurden Verleumdung und Richterbeleidigung vorgeworfen. Faye ist ein Weggefährte von Oppositionsführer Ousmane Sonko, der nicht kandidieren durfte (24.3.2024). Sonko wird neuer Regierungschef.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 171. Tag (25.3.2024)

UNO/USA

Der UNO-Sicherheitsrat fordert erstmals eine Waffenruhe im Gazastreifen. Sie soll bis zum Ende des Fastenmonats Ramadan dauern. Ausserdem fordert der Sicherheitsrat von der radikal-islamischen Hamas, die nach dem Überfall vom 7. Oktober verschleppten israelischen Geiseln bedingungslos und unverzüglich freizulassen. Die USA enthalten sich ihrer Stimme und ermöglichen damit die Annahme der Resolution.

USA

Katastrophen/Brückeneinsturz

Ein Containerschiff rammt einen Stützpfiler der „Francis Scott Key“-Brücke in Baltimore (US-Staat Maryland) und bringt dadurch die Brücke zum Einsturz. Mindestens sechs Menschen kommen ums Leben (26.3.2024).

Russland/Ukraine

Der „Weltrat des russischen Volkes“ unter dem Vorsitz des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill bezeichnet die militärischen Angriffe Russlands gegen die Ukraine als „Heiligen Krieg“ (27.3.2024).

Serbien

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić (*Vucic*) beauftragt den bisherigen Verteidigungsminister und Vorsitzenden der regierenden Serbischen Fortschrittspartei, Miloš Vučević (Milos Vucevic), mit der Bildung einer neuen Regierung (30.3.2024).

Türkei

Bei den Gemeindewahlen in der Türkei muss die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) eine schwere Niederlage einstecken. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) wird erstmals seit mehr als 40 Jahren wieder stärkste Partei und behauptet ihre Führungsrolle in Istanbul und Ankara. Erdoğan wollte seine Heimatstadt Istanbul für die AKP zurückerobern, doch. Bürgermeister Ekrem İmamoğlu (*Imamoglu*) sichert sich die Wiederwahl (31.3.2024).

Syrien

Konflikt Iran/Israel

Bei einem Luftangriff auf das iranische Konsulargebäude in der syrischen Hauptstadt Damaskus werden zwei Generäle der iranischen Revolutionsgarden getötet (1.4.2024). Iran macht Israel verantwortlich und droht mit Rache.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 178. Tag (1.4.2024)

- Bei einem israelischen Raketenangriff im Gazastreifen werden sieben Mitarbeiter der Hilfsorganisation World Central Kitchen getötet. Die Organisation versorgt Menschen in Katastrophengebieten mit Mahlzeiten.
- Seit Beginn des Krieges gegen die radikal-islamische Hamas im Gazastreifen sind nach israelischen Angaben insgesamt 600 israelische Soldaten getötet worden.

Kongo-Kinshasa

Mit Judith Suminwa Tuluka erhält die Demokratische Republik Kongo (Kongo-Kinshasa) erstmals eine Regierungschefin (1.4.2024).

Island

Die isländische Ministerpräsidentin Katrín Jakobsdóttir (*Jakobsdottir*) tritt zurück (5.4.2024). Sie will für die Präsidentschaftswahl kandidieren. Ihr Nachfolger wird der bisherige Aussenminister Bjarni Benediktsson von der konservativen Unabhängigkeitspartei. Benediktsson war von Januar bis November 2017 Ministerpräsident.

Slowakei

Parlamentspräsident Peter Pellegrini von der sozialdemokratischen Partei HLAS-SD wird mit einem Stimmenanteil von 53,1 Prozent zum neuen slowakischen Staatschef gewählt (6.4.2023). Der von der liberalen Opposition

unterstützte parteilose ehemalige Aussenminister Ivan Korčok (*Korcok*) hatte die erste Runde gewonnen, musste sich aber in der Stichwahl mit 42,5 Prozent begnügen.

Ungarn

In der ungarischen Hauptstadt Budapest demonstrieren Zehntausende Menschen gegen die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*). Zu den Protesten hatte der Regimekritiker Péter Magyar aufgerufen (6.4.2024).

Russland/Kasachstan

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

In Russland, im Süden des Uralgebirges, verursachen Schneeschmelze und anhaltende Niederschläge katastrophale Überschwemmungen in den Regionen Orsk und Orenburg. Der Ural und andere Flüsse treten über die Ufer. Dämme brechen. Betroffen ist auch der Norden Kasachstans. Zehntausende Menschen müssen evakuiert werden (ab 8.4.2024).

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte/Schweiz/Umwelt

Die Schweiz unternimmt laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zu wenig im Kampf gegen den Klimawandel und tritt damit auf eine Beschwerde von Klimaseniorinnen gegen die Schweiz ein. Der mangelnde Klimaschutz der Schweiz habe die klagenden Seniorinnen in ihren Menschenrechten verletzt (9.4.2024). Beide Kammern des Schweizer Parlaments protestieren gegen das Urteil. Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf (28.8.2024).

Irland

Der 37-jährige Simon Harris von der Partei Fine Gael wird neuer irischer Ministerpräsident. Er ist der jüngste Premierminister des Landes. Wie sein Vorgänger Leo Varadkar leitet er ein Regierungsbündnis aus Fine Gael, Fianna Fáil und Grünen (9.4.2024).

Korea (Südkorea)

Bei der Parlamentswahl in Südkorea schafft es die konservative People Power Party von Staatspräsident Yoon Suk Yeol nicht, die oppositionelle Democratic Party als stärkste Kraft abzulösen. Die Mitte-links orientierte Democratic Alliance unter Führung der Democratic Party gewinnt 176, die People Power Party mit ihren Verbündeten 108 der 300 Mandate (10.4.2024).

Konflikt Iran/Israel

USA/Grossbritannien/Frankreich/Jordanien

Israel gerät unter nächtlichen iranischen Drohnen- und Raketenbeschuss (14.4.2024). Es ist der erste direkte iranische Angriff auf Israel. Die meisten der 300 ballistischen Raketen, Drohnen und Marschflugkörper werden abgefangen und zerstört. Die Schäden sind gering. Unterstützt wird Israel von den USA, Grossbritannien und Jordanien. Das iranische Regime bezeichnet den Angriff als Vergeltungsschlag für die Tötung hochrangiger iranischer Offiziere beim mutmasslich von Israel geführten Luftangriff auf das iranische Konsulat in der syrischen Hauptstadt Damaskus (vgl. 1.4.2024), und als eine einmalige Vergeltungsaktion von „begrenztem Ausmass“. Angesichts der Rufe nach einem Gegenschlag drängen die Verbündeten Israels drängen auf eine Deeskalation.

USA

New York: Als erster ehemaliger US-Präsident muss sich Donald Trump vor einem Strafgericht verantworten. Der Vorwurf: Im Zusammenhang mit Schweigegeldzahlungen an eine Pornodarstellerin soll Trump Geschäftsunterlagen gefälscht haben, um die Zahlung zu verschleiern (15.4.2024).

Dänemark

Katastrophen/Brandkatastrophen

Ein Grossbrand zerstört fast die Hälfte der 400 alten historischen Börse in der dänischen Hauptstadt Kopenhagen. (16.4.2024).

Kroatien

Zum dritten Mal in Folge geht die nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor, verpasst aber die absolute Mehrheit. Die Partei von Ministerpräsident Andrej Plenković (*Plenkovic*) gewinnt 61 (minus 6) der 151 Sitze (17.4.2024). Das linksliberale Bündnis Flüsse der Gerechtigkeit (*Rijeke pravde*) unter Führung der Sozialdemokraten erhält 42 Sitze (plus 2). Drittstärkste Kraft ist die rechtspopulistische Heimatbewegung von Miroslav Škoro (*Skoro*). Sie gewinnt 14 Mandate (plus 2). Die konservative Partei Most (*Brücke*) ist mit 11 Abgeordneten (minus 1) vertreten. Die linksgrüne Bewegung Možemo (*Wir können*) erhält 10 Sitze (plus 5). Ministerpräsident Plenković schliesst ein Regierungsbündnis mit der Heimatbewegung.

Salomonen

Auf den Salomonen gewinnt die OUR-Party des Peking-freundlichen Premierministers Manasseh Sogavare mit 15 die meisten der 50 Sitze, verfehlt aber deutlich die absolute Mehrheit (17.4.2024.)

USA/Israel/Gazakrieg

Die Polizei löst an der New Yorker Columbia University ein antiisraelisches Protestcamp auf (**18.4.2024**). An zahlreichen Hochschulen der USA finden in den darauf folgenden Tagen propalästinensische Kundgebungen statt. Studentinnen und Studenten fordern ein Ende des Gazakrieges und protestieren gegen finanzielle Verbindungen ihrer Hochschulen mit Israel.

Konflikt Iran/Israel

Fünf Tage nach dem iranischen Drohnen- und Raketenangriff auf Israel (vgl. 14.4.2024) werden in der Nähe der iranischen Stadt Isfahan laut Angaben iranischer Medien drei Drohnen abgeschossen (**19.4.2024**). US-Medien melden einen israelischen Angriff. Ziel sei ein Luftwaffenstützpunkt gewesen. Details sind nicht bekannt. Die israelische Regierung äussert sich nicht.

USA/Ukraine

Nach monatelanger republikanischer Blockade billigt das US-Repräsentantenhaus ein Ukraine-Hilfspaket im Umfang von rund 61 Milliarden Dollar (**20.4.2024**). Danach stimmt auch der Senat zu.

Ecuador

Die Regierung von Ecuador erhält in einer Volksabstimmung grünes Licht für ein härteres Vorgehen gegen die Bandengewalt (**21.4.2024**).

Malediven

Bei der Parlamentswahl auf den Malediven erringt die Partei von Staatspräsident Mohamed Muizzu einen Erdrutschsieg. Sie gewinnt 66 der 93 Mandate (**21.4.2024**).

Militärausgaben

Die weltweiten Militärausgaben haben 2023 einen neuen Höchststand erreicht. Laut einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri erreichten sie 2,44 Billionen Dollar (**22.4.2024**).

Grossbritannien/Ruanda/Flüchtlinge/Migranten

Grossbritannien will irregulär eingereiste Migranten nach Ruanda abschieben. Das Unterhaus verabschiedet nach langer Debatte ein entsprechendes umstrittenes Gesetz (**23.4.2024**).

Argentinien

In Argentinien demonstrieren landesweit Hunderttausende Menschen gegen die Sparpolitik von Staatspräsident Javier Milei (**23.4.2024**).

EU

Das EU-Parlament stimmt einem Lieferkettengesetz zu. Es soll Unternehmen zur Rechenschaft ziehen, wenn sie von Kinder- oder Zwangsarbeit ausserhalb der Europäischen Union profitieren (**24.4.2024**).

UNO/Weltraum/Russland

Russland verhindert im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution über die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (**24.4.2024**).

Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron warnt in einer Grundsatzrede an der Pariser Sorbonne-Universität vor den Gefahren für Europa und fordert eine stärkere Kooperation bei der Verteidigung. „Unser Europa kann sterben. Das hängt allein von unseren Entscheidungen ab“, sagt Macron (**25.4.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 795 Tag (28.4.2024)

Nach den Worten des ukrainischen Oberbefehlshabers Oleksandr Syrskyi hat sich die Lage an der Front deutlich verschlechtert. Die russische Armee führe entlang der gesamten Front Angriffe durch, teilweise mit Erfolg.

Spanien

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) will allen Schwierigkeiten zum Trotz im Amt bleiben. Er hatte sich im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen gegen seine Frau eine mehrtägige Auszeit genommen. Die Anschuldigungen bezeichnet Sánchez als Teil einer „Diskreditierungskampagne“ (**29.4.2024**).

Grossbritannien/Schottland

Nach dem Bruch des Regierungsbündnisses zwischen der Scottish National Party und den Grünen tritt der schottische First Minister Humza Yousaf nach nur 13 Monaten im Amt zurück (**29.4.2024**). Nachfolger wird John Swinney.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg/USA – 798. Tag (1.5.2024)

Die USA beschuldigen Russland, im Krieg gegen die Ukraine chemische Waffen einzusetzen.

Grossbritannien

Bei den Gemeindewahlen in England müssen die regierenden Tories (Conservative Party) schwere Verluste in Kauf nehmen. Wahlgewinnerin ist die Labour Party. In London wird Sadiq Khan zum dritten Mal Bürgermeister (2.5.2024).

Deutschland

In Deutschland nimmt die Gewalt gegen Politiker zu: In Dresden wird der SPD-Politiker Matthias Ecke beim Aufhängen von Wahlplakaten niedergeschlagen und schwer verletzt (3.5.2024). Wenige Tage später (7.5.2024) wird die Berliner Wirtschaftssenatorin und frühere Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey attackiert.

Brasilien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Nach heftigen Regenfällen wird der brasilianische Bundesstaat Rio Grande do Sul von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Über 100 000 Menschen müssen ihre Häuser und Wohnungen verlassen. Die Millionenstadt Porto Alegre wird überflutet. Dutzende Menschen kommen ums Leben (5.5.2024).

Panama

Der rechtspopulistische Politiker José Raúl Mulino von der Partei Realizando Metas (Ziele verwirklichen) wird mit einem Stimmenanteil von 34,23 Prozent zum neuen Staatschef von Panama gewählt (5.5.2024). Den zweiten Platz erobert Ricardo Lombana von der Antikorruptionspartei Movimiento Otro Camino mit 24,59 Prozent. Im Parlament gewinnt Realizando Metas auf Anhieb 14 der 71 Mandate. Der sozialdemokratischen Partido Revolucionario Democrático (PRD) verliert 22 Sitze und entsendet nur noch 13 Abgeordnete. 20 Sitze gewinnen unabhängige Abgeordnete.

Tschad

In Tschad wird nach einer rund dreijährigen Übergangsphase der Chef der Militärjunta, Mahamat Déby, zum Staatspräsidenten gewählt. Er erhält rund 61 Prozent der Stimmen (6.5.2024).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 214. Tag (7.5.2024)

Israelische Truppen übernehmen in Rafah, im Süden des Gazastreifens, die Kontrolle über den Grenzübergang nach Ägypten. Die Bewohner im Osten der Stadt Rafah werden aufgerufen, das Gebiet zu verlassen.

Schweiz/Gazakrieg/Israel

An mehreren Schweizer Hochschulen demonstrieren propalästinensische Gruppen gegen den Gazakrieg und fordern unter anderem die Einstellung der Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen (7.5.2024).

Nordmazedonien

Rechtsrutsch bei den Wahlen in Nordmazedonien (8.5.2024). Der sozialdemokratische Staatspräsident Stevo Pendarovski wird abgewählt. Siegerin der Präsidentenwahl ist Gordana Siljanovska-Davkova, Kandidatin der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE. Sie erhält 65,14 Prozent der Stimmen. Der bisherige Amtsinhaber muss sich mit 29,25 Prozent begnügen.

Siegerin der Parlamentswahl ist nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE unter der Leitung von Hristijan Mickoski. Sie gewinnt 58 (plus 14) der 120 Sitze und verpasst nur knapp die absolute Mehrheit. Die bisher regierende Sozialdemokratische Liga hat nur noch 18 Sitze (minus 28). Auf die Albanerparteien DUI und VLEN entfallen 19 bzw. 13 Mandate.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg– 807. Tag (10.5.2024)

Russische Truppen dringen in der Region Charkiw über die ukrainische Grenze vor. und eröffnen damit eine neue Front. Mehrere Dörfer werden eingenommen.

UNO

Palästina

Die UNO-Vollversammlung räumt der palästinensischen Beobachtervertretung eine erweiterte Teilnahme an Sitzungen ein und fordert vom UNO-Sicherheitsrat eine „wohlwollende“ Prüfung einer Vollmitgliedschaft Palästinas (10.5.2024).

Spanien/Katalonien

In Katalonien verlieren die separatistischen Parteien erstmals seit 1980 die absolute Mehrheit im Parlament (12.5.2024). Sie erhalten 61 der 135 Mandate. Die Sozialisten (PSC) sind stärkste Kraft mit 42 Mandaten (plus 12) vor der separatistischen Junts per Catalunya des ehemaligen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont mit 35 Mandaten (plus 3) und der separatistischen Esquerra Republicana (ERC) mit 20 Mandaten (minus 13). Der Partit Popular folgt an vierter Stelle mit 15 Sitzen (plus 12).

Russland

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu wird entlassen. Er war seit 2012 Leiter des Verteidigungsministeriums. Sein Nachfolger wird der Wirtschaftsexperte und bisherige stellvertretende

Ministerpräsident Andrei Belousow. Schoigu wird Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates anstelle von Nikolai Patruschew. (12.05.2024).

Schweiz/ESC/nonbinäre Personen

Der aus Biel stammende Schweizer Nemo (Mettler) gewinnt den von politischen Querelen überschatteten Eurovision Song Contest (ESC) in Malmö (12.5.2024). Es ist der dritte ESC-Sieg für die Schweiz. Nemo identifiziert sich weder als Mann noch Frau. Er hat sich als nonbinär geoutet und setzt sich für ein drittes Geschlecht ein.

Deutschland

Die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) darf vom Verfassungsschutz weiter als extremistischer Verdachtsfall eingestuft werden. Das Oberverwaltungsgericht von Nordrhein-Westfalen bestätigt ein erstinstanzliches Urteil von 2022 (13.5.2024).

Neukaledonien/Frankreich

Eine umstrittene Wahlrechtsreform löst im französischen Überseegebiet Neukaledonien schweren Unruhen aus (13.5.2024). In der Hauptstadt Nouméa werden bei Ausschreitungen mehrere Menschen getötet. Die französische Regierung verhängt den Ausnahmezustand. Die Wahlrechtsreform stösst bei der indigenen Bevölkerung (Kanaken) auf Ablehnung. Bislang bekamen Einwohner das Wahlrecht erst, wenn sie 25 Jahre in dem Überseegebiet gelebt haben. Künftig sollen es zehn Jahre sein. Der französische Präsident Emmanuel Macron legt die Reformpläne auf Eis.

Georgien

Trotz wochenlanger Massenproteste beschliesst das Parlament Georgiens ein umstrittenes Gesetz über die Transparenz ausländischen Einflusses. Kritiker befürchten eine Kontrolle der Zivilgesellschaft wie in Russland. Das Gesetz sieht vor, dass sich Nichtregierungsorganisationen registrieren lassen müssen, wenn sie mehr als 20 Prozent ihrer Finanzmittel aus dem Ausland erhalten (14.5.2024).

Staatspräsidentin Salome Surabischwili legt ihr Veto ein, doch das Veto wird vom Parlament überstimmt.

USA/China

Die USA beschliessen eine drastische Erhöhung der Strafzölle auf chinesische Produkte wie Elektroautos, Halbleiter und Solarzellen (14.5.2024).

Slowakei

Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico wird in der Stadt Handlová angeschossen und schwer verletzt. Beim festgenommenen Attentäter handelt es sich um einen 71-jährigen Mann. (15.5.2024).

Niederlande

Knapp ein halbes Jahr nach der Parlamentswahl werden in den Niederlanden die Weichen für eine Vierparteienregierung gestellt (15.5.2024). Der Wahlsieger, der Rechtspopulist Geert Wilders, verbündet seine Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) mit der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD, der zentristischen Partei Neuer Gesellschaftsvertrag (Nieuw Sociaal Contract/NSC) und der populistischen Bauer-Bürgerbewegung (BoerBurgerBeweging/BBB). Die neue Regierung soll zur einen Hälfte aus Parteipolitikern und zur anderen Hälfte aus Technokraten bestehen. Der Entscheid, wer Ministerpräsident wird, ist noch offen. Wilders hat den Anspruch auf den Posten der Regierungschefs aufgegeben. Im Regierungsprogramm wird eine Verschärfung der Asylpolitik angekündigt. Die Bauern erhalten Erleichterungen bei Umweltauflagen. Geplant ist der Bau neuer Atomkraftwerke. Die Ausgaben im öffentlichen Dienst und bei der Entwicklungshilfe sollen gekürzt werden.

Singapur

Wechsel an der Spitze der Regierung von Singapur: Nach 20 Jahren tritt Premierminister Lee Hsien Loong zurück. Sein Nachfolger wird Lawrence Wong. Auch Wong gehört der regierenden People's Action Party an (15.5.2024).

Gambia/Schweiz

Das Schweizer Bundesstrafgericht verurteilt einen ehemaligen Innenminister von Gambia, Ousman Sonko, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Gefängnis (15.5.2024). Sonko war 2017 in einer Unterkunft für Asylbewerber verhaftet worden.

Türkei

Der seit 2016 inhaftierte kurdische Politiker Selahattin Demirtaş (*Demirtas*), ehemaliger Co-Vorsitzender der pro-kurdischen HDP-Partei, wird wegen Terrorpropaganda und Beihilfe zur Störung der Einheit und Integrität des Staates zu 42 Jahren Gefängnis verurteilt (16.5.2024).

USA/Börsen

Der US-Börsenindex Dow Jones springt erstmals über die Marke von 40 000 Punkten (16.5.2024).

Iran

Der iranische Staatspräsident Ebrahim Raisi kommt bei einem Helikopterabsturz in der Provinz Ost-Aserbaidschan ums Leben. Unter den Toten befindet sich auch Aussenminister Hossein Amir-Abdollahian (19.5.2024).

Kongo-Kinshasa

In Kongo-Kinshasa wird ein Putschversuch des Oppositionspolitikers Christian Malanga gegen Staatspräsident Félix Tshisekedi vereitelt (**19.5.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 227. Tag (20.5.2024)

Internationaler Strafgerichtshof

Israel/Hamas

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs beantragt Haftbefehle gegen den israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu und seinen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen die drei Hamas-Führer Yahya Sinwar, Mohammed Deif und Ismail Haniya wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der radikal-islamischen Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem anschliessenden Krieg im Gazastreifen. Netanyahu und Gallant seien für das Aushungern von Zivilisten als Mittel der Kriegsführung verantwortlich. Der Hamas-Führung werden Ausrottung, Mord, Geiselnahme, Vergewaltigungen und Folter vorgeworfen.

Vietnam

Mit To Lam erhält Vietnam zum dritten Mal innert drei Jahren einen neuen Staatschef. To Lam war bisher Minister für öffentliche Sicherheit und gilt als Hardliner (**22.5.2024**).

UNO/Bosnienkrieg/Srebrenica

Die UNO-Vollversammlung beschliesst die Einführung eines Gedenktages zum Massaker von Srebrenica (**23.5.2024**). Vom kommenden Jahr an soll der 11. Juli ein „Internationaler Tag des Gedenkens an den Völkermord von Srebrenica“ sein. Am 11. Juli 1995 und an den darauffolgenden Tagen waren während des Bosnienkrieges 8000 bosnische Muslime, Männer und männliche Jugendliche, ermordet worden.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 231. Tag (24.5.2024)

Internationaler Gerichtshof/Israel

Der Internationale Gerichtshof fordert Israel auf, die Offensive in Rafah im südlichen Gazastreifen zu beenden. Israel ignoriert die Aufforderung.

Papua-Neuguinea

Katastrophen/Erdrutsche

In Papua-Neuguinea, in der Hochlandprovinz Enga, verschüttet ein Erdbeben ein ganzes Dorf. Die Behörden schätzen, dass mehr als 2000 Menschen ums Leben gekommen sind (**24.5.2024**).

Palästina

Spanien/Norwegen/Irland

Spanien, Norwegen und Irland anerkennen Palästina als souveränen Staat an (**28.5.2024**)

Südafrika

Bei der Parlamentswahl in Südafrika verliert der African National Congress (ANC) erstmals seit dem Ende der Apartheid vor 30 Jahren die absolute Mehrheit und kann nicht mehr allein regieren (**29.5.2024**). Der ANC erhält 159 (minus 71) der 400 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die Democratic Alliance (DA) mit 87 (plus 3) Sitzen. Die ANC-Splitterpartei uMkhonto weSizwe (MK) von Expräsident Jacob Zuma gewinnt auf Anhieb 58 Mandate. Die marxistischen Economic Freedom Fighters (EFF) erhalten 39 (minus 5) Sitze

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 236. Tag (29.5.2024)

Die israelische Armee übernimmt die vollständige Kontrolle über den Philadelphia-Korridor, einen 14 Kilometer langen Grenzstreifen zu Ägypten.

USA

Im Prozess um die Verschleierung von Schweigegeldzahlungen an die ehemalige Pornodarstellerin Stormy Daniels hat ein Geschworenengericht in New York den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump in allen 34 Anklagepunkten schuldig gesprochen. Es ist das erste Mal in der US-Geschichte, dass ein Ex-Präsident wegen einer Straftat verurteilt wird (**30.5.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 827. und 828. Tag (30.5. und 31.5.2024)

USA/Deutschland

Die USA erlauben der Ukraine, US-Waffen in begrenztem Umfang gegen Ziele auf russischem Gebiet einzusetzen. Dies gilt ausschliesslich für Gegenschläge zur Verteidigung von Charkiw. Nach dem Entscheid Washingtons erlaubt auch Berlin der Ukraine den Einsatz deutscher Waffen.

Spanien/Katalonien

Das spanische Abgeordnetenhaus verabschiedet ein Amnestiegesetz für katalanische Separatisten (**30.5.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 238. Tag (31.5.2024)

USA

US-Präsident Joe Biden stellt einen Drei-Stufen-Plan für eine Waffenruhe im Gazastreifen vor (**31.5.2024**).

Deutschland

In Mannheim attackiert ein 25-jähriger Afghane Teilnehmer des islamkritischen Vereins Pax Europa mit einem Messer (**31.5.2024**). Mehrere Menschen werden verletzt, unter ihnen ein Polizist, der zwei später stirbt.

Indien

Rückschlag für den indischen Premierminister Narendra Modi und seine hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP). Die angestrebte Zweidrittelmehrheit wird verfehlt. Die BJP verliert bei der Parlamentswahl (19.4. bis **1.6.2024**) die absolute Mehrheit, bleibt aber stärkste Kraft. Sie erhält 240 (minus 63) von 543 Mandaten. Die von ihr angeführte, aus mehreren nationalen und regionalen Parteien gebildete National Democratic Alliance (NDA) gewinnt 293 Sitze.

Die oppositionelle Kongresspartei – Indian National Congress(INC) – mit Rahul Gandhi als treibende Kraft gewinnt 99 Sitze. Die vom INC geleitete Indian National Developmental Inclusive Alliance (INDIA) erhält 234 Mandate.

Deutschland

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Weite Teile von Baden-Württemberg und Bayern werden nach als Folge von Dauerregen von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Tausende Menschen müssen ihre Häuser verlassen. Zehntausende Helfer sind im Einsatz (**Anfang Juni 2024**).

Island

Die Unternehmerin Halla Tómasdóttir (*Tomasdottir*) geht als Siegerin aus der Präsidentschaftswahl in Island hervor. Sie erhält 34,14 Prozent der Stimmen. Die ehemalige Regierungschefin Katrín Jakobsdóttir (*Jakobsdottir*) kommt auf einen Stimmenanteil von 25,19 Prozent (**1.6.2024**).

Mexiko

Mexiko erhält erstmals eine Staatspräsidentin (**2.6.2024**). Claudia Sheinbaum vom regierenden linksnationalistischen Movimiento Regeneración Nacional (Morena) geht mit einem Stimmenanteil von 59,35 Prozent als Siegerin aus der Präsidentschaftswahl hervor. Ihre Konkurrentin Xóchitl Gálvez (*Xochitl Galvez*) kommt auf 27,90 Prozent. Sie war Kandidatin eines aus drei Parteien bestehenden Bündnisses (Fuerza y Corazón por México), dem die ehemalige Staatspartei Partido Revolucionario Institucional (PRI), der konservative Partido Acción Nacional (PAN) und der sozialdemokratische Partido de la Revolución Democrática (PRD) angehörten.

Die neue Staatschefin, ehemalige Bürgermeisterin der Hauptstadt, war Wunschkandidatin des bisherigen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (*Lopez Obrador*).

Stärkste Kraft im 500 Abgeordnete zählenden Parlament (Cámara de Diputados) ist das von Morena geleitete Bündnis Sigemos Haciendo Historia mit 373 Abgeordneten. Die Allianz Fuerza y Corazón por México gewinnt 102 Mandate.

USA/Mexiko

Flüchtlinge/Migranten

US-Präsident Joe Biden verschärft die Asylpolitik. Sobald an der Südgrenze mit Mexiko die Zahl illegaler Grenzübertritte einen Tagesdurchschnitt von 2500 übersteigt können die Migranten ohne vorherige Bearbeitung der Asylanträge abgeschoben werden (**4.6.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 834. Tag (6.6.2024)

Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron kündigt die Lieferung von Kampffjets des Typs Mirage 2000-5 an die Ukraine an. Ausserdem plant er ein Bündnis zur Entsendung westlicher Militärausbilder.

EU/Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank senkt erstmals seit 2019 den Leitzins (**6.6.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 246. Tag (8.6.2024)

Israelische Spezialkräfte befreien vier am 7. Oktober 2023 von Hamas-Terroristen in den Gazastreifen entführte Geiseln. Die Befreiungsaktion fordert nach Angaben palästinensischer Behörden 274 Tote.

EU/Europäisches Parlament

Bei der Wahl des neuen Europäischen Parlaments (6. bis **9.6.2024**) bleibt die Europäische Volkspartei stärkste Kraft vor den Sozialdemokraten. Auf der Gewinnerseite sind die Rechtspopulisten und Rechtsradikalen, aber ihr Einfluss wächst nicht so deutlich wie allgemein erwartet. Hohe Verluste verzeichnen die Grünen und Liberalen.

Die 720 Mandate verteilen sich –bei der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments – wie folgt (Vergleich mit den Mandaten am Ende der Legislatur):

- Europäische Volkspartei (Christdemokraten): 188 (plus 11),
- Sozialdemokraten (S&D): 136 (minus 2),
- Patrioten für Europa (Rechtspopulisten, EU-Skeptiker): 84
- Konservative und Reformer (EKR) 78 (plus 9).
- Renew Europa (Liberale und Zentristen): 77 (minus 24),
- Grünen/Europäische Freie Allianz: 53 (minus 18),
- Linke: 46: (plus 9).
- Rechtspopulisten, Rechtsextremisten – Europa der Souveränen Nationen: 25
- Fraktionslose: 33

Für grosses Aufsehen sorgen vor allem die Wahlergebnisse in Frankreich, Deutschland, Österreich und Ungarn. In Frankreich gewinnt das extrem rechte Rassemblement national mehr als doppelt so viele Stimmen und Mandate wie die Partei von Staatspräsident Emmanuel Macron. In Deutschland erobert die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) den zweiten Platz hinter den Unionsparteien und vor den Regierungsparteien der Ampelkoalition. In Österreich gewinnt die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) die meisten Stimmen und Mandate. In Ungarn fordert der politische Newcomer Péter Magyar die Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) heraus. In Finnland, Schweden und Dänemark sind linke Parteien erfolgreich.

Eine Auswahl nationaler Ergebnisse:

• **Deutschland:** Klare Sieger sind die Unionsparteien CDU/CSU (Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union). Mit einem Stimmenanteil von 30 Prozent gewinnen sie 29 der 96 Mandate. Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) wird zweitstärkste Kraft mit 15,9 Prozent der Stimmen und 15 Mandaten. Sie überholt damit die Sozialdemokraten (SPD). Auf der Verliererseite stehen die Parteien der regierenden Ampelkoalition unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz. Zusammen entsenden sie 31 Abgeordnete ins Europaparlament. Die Sozialdemokraten erhalten 14, die Grünen 12 und die Liberalen (FDP) 5 Mandate. Hohe Einbußen müssen die Grünen in Kauf nehmen. Die abtrünnige Linkspolitikerin Sahra Wagenknecht gewinnt mit ihrem Bündnis (BSW) 6 Sitze.

• **Frankreich:** Wahlsiegerin mit grossem Vorsprung ist das extrem rechte Rassemblement national (RN) unter Führung von Jordan Bardella mit der Liste La France revient mit einem Stimmenanteil von 31,37 Prozent und 30 der insgesamt 81 Mandate. Weit dahinter mit 14,6 Prozent der Stimmen und 13 Mandaten liegt die Partei von Staatspräsident Emmanuel Macron – Renaissance – mit der Liste Besoin d'Europe. Die Sozialisten (Réveillon l'Europe) kommen auf 13,83 Prozent und 13 Sitze. Es folgen die linkspopulistische Partei La France insoumise mit 9,89 Prozent und 9 Sitzen und die Républicains mit 7,24 Prozent und 6 Sitzen.

Der Erdrutschsieg der Rechtspopulisten löst ein politischen Beben aus: Staatspräsident Emmanuel Macron beschliesst, die Assemblée nationale aufzulösen und ordnet Neuwahlen an. Macron erklärt, er könne nicht so tun, als wäre nichts passiert. „Der Aufstieg der Nationalisten und Demagogen ist eine Gefahr für unsere Nation und eine Gefahr für Europa.“

• **Italien:** Die als postfaschistisch bezeichnete Partei von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, Fratelli d'Italia, gewinnt als stärkste Kraft 28,8 Prozent der Stimmen und 24 der 76 Mandate. Auf dem zweiten Platz liegt der sozialdemokratische Partito democratico mit 24,1 Prozent Stimmenanteil und 21 Sitzen. Je acht Mandate gewinnen die konservative Forza Italia, das populistische Movimento 5 Stelle und die rechtspopulistische Lega. Die Lega unter Führung von Matteo Salvini verzeichnet hohe Verluste (minus 25,26 Prozentpunkte).

• **Spanien:** Stärkste Kraft ist der konservative Partido Popular (PP) mit einem Stimmenanteil von 34,2 Prozent und 22 von insgesamt 61 Mandaten. Die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) gewinnen 30,2 Prozent der Stimmen und 20 Sitze. An dritter Position liegt die rechtsradikale Partei Vox mit 9,6 Prozent Stimmenanteil und 6 Sitzen.

• **Polen:** Die liberalkonservative Bürgerkoalition (KO) von Ministerpräsident Donald Tusk wird stärkste Kraft mit 37,1 Prozent Stimmenanteil und 21 von insgesamt 53 Mandaten. Knapp dahinter folgt die ehemalige nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit 36,2 Prozent der Stimmen und 20 Mandaten. Den dritten Platz erreicht die nationalistische Konfederacja mit 6 Sitzen.

• **Österreich:** Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) wird stärkste Kraft. Sie gewinnt 25,5 Prozent der Stimmen und 6 der insgesamt 20 Mandate. Die regierende konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) von Bundeskanzler Karl Nehammer kommt auf einen Stimmenanteil von 24,5 Prozent und verliert damit 10 Prozentpunkte. Die ÖVP entsendet 5 Abgeordnete. Ebenfalls 5 Mandate gewinnen die Sozialdemokraten (SPÖ) mit 23,2 Prozent der Stimmen. Die Grünen gehören mit 11,1 Prozent Stimmenanteil (minus 3 Prozentpunkte) zu den Verlierern. Sie sind wie die liberale Neos mit zwei Sitzen vertreten.

● **Niederlande:** Das Bündnis aus Grünen und Sozialdemokraten – GroenLinks-Partij van de Arbeid (GL-PvdA) – erhält mit 21 Prozent den höchsten Stimmenanteil und 8 der 31 Sitze. Den höchsten Stimmenzuwachs (plus 14,2 Prozentpunkte) erzielt die rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders. Seine Partei erhält 17,7 Prozent der Stimmen und 6 (plus 5) Sitze. Es folgen die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) mit 4, der Christlich-Demokratische Appell (Christen Democratisch Appèl /CDA) mit 3 Mandaten, die sozialliberalen Demokraten 66 ebenfalls mit drei und die Bauer-Bürgerbewegung (BoerBurgerBeweging (BBB) und Volt Nederland mit je zwei Sitzen.

● **Schweden:** Die Sozialdemokraten erzielen mit 24,8 Prozent den höchsten Stimmenanteil und gewinnen 5 der 21 Sitze. An zweiter Stelle liegt die Moderate Sammlungspartei mit 17,5 Prozent der Stimmen und vier Sitzen. Dahinter folgen die Grünen mit drei Mandaten. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten gewinnen ebenfalls drei Sitze, doch ihr Wähleranteil sinkt um 2,2 Prozentpunkte auf 13,2 Prozent. Zu den Wahlgewinnern gehört die Linkspartei. Sie erhöht ihren Stimmenanteil um 4,3 Prozentpunkte auf 11,1 Prozent und entsendet zwei Abgeordnete.

● **Dänemark:** Die Sozialistische Volkspartei geht mit einem Stimmenanteil 17,4 Prozent (plus 4,2 Prozentpunkte) als stärkste Kraft aus der Europawahl hervor. Sie gewinnt 3 der 15 Mandate. Ebenfalls 3 Sitze gewinnen die Sozialdemokraten mit 15,6 Prozent der Stimmen. Drittstärkste Kraft ist die liberale Venstre mit 14,7 Prozent der Stimmen (minus 8,8 Prozentpunkte) und 2 Mandaten. Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei gehört zu den Verlierern. Sie kommt auf 6,4 Prozent der Stimmen (minus 4,4 Prozentpunkte) und gewinnt ein Mandat.

● **Finnland:** Stärkste Kraft ist die konservative Nationale Sammlungspartei mit einem Stimmenanteil von 24,8 Prozent. Sie gewinnt 4 der 15 Sitze. Erfolgreich ist das auf dem zweiten Platz liegende Linksbündnis mit 17,3 Prozent (plus 10,5 Prozentpunkte) und 3 Mandaten. Dahinter folgen mit je 2 Sitzen die Sozialdemokraten, die Zentrums- und die Grünen. Auf der Verliererseite befindet sich die rechtspopulistische Finnenpartei mit einem Stimmenanteil von 7,6 Prozent (minus 6,2 Prozentpunkte) und einem Mandat.

● **Ungarn:** Die siegesgewöhnte Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) bleibt mit einem Stimmenanteil von 44,8 Prozent und 11 Sitzen stärkste Kraft, erhält aber Konkurrenz durch den politischen Newcomer Péter Magyar. Dessen Partei Tisza erhält auf Anhieb 29,5 Prozent der Stimmen und 7 Mandate.

Belgien

In Belgien werden neben den Abgeordneten des Europaparlaments auch das nationale Parlament sowie die Parlamente der drei Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel-Hauptstadt sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewählt (**9.6.2024**).

In der nationalen Abgeordnetenversammlung mit 150 Sitzen sind die flämischen Nationalisten von der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) stärkste Kraft mit 24 (minus 1) Sitzen vor der flämischen rechtsradikalen Partei Vlaams Belang mit 20 (plus 2) Mandaten. Drittstärkste Kraft ist das wallonische liberale Mouvement Réformateur mit 19 (plus 5) Sitzen. Zu den Verlierern gehört der wallonische Parti Socialiste mit 16 (minus 4) Mandaten. Die Linkssozialisten (Partij van de Arbeid/ Parti du Travail de Belgique) entsenden 15 (plus 3) und die linksliberale Partei Les Engagés 14 (plus 9) Abgeordnete. 13 (plus 4) Mandate gewinnt die flämische sozialdemokratische Partei Vooruit (Vorwärts). Die flämischen Christdemokraten (Christen Democratisch en Vlaams/CD&V) entsenden 11 (minus 1) Abgeordnete. Auf der Verliererseite befinden sich auch die Liberalen (Open Vlaamse Liberalen en Democraten/Open VLD) und die Grünen (Ecolo und Groen) Die Liberalen erhalten 8 (minus 4) Mandate. Ecolo verliert 11 Mandate und entsendet noch 2 Abgeordnete. Groen hat 7 (minus 1) Sitze.

Anmerkung: In Belgien haben sich zwei Parteien umbenannt:

- Die Socialistische Partij Anders (sp.a) nennt sich Vooruit (Vorwärts)
- das Centre Démocrate Humaniste nennt sich Les Engagés

Wegen der hohen Verluste seiner flämischen liberalen Partei Open VLD tritt der belgische Premierminister Alexander De Croo zurück.

Bulgarien

In Bulgarien finden die sechsten Parlamentswahlen innert drei Jahren statt (**9.6.2024**). Das Bündnis der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow und der Union Demokratischer Kräfte (SDS) bleibt mit 68 Sitzen stärkste Kraft vor der von der türkischen Minderheit unterstützten Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit 47 (plus 11) Mandaten und der Wahlallianz „Wir setzen den Wandel fort“ – Demokratisches Bulgarien (PP-DB) mit 39 (minus 25) Mandaten. Die rechtsradikale prorussische Partei Wiedergeburt erhält 38 (plus 1) Mandate. Die Sozialistische Partei (BSP) ist mit 19 (minus 4) Sitzen vertreten. Die populistische Partei „Es gibt so ein Volk“ (ITN) entsendet 16 (plus 5) Abgeordnete. 13 Sitze erobert die populistische Partei Welitschie (Herrlichkeit).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen beide Gesundheitskosteninitiativen ab: Die Prämien-Entlastungs-Initiative mit 55,5 und die Kostenbremse-Initiative mit 62,8 Prozent Nein-Stimmen. Chancenlos ist die Stopp-Impfpflicht-Initiative. Sie wird mit 73,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Zustimmung findet das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien mit 68,7 Prozent Ja-Stimmen (**9.6.2024**).

Israel

Wegen Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft des Gazastreifens verlässt der ehemalige israelische Verteidigungsminister und Generalstabschef Benny Gantz das Kriegskabinett (**9.6.2024**). Kurz darauf löst Ministerpräsident Benjamin Netanyahu das Kriegskabinett auf (**17.6.2024**).

Frankreich

In Frankreich bilden Linksparteien für die nächste Parlamentswahl eine Volksfront (nouveau front populaire). Dazu gehören die Grünen (Ecologistes), La France insoumise, der Parti socialiste, der Parti communiste und Place Publique (**10.6.2024**).

Frankreich

Mit Blick auf die nächste Parlamentswahl in Frankreich schlägt der Vorsitzende der Républicains, Éric Ciotti, ein Bündnis mit dem extrem rechten Rassemblement national vor (**11.6.2024**). Er wird dafür heftig kritisiert und am Tag darauf von der Parteileitung abgesetzt.

G-7/Ukraine/Vatikan

Gipfeltreffen der sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien –im Resort Borgo Egnazia in der süditalienischen Region Apulien (**13. bis 15.6.2024**). Die Teilnehmer einigen sich auf einen Kredit von 50 Milliarden Dollar für die Ukraine. Die Ukraine soll das Geld für den Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur und bei Engpässen im Staatshaushalt nutzen können – aber auch für Waffenkäufe. Der Kredit soll durch Gewinne aus eingefrorenen russischen Vermögen abgesichert werden. US-Präsident Joe Biden und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnen am Rande des G-7-Gipfels ein Sicherheitsabkommen mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Die USA sagen der Ukraine unter anderem militärische Hilfen, Kooperation in der Rüstungsindustrie und den Austausch von Geheimdienstinformationen zu. Gastredner beim G-7-Gipfel ist Papst Franziskus. Er spricht über die Herausforderungen der künstlichen Intelligenz.

Flüchtlinge

Laut einem Bericht des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) hat die Zahl der Vertriebenen mit 120 Millionen weltweit einen neuen Höchststand erreicht (**13.6.2024**).

EU/Europäischer Gerichtshof/Ungarn

Der Europäische Gerichtshof verhängt finanzielle Sanktionen gegen Ungarn wegen dessen Asylpolitik. Der Gerichtshof verfügt eine Busse von 200 Millionen Euro und ein tägliches Zwangsgeld von einer Million Euro für jeden Tag des Verzugs (**13.6.2024**).

UNO/Sudan

Der UNO-Sicherheitsrat fordert ein Ende der Belagerung der sudanesischen Stadt El Fasher durch die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) und ein Ende der Kämpfe (**13.6.2024**). Etwa 1,8 Millionen Menschen leben in der Stadt in Darfur, unter ihnen Hunderttausende Vertriebene des Bürgerkriegs.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 842. Tag (14.6.2024)

Der russische Präsident Wladimir Putin nennt Bedingungen für Friedensgespräche mit der Ukraine. Russland sei bereit, die Kämpfe einzustellen und Gespräche aufzunehmen, wenn sich die ukrainischen Streitkräfte aus den Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja zurückziehen. Die Ukraine müsse ihre Bestrebungen aufgeben, der Nato beizutreten. Sobald Kyjiw dazu bereit sei, werde es einen Waffenstillstand und Verhandlungen geben. Die Ukraine und ihre Verbündeten reagieren ablehnend.

Südafrika

Der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa wird vom neugewählten Parlament für eine zweite Amtszeit bestätigt (**14.6.2024**). Ramaphosas Partei, der African National Congress (ANC), hatte bei der Wahl erstmals seit dem Ende der Apartheid vor 30 Jahren die absolute Mehrheit verloren. Ramaphosa strebt auch mit der Democratic Alliance (DA) eine Zusammenarbeit an.

Frankreich

In Paris und in anderen französischen Städten demonstrieren im Vorfeld der Parlamentswahl Zehntausende Menschen gegen das extrem rechte Rassemblement national (**15.6.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg –843. und 844. Tag (15. und 16.6.2024)

Schweiz

Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Repräsentanten von 100 Staaten und Organisationen treffen sich auf dem Bürgenstock in der Innerschweiz zu einer zweitägigen Ukraine-Konferenz. Russland ist nicht dabei. Moskau hatte kein Interesse an einer Teilnahme gezeigt und wurde deshalb nicht eingeladen.

In der Abschlusserklärung der „Konferenz zum Frieden“ wird Russland die Verantwortung für den Ukraine-Krieg zugewiesen. Die Unterzeichner rufen dazu auf, die Souveränität aller Staaten nicht durch Drohung durch Gewalt zu verletzen. Sie verurteilen Drohungen mit Atomwaffen, fordern den ungehinderten Betrieb des Atomkraftwerks Saporischschja durch die Ukraine, ausserdem freie Seewege für ukrainische Getreideexporte, den Austausch aller Gefangenen sowie die Rückgabe verschleppter ukrainischer Kinder. Einige Staaten unterzeichnen die Abschlusserklärung nicht, unter ihnen Indien, Saudiarabien, Südafrika, Brasilien, Mexiko und Indonesien. Für die Schweiz war es die grösste je veranstaltete internationale Konferenz.

Atomwaffen

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri beklagt die steigende Anzahl einsatzbereiter Atomwaffen. Etwa 2100 befinden sich laut Sipri-Experten in höchster Einsatzbereitschaft (**17.6.2024**).

Saudiarabien

In Saudiarabien herrschen während der diesjährigen islamischen Wallfahrt Hajj extreme Temperaturen von teilweise über 50 Grad. Nach offiziellen Angaben sterben über 1300 Pilger an den Folgen der Hitze (**18.6.2024**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Schauspielerin Anouk Aimée stirbt im Alter von 92 Jahren (**18.6.2024**).

Russland/Korea (Nordkorea)

Der russische Präsident weist zu einem Staatsbesuch in Nordkorea. Er und sein Gastgeber Kim Jong Un unterzeichnen einen Vertrag über strategische Partnerschaft. Das Abkommen sieht nach Angaben Putins einen gegenseitigen Beistand im Falle einer Aggression gegen eine der Vertragsparteien vor (**19.6.2024**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der kanadische Schauspieler Donald Sutherland stirbt im Alter von 88 Jahren (**20.6.2024**).

Kenia/Haiti

Kenia entsendet rund 1000 Polizisten zur Bekämpfung der Bandengewalt in Haiti. Kenia und Haiti unterzeichnen ein entsprechendes Abkommen im Rahmen der von der UNO gebilligten Mission Multinationale d'Appui à la Sécurité/MMAS (**21.6.2024**).

Schweiz

Katastrophen/Unwetter

Die Kantone Graubünden und Wallis werden von schweren Unwettern heimgesucht. Im südbündnerischen Misox verwüstet eine Geröll- und Schuttlawine den Weile Sorte und einen Autobahnabschnitt. Die A13 der San-Bernardino-Route ist unterbrochen (**21.6.2024**). Eine Woche später sind das Maggial im Tessin und erneut der Kantons Wallis von Überschwemmungen und Erdbeben betroffen.

Nordmazedonien

Neue Regierung in Nordmazedonien (**23.6.2024**): Hristijan Mickoski von der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE wird Regierungschef. Der Sieger der Parlamentswahl vom 8. Mai 2024 bildet eine Koalitionsregierung mit dem albanischen Parteienbündnis VLEN und der liberalen Kleinpartei ZNAM.

Russland/Dagestan

In der russischen Teilrepublik Dagestan kommen bei Anschlägen in Derbent und Machatschkala auf Kirchen, Synagogen und Polizeiposten 20 Menschen ums Leben. Sechs Angreifer werden getötet (**23.6.2024**).

WikiLeaks

Der Fall Julian Assange

Grossbritannien/USA/Australien

Julian Assange, Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, wird nach fünfjähriger Haft in London überraschend freigelassen und kann in seine Heimat Australien zurückkehren (**24.6.2024**). Die USA wollten Assange wegen der Veröffentlichung geheimer Dokumente und Verstössen gegen das Antispyonagesgesetz vor Gericht stellen und forderten dessen Auslieferung. Im Rahmen eines Deals mit den US-Justizbehörden bekennt sich Assange vor einem Gericht auf der US-Pazifikinsel Saipan der Verschwörung zur Beschaffung geheimer US-Dokumente schuldig. Die Strafe von fünf Jahren Gefängnis gilt durch seinen Gefängnisaufenthalt in London als verbüsst.

EU/Ukraine/Moldau

Die Europäische Union nimmt Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau auf (**25.6.2024**).

Europarat/Schweiz

Der ehemalige Schweizer Bundesrat Alain Berset wird neuer Generalsekretär des Europarats (**25.6.2024**).

Israel

Der Oberste Gerichtshof Israels beschliesst, dass die Regierung ultraorthodoxe Juden zum Militärdienst einberufen muss. Jahrzehntlang war diese Gruppe per Ausnahmeregelung vom Dienst an der Waffe befreit (**25.6.2024**).

Kenia

In der kenianischen Hauptstadt Nairobi münden Proteste gegen geplante Steuererhöhungen in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Polizei erschiess 23 Demonstranten. Hunderte werden verletzt (**25.6.2024**). Das umstrittene Finanzgesetz wird zurückgezogen.

Nato/Niederlande

Der frühere niederländische Ministerpräsident Mark Rutte wird neuer Nato-Generalsekretär (**26.6.2024**). Er wird Nachfolger des Norwegers Jens Stoltenberg.

Bolivien

In Bolivien scheitert ein Putschversuch unter Führung von General Juan José Zúñiga (*Zuniga*). Hintergrund ist ein Streit zwischen Staatschef Luis Arce und Expräsident Evo Morales (**26.6.2024**).

Honduras

Der ehemalige honduranische Staatspräsident Juan Orlando Hernández (*Hernandez*) wird von einem Gericht in New York wegen Verschwörung zum Drogenschmuggel zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt (**26.6.2024**).

EU

Die EU-Staats- und -Regierungschefs nominieren Ursula von der Leyen für eine zweite Amtszeit als EU-Kommissionspräsidentin. Die liberale estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas soll EU-Aussenbeauftragte werden. Zum neuen Ratspräsidenten wählen die Staats- und Regierungschefs den portugiesischen Sozialdemokraten und Ex-Premier António Costa (**27.6.2024**).

EU-Ukraine

Die Europäische Union und die Ukraine schliessen ein Sicherheitsabkommen (**27.6.2024**). Mit dem Abkommen verpflichtet sich die EU, der Ukraine «weiterhin jede erforderliche politische, finanzielle, wirtschaftliche, humanitäre, militärische und diplomatische Unterstützung» zukommen zu lassen.

EU-Georgien

Die Europäische Union will den Beitrittsprozess von Georgien wegen des politischen Kurses der dortigen Führung vorerst nicht fortsetzen. (**27.6.2024**).

USA/

Ein schwacher Auftritt von US-Präsident Joe Biden bei einem Fernsehduell mit Expräsident Donald Trump im Vorfeld der Präsidentschaftswahl löst bei der Demokratischen Partei Zweifel an einer erneuten Kandidatur Bidens aus (**27.6.2024**).

Argentinien

Das argentinische Abgeordnetenhaus stimmt einem erheblich zusammengestrichenen Reformpaket (Ley Bases) von Staatspräsident Javier Milei zu (**28.6.2024**). Dieses sieht unter anderem die Privatisierung mehrerer staatlicher Unternehmen, Steuererleichterungen für Grossinvestoren sowie Arbeitsmarkt- und Steuerreformen vor. Milei kann ein Jahr lang per Dekret regieren.

Panama/„Panama Papers“

Acht Jahre nach der Enthüllung des weltweiten Finanzskandals der „Panama Papers“ werden die 28 Angeklagten von einem Gericht in der Hauptstadt Panamas überraschend freigesprochen (**28.6.2024**). Den Angeklagten war Geldwäsche durch die Gründung von 215 000 Briefkastenfirmen in Steueroasen vorgeworfen worden. Politiker, Prominente und Sportler sollen dadurch ihr Vermögen verschleiert haben (vgl. 3.4.2016).

Frankreich

In der ersten Runde der vorgezogenen Parlamentswahl in Frankreich (**30.6.2024**) fällt jede dritte abgegebene Stimme an die extreme Rechte. Das Rassemblement national (RN) erhält 29,23 Prozent der Stimmen. Zusammen mit der verbündeten Union de l'extrême Droite sind es 33,13 Prozent. Zweistärkste Kraft ist das neue Linksbündnis Nouveau Front populaire mit 27,99 Prozent. Das Mitte-Lager von Präsident Emmanuel Macron erleidet eine herbe Niederlage. Ensemble muss sich mit 20,04 Prozent begnügen. Die Wahlbeteiligung ist mit 66,71 Prozent ausserordentlich hoch.

Ungarn/Österreich/Tschechien/Frankreich/Niederlande/Italien/Spanien/Belgien

Europäisches Parlament

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*), der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Herbert Kickl, und der frühere tschechische Regierungschef Andrej Babiš (*Babis*) bilden eine Allianz und

beschliessen die Bildung einer neuen Fraktion im Europäischen Parlament mit der Bezeichnung „Patrioten für Europa“ (**30.6.2024**).

Den „Patrioten für Europa“, der drittstärksten Fraktion im Europäischen Parlament mit 84 Abgeordneten, schliessen sich auch das französische Rassemblement national, die niederländische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders, die italienische Lega von Matteo Salvini, die spanische Partei Vox und Belgiens Vlaams Belang an. Fraktionsvorsitzender wird Jordan Bardella.

USA

Ehemalige US-Präsidenten besitzen nach einem Entscheid des Supreme Court weitreichende Immunität für offizielle Amtshandlungen, jedoch nicht für Handlungen als Privatpersonen. Der Entscheid fällt mit sechs gegen drei Stimmen (**1.7.2024**). Expräsident Donald Trump spricht von einem „grossen Sieg für unsere Demokratie“. Präsident Joe Biden übt heftige Kritik: „Die heutige Entscheidung bedeutet mit ziemlicher Sicherheit, dass es praktisch keine Grenzen für das Handeln eines Präsidenten gibt.“ Die Richterin Sonia Sotomayor, Mitglied des Supreme Court, meint, indem dem Präsidenten weitreichende Straffreiheit zugestanden werde, sei dieser fortan „ein König, der über dem Gesetz steht“.

Niederlande

Sieben Monate nach der Parlamentswahl erhalten die Niederlande eine neue Regierung unter Führung des ehemaligen Geheimdienstchefs Dick Schoof (**2.7.2024**). Dem Regierungsbündnis gehören neben der Wahlsiegerin, der rechtspopulistischen Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV), die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD), die zentristische Partei Neuer Gesellschaftsvertrag (Nieuw Sociaal Contract/NSC) und die populistische Bauer-Bürgerbewegung (BoerBurgerBeweging/BBB) an.

Ungarn/Ukraine/Russland/China/EU

Nach Beginn der sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft besucht der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) ohne Rücksprache mit den anderen Partnern der Europäischen Union auf einer „Friedensmission“ die ukrainische Hauptstadt Kyjiw (**2.7.2024**), Moskau (5.7.) und Peking (8.7.), um nach eigener Darstellung die Chancen für einen Waffenstillstand in der Ukraine und Friedensgespräche zwischen Kyjiw und Moskau auszuloten.

Indien

Katastrophen/Massenpanik

Bei einer Massenpanik während eines Hindufestivals in einem Dorf im indischen Unionsstaat Uttar Pradesh kommen über 120 Menschen ums Leben, die meisten von ihnen Kinder und Frauen (**2.7.2024**).

Grossbritannien

Die oppositionelle Labour Party kehrt an die Macht zurück. Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien (**4.7.2024**) erobert die Partei von Keir Starmer mit einem Stimmenanteil von 33,7 Prozent 411 der 650 Mandate und gewinnt damit – im Vergleich zu den letzten Wahlen von 2019 – 209 Mandate hinzu. Die Conservative Party von Premierminister Rishi Sunak erleidet die schwerste Niederlage ihrer Geschichte. Sie verliert bei einem Stimmenanteil von 23,7 Prozent 244 Mandate und ist nur noch mit 121 Abgeordneten vertreten. Drittstärkste Kraft sind die Liberal Democrats mit 71 (plus 60) Sitzen. Auch die Scottish National Party muss eine Niederlage einstecken. Sie erhält 9 (minus 39) Sitze. Die rechtspopulistische Reform UK zieht unter ihnen Parteichef Nigel Farage mit 5 Abgeordneten ins Unterhaus ein. Das Mehrheitswahlrecht verhindert eine stärkere Vertretung im Unterhaus.

Grossbritannien

Der britische Premierminister Rishi Sunak tritt nach dem Debakel seiner Conservative Party bei der Unterhauswahl zurück (**5.7.2024**).

Nach 14 Jahren zieht mit Keir Starmer wieder ein Labour-Premier in den Amtssitz Downing Street 10 ein. Er ernennt Angela Rayner zu seiner Stellvertreterin. Mit Rachel Reeves leitet erstmals eine Frau das Finanzministerium. Neuer Aussenminister wird David Lamney.

Iran

Masud Pezeshkian geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Iran hervor (**5.7.2024**). In der Stichwahl gegen den Hardliner Said Jalili erhält der als moderat geltende Politiker und Herzchirurg 53,7 Prozent der Stimmen.

Grossbritannien

Ruanda

An der ersten Kabinettsitzung stoppt der neue britische Premierminister Keir Starmer die umstrittenen Pläne für die Abschiebung von Asylbewerbern nach Ruanda (**6.7.2024**).

Frankeich

Überraschendes Ergebnis der zweiten Runde Parlamentswahl in Frankreich (**7.7.2024**):

- Entgegen den Prognosen wird das Linksbündnis Nouveau Front populaire mit 182 der 577 Mandate stärkste Kraft in der neuen Assemblée nationale vor dem Mitte-Lager – Ensemble – von Präsident Emmanuel Macron mit 168 Sitzen und dem extrem rechten Rassemblement national, das zusammen mit Verbündeten 143 Mandate gewinnt. In der ersten Wahlrunde hatte das Rassemblement national die meisten Stimmen erhalten (vgl. 30.6.2024). Republikanische Kräfte hatten für die zweite Wahlrunde eine Brandmauer gegen die extreme Rechte vereinbart.

Les Républicains gewinnen 45 Sitze. Es folgen: Divers (15), Divers gauche (13), Divers centre (6), Régionalistes (4) und Divers (1).

- Keiner der drei Blöcke erreicht eine regierungsfähige Mehrheit. Dies erschwert die Bildung einer neuen Regierung.
- Jean-Luc Mélenchon, der Vorsitzende der radikal linken Bewegung La France insoumise, erhebt für das Linksbündnis Nouveau Front populaire, Anspruch auf die Regierungsbildung. La France insoumise ist mit 74 Sitzen stärkste Kraft im Linksbündnis vor dem Parti socialiste mit 59, den Écologistes mit 28, den Kommunisten mit 9 Mandaten und anderen 12 Abgeordneten.
- Das extrem rechte Rassemblement national unter Führung von Jordan Bardella erzielt mit 126 Mandaten (plus 54) das bisher beste Ergebnis bei Parlamentswahlen. Zusammen mit 17 dissidenten Republikanern hat der Block der extremen Rechten 143 Abgeordnete. In der zweiten Wahlrunde erhält das Rassemblement mit 33,22 Prozent den höchsten Stimmenanteil.
- Ensemble – das Lager von Präsident Emmanuel Macron – bildet trotz Verlusten mit 168 Sitzen den zweistärksten Block. Zu Ensemble gehören die Parteien Renaissance (102 Sitze), MoDem (33), Horizons 25 sowie 8 andere Abgeordnete.

Frankreich

Der französische Premierminister Gabriel Attal bietet seinen Rücktritt an. Staatspräsident Emmanuel Macron lehnt den Rücktritt ab und bittet zunächst Attal, im Amt zu bleiben, um „die Stabilität des Landes zu gewährleisten“ (8.7.2024).

Nato

USA/Ukraine/Deutschland/China/Russland/Dänemark/Niederlande

Die Nato verständigt sich an ihrem Gipfeltreffen in Washington zum 75-jährigen Bestehen des Verteidigungsbündnisses auf weitere Militärhilfen für die Ukraine im Umfang von 40 Milliarden Euro. Zudem erhält die Ukraine weitere Waffen: F-16-Kampffjets aus Dänemark und den Niederlanden und ein weiteres US-Patriot-Flugabwehrsystem. Ein Nato-Quartier soll von Wiesbaden aus die Waffenlieferungen koordinieren. Die Nato will die Ukraine „auf ihrem unumkehrbaren Weg zur vollen euroatlantischen Integration inklusive Nato-Beitritt unterstützen. Die Nato äussert sich tief besorgt über das Verhältnis Chinas zu Russland und bezeichnet China als „entscheidenden Beihilfe“ im russischen Angriffskrieg. Am Rande des Nato-Gipfels kündigen die USA an, zum besseren Schutz der Nato-Verbündeten ab 2026 wieder Marschflugkörper sowie noch in der Entwicklung befindliche Überschallwaffen zu stationieren (10.7.2024).

Finnland/Russland

Flüchtlinge/Migranten/Migration

Das finnische Parlament beschliesst ein umstrittenes Gesetz zur Zurückweisung von Migranten an der Grenze zu Russland und legalisiert damit Pushbacks (12.7.2024).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 281. Tag (13.7.2024)

Bei einem israelischen Luftangriff auf das Flüchtlingslager Al-Mawasi in der Umgebung von Khan Yunis kommen nach palästinensischen Angaben 90 Menschen ums Leben und über 280 werden verletzt. Nach israelischen Verlautbarungen galt die Attacke Mohammad Deif, dem Anführer des bewaffneten Arms der Hamas. Sechs Wochen später wird Deif für tot erklärt

USA/

Versuchter Mordanschlag auf Expräsident Donald Trump (13.7.2024). Bei einer Wahlkampfveranstaltung in der Kleinstadt Butler (Pennsylvania) wird auf Trump geschossen. Er wird am Ohr verletzt. Der Attentäter, ein 20-jähriger Mann, wird erschossen. Ein Zuschauer der Wahlkampfveranstaltung stirbt; zwei weitere Personen werden verletzt. Trump ballt beim Verlassen des Schauplatzes die Faust und ruft: „Fight, Fight, Fight!“. Die Menge jubelt. US-Präsident Joe Biden verurteilt den Anschlag scharf und räumt ein, dass der Wahlkampf von einer sehr aufgeheizten politischen Rhetorik geprägt sei. Er ruft zur Mässigung auf: „Wir müssen die aufgeheizte Stimmung in der Politik senken.“

USA

Donald Trump wird am Parteikonvent der Republikaner in Milwaukee offiziell zum Kandidaten für die nächste US-Präsidentenwahl nominiert. Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten wird der 39 Jahre alte James David (J. D.) Vance, Senator aus Ohio (15.7.2024).

Ruanda

Zum vierten Mal in Folge wird der Machthaber von Ruanda, Paul Kagame, vom Volk im Präsidentenamt bestätigt. Nach amtlichen Angaben erhält der seit 2000 herrschende Staatschef 99.15 Prozent der Stimmen (15.7.2024).

Nepal

Khadga Prasad Sharma Oli von der Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist) wird zum vierten Mal Regierungschef von Nepal (15.7.2024). Sein Vorgänger Pushpa Kamal Dahal (genannt Prachanda) von der Communist Party of Nepal-Maoist Centre (CPN-MC) hatte im Parlament eine Vertrauensabstimmung verloren.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Das israelische Parlament lehnt die Gründung eines palästinensischen Staates und somit eine Zweistaaten-Lösung ab (17.7.2024).

EU

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erhält vom Europäischen Parlament grünes Licht für eine zweite Amtszeit (18.7.2024).

Internationaler Gerichtshof

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

palästinensische Autonomiegebiete

Der Internationale Gerichtshof bezeichnet die israelische Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten als Verstoß gegen das Völkerrecht (19.7.2024).

Israel/Jemen

Eine Drohne trifft ein Wohngebäude in Tel Aviv, unweit des US-Konsulats. Die jemenitischen Huthi bekennen sich zur Drohnenattacke, die einen Toten fordert (19.7.2024). Israel übt Vergeltung und bombardiert Einrichtungen im Hafen der westjemenitischen Stadt Hudaida (20.7.2024).

Vietnam

Der vietnamesische Parteichef Nguyen Phu Trong stirbt im Alter von 80 Jahren (19.7.2024). Er war seit 2011 Vorsitzender der Kommunistischen Partei.

Neuer Parteivorsitzender wird To Lam (3.8.2024).

IT (Information Technology)

Ein fehlerhaftes Software-Update der IT-Sicherheitsfirma CrowdStrike für Windows-Systeme löst weltweit massive Störungen aus (19.7.2024). Betroffen ist auch der Flugverkehr.

Bangladesh

In Bangladesh wird nach schweren Ausschreitungen, die über 100 Tote fordern, der Ausnahmezustand verhängt. Auslöser der Unruhen ist die Einführung eines Quotensystems, das 30 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst für Kinder und Enkel von Kombattanten des Unabhängigkeitskrieges vorsieht (19.7.2024). Das Oberste Gericht verfügt eine Senkung auf 3 Prozent.

USA

US-Präsident Joe Biden will sich nicht mehr für eine zweite Amtszeit bewerben und tritt als Präsidentschaftskandidat seiner Demokratischen Partei zurück (21.07.2024). „Ich glaube, es ist im besten Interesse meiner Partei und des Landes, wenn ich mich zurückziehe“, erklärt der 81-jährige Biden. Er empfiehlt seine Stellvertreterin Kamala Harris zur Wahl. Biden war wegen seiner Altersschwäche unter Druck geraten.

In einer Rede an die Nation (24.7.2024) erklärt Biden, er wolle den Staffstab an eine neue Generation übergeben, um die Nation zu vereinen.

Deutschland

Das deutsche Innenministerium verbietet das Islamische Zentrum Hamburg und seine Teilorganisationen. Das Islamische Zentrum wird als extremistische Organisation eingestuft und gilt als von Iran gesteuert (24.7.2024).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 882. Tag (24.7.2024)

Schweiz

Eine russische Rakete zerstört in der ukrainischen Stadt Charkiw das Gebäude der Fondation suisse de déminage (Schweizer Stiftung Minenräumung).

EU/Russland/Ukraine

Die EU-Kommission gibt erstmals Erträge aus eingefrorenem russischem Staatsvermögen für die Verteidigung und den Wiederaufbau der Ukraine frei. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte eine Überweisung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro an (26.7.2024):

Frankreich/Russland/Belarus

Olympische Spiele

In Paris finden die XXXIII. Olympischen Sommerspiele statt (26.7.2024). Sportlerinnen und Sportler aus Russland und Belarus dürfen nur als Athlètes individuels neutres an den Start gehen.

Rund 15 Stunden vor der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele verüben Unbekannte Brandanschläge auf Kabeleinrichtungen des TGV-Netzes. Auf drei Achsen ist der Zugverkehr vorübergehend lahmgelegt. Davon sind schätzungsweise 800 000 Reisende betroffen

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Bei einem Raketenangriff auf das von Drusen bewohnte Dorf Majdal Shams auf den von Israel annektierten Golan-Höhen kommen 12 Kinder und Jugendliche ums Leben (**27.7.2024**). Israel macht die Schiiten-Miliz Hizbullah verantwortlich und reagiert mit Vergeltungsschlägen auf Stützpunkte der Hizbullah in Libanon.

Venezuela

Umstrittene Präsidentenwahl in Venezuela (**28.7.2024**): Präsident Nicolás Maduro beansprucht den Sieg und damit seine Wiederwahl. Laut Wahlkommission hat er 51,2 Prozent der Stimmen erhalten. Die Opposition, die mit Edmundo González Urrutia (*Gonzalez*) die Wahlen bestritt, spricht von massivem Wahlbetrug. Im ganzen Land kommt es zu heftigen Protesten. Dabei kommen zahlreiche Menschen ums Leben. González droht die Festnahme. Anfang September erhält er Exil in Spanien.

Deutschland

Das deutsche Verfassungsgericht lehnt Teile der geplanten Wahlrechtsreform ab (**30.7.2024**).

Nahostkonflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Konflikt Iran/Israel

Doppelschlag gegen die radikal-islamische palästinensische Hamas und gegen die von Iran unterstützte libanesische Schiitenmiliz Hizbullah:

- Der Hizbullah-Kommandant Fuad Shukr kommt bei einem gezielten israelischen Raketenangriff in der Beiruter Vorstadt Dahiye ums Leben. Dabei werden weitere fünf Menschen getötet und Dutzende verletzt (**30.7.2024**). Israel macht Shukr für den Raketenangriff auf Majdal Shams auf den Golanhöhen verantwortlich, bei dem zwölf drusische Jugendliche ums Leben kamen (vgl. 27.7.2024).
- Ismail Haniya, der im Exil in Katar lebende Chef des Politbüros der Hamas, kommt bei einem Anschlag auf ein Gästehaus in Teheran ums Leben (**31.7.2024**). Die iranische Führung macht Israel für den Anschlag verantwortlich. Haniya nahm zuvor an der feierlichen Amtseinführung des neuen iranischen Präsidenten Masud Pezeshkian teil. Nachfolger von Haniya wird Yahya Sinwar. Er gilt als Hauptverantwortlicher für das Massaker der Hamas im Oktober 2023 (vgl. 7.10.2023).

Indien

Unwetter/Erdrutsche/Schlammlawinen

Im südindischen Unionstaats Kerala kommen bei Erdrutschen und Schlammlawinen, verursacht durch massive Regenfälle, über 150 Menschen ums Leben (**30.7.2024**).

Grossbritannien

Nach einer Messerattacke in Southport, bei der drei Kinder getötet wurden (29.7.2024), kommt es in London nahe des Regierungssitzes zu Ausschreitungen von Rechtsradikalen (**31.7.2024**). Am darauf folgenden Wochenende liefern sich in mehreren Städten gewalttätige Demonstranten Strassenschlachten mit der Polizei. Premierminister Keir Starmer kündigt an, rigoros gegen Unruhestifter vorzugehen.

Internationaler Gefangenenaustausch

Russland/USA/Belarus/Deutschland/Türkei/Slowenien/Polen/Norwegen

Internationaler Gefangenenaustausch auf dem Flughafen der türkischen Hauptstadt Ankara (**1.8.2024**). Beteiligt sind Russland, die USA, Belarus, Deutschland, Slowenien, Polen und Norwegen. Betroffen sind 26 Personen: russische Spione und Kriminelle auf der einen sowie russische Oppositionelle, US-Journalisten und andere willkürlich festgenommene Personen auf der anderen Seite. Unter ihnen befinden sich der in Russland verurteilte US-Journalist Evan Gershkovich, der in Deutschland wegen eines Auftragsmordes verurteilte Russe Wadim Krasikow (Tiergartenmord) und der in Belarus zum Tode verurteilte Deutsche Rico Krieger. Russland lässt mehrere politische Gefangene frei, unter ihnen Wladimir Kara Mursa, Ilja Jaschin und Oleg Orlov. Es handelt sich um den grössten Häftlingsaustausch seit Ende des Kalten Krieges,

USA

US-Vizepräsidentin Kamala Harris sichert sich bei einer Online-Abstimmung ihrer Demokratischen Partei die Präsidentschaftskandidatur. Sie erhält 99 Prozent der Delegiertenstimmen (**2.8.2024**).

Uganda

Bei einem Terroranschlag auf ein Hotel in der somalischen Hauptstadt Mogadiscio kommen über 30 Menschen ums Leben. Zum Anschlag bekennt sich die islamistische al-Shabab (**2.8.2024**).

Japan

Börsen/Börsenturbulenzen

Die japanische Börse erlebt mit einem Minus von 12,4 Prozent den grössten Absturz seit dem „schwarzen Montag“ im Jahr 1987 (**5.8.2024**). Weltweit verzeichnen die Börsen wegen Rezessionsängsten in den USA Kursverluste. Am nächsten Tag stabilisiert sich die Lage an den Börsen.

Bangladesh

In Bangladesh endet das autoritäre Regime von Premierministerin Sheikh Hasina. Sie gibt unter massivem Druck von Massenprotesten ihr Amt auf und flüchtet nach Indien (**5.8.2024**). Seit Beginn der Proteste vor zwei Wochen waren über 300 Menschen ums Leben gekommen (vgl. 19.7.2024). Sheikh Hasina war seit 15 Jahren an der Macht. Die Armeeführung kündigt die Bildung einer Übergangsregierung unter der Führung von Friedensnobelpreisträger Mohammad Yunus an. Das Parlament wird aufgelöst.

Die 2018 wegen Korruption zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Premierministerin Khaleda Zia wird freigelassen. Nach zwei Jahren Gefängnis war sie unter Hausarrest gestellt worden.

USA/Google

Ein Gericht in Washington sieht es als erwiesen an, dass der Internetkonzern Google seine Dominanz als Suchmaschine zulasten seiner Konkurrenten missbraucht hat (**5.8.2024**).

USA

Das Team der Demokraten für die US-Präsidentschaftswahl ist komplett: Kamala Harris nominiert Tim Walz, Gouverneur von Minnesota, für die Vizepräsidentschaft (**6.8.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 895. Tag (6.8.2024)

Überraschend stossen ukrainische Einheiten in der russische Grenzregion Kursk bis zu 30 Kilometer weit auf russisches Gebiet vor. Die russischen Behörden verkünden die Evakuierung von rund 75 000 Menschen. Die Grenzregionen Kursk, Belgorod und Brjansk werden zu „Zonen für Anti-Terroroperationen“ erklärt.

Thailand

Ein Gericht in Thailand verbietet die Partei Move Forward, Siegerin der Parlamentswahl vom Mai 2023 (**6.8.2024**). Die Partei wolle die strengen Gesetze im Zusammenhang mit Majestätsbeleidigung reformieren.

Schweiz

Ein Rechenfehler sorgt in der Schweiz für Schlagzeilen: Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat sich bei den Finanzperspektiven der AHV verrechnet. Die Ausgaben dürften 2033 vier Milliarden Franken tiefer ausfallen (**6.8.2024**).

Österreich

Wegen Anschlagplänen müssen in Wien die geplanten Konzerte des US-Popstars Taylor Swift abgesagt werden (**7.8.2023**). Nach Angaben des österreichischen Bundeskanzlers Karl Nehammer sei die Bedrohungslage „sehr ernst“ gewesen. Zwei jugendliche Terrorverdächtige werden festgenommen. Ihnen werden Verbindungen zum Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ (IS) vorgeworfen.

Spanien/Katalonien

Der Sozialist Salvador Illa wird zum neuen katalanischen Regionalpräsidenten gewählt (**8.8.2024**). Er vertritt einen nichtseparatistischen Kurs.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 309. Tag (10.8.2024)

Bei einem israelischen Luftangriff auf ein als Vertriebenenunterkunft genutztes Schulgebäude im östlichen Gazastreifen werden nach palästinensischen Angaben über 90 Menschen getötet. Nach israelischen Verlautbarungen handelte es sich um ein Versteck von Hamas-Terroristen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 902. Tag (13.8.2024)

Nach Aussagen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj haben die ukrainischen Truppen bei ihrem Vorstoss in der russischen Grenzregion Kursk 74 Ortschaften unter ihre Kontrolle gebracht. Zwei Tage darauf (15.8.2024) verkündet er, dass auch die strategisch wichtige Kleinstadt Sudscha von ukrainischen Einheiten eingenommen worden sei.

Japan

Der japanische Ministerpräsident Kishida Fumio kündigt überraschend seinen Rücktritt an (**14.8.2024**).

Thailand

Das thailändische Verfassungsgericht enthebt Ministerpräsident Srettha Thavisin seines Amtes. Ihm wird die Ernennung eines straffällig gewordenen Ministers vorgeworfen (**14.8.2024**).

Die 38-jährige Paetongtarn Shinawatra wird Premierministerin (16.8.2024). Sie ist die Tochter von Expremier Thaksin Shinawatra.

Krankheiten/Mpox/Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ruft wegen einer neuen Variante der Mpox-Viren in Afrika eine „Gesundheitliche Notlage internationaler Reichweite“ aus (**14.8.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 314. Tag (15.8.2024)

Die Zahl der seit Beginn des Krieges im Gazastreifen getöteten Menschen ist nach Angaben der von der Hamas kontrollierten Gesundheitsbehörde auf mehr als 40 000 gestiegen(15.8.2024).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Schauspieler Alain Delon stirbt im Alter von 88 Jahren (18.8.2024).

Deutschland

Bei einer Messerattacke während eines Festivals in der Stadt Solingen, im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, kommen drei Menschen ums Leben und acht werden zum Teil schwer verletzt, Beim Attentäter handelt es sich um einen 26-jährigen syrischen Asylbewerber. Der „Islamische Staat“/IS reklamiert den Anschlag für sich (23.8.2024).

Frankreich/Telegram

Pawel Durow, Gründer und Chef des Messenger-Dienstes Telegram, wird in Frankreich verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, nicht hart genug gegen Terrorismus vorzugehen (24.8.2024).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Schlagabtausch zwischen Israel und der libanesischen Hizbullah (25.8.2024). Die israelische Luftwaffe zerstört nach eigenen Angaben Tausende Raketenabschussrampen der Hizbullah in Südlibanon. Die Hizbullah reagiert mit Raketen- und Drohnenangriffen auf Israel. Sie meldet 300 Attacken mit Raketen und Drohnen. Die Hizbullah-Führung erklärt, damit sei die erste Phase der Vergeltung für die Tötung ihres Kommandanten Fuad Shukr in Beirut (vgl. 30.7.2024) abgeschlossen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 915. Tag (26.8.2024)

Russland führt eine der umfangreichsten Luftangriffe auf die Ukraine seit Kriegsbeginn durch. Die Rede ist von 200 Raketen, Drohnen und Marschflugkörpern.

Pakistan

In der pakistanischen Provinz Belutschistan überfallen Rebellen Busse und Lastwagen und erschossen über 20 Menschen (26.8.2024).

Schweiz

Der Bundesrat will, dass in der Schweiz wieder Atomkraftwerke gebaut werden können (28.8.2024). 2017 hatten sich die Schweizer Stimmberechtigten für den Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen (vgl. 21.5.2017).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Westjordanland

Die israelische Armee startet im Westjordanland eine „Anti-Terror“-Offensive (28.8.2024). Es handelt sich um den grössten Armeeeinsatz im besetzten Westjordanland seit 22 Jahren. Schwerpunkte sind die palästinensischen Flüchtlingslager in Jenin und Tulkarem.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 328. Tag (29.8.2024)

Israel stimmt begrenzten Feuerpausen für Polio-Impfungen zu. Mehr als 600 000 Kinder im Gazastreifen sind von der Kinderlähmung bedroht.

Deutschland/Thüringen/Sachsen

Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen: Rund ein Drittel wählt rechtsextremistisch (1.9.2024).

- Erstmals in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands wird mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine vom thüringischen Verfassungsschutz als „erwiesen rechteextrem“ eingestufte Partei stärkste Kraft bei einer Landtagswahl. In Thüringen kommt sie auf einen Stimmenanteil von 32,8 Prozent (plus 2,4 Prozentpunkte) und erreicht mit 32 Mandaten eine Sperrminorität.

- In Sachsen wird die vom Verfassungsschutz als „gesichert rechteextrem“ eingestufte AfD zweitstärkste Kraft mit 30,6 Prozent Stimmenanteil hinter der CDU mit 31,9 Prozent.

An dritter Stelle liegt in beiden Bundesländern das von der Linkspartei abgespaltene und Anfang 2024 gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht mit 15,8 Prozent in Thüringen und 11,8 Prozent in Sachsen. Wahlverlierer sind die Parteien der regierenden Ampelkoalition (Sozialdemokraten, Grüne, Liberale).

Schweiz

In der Schweiz haben laut Recherchen der Tamedia-Zeitungen kommerzielle Unternehmen Unterschriften für Volksinitiativen gefälscht (2.9.2024). Die Bundesanwaltschaft ermittelt.

Irland

An katholischen Schulen in Irland gab es zwischen 1927 und 2013 laut einer von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie fast 2400 Missbrauchsfälle (**4.9.2024**).

Frankreich

Michel Barnier wird neuer französischer Premierminister (**5.9.2024**). Barnier diente unter drei Präsidenten als Minister in verschiedenen Ressorts und war EU-Kommissar. Der 73-jährige Barnier ist Mitglied der konservativen *Républicains*.

Algerien

Der algerische Staatspräsident Abdelmadjid Tebboune wird in seinem Amt bestätigt. Nach amtlichen Angaben erhält er 94,65 Prozent der Stimmen (**8.9.2024**).

Deutschland

Um die Zahl der unerlaubten Einreisen stärker einzudämmen, ordnet die deutsche Innenministerin Nancy Faeser Kontrollen an allen deutschen Landgrenzen an (**9.9.2024**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die italienische Sängerin und Entertainerin Catarina Valente stirbt im Alter von 93 Jahren (**9.9.2024**).

Europäischer Gerichtshof/Apple/Google

Der europäische Gerichtshof verurteilt den Technologiekonzern Apple zu einer Nachzahlung von 13 Milliarden Euro Steuern in Irland und den Internetkonzern Google zu 2,4 Milliarden Euro wegen Ausnutzung seiner marktbeherrschenden Stellung (**10.9.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 930. Tag (10.9.2024)

Russland meldet den Abschuss von über 100 ukrainischen Drohnen über neun Regionen, auch über der Umgebung von Moskau.

Nigeria/Tschad/Niger/Mali

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Im Nordosten Nigerias sowie in Tschad, Niger und Mali sind Millionen Menschen von schweren Überschwemmungen betroffen (**10.9.2024**).

USA/

Ein Attentatsversuch auf den ehemaligen US-Präsidenten und Präsidentschaftsbewerber Donald Trump in West Palm Beach im Süden Floridas scheitert. Der mutmassliche Täter wird festgenommen (**15.9.2024**).

Österreich/Tschechoslowakei/Polen/Rumänien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Nach intensiven Regenfällen werden weite Teile Österreichs, Polens, der Tschechoslowakei und Rumäniens von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Das Bundesland Niederösterreich wird zum Katastrophengebiet erklärt. In Polen wird der Katastrophennotstand ausgerufen (**Mitte September 2024**).

Katastrophen/Waldbrände

Portugal

Der Norden und das Zentrum von Portugal werden von verheerenden Waldbränden heimgesucht. Die Regierung verkündet den Katastrophenzustand (**Mitte September 2024**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Der israelische Sicherheitskabinet proklamiert ein neues Ziel im Konflikt mit der libanesischen Hizbullah-Miliz: die sichere Rückkehr der Bewohner im Norden Israels (**16.9.2024**). Wegen des seit 11 Monaten anhaltenden Beschusses durch die Hizbullah mussten etwa 60 000 Israeli ihre Häuser verlassen.

Konflikt Israel Hizbullah-Libanon

Die Hizbullah-Miliz in Libanon wird zum Ziel von Hunderten Sprengstoffattacken mit manipulierten Pagers und Walkie-Talkies (**17. und 18.9.2024**). Laut libanesischen Angaben kommen dabei über 30 Menschen ums Leben und rund 3000 werden verletzt. Der israelische Geheimdienst Mossad gilt als Urheber der Attacken. Der Anführer der Hizbullah, Hassan Nasrallah, erklärt, Israel habe alle roten Linien überschritten und droht mit Vergeltung (**19.9.2024**).

EU/Italien/Litauen

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellt die Kandidaten für die neue Kommission vor (**17.9.2024**). Für Aufsehen sorgt die Nominierung von Raffaele Fitto von der Rechtsausenpartei Fratelli d'Italia zum Vizepräsidenten. Erstmals soll es einen Verteidigungskommissar geben. Für diesen Posten ist der ehemalige litauische Regierungschef Andrius Kubilius vorgesehen.

USA

Die US-Notenbank senkt zum ersten Mal seit 2020 den Leitzins: um 0,5 Prozentpunkte auf 4,75 bis 5 Prozent (18.9.2024).

Niederlande/Ungarn/EU

Die Niederlande und Ungarn beantragen den Ausstieg aus der EU-Asylpolitik (18.9.2024).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

UNO

Die UNO-Vollversammlung fordert mit 124 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen sowie 43 Enthaltungen den Rückzug Israels aus besetzten palästinensischen Gebieten innerhalb eines Jahres (18.9.2024).

Schweiz

Die Bevölkerung der Schweiz steigt auf über 9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (18.9.2024).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Bei einem israelischen Luftangriff in einem Vorort der libanesischen Hauptstadt Beirut wird der Kommandant der Hizbullah-Sondereinheit Radwan, Ibrahim Aqil, getötet. Auch weitere Hizbullah-Anführer kommen ums Leben (20.9.2024).

Frankreich

Der neue französische Premierminister Michel Barnier stellt seine Regierung vor. Sie tendiert klar nach rechts. Neuer Innenminister wird der als Hardliner geltende rechtskonservative Senator Bruno Retailleau (21.9.2024).

Sri Lanka

Kurswechsel in Sri Lanka (21.9.2024): Sieger der Präsidentenwahl ist Anura Kumara Disanayake von der linken Allianz National People's Power (NPP). Er erhält 42,31 Prozent der Stimmen. Oppositionsführer Sajith Premadasa kommt auf einen Stimmenanteil von 32,76 Prozent. Der amtierende Präsident Ranil Wickremesinghe muss sich mit 17,27 Prozent begnügen.

UNO

Die UNO-Vollversammlung verabschiedet einen Zukunftspakt. Geplant sind unter anderem eine Reform des UNO-Sicherheitsrates und Anpassungen des internationalen Finanzsystems zugunsten des globalen Südens (22.9.2024).

Deutschland

Bei den Landtagswahlen im deutschen Bundesland Brandenburg kann sich die Sozialdemokratische Partei (SPD) mit 30,9 Prozent Stimmenanteil knapp als stärkste Kraft vor der Alternative für Deutschland (AfD) mit 29,2 Prozent behaupten. Die AfD hat mit 30 Sitzen eine Sperrminorität. Das Bündnis Sahra Wagenknecht überholt mit 13,5 Prozent die Christlichdemokraten (CDU), die 12,1 Prozent der Stimmen erhalten. Die Grünen sind nicht mehr vertreten (22.9.2024).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Reform der beruflichen Vorsorge mit 67,1 Prozent und die Biodiversitätsinitiative (Volksinitiative für die Zukunft unserer Natur und Landschaft) mit 63 Prozent Nein-Stimmen ab (22.9.2024).

Liechtenstein

Die Liechtensteiner Stimmbevölkerung heisst den Beitritt des Fürstentums zum Internationalen Währungsfonds mit 55,8 Prozent Ja-Stimmen gut (22.9.2024).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Der Konflikt zwischen Israel und der schiitischen Hizbullah-Miliz in Libanon eskaliert. Die israelische Luftwaffe greift in Libanon, im Süden und im Osten, über 1000 Stellungen der Hizbullah an. Nach libanesischen Angaben werden dabei fast 500 Menschen getötet und über 1600 verletzt. Nach libanesischen Schätzungen befinden sich Hunderttausende Menschen auf der Flucht. Etwa 100 000 Menschen suchen Schutz in Syrien. (23.9.2024).

USA

Katastrophen/Unwetter

In den USA hinterlässt der Hurrikan „Helene eine Spur der Verwüstung. Nach Florida (26.9.2024) zieht er in den Norden. Am schwersten betroffen ist North Carolina. Über 150 Menschen kommen ums Leben. Über eine Million Menschen sind ohne Strom. Zwei Wochen später verursacht der Hurrikan „Milton“ in Florida – begleitet von Dutzenden Tornados – Schneisen der Verwüstung. Eine Sturmflut setzt viele Küstengebiete unter Wasser.

Japan

Japan erhält einen neuen Regierungschef: Der ehemalige Verteidigungsminister Ishiba Shigeru wird neuer Vorsitzender der regierenden Liberaldemokratischen Partei und damit auch neuer Premierminister (27.9.2024).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Der Anführer der schiitischen Hizbullah-Miliz in Libanon, Hassan Nasrallah, kommt bei einem israelischen Luftangriff auf das Hauptquartier der Organisation im Süden Beiruts ums Leben (**27.9.2024**). Nasrallah stand seit 1992 an der Spitze der Hizbullah. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bezeichnet die Tötung von Nasrallah als „Abrechnung mit einem Massenmörder“.

Österreich

In Österreich geht erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine rechtspopulistische Partei als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**29.9.2024**).

- Die von Herbert Kickl geleitete Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) gewinnt 29,21 Prozent der Stimmen (plus 13,04 Prozentpunkte).
- Die bisher regierende konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) rutscht auf Platz zwei ab, erhält 26,48 Prozent Stimmenanteil (minus 10,98 Prozentpunkte) und verzeichnet damit das bisher grösste prozentuale Minus.
- Debakel für die Sozialdemokratische Partei (SPÖ): Erstmals landet sie auf dem dritten Platz und erzielt mit einem Stimmenanteil von 21,05 Prozent (minus 0,13 Prozentpunkte) ihr bisher schlechtestes Ergebnis.
- Das liberale Neue Österreich (Neos) kommt auf 8,96 Prozent der Stimmen (plus 0,86 Prozentpunkte) und die bisher mitregierenden Grünen erhalten 8,03 (minus 5,87 Prozentpunkte).
- Die 183 Sitze im Nationalrat verteilen sich wie folgt: FPÖ: 58 (plus 27), ÖVP: 52 (minus 19), SPÖ: 41 (plus 1), Neos: 17 (plus 2) und Grüne (15 (minus 11).

Grossbritannien

In Grossbritannien wird das letzte Kohlekraftwerk geschlossen (**30.9.2024**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Die israelische Armee startet eine «gezielte und begrenzte» Bodenoffensive im südlichen Libanon (**1.10.2006**). Nach israelischen Verlautbarungen konzentriert sich die Offensive auf die Infrastruktur der Hizbullah in der Nähe der Grenze. Die Bewohnerinnen und Bewohner der grenznahen Ortschaften im Süden Libanons werden zum Verlassen ihrer Dörfer aufgefordert. Es handelt sich um das erste militärische Eingreifen der israelischen Armee gegen die Hizbullah in Südlibanon seit 2006.

Gleichzeitig setzt die israelische Luftwaffe ihre Angriffe in Libanon gegen die Hizbullah ohne Unterbruch fort. Im Visier sind vor allem die südlichen Vororte der libanesischen Hauptstadt Beirut. Hunderte Menschen kommen dabei ums Leben. Die Hizbullah beschiesst weiterhin den Norden Israels.

Konflikt Iran/Israel/USA

Iran greift Israel mit rund 180 Raketen an (**1.10.2024**). Die meisten Geschosse werden mit Unterstützung der USA abgefangen. Im iranischen Staatsfernsehen heisst es, der Angriff sei eine Vergeltung für die Tötung des Hamas-Politbürochefs Ismail Haniya, des Hizbullah-Generalsekretärs Hassan Nasrallah und eines iranischen Generals. Iran habe einen grossen Fehler gemacht, sagt der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und kündigt Vergeltung an. Es handelt sich um den zweiten iranischen Raketenangriff auf Israel innert weniger Monate (vgl. 14.4.2024).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Im Tel Aviver Vorort Jaffa schiessen Terroristen auf Passanten und Trampassagiere: Sieben Menschen kommen dabei ums Leben und elf werden verletzt. Die Angreifer werden erschossen (**1.10.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 952. Tag (2.10.2024)

Ukrainische Niederlage: Russische Truppen erobern die Stadt Wuhledar im Gebiet Donezk.

Grossbritannien/Mauritius/Chagos-Inseln/Diego Garcia

Grossbritannien und Mauritius einigen sich im Streit um die zum British Indian Ocean Territory gehörenden Chagos Inseln im Indischen Ozean (**3.10.2024**). Die Chagos-Inseln werden an Mauritius übergeben. Bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit von Mauritius hatte London die Abtretung der Inseln durchgesetzt. Die Benutzung des US-britischen Militärstützpunkts Diego Garcia wird in einem Pachtvertrag geregelt.

EU/China

Die Europäische Union (EU) billigt Strafzölle auf E-Autos aus China. Fünf Mitgliedstaaten stimmen dagegen (**4.10.2024**).

Tunesien

Der tunesische Staatspräsident Kaïs Saïed (Saied) wird bei geringer Wahlbeteiligung von 28,8 Prozent nach offiziellen Angaben mit 90,7 Prozent Stimmenanteil im Amt bestätigt (**6.10.2024**).

Moçambique

Daniel Chapo wird zum neuen Staatspräsidenten von Moçambique gewählt (**9.10.2024**). Der Kandidat der Regierungspartei Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo) erhält nach offiziellen Angaben 70,37 Prozent der Stimmen. Die Opposition beklagt sich über Wahlbetrug.

Literaturnobelpreis

Korea (Südkorea)

Die südkoreanische Schriftstellerin Han Kang wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.10.2024**). Es ist der erste Literaturnobelpreis für Südkorea.

Friedensnobelpreis

Japan

Die japanische Anti-Atomwaffen-Organisation Nihon Hidankyo wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**11.10.2024**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon/UNO

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu fordert den Abzug der UNO-Blauhelme im Süden Libanons (**13.10.2024**). Stellungen der UNO-Interimsmission (Unifil) sind im Verlauf der israelischen Bodenoffensive gegen die Hizbullah mehrmals ins Visier der israelischen Armee geraten. Einige UNO-Soldaten wurden verwundet. Der Abzug wird abgelehnt.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 373. Tag (13.10.2024)

USA

Die USA fordern Israel auf, die humanitäre Lage im Gazastreifen spürbar zu verbessern und setzen eine Frist von 30 Tagen. Andernfalls drohten Konsequenzen. Nach unbestätigten Berichten wird auch eine Kürzung der Militärhilfe in Erwägung gezogen.

China (Republik China/Taiwan)

China (Volksrepublik China)

Die Volksrepublik China setzt Taiwan mit gross angelegten Militärmanövern rund um die Insel unter Druck (**14.10.2024**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Nach der Ankündigung Nordkoreas, sämtliche Strassen und Eisenbahnverbindungen zu Südkorea zu unterbrechen, werden Abschnitte von Strassen nördlich der Demarkationslinie gesprengt (**15.10.2024**). Die Strassenverbindungen galten als Symbole der Annäherung.

Für eine Verschärfung der Lage sorgen auch Berichte über den Einsatz von südkoreanischen Drohnen über Nordkorea mit Propaganda-Flugblättern.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 376. Tag (16.10.2024)

Bei einem Einsatz der israelischen Armee im südlichen Gazastreifen wird der Hamas-Anführer Yahya Sinwar getötet. Sinwar gilt als Drahtzieher des Terrorangriffs gegen Israel vom 7. Oktober 2023.

Albanien/Italien

Flüchtlinge/Migranten

In Albanien wird ein italienisches Aufnahmезentrum für Migranten in Betrieb genommen (**16.10.2024**). Kurz darauf (**18.10.2024**) durchkreuzt ein Römer Gericht die Pläne der italienischen Regierung und untersagt die Internierung der Migranten in Albanien.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 966. Tag (16.10.2024)

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi stellt vor dem ukrainischen Parlament seinen „Siegesplan“ für die Beendigung des Krieges mit Russland vor. Zu den Kernpunkten gehören:

- Einladung zum Beitritt in die Nato,
- Freigabe für den Einsatz von Langstreckenwaffen gegen Ziele auf russischem Gebiet,
- Stationierung eines Waffenarsenals auf ukrainischem Boden, das Russland von weiteren Aggressionen abhalten soll.

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Südkorea wird in der nordkoreanischen Verfassung als «feindlicher Staat» definiert (**17.10.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 968. Tag (18.10.2024)

Korea (Nordkorea)

Nordkorea stellt Russland laut Angaben des südkoreanischen Geheimdienstes Truppen für den Einsatz im Krieg gegen die Ukraine zur Verfügung (**18.10.2024**). Die USA und die Nato bestätigen die Berichte über die Präsenz nordkoreanischer Soldaten in Russland.

Moldau/EU

Nur knapp mit 50,4 Prozent ist die Bevölkerung der Republik Moldau damit einverstanden, dass der Beitritt zur Europäischen Union als strategisches Ziel in der Verfassung verankert wird. Gleichzeitig finden Präsidentschaftswahlen statt. Die amtierende Präsidentin Maia Sandu erhält 42,5 Prozent der Stimmen, verpasst aber die absolute Mehrheit und muss sich einer Stichwahl stellen (**20.10.2024**).

China/Indien

China und Indien einigen sich auf ein Abkommen zur Entschärfung ihrer Grenzkonflikte (**21.10.2024**).

Peru

Der ehemalige peruanische Staatschef Alejandro Toledo wird wegen Korruption und Geldwäsche zu 20 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt (**21.10.2024**).

Albanien

Der frühere albanische Staatspräsident Ilir Meta wird wegen Geldwäsche und Korruption festgenommen (**21.10.2024**).

Vietnam

Luong Cuong wird neuer vietnamesischer Staatspräsident (**21.10.2024**). Ist Nachfolger von To Lam, dem neuen Parteichef.

Brics/Russland

Mehr als 20 Staatschefs und Ministerpräsidenten folgen der Einladung Russlands zur Teilnahme am Gipfel der Brics-Staaten in Kasan, in der Teilrepublik Tatarstan (**23.10.2024**). „Der Prozess der Bildung einer multipolaren Weltordnung ist im Gange, es ist ein dynamischer und unumkehrbarer Prozess“, sagt der russische Präsident Wladimir Putin. Zu den Teilnehmern des Gipfels gehören auch der chinesische Präsident Xi Jinping, der indische Premierminister Narendra Modi und der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa.

Konflikt Iran/Israel

Vergeltungsschlag: Knapp einen Monat nach dem iranischen Raketenangriff auf Israel (vgl. 1.10.2024) greift die israelische Luftwaffe in Iran Anlagen zur Produktion von Raketen, Boden-Luft-Raketenstellungen sowie weitere militärische Ziele an (**26.10.2024**).

Georgien

Die Parlamentswahl in Georgien wird von Betrugsvorwürfen überschattet (**26.10.2024**). Die Regierungspartei Georgischer Traum wird mit einem Stimmenanteil von 54 Prozent zur Wahlsiegerin erklärt. Staatspräsidentin Salome Surabischwili will das Ergebnis nicht anerkennen. Sie bezeichnet die Wahlen als durchgehend gefälscht und macht dafür Russland verantwortlich. Auch internationale Wahlbeobachter sehen Unregelmäßigkeiten. Drei Parteienbündnisse der Opposition wollen ihre Parlamentsmandate nicht antreten.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Die 2021 eröffnete katholische Welsynode spricht sich in einer Abschlusserklärung für eine Dezentralisierung der katholischen Weltkirche und eine stärkere Beteiligung der Basis an wichtigen Entscheidungen aus. Die Frage der Zulassung von Frauen zu Weiheämtern wird offengehalten. Das Frauendiakonat soll weiter geprüft werden (**26.10.2024**).

Japan Wahlen

Schlappe für die Regierungsparteien bei der vorgezogenen Unterhauswahl in Japan (**27.10.2024**). Erstmals seit 2012 verlieren die konservative Liberaldemokratische Partei (LDP) und ihr Koalitionspartner Komeito (Gerechtigkeitspartei) die absolute Mehrheit. Sie erhalten 215 der 465 Mandate und liegen damit unter der absoluten Mehrheit.

Erstmals seit 2009 haben die bisher dominierenden Liberaldemokraten keine absolute Mehrheit. Die Partei des erst seit kurzem amtierenden Regierungschefs Shigeru Ishiba erhält 191 (minus 68) Sitze. Zweistärkste Kraft ist die Konstitutionelle Demokratische Partei mit 148 (plus 52) Mandaten.

Litauen Wahlen

In Litauen gewinnen die oppositionellen Sozialdemokraten die Parlamentswahl (**27.10.2022**). Sie erobern 52 (plus 39) der 141 Mandate. Der bisher regierende Vaterlandsbund von Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė (Simonyte) erhält 28 Mandate und verliert 22 Sitze. Neu vertreten sind die populistische Morgenröte von Nemuno mit 20 und die Liberale Bewegung mit 14 Sitzen.

Bulgarien

Zum siebten Mal innerhalb von vier Jahren und zum zweiten Mal in diesem Jahr wird in Bulgarien ein neues Parlament gewählt (**27.10.2024**). Eine Neuauszählung erfolgt im März 2025.

Das Bündnis der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow und der Union Demokratischer Kräfte (SDS) bleibt mit einem Stimmenanteil von 26,4 Prozent und 66 Sitzen stärkste Kraft vor der Wahlallianz „Wir setzen den Wandel fort“ – Demokratisches Bulgarien (PP-DB) mit 36 Mandaten. Auf den dritten Platz gelangt die rechtsradikale prorussische Partei

Wiedergeburt mit 33 Sitzen. Die von der türkischen Minderheit unterstützte Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) gewinnt 29 Sitze.

Anmerkung: Die Angaben über die Sitzverteilung beruhen auf der Neuauszählung vom März 2025.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Israel/UNO/UNRWA

Das israelische Parlament beschliesst, dass das UNO-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) seine Arbeit in Israel einstellen muss. Den israelischen Behörden wird ausserdem jeglicher Kontakt mit der UNRWA untersagt (**28.10.2024**). Die UNRWA kann ihre Aktivitäten im Westjordanland und im Gazastreifen nicht fortsetzen, da Israel die Grenzübergänge kontrolliert.

Deutschland

Der deutsche Autobauer VW will nach Aussagen des Betriebsrats mindestens drei Fabriken schliessen und Zehntausende Stellen abbauen (**28.10.2024**).

Spanien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die spanischen Mittelmeer-Anrainerregionen Valencia, Murcia und Andalusien werden von verheerenden Unwettern heimgesucht (**ab 29.10.2024**). Über 200 Menschen kommen dabei ums Leben. Am meisten betroffen von den Überschwemmungen und Sturzfluten ist die Region Valencia. Mancherorts fällt an einem Tag so viel Regen wie in einem Jahr.

Botswana

Demokratischer Machtwechsel in Botswana nach 58 Jahren (**30.10.2024**). Die seit der Unabhängigkeit im Jahr 1966 regierende Botswana Democratic Party (BDC) wird abgewählt. Im 61 Sitze zählenden Parlament ist die Partei von Präsident Mokgweetsi Masisi nur noch mit 4 (minus 34) Abgeordneten vertreten. Stärkste Kraft mit 28 Sitzgewinnen wird die Allianz Umbrella für Democratic Change (UDC) von Duma Boko.

Serbien

Katastrophen

Beim Einsturz eines Bahnhofsvordachs in der serbischen Stadt Novi Sad kommen 14 Menschen ums Leben (**1.11.2024**). Nach dem Tod von zwei Schwerverletzten steigt die Zahl der Toten bis im März 2025 auf 16. Die Katastrophe löst heftige Proteste aus. Der Regierung wird Korruption vorgeworfen.

Moldau/Russland

Maia Sandu von der prowestlichen liberalen Partei Aktion und Solidarität (PAS) bleibt Staatspräsidentin der Republik Moldau (**3.11.2024**). Sie gewinnt die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 54,34 Prozent. Ihr Konkurrent, der Sozialist Alexandr Stoianoglu, gilt als russlandfreundlich. Moldauische Politiker beklagen sich über Versuche russischer Einflussnahme durch Stimmenkauf.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 985. Tag (4.11.2024)

Korea (Nordkorea)

Nach ukrainischen Angaben sind 11 000 nordkoreanische Soldaten in der russischen Grenzgebiet Kursk eingetroffen. Die Ukraine meldet erste Zusammenstösse mit nordkoreanischen Truppen.

USA/

Erfolgreiches Comeback: Donald Trump geht als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl in den USA hervor (**5.11.2024**). Er wird zum zweiten Mal Präsident der Vereinigten Staaten. Trump ist seit 1892 der erste Präsident, der nach einer Unterbrechung wieder ins Weisse Haus zieht.

- Die Republikaner haben wieder das Sagen im Weissen Haus und verfügen über die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses.
- Überraschend deutlich muss sich die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris geschlagen geben. In Umfragen war mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen gerechnet worden.
- Donald Trump und sein Vizepräsidentschaftskandidat James David (JD) Vance gewinnen 312, Kamala Harris und ihr Running Mate Tim Walz 226 Elektorenstimmen. Bei den Wählerinnen- und Wählerstimmen führt das Team Trump/Vance mit 77,2 Millionen (49,8 Prozent) vor dem Team Harris/Walz mit 74,9 Millionen (48,3 Prozent).
- Trump siegt in allen sieben Swing States: Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, North Carolina, Georgia, Nevada und Arizona.
- Trump verspricht in seiner Siegesrede ein „goldenes Zeitalter“.
- Erfolgreich sind die Republikaner auch bei den Kongresswahlen.

Nach vier Jahren erobern die Republikaner mit 53 Sitzen (plus 4) wieder die Mehrheit im Senat. Die Demokraten verfügen über 45 Sitze (minus 2). Zwei Senatssitze (minus 2) gehen an Unabhängige.

Im Repräsentantenhaus bleiben die Republikaner stärkste Kraft mit 220 Sitzen (minus 1) vor den Demokraten mit 215 (plus 1) Mandaten.

Deutschland

Ende der 2021 aus Sozialdemokraten, Freien Demokraten und Grünen gebildeten Ampelkoalition in Deutschland: Bundeskanzler Olaf Scholz /SPD) entlässt wegen tiefgreifender Meinungsdivergenzen den FDP-Finanzminister Christian Lindner. Die übrigen FDP-Minister treten zurück und besiegeln damit den Bruch des Regierungsbündnisses. Fortan regiert eine rot-grüne Minderheitsregierung. Neuwahlen sind für den 23. Februar 2025 vorgesehen. (6.11.2024).

Niederlande/Israel

In Amsterdam kommt es anlässlich eines Fussballspiels zwischen Ajax und Maccabi Tel Aviv zu gewalttätigen antisemitischen Ausschreitungen (7.11.2024).

Kryptowährungen

Der Kurs der Kryptowährung Bitcoin überschreitet erstmals die Marke von 90 '000 Dollar (12.11.2024).

USA

Der künftige US-Präsident Donald Trump überträgt Elon Musk – Tech-Milliardär und reichster Mann der Welt – zusammen mit dem Pharmaunternehmer Vivek Ramaswamy die Leitung der Abteilung für effizientes Regieren – Department of Government Efficiency – (12.11.2024).

Innert weniger Tage nach seiner Wahl nominiert Trump sein Regierungsteam:

- Außenminister: Marco Rubio, Senator aus Florida,
- Verteidigungsminister: Pete Hegseth, Moderator beim Fox News Channel,
- Justizminister: Matt Gaetz, Hardliner im Repräsentantenhaus, Gaetz, der wegen Affären unter Druck steht, zieht sich jedoch zurück (21.11.2024) Trump nominiert die Anwältin Pam Bondi für die Leitung des Justizministerium.
- Nationaler Sicherheitsberater: Michael Waltz, Abgeordneter aus Florida,
- Ministerin für Inlandsicherheit: Kristi Noem, Gouverneurin von South Dakota,
- Grenzschutzbeauftragter - „Grenz-Zar“: Thomas D. Homan, ehemaliger Direktor der Einwanderungsbehörde ICE,
- Stabschefin im Weissen Haus: Susie Wiles, bisher Wahlkampfmanagerin,
- Nationale Geheimdienstkoodinatorin: Tulsi Gabbard, ehemalige Abgeordnete im Repräsentantenhaus, 2022 aus der Demokratischen Partei ausgetreten,
- Gesundheitsminister: Robert F. Kennedy Jr, ehemaliger unabhängiger Präsidentschaftskandidat, Impfskeptiker.

Für Aufsehen sorgen vor allem die Nominierungen von Verteidigungsminister Pete Hegseth, Justizminister Matt Gaetz (er zieht sich zurück), der Geheimdienstkoodinatorin Tulsi Gabbard und Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr.

Mauritius

Wahldebakel für den den Premierminister von Mauritius, Pravind Jugnauth (10.11.2024). Seine Allianz ((Militant Socialist Movement und weitere Partner) muss sich mit zwei Mandaten begnügen. Die Mitte-links Alliance for Change (Labour Party und andere Parteien) gewinnt 60 der 66 Mandate. Navin Ramgoolam wird nach 1995 und 2005 zum dritten Mal Regierungschef.

Sri Lanka

Bei der Parlamentswahl in Sri Lanka gewinnt die Linksallianz National People's Power (NPP) des neuen Staatspräsidenten Anura Kumara Disanayake mit 159 der 225 Mandate die Zweidrittelmehrheit (14.11.2024).

Peru/China

Im Beisein von Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping wird in Peru der erste chinesisch kontrollierte Hafen Südamerikas eröffnet. Der Tiefwasserhafen Chancay nördlich der Hauptstadt Lima ist Teil der chinesischen „Neuen Seidenstrasse“ (14.11.2024).

Gabun

Die Bevölkerung von Gabun stimmt einer neuen Verfassung zu, die dem Präsidenten mehr Macht einräumt (16.11.2024).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 998. Tag (17.11.2024)

USA

- Russland greift mit 120 Raketen und 90 Drohnen die ukrainische Energieinfrastruktur an. Es handelt sich um einen der heftigen Angriffe seit Kriegsbeginn.
- Kehrtwende: US-Präsident Joe Biden erlaubt der Ukraine den Einsatz von ATACMS--Raketen mit einer Reichweite von 300 Kilometern auf russisches Gebiet. Die Raketen sollen zum Schutz ukrainischer Streitkräfte in der Region Kursk eingesetzt werden.

Senegal

In Senegal gewinnt bei der Parlamentswahl die Partei von Staatspräsident Diomaye Faye – Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (Pastef) – 130 der 165 Mandate (17.11.2024).

G-20

Die Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer (G-20) spricht sich auf ihrer Gipfelkonferenz in Rio de Janeiro für eine wirksame Besteuerung der Superreichen aus, unterstützt die Schaffung einer Globalen Allianz gegen Hunger und Armut und bekräftigt das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken (**18.11.2024**). Der russische Präsident Wladimir Putin lässt sich durch Aussenminister Sergei Lawrow vertreten.

China/Hongkong

Ein Gericht in Hongkong verurteilt 45 Demokratieaktivisten zu Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren (**19.11.2024**).

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin setzt eine angepasste Nukleardoktrin in Kraft. (**19.11.2024**). Darin heisst es unter anderem: Atomwaffen könnten eingesetzt werden bei einer „Aggression gegen die Russische Föderation und ihre Verbündeten durch einen nichtnuklearen Staat unter Beteiligung oder Unterstützung eines nuklearen Staates“. Das würde als „gemeinsamer Angriff“ verstanden werden.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1000. Tag (19.11.2024)

USA/Grossbritannien

1000. Tag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die Ukraine setzt erstmals mit Einverständnis der USA ATACMS-Raketen mit einer Reichweite von 300 Kilometern gegen Ziele auf russischem Gebiet ein. Betroffen sind militärische Einrichtungen in der Region Brjansk.

Auch britische Marschflugkörper vom Typ Storm Shadow gelangen zum Einsatz.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 412. Tag (21.11.2024)

Internationaler Strafgerichtshof

Israel/Hamas

Der Internationale Strafgerichtshof erlässt Haftbefehle gegen den israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant sowie gegen den Hamas-Militärführer Mohammed Deif wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (vgl. 20.5.2024). Es gebe ausreichende Gründe für die Annahme, dass Netanyahu und Gallant, „absichtlich und wissentlich der Zivilbevölkerung im Gazastreifen wesentliche Dinge für ihr Überleben einschliesslich Nahrung, Wasser sowie Medikamente und medizinische Hilfsmittel sowie Brennstoffe und Strom vorenthalten haben“. Deif soll bei einem israelischen Luftangriff ums Leben gekommen sein.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1002. Tag (21.11.2024)

Der russische Präsident Wladimir Putin verkündet den Einsatz einer neuen Hyperschall-Mittelstreckenrakete mit der Bezeichnung Oreschnik. Eine solche Rakete sei auf die ukrainische Stadt Dnipro abgefeuert worden.

Brasilien

Die brasilianische Bundespolizei will den ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro wegen eines Putschversuchs vor Gericht bringen (**21.11.2024**). Er soll mit 36 Mitverschwörern nach den verlorenen Wahlen Ende 2022 einen Staatsstreich geplant haben, um den Amtsantritt seines Nachfolgers Luiz Inácio Lula da Silva zu verhindern.

UNO-Klimakonferenzen

Umwelt/Klima

Die in der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku tagende UNO-Klimakonferenz (COP29) einigt sich darauf, jährlich 300 Milliarden Dollar für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels in den ärmeren Ländern bereitzustellen (**23.11.2024**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen drei von vier Vorlagen ab (**24.11.2024**). Der geplante Autobahnausbau wird mit 52,7 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Ebenfalls abgelehnt werden die Mietrecht-Änderungen (Untermiete bzw. Kündigung wegen Eigenbedarfs) mit 51,6 bzw. 53,8 Prozent Nein-Stimmen. Die einheitliche Finanzierung von Gesundheitsleistungen findet Zustimmung mit 53,3 Prozent Ja-Stimmen.

Rumänien

In Rumänien gewinnt völlig überraschend Călin Georgescu, ein parteiloser prorussischer Rechtsaussenpolitiker die erste Runde der Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 22,94 Prozent. In die Stichwahl schafft es Elena Lacsoni von der liberalen Partei Union Rettet Rumänien mit 19,18 Prozent. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und bisherige Ministerpräsident Marcel Ciolacu scheidet mit 19,15 Prozent knapp aus (**24.11.2024**).

Das Verfassungsgericht annulliert die Wahl am 6. Dezember wegen massiven Einflusses von aussen.

Uruguay

In Uruguay geht Yamandú Orsi vom Linksbündnis Frente Amplio mit einem Stimmenanteil von 52 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Sein Konkurrent Álvaro Delgado von der konservativen

Coalición Republicana erhält 48 Prozent (**24.11.2024**). Im Abgeordnetenhaus verpasst der Frente Amplio mit 48 der 99 Sitze knapp die absolute Mehrheit. 29 Mandate gewinnt der konservative Partido Nacional und 17 der liberale Partido Colorado.

USA

Die US-Staatsanwaltschaft gibt zwei der grossen Strafverfahren gegen den ehemaligen und erneut gewählten Präsidenten Donald Trump auf. Es handelt sich um das Verfahren wegen versuchter Wahlmanipulation und das Verfahren in der Dokumentenaffäre (**25.11.2024**).

USA/Mexiko/Kanada/China

Der künftige US-Präsident Donald Trump will bei Amtsantritt im Januar 2025 Importzölle von 25 Prozent auf alle Waren aus Mexiko und Kanada sowie zusätzliche Zölle von 10 Prozent auf Waren aus China verhängen (**25.11.2024**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

USA/Frankreich

Nach mehr als einem Jahr (nach 417 Tagen) Krieg zwischen Israel und der libanesischen Hizbullah-Miliz tritt eine von den USA und Frankreich vermittelte Waffenruhe in Kraft (**27.11.2024**).

Der Krieg zwischen der Hizbullah und Israel hat in Libanon bisher über 3000 Tote gefordert. Hunderttausend Menschen wurden vertrieben. Auf israelischer Seite mussten rund 60 000 Menschen das nördliche Grenzgebiet verlassen.

Die Kernpunkte der Waffenruhe:

- In den nächsten 60 Tagen sollen die Waffen schweigen.
- Die Hizbullah soll ihre Präsenz an der südlibanesischen Grenze aufgeben und sich bis zum Litani-Fluss etwa 30 Kilometer nördlich der Grenze zurückziehen.
- Danach sollen sich die israelischen Bodentruppen aus Libanon zurückziehen.
- Südlich des Litani bis zur Grenze zu Israel sollen libanesischen Soldaten mit Unterstützung der UNO-Friedenstruppe Unifil stationiert werden.
- Der Waffenstillstand soll von einer internationalen Kommission unter Leitung eines US-Generals überwacht werden.

EU/EU-Kommission/Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament stimmt mit 370 gegen 282 Stimmen der Zusammensetzung der neuen EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen zu (**27.11.2024**). Neue Aussenbeauftragte ist die frühere estnische Regierungschefin Kaja Kallas. Erstmals gibt es einen Verteidigungskommissar. Diesen Posten übernimmt der frühere litauische Regierungschef Andrius Kubilius. Für Nebengeräusche sorgt die Ernennung von Raffele Fitto von den Fratelli d'Italia zum Vizekommissionspräsidenten.

Syrien

In den syrischen Provinzen Idlib und Aleppo lancieren jihadistische Aufständische unter der Führung von Hayat Tahrir al-Sham (HTS) zum ersten Mal seit vier Jahren eine Offensive (**27.11.2024**). Innert weniger Tage erobern sie Aleppo, die zweitgrösste Stadt des Landes, und danach Hama und Homs (vgl. 8.12.2024).

Australien

Social media

Das australische Parlament beschliesst eine Altersgrenze von 16 Jahren für die Nutzung von Social Media (**28.11.2024**).

Georgien/EU

Die georgische Regierung lehnt weitere Gespräche über einen Beitritt zur Europäischen Union ab. Das Land werde bis Ende 2028 nicht über einen Beitritt in die EU verhandeln, verkündet Ministerpräsident Irakli Kobachidze (**28.11.2024**).

Der Entscheid löst heftige Proteste aus. In der Hauptstadt Tiflis kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Staatspräsidentin Salome Zurbichidze fordert eine Wiederholung der umstrittenen Parlamentswahl. Sie werde die Amtsgeschäfte nach Ablauf ihres Mandats erst dann übergeben, wenn es eine legitim gewählte Regierung gebe.

Irland

Parlamentswahl in Irland (**29.11.2024**): Die Regierungspartei Finna Fáil bleibt mit 47 Mandaten (plus 10) stärkste Kraft. Die linksgerichtete Sinn Féin gewinnt 39 Mandate (plus 2). Die ebenfalls regierende Partei Fine Gael erhält 38 Sitze (plus 3). Zulegen können die Social Democrats und die Irish Labour mit je 11 Mandaten (plus 5). Ein Debakel erleben die Grünen: Sie haben nur noch ein Mandat (minus 11).

Island

In Island wird die bisherige oppositionelle Sozialdemokratische Allianz stärkste Partei im Parlament. Sie gewinnt bei der Parlamentswahl 15 (plus 9) der 63 Mandate. Die Unabhängigkeitspartei und die Fortschrittspartei, beide bisher an der Regierung, müssen Verluste in Kauf nehmen. Die Unabhängigkeitspartei ist neu mit 14 (minus 2) und

die Fortschrittspartei mit 5 (minus 8) Abgeordneten vertreten. Die mitregierende Links-grüne Bewegung verliert alle 8 Sitze (**30.11.2024**).

Namibia

Mit Netumbo Nandi-Ndaitwah erhält Namibia erstmals eine Staatspräsidentin. Die bisherige Vizepräsidentin erhält bei den allgemeinen Wahlen (27.11. bis **30.11.2024**) 57,68 Prozent der Stimmen. Ihr Konkurrent Panduleni Itula von den Independent Patriots for Change (IPC) erhält 26,03 Prozent. Die Regierungspartei Swapo gewinnt in der National Assembly 51 der 96 zur Wahl stehenden Mandate.

Rumänien

Die postkommunistische Sozialdemokratische Partei (PSD) geht trotz Verlusten mit einem Stimmenanteil von knapp 22 Prozent und 86 Mandaten (minus 24) erneut als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen in Rumänien hervor (**1.12.2024**). An zweiter Stelle folgt die rechtsradikale Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR) mit 18 Prozent und 63 (plus 30) Mandaten. Die AUR und zwei weitere rechtsradikale Parteien (SOS Rumänien und Partei der jungen Menschen/POT) kommen zusammen auf einen Stimmenanteil von fast 32 Prozent. Drittstärkste Kraft ist die Nationale Liberale (PNL) mit 49 Sitzen (minus 44).

USA

Entgegen vorheriger Aussagen begnadigt der scheidende US-Präsident Joe Biden seinen Sohn Hunter Biden. Er war wegen illegalen Besitzes einer Schusswaffe verurteilt worden (**1.12.2024**).

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Politisches Chaos in Südkorea: Staatspräsident Yoon Suk Yeol verhängt überraschend das Kriegsrecht (**3.12.2024**). Der Präsident begründet seinen Entscheid mit dem „Schutz vor der kommunistischen Bedrohung durch Nordkorea“. Das Parlament widersetzt sich. Nach sechs Stunden hebt der Präsident das Kriegsrecht wieder auf. (**4.12.2024**). Die Opposition fordert ein Amtsenthebungsverfahren.

Frankreich

Das französische Parlament entzieht Premierminister Michel Barnier im Streit zum einen Sparhaushalt nach nur drei Monaten das Vertrauen. Die linke und rechte Opposition spannen zusammen. Barniers Amtszeit ist die kürzeste eines französischen Premiers seit 1958. Und er ist der erste Regierungschef seit 1962, der von der Assemblée nationale gestürzt wird (**4.12.2024**).

Kryptowährungen

Der Kurs der Kryptowährung Bitcoin überschreitet erstmals die Marke von 100 '000 Dollar (**4.12.2024**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 426. Tag (4.12.2024)

Amnesty International

Die Nichtregierungsorganisation Amnesty International wirft Israel Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen vor.

Rumänien

Das rumänische Verfassungsgericht annulliert die Präsidentenwahl vom 24. November 2024 wegen massiven Einflusses von aussen (**6.12.2024**). Sieger der ersten Runde wurde überraschend der ultranationalistische Kandidat Călin Georgescu. Laut Geheimdienstunterlagen wurde Rumänien Ziel eines „aggressiven russischen hybriden Angriffs“. Die Amtszeit von Präsident Klaus Iohannis wird zur Wiederholung der Wahl verlängert.

EU/Mercosur

Argentinien/Brasilien/Paraguay/Uruguay

Im Beisein von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsidenten von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay werden in Montevideo die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercado Común del Sur (Mercosur) abgeschlossen (**6.12.2024**).

Ghana

Friedlicher Machtwechsel in Ghana. John Dramani Mahama vom oppositionellen National Democratic Congress (NDC) geht mit einem Stimmenanteil von 56,55 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er war schon zwischen 2012 und 2017 Staatsoberhaupt (**7.12.2024**). Im Parlament gewinnt der NDC mit 185 der 276 Sitze klar die Mehrheit.

Frankreich

Die im April 1919 bei einem verheerenden Grossbrand schwer beschädigte Pariser Kathedrale Notre-Dame wird im Beisein von Gästen aus aller Welt, unter ihnen auch der nächste US-Präsident Donald Trump, feierlich wiedereröffnet (**7.12.2024**).

Haiti

Bei einem Massaker in einem Elendsviertel der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince kommen mindestens 180 Menschen ums Leben. Es soll sich um einen Racheakt eines Bandenführers handeln (**7.12.2024**).

Syrien/Russland/Iran

Israel/USA/„Islamischer Staat“ (IS)/Türkei

Umsturz in Syrien. Nach 13 Jahren Bürgerkrieg vertreiben islamistische Rebellen Machthaber Bashar al-Assad. Nach 54 Jahren endet die Diktatur der Familie Assad (**8.12.2024**):

- Zwölf Tage nach Beginn einer Offensive jihadistischer Aufständischer unter der Führung der Miliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS) verkünden die Rebellen im syrischen Staatsfernsehen die „Befreiung der Stadt Damaskus und den Sturz des Tyrannen Assad“ sowie die Freilassung „aller zu Unrecht in den Gefängnissen des Regimes inhaftierten Menschen“. Für Syrien habe eine „neue Ära“ begonnen. Zuvor hatte die Rebellen Aleppo, Hama und Homs erobert. Angeführt werden die Rebellen von Ahmed al-Sharaa – Kampfname Abu Mohammed al-Jolani.
- Bashar al-Assad flüchtet nach Moskau, wo er politisches Asyl erhält. Bashar al-Assad hatte im Jahr 2000 nach dem Tod seines Vaters Hafez al-Assad die Macht übernommen.
- Der 2011 ausgebrochene Bürgerkrieg hat nach Schätzungen mehr als eine halbe Million Tote gefordert. Millionen Menschen flüchteten.
- Unterstützt wurde das Regime von Russland und Iran. Die iranische „Achse des Widerstands“ ist massiv geschwächt.
- Nach dem Sturz des Assad-Regimes rücken israelische Truppen auf den Golanhöhen in die 1974 eingerichteten Pufferzone zu Syrien und in „angrenzende strategische Positionen“ vor. Die israelische Luftwaffe startet eine Grossoffensive gegen Waffendepots in Syrien, Stützpunkte der Marine und mutmassliche C-Waffenlager.
- Die US-Luftwaffe greift Stellungen des „Islamischen Staats“ (IS) in Syrien an.
- Im Norden Syriens kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der von der Türkei unterstützten Rebellentruppe Syrische Nationale Armee (SNA) und Kämpfern der kurdischen Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF).

Syrien

Mohammed al-Bashir wird Leiter einer syrischen Übergangsregierung. Er war bisher „Regierungschef“ in der Rebellenhochburg Idlib. Mohammed al-Bashir verspricht dem syrischen Volk Stabilität und Ruhe (**10.12.2024**).

EU/Schengen-Raum/Bulgarien/Rumänien

Bulgarien und Rumänien werden ab 2025 volle Mitglieder des Schengenraums der Europäischen Union. Dies beschliessen die Innenministerinnen und Innenminister der EU (**12.12.2024**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1023. Tag (12.12.2024)

Die Nato geht davon aus, dass der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine bereits mehr als eine Million Tote und Verwundete gefordert hat.

Litauen

Der Sozialdemokrat Gintautas Paluckas wird neuer litauischer Ministerpräsident. Er bindet die bei den Parlamentswahlen erfolgreiche populistische Morgenröte von Nemuno in die Regierung ein (**12.12.2024**).

Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron ernennt François Bayrou, Vorsitzender der Zentrumsparterie Mouvement Démocrate (MoDem), zum neuen Premierminister (**13.12.2024**).

Korea (Südkorea)

Das südkoreanische Parlament beschliesst ein Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsident Yoon Suk Yeol (**14.12.2024**).

Mayotte/Frankreich/Moçambique

Katastrophen/Unwetter

Der Tropensturm „Cido“ verwüstet die zu Frankreich gehörende Insel Mayotte im Indischen Ozean (**14.12.2024**). 40 Menschen kommen ums Leben und über 4000 Menschen werden verletzt. Auch Moçambique ist vom Sturm betroffen. Über 100 Tote werden registriert.

Georgien

In Georgien wird der ehemalige Fussballprofi Micheil Kawelaschwili von einem aus Parlamentsabgeordneten und Regionalvertretern zusammengesetzten Gremium zum Staatsoberhaupt gewählt. Die Opposition und die noch amtierende Staatschefin Salome Surabischwili anerkennen die Präsidentenwahl nicht und fordern eine Neuwahl des Parlaments (**14.12.2024**).

Surabischwili räumt Ende Jahr (29.12.2024) den Präsidentenpalast, sieht sich aber weiterhin als legitime Amtsinhaberin.

Deutschland

Der Deutsche Bundestag entzieht Bundeskanzler Olaf Scholz wie beabsichtigt das Vertrauen und ebnet damit den Weg für Neuwahlen. 394 Abgeordnete stimmen gegen und 207 für den sozialdemokratischen Regierungschef (16.12.2024).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1028. Tag (17.12.2024)

Der russische Generalleutnant Igor Kirillow wird bei einem Anschlag in Moskau getötet (17.12.2024). Russische Ermittler verdächtigen den ukrainischen Geheimdienst der Tat. Die Ukraine macht Kirillow für den Einsatz von Chemiewaffen an der Front in der Ukraine verantwortlich.

Frankreich

Ein Vergewaltigungsprozess erschüttert Frankreich. Das Strafgericht in Avignon verurteilt den Hauptangeklagten Dominique Pélicot zur Höchststrafe von 20 Jahren Gefängnis (19.12.2024). Er hatte seine frühere Ehefrau Gisèle Pelicot fast zehn Jahre lang immer wieder betäubt, missbraucht und fremden Männern zur Vergewaltigung angeboten. Auch 50 Mitangeklagte werden schuldig gesprochen. Gisèle Pelicot hatte sich für ein öffentliches Verfahren eingesetzt, damit die Scham die Seiten wechselt».

Schweiz/EU

Nach neun Monate dauernden Verhandlungen einigen sich die Schweiz und die Europäische Union auf ein Vertragspaket. Der Bundesrat will das Paket in zwei Teile aufteilen: einen „Stabilisierungsteil“ mit den bestehenden Verträgen und einen „Weiterentwicklungsteil“ mit neuen Abkommen zu Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit (20.12.2024).

Schweiz

Credit Suisse

Nach Auffassung einer parlamentarische Untersuchungskommission war das Management der Credit Suisse für den Untergang der Bank verantwortlich (20.12.2024).

Deutschland

In Magdeburg (Sachsen-Anhalt) rast ein Mann mit einem Auto auf den Weihnachtsmarkt. Dabei kommen 5 Menschen ums Leben und über 200 werden verletzt, viele von ihnen schwer. Der festgenommene Tatverdächtige ist ein aus Saudiarabien stammender Arzt (20.12.2024).

Island

Die Sozialdemokratin Kristrún Frostadóttir (Frostadóttir) wird neue isländische Ministerpräsidentin. Die 36-jährige Politikerin ist die jüngste Regierungschefin des Landes. Sie bildet eine Koalition mit der liberalen Reformpartei und der Volkspartei (21.12.2024).

Serbien

In der serbischen Hauptstadt Belgrad demonstrieren Zehntausende Menschen gegen die Regierung und werfen ihr Korruption, Schlamperei und Vertuschung vor. Auslöser des Massenprotests ist der Einsturz eines Bahnhofsvordachs in Novi Sad, bei dem 15 Menschen ums Leben kamen (22.12.2024).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Mit der Öffnung der Heiligen Pforte im Petersdom durch Papst Franziskus beginnt ein Heiliges Jahr, das die römisch-katholische Kirche alle 25 Jahre feiert (24.12.2024).

Moçambique

In Moçambique werden bei schweren Unruhen über 120 Menschen getötet (25.12.2024). Ausgelöst werden die Unruhen durch die offizielle Bestätigung des Ergebnisses der Präsidentenwahl vom 9. Oktober. Das Oberste Gericht erklärt Daniel Chapo zum Wahlsieger.

Kasachstan/Aserbaidshan/Russland

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein aserbaidshanisches Passagierflugzeug stürzt bei einem Notanflug auf den kasachischen Flughafen Aktau ab. Von den 62 Passagieren und Besatzungsmitgliedern überleben 29 Personen. Es gibt klare Hinweise, dass das Flugzeug von russischen Flugabwehrgeschossen getroffen wurde (25.12.2024).

Der russische Präsident Wladimir Putin entschuldigt sich dafür, dass sich der „tragische Vorfall“ in russischem Luftraum ereignet habe. Der aserbaidshanische Präsident Ilham Alijew fordert Russland auf, die Schuld einzugestehen und Kompensationen zu leisten.

Korea (Südkorea)

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Bei der Bruchlandung eines Passagierflugzeuges im südkoreanischen Regionalflughafen Muan kommen alle 175 Passagiere und vier der sechs Besatzungsmitglieder ums Leben (29.12.2024).

2025

Ungarn/EU

Ungarn verliert wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit den Anspruch auf Hilfen der Europäischen Union im Umfang von rund einer Milliarde Euro (**1.1.2025**).

Ukraine/Russland/Energie

Die Ukraine stellt die Durchleitung von russischem Gas in Richtung Europa ein, um Russland von weiteren Einkünften abzuschneiden. Der Transitvertrag mit Gazprom wurde nicht verlängert (**1.1.2025**).

USA

Terror im French Quarter von New Orleans (**1.1.2025**): Ein Mann rast mit seinem Auto in eine Menschenmenge. 14 Personen kommen ums Leben und Dutzende werden verletzt. Der Attentäter bekannte sich in einem Video kurz vor der Tat als Anhänger des „Islamischen Staates“ (IS). Er wird bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet.

China

In China wird schrittweise das Rentenalter erhöht: Für Fabrikarbeiterinnen soll das Rentenalter von 50 auf 55 und für alle anderen weiblichen Angestellten auf 58 Jahre steigen. Männer müssen bis 63 Jahre arbeiten statt wie bisher bis 60 (**1.1.2025**).

Montenegro

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In einem Dorf nahe der montenegrinischen Stadt Cetinje erschiesst ein Mann zwölf Menschen, darunter zwei Kinder (**1.1.2025**). Die Regierung verhängt eine dreitägige Staatstrauer.

Österreich

In Österreich scheitern die Koalitionsverhandlungen zwischen der konservativen Volkspartei (ÖVP), der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und der liberalen Neos (**3.1.2025**).

Dies löst einen Dominoeffekt und ein politisches Beben aus. ÖVP und SPÖ brechen die Koalitionsgespräche ebenfalls ab. Bundeskanzler Karl Nehammer tritt sowohl als Regierungschef als auch als ÖVP-Vorsitzender zurück (**4.1.2025**).

Österreich

Der Vorsitzende der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Herbert Kickl, erhält von Bundespräsident Alexander Van der Bellen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung (**6.1.2025**).

Kanada

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau kündigt seinen Rücktritt als Vorsitzender der Liberal Party und als Regierungschef an (**6.1.2025**).

USA

Zwei Wochen vor Ende seiner Amtszeit blockiert US-Präsident Joe Biden künftige Erdöl- und Erdgasförderungen in US-Gewässern (**6.1.2025**).

USA/Dänemark/Grönland/Streit um Grönland

Panama/Panamakanal/Kanada

Der frühere und künftige US-Präsident Donald Trump schliesst «militärischen Druck» für die Kontrolle über Grönland – Teil des Königreichs Dänemark – und den Panamakanal nicht aus. Kanada sollte nach seinen Vorstellungen 51. Staat der USA werden. Den Golf von Mexiko will er in Golf von Amerika umbenennen (**7.1.2025**). Die grönländische Regierung weist Trumps Vorstoss zurück. Die Insel gehöre dem grönländischen Volk. Grönland sei aber einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert.

USA/Nato

Der künftige US-Präsident Donald Trump fordert eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Nato-Verbündeten auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (**7.1.2025**).

USA/social media

Meta, der Konzern hinter den Netzwerken Facebook und Instagram, wird in den USA laut CEO Mark Zuckerberg künftig auf die Arbeit von externen Faktenprüfern verzichten (**7.1.2025**). Ausserdem werden die Massnahmen zu Diversität, Gleichstellung und Inklusion in der Belegschaft abgeschafft.

USA

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Verheerende Waldbrände in der Region Los Angeles (**ab 7.1.2025**): Etwa 12 000 Gebäude werden zerstört oder beschädigt. Über 100 000 Menschen müssen ihre Häuser verlassen. Die Brände gelten als die schwersten in der Geschichte der Stadt.

Libanon

Nach 25 Monaten Vakanz hat Libanon wieder einen Staatspräsidenten. Das Parlament wählt Armeechef Joseph Aoun zum neuen Staatschef (**9.1.2025**).

Vier Tage später wird Nawaf Salam, bisher Präsident des Internationalen Gerichtshofs, designierter Regierungschef.

USA

Der frühere und künftige US-Präsident Donald Trump erhält im Prozess um Schweigegeldzahlungen an eine Pornodarstellerin keine Strafe. Schuldig gesprochen bleibt er dennoch (vgl. 30.5.2024). Die Verurteilung erfolgt als „unconditional discharge“, als Schuldspruch ohne Haftstrafe, Geldbusse oder Bewährung (**10.1.2025**). Erstmals zieht ein verurteilter Straftäter ins Weisse Haus ein.

Umwelt/Klima

2024 war nach Angaben des Erdbeobachtungsdienstes Copernicus das heisseste Jahr seit Beginn der systematischen Aufzeichnungen Mitte des 19. Jahrhunderts. Die durchschnittliche Temperatur lag 1,6 Grad über dem vorindustriellen Niveau (**10.1.2025**).

Kroatien

Der kroatische Staatspräsident Zoran Milanović (*Milanovic*) sichert sich eine zweite Amtszeit. Der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei erhält in der Stichwahl 74,7 Prozent der Stimmen (**10.1.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 468. Tag (15.1.2025)

USA/Katar/Ägypten

468 Tage nach Kriegsbeginn einigen sich Israel und die radikal-islamische Hamas auf eine Waffenruhe im Gazastreifen (**15.1.2025**). Sie soll am 19. Januar in Kraft treten. Vermittler waren die USA, Katar und Ägypten. In einer ersten Phase sollen 33 der verbliebenen 98 israelische Geiseln freigelassen werden. Im Gegenzug sollen Hunderte palästinensische Gefangene aus israelischer Haft entlassen werden.

Schweiz

Die Schweizer Bundesrätin und Verteidigungsministerin Viola Amherd (Mitte-Partei) verkündet ihren Rücktritt. Sie war im Dezember 2018 in die Landesregierung gewählt worden (**15.1.2025**).

Bulgarien

Bulgarien erhält eine neue Regierung unter Führung des früheren Parteivorsitzenden Rosen Scheljaskow. Er vertritt die Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb). Der Koalition gehören ausserdem die Sozialistische Partei sowie die Protestpartei „Es gibt so ein Volk“ (ITN) an (**16.1.2025**).

Grossbritannien/Ukraine

Der britische Premierminister Keir Starmer und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnen in Kyjiw ein Abkommen über eine umfassende Partnerschaft ihrer Länder. Der Vertrag mit einer symbolischen Laufzeit von 100 Jahren sieht eine vertiefte Zusammenarbeit in Bereichen wie Militär, Technologie, Energie, Handel und Kultur vor.

Darüber hinaus sagte Starmer der Ukraine Militärhilfen im Wert von 5,4 Milliarden Euro in diesem Jahr zu (**16.1.2025**).

Russland/Iran

Der russische Präsident Wladimir Putin und der iranische Staatschef Masud Pezeshkian unterzeichnen in Moskau ein Abkommen über strategische Partnerschaft in zahlreichen Bereichen wie Verteidigung, Energie, Forschung. Das Abkommen soll für 20 Jahre gelten (**17.1.2025**).

Nigeria

Katastrophen/Explosionskatastrophen

In Nigeria kommen bei der Explosion eines Tanklasters zwischen Abuja und Kaduna über 80 Menschen ums Leben. Dutzende Menschen hatten versucht, aus einem verunfallten Tanklaster Treibstoff abzufüllen (**18.1.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 472. Tag (19.1.2025)

Im Gazastreifen tritt die erste Phase der zwischen der israelischen Regierung und der radikal-islamischen Hamas vereinbarten Waffenruhe in Kraft. Die Hamas lässt drei verschleppte Geiseln frei. Israel entlässt im Gegenzug 735 palästinensische Häftlinge. In der ersten sechswöchigen Phase des Abkommens sollen 98 Geiseln freilassen werden. Insgesamt sollen sich noch 95 israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas-Terroristen befinden.

Israel

Aus Protest gegen das Abkommen zwischen Israel und der Hamas tritt der als Hardliner geltende israelische Polizeiminister Itamar Ben-Gvir, zusammen mit zwei weiteren Ministern der Partei Otzma Yehudit zurück (**19.1.2025**). Drei Monate später kehrt Itamar Ben-Gvir auf seinen Ministerposten zurück.

USA

Flüchtlinge/Migranten

Umwelt/Pariser Weltklimaabkommen

UNO-Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Donald Trump wird zum zweiten Mal nach 2017 als Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt – dieses Mal als 47. Präsident (**20.1.2025**).

In seiner Antrittsrede kündigt er eine goldene Ära an. „Amerika wird bald grösser und stärker sein als je zuvor.“

Rückblickend auf den versuchten Mordanschlag vom 13. Juli 2024 sagt er „Ich wurde von Gott gerettet, um Amerika wieder grossartig zu machen.“

Er werde den Notstand an der Südgrenze der USA ausrufen und Soldaten an die Südgrenze entsenden, verkündet Trump. Jegliche illegale Einreise werde gestoppt. „Wir werden damit beginnen, Millionen krimineller Ausländer an die Orte zurückzubringen, aus denen sie gekommen sind.“

Ausserdem ruft er den nationalen Energiestand aus. „Wir werden ausländische Länder mit Zöllen und Steuern belegen, um unsere Bürger zu bereichern, erklärt Trump. „Er will für die USA den Panamakanal zurückholen und den Golf von Mexiko in Golf von Amerika umbenennen. „Mein stolzestes Vermächtnis wird das eines Stifters von Frieden und Einheit sein“, meint er.

Trump unterzeichnet zum Amtsantritt Dutzende Dekrete: Dazu gehören:

- Die Verhängung des nationalen Notstandes an der Südgrenze, um die Migration einzudämmen. Das Verteidigungsministerium erhält die Befugnis, Soldaten zu entsenden.
 - Die Grenzbefestigungen zu Mexiko werden ausgebaut.
 - Das Heimatschutzministerium wird angewiesen, alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um Zugewanderte ohne Bleiberecht abzuschieben.
 - Das „birth right“, das in der Verfassung verbriefte Recht, wonach jeder, der in den USA geboren wird, automatisch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erhält, wird abgeschafft.
- Ein Bundesrichter blockiert das Dekret (23.1.2025). Mehr als 20 US-Staaten reichen Klagen ein.
- Beschleunigung der heimischen Energieproduktion –Erdöl, Erdgas, Kohl – mit einem nationalen Energiestand.
 - Austritt aus dem Pariser Weltklimaabkommen von 2015 über die Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter. Schon 2017 hatte Trump den Rückzug beschlossen, was von seinem Nachfolger Joe Biden rückgängig gemacht wurde.
 - Austritt aus der UNO-Weltgesundheitsorganisation/WHO. 2020 hatte Trump den Rückzug aus der WHO beschlossen, was Joe Trump ein Jahr später wieder aufhob.
 - Hunderte Verurteilte, die am Sturz auf das Capitol am 6. Januar 2021 beteiligt waren, werden begnadigt.
 - Die Anordnung seines Vorgängers Joe Biden, Kuba von der Terrorliste zu streichen, wird aufgehoben.
 - Die Programme zur Förderung der Diversität, Chancengleichheit und Inklusion (DEI) werden eingestellt.
 - Schaffung des Departement for Government Efficiency (Doge), um Technologie und Software der Bundesbehörden zu modernisieren und die Effizienz zu maximieren.
 - Offiziell gibt es in den USA nur zwei Geschlechter: männlich und weiblich.

Ausserdem kündigt Trump an, dass er Zölle auf Importe aus Kanada und Mexiko ab 1. Februar in Höhe von 25 Prozent einführen wolle.

Zudem will Trump über 1000 bisherige Regierungsmitarbeiter entlassen.

USA

Der frühere Senator Marco Rubio wird als neuer US-Aussenminister vereidigt (**21.1.2025**).

USA

Künstliche Intelligenz (KI)

Unter dem Namen „Stargate“ kündigt US-Präsident Donald Trump ein neues Infrastrukturprojekt zur Künstlichen Intelligenz (KI) an, in das in den nächsten Jahren Investitionen von 500 Milliarden Dollar fliessen sollen. Neben ChatGPT-Entwickler OpenAI sind Software-Riese Oracle und der japanische Technologie-Konzern Softbank mit an Bord (**21.1.2025**). Laut Trump werde das Projekt 100 000 Jobs schaffen. Das KI-Dekret von Joe Biden wird aufgehoben.

Türkei

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Hotelbrand in einem Wintersportgebiet im Nordwesten der Türkei kommen über 70 Menschen ums Leben (**21.1.2025**).

Deutschland

Bei einer Messerattacke in der deutschen Stadt Aschaffenburg werden zwei Menschen getötet: ein Kind einer Kindergartengruppe und ein Passant, der Hilfe leisten wollte. Beim Angreifer handelt es sich um einen afghanischen Migranten (**22.1.2025**).

Irland

Micheál Martin von der Partei Fianna Fail wird zum zweiten Mal irischer Regierungschef (**23.1.2025**). Erneut ist eine Rochade vorgesehen. Sein Vorgänger und Koalitionspartner Simon Harris von Fine Gael soll 2027 die Leitung der Regierung übernehmen.

Kolumbien

Nach bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Guerillagruppen, die Dutzende Tote fordern, verhängt der kolumbianische Staatschef Gustavo Petro über die Region Catatumbo im Nordosten des Landes Notstandsmassnahmen (24.1.2025).

USA

Das US-Aussenministerium fordert eine interne Überprüfung aller Auslandshilfen (24.1.2025).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 478. Tag (25.1.2025)

USA/Ägypten/Jordanien

US-Präsident Donald Trump schlägt die Umsiedlung der im Gazastreifen lebenden palästinensischen Bevölkerung nach Ägypten und Jordanien vor.

Belarus

Zum siebten Mal in Folge gewinnt Alexander Lukaschenko die Präsidentenwahl in Belarus. Die erste Wahl gewann er 1994 (26.1.1027).

Kongo-Kinshasa/Ruanda

In Kongo-Kinshasa übernehmen Rebellen des Mouvement du 23 mars (M23) nach eigenen Angaben die Kontrolle über Goma, die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu (27.1.2025). Kurz darauf wird auch Bukavu erobert. Unterstützt werden die Rebellen vom Nachbarstaat Ruanda.

China/USA

Künstliche Intelligenz (KI)

Börsen/Börsenturbulenzen

Das chinesische Startup DeepSeek rüttelt mit seinem Modell für Künstliche Intelligenz (KI) die Tech-Branche auf und sorgt für Furore an den Finanzmärkten. Die Aktie des US-Chipkonzern Nvidia verliert rund 600 Milliarden Dollar Börsenwert. Es handelt sich um den grössten Tagesverlust in der Geschichte der Wall Street (27.1.2025).

Dänemark/Grönland/Färöer-Inseln/USA

Als Reaktion auf Gebietsansprüche von US-Präsident Donald Trump will Dänemark in Zusammenarbeit mit den Regierungen Grönlands und der Färöer-Inseln seine Militärpräsenz in der Arktis und im Nordatlantik verstärken und dafür fast zwei Milliarden Euro investieren (27.1.2025).

Serbien

Der serbische Ministerpräsident Miloš Vučević (*Vucevic*) tritt unter dem Druck anhaltender Proteste gegen die Regierung zurück (28.1.2025).

Deutschland

„Tabubruch“ in der deutschen Politik: Erstmals nehmen die Unionsparteien CDU/CSU Stimmen der rechtspopulistischen, in Teilen als rechtsextrem eingestuften Alternative für Deutschland (AfD) in Kauf, um für einen Antrag zur Migrationspolitik eine Mehrheit im Bundestag zu bekommen. Der „Tabubruch“ löst heftige Proteste aus (29.1.2025).

Zwei Tage darauf (31.1.2025) scheitert Merz im Bundestag mit einem Gesetz für strengere Asylpolitik (Zustrombegrenzungsgesetz), da einige Abgeordnete nicht mehr mit der AfD stimmen wollten.

USA

US-Präsident Donald Trump will die Bürokratie abbauen. Er fordert über zwei Millionen Bundesbeamte zur Kündigung auf (29.1.2025).

Syrien

Syriens De-facto-Herrscher Ahmed al-Sharaa wird zum Übergangspräsidenten ernannt (29.1.2025).

USA

US-Präsident Donald Trump will auf dem US-Marine-Stützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba ein Lager für 30 000 Migranten errichten. Dort sollen „die schlimmsten kriminellen illegalen Ausländer“ interniert werden (29.1.2025).

El Salvador/Kryptowährungen

El Salvador schafft die Kryptowährung Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel wieder ab (29.1.2025).

USA

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

In Washington kommen bei der Kollision eines Passagierflugzeuges mit einem Armeehelikopter 67 Menschen ums Leben. Das Flugzeug und der Helikopter stürzen in den Potomac River ab (29.1.2025).

Belgien

Mehr als sieben Monat nach den Parlamentswahlen kommt in Belgien eine Einigung über die Regierungsbildung zustande. Angeführt wird Mitte-rechts-Regierung von der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) von Bart De Wever, bisher Bürgermeister von Antwerpen. Bündnispartner sind das wallonische liberale Mouvement Réformateur, die flämische sozialdemokratische Partei Vooruit (Vorwärts), die linksliberale Partei Les Engagés sowie die Partei Christen-Democratische en Vlaams CD&V (**31.1.2025**).

USA/Kanada/Mexiko/China

US-Präsident Donald Trump verhängt Importzölle von 25 Prozent gegen Mexiko und Kanada und von 10 Prozent auf bereits bestehende Zölle gegen China. Für Energieeinfuhren aus Kanada gilt ein geringerer Zollsatz von 10 Prozent (**1.2.2025**).

Kurz darauf (3.2.2025) wird für Mexiko und Kanada der Zollentscheid für einen Monat ausgesetzt. Mexiko ist bereit, 10 000 Angehörige der Nationalgarde an die Nordgrenze zu entsenden, um den Handel mit Drogen, insbesondere von Fentanyl, zu bekämpfen. Kanada sagt Grenzschutzmassnahmen zu. Der Streit mit China geht weiter. Peking reagiert mit Zöllen auf US-Importe.

USA

Die unabhängige Entwicklungsbehörde USAID gerät unter Druck der neuen US-Administration. Die Einsätze werden gestoppt. Ein grosser Teil der Mitarbeiter wird freigestellt. USAID wird Aussenminister Marco Rubio unterstellt (**3.2.2025**) Rubio stellt die Tätigkeit von USAID fünf Monate später, Anfang Juli, offiziell ein. .

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 488. Tag (4.2.2025)

USA/Gazastreifen/Ägypten/Jordanien

Die USA wollen den Gazastreifen übernehmen. Dies erklärt US-Präsident Donald Trump bei einem Medienauftritt mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu in Washington. Der Gazastreifen solle zu einer „Riviera des Nahen Ostens“ werden. Die palästinensische Bevölkerung müsste umgesiedelt werden. Der Gazastreifen sei nach 15 Monaten des Krieges ein „grosser Haufen Schutt“. Er denke, dass der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi und der jordanische König Abdullah „ihre Herzen öffnen“ und die Palästinenser aufnehmen würden. Es sei seine Hoffnung, dass die Nachbarstaaten die Umsiedlung finanzierten. Ägypten und Jordanien Trumps Vorstoss lehnen kategorisch ab.

UNO-Menschenrechtsrat/USA/Israel

Die USA kündigen erneut ihre Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der UNO (**4.2.2025**). Israel schliesst sich dem Entscheid der USA an.

Ismailiten

Der Aga Khan, das Oberhaupt der islamischen Ismailiten, stirbt im Alter von 88 Jahren (**4.2.2025**). Er galt als liberaler Vordenker des Islams.

Schweden

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In der schwedischen Stadt Örebro kommen bei einer Schiesserei in einem Erwachsenenbildungszentrum elf Menschen ums Leben, unter ihnen auch der mutmassliche Täter (**4.2.2025**).

USA

US-Präsident Donald Trump kündigt 25-Prozent-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte an (**9.2.2025**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen mit 69,8 Prozent Nein-Stimmen ab (**9.2.2025**).

Kosovo

Bei der Parlamentswahl in Kosovo verliert die Partei von Ministerpräsident Alfred Kurti, die linksnationalistische Vetëvendosje (Selbstbestimmung), ihre absolute Mehrheit (**9.2.2025**). Sie kommt auf einen Stimmenanteil von 42,3 Prozent und 48 (minus 10) Mandate. Die beiden Oppositionsparteien PDK (Demokratische Partei Kosovos) und LDK (Demokratische Liga Kosovos) erhalten 24 bzw. 20 Mandate.

Liechtenstein

Die Vaterländische Union (VU) geht mit einem Stimmenanteil von 38,3 Prozent als klarer Sieger aus der Landtagswahl im Fürstentum Liechtenstein hervor (**9.2.2025**). Sie gewinnt wie bei der letzten Wahl 10 Sitze. Die Fortschrittlicher Bürgerpartei (FBP) erhält 7 Mandate (minus 3), Die Demokraten pro Liechtenstein sind neu mit 6 Mandaten (plus 4) vertreten. Auf die Freie Liste entfallen 2 Mandate (minus 1).

Rumänien

Der rumänische Staatspräsident Klaus Iohannis bricht seine nach den Wahlturbulenzen (vgl. 6.12.2024) verlängerte Amtszeit ab und kündigt seinen Rücktritt an (**10.2.2025**).

Ukraine-Krieg – 1085. Tag (12.2.2025)

Ukraine/Russland

USA/Nato

- US-Präsident Donald Trump und der russische Staatschef Wladimir Putin einigen sich bei einem Telefonat auf die Aufnahme von Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine.

- US-Verteidigungsminister Pete Hegseth informiert bei einem Treffen der Ukraine Defence Contact Group in Brüssel über die Eckpfeiler der neuen Ukraine-Politik Washingtons.

Eine Nato-Mitgliedschaft und die Rückkehr zu alten Grenzen in der Ukraine seien unrealistisch. Die USA seien nicht bereit, zur Absicherung einer Friedenslösung Truppen in die Ukraine zu schicken. Für Sicherheitsgarantien müssten europäische und andere Truppen eingesetzt werden. Dabei dürfe es sich aber nicht um einen Nato-Einsatz handeln.

„Klare strategische Realitäten verunmöglichen es den USA, Hauptgarant für die Sicherheit in Europa zu sein.“

Hegseth ruft die Bündnispartner der Nato auf, mehr in ihre Verteidigung zu investieren

USA/Ukraine

Seltene Erden

Die USA fordern von der Ukraine als Gegenleistung für Militärhilfen Zugriffsrechte auf Seltene Erden (**12.2.2025**).

Österreich

In Österreich scheitern die Koalitionsverhandlungen zwischen der konservativen Volkspartei (ÖVP) und der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) wegen inhaltlichen Differenzen und wegen des Streits um die Verteilung der Ministerien (**12.2.2025**).

Griechenland

Das griechische Parlament wählt Konstantinos Tasoulas von der Regierungspartei Nea Dimokratia zum neuen Staatspräsidenten (**12.2.2025**).

Deutschland

Ein Asylbewerber aus Afghanistan führt in der Münchner Innenstadt mit einem Auto in eine Gruppe von Teilnehmern einer Gewerkschaftskundgebung. 39 Menschen werden verletzt. Eine Mutter und ihr Kind, sterben an den Folgen schwerer Verletzungen. Die Staatsanwaltschaft spricht von einem „islamistischen Tatmotiv“ (**13.2.2025**).

USA/Europa/transatlantisches Verhältnis

US-Vizepräsident J.D. Vance kritisiert an der Münchner Sicherheitskonferenz die europäischen Verbündeten, beklagt Verluste von Demokratie und Redefreiheit. Die Meinungsfreiheit in Europa sei auf dem Rückzug. Das sei besorgniserregender als Bedrohungen von aussen (**14.2.2025**).

USA/Russland/

Erstmals seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor rund drei Jahren treffen sich die Aussenminister beider Grossmächte – Marco Rubio und Sergei Lawrow – in der saudiarabischen Hauptstadt Riad (**18.2.2025**). Im Vordergrund stehen Bemühungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und die Vorbereitung eines Gipfeltreffens zwischen den Präsidenten Donald Trump und Wladimir Putin. „Der heutige Tag ist der erste Schritt auf einem langen und schwierigen, aber wichtigen Weg“, sagt Aussenminister Rubio. Beide Aussenminister einigen sich auf „Konsultationsmechanismus zur Beseitigung von Irritationen in unseren bilateralen Beziehungen“.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1091. Tag (18.2.2025)

USA

US-Präsident Donald Trump gibt der ukrainischen Führung die Schuld für den Ausbruch des Krieges: „Ihr hättet ihn niemals beginnen dürfen. Ihr hättet einen Deal eingehen können.“ (**18.2.2025**). Am Tag darauf bezeichnet Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als „Diktator ohne Wahlen“. Selenskyj weigert sich, Wahlen abzuhalten.

Selenskyjs Amtszeit ist im Mai 2024 abgelaufen. Wegen des Kriegsrechts können keine Wahlen durchgeführt werden.

Nicaragua

In Nicaragua werden Staatschef Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo Kopräsidenten des Landes. Die Verfassungsänderung legalisiert auch die Ausbürgerung und Privatmilizen (**18.2.2025**). Die Opposition spricht von einer „Konsolidierung des Autoritarismus“.

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt den ranghöchsten Offizier: Generalstabschef Charles Q. Brown. Das Verteidigungsministerium kündigt einen massiven Abbau des zivilen Mitarbeiter an (**21.2.2025**).

Deutschland

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl in Deutschland (**23.2.2025**) werden die bisher regierenden Ampelparteien (SDP, Grüne, FDP) abgestraft.

- Die Unionsparteien – Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) – werden mit ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz stärkste Kraft mit einem Stimmenanteil von 28,5 Prozent (plus 4,4 Prozentpunkte).
- Zweitstärkste Kraft mit 20,8 Prozent (plus 10,4 Prozentpunkte) ist die Alternative für Deutschland (AfD). Dies bedeutet eine Verdoppelung des Stimmenanteils. Jeder fünfte Wahlberechtigte bevorzugt die in Teilen als rechtsextrem eingestufte AfD.
- Die Sozialdemokraten erleben ein Debakel. Die Partei des bisherigen Bundeskanzlers Olaf Scholz erzielt mit einem Stimmenanteil von 16,4 Prozent (minus 9,3 Prozentpunkte) ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis.
- Die Grünen kommen auf 11,6 Prozent (minus 3,1 Prozentpunkte).
- Die Linke gehört zu den Wahlgewinnern. Sie erreicht einen Stimmenanteil von 8,8 Prozent (plus 3,9 Prozentpunkte).
- Die Freien Demokraten (FDP) scheitern mit 4,3 Prozent Stimmenanteil (minus 7,1 Prozentpunkte) an der Fünfprozenthürde und verpassen den Wiedereinzug ins Parlament.
- Das Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW), eine Abspaltung der Linken, scheitert mit 4,98 Prozent äusserst knapp an der Fünfprozenthürde.
- Von den 630 Bundestagsmandaten gewinnen die Unionsparteien CDU/CSU 208 (CDU: 164 und CSU: 44), die AfD 152, die SPD: 120, die Grünen 85 und die Linke 64 Mandate. Einen Sitz erhält der Südschleswigsche Wählerverband (SSW).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1097. Tag (24.2.2025)

EU/UNO

- Die Europäische Union beschliesst drei Jahre nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine neue Sanktionen gegen Russland. Das 16. Sanktionspaket umfasst neue Handelseinschränkungen sowie Massnahmen gegen die sogenannte Schattenflotte.
 - Der UNO-Sicherheitsrat stimmt einer russlandfreundlichen Ukraine-Resolution zu. Die Entschliessung fordert ein Ende des Krieges in der Ukraine ohne Russland als Aggressor zu benennen und fordert auch keinen russischen Rückzug. Zu den 10 Unterstützern der Ukraine-Resolution gehören auch die USA.
- Zuvor hatte die UNO-Vollversammlung in einer Resolution Russland zum sofortigen Rückzug aus der Ukraine aufgefordert. Die Resolution wurde mit 93 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen und 65 Enthaltungen verabschiedet.

US/EU

US-Präsident Donald Trump kündigt Zölle in Höhe von 25 Prozent für Einführen aus der Europäischen Union an (26.2.2025).

Türkei/Kurden

Der seit über 25 Jahren inhaftierte Kurdenführer Abdullah Öcalan ruft seine die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) zur Beendigung des 40 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes in der Türkei auf. Alle Gruppen müssten ihre Waffen niederlegen und die in der Türkei als terroristisch eingestufte PKK müsse sich auflösen, heisst es in einer Erklärung von Öcalan (27.2.2025). Zwei Tage später (1.3.2025) verkündet die PKK eine Waffenruhe. Gleichzeitig fordert sie die Freilassung Öcalans.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1101. Tag (28.2.2025)

USA/Ukraine

Eklat beim Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weissen Haus. Es kommt zu hitzigen Wortgefechten. Trump überzieht Selenskyj vor laufenden Kameras lautstark mit heftigen Vorwürfen. „Sie setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel. Sie riskieren einen Dritten Weltkrieg“, sagt er zu seinem Gast. Trump fordert Selenskyj auf, dankbar für die US-Hilfe im Kampf gegen Russland zu sein und verlangt von ihm, seine Haltung zu ändern. Trump droht mit dem Rückzug der US-Unterstützung: „Sie werden entweder einen Deal machen oder wir sind raus.“ Die geplante Unterzeichnung eines Rohstoffabkommens scheitert.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1103. Tag (2.3.2025)

Frankreich/Grossbritannien/Koalition der Willigen

In London findet ein vom britischen Premierminister Kair Starmer einberufener Ukraine-Krisengipfel statt. Eine „Koalition der Willigen“ unter Führung Grossbritanniens und Frankreichs will einen Plan für eine Waffenruhe ausarbeiten. Der französische Präsident Emmanuel Macron schlägt eine einmonatige Waffenruhe für die Ukraine vor. Diese solle für Angriffe aus der Luft, auf See und die Energieinfrastruktur gelten, jedoch nicht für Bodenkämpfe.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1104. Tag (3.3.2025)

USA

Die USA setzen die Militärhilfe an die Ukraine vorerst aus. In Regierungskreisen heisst es, der Lieferstopp könne aufgehoben werden, sobald die Ukraine „Willen zum Frieden“ belege. Auch die Weitergabe von Geheimdienstinformationen an die Ukraine wird gestoppt-

Österreich

Österreich hat eine neue Regierung. Im zweiten Anlauf gelingt die Bildung einer Koalition aus der konservativen Volkspartei (ÖVP), der Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) und der liberalen Partei Neos. Bundeskanzler wird Christian Stocker von der ÖVP (**3.3.2025**). Rund fünf Monate dauerte die bisher längste Regierungsbildung,

USA/Kanada/Mexiko/China

Die USA machen ihre Drohung von Anfang Februar wahr und verhängen Einfuhrzölle von 25 Prozent gegen Kanada und Mexiko. Die im Februar verhängten Importzölle auf Waren aus China werden von 10 auf 20 Prozent verdoppelt (**4.3.2025**). Die betroffenen Länder Staaten kündigen Gegenmassnahmen an.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 516. Tag (4.3.2025)

Arabische Liga/Ägypten

Die Arabische Liga stimmt einem ägyptischen Plan zur Zukunft des Gazastreifens und damit einem Gegenvorschlag von US-Präsident Donald Trump zu. Die Initiative Ägyptens sieht vor, dass die Bevölkerung auch in Zukunft im Gazastreifen bleiben kann. Die Wiederaufbaukosten des weitgehend kriegszerstörten Gebiets werden auf über 50 Milliarden Dollar geschätzt.

Frankreich/Russland

Der französische Präsident Emmanuel Macron erwägt, verbündete Länder unter den Schutz französischer Atomwaffen zu stellen. In einer Rede an die Nation bezeichnet Macron Russland als „Bedrohung für Frankreich und Europa“ (**5.3.2025**).

EU/Ukraine/Ungarn

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sprechen sich an einem Sondergipfel für eine deutliche Erhöhung des Verteidigungsausgaben aus. Die EU „wird ihre allgemeine Verteidigungsbereitschaft erhöhen, ihre strategischen Abhängigkeiten verringern, ihre kritischen Fähigkeitslücken schliessen und die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis stärken“, heisst es in einer gemeinsamen Erklärung. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird beauftragt, zeitnah detaillierte Vorschläge zu unterbreiten. Von der Leyen hatte eine Lockerung der EU-Schuldenregeln und weitere Anreize zur Steigerung der nationalen Verteidigungsausgaben vorgeschlagen. Ziel ist es, insgesamt fast 800 Milliarden Euro zu mobilisieren. Gegen den Widerstand Ungarns einigen sich die 26 übrigen EU-Länder auf die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine (**6.3.2025**).

Syrien

In Syrien kommt es in der Nähe der Küstenstadt Latakia, im Kernland der alawitischen Minderheit, zu einem Gewaltausbruch zwischen Sicherheitskräften und Milizen des gestürzten Machthabers Bashar al-Assad (**6.3.2025**). Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte fordert der Gewaltausbruch innert drei Tagen über 1300 Tote. Mehrheitlich handelt es sich bei den Opfern um Alawiten.

Kanada

Der ehemalige Zentralbankchef Mark Carney wird neuer Vorsitzender der regierenden Liberal Party in Kanada (**9.3.2025**). Als Nachfolger von Justin Trudeau übernimmt der 59-jährige Wirtschaftsexperte auch das Amt des Premierministers (14.3.2025).

Syrien/Kurden

Drei Monate nach dem Machtwechsel in Syrien schliessen die kurdisch geführten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) und die Übergangsregierung ein Abkommen (**10.3.2025**). Danach sollen sämtliche zivilen und militärischen Institutionen der Autonomieverwaltung der Kurden im Nordosten Syriens in die staatlichen Einrichtungen eingegliedert werden. Die islamistische Übergangsregierung bekäme damit auch die Kontrolle über Grenzübergänge zum Irak und zur Türkei, über Flughäfen sowie Öl- und Gasfelder. Mit der Machtaufgabe erhalten die Kurden im Gegenzug die Zusage, dass die kurdische Gemeinschaft als Bevölkerungsgruppe mit vollen Staatsbürgerrechten anerkannt werden soll.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1112. Tag (11.3.2025)

USA/Saudiarabien

- Die USA und die Ukraine einigen sich bei Verhandlungen in der saudischen Stadt Jidda auf einen gemeinsamen Vorschlag für eine „sofortige, temporäre 30-tägige Waffenruhe“. Die Umsetzung hängt von der russischen Zustimmung ab. US-Aussenminister Marco Rubio: „Der Ball liegt im Feld der Russen“.
- Der russische Präsident Wladimir Putin ist mit dem Vorschlag prinzipiell einverstanden, spricht von einer „grundsätzlich richtigen Idee“. In seiner Stellungnahme zwei Tage danach (13.3.2025) schränkt Putin ein, einige Fragen seien noch offen und bedürften der Klärung. Eine Waffenruhe müsse zu einem dauerhaften Frieden führen und die tiefer liegenden Ursachen der Krise angehen.
- Die USA wollen der Ukraine wieder Geheimdienstinformationen zur Verfügung stellen und die unterbrochene Militärhilfe wieder aufnehmen. Beide Seiten vereinbarten zudem, so bald wie möglich ein umfassendes Rohstoffabkommen abzuschliessen.

Philippinen

Der frühere philippinische Präsident Rodrigo Duterte wird im Flughafen von Manila auf der Grundlage eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs verhaftet (**11.3.2025**). Duterte werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wegen seines „Drogenkriegs“ angelastet. Polizeiangaben zufolge starben 6200 Menschen bei Anti-Drogen-Razzien.

Portugal

Die portugiesische Regierung unter Führung von Ministerpräsident Luís Montenegro von der konservativen Demokratischen Allianz (Aliança Democrática/AD) verliert eine Vertrauensabstimmung im Parlament (**11.3.2025**).

Rumänien

Der Überraschungssieger der ersten Runde der Präsidentenwahl in Rumänien, der parteilose prorussische Rechtsaussenpolitiker Călin Georgescu, darf laut einem Beschluss des Verfassungsgerichts nicht an der Wahlwiederholung teilnehmen (**11.3.2025**). Wegen Unregelmässigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung von Georgescu war die Wahl vom 24. November 2024 annulliert worden.

Grönland/Dänemark

Auf der zu Dänemark gehörenden Insel Grönland gewinnt überraschend die Opposition die Parlamentswahl (**11.03.2025**). Stärkste Kraft wird mit einem Stimmenanteil von fast 30 Prozent die sozialliberale Demokratische Partei (Demokraatit). An zweiter Stelle mit 24,5 Prozent liegt die nationalistische Naleraq-Partei, die auf eine rasche Loslösung von Dänemark pocht. Die Parteien der bislang regierenden Koalition landen auf dem dritten und vierten Platz.

Pakistan

In der pakistanischen Provinz Belutschistan überfallen Separatisten einen Zug mit über 400 Passagieren (**11.3.2025**). Bei der Befreiungsaktion der Sicherheitskräfte kommen über 20 Geiseln ums Leben. Nach Angaben der Behörden werden 33 Angreifer getötet.

USA/EU

Die USA führen Importzölle von 25 Prozent auf Stahl und Aluminium ein (**12.3.2025**). Die Europäische Union kündigt Gegenmassnahmen an.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Zuger Regierungsrat Martin Pfister von der Mitte-Partei zum neuen Bundesrat. Er tritt die Nachfolge von Bundesrätin Viola Amherd an (**12.3.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1113. Tag (12.3.2025)

Die ukrainischen Truppen, die vor sieben Monaten Teile der russischen Grenzregion Kursk eroberten, geraten immer mehr unter Druck. Russland meldet die Rückeroberung der Kleinstadt Sudscha.

Kirgistan/Tadschikistan

Tadschikistan und Kirgistan legen ihren Grenzstreit bei. Die Staatshäupter Emomali Rachmon und Sadyr Schaparov unterzeichnen in Bischkek ein Abkommen über die Staatsgrenze der beiden Länder (**13.3.2025**).

Goldpreis

Immer mehr Anleger investieren in Gold. Erstmals knackt der Goldpreis die Schwelle von 3000 Dollar pro Feinunze (**14.3.2025**).

USA

Hunderte Mitarbeitende von US-Auslandsendern wie Voice of America werden beurlaubt. US-Präsident Donald Trump verfügt massive Kürzungen bei der Muttergesellschaft United States Agency for Global Media (**14.3.2025**).

Serbien

Der serbische Machthaber Aleksandar Vučić (*Vucic*) gerät immer mehr unter Druck. In Belgrad demonstrieren schätzungsweise 300 000 Menschen gegen Korruption und für Rechtsstaatlichkeit (**15.3.2025**). Die Ordnungskräfte werden beschuldigt, eine Schallkanone gegen die Manifestanten eingesetzt zu haben. Auslöser des Massenprotests ist der Einsturz eines Bahnhofsvordachs am 1. November 2024 in Novi Sad. Insgesamt forderte die Katastrophe 16 Tote.

Jemen/USA/Iran

US-Präsident Donald Trump ordnet massive Angriffe auf Stellungen der Huthi-Miliz in Jemen an (**15.3.2025**). Trump droht Iran für Attacken der Huthi-Miliz zur Rechenschaft zu ziehen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Peter Bichsel stirbt im Alter von 89 Jahren (**15.3.2025**).

Nordmazedonien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Eine Brandkatastrophe in einer Diskothek in der nordmazedonischen Provinzstadt Kočani fordert 59 Tote und mehr als 200 Verletzte (**16.3.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1119. Tag (18.3.2025)

USA

Russland stimmt einer 30 Tage dauernden Aussetzung von Angriffen auf ukrainische Energieinfrastruktur zu. Bei einem mit Spannung erwarteten Telefongespräch erzielen der russische Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump aber keine Einigung auf eine allgemeine Waffenruhe. Auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ist zur Einstellung der Angriffe auf Energieversorgung bereit.

Deutschland

Der Deutsche Bundestag stimmt einem milliardenschweren Finanzpaket, der Reform der Schuldenbremse und den dafür notwendigen Grundgesetzänderungen zu. Verteidigungsausgaben sollen ab einer bestimmten Höhe nicht mehr unter die Schuldenbegrenzung fallen. Für alle Ausgaben in den Bereichen Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, dürfen Kredite aufgenommen werden. Für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz ist ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro vorgesehen (**18.3.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 530. Tag (18.3.2025)

Israel beendet die vor zwei Monaten mit der radikal-islamischen Hamas geschlossene Waffenruhe. Die israelische Luftwaffe fliegt Attacken im gesamten Gazastreifen. Nach palästinensischen Angaben kommen dabei über 400 Menschen ums Leben. Auf die Luftattacken folgt eine Bodenoffensive.

Nach Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums sollen grosse Gebiete des Gazastreifens zu israelischen Sicherheitszonen werden.

Türkei

Der Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu (Imamoglu) wird wenige Tage vor seiner geplanten Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Volkspartei (CHP), der grössten Oppositionspartei in der Türkei, festgenommen (**19.3.2025**). Hunderttausende Menschen nehmen in den folgenden Tagen an Protestkundgebungen gegen die Festnahme des Bürgermeisters teil.

İmamoğlu wird vorläufig seines Amtes als Bürgermeister enthoben. Die CHP wählt ihn trotz Festnahme zu ihrem Präsidentschaftskandidaten.

EU/Ukraine

Die in Brüssel tagende Gipfelkonferenz der Europäischen Union bekennt sich zu einer massiven Aufrüstung bis 2030 und spricht sich dafür aus, die Arbeit an den jüngsten Vorschlägen der EU-Kommission zügig voranzubringen. Um die Aufrüstung zu finanzieren, schlägt die Kommission vor, EU-Kredite von 150 Milliarden Euro zu vergeben und die strengen EU-Schuldenregeln zu lockern. So sollen in den kommenden vier Jahren insgesamt 800 Milliarden Euro mobilisiert werden. Hintergrund der Planungen ist, dass sich die EU nach Einschätzung der Europäischen Kommission umgehend auf die Möglichkeit eines gross angelegten Krieges mit Russland vorbereiten muss. Der Vorschlag der EU-Aussenbeauftragten Kaja Kallas für ein neues Ukraine-Hilfspaket in Höhe von 40 Milliarden Euro findet bei den Gipfelteilnehmern keine Zustimmung (**20.3.2025**).

USA

US-Präsident Donald Trump will das Bildungsministerium auflösen (**20.3.2025**).

USA

Kuba/Haiti/Nicaragua/Venezuela

Die US-Administration hebt den Schutzstatus von über 500 000 Migrant*innen auf. Sie müssen bis zum 24. April die USA verlassen. Betroffen sind Menschen aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela, die aufgrund eines Schutzprogramms der US-Regierung unter dem ehemaligen Präsidenten Joe Biden in die USA einreisen konnten (**21.3.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 535. Tag (23.3.2025)

- Israelische Soldaten beschiessen im südlichen Gazastreifen palästinensische Rettungsfahrzeuge. Dabei kommen 15 Sanitäter und Zivilschutzmitarbeiter ums Leben. Einen Monat gesteht die israelische Armeeführung Fehler ein.
- Im Gazastreifen sind nach palästinensischen Verlautbarungen seit Beginn des Krieges im Oktober 2023 über 50 000 Menschen ums Leben gekommen.

USA

Spektakuläre Sicherheitspanne in den USA: Führende Regierungsvertreter diskutieren in einem Gruppenchat Angriffspläne gegen die Huthi-Rebellen in Jemen. Versehentlich kann der Chefredaktor des Magazins „The Atlantic“ den Chat der Messaging-App Signal mitlesen (**24.3.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1126. Tag (25.3.2025)

USA

Nach Darstellung der USA stimmen Russland und die Ukraine einem Abkommen über maritime Sicherheit im Schwarzen Meer zu. Doch Moskau stellt Bedingungen. Dazu gehört etwa die Aufhebung von Sanktionen gegen die staatliche Landwirtschaftsbank, die dadurch wieder Zugang zum internationalen Finanzsystem Swift erhalten solle (25.3.2025).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 537. Tag (25.3.2025)

Gegen den Krieg und gegen die radikal-islamische Hamas: Hunderte Palästinenser fordern an einer Kundgebung im Beit Lahia im Norden des Gazastreifens „Stoppt den Krieg“ und „Ja zu Frieden, nein zur Hamas“.

Sudan

Fast zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs im Sudan hat das Militär nach eigenen Angaben die Hauptstadt Khartum zurückerobert. „Khartum ist befreit“, sagt Staatschef Abdel Fattah al-Burhan (26.3.2025).

USA

US-Präsident Donald Trump kündigt Zölle von 25 Prozent auf Autoimporte an (26.3.2025).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1128. Tag (27.3.2025)

Koalition der Willigen/Frankreich/Grossbritannien

31 Staaten nehmen in Paris an einer Gipfelkonferenz von Ukraine-Unterstützern – „Koalition der Willigen“ – teil. Debattiert wird über Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Falle eines Waffenstillstandes. Frankreich und Grossbritannien befürworten zur Absicherung eines möglichen Waffenstillstandes den Einsatz einer europäischen „Rückversicherungstruppe“.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1129. Tag (28.3.2025)

UNO

Der russische Präsident Wladimir Putin schlägt eine vorübergehende Verwaltung der Ukraine durch die UNO vor. Dann könnten Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden. Für Putin ist der ukrainische Präsidenten Wolodymyr Selenskyj kein legitimer Verhandlungspartner.

Myanmar/Thailand

Katastrophen/Erdbeben

Ein heftiges Erdbeben erschüttert Südostasien (28.3.2025). Am schwersten betroffen ist Myanmar, wo nach Angaben des Militärregimes über 3500 Menschen ums Leben kommen. Das Epizentrum des Bebens der Stärke 7,7 liegt bei Mandalay. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ruft die höchste Notfallstufe für Myanmar aus. Auch in Thailand ist das Beben deutlich zu spüren. In der Hauptstadt Bangkok stürzt ein im Bau befindliches Hochhaus ein. Dutzende Menschen werden verschüttet.

Grönland/Streit um Grönland/Dänemark/USA

- Der 33 Jahr alte Jens-Frederik Nielsen von der sozialliberalen Demokratischen Partei Demokraatit wird neuer Regierungschef der zu Dänemark gehörenden Insel Grönland. Der Sieger der Parlamentswahl (vgl. 11.3.2025) bildet eine breite Koalition mit drei weiteren Parteien (28.3.2025).
- Umstrittener Besuch von US-Vizepräsident J.D. Vance in Grönland. Er inspiziert den den US-Stützpunkt Pituffik. Das ursprüngliche Besuchsprogramm wurde nach missbilligenden Reaktionen grönländischer Politiker abgesagt. Der Vizepräsident erhebt schwere Vorwürfe gegen Dänemark. Die dänische Regierung tue zu wenig für die Sicherheit Grönlands. Er gehe davon aus, dass sich Grönland früher oder später für eine Partnerschaft mit den USA entscheiden werde. In Washington wiederholt US-Präsident Donald Trump seine Ansprüche auf Grönland: „Wir brauchen Grönland“. Für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden sei es sehr wichtig, „dass wir Grönland haben“.

Türkei

In Istanbul solidarisieren sich trotz Demonstrationsverbot Hunderttausende Menschen mit dem verhafteten und suspendierten Bürgermeister Ekrem İmamoğlu (Imamoglu). Die Demonstranten werfen dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan (Erdoğan) vor, İmamoğlu mit Hilfe der Justiz politisch kaltstellen und sich so seines wichtigsten Rivalen entledigen zu wollen (29.3.2025). Hunderte Personen werden verhaftet.

USA/Iran

US-Präsident Donald Trump droht Iran mit Bombenangriffen, sollte Teheran einem neuen Abkommen zur Einschränkung seines Atomprogramms nicht zustimmen „Es wird Bombardierungen geben, wie man es noch nie gesehen hat“ (30.3.2025).

Frankreich

Die führende französische Rechtspopulistin Marine Le Pen, langjährige Vorsitzende des extrem rechten Rassemblement national, wird vom Pariser Strafgericht wegen Veruntreuung öffentlicher EU-Gelder zu einer

Haftstrafe vor vier Jahren (von denen zwei zur Bewährung ausgesetzt sind), zu einer Geldstrafe von 100 000 Euro und zu einer fünfjährigen Sperre für politische Ämter mit sofortiger Wirkung verurteilt. Berufungen werden eingereicht, über die 2026, ein Jahr vor der nächsten Präsidentschaftswahlen, entschieden werden soll (**31.3.2025**).

Kirgistan/Tadschikistan/Usbekistan

Die Präsidenten der drei zentralasiatischen Republiken Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan – Sadyr Schaparow, Emomali Rachmon und Schawkat Mirsijojew – unterzeichnen in der tadschikischen Stadt Chudschand eine Erklärung über „ewige Freundschaft“ (**31.3.2025**).

Grossbritannien

Grossbritannien führt eine Einreisegenehmigung ein. Die kostenpflichtige Electronic Travel Authorisation (ETA) gilt auch für die Schweiz (**2.4.2025**).

USA

EU/Indien/Japan/China/Grossbritannien/Schweiz

Börsen/Börsenturbulenzen

US-Präsident Donald Trump verkündet drastische Zollmassnahmen (**2.4.2025**):

- Künftig gilt für alle Handelspartner ein Minimalzoll von zehn Prozent. Darüber hinaus werden mehrere Länder mit deutlich höheren Zöllen belegt.
- Für Einfuhren aus der Europäischen Union (EU) gilt künftig ein Zollsatz von 20 Prozent, für Indien 27 Prozent, für Japan 24. Für Grossbritannien gilt ein zehnprozentiger Zoll. Für China verhängt Trump neue Zölle in Höhe von 34 Prozent. Diese kommen zu bereits von ihm verhängten Zöllen von 20 Prozent hinzu, was insgesamt einen zusätzlichen Zollsatz von 54 Prozent.
- Überraschend hoch mit 31 Prozent ist der Zollsatz für die Schweiz.
- „Liberation day“: Trump erklärt im Rosengarten des Weissen Hauses unter anderem: „Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen, an dem wir begonnen haben, Amerika wieder reich zu machen.“ Und: „Jahrzehntelang wurde unser Land geplündert, gebrandschatzt, vergewaltigt und ausgeplündert, von nahen und fernen Nationen, von Freunden und Feinden gleichermassen.“ Dies sei nun vorbei. Das «goldene Zeitalter» der USA komme zurück.
- Die Zollbeschlüsse lösen weltweit an den Börsen Schockwellen aus. Der US-Aktienindex Dow Jones verzeichnet ein Wochenminus von mehr 8 Prozent.

Ungarn/Israel/Internationaler Strafgerichtshof

Ungeachtet eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs im Zusammenhang mit dem Gazakrieg empfängt der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) den israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu zu einem offiziellen Besuch in Budapest (**3.4.2025**). Ungarn kündigt den Rücktritt aus dem Strafgerichtshof an.

USA

China

Retourkutsche: Nach dem Beschluss von US-Präsident Donald Trump, chinesische Importe zusätzlich mit einem Zoll von 34 Prozent zu belegen, kündigt Peking ebenfalls Zölle von 34 Prozent auf US-Importe an. Ausserdem will China Exportkontrollen für sieben Seltene Erden einführen (**4.4.2025**).

Korea (Südkorea)

Der wegen der Verhängung des Kriegsrechts suspendierte südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol wird endgültig seines Amtes enthoben. Das Verfassungsgericht in Seoul bestätigt den zuvor vom Parlament beschlossenen Antrag (**4.4.2025**).

USA

EU

US-Präsident Donald Trump lehnt den Vorschlag der Europäischen Union für die Aufhebung aller gegenseitigen Zölle auf Industrieprodukte ab (**7.4.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1139. Tag (7.4.2025)

Nach Angaben von Präsident Wolodymyr Selenskyj sind ukrainische Truppen in die russische Region Belgorod eingedrungen.

USA

China

Die USA erhöhen die Zölle auf Importe aus China um weitere 50 Prozent (**8.4.2025**). Die Zölle gegenüber China liegen nun bei 104 Prozent. US-Präsident Donald Trump hatte mit zusätzlichen Zöllen gedroht, falls China seine am 4. April angekündigten Gegenzölle von 34 Prozent nicht zurückziehe.

USA

US-Präsident Donald Trump leitet ein Kohle-Revival für sein Land ein (**8.4.2025**). Er unterzeichnet ein Dekret, um die Kohle als Energieträger stark zu fördern. Beschränkungen für den Abbau und den Export sollen gelockert und ältere Kraftwerke weiter betrieben werden.

Dominikanische Republik

Katastrophen

In Santo Domingo, der Hauptstadt der Dominikanischen Republik, stürzt das Dach einer Diskothek ein. Dabei kommen über 200 Menschen ums Leben (**8.4.2025**).

USA

China

Börsen/Börsenturbulenzen

Überraschende Kehrtwende: US-Präsident Donald Trump setzt die am 2. April für viele Staaten angekündigten und gerade erst in Kraft getretenen Zusatzzölle für 90 Tage aus (**9.4.2025**). Über 75 Länder hatten um Verhandlungen ersucht.

Weiterhin gilt jedoch ein allgemeiner Importzoll von 10 Prozent. Während der 90-tägigen Pause, die am 9. Juli endet, soll es Verhandlungen mit den betroffenen Staaten geben.

Ausgenommen ist China. Die Importzölle auf chinesische Waren werden per sofort auf 125 Prozent erhöht.

Insgesamt belaufen sich die Zölle auf 145 Prozent. Die Massnahme begründet Trump mit dem „mangelnden Respekt, den China gegenüber den Weltmärkten gezeigt hat“. China hatte zuvor angekündigt, seine Vergeltungszölle auf US-Waren auf 84 Prozent zu erhöhen.

Die Börsen reagieren euphorisch auf Trumps Kurswechsel. Der Dow Jones macht die Kursverluste der vergangenen drei Handelstage innerhalb von Minuten wett und schliesst mit einem Plus von 7,87 Prozent. Für den Aktienindex S&P geht es um 9,5 Prozent aufwärts.

Deutschland

In Deutschland einigen sich die Unionsparteien CDU/CSU und die Sozialdemokraten (SPD) auf ein Regierungsbündnis (**9.4.2025**). Die Unionsparteien setzen sich in der Asylpolitik (schärfere Regeln für die Zuwanderung) und in Wirtschaftsfragen durch.

Panama/USA

Panama billigt in einer Vereinbarung die Anwesenheit von US-Streitkräften in der Kanalzone (**9.4.2025**).

USA

EU

Nach der überraschenden Kehrtwende der USA im Zollkonflikt verzichtet die Europäische Union vorerst auf Gegenmassnahmen (**10.4.2025**). Die EU hatte Gegenzölle zwischen 10 und 25 Prozent auf US-Importe geplant, unter anderem für Jeans und Motorräder.

USA

China

China erhöht die Zölle auf US-Importe auf 125 Prozent (**11.4.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1143. Tag (11.4.2025)

Vertreter von über 40 Staaten sagen an einer Konferenz der Ukraine-Kontaktgruppe (UDCG) in Brüssel weitere Militärhilfe an die Ukraine im Wert von 21 Milliarden Euro zu (**11.4.2025**).

Argentinien

IWF/Weltbank

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gewähren Argentinien Hilfspakete im Umfang von bis zu 32 Milliarden Dollar (**11.4.2025**).

USA/Iran

In Oman nehmen die USA und Iran indirekte Gespräche über das umstrittene Teheraner Atomprogramm auf (**12.4.2025**).

Gabun

In Gabun wird der Anführer des Putsches von 2023 und Übergangspräsident, Brice Oligui Nguema, mit einem Stimmenanteil von rund 90 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt gewählt (**12.4.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1145. Tag (13.4.2025)

Bei einem sonntäglichen russischen Raketenangriff auf das Zentrum der ukrainischen Stadt Sumi kommen über 30 Menschen ums Leben und über 100 werden verletzt.

Ecuador

In Ecuador gewinnt der amtierende liberalkonservative Präsident Daniel Noboa die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 55,63 Prozent. Seine linke Konkurrentin Luisa González (*Gonzalez*) fordert eine Neuauszählung der Stimmen (**13.4.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der peruanische Literaturnobelpreisträger und ehemalige Präsidentschaftskandidat Mario Vargas Llosa stirbt im Alter von 89 Jahren (**13.4.2025**).

USA

Die US-Regierung sperrt der Harvard-Universität Bundesmittel in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar (**14.4.2025**). Begründet wird der Schritt mit angeblicher Missachtung von Bürgerrechten und unzureichendem Einsatz gegen Antisemitismus. Das Bildungsministerium forderte von der Hochschule die Einstellung von Programmen zur Förderung der Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion. Dies lehnte der Universitätspräsident Alan Garber mit der Bemerkung ab: «Keine Regierung – unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist – sollte vorschreiben, was private Universitäten lehren dürfen, wen sie aufnehmen und einstellen dürfen, und welche Studien- und Forschungsbereiche sie verfolgen dürfen.»

Kongo-Kinshasa

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Auf dem Kongo gerät ein Schiff in Brand und kentert. Die Schiffskatastrophe in der Demokratischen Republik Kongo fordert über 140 Tote (**15.4.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 559. Tag (16.4.2025)

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Syrien

Israels Militär soll laut Verteidigungsminister Israel Katz dauerhaft in den besetzten «Sicherheitszonen» im Gazastreifen, in Libanon und Syrien bleiben. Auch sollen Hilfslieferungen in den Gazastreifen weiterhin blockiert werden.

Jemen/USA

Bei US-Luftangriffen auf einen Ölhafen der jemenitischen Huthi-Miliz kommen nach Verlautbarungen der angegriffenen proiranischen Rebellen über 80 Menschen ums Leben (**17.4.2025**).

Niederlande

Pieter Omtzigt, einer der einflussreichsten niederländischen Politiker, Gründer der Partei Nieuw Sociaal Contract (NSC), gibt seinen Rücktritt bekannt (**17.4.2025**).

Syrien/Syrien-Konflikt

USA/„Islamischer Staat“ (IS)

Die USA wollen ihre Truppenpräsenz in Syrien auf weniger als 1000 Armeeangehörige reduzieren (**18.4.2025**). Die USA beteiligten sich ab 2014 an der Anti-IS-Koalition.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1151. Tag (19.4.2025)

Der russische Präsident Wladimir Putin verkündet für Ostern eine 30stündige Waffenruhe im Ukrainekrieg, die allerdings nicht eingehalten wird.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Ukraine/USA

Papst Franziskus stirbt im Alter von 88 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls. Eine beidseitige Lungenentzündung hatte ihn geschwächt (**21.4.2025**).

- Franziskus war am 13. März 2013 zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche gewählt worden. Der ehemalige Erzbischof von Buenos Aires mit bürgerlichem Namen Jorge Mario Bergoglio war der erste lateinamerikanische Papst und der erste Jesuit an der Spitze der Kirche.
- Hunderttausende Menschen erweisen Papst Franziskus die letzte Ehre. An der Trauer auf dem Petersplatz (26.4.2025) nehmen Staatsgäste aus alle Welt teil, unter ihnen auch US-Präsident Donald Trump und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj.
- Trump und Selenskyj treffen sich im Petersdom zu einer kurzen Unterredung.
- Als erster Papst seit mehr als 120 Jahren wird Franziskus nicht im Petersdom, sondern ausserhalb des Vatikans in der Kirche Santa Maria Maggiore beigesetzt.

Indien/Jammu und Kaschmir

Pakistan

Kaschmir-Konflikt

Im indischen Unionsterritorium Jammu und Kaschmir kommen bei einem Überfall in der Nähe des Ferienortes Pahalgam 25 Touristen und ein Einheimischer ums Leben (**22.4.2025**). Zum Angriff bekennt sich „The Resistance Front“.

Indien macht Pakistan für den Anschlag verantwortlich und verhängt drastische Massnahmen:

- Der Indus-Wasservertrag von 1960 wird mit sofortiger Wirkung ausgesetzt, alle pakistanischen Staatsangehörigen werden des Landes verwiesen und der wichtigste Grenzübergang wird geschlossen.

- Pakistan weist indische Diplomaten aus, annulliert Visa für indische Staatsangehörige, schliesst den Luftraum für indische Fluggesellschaften und suspendiert das Simla-Akkommen von 1972.

An der indisch-pakistanischen Grenze liefern sich beide Konfliktparteien Schusswechsel.

Iran

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Bei einer Explosionskatastrophe im iranischen Containerhafen Shahid Rajaei kommen mindestens 40 Menschen ums Leben und über tausend werden verletzt (**26.4.2025**).

Kanada

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einem Strassenfest in der kanadischen Stadt Vancouver fährt ein Mann mit seinem Auto in eine Menschenmenge. Dabei kommen elf Menschen ums Leben (**26.4.2025**).

Militärausgaben

Die weltweiten Militärausgaben haben 2024 laut Angaben des Friedensforschungsinstituts Sipri mit rund 2,7 Billionen Dollar einen neuen Höchststand erreicht (**28.4.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1160. Tag (28.4.2025)

Korea (Nordkorea)

- Der russische Präsident Wladimir Putin kündigt zum 80. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa eine dreitägige Feuerpause im Ukrainekrieg – vom 8. bis 10. Mai – an.
- Nordkorea bestätigt erstmals den Einsatz seiner Soldaten im Ukrainekrieg. Nach Schätzungen von Geheimdiensten hat Nordkorea etwa 10 000 bis 12 000 Soldaten nach Russland entsandt.

Kanada/USA

In Kanada bleiben die Liberalen mit ihrem Premierminister Mark Carney an der Macht, verpassen aber bei Parlamentswahl knapp die absolute Mehrheit (**28.4.2025**). Die Liberal Party Partei gewinnt 169 Sitze (plus 9), die Conservative Party unter ihrem Vorsitzenden Pierre Poilievre 144 Mandate (plus 25) und der Bloc Québécois 22 (minus 10). Die sozialdemokratische New Democratic Party verliert 18 Mandate und verfügt nur noch über 7 Abgeordnete. Die Grünen haben ein Mandat .

Im Wahlkampf hatte US-Präsident Donald Trump den konservativen Parteivorsitzenden Poilievre unterstützt, der „die Kraft und Weisheit“ habe, „damit Kanada der 51. Staat der Vereinigten Staaten von Amerika“ werde.

Syrien/Israel/Drusen

In überwiegend von Drusen bewohnten Gebieten nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus brechen Kämpfe zwischen regierungsnahen sunnitischen Milizen und bewaffneten Angehörigen der drusischen Minderheit aus (**28.4.2025**).

Dabei kommen nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte über 100 Menschen ums Leben. Israel schaltet sich in den Konflikt ein. Die israelische Luftwaffe fliegt mehrere Angriffe in Syrien zum Schutz der Drusen.

Spanien/Portugal

Blackout

In Spanien und Portugal sind Millionen Menschen von einem stundenlangen Stromausfall betroffen (**28.4.2025**).

Ukraine/USA

Die USA und die Ukraine einigen sich auf ein Rohstoffabkommen (**30.4.2025**). Mit der Einrichtung eines gemeinsamen Wiederaufbaufonds erhalten die USA Zugang zu Bodenschätzen. Der künftige Wiederaufbaufonds wird je zur Hälfte von beiden Ländern finanziert. US-Finanzminister Scott Bessent erklärt, das Abkommen sei ein Zeichen an Russland, dass die Regierung Donald Trumps einen Frieden unterstütze, „der auf eine langfristig freie, unabhängige und wirtschaftlich starke Ukraine abzielt“.

USA

Der in die Affäre um den Signal-Gruppenchat verwickelte Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, Michael Waltz, muss seinen Posten aufgeben. Waltz soll neuer UNO-Botschafter werden (**1.5.2025**).

Grossbritannien

Die rechtspopulistische Reform UK von Nigel Farage gewinnt überraschend eine Nachwahl ins britische Unterhaus und geht als Siegerin aus den Gemeindewahlen in England hervor, überwiegend zu Lasten der konservativen Tories (**1.5.2025**). Bei den Gemeindewahlen gewinnt die Reform UK 677 Sitze (plus 677). Die Conservative Party erhält 317 (minus 679) und die Labour Party 99 (minus 188) Mandate. Die Liberal Democrats sichern sich 370 Sitze (plus 163). (

Deutschland

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Damit gilt die gesamte Partei als verfassungsfeindlich. Bisher waren nur die

Landesverbände in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt von den Behörden entsprechend bewertet worden (2.5.2025).

Das Bundesamt für Verfassungsschutz gibt einige Tage später der AfD im Rahmen ihrer Klage eine sogenannte Stillhalteusage.

Ende Februar 2026 entscheidet das Verwaltungsgericht Köln, dass die AfD vorerst nicht als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft werden darf. Das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse den Ausgang des Hauptverfahrens abwarten.

Australien

In Australien geht die regierende Labor Party von Premierminister Anthony Albanese als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (2.5.2025). Sie gewinnt 94 (plus 17) der 150 Sitze. Die konservative Liberal-National Coalition verliert 15 Mandate und ist neu mit 43 Abgeordneten vertreten. Die Grünen haben nur noch ein Mandat (minus 3).

Israel

In Israel werden Zehntausende militärische Einberufungsbefehle an Reservisten verschickt (3.5.2025).

Rumänien

In Rumänien findet die Wiederholung der annullierten Präsidentenwahl statt (vgl. 24.11. und 6.12.2024). Sieger der ersten Runde ist George Simion von der rechtsradikalen Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR) mit einem Stimmenanteil von 41,96 Prozent. In die Stichwahl kommt der parteilose Bukarester Bürgermeister Nicușor Dan mit 20,99 Prozent (4.5.2025).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 578. Tag (5.5.2025)

Israel erwägt die dauerhafte Besetzung des Gazastreifens. Das Sicherheitskabinett stimmt einem entsprechenden Plan zu. Die im Norden des Gazastreifens lebende Bevölkerung soll in den Süden umgesiedelt werden.

Rumänien

Der rumänische Ministerpräsident Marcel Ciolacu (Sozialdemokratische Partei/PSD) tritt zurück. Angesichts des Ergebnisses des ersten Runde der Präsidentenwahl (vgl. 4.5.2025) habe seine Koalition „in ihrer jetzigen Form keine Legitimität mehr“. Interimistischer Regierungschef wird der bisherige Innenminister Cătălin Predoiu (5.5.2025).

Deutschland

Friedrich Merz, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union (CDU), wird neuer deutscher Bundeskanzler (6.5.2025). • Für Merz beginnt die Wahl im Deutschen Bundestag mit einer überraschenden Schlappe. In der ersten Wahlrunde schafft er die Wahl nicht. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland scheitert ein Kandidat im ersten Wahlgang.

• Merz erhält 310 Stimmen. Ihm fehlen sechs Stimmen zur Mehrheit. 316 hätte er gebraucht. Seine Koalition aus den Unionsparteien Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU CDU) sowie der Sozialdemokratischen Partei (SPD) stellt 328 Abgeordnete. 18 verweigern ihm die Zustimmung.

• In der zweiten Wahlrunde erhält Merz 325 Stimmen und damit die absolute Mehrheit.

• Die Schlüsselpositionen der neuen Regierung: Lars Klingbeil (SPD) wird Vizekanzler und Finanzminister. Das Außenministerium leitet Johann David Wadephul (CDU) und das Innenministerium Alexander Dobrindt (CSU). Verteidigungsminister bleibt Boris Pistorius (SPD)-

Jemen/USA/Israel

US-Präsident Trump verkündet überraschend eine Waffenruhe mit der Huthi-Miliz im Jemen (6.5.2025). Die Islamisten wollen jedoch ihre Angriffe auf Israel fortsetzen. Am Tag zuvor (5.5.2025) hatte die israelische Luftwaffe den Flughafen der jemenitischen Hauptstadt Sanaa angegriffen.

Indien/Pakistan

Kaschmir-Konflikt

Zwei Wochen nach dem Überfall auf Touristen im indischen Unionsterritorium Jammu und Kaschmir (vgl. 22.4.2025) greift die indische Luftwaffe „terroristische Infrastruktur“ im pakistanischen Teil Kaschmirs und in der pakistanischen Provinz Punjab an. Pakistan meldet über 30 Tote. Fünf indische Kampfflugzeuge seien abgeschossen worden (7.5.2025).

Deutschland

Flüchtlinge/Migranten

Auf Anweisung des neuen deutschen Innenministers Alexander Dobrindt werden die Kontrollen an den Aussengrenzen verschärft. Dabei sollen auch Asylsuchende zurückgewiesen werden können (7.5.2025).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

USA/Peru

Mit Kurienkardinal Robert Francis Prevost wird erstmals ein US-Amerikaner Papst (8.5.2025). Er gibt sich den Namen Leo XIV. Das neue Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche war Missionar und Bischof in Peru, wurde

Generalprior des Augustinerordens und schliesslich Präfekt des Dikasteriums für die Bischöfe. Papst Leo XIV. gilt als moderat und pragmatisch. In seiner ersten Ansprache erklärt er zu den auf dem Petersplatz versammelten Menschen: „Friede sei mit euch“. Und: „Es sei ein entwaffnender Friede, ein demütiger Friede“.

USA/Grossbritannien

Die USA und Großbritannien einigen sich auf Grundzüge eines Handelsabkommens (**8.5.2025**). Die Importzölle auf britische Autos sollen von 25 auf 10 Prozent reduziert werden. Am Basiszoll von zehn Prozent auf britische Importe wollen die USA festhalten.

Frankreich/Polen

Der französische Präsident Emmanuel Macron und der polnische Ministerpräsident Donald Tusk unterzeichnen in Nancy einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag (**9.5.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten

Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer stirbt im Alter von 103 Jahren (**9.5.2025**).

Indien/Pakistan/USA

Kaschmir-Konflikt

Indien und Pakistan einigen sich unter Vermittlung der USA auf einen Waffenstillstand (**10.5.2025**). Die angespannte Lage beruhigt sich.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1172. und 1173. Tag (10.5. und 11.5.2025)

Deutschland/Grossbritannien/Frankreich/Polen/Türkei/USA

- Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, der britische Premierminister Keir Starmer, der französische Präsident Emmanuel Macron und Polens Ministerpräsident Donald Tusk fordern bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kyjiw von Russland ultimativ eine mindestens 30 Tage dauernde Waffenruhe ab dem 12. Mai. Andernfalls drohten Russland weitere Sanktionen (10.5.2025).
- Für den Kreml ist die Sanktionsdrohung „inakzeptabel“.
- Der russische Präsident Wladimir Putin reagiert am Tag darauf (11.5.) mit einem Gegenangebot: Ab Donnerstag (15. Mai) könnten in der Türkei direkte Verhandlungen ohne Vorbedingungen zwischen Russland und der Ukraine beginnen. Vorher wollte er keine Waffenruhe ausrufen.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entgegnet auf der Plattform X: „Ich werde am Donnerstag auf Putin in der Türkei warten, persönlich.“ US-Präsident Donald Trump hatte Selenskyj aufgefordert, Putins Angebot anzunehmen.

Albanien

Zum vierten Mal in Folge geht die Sozialistische Partei von Ministerpräsident Edi Rama als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Albanien hervor. Sie gewinnt 83 (plus 9) der 140 Mandate. Die konservative Demokratische Partei erhält 50 (minus 13) Mandate (**12.5.2025**).

USA

China

Deeskalation im Handelsstreit zwischen den USA und China: Die USA senken ihre Zölle von 145 auf 30. China reduziert von 125 auf 10 Prozent. Die Vereinbarung gilt vorerst für 90 Tage. Die Verhandlungen werden weitergeführt (**12.5.2025**).

Türkei/Kurden

Die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) kündigt ihre Auflösung und das Ende ihres jahrzehntelangen bewaffneten Kampfes gegen den türkischen Staat an (**12.5.2025**). Die bewaffneten Auseinandersetzungen forderten schätzungsweise 40 000 Tote.

MH17-Flugzeugabschuss

Russland

Malaysia/Niederlande

Die UNO-Luftfahrtorganisation bestätigt Russlands Schuld am Abschuss des malaysischen Passagierflugzeuges MH17 am 27. Juli 2014 mit 298 Insassen über der Ostukraine (**12.5.2025**). Die meisten Passagiere kamen aus den Niederlanden.

USA/Syrien/Saudiarabien/Katar/Vereinigte Arabische Emirate

US-Präsident Donald Trump kündigt während eines Staatsbesuchs in Saudiarabien die Aufhebung der Sanktion gegen Syrien an (**13.5.2025**). Er trifft auch zu einem kurzen Gespräch mit dem syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa.

Trump besucht neben Saudiarabien auch Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate und erhält Zusagen für Investitionen von drei Billionen Dollar.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1178. Tag (16.5.2025)

Türkei

In Istanbul finden nach einem Unterbruch von drei Jahren wieder direkte Gespräche zwischen Russland und der Ukraine statt, allerdings nicht auf höchster Ebene. Der ukrainische Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hatte sich für ein Treffen mit dem russischem Machthaber Wladimir Putin ausgesprochen (vgl. 11.5.2025). Ein Waffenstillstand ist weiter nicht in Sicht. Beide Seiten einigen sich auf den Austausch von jeweils tausend Kriegsgefangenen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 589. Tag (16.5.2025)

Israel verkündet den Beginn einer neuen Offensive im Gazastreifen unter der Bezeichnung „Operation Gideon’s Chariots“. Nach massiven Luftangriffe folgt eine Bodenoffensive im Norden und Süden des Gazastreifens. Von israelische Seite heisst es, es gehe um die „Erreichung aller Kriegsziele“ einschliesslich der Befreiung der Geiseln und um den „Sieg über die Hamas“. Nach palästinensischen Verlautbarungen kommen binnen 48 Stunden bis zu 300 Menschen ums Leben.

Rumänien

Der parteilose Bukarester Bürgermeister Nicușor Dan geht mit einem Stimmenanteil von 53,60 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Rumänien hervor. Sein Konkurrent George Simion von der rechtsradikalen Allianz für die Einheit der Rumänen (AUR) erhält 46,40 Prozent (**18.5.2025**).

Portugal

Zum dritten Mal in drei Jahren wird in Portugal ein neues Parlament gewählt (**18.5.2025**). Die konservative Demokratische Allianz (Aliança Democrática/AD) unter Führung von Ministerpräsident Luís Montenegro bleibt stärkste Kraft mit 91 Mandaten (plus 11) und einem Stimmenanteil von 31,79 Prozent. Zur Demokratischen Allianz gehören die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) und das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP). Die rechtspopulistische Partei Chega (Genug) unter Führung von André Ventura wird mit 60 Mandaten (plus 10) zweistärkste Kraft und überholt die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) unter Führung von Pedro Nuno Santos. Die Sozialisten verlieren 20 Mandate und stellen 58 Abgeordnete. Der Parteivorsitzende erklärt seinen Rücktritt. Die Iniciativa Liberal hat 9 Mandate.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1180. Tag (18.5.2025)

Die Ukraine erlebt den grössten russischen Drohnenangriff seit Kriegsbeginn. Nach ukrainischen Angaben wurden 273 Drohnen eingesetzt.

Grossbritannien/EU

Die Europäische Union (EU) und Grossbritannien beschliessen einen Neustart der Beziehungen nach dem Brexit. Sie einigen sich auf einen Pakt zur militärischen Zusammenarbeit sowie auf Handels- und Reiseerleichterungen (**19.5.2025**).

Schweiz

Katastrophen/Bergsturz

Alle Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes Blatten im Lötschental (Kanton Wallis) müssen wegen eines drohenden Bergsturzes evakuiert werden (**19.5.2025**).

UNO-Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Die UNO-Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschliesst ein Pandemieabkommen (**20.5.2025**).

USA

In den USA soll bis zum Ende der Amtszeit von Präsident Donald Trump ein neues Raketenabwehrsystem – Golden Dome – errichtet werden (**20.5.2025**).

EU/Syrien

Die Europäische Union (EU) hebt die Wirtschaftssanktionen gegen Syrien auf (**20.5.2025**).

USA/Israel

In Washington werden zwei Angestellte der israelischen Botschaft erschossen (**21.5.2025**).

USA

Die US-Regierung untersagt der Harvard-Universität die Aufnahme von ausländischen Studierenden. Bereits bei Harvard eingeschriebene ausländische Studenten müssen die Universität wechseln. (**22.5.2025**). Eine Richterin stoppt das Verbot.

Venezuela-

In Venezuela wird ein neues Parlament (Asamblea Nacional) gewählt. Das Regierungsbündnis Gran Polo Patriótico Simón Bolívar gewinnt 253 der 285 Mandate. Ausserdem gewinnt das Regierungsbündnis 23 von 24

Gouverneursposten (**25.5.2025**). Die Wahlbeteiligung liegt nach offiziellen Angaben bei rund 42 Prozent. Ein grosser Teil der Opposition hatte zum Boykott aufgerufen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1188. Tag (26.5.2025)

USA

In dritter Nacht in Folge gerät die Ukraine unter massiven russischen Beschuss. Die Ukraine meldet den Einsatz von über 300 russischen Drohnen und Raketen. US-Präsident Donald Trump kritisiert den russischen Machthaber Wladimir Putin scharf. Er sei „absolut verrückt“ geworden.

USA/China

Die USA stoppen vorerst die Verfahren zur Aufnahme ausländischer Studenten und für die Teilnahme von Austauschprogrammen. Botschaften und Konsulate werden angewiesen, vorerst keine neuen Termine für entsprechende Visa-Anträge zu vergeben (**27.5.2025**).

Aussenminister Marco Rubio teilt mit, dass Studierenden mit Verbindungen zur Kommunistischen Partei Chinas die Visa entzogen werden.

USA

Das Internationale Handelsgericht der Vereinigten Staaten erklärt die meisten der von Präsident Donald Trump verhängten Einfuhrabgaben für unrechtmässig. Trump habe sich mit seinen per Dekret erlassenen Zöllen über die Autorität des US-Kongresses hinweggesetzt, urteilten die Richter (**28.5.2025**). Ein Appellationsgericht setzt das Urteil vorerst aus.

USA

Der Milliardär Elon Musk arbeitet nicht mehr für die US-Regierung. Sein Einsatz gehe planmässig zu Ende, teilt Musk mit (**28.5.2025**). Er leitete die Regierungsabteilung für staatliche Effizienz (Doge).

Schweiz

Katastrophen/Bergsturz, Gletscherabbruch

Katastrophaler Bergsturz und Gletscherabbruch im Walliser Lötschental (**28.5.2025**). Millionen Kubikmeter Geröll vom Kleinen Nesthorn und vom Birchgletscher verschütten das bereits evakuierte Dorf Blatten. In der Talsohle liegt ein 2 Kilometer langer Schuttkegel. Das Flussbett der Lonza wird verstopft. Es droht eine Flutwelle.

USA

US-Präsident Donald Trump kündigt eine Verdoppelung der Zölle auf Stahl und Aluminium auf 50 Prozent an (**30.5.2025**).

USA

Der Supreme Court der USA beschliesst per einstweiliger Verfügung, dass die Regierung rund 532.000 Menschen aus Kuba, Haiti, Nicaragua und Venezuela das Aufenthaltsrecht entziehen darf. Die Migranten hatten über ein Sonderprogramm des vorherigen Präsidenten Joe Biden einreisen und sich in den USA aufhalten dürfen (**30.5.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1194. Tag (1.6.2025)

Der Ukraine gelingt mit der „Operation Spinnennetz“ ein spektakulärer Schlag gegen die russische Luftwaffe. Mit Drohnen werden die Stützpunkte Iwanowo und Djagilowa (in den Regionen Iwanow und Rjasan) sowie Olenja in der Region Murmansk und Belaja in der ostsibirischen Region Irkutsk (über 4000 Kilometer von der Ukraine entfernt) angegriffen. Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs werden 41 Flugzeuge zerstört oder beschädigt, darunter strategische Bomber vom Typ TU-95 und TU-22M3 sowie ein A-50-Aufklärungsflugzeug. Die USA gehen davon aus, dass bis zu 20 russische Kampfflugzeuge getroffen und etwa zehn zerstört wurden.

Nach Russland eingeschleuste Geheimdienstagenten hatten die Angriffe vorbereitet. Die Drohnen wurden in Holzkisten nach Russland geschmuggelt und in der Nähe der ins Visier genommenen Stützpunkte deponiert.

Polen

In Polen geht der von der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützte Karol Nawrocki mit einem Stimmenanteil von 50,89 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**1.6.2025**). Der Wahlverlierer, der Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski von der liberalkonservativen Bürgerkoalition (KO), hatte die erste Runde knapp für sich entschieden.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1195. Tag (2.6.2025)

Bei einer weiteren ukrainisch-russischen Verhandlungsrunde in Istanbul beharrt Moskau in einem Memorandum auf seinen Maximalforderungen. Dazu gehören:

- Rückzug der ukrainischen Streitkräfte aus den von Russland beanspruchten Regionen im Osten der Ukraine sowie völkerrechtliche Anerkennung dieser Gebiete als Teil Russlands,
- Neutralitätsstatus der Ukraine und Verzicht auf Nato-Beitritt,
- Stopp der westlichen Waffenlieferungen,
- Einstellung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland,
- Begrenzung der Stärke der ukrainischen Armee.

UNO/Deutschland

Die ehemalige deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock wird Präsidentin der UNO-Vollversammlung (2.6.2025).

Niederlande

Das niederländische Regierungsbündnis unter Führung von Ministerpräsident Dick Schoof zerbricht wegen Differenzen bei der Migrationspolitik. Geert Wilders erklärt den Rückzug seiner der rechtspopulistischen Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) aus der Koalition (3.6.2025).

Korea (Südkorea)

Südkoreas Bevölkerung wählt Lee Jae Myung von der linksgerichteten Demokratischen Partei mit einem Stimmenanteil von rund 51 Prozent zum neuen Staatsoberhaupt (3.6.2025).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1196. Tag (3.6.2025)

Die Ukraine verübt einen Unterwassersprengstoffanschlag auf die Krimbrücke. Nach Auffassung des ukrainischen Geheimdienstes ist die Brücke einsturzgefährdet. Es handelt sich um den dritten Anschlag seit 2022.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 607. Tag (3.6.2025)

Die Verteilung von Hilfsgütern im Gazastreifen verläuft chaotisch. Zum zweiten Mal innerhalb von drei Tagen schiessen israelische Sicherheitskräfte auf Menschen abseits der vereinbarten Zugangsstrassen. Bei Rafah kommen nach palästinensischen Verlautbarungen mindestens 27 Menschen ums Leben. Eine private Organisation, die Gaza Humanitarian Foundation (GHF), ist im Auftrag der USA für die Verteilzentren zuständig.

Mongolei

Der mongolische Regierungschef Luvsannamsrain Oyun-Erdene tritt nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung im Parlament zurück (3.6.2025). An Kundgebungen wurde gegen den ausschweifenden Lebensstil der Präsidentenfamilie protestiert.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 608. Tag (4.6.2025)

UNO/USA

Die USA verhindern im UNO-Sicherheitsrat mit ihrem Veto eine Resolution, die eine sofortige und dauerhafte Waffenruhe im Gazastreifen verlangt.

USA

US-Präsident Donald Trump verfügt neue Einreisebeschränkungen (4.6.2025). Für Menschen aus zwölf Staaten (Afghanistan, Myanmar, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Äquatorialguinea, Eritrea, Haiti, Iran, Libyen, Somalia, Sudan und Jemen) gilt ein Einreiseverbot. Zudem wird für Staatsangehörige von weiteren sieben Ländern die Einreise beschränkt.

Ausserdem verfügt Trump einen Einreisestopp für Ausländer, die an der Harvard University studieren wollen.

USA

Zwischen US-Präsident Donald Trump und Elon Musk kommt es zum Zerwürfnis. Der Chef des Weissen Hauses und der reichste Mann der Welt waren bisher enge Verbündete. Auslöser des Streits ist Trumps Ausgabengesetz (One Big Beautiful Bill Act), das Musk als „widerliche Abscheulichkeit“ bezeichnet. Darauf überhäufen sich beide Seiten mit Beleidigungen und liefern sich eine Schlammschlacht (5.6.2025).

USA

Aufruhr in Los Angeles

- Razzien der Einwanderungsbehörde ICE und die Festnahme von Migrantinnen und Migranten (6.6.2025) lösen heftige Proteste aus, die in Ausschreitungen münden.
- US-Präsident Donald Trump ordnet gegen den Willen des Gouverneurs von Kalifornien, Gavin Newsom, den Einsatz von 2000 Angehörigen der Nationalgarde an (7.6.2025). Newsom übt heftige Kritik, bezeichnet den Einsatz der Nationalgarde als illegal und will Klage einreichen.
- Die Armee soll eingreifen. Das Verteidigungsministerium beschliesst, 700 Marines nach Los Angeles zu entsenden (9.6.2025). Ausserdem werden weitere 2000 Angehörige der Nationalgarde aufgeboten.
- Über Teile von Los Angeles wird ein nächtliches Ausgehverbot verhängt.
- Auch in anderen Städten der USA finden Demonstrationen gegen die Migrationspolitik der Regierung statt, so in New York und Chicago. In Texas will der Gouverneur die Nationalgarde gegen Demonstranten einsetzen.
- Demokratische Kongressabgeordnete werfen Trump vor, er wolle eine künstliche Krise herbeiführen.

Italien

In Italien scheitern fünf Volksinitiativen der Opposition an zu tiefer Stimmbeteiligung (9.6.2025). Gefordert wurde unter anderem eine erleichterte Einbürgerung für Nicht-EU-Ausländer.

Grossbritannien/Nordirland

In der nordirischen Stadt Ballymena kommt es zu rassistischen Ausschreitungen (**9.6.2025**). Ausgelöst werden sie durch Ermittlungen gegen zwei 14-Jährige aus Rumänien, denen ein schwerer sexueller Übergriff auf eine Minderjährige vorgeworfen wird.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schriftsteller Frederick Forsyth stirbt im Alter von 86 Jahren (**9.6.2025**).

Österreich

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In einem Gymnasium in der österreichischen Stadt Graz tötet ein ehemaliger Mitschüler neun Menschen und sich selbst (**10.6.2025**).

Argentinien

Argentiniens Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner (*Fernandez de Kirchner*) muss ins Gefängnis. Das Oberste Gericht bestätigt die Verurteilung von 2022 zu sechs Jahren Haft wegen Korruption (**10.6.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Songwriter Brian Wilson stirbt im Alter von 82 Jahren (**11.6.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1205. Tag (12.6.2025)

Nach Schätzungen des ukrainischen Verteidigungsministeriums hat der Ukraine-Krieg bisher auf russischer Seite über eine Million Tote und Verwundete gefordert. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bezifferte die Zahl der eigenen Gefallenen zuletzt auf 46 000. Wie hoch die Verluste beider Kriegsparteien wirklich sind, bleibt unklar.

Flüchtlinge

Laut einem Bericht des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) waren Ende April 2025 weltweit etwa 122 Millionen Menschen auf der Flucht (**12.06.2025**).

Indien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Flugzeugkatastrophe in Indien: Ein Passagierflugzeug der Air India vom Typ Boeing 787-8 Dreamline stürzt mit 242 Menschen an Bord kurz nach dem Start in der Nähe des Flughafens von Ahmedabad ab. Nur ein Passagier überlebt. An der Absturzstelle befindet sich ein Studentenwohnheim. Mehrere Bewohner kommen ums Leben (12.6.2025).

Niederlande

In den Niederlanden fusionieren Sozialdemokraten und Grüne – Partij van de Arbeid und GroenLinks – zu GroenLinks/Partij van de Arbeid (GL/PvdA) (**12.6.2025**).

Iran/IAEA

Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) kritisiert Iran wegen „Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen“ (**12.6.2025**). Die IAEA hatte Ende Mai die Zusammenarbeit mit Teheran bei der Überprüfung des iranischen Atomprogramms als „nicht zufriedenstellend“ bezeichnet.

Iran/Israel/Krieg Israel/Iran

1. Tag (13.6.2025)

Krieg zwischen Israel und Iran:

- Zu Beginn der Operation „Rising Lion“ attackiert die israelische Luftwaffe in mehreren Wellen mit 200 Kampfflugzeugen mehrere Militärstützpunkte sowie die Urananreicherungsanlage in Natanz (der oberirdische Teil wird schwer beschädigt).
- Auch die Atomanlagen in Isfahan und Fordo werden attackiert.
- Bei Luftangriffen auf Wohngebiete in Teheran kommen nach iranischen Verlautbarungen über 70 Menschen ums Leben.
- Bei den Angriffen werden mehrere hochrangige Militärs, unter ihnen Hosein Salami, der Anführer der Revolutionsgarden, und Generalstabschef Mohammed Bagheri getötet. Auch mehrere Atomwissenschaftler kommen ums Leben.
- In Israel wird der Ausnahmezustand verhängt.
- Nach israelischer Auffassung steht Iran kurz vor der Entwicklung einer Atombombe. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu begründet die Offensive in einer Videobotschaft mit der „klaren und gegenwärtigen Gefahr für das Überleben Israels“. Israel wolle „nicht Opfer eines nuklearen Holocausts durch das iranische Regime werden“. Die Operation werde solange dauern, bis es brauche, um die Gefahr aus Iran zu beseitigen. Er ruft die iranische Bevölkerung zum Aufstand gegen die Führung in Teheran auf.
- Der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei kündigt Vergeltung an. Israel müsse mit einer „harten Bestrafung“ rechnen. Iran greift Israel mit über 100 Mittelstreckenraketen an. Die meisten können von der israelischen Raketenabwehr abgefangen werden.

USA

In den USA protestieren am „No Kings Day“ landesweit Hunderttausende Menschen gegen die Politik von Präsident Donald Trump (**14.6.2025**). Sie werfen Trump vor, wie ein König herrschen zu wollen.

Am gleichen Tag findet in Washington anlässlich des 250-jährigen Bestehens der US-Armee eine Militärparade statt: die grösste seit 1991. Die Parade fällt mit dem 79. Geburtstag von Trump zusammen.

USA

In Brooklin Park, im US-Staat Minnesota, erschiess ein als Polizist verkleideter Attentäter die demokratische Abgeordnete Melissa Hortman und deren Ehemann. Bei einem weiteren Angriff im nahegelegenen Champlin werden John Hoffman, ein demokratischer Senator des Parlaments von Minnesota, und dessen Ehefrau Yvette verletzt (**14.6.2025**).

G-7

Krieg Israel/Iran

4. Tag (16.6.2025)

- Die sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Kanada, Japan und Italien – nehmen bei ihrem Gipfeltreffen im kanadischen Kananaskis zum Krieg zwischen Israel und Iran Stellung, bezeichnen Iran als „die Hauptquelle regionaler Instabilität und des Terrors“ und betonen Israels Recht auf Selbstverteidigung. Iran dürfe niemals in den Besitz einer Atomwaffe gelangen. Die Kriegsparteien werden zur Deeskalation aufgerufen. US-Präsident Donald Trump verlässt das Gipfeltreffen vorzeitig und kehrt nach Washington zurück.

- Bei iranischen Raketenangriffen gegen Ziele in Israel wurden bisher 23 Menschen getötet und mehr als 600 verletzt.

Krieg Israel/Iran

5. Tag (17.6.2025)

USA

- US-Präsident Donald Trump drängt Iran zur bedingungslosen Kapitulation. Der iranische Revolutionsführer Ali Khamenei lehnt ab und erklärt: „Das iranische Volk ist entschlossen und wird sowohl gegen einen auferzwungenen Krieg als auch gegen einen auferzwungenen Frieden Widerstand leisten.“

- US-Präsident Donald Trump erklärt, man wisse genau, wo sich Ayatollah Ali Khamenei aufhalte. Er sei „ein leichtes Ziel“. Momentan sei er noch sicher. Man werde ihn nicht ausschalten, zumindest nicht im Moment.

- Ali Shadmani, der ranghöchste militärische Befehlshaber Irans, wird bei einem nächtlichen israelischen Luftangriffe in Teheran getötet.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 621. Tag (17.6.2025)

Im Gazastreifen geraten Menschen bei der Verteilung von Hilfsgütern unter Panzerbeschuss. Nach palästinensischen Angaben werden 59 Personen getötet.

Krieg Israel/Iran

7. Tag (19.6.2025)

USA

- Zwei Wochen Bedenkzeit für ein militärisches Eingreifen der USA: US-Präsident Donald Trump erklärt «Basierend auf der Tatsache, dass es eine beträchtliche Chance für Verhandlungen gibt, die in naher Zukunft mit Iran stattfinden könnten oder auch nicht, werde ich meine Entscheidung, ob wir es tun, in den nächsten zwei Wochen treffen.»

- Nach israelischen Verlautbarungen sind rund zwei Drittel aller iranischen stationären und mobilen Raketenabschussrampen zerstört worden.

Krieg Israel/Iran

8. Tag (20.6.2025)

Deutschland/Frankreich/Grossbritannien/Schweiz

- In Genf treffen sich die Aussenminister von Deutschland, Frankreich und Grossbritannien mit ihrem iranischen Amtkollegen. Iran erklärt sich bereit, die Gespräche fortzusetzen. Als Vorbedingungen für Verhandlungen fordert Teheran eine Waffenruhe.

- Die Schweiz schliesst ihre Botschaft in Teheran.

Krieg Israel/Iran

9. Tag (21.6.2025)

- Die israelische Luftwaffe greift erneut die Atomanlagen in Isfahan an.

- Seit Ausbruch des Krieges sind bei den israelischen Luft- und Raketenangriffen nach Angaben des Teheraner Gesundheitsministeriums bisher mehr als 400 Menschen getötet worden.

Belarus

Der belarusische Oppositionelle Sergei Tichanowski wird auf Ersuchen der USA freigelassen (**21.6.2025**). Sergei Tichanowski war 2021 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er ist mit der im Exil lebenden Oppositionsführerin Swetlana Tichanoskaja verheiratet.

Krieg Israel/Iran

USA

10. Tag (22.6.2025)

Die USA greifen in den israelisch-iranischen Krieg ein.

- Mit bunkerbrechenden Bomben werden die Urananreicherungsanlagen Fordo und Natanz attackiert, mit Cruise Missiles die atomare Umwandlungsanlage in Isfahan. Die unterirdische Anreicherungsanlage Fordo befindet sich etwa 80 Meter tief unter Gesteinsschichten, für herkömmliche Bomben unerreichbar. Nur die GBU-57 Bombe der US-Luftwaffe kann dort eindringen. Es handelt sich um den ersten militärischen Einsatz dieser Bombe.
- Die USA setzen bei ihrer Operation „Midnight Hammer“ 7 B-2-Tankkappenbomber sowie 14 bunkerbrechende GBU-57 Bomben ein. Die Anlage in Isfahan wird von einem U-Boot aus mit 24 Cruise Missiles attackiert.
- US-Präsident Donald Trump behauptet, die Atomanlagen seien „komplett und total vernichtet“ worden. „Unser Ziel war die Zerstörung der nuklearen Anreicherungs Kapazitäten Irans und das Ende der nuklearen Bedrohung durch den weltweit führenden staatlichen Terrorsponsor“, erklärt er. „Iran muss jetzt Frieden schliessen.“
- Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu spricht von einer „mutigen Entscheidung“ und dankt US-Präsident Donald Trump.
- Die iranische Atombehörde meldet, es seien keine erhöhten Strahlenwerte gemessen worden.
- Das Ausmass der tatsächlichen Zerstörungen und Schäden ist unklar. Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) geht von erheblichen Schäden aus. Das iranische Aussenministerium meldet, die Nuklearanlagen seien schwer beschädigt, aber nicht vernichtet worden. In den USA heisst es, der Wiederaufbau werde Jahre dauern. Die gegenteilige Meinung lautet, das Atomprogramm sei lediglich um einige Monate zurückgeworfen worden.
- Es wird vermutet, dass waffenfähiges Uran in Sicherheit gebracht wurde.
- Der iranische Aussenminister Abbas Araghi bezeichnet die Angriffe als „ungeheuerlich mit dauerhaften Folgen“.
- Iran reagiert mit Raketenangriffen auf Israel. Betroffen sind auch Tel Aviv und Haifa. Dabei werden über 80 Menschen verletzt.

Syrien

Bei einem Selbstmordanschlag in einer griechisch-orthodoxen Kirche in der syrischen Hauptstadt Damaskus kommen über 20 Gläubige ums Leben (22.6.2025).

Krieg Israel/Iran

USA/Katar

11. Tag (23.6.2025)

- Iran feuert Raketen auf den US-Stützpunkt Al-Udeid in Katar ab. Die Raketen werden von der Flugabwehr abgefangen. Es gibt weder Opfer noch Schäden. Die USA wurden vor dem Angriff gewarnt. Der Raketeneinsatz wird als symbolische Vergeltung für die US- Bombardierung iranischer Atomanlagen eingestuft.
- Die israelische Luftwaffe attackiert in Teheran das Hauptquartier für innere Sicherheit der Revolutionswächter, das Hauptquartier der Basij-Miliz und das Eingangstor des berühmten Evin-Gefängnisses, wo politische Häftlinge inhaftiert sind.

Rumänien

Rumänien erhält eine neue Regierung. Neuer Ministerpräsident wird der frühere Senatspräsident Ilie Bolojan von der Nationalen Liberalen Partei (PNL). Seiner Koalitionsregierung gehören neben der Nationalen Liberalen Partei die Sozialdemokratischen Partei (PSD), die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien (UDMR) und die liberale Union Rettet Rumänien (USR) an. Erstmals gehört der Regierung auch ein Vertreter der Minderheit der Roma an. Der Koalitionsvertrag sieht eine rotierende Ministerpräsidentschaft vor.

Krieg Israel/Iran

USA

12. Tag (24.6.2025)

US-Präsident Donald Trump erzwingt eine Waffenruhe im Krieg zwischen Israel und Iran. Beide Konfliktparteien willigen ein.

Nach offiziellen iranischen Angaben wurden während des Zwölfstagekrieges durch die Angriffe der israelischen Luftwaffe - 627 Menschen getötet und über 4800 verletzt. Israel meldet 28 Tote und über 3000 Verletzte.

Nato

USA/Spanien

Unter dem Druck von US-Präsident Donald Trump beschliesst der in Den Haag tagende Nato-Gipfel eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben (25.6.2025)

- Spätestens ab 2035 muss jedes Mitglied jährlich 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Verteidigung und Sicherheit investieren: 3,5 Prozent für die Kernbereiche der Verteidigung und 1,5 Prozent für sicherheitsrelevante Investitionen.
- Spanien zieht beim neuen Ausgabenziel nicht mit. Die bestehenden zwei Prozent der Wirtschaftsleistung seien ausreichend, um die Nato-Verteidigungsziele zu erreichen, erklärt Ministerpräsident Pedro Sánchez (Sanchez).
- US-Präsident Donald Trump, der den Nato-Gipfel dominiert, bekennt sich zur Beistandsverpflichtung gemäss Artikel 5 des Nato-Vertrages.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1218. Tag (25.6.2025)

Europarat

Ein Sondergericht soll Beweise gegen die russische Führung im Krieg gegen die Ukraine sammeln und die Hauptverantwortlichen für das „Verbrechen der Aggression“ vor Gericht stellen. Darauf einigen sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Generalsekretär des Europarates, Alain Berset.

Iran/IAEA

Das iranische Parlament will die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) aussetzen (25.6.2025).

Kenia

In der kenianischen Hauptstadt Nairobi kommen bei Protestkundgebungen gegen die Regierung nach inoffiziellen Angaben mindestens 16 Menschen ums Leben (25.6.2025).

EU/Russland/Slowakei/Bulgarien

Die in Brüssel versammelte Gipfelkonferenz der Europäischen Union (EU) einigt sich auf eine Verlängerung der Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate. Die geplante Verschärfung der Sanktionen scheitert am Widerstand der Slowakei (26./27.6.2025).

Die Gipfelkonferenz stimmt dem Beitritt Bulgariens zum Euro auf Anfang Januar 2026 zu.

USA/Währungen/Dollar/Schweiz

Der Dollar steht unter Abwertungsdruck durch wachsende Sorge um die Staatsverschuldung. Gegenüber dem Schweizer Franken fällt der Kurs unter 80 Rappen (26.6.2025). Der Dollar ist in diesem Jahr um fast 11 Prozent gegenüber einem Währungskorb wichtiger Devisen gefallen.

USA

Das Oberste Gericht der USA schränkt die Möglichkeit einzelner Bundesrichter ein, Entscheidungen des US-Präsidenten zu blockieren. Dies überschreite ihre Befugnisse (27.06.2025).

Kongo-Kinshasa/Ruanda/USA

Die Aussenminister der Demokratischen Republik Kongo (Kongo-Kinshasa) und von Ruanda unterzeichnen in Washington ein von den USA vermitteltes Friedensabkommen (27.6.2025).

- Das Abkommen sieht die Achtung territorialer Integrität, ein Verbot der Feindseligkeiten sowie den Rückzug, die Entwaffnung und die Integration nicht staatlicher bewaffneter Gruppen vor.
- Zudem soll die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen erleichtert und humanitärer Zugang zum Konfliktgebiet ermöglicht werden.
- Die USA sollen verbesserten Zugang zu wichtigen Mineralien der Region erhalten.
- Formell wird das Abkommen für Frieden und Stabilität von den Staatshäuptern beider Länder, Félix Tshisekedi und Paul Kagame, am 4. Dezember 2025 im Beisein von US-Präsident Donald Trump unterzeichnet. Der mehr als 30 Jahre dauernde bewaffnete Konflikt im rohstoffreichen Ostkongo soll damit beendet werden, was jedoch angezweifelt wird.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 631. Tag (27.6.2025)

Nach Angaben der UNO sind im Gazastreifen in der Nähe von Hilfsgüter-Verteilzentren der Gaza Humanitarian Foundation durch Bombardierung und Beschuss über 400 Menschen getötet und Tausende verletzt worden.

Ungarn

Mehr als 100 000 Menschen beteiligen sich in der ungarischen Hauptstadt Budapest an einer Pride-Parade, obwohl die Regierung den Anlass für illegal erklärt hatte (28.6.2025).

Thailand

Das thailändische Verfassungsgericht suspendiert Ministerpräsidentin Paetongtarn Shinawatra vom Amt. Die Richter werfen ihr einen schwerwiegenden Verstoß gegen ethische Grundsätze vor (1.7.2025). Ende August (29.8.2025) beschliesst das Gericht, dass die Regierungschefin ihren Posten definitiv räumen muss.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1225. Tag (2.7.2025)

USA

- Die USA halten einen Teil schon beschlossener Waffenlieferungen an die Ukraine zurück, darunter Raketen für das Flugabwehrsystem „Patriot“. Die eigenen Bestände seien zu stark geschrumpft, heisst es zu Begründung. Nur wenige Tage später (7.7.2025) sagt US-Präsident Donald Trump doch weitere Waffenlieferungen an die Ukraine zu.
- Nach Erkenntnis deutscher und niederländischer Geheimdienste setzt die russische Armee im Krieg gegen die Ukraine vermehrt chemische Waffen, darunter Chlorkiprin ein.

Iran/IAEA

Iran setzt die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) aus (2.7.2025).

Dalai Lama/Tibet/China

Der Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter, teilt kurz vor seinem 90. Geburtstag in einer Videobotschaft mit, dass es nach seinem Tod einen Nachfolger für ihn, einen 15. Dalai Lama, geben soll (**2.7.2025**). Allein die Tibeter hätten das Recht über die Wiedergeburt des Dalai Lamas zu bestimmen. Die Suche nach dem Nachfolger und seine Anerkennung als Reinkarnation des jetzigen Dalai Lamas solle „in Übereinstimmung mit der vergangenen Tradition“ erfolgen. Das chinesische Aussenministerium teilt in einer Stellungnahme mit, nur die chinesische Regierung habe das Recht, über die Reinkarnation des Dalai Lama zu entscheiden.

USA

Der US-Kongress stimmt mit knapper Mehrheit dem von US-Präsident Donald Trump als „Big Beautiful Bill“ bezeichneten Steuer- und Haushaltsgesetz zu (**3.7.2025**). Das Gesetz sieht eine Verlängerung der Steuererleichterungen für hohe Einkommen, eine Erhöhung des Verteidigungs- und Grenzschutzausgaben sowie Kürzungen bei Sozialausgaben vor. Wegen Einsparungen bei Medicaid werden schätzungsweise 12 Millionen Menschen ihre Krankenkassenversicherung verlieren. Kritiker befürchten, dass der Schuldenberg der USA (36 Billionen Dollar) innert 10 Jahren um zusätzliche 3,4 Billionen Dollar anwachsen dürfte.

Russland/Afghanistan

Als erster Staat weltweit anerkennt Russland die Taliban-Regierung in Afghanistan (**3.7.2025**).

USA

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Im US-Staat Texas kommen bei Sturzfluten nach heftigen Regenfällen über 130 Menschen ums Leben. Der Pegelstand des Guadalupe River steigt innert kurzer Frist um acht Meter. Unter den Opfern befinden sich 28 Kinder, die ein Sommercamp für Mädchen besuchten. Im Camp Mystic halten sich zum Zeitpunkt der Katastrophe 750 Kinder auf (**4.7.2025**).

USA

Der Multimilliardär Elon Musk kündigt die Bildung einer Partei an, die sich America Party nennt (**5.7.2025**).

Suriname

Mit Jennifer Simons erhält Suriname erstmals eine Staatspräsidentin (**6.7.2025**). Ihre National Democratic Party war knapp als Siegerin aus der Parlamentswahl (25.5.2025) hervorgegangen. Die National Democratic Party gewann 18, die bisher regierende Progressive Reform Party 17 Mandate der 51 Mandate.

USA

Japan/Südkorea

US-Präsident Donald Trump verschiebt die Einführung der geplanten neuen Strafzölle vom 9. Juli zunächst auf den 1. August (**7.7.2025**) und später auf den 7. August 2025. Japan und Südkorea droht er mit Importzöllen von 25 Prozent.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 641. Tag (7.7.2025)

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz plant die Errichtung eines Auffanglagers für 600 000 Palästinenser im südlichen Gazastreifen. Damit solle die Macht der radikal-islamischen Hamas über die Bevölkerung geschwächt werden (**7.7.2025**).

USA

US-Präsident Trump will Kupfer-Importe mit 50-prozentigen Zöllen belegen (**8.7.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1232. Tag (9.7.2025)

Die Ukraine erlebt die bisher schwersten Drohnenangriffe seit Kriegsbeginn. In der Nacht auf den 9. Juli 2025 werden über 700 Attacken registriert. Am schwersten betroffen ist die nordwestukrainische Region Volyn.

EU/EU-Kommission/Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament lehnt einen Misstrauensantrag gegen die EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen ab. 175 Abgeordnete unterstützen den Antrag aus dem rechten Lager; 360 lehnen ihn ab (**10.7.2025**).

Frankreich/Grossbritannien

Frankreich und Grossbritannien wollen ihre atomare Abschreckung koordinieren, um auf eine extreme Bedrohung reagieren zu können (**10.7.2025**).

USA/Kanada

US-Präsident Donald Trump kündigt Zölle in Höhe von 35 Prozent auf kanadische Produkte an (**10.7.2025**).

Türkei/Kurden

Die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) beginnt mit ihrer Entwaffnung (**11.7.2025**). Ihr inhaftierter Anführer Abdullah Öcalan hatte am 27. Februar 2025 zur Beendigung des 40 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes in der Türkei aufgerufen.

USA/EU/Mexiko

US-Präsident Donald Trump kündigt Zölle für Importe aus der Europäischen Union (EU) und Mexiko in Höhe von 30 Prozent an (**12.7.2025**).

Frankreich/Neukaledonien

Das französische Überseegebiet Neukaledonien soll ein Staat (Etat de Nouvelle-Calédonie) innerhalb von Frankreich werden. Darauf einigen sich Vertreter beider Seiten nach mehrtägigen Verhandlungen (**12.7.2025**). Einen Monat später (13.8.2025) lehnt der separatistische Front de libération nationale kanak et socialiste FLNKS das Abkommen ab.

Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron kündigt höhere Verteidigungsausgaben an. Die Freiheit sei seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch nie so bedroht gewesen. Für 2026 sind Zusatzausgaben von 3,5 auf 64 Milliarden Euro geplant (**13.7.2025**).

Syrien/Israel

In der syrischen Provinz Suwaida brechen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Drusen-Milizen und sunnitischen Beduinen-Clans aus (**13.7.2025**). Syrische Sicherheitskräfte intervenieren. Auch die israelische Luftwaffe greift ein und bombardiert das militärische Hauptquartier in Damaskus (16.7.2025). Israel versteht sich als Schutzmacht der Drusen. Der syrische Präsident Ahmed al-Sharaa verspricht, die drusische Minderheit zu schützen. Nach der zweiten Waffenstillstandsvereinbarung (19.7.2025) und dem Rückzug der Beduinen-Kämpfer aus der Provinzhauptstadt entspannt sich die Lage. Nach unbestätigten Berichten fordern die Kämpfe etwa 1000 Tote.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1237. Tag (14.7.2025)

USA/Nato

- US-Präsident Donald Trump will an die europäischen Nato-Partner „Patriot“-Flugabwehrsysteme sowie Raketen und Munition verkaufen, die letztlich für die Ukraine bestimmt sind.
- Bei einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Mark Rutte erklärt Trump: „Wir haben einen Deal gemacht. Wir liefern ihnen (den Nato-Partnern) Waffen und sie bezahlen dafür.“ Die Nato werde den Waffentransfer koordinieren. Die US-Rüstungsgüter werden über die sogenannte Purl-Initiative (Prioritised Ukraine Requirements List) beschafft. Auf der Grundlage dieser Initiative werden US-Rüstungsgüter an die europäischen Verbündeten und Kanada verkauft, die sie dann der Ukraine zur Verfügung stellen.
- Ausserdem droht Trump mit „sehr heftigen“ Strafzöllen“ gegen Russlands Handelspartner, wenn es bis in 50 Tagen keine Vereinbarung zur Beendigung des Krieges in der Ukraine gebe. Im Visier sind Länder, die russisches Erdöl oder Erdgas kaufen.

Sudan

Sudanesische Menschenrechtsaktivisten berichten von Massakern der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) an der Zivilbevölkerung im Bundesstaat Nord-Kordofan. Mehrere Dörfer seien überfallen und niedergebrannt worden. Nahezu 300 Menschen seien dabei ums Leben gekommen (**14.7.2025**).

Israel

Im Streit um die Wehrpflicht für ultraorthodoxe Juden verliert der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zwei Koalitionspartner: Shas und Vereinigtes Thora-Judentum (**16.7.2025**).

Irak

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophen in einem Einkaufszentrum in der irakischen Stadt Kut kommen über 60 Menschen ums Leben (**16.7.2025**).

Ukraine

Julija Swyrydenko wird neue ukrainische Ministerpräsidentin. Die bisherige Wirtschaftsministerin löst Danys Schmyhal ab (**17.7.2025**).

Grossbritannien/Deutschland

Deutsch-britischer Freundschaftsvertrag: Schwerpunkt des vom deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz und vom britischen Premierminister Keir Starmer in London unterzeichneten Abkommens (Kensington Treaty) ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit. Beide Seiten sichern sich militärische Hilfe im Bedrohungsfall zu (**17.7.2025**).

Kongo-Kishasa

Die Regierung von Kongo-Kinshasa und die Rebellengruppe Mouvement du 23 mars (M23) verpflichten sich in einer in Katar unterzeichneten Grundsatzerklärung zu einer Waffenruhe und zu einer umfassenden Friedensvereinbarung (**19.7.2025**).

Japan

In Japan verlieren die regierende konservative Liberaldemokratische Partei (LDP) und ihr Koalitionspartner Komeito (Gerechtigkeitspartei) die absolute Mehrheit im Oberhaus (**20.7.2025**). Damit sind sie in beiden Parlamentskammern in der Minderheit. Für grosses Aufsehen sorgt die rechtspopulistische Partei Sanseito. Sie erhöht die Zahl ihrer Sitze im Oberhaus von 2 auf 14.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 655. Tag (21.7.2025)

28 westliche Staaten fordern von Israel einen Kurswechsel in Gaza und im Westjordanland. Sie kritisieren Israels Kriegsführung und die Verweigerung von Lebensmittelhilfe an die Bevölkerung von Gaza. Notwendig sei ein sofortiger, bedingungsloser Waffenstillstand. Auch die Schweiz gehört zu den Unterzeichnern.

USA/Unesco

Die USA kündigen zum zweiten mal nach 2017 den Rückzug aus der UNO-Sonderorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) an (**22.7.2025**). 2023 waren die USA der Unesco wieder beigetreten.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 656. Tag (22.7.2025)

Nach Verlautbarungen des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte sind seit Ende Mai im Gazastreifen mehr als 1000 nach Nahrungshilfe suchende Menschen getötet worden, allein 766 in der Nähe von Verteilzentren der von den USA unterstützten Stiftung Gaza Humanitarian Foundation (GHF). In einer gemeinsamen Erklärung warnen mehrere internationale Hilfsorganisationen vor einer Massenhungersnot.

Ukraine

Das ukrainische Parlament billigt ein Gesetz, das die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörde einschränkt. Das Nationale Antikorruptionsbüro (Nabu) und die Antikorruptions-Staatsanwaltschaft (Sapo) werden dem vom Staatspräsidenten ernannten Generalstaatanwalt unterstellt (**22.7.2025**). Präsident Wolodymyr Selenskyj will nach heftigen Protesten dem Parlament eine überarbeitete Vorlage unterbreiten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Rockmusiker Ozzy Osbourne stirbt im Alter von 76 Jahren (**22.7.2025**).

Internationaler Gerichtshof/Umwelt

Der internationale Gerichtshof bezeichnet eine saubere Umwelt als Menschenrecht (**23.7.2025**).

USA

Künstliche Intelligenz (KI)

US-Präsident Donald Trump stellt einen KI-Aktionsplan vor. Er will die Vormachtstellung bei künstlicher Intelligenz gegenüber China sichern. Der Bau von Rechenzentren soll durch weniger strenge Umweltauflagen beschleunigt werden. KI-Systeme sollen „frei von ideologischer Voreingenommenheit“ (keine woken Ansichten) sein (**23.7.2025**).

Thailand/Kambodscha

Der seit Jahrzehnten dauernde Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha eskaliert. Truppen beider Seiten liefern sich heftige Gefechte mit schweren Waffen. Zehntausende Menschen werden aus dem Konfliktgebiet evakuiert (**24.7.2025**). Nach fünf Tagen vereinbaren die Konfliktparteien eine Waffenruhe.

Palästina/Frankreich

Der französische Staatschef Emmanuel Macron will einen Staat Palästina anerkennen. Er begründet dies mit dem „historischen Engagement“ seines Landes „für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten“ (**24.7.2025**).

USA/EU

Bei einem Treffen von US-Präsident Donald Trump mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einem Golfresort im schottischen Turnberry einigen sich beide Seiten im Zollstreit (**27.7.2025**). Die USA erhöhen ihre Zölle auf Güter aus der EU auf 15 Prozent. Trump hatte mit 30 Prozent gedroht. Die EU verpflichtet sich US-Energie im Wert von 750 Milliarden Dollar zu importieren sowie Rüstungsgüter zu kaufen. Geplant sind Investitionen europäischer Firmen in den USA im Umfang von 600 Milliarden Dollar.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 661 Tag (27.7.2025)

Unter internationalem Druck kündigt Israel die Schaffung sicherer Korridore für Hilfslieferungen in den Gazastreifen sowie „lokale taktische Feuerpausen“ in dichtbesiedelten Gebieten an.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 663 Tag (29.7.2025)

Grossbritannien

- Erstmals verurteilen mehrere arabische Staaten zum Abschluss einer UNO-Konferenz über eine mögliche israelisch-palästinensische Zwei-Staaten-Lösung gemeinsam den Terror der radikal-islamischen Hamas und setzen sich für eine Entmachtung der Hamas aus. Das Dokument wird von 17 Staaten, darunter auch von europäischen Ländern, unterzeichnet.
- Der britische Premierminister Keir Starmer kündigt an, seine Regierung werde im September einen Palästinenserstaat anerkennen, sollte Israel nicht „substanzielle Schritte“ zur Verbesserung der Situation im Gazastreifen unternehmen.

USA/Brasilien

US-Präsident Donald Trump verkündet Zölle von 50 Prozent gegen Brasilien. Zudem verhängt die US-Regierung Sanktionen gegen Alexandre de Moraes, Mitglied am Obersten Gerichtshof in Brasília. Zur Begründung heisst es, Alexandre de Moraes leite eine „rechtswidrige Hexenjagd“ gegen den den früheren brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, der wegen eines Putschversuchs angeklagt ist (**30.7.2025**).

USA/Indien

US-Präsident Donald Trump kündigt für Waren aus Indien einen Importzoll von 25 Prozent an (**30.7.2025**).

USA/Schweiz

US-Präsident Donald Trump kündigt einen Zolllarif von 39 Prozent gegen die Schweiz an (**31.07.2025**)

Ukraine

Das ukrainische Parlament stellt die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden Nabu und Sapo wieder her (**31.7.2025**).

Litauen

Der litauische Ministerpräsident Gintautas Paluckas tritt wegen Korruptionsvorwürfen zurück (**31.7.2025**)

Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Der Präsident der zu Bosnien-Herzegowina gehörenden Republika Srpska, Milorad Dodik, wird in zweiter Instanz zu einem Politikverbot von sechs Jahren und einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt (**31.7.2025**). Dodik wird des Amtes enthoben (18.8.2025).

Kolumbien

Der ehemalige kolumbianische Präsident Álvaro Uribe wird wegen Bestechung und Zeugenbeeinflussung zu zwölf Jahren Hausarrest verurteilt (**31.7.2025**). Uribe regierte zwischen 2002 und 2010.

Russland

Russland sieht sich nicht mehr an das Moratorium zur Stationierung landgestützter Mittel- und Kurzstreckenraketen gebunden (**4.8.2025**). Moskau hatte nach der Kündigung des im Jahr 1987 vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow und von US-Präsident Ronald Reagan unterzeichneten INF-Vertrags ein einseitiges Moratorium für die Stationierung von Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen angekündigt. Der INF-Vertrag trat 1019 ausser Kraft.

Frankreich

Katastrophen/Waldbrände

Das südfranzösische Departement Aude wird von einem katastrophalen Waldbrand heimgesucht. Die französische Regierung spricht vom grössten Flächenbrand seit 1949 (**5.8.2025**).

USA

US-Präsident Donald Trump kündigt einen Importzoll von „hundert Prozent für alle Chips und Halbleiter“ an (**6.8.2025**).

Italien

Die italienische Regierung gibt grünes Licht für den Bau einer Brücke zwischen Sizilien und dem Festland (**6.8.2025**).

USA

Schweiz

Die von US-Präsident Donald Trump angeordneten Zölle auf Importe aus rund 70 Ländern treten in Kraft (**7.8.2025**). Die Schweiz muss mit 39 Prozent die höchsten Strafzölle in Europa in Kauf nehmen. Vergeblich versucht eine Delegation des Bundesrates bei Gesprächen in Washington mit einem neuen Angebot die Strafzölle abzuwenden.

Libanon

Die libanesisische Regierung beschliesst die Entwaffnung der Hizbullah-Milizen (**7.8.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1262. Tag (8.8.2025)

EU/USA

- Die russische Armee meldet erfolgreiche Geländegewinne nördlich von von Pokrowsk. Die ukrainischen Verteidiger geraten in Bedrängnis.
- Die Staats- und Regierungschefs von 26 EU-Staaten einigen sich im Vorfeld des angekündigten Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf eine gemeinsame Linie zur Unterstützung der Ukraine. Ein „gerechter und dauerhafter Friede“ für die Ukraine müsse im Einklang mit dem Völkerrecht stehen. „Internationale Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verändert werden.“ Ungarn lehnt die Erklärung ab.
- US-Präsident Donald Trump und der russische Präsident Wladimir Putin kündigen ein Treffen am 15. August 2025 in Alaska an. Trump lässt das Ultimatum an Russland – Wirtschaftssanktionen falls es keine Vereinbarung über eine Beendigung des Krieges in der Ukraine gibt (vgl. 14.7.2025) – auslaufen. Für Verwirrung sorgen angebliche Pläne über Gebietsabtretungen der Ukraine. Dies lehnt die Ukraine strikt ab.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 673 Tag (8.8.2025)

Deutschland

- Das israelische Sicherheitskabinett beschliesst gegen den Rat der Militärs die Einnahme der Stadt Gaza.
- Zur Beendigung des Krieges werden fünf Prinzipien genannt: die Entwaffnung der Hamas, die Rückkehr aller lebenden und toten Geiseln, die Entmilitarisierung des gesamten Gazastreifens, die Einsetzung einer zivilen Verwaltung ohne Einfluss der radikal-islamischen Hamas und der Autonomiebehörde in Ramallah sowie eine dauerhafte israelische Sicherheitskontrolle.
- Deutschland stoppt wegen des verschärften israelischen Vorgehens im Gazastreifen die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Israel, die in dem Küstengebiet zum Einsatz kommen können.

Aserbaidshan/Armenien/USA/Nachitschewan

Vereinbarung Aserbaidshan/Armenien/USA: Der aserbaidshanische Staatschef Ilham Alijew, der armenische Regierungschef Nikol Paschinjan und US-Präsident Donald Trump unterzeichnen in Washington ein Abkommen über einen Transitzugang, der Aserbaidshan über armenisches Gebiet Zugang zu seiner Exklave Nachitschewan schaffen soll (**8.8.2025**).

Nachitschewan ist vom Kernland Aserbaidshans abgeschnitten und von Armenien, Iran und der Türkei umgeben. Die USA sollen für den Verkehrskorridor mit der Bezeichnung Trump Route for International Peace and Prosperity (TRIPP) exklusive Rechte erhalten. Das Projekt ist nach Ansicht der USA ein Baustein für einen Friedensvertrag zwischen Aserbaidshan und Armenien.

Haiti

Die Regierung von Haiti verhängt wegen Bandenkriminalität einen dreimonatigen Ausnahmezustand (**9.8.2025**).

USA

US-Präsident Donald Trump will die Polizei von Washington unter Bundeskontrolle stellen und die Nationalgarde in die Hauptstadt entsenden, um gegen die seiner Meinung nach „grassierende Gesetzlosigkeit“ vorzugehen (**11.8.2025**).

Schweiz/USA

Die Schweiz muss Mehrkosten für die Beschaffung von 36 US-amerikanischen F-35-Kampfflugzeugen in Kauf nehmen. Der Festpreis von von 6 Milliarden Franken, der nach Schweizer Auffassung vertraglich garantiert war, lässt sich nicht durchsetzen. Es entstehen Mehrkosten zwischen 650 Millionen und 1,3 Milliarden Franken (**13.8.2025**).

Serbien

Nach monatelangen friedlichen Protesten gegen das serbische Regime kommt es in mehreren Städten zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der regierenden Fortschrittspartei SNS. Der serbische Präsident Aleksandar Vučić (*Vucic*) bezeichnet die Demonstranten als „Schläger und Mörder“ (**14.8.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1269. Tag (15.8.2025)

USA/Russland

Das mit Spannung erwartete Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf einem Armeestützpunkt in Alaska endet ohne konkretes Ergebnis. Zentrales Thema war der Ukraine-Konflikt. „Es gibt keinen Deal, bis es einen Deal gibt“, erklärt Trump. Hoffnungen auf einen Waffenstillstand bleiben unerfüllt.

Die europäischen Verbündeten erklären nach dem Gipfel in einer gemeinsamen Stellungnahme, die Ukraine brauche „unumstößliche Sicherheitsgarantien, um ihre Souveränität und territoriale Integrität wirksam zu verteidigen“. Laut „Wall Street Journal“ hat Trump den europäischen Partnern nach dem Alaska-Gipfel signalisiert, offen für Sicherheitsgarantien an die Ukraine zu sein.

Pakistan/Indien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Pakistan und der indische Teil von Kaschmir werden von Sturzfluten und Erdbeben heimgesucht. Über 360 Menschen kommen dabei ums Leben. Am schwersten betroffen ist die pakistanische Provinz Khyber Pakhtunkhwa (15.8.2025).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1271. Tag (17.8.2025)

USA/Nato

US-Präsident Donald Trump schliesst einen Nato-Beitritt der Ukraine aus und hält eine Rückgabe der von Russland annektierten Halbinsel Krim für unrealistisch.

Bolivien

Nach fast zwei Jahrzehnten linker Vorherrschaft kommt es in Bolivien zu einem Rechtsrutsch. In der ersten Runde der Präsidentenwahl erhalten Senator Rodrigo Paz vom Partido Demócrata Cristiano und der ehemalige Präsident Jorge Quiroga von der rechtsgerichteten Partei Libertad y Democracia mit rund 32 bzw. 27 Prozent die meisten Stimmen und treten in einer Stichwahl gegeneinander an. Der Kandidat des bisher regierenden Movimiento al Socialismo (MAS-IPSP), Eduardo del Castillo, kommt nur auf 3,16 Prozent der Stimmen (17.8.2025). Im 130 Mitglieder zählenden Parlament (Cámara de diputados) ist die bisherige Regierungspartei Movimiento al Socialismo (MAS-IPSP) nur noch mit 2 (minus 73) Abgeordneten vertreten. Stärkste Kraft ist der Partido Demócrata Cristiano mit 49 vor Libertad y Democracia mit 39 und dem Bloque de Unidad mit 26 Sitzen.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1272. Tag (18.8.2025)

USA

US-Präsident Donald Trump strebt ein Zweitertreffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj an. Danach solle es ein Dreiertreffen geben, an dem auch er teilnehmen werde. Das erklärt Trump nach einem Treffen mit Selenskyj und einer erweiterten Gesprächsrunde mit führenden europäischen Spitzenpolitikern in Washington an. Vertreten sind der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der britische Premierminister Keir Starmer, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, der finnische Präsident Alexander Stubb sowie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Nato-Generalsekretär Mark Rutte. Diskutiert wird über Sicherheitsgarantien für die Ukraine, deren Ausgestaltung aber offen bleibt und über einen Waffenstillstand.

Spanien

Katastrophen/Waldbrände

Spanien erlebt die schwersten Waldbrände seit fast 20 Jahren. Am schwersten betroffen ist der Nordwesten des Landes mit Kastilien und León sowie Galicien. Die Regierung kündigt einen Pakt gegen den Klimanotstand an (20.8.2025).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Westjordanland

Die israelische Regierung genehmigt den Bau des umstrittenen Siedlungsprojekts E1 mit 3400 Wohneinheiten (20.8.2025). E1 liegt zwischen Ostjerusalem und der Siedlung Maale Adumim und zerschneidet das Westjordanland in einen Nord- und Südteil. Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich erklärt, das Projekt werde die Idee eines palästinensischen Staates begraben.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 686. Tag (21.8.2025)

Die israelische Armee leitet die «nächste Phase des Krieges» im Gazastreifen ein. Sie rückt in Aussenbereiche von Gaza-Stadt ein. Für die geplante Eroberung von Gaza-Stadt werden 60 000 Reservisten einberufen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 687. Tag (22.8.2025)

In einem Teil des Gazastreifens herrscht nach Ansicht der Experten der Integrated Food Security Phase Classification (IPC) eine Hungersnot. Die Lage habe sich auf Stufe fünf, die schlimmste, verschärft.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 691. Tag (26.8.2025)

In Tel Aviv fordern über 300 000 Menschen an einer Grosskundgebung ein Ende des Gazakrieges und die Freilassung der von der radikal-islamischen Hamas im Oktober 2023 entführten Geiseln.

USA/Indien

US-Präsident Donald Trump verhängt gegen Indien wegen Ölgeschäften mit Russland zusätzliche Zölle von 25 Prozent. Damit steigt die Zollbelastung für Indien auf 50 Prozent (27.8.2025).

Mauretanien/Migranten

Flüchtlinge/Migranten/Migration

Vor der Küste Mauretaniens sinkt ein Boot mit 150 Migranten. Dabei kommen 70 Menschen ums Leben (**27.8.2025**).

Iran

Im Streit über das iranische Atomprogramm haben die sogenannten 3E-Saaten Deutschland, Frankreich und Grossbritannien mit dem Snapback-Mechanismus einen Prozess in Gang gesetzt, der innerhalb von 30 Tagen zur Wiedereinführung aller UN-Sanktionen gegen Iran führen soll (**28.8.2025**).

USA

Die von US-Präsident Donald Trump gegen zahlreiche Staaten verhängten Zölle sind laut einem Berufungsgericht illegal. Es gebe dafür keine ausreichend gesetzliche Grundlage. Die Zölle bleiben vorerst bestehen (**29.8.2025**).

Pakistan

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die pakistanische Provinz Punjab wird von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Hunderte Dörfer werden überflutet. Von der Katastrophe sind rund zwei Millionen Menschen betroffen. Schätzungsweise 1000 kommen ums Leben (**31.8.2025**).

Afghanistan

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben erschüttert die afghanischen Provinzen Kunar und Nangarhar nahe der Grenze zu Pakistan. Über 2000 Menschen kommen ums Leben und Tausende werden verletzt (**31.8.2025**).

Sudan

Katastrophen/Unwetter/Erdrutsche

Nach intensiven Regenfällen verschüttet ein Erdrutsch ein Dorf in der sudanesischen Region Darfur. Nach Angaben der Rebellengruppe Sudan Liberation Movement/Army sind bei der Katastrophe im Westen des Landes vermutlich 1000 Menschen ums Leben (**31.8.2025**).

Shanghai Cooperation Organisation (SCO)

China/Russland/Indien

In der chinesischen Stadt Tianjin findet ein Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) statt (**31.8./1.9.2025**).

- Der chinesische Präsident Xi Jinping und der russische Staatschef Wladimir Putin fordern eine neue Weltordnung abseits der aus ihrer Sicht vorherrschenden Führung der USA. Xi Jinping schlägt zur Förderung des Multilateralismus eine globale Regierungsführung – Global Governance Initiative (GGI) – sowie die Schaffung einer Bank der Shanghai Cooperation Organisation vor.
- China und Russland bauen ihre Zusammenarbeit aus: Xi Jinping und Putin unterzeichnen mehr als 20 Kooperationsabkommen.
- Zu einer Annäherung kommt es zwischen China und Indien. China und Indien seien Partner, keine Rivalen, sagt Xi Jinping bei einem Treffen mit dem indischen Premierminister Narendra Modi. Es handelt sich um den ersten China-Besuch des indischen Premierministers seit sieben Jahren.
- Zu den Mitgliedsstaaten der 2001 gegründeten Shanghai Cooperation Organisation gehören China, Russland, Indien, Iran, Pakistan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan und Belarus.

USA/Venezuela/Drogen

Die US-Navy zerstört in der südlichen Karibik ein aus Venezuela kommendes Schiff, das nach Aussagen der USA Drogen transportierte. Dabei kommen elf Menschen ums Leben (**2.9.2025**).

China/Russland/Nordkorea

Mit einer grossen Militärparade und Machtdemonstration feiert die Volksrepublik China in Peking den 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Asien und der Kapitulation Japans (**3.9.2025**).

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping warnte in einer Rede: „Die Menschheit steht heute erneut vor der Wahl zwischen Frieden oder Krieg, Dialog oder Konfrontation.“ Das chinesische Volk stehe auf der „richtigen Seite der Geschichte, auf der Seite der Zivilisation und des Fortschritts“. Unter den Ehrengästen befinden sich der russische Präsident Wladimir Putin und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un.

Portugal

Katastrophen

In der portugiesischen Hauptstadt Lissabon entgleist eine Standseilbahn. Der vollbesetzte Elevador da Glória entgleist auf der Talfahrt und prallt in ein Gebäude. Die Katastrophe fordert 16 Tote (**3.9.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Modedesigner Giorgio Armani stirbt im Alter von 91 Jahren (**4.9.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1289. Tag (4.9.2025)

„Koalition der Willigen“

Nach Aussagen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron sind 26 Staaten im Falle eines Waffenstillstands oder Friedens bereit, Truppen in die Ukraine zu entsenden. Macron teilt dies im Anschluss an ein Treffen der sogenannten „Koalition der Willigen“ in Paris mit. Der russische Präsident Wladimir Putin warnt vor der Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine. Dies wäre nicht förderlich für einen langfristigen Frieden. Während Kampfhandlungen in der Ukraine wären westliche Truppen ein legitimes militärisches Ziel.

Grossbritannien

Die britische stellvertretende Premierministerin Angela Rayner tritt vor dem Hintergrund einer Steueraffäre zurück (5.9.2025). Ihr Nachfolger wird der bisherige Aussenminister David Lammy.

USA

US-Präsident Donald Trump will das Verteidigungsministerium in Kriegsministerium umbenennen (5.9.2025).

Thailand

Thailand hat einen neuen Regierungschef: Anutin Charnvirakul, Vorsitzender der konservativ-populistischen Bhumjaithai-Partei (BJT), wird Nachfolger der abgesetzten Regierungschefin Paetongtarn Shinawatra (5.9.2025).

EU/Google

Die EU-Kommission verhängt gegen den US-Konzern Google eine Geldstrafe in Höhe von 2,95 Milliarden Euro. Google werden Verstösse gegen Wettbewerbsregeln im Werbegeschäft vorgeworfen (5.9.2025)

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1291 und 1292. Tag (6.9 und 7.9.2025)

Die Ukraine meldet die schwersten russischen Drohnenangriffe seit Kriegsbeginn. 805 Drohnen werden eingesetzt, dazu noch Marschflugkörper und Raketen. In der Hauptstadt Kyjiw wird erstmals ein Regierungsgebäude beschädigt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Dirigent Christoph von Dohnány (Dohnany) stirbt im Alter von 95 Jahren (6.9.2025).

Japan

Nach knapp einem Jahr kündigt der japanische Ministerpräsident Ishiba Shigeru seinen Rücktritt an (7.9.2025).

Vatikan/römisch-katholische Kirche

Zwei Heiligsprechungen: Der mit 15 Jahren an Leukämie verstorbene Italiener Carlos Acutis wird als erster Vertreter der Millennials heiliggesprochen. Wegen seiner Vorliebe für das Internet wird er als „Influencer Gottes“ bezeichnet (7.9.2025). Auch der 1925 verstorbene Italiener Pier Giorgio Frassati, der sich für Arme und Ausgegrenzte einsetzte, wird heiliggesprochen.

Frankreich

Die französische Nationalversammlung entzieht Premierminister François Bayrou nach weniger als neun Monaten das Vertrauen. 364 Abgeordnete stimmen gegen und nur 194 für ihm. Der zentristische Politiker war mit seinen Sparplänen angesichts einer Schuldenlast von 3,4 Billionen Euro auf heftigen Widerstand gestossen (8.9.2025). Nach dem Rücktritt von Bayrou ernennt der französische Präsident Emmanuel Macron den bisherigen Verteidigungsminister Sébastien Lecornu zum neuen Premierminister (9.9.2025).

Norwegen

In Norwegen gehen die Sozialdemokraten von Regierungschef Jonas Gahr Støre (Støre) mit einem Stimmenanteil von 28 Prozent und 53 Mandaten (plus 5) als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (8.9.2025). Zweitstärkste Kraft ist die rechtspopulistische Fortschrittspartei von Sylvi Listhaug. Die Fortschrittspartei verdoppelt ihren Stimmenanteil auf 23,9 Prozent und erhält 48 (plus 27) Mandate. 24 Abgeordnete (minus 12) entsendet die konservative Høyre. Der Anteil der Sitze der Zentrumsparterie schrumpft auf 9 (minus 19). Der links-grüne Block hat mit 87 von 169 Mandaten knapp die Mehrheit.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Bei einem Anschlag an einer Bushaltestelle in Jerusalem kommen sechs Menschen ums Leben. Zum Attentat bekennt sich die radikal-islamische Hamas (8.9.2025).

Kongo-Kinshasa

Bei einem Angriff der islamistischen Miliz Allied Democratic Forces (ADF) im Osten von Kongo-Kinshasa kommen nach Angaben der Polizei mehr als 70 Menschen ums Leben (8.9.2025).

Nepal

In Nepal tritt Ministerpräsident Khadga Prasad Sharma Oli nach massiven Protesten der Generation Z gegen die von der Regierung verfügte Blockade von 26 Social-Media-Apps zurück (9.9.2025). In der Hauptstadt Kathmandu stürmen Demonstranten das Regierungsgebäude und setzen es in Brand. Bei Zusammenstößen mit der Polizei

werden über 70 Menschen erschossen. Die Armee verhängt eine Ausgangssperre. Die Sperre der Social-Media-Apps wird aufgehoben. Die frühere Verfassungsrichterin Sushila Karki übernimmt interimistisch die Führung der Regierung.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 705. Tag (9.9.2025)

Katar

Die israelische Luftwaffe greift in Doha (Katar) Angehörige der radikal-islamischen Hamas an. Der Angriff fordert sechs Tote. Unter ihnen befindet sich kein Führungsmitglied. Laut Hamas erfolgte der israelische Angriff, als ihre Verhandlungsdelegation über einen Vorschlag der USA für eine Waffenruhe im Gazastreifen und die Freilassung der verbliebenen israelischen Geiseln beraten wollte.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 705. Tag (9.9.2025)

Die israelische Armee fordert die Bevölkerung von Gaza-Stadt auf, das Gebiet zu verlassen und sich in eine „humanitäre Zone“ bei al-Mawasi zu begeben. In Gaza-Stadt leben laut Schätzungen etwa 900 000 Menschen..

Äthiopien/Ägypten/Sudan

Am Blauen Nil in Äthiopien wird der grösste Staudamm Afrikas, der Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD), eingeweiht (9.9.2025). Ägypten und der Sudan befürchten, dass der Staudamm lebenswichtiges Wasser zurückhält.

Polen/Russland/Nato

Russland provoziert Polen: 19 russische Drohnen dringen in den polnischen Luftraum ein. Einige Drohnen werden von Kampfflugzeugen abgeschossen. Verletzt wird niemand. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk spricht von einem „Akt der Aggression“. Polen beantragt Konsultationen der Nato (10.9.2025). Nach Ansicht von Experten wollte Russland testen, wie die Nato auf den Drohneneinsatz reagiert.

Frankreich

Unter dem Motto „Bloquons tout“ findet in Frankreich ein landesweiter Protesttag gegen die von der Regierung angekündigten Sparpläne statt. An den Kundgebungen nehmen nach Schätzungen etwa 200 000 Menschen teil (10.9.2025). Wenige Tage darauf (18.9.2025) protestieren landesweit erneut Hunderttausende Menschen mit Streiks, Blockaden und Protestzügen gegen mögliche Sparmassnahmen.

USA

Auf einem Gelände der Utah Valley University in Orem wird der konservative Influencer Charlie Kirk, ein enger Vertrauter von US-Präsident Donald Trump, erschossen (10.9.2025). Der 31-jährige Kirk war Gründer der Jugendorganisation „Turning Point USA“.

- Ein 22-jähriger Tatverdächtiger wird nach seiner Verhaftung des Mordes angeklagt.
- Die Ermordung von Charlie Kirk löst heftige Debatten über Gewalt und Meinungsfreiheit aus.
- US-Präsident Donald Trump macht für die politische Gewalt „radikale Linke“ verantwortlich. Er ordnet Trauerbeflaggung an.
- Kritische Medien geraten unter Druck. Die vom Satiriker Jimmy Kimmel moderierte Late-Night Show wird wegen Aussagen zum Attentat vorübergehend abgesetzt.
- Justizministerin Pam Bondi kündigt an, die Regierung werde gegen „hate speech“ vorgehen.

Brasilien

Der ehemalige brasilianische Staatspräsident Jair Bolsonaro wird vom obersten Gericht des Landes wegen eines Putschversuchs zu 27 Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt (12.9.2025). Laut dem Urteil hat Bolsonaro eine „kriminelle Organisation“ angeführt, um seine Niederlage bei der Präsidentschaftswahl 2022 mithilfe eines Putsches zu kippen.

Grossbritannien

Über 100 000 Menschen nehmen in London an einer Kundgebung gegen Migration teil. Zu der Protestaktion hatte der Rechtsradikale Tommy Robinson aufgerufen (13.9.2025).

Deutschland

Die Christlichdemokraten (CDU) gehen mit einem Stimmenanteil von 33,3 Prozent erneut als stärkste Kraft aus den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen hervor. Auf Platz zwei folgt die SPD mit 22,1 Prozent. Die in Teilen als rechtsextrem eingestufte Alternative für Deutschland (AfD) ist drittstärkste Kraft. Sie kann ihr Ergebnis verdreifachen: auf 14,5 Prozent (14.9.2025).

USA

US-Präsident Donald Trump kündigt eine Klage die „New York Times“ wegen angeblicher Verleumdung an und fordert eine Entschädigung von 15 Milliarden Dollar (15.9.2025). Die „New York Times“ sei zu einem „Sprachrohr der radikalen linken Demokratischen Partei“ geworden, behauptet Trump. Ein Bundesrichter stoppt die Klage vorerst.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 712. Tag (16.9.2025)

- Israel startet eine Bodenoffensive gegen die radikal-islamische Hamas in Gaza-Stadt. Israels Verteidigungsminister Israel Katz erklärt, die Armee gehe „mit eiserner Faust“ gegen die „terroristische Infrastruktur“ vor. Zehntausende Menschen verlassen die Stadt: Laut israelischen Angaben sind es bis Ende September 700 000.
- Israel begeht nach Auffassung der unabhängigen Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats im Gazastreifen Völkermord. Vier der fünf in der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes erwähnten Tatbestände seien erfüllt, erklärt das aus drei Mitgliedern bestehende Gremium.

Schweiz/Efta/Mercosur

Die Schweiz unterzeichnet gemeinsam mit Vertretern der Efta-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen in Rio de Janeiro ein Freihandelsabkommen mit den Mitgliedstaaten des Mercado Común del Sur (Mercosur). Zum Mercosur gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Für die Schweiz unterzeichnet Bundesrat Guy Parmelin das Abkommen (16.9.2025).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Robert Redford stirbt im Alter von 89 Jahren (16.9.2025).

Samoa

Samoa erhält einen neuen Premierminister (16.9.2025). La'auli Leuatea Schmidt, Vorsitzender der FAST-Partei und Gewinner der Parlamentswahl, wird Nachfolger von Fiamē Naomi Mata'afa. Sie war die erste Premierministerin von Samoa und wurde als „eiserne Lady des Pazifiks“ bezeichnet.

USA/Grossbritannien

Anlässlich eines Staatsbesuchs in Grossbritannien unterzeichnen US-Präsident Donald Trump und der britische Premierminister Keir Starmer ein milliardenschweres Abkommen zur Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Atomenergie (18.9.2025).

Russland/Estland/Polen

Estland meldet die vierte russische Luftraumverletzung in diesem Jahr. Russische Kampfflugzeuge dringen zwölf Minuten lang in den Luftraum Estlands ein. Moskau dementiert. Estland beantragt Beratungen der Nato-Verbündeten.

Laut polnischen Angaben haben sich zwei russische Kampffjets im Tiefflug einer polnischen Bohrinsel in der Ostsee genähert (19.9.2025).

Palästina

Grossbritannien/Australien/Kanada/Portugal

Grossbritannien, Australien, Kanada und Portugal erkennen Palästinas als Staat an (21.9.2025).

Palästina

Frankreich/Belgien

Auch Frankreich und Belgien anerkennen Palästina als Staat. Der französische Präsident Emmanuel Macron bezeichnet an einer Konferenz in New York zum Thema Zweistaatenlösung die Anerkennung als Weg zum Frieden (22.9.2025).

Dänemark/Norwegen

Nach der Sichtung von Drohnen wird der Betrieb der Flughäfen von Kopenhagen und Oslo vorübergehend eingestellt. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen spricht vom bislang schwersten Angriff auf die kritische Infrastruktur des Landes (22.9.2025). Kurz darauf werden auch über Aalborg und andere kleinere Flughäfen Drohnen gesichtet. Die Regierung bezeichnet die Vorfälle als „systematische Bedrohung“.

USA

US-Präsident Donald Trump erklärt die Antifaschistische Bewegung Antifa zur Terrororganisation (22.9.2025).

USA/UNO

US-Präsident Donald Trump übt in einer Rede vor der UNO-Vollversammlung heftige Kritik an der UNO. Sie habe als Friedensstifterin versagt und globale Migration gefördert. Trump behauptet, er habe sieben Kriege beendet. Den Klimawandel bezeichnet er als Lüge (23.9.2025).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1308. Tag (23.9.2025)

USA

US-Präsident Donald Trump sorgt für Aufsehen mit Äusserungen zum Ukrainekrieg und zu den russischen Luftraumverletzungen an der Ostflanke der Nato. „Ich denke, dass die Ukraine mit der Unterstützung der Europäischen Union in der Lage ist, zu kämpfen und die gesamte Ukraine in ihrer ursprünglichen Form zurückzugewinnen“, erklärt Trump auf seiner Online-Plattform Truth Social. Ausserdem befürwortet er den Abschuss russischer Flugzeuge, wenn diese unrechtmässig in den Luftraum von Nato-Staaten eindringen sollten.

Nato/Russland

Die Nato warnt Russland unter Androhung von Gewalt vor weiteren Luftraumverletzungen. Das Verteidigungsbündnis werde alle notwendigen militärischen und nichtmilitärischen Mittel einsetzen, um sich zu verteidigen. Russlands Verhalten wird als „verantwortungslos“ bezeichnet (**23.9.2025**).

Iran

Iran wird sich nach Aussagen von Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei dem internationalen Druck zur Aufgabe seines Atomprogramms nicht beugen. „Wir haben nicht nachgegeben und werden auch nicht nachgeben, sagt Khamenei in einer Fernsehansprache (**23.09.2025**)

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die italienische Schaspielerin Claudia Cardinale stirbt im Alter von 87 Jahren (**23.9.2025**).

Frankreich

Im Prozess um mutmassliche Wahlkampffinanzierung aus Libyen wird der ehemalige französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy wegen Beteiligung an einer „kriminellen Vereinigung zu einer unbedingten fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt (**25.9.2025**). Damit wird erstmals ein ehemaliger französischer Staatschef zu einer unbedingten Gefängnisstrafe verurteilt. Sarkozy soll zwischen 2005 und 2007 als damaliger Innenminister gebilligt haben, dass sich für seinen Präsidentschaftswahlkampf enge Vertraute um finanzielle Unterstützung von Libyens Machthaber von Muammar al-Ghadhafi bemühten.

USA

US-Präsident Donald Trump verhängt Strafzölle von 100 Prozent auf Medikamente (**25.9.2025**). Bislang galten für Arzneimittel keinerlei Einfuhrzölle.

USA

In den USA erhebt eine Grand Jury Anklage gegen den ehemaligen FBI-Chef James Comey. Ihm werden Falschaussage und die Behinderung einer Untersuchung des Kongresses vorgeworfen (**25.9.2025**).

USA

US-Präsident Donald Trump ordnet den Einsatz von Militär in Portland (Oregon) an. Er behauptet, „Antifa und inländische Terroristen“ hätten die Stdt verwüstet (**27.9.2025**).

Iran

Alle eingefrorenen UNO-Sanktionen gegen Iran treten nach gescheiterten Verhandlungen wieder in Kraft. Iran wird vorgeworfen, grundlegend gegen die Bestimmungen des Atomabkommens aus dem Jahr 2015 zu verstossen (**28.9.2025**).

Moldau

Die Republik Moldau bleibt auf Europa-Kurs: Die Partei der Aktion und Solidarität bleibt stärkste Kraft im Parlament. Sie gewinnt mit einem Stimmenanteil von knapp 50 Prozent 55 (minus 8) der 101 Mandate. Der prorussische Block Patriotischer Sozialisten erhält mit rund 24 Prozent der Stimmen 26 (minus 6) Sitze. Die Regierung beklagt sich über Versuche russischer Einflussnahme (**28.9.2025**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die Abschaffung des Eigenmietwerts mit 57,7 Prozent Ja-Stimmen. Nur sehr knapp – mit 50,4 Prozent Ja-Stimmen – wird die Einführung einer E-ID (elektronischer Identitätsnachweis) angenommen (**28.9.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 725. Tag (29.9.2025)

USA

Gazastreifen

Israel/Hamas/Katar

US-Präsident Donald Trump legt einen 20-Punkte-Plan zur Beilegung des Gazakonflikts vor: Dies in Anwesenheit des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu. Der Plan wird von Netanyahu gutgeheissen. Die radikal-islamische Hamas prüft den Vorschlag.

Zu den wichtigsten Punkten gehören:

- Der Gazastreifen soll zu einer „deradikalisierten, terrorfreien Zone“ werden.
- Gaza wird zum Wohle der Bevölkerung neu aufgebaut.
- Wenn beide Seiten zustimmen, wird der Krieg sofort beendet. Die israelische Armee zieht sich auf eine vereinbarte Linie zurück.
- Innert 72 Stunden, nachdem Israel die Vereinbarung öffentlich akzeptiert hat, werden alle Geiseln, lebende und verstorbene, zurückgebracht.
- Israel lässt 250 lebenslänglich verurteilte Gefangene sowie weitere 1700 Inhaftierte frei.
- Den Hamas-Mitgliedern, die sich friedlicher Koexistenz und zur Waffenabgabe verpflichten, wird Amnestie gewährt.

- Nach Annahme des Abkommens wird sofort umfassende Hilfe in den Gazastreifen geschickt, um Infrastruktur, Krankenhäuser und Strassen wiederaufzubauen.
- Gaza wird unter der vorübergehenden Übergangsregierung eines technokratischen, unpolitischen palästinensischen Komitees stehen, das für die tägliche Verwaltung der öffentlichen Dienste für die Bevölkerung in Gaza verantwortlich ist. Das Komitee wird von einem „Board of Peace“ unter dem Vorsitz von US-Präsident Donald Trump überwacht. Dieses Gremium wird den Rahmen festlegen und die Finanzierung für den Wiederaufbau des Gazastreifens übernehmen bis die Palästinensische Autonomiebehörde ihr Reformprogramm abgeschlossen hat und die Kontrolle über den Gazastreifen sicher und effektiv zurückgewinnen kann.
- Niemand wird gezwungen, den Gazastreifen zu verlassen, und diejenigen, die den Gazastreifen verlassen möchten, können dies tun und auch wieder zurückkehren.
- Die Hamas und andere Fraktionen erklären sich damit einverstanden, keine Rolle in der Regierungsführung des Gazastreifens zu übernehmen. Alle militärischen, terroristischen und offensiven Infrastrukturen werden zerstört. Es wird einen Prozess der Entmilitarisierung des Gazastreifens unter der Aufsicht unabhängiger Beobachter geben.
- Die USA werden mit arabischen und internationalen Partnern zusammenarbeiten, um eine vorübergehende internationale Stabilisierungstruppe (ISF) aufzubauen. Die ISF wird geprüfte palästinensische Polizeikräfte in Gaza einsetzen.
- Israel wird den Gazastreifen nicht besetzen oder annektieren.

Während des Treffens zwischen Donald Trump und Benjamin Netanyahu in Washington entschuldigt sich der israelische Ministerpräsident beim Regierungschef von Katar für die Bombardierung vom 9. September (vgl. 9.9.2025).

USA

US-Präsident Donald Trump erklärt bei einer Zusammenkunft der höchsten Offiziere des Landes, das Militär müsse den „Feind im Innern“ bekämpfen“. Ausserdem: „Wir sollten einige dieser gefährlichen Städte als Übungsplatz für unser Militär benutzen.“ Und sein Verteidigungsminister Pete Hegseth, der sich inzwischen Kriegsminister nennt, fordert eine Abkehr von woken Vorstellungen hin zu „höchsten männlichen Standards“(30.9.2025).

Kongo-Kinshasa

Der frühere kongolesische Staatspräsident Joseph Kabila wird in Abwesenheit von einem Militärgericht in Kinshasa wegen Hochverrats und Kriegsverbrechen. zum Tode verurteilt (30.9.2025). Kabila regierte das Land zwischen 2001 und 2019. Er befindet sich im Exil.

USA

Erstmals seit mehr als sechs Jahren befinden sich die USA im „Shutdown“, da sich Republikaner und Demokraten nicht auf einen Übergangshaushalt einigen können. Regierungsgeschäfte sind teilweise blockiert (1.10.2025).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 728. Tag (2.10.2025)

Israel

Die israelische Marine stoppt die Global Sumud Flotilla, eine internationale Aktion von Propalästinensern, die mit rund 40 Schiffen und Booten Hilfsgüter in den Gazastreifen bringen wollen. Die etwa 470 Aktivistinnen und Aktivisten, unter ihnen Greta Thunberg, werden festgenommen und abgeschoben.

Grossbritannien

Anglikanische Kirche

Erstmals übernimmt eine Frau – Sarah Mulley – das höchste geistliche Amt der anglikanischen Kirche und wird Erzbischöfin von Canterbury (3.10.2025).

Luxemburg

Luxemburg hat ein neues Staatsoberhaupt: Grossherzog Henri dankt nach 25 Jahren ab und übergibt sein Amt an seinen ältesten Sohn Guillaume (3.10.2025).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 729. Tag (3.10.2025)

USA/Israel/Hamas

Ja, aber: Die radikal-islamische Hamas akzeptiert Teile des 20-Punkte-Plans von US-Präsident Donald Trump zur Beilegung des GazaKonflikts, verlangt jedoch Änderungen. Die Hamas erklärt sich bereit, alle lebenden und verstorbenen Geiseln freizulassen. Voraussetzung sei die im Trump-Plan vorgesehene Entlassung palästinensischer Häftlinge.

In einer ersten Stellungnahme erklärt US-Präsident Donald Trump, er glaube, dass die Hamas zu einem dauerhaften Frieden bereit sei und fordert Israel auf, die Angriffe im Gazastreifen einzustellen.

Tschechien

Rückkehr an die Macht: Bei der Parlamentswahl in Tschechien (3. und 4.10.2025) erreicht die populistische Bewegung ANO des Unternehmers und früheren Ministerpräsidenten Andrej Babiš (*Babis*) mit 34,5 Prozent den höchsten Stimmenanteil und gewinnt 80 (plus 8) der 200 Sitze.

Das bürgerliche Wahlbündnis Spolu des bisherigen Ministerpräsidenten Petr Fiala muss sich mit 23,4 Prozent Stimmenanteil und 52 Mandaten (minus 19) begnügen. Dem Wahlbündnis Spolu gehören die Demokratische Bürgerpartei (ODS), die Mitte-rechts-Partei TOP sowie die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) an. Drittstärkste Kraft ist trotz Sitzverlusten die liberal-konservative Bewegung Bürgermeister und Unabhängige (Stan) mit 22 (minus 11) Sitzen.

Zu den Wahlsiegern gehört neben der ANO die liberale Piratenpartei mit 18 (plus 14) Mandaten. Auf Anhieb gewinnt die populistische Autofahrerpartei 13 Sitze. Die rechtsradikale Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) entsendet 15 (minus 5) Abgeordnete. Das linksnationalistische Bündnis Stačilo scheitert an der Fünfprozenthürde.

Syrien

Zum ersten Mal seit dem Sturz des Assad-Regimes wird in Syrien eine Volksversammlung gewählt (**5.10.2025**). Es handelt sich um indirekte Wahlen. Die 210 Abgeordneten werden von Wahlgremien und nicht von der Bevölkerung bestimmt. Ein Drittel der Volksvertreter ernennt Machthaber Ahmed al-Sharaa. In der drusisch dominierten Provinz Suwaida und in den kurdischen Regionen Hasaka und Rakka wird wegen Sicherheitsbedenken nicht gewählt.

Frankreich

Regierungskrise in Frankreich: Nach nur 27 Tagen im Amt und nur wenige Stunden nach der Vorstellung einer neuen Regierung tritt der französische Premierminister Sébastien Lecornu zurück (**6.10.2025**). Er war der dritte Premierminister in diesem Jahr. Staatspräsident Emmanuel Macron beauftragt Lecornu, nochmals (bis zum 8. Oktober) nach einem Kompromiss zu suchen.

Goldpreis

Der Goldpreis durchbricht erstmals die Schwelle von 4000 Dollar pro Feinunze (**7.10.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 735. Tag (9.10.2025)

USA/Israel/Hamas

Ägypten/Katar/Türkei

Israel und die radikal-islamische Hamas einigen sich bei indirekten Verhandlungen in Sharm el-Sheikh (Ägypten) auf den Austausch von Gefangenen und Geiseln sowie auf eine Waffenruhe und damit auf den ersten Teil des Friedensplans von US-Präsident Donald Trump. Als Vermittler waren die USA, Ägypten, Katar und die Türkei tätig. Die Waffenruhe tritt am Tag darauf, am 10. Oktober, um 12 Uhr Ortszeit, in Kraft. Die israelischen Truppen im Gazastreifen beginnen danach mit dem Teiltrückzug auf eine vereinbarte Linie.

China/USA/seltene Erden

China verschärft die Exportkontrollen für seltene Erden (**9.10.2025**). US-Präsident Donald Trump kündigt darauf zusätzliche Zölle gegen China in Höhe von 100 Prozent und Einschränkungen beim Export kritischer Software nach China an.

Deutschland

In Deutschland soll das Bürgergeld durch eine Grundsicherung mit strengeren Regeln ersetzt werden (**9.10.2025**).

Literaturnobelpreis

Ungarn

Der ungarische Schriftsteller László Krasznahorkai wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**9.10.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg – 736. Tag (10.10.2025)

Israel/Hamas

Die zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas vereinbarte Waffenruhe tritt um 12 Uhr Ortszeit in Kraft (**10.10.2025**). Die israelische Armee zieht sich auf vereinbarte Linien zurück. Zehntausende Palästinenser kehren entlang der Küste von Süden in Richtung Norden in ihre ehemaligen zerstörten Wohngebiete zurück. Während des zweijährigen Gazakrieges kamen nach Angaben palästinensischer Behörden rund 66 000 Menschen ums Leben, unter ihnen 20 000 Kinder. Laut UNO-Angaben wurden 78 Prozent der Gebäude zerstört oder beschädigt.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron beauftragt erneut Sébastien Lecornu mit der Regierungsbildung (**10.10.2025**). Lecornu rechtfertigt seine Zusage mit „Pflichtgefühl“. Linke und rechte Parteien kündigen Misstrauensanträge an.

Friedensnobelpreis

Venezuela/USA

Die venezolanische Oppositionsführerin María Corina Machado wird „für ihren unermüdlichen Einsatz für demokratische Rechte und für ihren Kampf für einen gerechten und friedlichen Übergang von Diktatur zur Demokratie“ mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Zu den Nominierten für den Friedensnobelpreis gehörte auch US-Präsident Donald Trump (**10.10.2025**).

Peru

Die peruanische Staatspräsidentin Dina Boluarte wird vom Parlament abgesetzt. Sie sei „dauerhaft moralisch ungeeignet“, heisst es zur Begründung. Ihre Regierung bekomme die steigende Kriminalität nicht in den Griff. Nachfolger wird José Jerí (Jeri) von der konservativen Partei Somos Peru (**10.10.2025**).

Japan

In Japan löst Komeito, der Koalitionspartner der regierenden Liberaldemokratischen Partei, die Zusammenarbeit nach 26 Jahren auf (**11.10.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Schauspielerinnen Diane Keaton stirbt im Alter von 79 Jahren (**11.10.2025**).

Schweiz

Bei einer unbewilligten propalästinensischen Kundgebung in Bern kommt es zu schweren Ausschreitungen. Laut Angaben der Behörden werden 18 Polizisten verletzt. Es entsteht Millionenschaden (**11.10.2025**).

Kamerun

Kameruns Staatspräsident Paul Biya, seit 43 Jahren an der Macht, wird laut offiziellen Angaben mit einem Stimmenanteil von 53,66 Prozent wiedergewählt (**12.10.2025**).

Pakistan/Afghanistan

Pakistan und Afghanistan liefern sich Kämpfe im Grenzgebiet. Pakistan meldet 200 getötete afghanische Taliban, Afghanistan über 50 pakistanische Gefallene (**12.10.2025**). Pakistan wirft Afghanistan vor, die pakistanischen Taliban der Untergrundorganisation Gruppe Tehreek-e Taliban (TTP) zu unterstützen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Israel/USA/

Ägypten/Türkei/Katar

Die letzten 20 Geiseln, die vor 738 Tagen, am 7. Oktober 2023, beim Terrorüberfall der radikal-islamischen Hamas auf israelisches Gebiet entführt worden waren, sind frei (**13.10.2025**). Damals kamen bei Massakern über 1200 Menschen ums Leben und 255 wurden in den Gazastreifen verschleppt.

- Die Freilassung erfolgt auf der Grundlage des am 29. September unterbreiteten Friedensplans von US-Präsident Donald Trump.
- Gleichzeitig lässt Israel knapp 2000 palästinensische Häftlinge frei, unter ihnen 250 zu lebenslänglicher Haft verurteilte Gefangene.
- Die vereinbarte Übergabe von 28 Leichen verstorbene Geiseln verzögert sich.
 - US-Präsident Donald Trump wird in Israel begeistert empfangen. In einer Rede vor dem Parlament spricht er von einer neuen Ära des Friedens im Nahen Osten. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu spricht von einem „bewegenden Tag, der in die Geschichte unseres Volkes eingehen wird“.
- Nach der Knesset-Rede fliegt US-Präsident Donald Trump zu einem Gipfeltreffen nach Sharm el- Sheikh in Ägypten. Dort unterzeichnen er und die ranghöchsten Repräsentanten der Vermittlerstaaten – der ägyptische Staatschef Abdel Fattah al-Sisi, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan) und der Emir von Katar, Tanim bin Hamad A-Thani – im Beisein von über 20 Staats- und Regierungschefs eine gemeinsame Erklärung „für dauerhaften Frieden und Wohlstand“. Trump erklärt: Der Krieg in Gaza ist vorbei“.

Frankreich

Der französische Premierminister Sébastien Lecornu setzt überraschend die Rentenreform von 2023 bis zur Präsidentschaftswahl 2027 aus (**14.10.2025**).

Madagaskar

In Madagaskar reisst die Armee die Macht an sich, nachdem das Parlament die Amtsenthebung von Staatspräsident Amdry Rajoelina beschlossen hat (**14.10.2025**). Madagaskar erlebt seit Wochen Proteste vor allem von Jugendlichen (Generation Z). Sie werfen der Regierung Korruption, mangelnde Grundversorgung, steigende Arbeitslosigkeit und Armut vor. Rajoelina hat sich ins Ausland abgesetzt. Oberst Michael Randrianirina wird Übergangspräsident.

USA/Venezuela

US-Präsident Donald Trump genehmigt verdeckte Einsätze des Geheimdienstes CIA in Venezuela (**15.10.2025**).

Österreich

Der österreichische Investor René Benko, Gründer der insolventen Signa-Holding, wird vom Landgericht Innsbruck zu zwei Jahren Haft verurteilt (**15.10.2025**).

USA

Gegen John Bolton, ehemaliger Sicherheitsberater unter US-Präsident Donald Trump, wird Anklage erhoben. Bolton, inzwischen ein Trump-Kritiker, wird die Weitergabe sensibler Informationen vorgeworfen (**16.10.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1332. Tag (17.10.2025)

USA

US-Präsident Donald Trump trifft sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weissen Haus. Vergeblich hofft Selenskyi auf eine Zusage von Trump für die Lieferung von Tomhawk-Marschflugkörpern (17.10.2025).

USA

In den USA beteiligen sich landesweit Millionen Menschen an Demonstrationen gegen die Politik von US-Präsident Donald Trump. Die Kundgebungen stehen unter dem Motto «No King» (18.10.2025).

Bolivien

In Bolivien endet nach 20 Jahren die sozialistische Ära. Senator Rodrigo Paz Pereira vom Partido Demócrata Cristiano gewinnt die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 54,96 Prozent. Sein Gegenkandidat, der frühere Präsident Jorge Quiroga, von der rechtsgerichteten Partei Libertad y Democracia kommt auf 45,04 Prozent (19.10.2025).

Zypern/„Türkische Republik Nordzypern“

Wechsel im Präsidentenamt der „Türkischen Republik Nordzypern“. Der Oppositionskandidat Tufun Erhürman von der sozialdemokratischen Republikanischen Partei CTP geht mit 62,8 Prozent der Stimmen überraschend als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Ersin Tatar, der bisherige Präsident, der dem türkischen Machthaber Recep Tayyip Erdoğan (Erdoğan) nahesteht, muss sich mit 35,5 Prozent begnügen. Erhürman steht für eine föderale Lösung des Zypern-Konflikts und will die Gespräche mit der griechisch-zyprischen Seite wieder aufnehmen. Die „Türkische Republik Nordzypern“ wird nur von der Türkei als Staat anerkannt(19.10.2025).

Frankreich

Einbrecher stehlen aus dem Louvre-Museum in Paris wertvolle Schmuckstücke aus Vitrinen der Napoleon-Sammlung (19.10.2025). Die acht mit Edelsteinen und Diamanten verzierten Schmuckstücke der französischen Monarchie haben einen geschätzten Wert von 88 Millionen Euro.

Frankreich

Mit Nicolas Sarkozy muss erstmals ein ehemaliger französischer Staatspräsident eine Gefängnisstrafe antreten (21.10.2025). Sarkozy war in der Affäre um illegale Wahlkampffinanzierung aus Libyen zu fünf Jahren Haft verurteilt worden (vgl. 25.9.2025). Nach 20 Tagen (10.11.2025) wird Sarkozy unter Auflagen vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen.

Japan

Japan erhält erstmals eine Regierungschefin (21.10.2025). Takaichi Sanae, die neue Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei, wird Nachfolgerin des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Ishiba Shigeru. Ihr Koalitionspartner ist die Erneuerungspartei (Nippon Ishin no Kai). Takaichi gilt als nationalistische Hardlinerin.

USA/Russland

Das US-Finanzministerium verhängt Sanktionen gegen die beiden grössten russischen Erdölkonzerne Rosnet und Lukoil. Die Massnahmen seien „die Folge des mangelnden, ernsthaften Engagements Russlands“ für einen Friedensprozess in der Ukraine, heisst es in einer Stellungnahme von Finanzminister Scott Bessent (22.10.2025).

EU/Russland

Die Europäische Union beschliesst ein 19. Sanktionspaket gegen Russland. Vorgesehen ist ein zweistufiges Einfuhrverbot für russisches Flüssiggas (23.10.2025).

USA/Drogen/Lateinamerika/Karibik

Die USA verschärfen den Kampf gegen den Drogenhandel aus Lateinamerika und entsenden den Flugzeugträger „Gerald R. Ford“ in die Karibik (24.10.2025).

Irland

Die unabhängige, linksorientierte Catherine Connally geht mit einem Stimmenanteil von 63,3 Prozent als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Irland hervor (24.10.2025).

Côte d’Ivoire

Der Präsident von Côte d’Ivoire, der 83-jährige Alassane Ouattara, wird für eine vierte Amtszeit wiedergewählt. Er erhält 89,77 Prozent der Stimmen (25.10.2025). Einflussreiche Oppositionelle waren von der Wahl ausgeschlossen worden.

Argentinien

In Argentinien gewinnt die Partei von Staatspräsident Javier Milei – La Libertad Avanza (LLA) – bei den Teilwahlen des Parlaments rund 40 Prozent der Stimmen. Die peronistische Mitte-links-Koalition Fuerza Patria erhält 33 Prozent. Gewählt wurde die Hälfte des Abgeordnetenhauses und ein Drittel des Senats. Im Abgeordnetenhaus mit insgesamt

257 Sitzen erhöht La Libertad Avanza ihren Anteil von 28 auf 92 und im Senat mit 72 Mitgliedern von 6 auf 19 (26.10.2025).

Kambodscha/Thailand/USA/Asean

Rund drei Monate nach dem Ausbruch schwerer Kämpfe im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kambodscha vereinbaren die Regierungschefs beider Länder eine militärische Deeskalation. Die schweren Waffen sollen aus dem Grenzgebiet abgezogen werden. Unterzeichnet wird die Vereinbarung in Kuala Lumpur (Malaysia) anlässlich eines Gipfeltreffens der Asean – Association of Southeast Asian Nations – im Beisein von US-Präsident Donald Trump (26.10.2025).

Russland

Russland hat nach Aussagen von Präsident Wladimir Putin Tests mit einem neuartigen atomgetriebenen Marschflugkörper – Burewestnik – abgeschlossen. Nun sei die Stationierung vorgesehen. Burewestnik könne 14 000 Kilometer zurücklegen. (26.10.2025). Kurz darauf gibt Putin den erfolgreichen Test mit einem atomgetriebenen Torpedo vom Typ Poseidon bekannt.

Sudan

Im Sudan erobern die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) die Stadt al-Fasher, wo schätzungsweise 260 000 Menschen ohne Zugang zu humanitärer Hilfe leben. Al-Fashir war die letzte Bastion der sudanesischen Regierungsarmee in Darfur. Flüchtende berichten von Massakern der RSF-Miliz an der Zivilbevölkerung von Al-Fashir. Befürchtet werden Zehntausende von Toten (26.10.2025).

Brasilien

Bei Grossrazzien der Polizei in den Favelas im Norden von Rio de Janeiro kommen über 130 Menschen ums Leben. Im Visier der Ordnungskräfte ist die Drogenbande Comando Vermelho (28.10.2025).

Jamaika/Kuba/ Haiti

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan «Melissa», begleitet von heftigen Regenfällen, richtet in den Karibikstaaten Jamaika, Kuba und Haiti verheerende Schäden an. Die Windgeschwindigkeiten liegen bei fast 300 Stundenkilometer. (28.10.2025).

Niederlande

In den Niederlanden gehen überraschend die sozialliberalen Demokraten 66 (D66) unter Führung von Rob Jetten mit einem Stimmenanteil von 16,9 Prozent (plus 10,6 Prozentpunkte) als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (29.10.2025). Die Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders, bei den letzten Wahlen vor zwei Jahren stärkste Kraft, liegt auf dem zweiten Platz mit 16,7 Prozent (minus 6,8 Prozentpunkte). Noch nie war das Ergebnis so knapp. Zu den Wahlgewinnern gehören die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA).

In der neuen Zweite Kammer haben die sozialliberalen Demokraten 66/D66: 26 Sitze (plus 17), die populistische Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV): 26 (minus 11), und die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD): 22 Sitze (minus 2). GroenLinks/Partij van de Arbeid (GL/PvdA) entsendet 20 (minus 5) und der Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA 18 Abgeordnete (plus 13). Die beiden populistischen Parteien Ja21 und Forum für Demokratie (Forum voor Democratie/FvD) sind mit 9 (plus 8) bzw. 7 (plus 4) Mandaten vertreten. Die Partei Nieuw Sociaal Contract (NSC) verliert 20 Sitze und ist nicht mehr vertreten.

Tansania

Die tansanische Staatspräsidentin Samia Suluhu Hassan wird in ihrem Amt bestätigt. Nach offiziellen Angaben erhält sie knapp 98 Prozent der Stimmen (29.10.2025). Überschattet werden die Wahlen von Protesten und Ausschreitungen. Bei Polizeieinsätzen kommen nach Angaben der Opposition Hunderte Menschen ums Leben. Prominente Oppositionelle wurden von der Wahl ausgeschlossen.

USA/China

US-Präsident Donald Trump und der chinesische Machthaber Xi Jinping treffen sich auf einem Stützpunkt am Flughafen der südkoreanischen Stadt Busan am Rande des Gipfeltreffens der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) in Gyeongju. Beide Seiten wollen den Handelsstreit entschärfen. China ist bereit, die Ausfuhrrestriktionen für seltene Erden für ein Jahr auszusetzen (30.10.2025).

USA

US-Präsident Donald kündigt die Wiederaufnahme von Atomwaffentests an. Er begründet den Entscheid mit Tests anderer Länder (30.10.2025). Den bisher letzten Atomtest hatten die USA im September 1992 durchgeführt. Das Energieministerium präzisiert, geplant seien Systemtests ohne nukleare Explosionen.

Lettland

Das Parlament von Lettland beschliesst den Austritt aus der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen. Die Istanbul-Konvention untergrabe traditionelle Familienwerte, argumentieren Kritiker (30.10.2025). Staatspräsident Edgars Rinkēvičs (*Rinkevics*) legt sein Veto ein.

Grossbritannien

König Charles III. entzieht seinem Bruder Andrew alle Titel entziehen, auch den des Prinzen (**30.10.2025**). Künftig heisst er Andrew Mountbatten-Windsor. Hintergrund des Zerwürfnisses ist die Affäre um den Sexualstraftäter Jeffrey Epstein.

Marokko/Westsahara

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat spricht sich dafür aus, Westsahara unter marokkanische Souveränität zu stellen. Westsahara solle eine autonome Region im marokkanischen Staat werden (**31.10.2025**). Damit soll ein seit 50 Jahren dauernder Konflikt beendet werden.

USA

Die USA wollen nur noch 7500 Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen (**31.10.2025**). Zuletzt waren es 125 000.

USA/Nigeria

US-Präsident Donald Trump droht mit einer militärischen Intervention in Nigeria zur Bekämpfung der Islamisten (**1.11.2025**).

Tschechien

In Tschechien bildet Wahlsieger Andrej Babiš (*Babis*) von der populistischen Bewegung ANO eine Koalitionsregierung mit der rechtskonservativen Autofahrerpartei und der rechtsradikalen Partei Freiheit und direkte Demokratie/SPD (**3.11.2025**).

USA

Die US-Demokraten haben Grund zum Feiern (**4.11.2025**):

- In New York gewinnt der linke Demokrat Zohran Mamdani die Bürgermeisterwahl. Der 34 Jahre alte Mamdani ist der erste muslimische Bürgermeister von New York.
- In Virginia wird Abigail Spanberger zur neuen Gouverneurin gewählt. Sie ist die erste Frau in diesem Amt.
- In New Jersey gewinnt Mikie Sherill die Gouverneurswahl.
- In Kalifornien dürfen die Wahlkreise zugunsten der Demokraten neu zugeschnitten werden.

EU

Umwelt

Die Umweltminister der Europäischen Union einigen sich auf das Klimaziel 2040. Treibhausgasemissionen sollen im Vergleich zu 1990 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden (**5.11.2025**).

Kasachstan/Israel/Abraham-Abkommen

Kasachstan tritt dem Abraham-Abkommen bei (**8.11.2025**). Die Abraham-Abkommen von 2020 bilden die Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zu Israel und die Förderung der Zusammenarbeit.

Deutschland

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ruft anlässlich des Jahrestages von Mauerfall (1989), Pogromnacht (1938) und Ausrufung der Republik (1918) zur Verteidigung von Demokratie und Freiheit auf. Aktuell seien Demokratie und Freiheit vor allem bedroht „durch rechtsextreme Kräfte, die an Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen“ (**9.11.2025**).

Grossbritannien/USA

Der britische Sender BBC (British Broadcasting Corporation) steht wegen eines vor der US-Präsidentenwahl im November 2024 ausgestrahlten Zusammchnitts einer Rede von US-Präsident Donald Trump vom 6. Januar 2021 (Capitol-Erstürmung) unter Druck. Der Intendant Tim Davie und die News-Direktorin Deborah Turness treten zurück (**9.11.2025**). Die BBC-Führung entschuldigt sich. Dennoch kündigt US-Präsident Trump eine Milliardenklage an.

Ukraine

Eine Korruptionsaffäre erschüttert die Ukraine. Die Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft deckt eine Schmiergeldaffäre beim Atomenergiekonzern Enerhoatom auf (**10.11.2025**). Justizminister Herman Haluschtschenko und Energieministerin Switlana Hryntschuk reichen ihre Demission ein.

Deutschland

Sahra Wagenknecht gibt den Vorsitz der nach ihr benannten Partei – Bündnis Sahra Wagenknecht/BSW – ab (**10.11.2025**).

Irak

Im Irak wird ein neues Parlament gewählt (**11.11.2025**). Die Reconstruction and Development Coalition von Ministerpräsident Mohammed Shia al-Sudani wird mit 46 Sitzen stärkste Kraft vor der Kurdistan Democratic Party und der Progress Party.

USA

Der längste „Shutdown“ in den USA ist nach 43 Tagen beendet (**12.11.2025**). Der Kongress stimmt einem Übergangshaushalt bis Ende Januar 2026 zu. Hunderttausende Beschäftigte der Bundesbehörden wurden wegen der Haushaltssperre nicht mehr bezahlt. Für die Verabschiedung der Vorlage im Senat waren auch Stimmen von Demokraten notwendig.

USA/Drogen/Karibik

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth verkündet eine Offensive gegen „Narko-Terroristen“ in der Karibik und in Gewässern, die an Mittel- und Südamerika grenzen. Die Operation „Southern Spear“ sichere die USA vor Drogen. Im Einsatzgebiet befindet sich der Flugzeugträger „Gerald R. Ford“, das grösste Kriegsschiff der USA. Bei 19 US-Angriffen auf mutmassliche Drogenschmugglerboote sind bisher mindestens 70 Menschen ums Leben gekommen.

EU/EU-Parlament

Das EU-Parlament beschliesst mit den Stimmen der extremen Rechten eine Aufweichung des Lieferkettengesetzes (**13.11.2025**).

USA/Schweiz

Die USA und die Schweiz erzielen eine Einigung im Zollstreit. Die USA erklären sich zu einer Senkung der Zölle von 39 auf 15 Prozent bereit – gleich viel wie für die Europäische Union. Im Gegenzug sagen Schweizer Unternehmen Investitionen in den USA im Umfang von 200 Milliarden Dollar zu. (**14.11.2025**). Es handelt sich um eine Absichtserklärung. Ein Vertrag muss noch ausgehandelt werden. Der Zollltarif von 39 Prozent war Anfang August verhängt worden.

Chile

In Chile finden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt (**16.11.2025**). Siegerin der ersten Runde der Präsidentschaftswahl ist die Kommunistin Jeanette Jara vom progressistischen Bündnis Unidad por Chile mit 26,85 Prozent der Stimmen. Mitbewerber in der Stichwahl ist José Antonio Kast vom konservativen Bündnis Cambio por Chile mit 23,92 Prozent.

In der neuen Abgeordnetenversammlung gewinnen Rechts- und Mitte-rechts Parteien die meisten Sitze. Das konservative Bündnis Cambio por Chile (Partido Republicano, Partido Social Cristiano, Partido Nacional Libertario) ist mit 42 Abgeordneten vertreten. Das Mitte-rechts-Bündnis Chile Grande y Unido entsendet 34 Abgeordnete. Das linke Bündnis Unidad por Chile (Partido Comunista, Partido Socialista, Partido por la Democracia, Partido Demócrata Cristiana, Partido Radical und andere Parteien) gewinnt 61 der 155 Mandate.

Ecuador

Schlappe für die Regierung Ecuadors: Die Bevölkerung lehnt die Zulassung ausländischer Stützpunkte, eine Verkleinerung des Parlaments, die Abschaffung der öffentlichen Parteienfinanzierung und die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung ab (**16.11.2025**).

Grossbritannien

Grossbritannien will die Asylregeln verschärfen. Die 2005 unter EU-Recht eingeführte staatliche Pflicht zur Unterstützung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen soll abgeschafft werden. Wer in Großbritannien arbeiten und seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, es aber dennoch nicht tut, soll seinen gesetzlich garantierten Anspruch auf Unterbringung und finanzielle Beihilfen verlieren. Gleiches soll für Asylbewerber gelten, die Gesetze brechen. Dauerhaftes Aufenthaltsrecht soll frühestens nach 20 Jahren und nur unter bestimmten Umständen gewährt werden. Der Flüchtlingsstatus soll befristet und regelmässig überprüft werden. Flüchtlinge müssen demnach ihre Abschiebung befürchten, sobald ihre Heimatländer als sicher eingestuft werden (**17.11.2025**).

Frankreich/Ukraine

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der französische Staatschef Emmanuel Macron schliessen ein Rüstungsabkommen. Die Ukraine plant den Erwerb von bis zu 100 Rafale-Kampfflugzeugen (**17.11.2025**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

UNO/USA/

Der UNO-Sicherheitsrat unterstützt den Gaza-Friedensplan von US-Präsident Donald Trump (vgl. 29.9.2025). China und Russland enthalten sich. In der Resolution 2803 wird die Schaffung eines Friedensrates (Board of Peace), der die Übergangsverwaltung überwachen soll, und die Bildung einer internationalen Stabilisierungstruppe (International Stabilization Force) gutgeheissen. Vage erwähnt die Resolution die Möglichkeit palästinensischer Selbstbestimmung und Staatlichkeit (**17.11.2025**).

Bangladesh

Die 2024 gestürzte Regierungschefin von Bangladesh, Sheikh Hasina, wird in Abwesenheit zum Tode verurteilt (**17.11.2025**). Das Gericht befindet die Angeklagte für schuldig, die Niederschlagung eines von Studenten angeführten Aufstandes mit über 300 Toten angeordnet zu haben.

USA

Der US-Kongress stimmt der Offenlegung der Akten über den verstorbenen Sexualstraftäter Jeffrey Epstein zu (**18.11.2025**). US-Präsident Donald Trump bestreitet engere Beziehungen zu Epstein. In einer Kehrtwende hatte er sich für die Freigabe der Akten ausgesprochen und versicherte: „Wir haben nichts zu verbergen.“

USA/Saudiarabien

Die USA erklären Saudiarabien zum „wichtigen Nicht-Nato-Verbündeten“ und stimmen dem Verkauf von 48 Tarnkappenjets vom Typ F-35 an Saudiarabien zu. US-Präsident Donald Trump empfängt den saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman im Weissen Haus. Sein Gast kündigt eine Aufstockung geplanter Investitionen in den USA von 600 Milliarden auf eine Billion Dollar an (**18.11.2025**).

Indonesien/Bangladesh/Japan/Indien

Die indonesische Hauptstadt Jakarta ist mit fast 42 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Stadt der Welt. Es folgen Dhaka (Bangladesh) mit 36,6, Tokio mit 33,4 und Delhi mit 30,2 Millionen (**18.11.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1366. und 1367 Tag (20.11. und 21.11.2025)

USA

Die USA unterbreiten den Entwurf für einen 28-Punkte Friedensplan zur Beendigung des Ukrainekrieges.

- Der Plan sieht unter anderem Gebietsabtretungen, den Verzicht auf einen Nato-Beitritt und die Beschränkung des Grösse des Heeres auf 600 000 Angehörige vor. Die Krim und die besetzten Gebiete Donezk und Luhansk sollen als faktisch russische Territorien anerkannt werden. Im Gegenzug soll die Ukraine Sicherheitsgarantien der USA erhalten.
- US-Präsident Donald Trump fordert die Ukraine ultimativ auf, den Plan bis Donnerstag, 27. November zu akzeptieren, relativiert aber später seine Aussage.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt in einer Videobotschaft an die Nation: „Die Ukraine könnte jetzt vor einer sehr schwierigen Wahl stehen, entweder ihre Würde zu verlieren oder das Risiko einzugehen, einen wichtigen Partner zu verlieren.“
- Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnet den Plan als „Grundlage für eine mögliche friedliche Lösung des Konflikts“.

Nigeria

In Nigeria werden bei einem Überfall auf eine katholische Schule im Bundessaat Niger über 300 Jugendliche entführt. 50 Jugendlichen gelingt die Flucht (**22.11.2025**). Bis Ende Dezember sind alle Entführten wieder in Freiheit.

UNO-Klimakonferenzen

Umwelt/Klima

Brasilien

Die in der brasilianischen Stadt Belém tagende UNO-Klimakonferenz (COP30) kann sich nicht auf einen Ausstieg aus Kohle, Erdgas und Erdöl einigen (**22.11.2025**).

G-20/Südafrika/USA

Die G-20-Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer trifft sich zu einem Gipfeltreffen in Johannesburg. Erstmals findet ein Gipfeltreffen der G-20-Gruppe in Afrika statt. Die USA boykottieren die Konferenz. Russland und China sind nicht durch ihre Staatschefs vertreten. Zu den Hauptthemen gehören der Ausbau erneuerbarer Energien, der Klimaschutz und der Abbau der Verschuldung armer Länder (**22.11.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1369. Tag (23.11. 2025)

USA

Delegationen aus den USA und der Ukraine sowie Vertreter mehrerer europäischer Staaten überarbeiten in Genf den US-Friedensplan für die Ukraine und wollen weiter daran feilen. US-Aussenminister Marco Rubio spricht von „enormen Fortschritten“.

Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Siniša Karan geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der zu Bosnien-Herzegowina gehörenden Republika Srpska hervor (**23.11.2025**). Er ist ein enger Vertrauter des abgesetzten Präsidenten Milorad Dodik (vgl. 31.7.2025).

USA

Afghanistan/Migranten

Schüsse auf zwei Angehörige der Nationalgarde in Washington. Eine Nationalgardistin erliegt den schweren Verletzungen. Der Attentäter wird festgenommen. Es handelt sich um einen 29-jährigen Afghanen. Er war für den Geheimdienst CIA in Afghanistan tätig (**26.11.2025**).

US-Präsident Donald Trump kündigt einen Aufnahmestopp für Menschen aus „Drittweatländern“ an und droht Millionen von Einreisegenehmigungen rückgängig zu machen. Die Einwanderungsbehörde USCIS stoppt sämtliche Asylentscheidungen.

Guinea Bissau

In Guinea-Bissau übernimmt drei Tage nach der Präsidentenwahl die Armee die Macht (**26.11.2025**). Generalstabschef Horta N'Tam wird als Übergangspräsident vereidigt.

China/Hongkong

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe im Hongkonger Wohnkomplex Wang Fuk Court kommen über 150 Menschen ums Leben. Betroffen sind sieben Hochhaustürme. An den Häusern fanden Bauarbeiten statt, die Flammen konnten sich sehr schnell über Bambusgerüste und Baunetze ausbreiten (**26.11.2025**).

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron kündigt die Einführung eines Freiwilligen-Wehrdienstes ab Sommer 2026 an. Der Dienst soll 10 Monate dauern (**27.11.2025**).

Ukraine

Der Stabschef des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Andrij Jermak, tritt zurück. Antikorruptionsermittler hatten zuvor seine Wohnung durchsucht (**28.11.2025**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialisten mit 78,28 Prozent Nein-Stimmen ab. Erbschaften über einem Freibetrag von 50 Millionen Franken hätten zu 50 Prozent besteuert werden sollen; der Ertrag war für Klimaschutz bestimmt. Deutlich verworfen mit 84,15 Prozent Nein-Stimmen wird die Initiative für einen Service Citoyen – Alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger müssen einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt erbringen.

Honduras/USA

Honduras wählt einen neuen Präsidenten: Die Auszählung der Stimmen dauert über drei Wochen. Am 24. Dezember wird Nasry Asfura vom konservativen Partido Nacional mit einem Stimmenanteil von 40,26 Prozent zum Sieger erklärt. Sein Konkurrent Salvador Nasralla vom Partido Liberal erhält 39,55 Prozent. US-Präsident Donald Trump hatte sich in den Wahlkampf eingemischt und zur Wahl von Asfura aufgerufen (**30.11.2025**).

Indonesien/Thailand/Sri Lanka

Katastrophen/Unwetter

Weite Gebiete Südostasiens werden von schweren Überschwemmungen und Erdbeben heimgesucht (**Ende November 2025**). Hunderte Menschen kommen dabei ums Leben. Besonders betroffen sind die indonesische Insel Sumatra, wo über 600 Tote beklagt werden, sowie Thailand und Sri Lanka.

Honduras/USA

Der von einem Gericht in New York wegen Verschwörung zum Drogenschmuggel zu 45 Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige honduranische Staatspräsidenten Juan Orlando Hernández (*Hernandez*) wird von US-Präsident Donald Trump begnadigt (**1.12.2025**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1379. Tag (3.12.2025)

Nato

Die Nato-Staaten einigen sich bei einem Treffen der Außenminister in Brüssel darauf, auch im kommenden Jahr Milliarden für den Kauf von Waffen und Munition für die Ukraine bereitzustellen. Jeden Monat sollen für mindestens eine Milliarde US-Dollar Rüstungsgüter aus US-Produktion für die Ukraine gekauft werden. Die Rüstungsgüter werden über die sogenannte Purl-Initiative beschafft (vgl. 14.7.2025).

EU/Russland

Die Europäische Union (EU) will bis 2027 alle Gasimporte aus Russland einstellen (**3.12.2025**).

USA/Sicherheitsstrategie/Europa

Die USA äussern sich in der neuen Sicherheitsstrategie (National Security Strategy) besorgt über einen angeblichen Verlust der Demokratie und Meinungsfreiheit in Europa und warnen vor einer „zivilisatorischen Auslöschung“ (**5.12.2025**).

Unter anderem heisst es:

- „Kontinentaleuropa hat seinen Anteil am globalen BIP verloren – von 25 Prozent im Jahr 1990 auf heute 14 Prozent. Dieser wirtschaftliche Niedergang wird jedoch von der realen und noch gravierenderen Aussicht auf den Untergang der Zivilisation überschattet.“

- „Kritisiert wird „die Zensur der freien Meinungsäusserung und die Unterdrückung der politischen Opposition“.

Zu den Prioritäten gehören gemäss der neuen Sicherheitsstrategie:

- „Wiederherstellung der Stabilität innerhalb Europas und der strategischen Stabilität mit Russland.“
- „Förderung des Widerstands gegen den aktuellen Kurs Europas innerhalb der europäischen Nationen.“

Ergänzend heisst es:

- „Unser Ziel sollte es sein, Europa dabei zu helfen, seinen derzeitigen Kurs zu korrigieren.“
- „Der wachsende Einfluss patriotischer europäischer Parteien gibt Anlass zu grossem Optimismus.“

Weitere Schwerpunkte der Sicherheitsstrategie sind:

- Monroe-Doktrin: „Nach Jahren der Vernachlässigung werden die USA die Monroe-Doktrin wieder geltend machen und durchsetzen, um die Vorrangstellung Amerikas in der westlichen Hemisphäre wiederherzustellen.“ In der Monroe-Doktrin von 1823 bezeichnen die USA den amerikanischen Doppelkontinent als ihre Einfluss-Sphäre. Trumps Strategie wird als Donroe-Doktrin bezeichnet.
- „Die Ära der Massenmigration muss ein Ende haben.“

Deutschland

Der Deutsche Bundestag beschliesst ein neues Wehrdienstgesetz. Dieses sieht die Einführung einer Wehrrfassung junger Männer vor. Die Musterung ist Pflicht. Der Wehrdienst bleibt freiwillig (**5.12.2025**).

Deutschland

Der Deutsche Bundestag beschliesst ein Rentenpaket. Mit einer sogenannten Haltelinie soll das Rentenniveau bis 2031 bei mindestens 48 Prozent eines Durchschnittslohns stabilisiert werden. Dagegen regte sich heftiger Widerstand junger Abgeordneter von CDU und CSU (**5.12.2025**).

EU/Onlineplattform X

Die EU-Kommission verhängt gegen den Onlinedienst X von US-Milliardär Elon Musk wegen mangelnder Transparenz bei Werbung und Nutzerkonten eine Strafe in Höhe von 120 Millionen Euro (**5.12.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Architekt Frank Gehry stirbt im Alter von 96 Jahren (**5.12.2025**).

Thailand/Kambodscha

Sechs Wochen nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens bricht der bewaffnete Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand wieder aus (**8.12.2025**).

Tschechien

In Tschechien wird Andrej Babiš (*Babis*) von der populistischen Bewegung ANO nach vier Jahren in der Opposition erneut Ministerpräsident (**9.12.2025**). Er regiert mit der rechtskonservativen Autofahrerpartei und der rechtsradikalen Partei Freiheit und direkte Demokratie/SPD.

Australien/Social Media

In Australien verbietet ein Gesetz Jugendlichen unter 16 Jahren die Nutzung von Social-Media-Plattformen (**10.12.2025**).

USA/Venezuela

US-Soldaten kapern vor der Küste Venezuelas einen Öltanker (**10.12.2025**).

USA/Schweiz

In zwischen den USA und der Schweiz in einer Absichtserklärung vereinbarte Zollsenkung von 39 auf 15 Prozent tritt rückwirkend per 14.11.2025 in Kraft (**10.12.2025**). Verhandlungen zur Umsetzung der Absichtserklärung stehen noch aus.

Bulgarien

Der bulgarische Ministerpräsident Rosen Schesljakow erklärt nach Massenprotesten gegen Korruption seinen Rücktritt (**11.12.2025**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Filmproduzent Arthur Cohn stirbt im Alter von 98 Jahren (**12.12.2025**).

Belarus

In Belarus werden 123 politische Gefangene freigelassen (**13.12.2025**). Unter ihnen befinden sich Marija Kolesnikowa, Anführerin der Massenproteste gegen die umstrittene Präsidentschaftswahl im Jahr 2020, der Friedensnobelpreisträger Ales Beljazki und Wiktor Babarika, ehemaliger Bankmanager und aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat. Die Freilassungen erfolgen nach einem Treffen zwischen dem Machthaber Alexander Lukaschenko und dem US-amerikanischen Sondergesandten John Coale. Die USA heben als Gegenleistung Sanktionen gegen die Kaliumbranche auf.

Australien

Antisemitischer Terror in Sydney: Zwei Männer schießen auf Besucher des jüdischen Chanukkafestes am Bondi Beach. Dabei kommen 15 Menschen ums Leben. Bei den Tätern handelt es sich um einen Vater und dessen Sohn. Der Vater wird erschossen, der Sohn festgenommen (**14.12.2025**).

Chile

Der als ultrakonservativ eingestufte José Antonio Kast geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Chile hervor (**14.12.2025**). Der Vorsitzende des Partido Republicano erhält 58,16 Prozent der Stimmen. Die Wahlverliererin Jeanette Jara von der Kommunistischen Partei hatte in der ersten Runde knapp in Führung gelegen. Kast bemühte sich zum dritten Mal um das Präsidentenamt.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1391. Tag (15.12.2025)

Spitzenpolitiker aus neun europäischen Ländern befürworten an einer Konferenz in Berlin den Einsatz einer multinationalen Truppe zur Absicherung eines Waffenstillstandes in der Ukraine. „Diese Truppe wird bei der Regeneration der Streitkräfte der Ukraine, der Sicherung des Luftraums der Ukraine und der Gewährleistung sicherer Meere helfen, auch durch Operationen innerhalb der Ukraine“, heisst es in einer gemeinsamen Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens, Polens, Finnlands, Norwegens, Schwedens, der Niederlande sowie der Spitzen der EU-Institutionen.

USA/Venezuela

US-Präsident Donald Trump ordnet die Blockade aller mit Sanktionen belegten Öltanker an, die von und nach Venezuela unterwegs sind. Trump bezeichnet das Regime des venezolanischen Machthaber Nicolás Maduro als „Terrororganisation“ (16.12.2025).

EU/Autos

Die EU-Kommission kommt im Streit um Autoabgasvorschriften der Autoindustrie entgegen und will auch nach 2035 neue Verbrennerautos zulassen (16.12.2025).

EU/Ukraine

Die EU-Staats- und Regierungschefs verständigen sich auf einen Kompromiss bei der künftigen Finanzierung der Ukraine. Die Ukraine erhält für die kommenden zwei Jahre einen zinslosen Kredit über 90 Milliarden Euro. Russische Vermögenswerte im Umfang von 210 Milliarden Euro bleiben eingefroren (19.12.2025).

USA/Pharmaindustrie/Schweiz

Neun Pharmakonzerne – unter ihnen Novartis und Roche – einigen sich mit der US-Regierung auf eine Senkung der Arzneimittelpreise. Im Gegenzug werden sie von Zöllen befreit (19.12.2025).

USA/Grönland/Streit um Grönland/Dänemark

US-Präsident Donald Trump ernennt einen Sondergesandten für Grönland: Jeff Landry, Gouverneur von Louisiana (21.12.2025). Landry erklärt, es sei eine Ehre dazu beizutragen zu dürfen „Grönland zu einem Teil der USA zu machen“. „Wir brauchen Grönland für die nationale Sicherheit“, betont Trump. Die dänische Regierung protestiert.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1399. Tag (23.12.2025)

Die Ukraine registriert 650 russische Drohnenangriffe. Diese richten sich vor allem gegen die Energieinfrastruktur. Im Visier ist auch der Grossraum Odessa.

Schweiz

Das Newsorgan „20 Minuten“ stellt nach 26 Jahren seine gedruckte Ausgabe ein (23.12.2025)

Gold

Mit 4500 Dollar pro Feinunze erreicht der Goldpreis einen neuen Höchststand (24.12.2025). Im laufenden Jahr legte Gold um fast 70 Prozent zu.

USA/Nigeria

Die USA greifen in Nigeria islamistische Stellungen mit Cruise Missiles an. Begründet werden die Attacken mit Gewalt gegen Christen (25.12.2025).

Die USA entsenden rund 100 Soldaten nach Nigeria zur Ausbildung bei der Terrorbekämpfung.

Kosovo Wahlen

Nach gescheiterter Regierungsbildung muss in Kosovo nach über zehn Monaten ein neues Parlament gewählt werden (28.12.2025). Die Partei von Ministerpräsident Alfred Kurti – die linksnationalistische Vetëvendosje (Selbstbestimmung) – wird stärkste Kraft, kann ihren Stimmenanteil auf 49,30 Prozent erhöhen und gewinnt 57 (plus 9) der 120 Mandate.

Die beiden Oppositionsparteien PDK (Demokratische Partei Kosovos) und LDK (Demokratische Liga Kosovos) erhalten 22 (minus 2) bzw. 15 (minus 5) Mandate. Die Allianz für die Zukunft von Kosovo (AAK) erhält 6 (minus 2) Mandate. 20 Sitze sichern sich Vertreter von Minderheiten.

Myanmar Wahlen

In Myanmar finden Parlamentswahlen statt (28.12.2025). Weitere Wahlrunden sind für den 11. und 25. Januar 2026 geplant. Der Bürgerkrieg verhindert Wahlen im gesamten Land. Die Opposition ist weitgehend ausgeschlossen und bezeichnet die Wahlen als Farce.

Iran

In Teheran und anderen iranischen Städten beginnt eine Protestwelle gegen die Wirtschaftskrise und hohe Lebenshaltungskosten (28.12.2025). Zur steigenden Inflation gesellt sich ein massiver Wertverfall der Landeswährung. Auch Basarhändler schliessen sich den Protesten an. Die Basari waren bisher eine Stütze der Regimes.

Zentralafrikanische Republik

Der Staatschef der Zentralafrikanischen Republik, Faustin-Archange Touadéra, sichert sich eine dritte Amtszeit. Er gewinnt die Präsidentenwahl mit 74,6 Prozent der Stimmen (**28.12.2025**).

Guinea

In Guinea gewinnt Übergangspräsident Mamady Doumbouya die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von rund 86 Prozent (**28.12.2025**). Die grössten Oppositionsparteien waren von der Wahl ausgeschlossen. Doumbouya hatte 2021 mit einem Militärputsch die Macht ergriffen und war seither Übergangspräsident.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Schauspielerin Brigitte Bardot stirbt im Alter von 91 Jahren (**28.12.2025**).

Ukraine/Russland**Ukraine-Krieg – 1405. Tag (29.12.2025)**

Die russische Regierung behauptet, einen ukrainischen Drohnenangriff auf die Residenz von Machthaber Wladimir Putin in der Region Nowgorod abgewehrt zu haben. Die Ukraine dementiert.

USA/Venezuela

Nach Aussagen von US-Präsident Donald Trump hat die US-Armee einen „Drogenumschlagplatz“ in Venezuela angegriffen (**29.12.2025**).

2026

Schweiz

Katastrophen/Brandkatastrophen

In der Silvesternacht fordert eine verheerende Brandkatastrophe in einer Bar in Crans-Montana (Kanton Wallis) 40 Tote und 116 meist Schwerverletzte. 22 Tote stammen aus der Schweiz, acht aus Frankreich und sechs aus Italien. 20 der Verstorbenen sind minderjährig. Die Walliser Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass Wunderkerzen, die auf Champagnerflaschen montiert waren, den Brand auslösten. Gegen die Besitzer der Bar wird eine Strafuntersuchung eingeleitet (**1.1.2026**).

OSZE/Schweiz

Die Schweiz übernimmt den Vorsitz über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa(OSZE (**1.1.2026**).

Bulgarien/EU

Bulgarien führt den Euro ein. Bulgarien ist das 21. Mitglied des Euroraums (**1.1.2026**).

USA/Venezuela

Spektakuläre US-Militärintervention in Venezuela (**3.1.2026**).

- US-Spezialkräfte der Delta Force nehmen in der Nacht auf den 3. Januar 2026 in Caracas im Rahmen des Operation „Absolute Resolve“ den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und dessen Ehefrau Cilia Flores gefangen. Sie werden nach New York geflogen.
- Damit endet die über zwölfjährige autoritäre und repressive Herrschaft von Nicolás Maduro. Er gelangte 2013 als Nachfolger von Hugo Chávez (*Chavez*) an Macht.
- Die Intervention der USA dauert zweieinhalb Stunden. Zum Einsatz gelangen mehr als 150 Flugzeuge, Helikopter und Drohnen. Mehrere militärische Einrichtungen werden attackiert, darunter der Stützpunkt Fuerte Tiuna.
- Beim Einsatz gegen Maduro werden 32 Mitglieder kubanischer Sicherheitskräfte getötet. Venezuela beklagt den Tod von 24 Soldaten. Das venezolanische Innenministerium meldet insgesamt hundert Tote.
- In New York werden Nicolás Maduro und dessen Ehefrau wegen Drogenterrorismus angeklagt. Sie plädieren in allen vier Anklagepunkten auf nicht schuldig.
- US-Präsident Donald Trump erklärt nach der Festnahme von Maduro, die USA würden Venezuela vorübergehend führen („We are going to run the country“).
- „Das Land ist kaputt“, sagt Trump vor den Medien. „Wir müssen es wiederbeleben, und dafür brauchen wir grosse Investitionen von den Ölgesellschaften, um die Infrastruktur wieder funktionsfähig zu machen.“
- Der Oberste Gerichtshof Venezuelas ernennt Vizepräsidentin Delcy Rodríguez (Rodriguez) zur Interimspräsidentin.

Deutschland

In Berlin verursacht ein Brandanschlag auf Hochspannungsleitungen Stromausfälle in über 40 000 Haushalten. Zum Attentat bekennt sich die linksextremistische „Vulkangruppe“ (**3.1.2026**).

USA/Grönland/Streit um Grönland/Dänemark/Nato

US-Präsident Donald Trump erneuert den Anspruch der USA auf Grönland. „Wir brauchen Grönland. Das ist strategisch wichtig“ (**4.1.2026**).

- Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen fordert die USA auf, „mit den Drohungen aufzuhören gegen einen historisch engen Verbündeten“. Grönland stehe nicht zum Verkauf.
- Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen warnt vor einem Ende der Nato, falls die USA in Grönland einmarschieren. Wenn die USA beschliessen sollten, ein anderes Nato-Land militärischen anzugreifen, sei es „mit der Sicherheit, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges besteht“, vorbei.
- Die Parteivorsitzenden im grönländischen Parlament erklären: „Wir wollen keine Amerikaner sein. Wir wollen keine Dänen sein. Wir wollen Grönländer sein.“ Die USA werden aufgefordert, die Geringschätzung gegenüber Grönland einzustellen.

USA/Kolumbien

US-Präsident Donald Trump droht nach der militärischen Intervention in Venezuela auch Kolumbien. Das Land werde von einem „kranken Mann“ regiert, der es liebe, Kokain zu produzieren und es in die USA zu verkaufen (**4.1.2026**). Der kolumbianische Staatspräsident Gustavo Petro bezeichnet Trumps Erklärung als „illegitime Drohung“.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1413. Tag (**6.1.2026**)

Die Absicherung eines möglichen Waffenstillstands in der Ukraine durch Sicherheitsgarantien steht im Mittelpunkt einer Konferenz der „Koalition der Willigen“ in Paris. Frankreich und Grossbritannien erklären sich bereit, nach einem Waffenstillstand, Truppen in der Ukraine zu stationieren.

USA/Venezuela

US-Präsident Donald Trump kündigt Öllieferungen aus Venezuela an. Venezuelas Übergangsbehörden sollen 30 bis 50 Millionen Barrel hochwertiges Öl zu Marktpreisen an die USA verkaufen (**6.1.2026**).

Syrien

In der syrischen Stadt Aleppo liefern sich Regierungstruppen und Kämpfer der prokurdischen Syrian Democratic Forces (SDF) schwere Kämpfe (**6.1.2026**). Die kurdischen Milizen werden zum Rückzug aus Aleppo gezwungen. Auch aus anderen bisher von Kurden selbst verwalteten Gebieten im Norden und Nordosten Syriens werden die SDF-Milizen vertrieben. Sie verlieren den Rückhalt der USA.

USA

Die USA ziehen sich aus über 66 internationalen Organisationen und Institutionen zurück. 31 stehen in Verbindung mit der UNO. Die betroffenen Organisationen und Institutionen seien „überflüssig und verschwenderisch“ (**7.1.2026**). Betroffen sind auch der Weltklimarat (IPCC), die UNO-Klimarahmenkonvention, die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad), die Plattform für Biodiversität und Ökosystemleistungen (IPBES), das Internationale Energieforum (IEF), das Internationale Institut für Demokratie und Wahlhilfe (IDEA), der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (Ecosoc).

USA

In Minneapolis (US-Staat Minnesota) erschießt ein Angehöriger der Einwanderungsbehörde ICE eine 37-jährige US-Amerikanerin (**7.1.2026**). Der Tod von Renee Nicole Good löst landesweit Proteste aus.

USA/Russland

Ein US-Kommando beschlagnahmt im Nordatlantik den unter russischer Flagge fahrenden Öltanker „Marinera“ wegen „Verstößen gegen US-Sanktionen“ (**7.1.2026**).

Iran

Die seit dem 28. Dezember 2025 andauernden Massenproteste in Teheran und anderen iranischen Städten gegen die hohen Lebenshaltungskosten und gegen die Führung des Landes werden vom Regime brutal niedergeschlagen (**8.1. und 9.1.2026**). • Um die Weiterverbreitung von Informationen über das gewaltsame Vorgehen zu verhindern, wird das Internet blockiert.

- Die Stiftung der inhaftierten Menschenrechtsaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi spricht von einem „Massaker gewaltigen Ausmasses“.
- Tausende Menschen kommen ums Leben. Von möglicherweise 30 000 Toten ist in einem Bericht des US-Magazin „Time“ vom 25. Januar die Rede.
- Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei verurteilt die „Unruhestifter“. Die Justiz droht mit harten Strafen.
- US-Präsident Donald Trump erklärt, die USA seien bereit, den Demonstrierenden zu helfen.
- Reza Pahlevi, Sohn des gestürzten Schahs, ruft aus seinem Asyl in den USA zu weiteren Protesten auf.

EU/Mercosur

Die Mehrheit der Mitgliedsländer der Europäischen Union stimmt dem Freihandelsabkommen mit dem Mercado Común del Sur (Mercosur) – mit Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – zu. Dagegen sind Frankreich, Polen, Ungarn, Italien und Österreich (**9.1.2026**).

Das Abkommen wird am 17. Januar in der paraguayischen Hauptstadt Asunción unterzeichnet. Das Europäische Parlament beschliesst, das Abkommen vom Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen (21.1.2026)

Schweiz

Nationaler Trauertag in der Schweiz mit Schweigeminuten und Glockengeläut zum Gedenken an die Opfer der Brandkatastrophe von Crans-Montana (vgl. 1.1.2026). An der Trauerfeier in Martigny nehmen auch der französische Staatschef Emmanuel Macron und der italienische Präsident Sergio Mattarella teil (**9.1.2026**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1416. Tag (9.1.2026)

Nach massiven russischen Luftangriffen auf die Energieversorgung der ukrainischen Hauptstadt ruft der Bürgermeister von Kyjiw, Vitali Klitschko, die Bevölkerung auf, andernorts eine Wohngelegenheit zu suchen. Innert zwei Wochen verlassen rund 600 000 Menschen die ukrainische Hauptstadt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Bestsellerautor Erich von Däniken, bekannt für seine Theorien zu Ausserirdischen, stirbt im Alter von 90 Jahren (**10.1.2026**).

USA/Iran

US-Präsident Donald Trump kündigt wegen des gewaltsamen Vorgehens der iranischen Sicherheitskräfte gegen Massenproteste 25-Prozent-Strafzölle gegen Irans Handelspartner an (**12.1.2026**). Trump ruft die Demonstranten in Iran auf, durchzuhalten. „Protestiert weiter!“

Grönland/Streit um Grönland/Dänemark/USA

Deutschland/Frankreich

Grönland-Krisentreffen von US-Vizepräsident J. D. Vance und Aussenminister Marco Rubio mit den Aussenministern von Dänemark und Grönland, Lars Løkke Rasmussen und Vivian Motzfeldt, in Washington (**14.1.2026**). Der Streit wird nicht beigelegt. Der dänische Aussenminister erklärt anschliessend, es gebe eine

„fundamentale Meinungsverschiedenheit“. Mehrere europäische Nato-Länder, darunter Deutschland und Frankreich, entsenden Soldaten zu einem Erkundungseinsatz nach Grönland.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen/

USA/Board of Peace

Die USA verkünden den Start zur zweiten Phase des Trump-Friedensplans für den Gazastreifen (**14.1.2026**).

Zuständig für die Umsetzung sind:

- der Friedensrat (Board of Peace) mit US-Präsident Donald Trump an der Spitze. Zum Board of Peace (BoP) gehören ein Executive Council (Exekutivrat), dem auch der frühere britische Premierminister Tony Blair angehört, sowie als High Representative (Hoher Repräsentant) der bulgarische Politiker Nikolai Mladenow. Der Friedensrat wird beim Weltwirtschaftsforum in Davos zu einer internationalen Organisation aufgewertet, mit dem Ziel, weltweit Konflikte zu lösen (vgl. 22.1.2026).
- der Gaza-Exekutivrat (Gaza Executive Board), dem auch Vertreter aus der Türkei, Ägypten, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten angehören,
- das Nationale Komitee für die Verwaltung von Gaza (National Committee for the Administration of Gaza/NCAG). Der palästinensischen Technokratenverwaltung gehören 12 Mitglieder unter Führung des palästinensischen Politikers Ali Shaath an.

Für die Entmilitarisierung des Gazastreifens ist die International Stabilisation Force/ISF (Internationale Stabilisierungstruppe) unter Leitung von US-General Jasper Jeffers zuständig.

USA/Venezuela/Friedensnobelpreis

Die venezolanische Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado überreicht im Weissen Haus US-Präsident Donald Trump ihre Friedensnobelpreis-Medaille in Anerkennung seines «Engagements für die Freiheit des venezolanischen Volkes» (**15.1.2026**). Das Nobelinstitut stellt klar, dass ein Nobelpreis nicht weitergereicht werden kann.

Uganda

Der seit 1986 regierende 81-jährige ugandische Staatspräsident Yoweri Museveni gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 71,7 Prozent. Es ist die siebte Amtszeit für Museveni (**15.1.2026**).

Iran

In Iran kommen die Massenproteste gegen das Regime nach dem brutalem Eingreifen der Sicherheitskräfte zum Erliegen. Revolutionsführer Ali Khamenei räumt ein, dass es Tausende Tote gegeben habe (**17.1.2026**).

Nach Angaben eines iranischen Regierungsvertreters wurden mindestens 5000 Menschen getötet. Die in Norwegen ansässige Menschenrechtsorganisation Iran Human Rights geht in einem Bericht vom 22.1.2026 von mehr als 25 000 Todesopfern aus. Von möglicherweise 30 000 Toten ist in einem Bericht des US-Magazin „Time“ die Rede.

Grönland/Streit um Grönland/USA

Dänemark/Grossbritannien/Deutschland/Frankreich/Niederlande/ Schweden/ Norwegen/Finnland

US-Präsident Donald Trump droht Staaten, die sich seiner Forderung nach dem Anschluss Grönlands an die USA, entgegenstellen mit Strafzöllen.

- Am 1. Februar 2026 sollen Einfuhren acht europäischer Nato-Partner – Dänemark, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden, Norwegen und Finnland – mit zusätzlichen Zöllen von 10 Prozent und ab Juni 2026 von 25 Prozent belegt werden. (**17.1.2026**).
- Die Europäische Union prüft Gegenmassnahmen
- Am Weltwirtschaftsforum in Davos sieht Trump seine Drohung zurück (vgl. 21.1.2026.)

Guatemala

Nach einer Gefängnisrevolte und dem Tod von acht Polizisten wird über Guatemala der Ausnahmezustand verhängt (**18.1.2026**).

Spanien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der spanischen Provinz Córdoba kommen bei einer Kollision von zwei Hochgeschwindigkeitszügen über 40 Menschen ums Leben (**18.1.2026**).

Bulgarien

Der bulgarische Staatspräsident Rumen Radew kündigt seinen Rücktritt an (**19.1.2026**). Bis zu Neuwahlen übernimmt die bisherige Vizepräsidentin Ilijana Iotowa das Amt des Staatsoberhauptes.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Modedesigner Valentino Garavani stirbt im Alter von 93 Jahren (**19.1.2026**).

USA/Grönland/Streit um Grönland

Weltwirtschaftsforum (WEF)

Entspannungssignale im Streit um Grönland (**21.1.2026**):

- US-Präsident Donald Trump erklärt am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos: „Ich will keine Gewalt anwenden. Ich werde keine Gewalt anwenden.“ Er fordert aber „unverzügliche Verhandlungen“ zu Grönland, zu „diesem Stück Eis“.

- Nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Mark Rutte verkündet Trump, er habe mit Rutte einen „Rahmen für ein zukünftiges Abkommen“ zu Grönland und der gesamten Arktis vereinbart. Konkrete Angaben zum Inhalt des geplanten Abkommens macht der US-Präsident nicht.

- Überraschend zieht Trump seine Drohung zurück, acht europäische Nato-Partner, die seinen Grönland-Plänen kritisch gegenüberstehen, mit zusätzlichen Zöllen unter Druck zu setzen (vgl. 17.1.2026).

An einem Sondergipfel der Europäischen Union (22.1.2026) herrscht Erleichterung über die Kehrtwende Trumps.

Die EU hatte mit Gegenzöllen gedroht und damit klar Position gegen Trumps Absichten bezogen. EU-

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigt ein Investitionspaket für Grönland an.

USA/Board of Peace

Weltwirtschaftsforum

US-Präsident Donald Trump unterzeichnet am Weltwirtschaftsforum in Davos die Charta für den von ihm initiierten Friedensrat – (Board of Peace/BoP (**22.1.2026**)). Der Friedensrat soll sich weltweit um Lösung von Konflikten lösen. „Der Friedensrat ist eine internationale Organisation mit dem Ziel, in den von Konflikten betroffenen oder bedrohten Regionen Stabilität zu fördern, eine zuverlässige und legitime Regierungsführung wiederherzustellen und einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten“, heisst es in der Charta. 60 Staaten haben eine Einladung bekommen. Ein Drittel reagiert zustimmend. Westeuropäische Staaten wie Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Spanien lehnen ab.

Trump ist Vorsitzender des Board of Peace. Mitglied kann nur werden, wer von ihm eingeladen wird. Die

Mitgliedschaft ist auf drei Jahre begrenzt. Eine unbefristete Teilnahme kostet eine Milliarde Dollar. Kritiker sehen im Friedensrat eine Konkurrenz zur UNO. Ursprünglich war das Board of Peace Teil des 20-Punkte-Friedensplans von Donald Trump für den Gazastreifen.

USA

Nato/China/Russland/Ukraine

Die USA stellen ihre neue Nationale Verteidigungsstrategie vor (**23.1.2026**).

- Die USA wollen weiter eine zentrale Rolle innerhalb der Nato spielen, auch wenn sie ihre Präsenz in Europa neu justieren.
- Die Verbündeten sollten aber in Europa die Führung der Bedrohungen übernehmen, die für sie schwerwiegender seien als für die USA.

- Der Verteidigungsfokus der USA soll auf dem eigenen Land liegen. So sollen Grenzen gesichert und der Luftraum durch das Raketenabwehrsystem „Golden Dome“ geschützt werden.

- Zum Verhältnis zu China heisst es, man wolle China im Indo-Pazifik durch Stärke, nicht durch Konfrontation abschrecken.

- Die USA halten Russland für eine „beherrschbare Bedrohung“.

- Die Hauptverantwortung für die Unterstützung der ukrainischen Verteidigung sehen die USA bei den Europäern.

USA

Nach 17 Tagen fallen in Minneapolis (US-Staat Minnesota) erneut tödliche Schüsse beim Einsatz der Einwanderungsbehörde ICE. Das Opfer ist der 37-jährige Krankenpfleger Alex Jeffrey Pretti (**24.1.2026**).

Myanmar

Die vom Militärregime unterstützte Union Solidarity and Development Party (USDP) ist die dominierende Kraft im neuen Parlament. Bei der Wahl des Unterhauses (vgl. 28.12.2025) gewinnt sie 232 der 263 Mandate (**25.1.2026**).

Gold

Der Goldpreis steigt auf einen neuen Rekordwert von 5000 Dollar pro Feinunze (**26.1.2026**).

EU/Russland

Die Europäische Union beschliesst ein Importverbot für russisches Erdgas ab November 2027 (**26.1.2026**).

EU/Indien

Nach jahrelangen Verhandlungen einigen sich die Europäische Union und Indien auf ein Handelsabkommen (**27.1.2026**).

USA/Iran

US-Präsident Donald Trump droht Iran mit einem Militärschlag, falls das Regime in Teheran Verhandlungen über ein neues Atomabkommen verweigert. Iran soll auf die Anreicherung von Uran verzichten und die Reichweite seiner Raketen begrenzen. USA setzen Iran mit einer massiven Flottenpräsenz, darunter der Flugzeugträger „Abraham Lincoln“, unter Druck. „Eine enorme Armada ist unterwegs“, erklärt Trump. Die Türkei ist zu Vermittlungen bereit (**28.1.2026**).

Kongo-Kinshasa

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

In der kongolesischen Mine von Rubaya kommen bei einer von einem Erdbeben ausgelösten Katastrophe rund 200 Menschen ums Leben (**28.1.2026**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Fünfter Gazakrieg

Die israelische Armee bestätigt, dass im Gazakrieg von Oktober 2023 bis Oktober 2025 etwa 70 000 Einwohnerinnen und Einwohner ums Leben gekommen sind (**29.1.2026**).

Iran/EU

Die Europäische Union stuft die iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation ein (**29.1.2026**).

Syrien/Kurden

Die syrische Regierung und die kurdischen Syrian Democratic Forces (SDF) vereinbaren die Beendigung ihres Konflikts. Die SDF-Milizangehörigen sollen in die Armee integriert und die kurdische Selbstverwaltung soll beendet werden (**30.1.2026**).

Pakistan/Belutschistan

In der pakistanischen Unruheprovinz Belutschistan verüben Separatisten der Baluchistan Liberation Army in mehreren Regionen Angriffe gegen militärische und zivile Ziele. Dabei kommen über 50 Menschen ums Leben (**31.1.2026**). Bei Gegenangriffen der pakistanischen Sicherheitskräfte werden nach offiziellen Angabe fast 200 „Terroristen“ getötet.

Costa Rica

Laura Fernández vom konservativen Partido Pueblo Soberano (PPSO) geht als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Costa Rica hervor. Sie erhält 48,3 Prozent der Stimmen, ihr Konkurrent Álvaro Ramos vom Partido Liberación Nacional (PLN) 33,4 Prozent. In der Asamblea Legislativa gewinnt der PPSO 31 der 57 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Der PLN erhält 17 Mandate (**1.2.2026**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Israel öffnet den Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten wieder für den Personenverkehr (**2.2.2026**).

Indien/USA/Russland

US-Präsident Donald Trump verkündet Zollsenkungen für indische Waren. Die Zölle sollen auf 18 Prozent gesenkt werden. Indien soll kein russisches Erdöl mehr kaufen (**2.2.2026**).

Nigeria

Im nigerianischen Bundesstaat Kwara werden bei einem Überfall auf zwei Dörfer über 160 Menschen getötet. Islamistische Terroristen gelten als Urheber (**3.2.2026**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1442. Tag (4.2.2026)

Nach Aussagen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hat der russische Angriffskrieg bisher 55 000 ukrainischen Armeeangehörigen das Leben gekostet. Das Center for Strategic and International Studies in Washington geht von über 100 000 ukrainischen Gefallenen aus. Auf über 300 000 wird die Zahl der russischen Gefallenen geschätzt.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1443. Tag (4.2.2026)

Bei einem Treffen zwischen Russland, der Ukraine und den USA in Abu Dhabi vereinbaren Russland und die Ukraine den Austausch von je 157 Kriegsgefangenen (**5.2.2025**). Es handelt sich um den ersten Gefangenenaustausch seit fünf Monaten.

USA/Russland

Abrüstung/Rüstungskontrolle

Der 2010 zwischen den USA und Russland geschlossene atomare Abrüstungsvertrag New Start – das letzte Abkommen zur nuklearen Abrüstung zwischen den beiden Atommächten (vgl. 8.4.2010) – läuft aus (**5.2.2026**).

USA/Russland

Bei einem Treffen in Abu Dhabi vereinbaren die USA und Russland nach mehr als vierjähriger Pause die Wiederaufnahme ihres Militärdialogs. Ein solcher Austausch zwischen den Armeen befördere „mehr Transparenz und Deeskalation“, teilt das Europäische Kommando der US-Streitkräfte mit (**5.2.2026**).

Iran/USA

Delegationen der USA und Irans treffen sich zu indirekten Gesprächen in der omanischen Hauptstadt Muscat (6.2.2026).

Kuba

Kuba erlebt eine schwere Wirtschaftskrise, da das Land wegen der US-Blockade kein Erdöl mehr aus Venezuela erhält. Die Regierung beschliesst drastische Sparmassnahmen (6.2.2026).

US/Börsen

Der US-Aktienindex Dow Jones steigt über 50 000 Punkte und erreicht damit einen historischen Höchststand (6.2.2026).

Pakistan

Bei einem Anschlag auf eine schiitische Moschee in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad kommen über 30 Menschen ums Leben (6.2.2026).

Italien

In Mailand und Cortina d'Ampezzo finden die XXV. Olympischen Winterspiele statt (6.2.2026).

Iran

Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi wird wegen „Absprache zur Begehung von Straftaten“ zu sechs Jahren Haft verurteilt (7.2.2026).

Portugal

António José Seguro von der Sozialistischen Partei (Partido Socialista/PS) wird zum neuen portugiesischen Staatspräsidenten gewählt. Er erhält in der Stichwahl 66,84 Prozent der Stimmen. Sein Herausforderer André Ventura von der rechtspopulistischen Partei Chega (Genug) 33,2 Prozent (8.2.2026).

Japan

Erdrutschsieg für die Liberaldemokratische Partei (LDP) bei der Parlamentswahl in Japan (8.2.2026). Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg gewinnt die langjährige Regierungspartei eine Zweidrittelmehrheit. Die Partei von Takaichi Sanae gewinnt 316 (plus 125) der 465 Mandate des Unterhauses. Die von der Gerechtigkeitspartei (Komeito) und der Konstitutionellen Demokratischen Partei gebildete Zentristische Reformallianz erhält 167 Mandate (minus 123). Drittstärkste Kraft ist die Erneuerungspartei (Nippon Ishin no Kai) mit 36 (minus 2) Mandaten.

Thailand

In Thailand geht die konservativ-populistische Bhumjaithai-Party (BJT) von Ministerpräsident Anutin Charnvirakul als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (8.2.2026). Die Bhumjaithai-Party gewinnt 193 (plus 122) der 500 Mandate. Die progressive People's Party (Vorgängerparteien waren Future Forward und Move Forward) erhält 118 (minus 33) und die populistische Partei Pheu Thai 74 (minus 67) Mandate.

Portugal/Spanien/Marokko

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Süden Spaniens und Portugals sowie der Norden Marokkos werden von schweren Überschwemmungen heimgesucht (8.2.2026).

China/Hongkong

Der Medienunternehmer und Demokratieaktivist Jimmy Lai wird von einem Gericht in Hongkong zu einer weiteren Haftstrafe von 20 Jahren verurteilt (9.2.2026). Ihm werden Verschwörung und Veröffentlichung aufrührerischer Publikationen zur Last gelegt.

Kanada

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In der kanadischen Kleinstadt Tumbler Ridge (Provinz British Columbia) erschiesst eine 18-jährige Frau in einer Schule und in einem Wohnhaus neun Menschen. Sie tötet sich selbst (10.2.2026).

Nato/Grönland

Die Nato erhöht ihre Militärpräsenz in der Arktis. Zweck der Mission „Arctic Sentry“ ist eine bessere Überwachung Grönlands und eine Abschreckung gegenüber Russland und China (11.2.2026).

USA/Umwelt

US-Präsident Donald Trump erklärt die Gefährdungsfeststellung für Treibhausgase für ungültig und damit eine der wichtigsten Vorgaben für den Klimaschutz. Aufgehoben sind auch die Emissionsvorgaben für Autos (12.2.2026).

USA

Der umstrittene Einsatz der US-Einwanderungsbehörde ICE in Minneapolis (Minnesota) wird beendet (12.2.2026).

Bangladesh

In Bangladesh findet die erste Parlamentswahl seit der Entmachtung der langjährigen Machthaberin Sheikh Hasina im Jahr 2024 statt. Die Bangladesh National Party (BNP) gewinnt mit 209 der 299 direkt gewählten Mandate eine Zweidrittelmehrheit. Zweistärkste Kraft ist die Islamistenpartei Jamaat-e-Islami mit 68 Sitzen. Die Awami League von Sheikh Hasina wurde von der Wahl ausgeschlossen. Gleichzeitig wird ein politisches Reformpaket (July National Charter) mit fast 69 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**12.2.2026**).

USA/Europa/Transatlantisches Verhältnis

US-Aussenminister Marco Rubio versichert an der Münchner Sicherheitskonferenz, dass Europa der engste Partner der USA bleibe. „Wir wollen ein starkes Europa. Europa muss überleben“. Gleichzeitig fordert er eine Abkehr von der bisherigen globalen Ordnung. Der Glaube, dass eine „regelbasierte globale Ordnung“ nationale Interessen ersetzen könne, sei eine „törische Idee“ und eine „gefährliche Illusion“ gewesen (**14.2.2026**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Israel/Westjordanland

Die israelische Regierung will jüdischen Siedlern den Landerwerb im besetzten Westjordanland erleichtern (**15.2.2026**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Robert Duvall stirbt im Alter von 95 Jahren (**15.2.2026**).

USA

Der US-amerikanische Bürgerrechtler Jesse Jackson stirbt im Alter von 84 Jahren (**17.2.2026**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1455. Tag (17.2.2026)

Vertreter Russlands und der Ukraine treffen sich in Genf (**17.2.2026**). Die Gespräche enden ohne greifbares Ergebnis.

Iran/USA

Vor dem Hintergrund massiver Drohgebärden setzen die USA und Iran ihre indirekten Gespräche über das iranische Atomprogramm in Genf fort (**17.2.2026**). Beide Delegationen einigen sich auf Leitprinzipien für das weitere Vorgehen.

Peru

Nach nur vier Monaten im Amt wird der peruanische Übergangspräsident José Jerí (Jeri) wegen Korruptionsvorwürfen durch ein Misstrauensvotum im Parlament abgesetzt (**17.2.2026**). Ihm werden geheime Treffen mit chinesischen Geschäftsleuten zur Last gelegt. Zum neuen Übergangspräsidenten wird José Balcázar (Balcazar) gewählt.

Korea (Südkorea)

Der ehemalige südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol wird wegen Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 2024 (vgl. 3.12.2024) zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht wirft ihm vor, einen Aufstand angeführt und die Verfassung untergraben zu haben (**19.2.2026**).

Board of Peace/USA

Gazastreifen

In Washington findet das erste Treffen des von US-Präsident ins Leben gerufenen Board of Peace statt. Die Konferenz, an der rund zwei Dutzend Staaten teilnehmen, befasst sich mit Wiederaufbauplänen für den Gazastreifen. Trump teilt mit, dass sich die USA mit 10 Milliarden Dollar an den Aufgaben des Board of Peace beteiligen werden (**19.2.2026**).

Iran/USA

Im Streit um das iranische Atomprogramm setzt US-Präsident Donald Trump der Führung Irans ein Ultimatum. Sollte es in 10 bis 15 Tagen keine Einigung geben „wird es für sie bedauerlich“. Iran erklärt im Falle eines Angriffs alle US-Militäreinrichtungen in der Region zu „legitimen Zielen“ (**19.2.2026**).

Grossbritannien

Andrew Mountbatten-Windsor (ehemals Prinz Andrew), Bruder des britischen Monarchen Charles III, wird vorübergehend von der Polizei festgenommen (**19.2.2026**). Er wird verdächtigt, während seiner Zeit als britischer Handelssonderbeauftragter vertrauliche Informationen an den Sexualstraftäter Jeffrey Epstein weitergegeben zu haben.

USA

Das Oberste Gericht der USA bezeichnet einen Grossteil der von Präsident Donald Trump im Vorjahr verhängten Zölle für unrechtmässig. Trump habe seine Befugnisse überschritten (**20.2.2026**). Trump hatte sich auf ein Gesetz von 1977 gestützt. Er kritisiert den Entscheid des Supreme Court und kündigt gleichzeitig einen globalen Importzoll von 10 Prozent an. Die neue Zollsätze sollen ab dem 24. Februar für 150 Tage gelten.

Mexiko

Der mexikanische Drogenboss Nemesio Oseguera Carvantes, genannt „El Mecho“, kommt bei einem Militäreinsatz ums Leben. Er erliegt den Verletzungen nach seiner Festnahme in Tapalpa im Bundesstaat Jalisco (**22.2.2026**). Die USA hatten auf die Ergreifung des Anführers des Drogenkartells Jalisco Nueva Generación eine Belohnung von 15 Millionen Dollar ausgesetzt. Bandenmitglieder reagieren mit Racheakten. In mehreren Bundesstaaten werden Auto, Busse, Banken und Geschäfte in Brand gesetzt.

Niederlande

Rob Jetten von den sozialliberalen Demokraten 66 (D66) wird neuer niederländischer Ministerpräsident (**23.2.2026**). Er leitet eine Minderheitsregierung mit den Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) und der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD). Rob Jetten ist mit 38 Jahren der bisher jüngste Regierungschef der Niederlande.

EU/Ungarn/Russland

Ungarn blockiert die geplante EU-Finanzierungsunterstützung für die Ukraine im Umfang von 90 Milliarden Euro sowie das neue Sanktionspaket gegen Russland (**23.2.2026**).

Slowakei/Ukraine

Die Slowakei stoppt die Notstromlieferungen an die Ukraine (**23.2.2026**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1462. Tag (24.2.2026)

UNO

Anlässlich des vierten Jahrestages des Beginns des russischen Krieges gegen die Ukraine fordert die UNO-Vollversammlung in einer Resolution einer „sofortige, komplette und bedingungslose Waffenruhe“ und einen auf internationalem Recht basierenden „umfassenden, fairen und anhaltenden Frieden“.

Afghanistan/Pakistan

Der seit langem schwelende Konflikt im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan eskaliert. Nach afghanischen Attacken auf pakistanische Militäreinrichtungen reagiert Pakistan mit Vergeltungsschlägen auf Ziele in der Hauptstadt Kabul und in den Provinzen Kandahar und Paktia. Pakistan erklärt Afghanistan den „offenen Krieg“ (**27.2.2026**). Pakistan macht die in Afghanistan herrschenden Taliban für eine Reihe von Anschlägen verantwortlich. Afghanistan unterstütze die pakistanischen Taliban (Tehrik-e-Taliban Pakistan/TTP).

Irakrieg (Iran/Israel/USA

Katar, Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate/Kuwait/Irak/Jordanien

Strasse von Hormuz/Erdöl, Erdgas

1. und 2.Tag (28.2.und 1.3.2026)

Die USA und Israel greifen gemeinsam Iran an.

- Die Luft- und Raketenangriffe beginnen am 28. Februar 2026, am frühen Samstagmorgen.
- Im Visier der Operationen „Epic Fury“ (USA) und „Roaring Lion“ (Israel) sind neben militärischen Anlagen in Teheran und anderen Städten die Führungskräfte Irans.
- Der 86-jährige Ayatollah Ali Khamenei, seit Juni 1989 oberster Führer des Landes, kommt bei den Angriffen ums Leben.
- Auch der Chef der Revolutionsgarden, Mohammad Pakpour, Generalstabschef Abdulrahim Mussawi und Verteidigungsminister Asir Nasirzadeh werden getötet.
- In Iran übernimmt ein Übergangsrat die Macht. Ihm gehören Staatspräsident Mazud Pezeshkian, Ayatollah Alizera Araf, Mitglied des Wächterrates, und der Oberste Richter des Landes, Gholam-Hossein Mohseni-Ejei, an.
- „Unser Ziel ist es, das amerikanische Volk zu verteidigen, indem wir die unmittelbare Bedrohung durch das iranische Regime beseitigen“, erklärt US-Präsident Donald Trump. Und: „Wir werden dafür sorgen, dass Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen kommt.“
- «Übernehmt die Regierung, wenn wir mit den Bombardierungen fertig sind“, ruft US-Präsident Donald Trump die iranische Bevölkerung auf. Und der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu sagt: „Nehmt euer Schicksal in die eigenen Hände. Schaut in den Himmel. Die Piloten der freien Welt kommen euch zu Hilfe. Die Hilfe ist da.“
- Laut iranischen Angaben fordern die Attacken Israels und der USA an den ersten beiden Tagen über 500 Tote.
- In der südiranischen Stadt Minab wird bei einem Luftangriff eine Mädchenschule getroffen. Iran meldet über 160 tote Kinder. Unmittelbar neben dem Schulgebäude befindet sich ein Gelände der Revolutionsgarden. Der Verdacht fällt auf die USA. Möglicherweise erfolgte der Beschuss auf der Grundlage veralteter Koordinaten
- Iran übt Vergeltung, greift mit Raketen und Drohnen Israel sowie US-amerikanische Stützpunkte und andere militärische Einrichtungen in den Golfstaaten Katar Bahrain, Vereinigte Arabische Emirate und Kuwait sowie im Irak an. Auch ein Stützpunkt der jordanischen Luftwaffe wird attackiert. Damit weitet sich der Konflikt auf mehrere Staaten der Region aus.
- In Beit Shemesh, westlich von Jerusalem, kommen beim Einschlag einer iranischen Rakete neun Menschen ums Leben.
- Die US-Armee meldet den Tod von vier Soldaten.
- Der Flugverkehr in der Region ist weitgehend lahmgelegt. Wichtige Flughafen-Drehkreuze wie Dubai, Abu Dhabi und Doha sind geschlossen. Zehntausende Touristen sitzen fest

- In der Strasse von Hormuz werden Tanker von iranischen Revolutionsgarde beschossen. Der Schiffsverkehr kommt zum Erliegen. Reedereien und Ölkonzerne stellen die Fahrten durch die Meerenge ein. Ein Fünftel des weltweiten Handels mit Erdöl und mit Flüssiggas passiert normalerweise die Meerenge.

Irakrieg (Iran/Israel/USA

3. Tag (2.3.2026)

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Saudiarabien/Katar/Zypern/Spanien

Erdöl/Erdgas

- Die proiranische libanesische Hizbullah-Miliz übt „Vergeltung“ für den Tod des iranischen Revolutionsführers Ayatollah Khamenei und greift Israel mit Drohnen und Raketen an. Israel reagiert mit Angriffen auf Stellungen der Hizbullah in den südlichen Vororten von Beirut und im südlichen Grenzgebiet zu Israel. Die libanesische Regierung stellt sich gegen die Miliz und verbietet ihr Militäraktionen.
- Iran attackiert Energieanlagen in der Golfregion mit Drohnen. Betroffen ist auch die Raffinerie Ras Tanura des Erdölkonzerns Saudi Aramco. Nach Drohnenangriffen stellt Qatar Energy die Produktion von Flüssiggas ein. Da der Schiffsverkehr in der Strasse von Hormuz eingebrochen ist, kommen die Energieexporte in der Golfregion zum Erliegen. Die Erdöl- und Erdgaspreise steigen: um 11 Prozent für Erdöl und um 50 Prozent für Erdgas.
- Auch Zypern ist vom Konflikt betroffen. Eine Drohne explodiert auf dem britischen Stützpunkt Akrotiri.
- Spanien verbietet den USA die Benutzung von den Flotten- und Luftwaffenstützpunkten im Süden Spaniens für Angriffe gegen Iran. Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) kritisiert die Intervention der USA. „No a la guerra“, betont er in einer Ansprache (4.3.2026). US-Präsident Donald Trump droht Spanien mit Handelssanktionen.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron kündigt wegen wachsender nuklearer Bedrohung eine Erhöhung der Zahl der nuklearen Sprengköpfe an (2.3.2026).

Schweiz/EU

Der Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unterzeichnen in Brüssel das zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ausgehandelte Vertragspaket (2.3.2026).

Irakrieg (Iran/Israel/USA

4. Tag (3.3.2026)

Strasse von Hormuz/Saudiarabien/Kuwait

- In den vier Tagen seit Beginn des Krieges haben die US-Streitkräfte nach Aussagen von Admiral Brad Cooper fast 2000 Ziele in Iran angegriffen. In der Krisenregion seien 50 000 Soldaten, 200 Kampfflugzeuge und zwei Flugzeugträger im Einsatz.
- US-Präsident Donald Trump stellt den in der Strasse von Hormuz festsitzenden Öltankern Geleitschutz in Aussicht.
- Die US-Botschaften in den Hauptstädten Saudiarabiens und Kuwaits werden mit Drohnen angegriffen. Dabei entstehen Sachschäden.

Irakrieg (Iran/Israel/USA

5 Tag (4.3.2026)

Türkei

- Ein U-Boot der US-Marine versenkt vor der Südküste Sri Lankas eine iranische Fregatte. Mindestens 80 Besatzungsmitglieder kommen dabei ums Leben.
- Die Nato-Luftabwehr stoppt eine Rakete bevor sie türkischen Luftraum erreicht.
- Der US-Senat lehnt die War Powers Resolution, mit der die Befugnisse von Präsident Donald Trump im Irakrieg beschränkt werden sollten, mit 53 zu 47 Stimmen ab.

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Nach Angriffen der proiranischen libanesischen Hizbullah-Miliz auf Ziele im Norden Israels fordert die israelische Armee die Bevölkerung im Süden Libanons zur Evakuierung auf. Ein Evakuierungsbefehl gilt auch für die südliche Beirut Vorstadt Dahiye (5.3.2026). Es folgen massive israelische Luftangriffe. Die Behörden registrieren innert weniger Tage rund 400 Tote. Hunderttausende Menschen flüchten.

Irakrieg (Iran/Israel/USA

Aserbaidshan

6 Tag (5.3.2026)

- Aserbaidshan meldet Drohneneinschläge in seiner autonomen Exklave Nachitschewan und macht Iran dafür verantwortlich.
- US-Präsident Donald Trump erklärt, er wolle bei der künftigen Führung Irans mitbestimmen. Mojtaba Khamenei, Sohn des getöteten Revolutionsführer Ali Khamenei, sei für ihn „inakzeptabel“.

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt Kristi Noem, die wegen ihrer Migrationspolitik umstrittene Ministerin für Heimatschutz (5.3.2026).

China

Der chinesische Ministerpräsident Li Qiang gibt bei der Eröffnung des Nationalen Volkskongresses in seinem Arbeitsbericht ein wirtschaftliches Wachstumsziel von 4,5 bis 5 Prozent für das laufende Jahr bekannt (**5.3.2026**). Es ist das niedrigste Wachstumsziel seit Jahrzehnten. Die Verteidigungsausgaben sollen um sieben Prozent steigen.

Nepal

Politischer Umsturz in Nepal (**5.3.2026**): Die Rastriya Swatantra Party mit ihrem 35-jährigen Spitzenkandidaten Balendra Shah – ein ehemaliger Rapper – erringt bei der Parlamentswahl einen Erdrutschsieg. Sie gewinnt 182 (plus 162) der 275 Mandate. Die bisher mächtigen Parteien verzeichnen schwere Verluste. Zweitstärkste Kraft ist der Nepalis Congress mit 38 (minus 51) Sitzen. An dritter Stelle folgt die Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist) des früheren Ministerpräsidenten Khadga Prasad Sharma Oli mit 25 (minus 53) Mandaten.

Nepal war vor einem halben Jahr (vgl. 9.9.2025) von Massenprotesten der Generation Z erschüttert worden.

Irankrieg (Iran/Israel/USA)

7 Tag (6.3.2026)

US-Präsident Donald Trump fordert die „bedingungslose Kapitulation“ Irans.

Irankrieg (Iran/Israel/USA)

8 Tag (7.3.2026)

- Die USA und Israel attackieren die iranische Energieinfrastruktur. Viele Raffinerien und Ödepots gehen in Flammen auf.
- Der iranische Präsident Masud Pezeshkian entschuldigt sich in einer Videobotschaft bei den Nachbarländern für die Angriffe Irans. Es würden keine weiteren Angriffe geführt, es sei denn, ein Angriff auf Iran gehe von diesen Ländern aus. Iranische Hardliner üben scharfe Kritik. Die Botschaft bleibt wirkungslos.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung (Abschaffung der Heiratsstrafe) mit 54,3 Prozent Ja-Stimmen gut.

73,4 Prozent stimmen dem Gegenentwurf zur Bargeld-Initiative zu. Die Bargeldversorgung durch die Nationalbank wird damit in der Verfassung verankert.

Abgelehnt wird die SRG-Initiative („200 Franken sind genug“) mit 61,9 Prozent Nein-Stimmen. Die Initiative forderte eine Senkung der Abgabe an die Schweizerische Radio und Fernsehgesellschaft auf 200 Franken pro Jahr. Deutlich verworfen wird – mit 70,7 Prozent Nein-Stimmen – die Klimafonds-Initiative (**8.3.2025**).

Deutschland

Bei der Landtagswahl im deutschen Bundesland Baden-Württemberg bleiben die Grünen auch mit ihrem neuen Spitzenkandidaten Cem Özdemir trotz Stimmverlusten stärkste Kraft mit 30,2 Prozent Stimmenanteil. Die Christlich-Demokratische Union (CDU) verpasst ihr Ziel, den Spitzenplatz zu belegen, knapp mit 29,7 Prozent. Die Alternative für Deutschland (AfD) verdoppelt ihren Stimmenanteil auf 18,8 Prozent. Die Sozialdemokraten schaffen den Einzug ins Parlament mit 5,6 Prozent nur knapp und die Liberalen (FDP) scheitern erstmals an der Fünf-Prozent-Hürde (**8.3.2026**).

Iran

Iran hat einen neuen Revolutionsführer. Mojtaba Khamenei, Sohn des bei Beginn des Irankrieges bei Luftangriffen getöteten obersten Führer Ali Khamenei. Der vom Expertenrat gewählte neue Revolutionsführer gilt als Hardliner (**8.3.2026**).

Irankrieg (Iran/Israel/USA)

9 Tag (8.3.2026)

Bahrain

Erdöl/Börsen

- Wegen der Irankrieges steigen die Erdölpreise und überschreiten die Marke von 100 Dollar je Barrel. Die Aktienmärkte geraten unter Druck.
- In Bahrain wird eine Meerwasserentsalzungsanlage durch eine iranische Drohnenattacke beschädigt. Für Iran handelt es sich um eine Vergeltung für die Attacke auf eine Entsalzungsanlage auf der zu Iran gehörenden Insel Qeshm in der Strasse von Hormuz.

Irankrieg (Iran/Israel/USA)

10 Tag (9.3.2026)

Erdöl/Börsen

- US-Präsident Donald Trump erklärt, der Irankrieg sei „so gut wie beendet“. Der Krieg verlaufe „weit vor dem Zeitplan“. Kurz darauf sinkt der Ölpreis auf unter 90 Dollar je Barrel. Positiv reagieren auch die Börsen.
- Auf der zu Bahrain gehörenden Insel Sitra wird das Raffineriegelände Al-Mo'ameer mit Drohnen attackiert. Bei einem weiteren Drohnenangriff werden 32 Zivilisten verletzt.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

11. Tag (10.3.2026)

- Der iranische Polizeichef Ahmed-Reza Radan warnt Regimegegner „Wer auf Geheiss des Feindes auf die Strassen geht, den sehen wir nicht länger als Demonstranten an. Den sehen wir als Feind an und werden ihn wie einen Feind behandeln.“ Zuvor hatte Israels Premier Benjamin Netanyahu die iranische Bevölkerung erneut zum Sturz des Regimes aufgerufen.
- Die USA haben nach Angaben von Präsident Donald Trump nahe der Strasse von Hormuz 16 iranische Minenlegerschiffe zerstört.

Schweiz

Postautobrand

In der Freiburger Gemeinde Kerzers kommen beim Brand eines Postautos sechs Menschen ums Leben. Ein Mann hatte sich im Postauto mit einer Flüssigkeit übergossen und sich Brand gesetzt (**10.3.2026**).

Erdöl/Internationale Energieagentur(IEA)

Wegen der Folgen des Irakkrieges gibt die Internationale Energieagentur (IEA) 400 Millionen Barrel Öl aus den Notfallreserven ihrer Mitgliedsländer für den Markt frei. Es handelt sich um die grösste Freigabe in der Geschichte der Organisation (**11.3.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

12. Tag (11.3.2026)

Strasse von Hormuz/Erdöl/Irak

UNO-Sicherheitsrat

- Iran will Schiffe nur dann durch die Strasse von Hormuz passieren lassen, wenn sie dafür die Genehmigung Teherans erhalten haben. Jedes Schiff müsse vor dem Passieren der Meerenge die Genehmigung Irans einholen, sagt der Marinekommandant der Revolutionsgarde, Aliresa Tangsiri. Ein Militärsprecher erklärt, bis zum Ende des Krieges werde Iran keine Ölexporte aus der Region an Verbündete der USA und Israels erlauben.
- Im Persischen Golf geraten drei Schiffe unter iranischen Beschuss. Warnungen der Revolutionsgarde seien ignoriert worden heisst es.
- Vor der irakischen Küste nahe der Hafenstadt Basra werden zwei Öltanker attackiert. Aus Sicherheitsgründen schliesst der Irak alle Ölexportterminals.
- Der UNO-Sicherheitsrat fordert in einer Resolution das Ende der iranischen Angriffe auf die umliegenden Golfstaaten und verurteilt „jegliche Handlungen oder Drohungen“, die darauf abzielten, „die internationale Schifffahrt durch die Strasse von Hormuz zu blockieren, zu behindern oder anderweitig zu stören“. Russland und China enthalten sich der Stimme.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

13. Tag (12.3.2026)

Der neue iranische Revolutionsführer Mojtaba Khamenei ruft in einer von einem Journalisten verlesenen Videobotschaft zum fortgesetzten Widerstand auf und droht, die Strasse von Hormut weiter zu blockieren. Laut Gerüchten ist Mojtaba Khamenei bei Angriffen verletzt worden. Die USA setzen ein Kopfgeld auf auf die iranische Führung in Höhe von bis zu 10 Millionen Dollar aus.

USA/Russland

Die USA lockern die Sanktionen gegen Russland und erlauben für 30 Tage den Kauf von russischem Erdöl, das auf Schiffe verladen wurde (**12.3.2026**).

China

Der chinesische Volkskongress verabschiedet zum Abschluss des Jahrestages einen neuen Fünfjahresplan (**12.3.2026**). Dieser sieht ein jährliches Wirtschaftswachstum von 6,5 Prozent oder mehr vor.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

14. Tag (13.3.2026)

Schweiz

- Die USA greifen die militärischen Anlagen auf der iranischen Ölexportinsel Kharg im Persischen Golf an. Schätzungsweise 90 Prozent der iranischen Erdölausfuhren werden über die Insel Kharg abgewickelt.
- Die Schweizer Bundesrat stuft den Konflikt zwischen Iran, Israel und den USA als Krieg ein. Der Entscheid hat wegen des Neutralitätsrechts Auswirkungen auf die Genehmigung von Überflügen von US-Militärflugzeugen und auf Waffenexporte. Am Tag darauf (14.3.) verbietet die Landesregierung zwei US-Militärflugzeugen den Überflug.

Kuba

In Kuba wächst die Unzufriedenheit mit der wegen der Energieblockade der USA verschärften Wirtschaftskrise. In Morón verwüsten Demonstranten ein Büro der Kommunistischen Partei (**14.3.2026**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas stirbt im Alter von 96 Jahren (**14.3.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

16. Tag (15.3.2026)

Nato

US-Präsident Donald Trump drängt die Nato-Verbündeten zur Unterstützung bei der Sicherung von Öltransporten in der Strasse von Hormuz. Die Nato werde vor einer düsteren Zukunft stehen, sollten die Partner der USA dabei nicht helfen, sagt Trump in einem Interview der «Financial Times». Kein europäisches Land zeigt sich bereit, an der Seite der USA in den Krieg gegen Iran zu ziehen.

Kasachstan

Die Bevölkerung Kasachstans stimmt einer neuen Verfassung zu. Sie stärkt die Macht des Staatsoberhauptes (15.3.2026).

Kongo-Brazzaville

Präsidentenwahl in der Republik Kongo (Kongo-Brazzaville); Denis Sassou Nguesso wird nach offiziellen Angaben mit rund 95 Prozent für ein fünftes Mandat im Amt bestätigt (15.3.2026). Er gelangte 1979 an die Macht, regierte bis 1992 und übernahm 1997 wieder die Führung des Landes.

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Israelische Truppen rücken in den Süden Libanons vor (16.3.2026). Bei den als begrenzt bezeichneten Bodeneinsätzen sind Stellungen der Hizbullah-Miliz im Visier. Die Anfang März gestarteten Angriffe der israelischen Luftwaffe im Gebiet von Beirut gehen unvermindert weiter. Nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums sind bisher über 800 Menschen ums Leben gekommen. Die Zahl der Vertriebenen wird auf eine Million geschätzt.

Kuba/USA

US-Präsident Donald Trump erwähnt eine mögliche „Übernahme“ Kubas (16.3.2026). Er glaube, dass er „die Ehre haben werde“, Kuba „in irgendeiner Form zu übernehmen“ oder zu „befreien“, sagt er vor Journalisten im Weissen Haus. „Ich kann alles damit machen, was ich will.“

Am gleichen Tag erlebt Kuba einen landesweiten Zusammenbruch des Stromnetzes (16.3.2026).

Afghanistan/Pakistan

Der Konflikt zwischen Afghanistan und Pakistan eskaliert. Das Taliban-Regime beschuldigt Pakistan, in Kabul eine Entzugsklinik für Drogenabhängige bombardiert zu haben. Dabei seien mindestens 400 Menschen ums Leben gekommen (16.3.2026). Pakistan behauptet, der Luftangriff habe militärischen Einrichtungen gegolten.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

18. Tag (17.3.2026)

Bei einem israelischen Luftangriff werden zwei der wichtigsten Vertreter des iranischen Regimes, Ali Larijani, Vorsitzender des Rates für nationale Sicherheit, und Gholamreza Soleimani, Kommandant der Basij-Miliz, getötet.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

19. Tag (18.3.2026)

Erdöl/Erdgas

Katar/Kuwait/Saudiarabien

- Israel attackiert im Persischen Golf das Erdgasfeld South Pars. Das weltgrösste Gasfeld wird von Iran und Katar gemeinsam ausgebeutet
- Iran reagiert mit Angriffen aus die Flüssiggasanlage Ras Laffan in Katar. Dabei entsteht grosser Sachschaden. Katar gehört zu den grössten Gasproduzenten der Welt.
- Auch Erdölraffinerien in Kuwait und Saudiarabien sind im Visier von iranischen Drohnen.
- Die Preise für Erdöl und Erdgas steigen deutlich. Der Erdölpreis der Sorte Brent teigt auf 112 Dollar pro Barrel.

EU/Ungarn/Ukraine

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) blockiert beim Gipfeltreffen der Europäischen Union in Brüssel weiterhin die geplante EU-Finanzierungsunterstützung für die Ukraine im Umfang von 90 Milliarden Euro. Erst wenn wieder russisches Öl in Ungarn ankomme, sei er zu Konzessionen bereit, sagt Orbán (19.3.2026).

Schweiz/USA

Der Bundesrat bewilligt wegen des Irakkriegs keine neuen Waffenexporte an die USA (20.3.2026).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler und Kampfsportler Chuck Norris stirbt im Alter von 86 Jahren (19.3.2026)

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

21. Tag (20.3.2026)

Grossbritannien/Diego Garcia

- Die britische Regierung erlaubt der US-Armee die Nutzung ihrer Stützpunkte für Angriffe gegen Iran. Das iranische Regime sieht das als eine Beteiligung Grossbritanniens am Krieg.

- Iran attackiert im Indischen Ozean den britisch-US-amerikanischen Stützpunkt auf Diego Garcia. Eine Rakete stürzt ab, die andere wird abgefangen.

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Seit Beginn der israelischen Offensive gegen die Hizbullah-Miliz in Libanon Anfang März sind laut Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums mehr als tausend Menschen ums Leben gekommen (**20.3.2026**)

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

22. Tag (21.3.2026)

- US-Präsident Donald Trump droht Iran mit der Zerstörung seiner Energieanlagen, sollte das Land nicht innerhalb von 48 Stunden die Strasse von Hormuz vollständig öffnen. Andernfalls würden die USA Irans Kraftwerke angreifen und zerstören, „beginnend mit dem grössten!“, schreibt Trump auf seiner Plattform Truth Social.
- Das Teheraner Regime reagiert mit der Drohung, das iranische Militär werde alle Energieinfrastrukturen und Entsalzungsanlagen mit Verbindungen zu den USA in der gesamten Golfregion ins Visier nehmen, sollte die Energieinfrastruktur attackiert werden.
- Bei iranischen Raketenangriffen auf die israelischen Städte Dimona und Aral werden über 150 Menschen verletzt.

Deutschland

Nach 35 Jahren wird die Christlich-Demokratische Union (CDU) wieder stärkste Kraft im deutschen Bundesland Rheinland-Pfalz. Die Sozialdemokraten erleiden schwere Einbussen und müssen sich mit dem zweiten Platz begnügen (**22.3.2026**). Die CDU erhält 31 Prozent der Stimmen (plus 3,3 Prozentpunkte). Die SPD kommt auf 25.9 Prozent (minus 9,8 Prozentpunkte). Die Alternative für Deutschland (AfD) kann ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln. Sie gewinnt 19,5 Prozent (plus 11,2 Prozentpunkte).

Deutschland

Überraschend gewinnt der Grüne Dominik Krause die Wahl des Oberbürgermeisters von München. Dieter Reiter von der SPD wird abgewählt. Seit 1984 stellten die Sozialdemokraten den Oberbürgermeister (**22.3.2026**).

Frankreich

Zweite Runde der Kommunalwahlen in Frankreich: Paris und Marseille bleiben links und Lyon grün (**22.3.2026**).

- In Paris heisst der neue Bürgermeister Emmanuel Grégoire. Der sozialistische Kandidat setzt sich gegen die konservative Herausforderung Rachida Dati durch.
- In Marseille bleibt Benoît Payan, Anführer des progressiven Bündnisses „Printemps marseillais“, Bürgermeister und setzt sich gegen den Kandidaten des Rassemblement national durch.
- In Lyon verteidigt der grüne Amtsinhaber Grégory Doucet knapp seinen Posten als Bürgermeister.

Slowenien

Die linksliberale Freiheitsbewegung von Ministerpräsident Robert Golob geht knapp als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Slowenien hervor, verliert aber zusammen mit seinen linken Koalitionspartnern die Regierungsmehrheit. Die Freiheitsbewegung gewinnt 29, die Slowenische Demokratische Partei (SDS) des rechts-konservativen Ex-Premiers Janez Janša (Jansa) erringt 28 Mandate (**22.3.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

24. Tag (23.3.2026)

US-Präsident Donald Trump verlängert das Ultimatum gegen Iran (vgl. 21.3.2026) um fünf Tage und ordnet an, die Angriffe auf iranische Energieanlagen aufzuschieben. Es folgt eine weitere Verlängerung bis 6. April. Trump behauptet, seine Regierung habe „sehr gute und produktive Gespräche über eine komplette und totale Beilegung der Kampfhandlungen im Nahen Osten geführt“.

Italien

In Italien wird von der Regierung vorgeschlagene Justizreform in einem Referendum mit 53,4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (**23.3.2026**).

EU/Australien

Die Europäische Union und Australien einigen sich auf ein Freihandelsabkommen (**23.3.2026**)

Kolumbien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines kolumbianischen Militärflugzeuges im Süden des Landes, nahe an der Grenze zu Peru, kommen 69 Menschen ums Leben (**23.3.2026**).

Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Dänemark bleiben die Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen trotz hoher Verluste mit einem Stimmenanteil von 21,8 Prozent stärkste Kraft. Sie gewinnen 38 (minus 12) der 179 Mandate. Es ist das schlechteste Wahlergebnis seit 1903. Weder für den „roten Block“ mit 84 noch für den bürgerlichen „blauen Block“ mit 77 Mandaten gibt es eine Mehrheit. Zweistärkste Kraft ist die Sozialistische Volkspartei mit 20 (plus 5) Mandaten. 18 Sitze (minus 5) gewinnt die liberale Venstre. Je 16 Mandate erhalten die

Liberaler Allianz (plus 2) und die konservative Dänische Volkspartei (plus 11). Die Partei der Moderaten von Außenminister Lars Løkke Rasmussen gewinnt 14 Sitze (**24.3.2026**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1490. Tag (24.3.2026)

Die Ukraine registriert mit 948 die bisher umfangreichsten russischen Drohnenangriffe. In der Stadt Lwiw entstehen auch Schäden an historischen Gebäuden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Filmemacher und Autor Alexander Kluge stirbt im Alter von 94 Jahren (**25.3.2026**).

EU

Das EU-Parlament beschließt eine Verschärfung der Asylpolitik gestimmt. Die Rückführungsverordnung erlaubt unter anderem Abschiebezentren in Ländern außerhalb der Europäischen Union (**26.3.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

27. Tag (26.3.2026)

Pakistan/Strasse von Hormuz

- Pakistan bestätigt, als Vermittler dem iranischen Regime einen 15-Punkte-Plan der USA für eine Waffenruhe vorgelegt zu haben..
- In Iran sind seit Beginn des Krieges nach behördlichen Angaben mehr als 1900 Menschen getötet worden.
- Iran hat nach Angaben der UN-Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organization, IMO) die Strasse von Hormuz für „nicht-feindliche“ Schiffe wieder freigeben.

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1492. Tag (26.3.2026)

Die Ukraine greift die russische Erdölraffinerie Kirischii im Umland von St. Petersburg mit Kampfdrohnen an. Ein Feuer bricht aus, Kirischii ist nach Branchenangaben die zweitgrößte Erdölraffinerie Russlands. Zuvor waren an der Ostsee auch Ölanlagen in Primorsk und Ust-Luga von der Ukraine attackiert worden.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

29. Tag (28.3.2026)

Jemen

Erstmals seit Ausbruch des Irakkrieges wird Israel von Jemen aus mit einer Rakete der Huthi-Miliz beschossen. Die Rakete wird von der Luftabwehr abgefangen.

USA

In der USA protestieren Millionen Menschen unter dem Motto „No Kings“ gegen die Politik von Präsident Donald Trump. Die Proteste richten gegen die Migrationspolitik, die hohen Lebenshaltungskosten und den Irakkrieg (**28.3.2026**).

Israel

Das israelische Parlament beschließt die Einführung des Todesstrafe – faktisch nur für Palästinenser (**30.3.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

32. Tag (31.3.2026)

Die israelische Luftwaffe hat laut eigener Aussage seit Beginn des gemeinsam mit den USA geführten Krieges mehr als 800 Angriffe in Iran geflogen.

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

33. Tag (1.4.2026)

US-Präsident Donald Trump nimmt in einer Rede zur Nation Stellung zum Irakkrieg und kündigt an, die Luftangriffe gegen Iran würden nicht nachlassen. „Wir werden sie in den nächsten zwei bis drei Wochen extrem hart treffen“, sagt Trump. „Wir werden sie zurück in die Steinzeit schicken, wo sie hingehören.“

USA/Nato

US-Präsident Donald Trump droht in einem Zeitungsinterview mit dem Austritt aus der Nato (**1.4.2026**). Er betrachtet die Nato als „Papiertiger“. Nach dem Irakkrieg werde er die Mitgliedschaft in der Nato überdenken.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Mond

USA

Erfolgreicher Start der Nasa-Mission Artemis 2 zur Umrundung des Mondes (**1.4.2026**). Erstmals seit 53 Jahren sind wieder Menschen auf dem Weg in Richtung Mond. An Bord der Orion-Kapsel befinden sich die US-Astronautin Christina Koch, die US-Amerikaner Victor Glover und Reid Wiseman sowie der Kanadier Jermy Hansen. Artemis-2 soll eine für das Jahr 2028 geplante Landung auf dem Mond vorbereiten.

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt Justizministerin Pam Bondi (**2.4.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

35. Tag (3.4.2026)

Erstmals seit Beginn des Irakkrieges wird über Iran ein US-Kampfflugzeug abgeschossen. Es handelt sich um ein Flugzeug vom Typ F-15E. Beide Besatzungsmitglieder können von US-Streitkräften gerettet werden.

Myanmar

In Myanmar wird der bisherige Oberbefehlshaber der Armee, General Min Aung Hlaing, von den Parlamentsabgeordneten zum Staatspräsidenten gewählt (**3.4.2026**).

Vietnam

Der vietnamesische Parteivorsitzende To Lam wird von der Nationalversammlung zum Staatsoberhaupt gewählt. Er ist somit Staats- und Parteichef (**7.4.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

39. Tag (7.4.2026)

Pakistan/Strasse von Hormuz

Kurz vor Ablauf eines US-Ultimatums an Iran (vgl. 23.3.2026) verkündet US-Präsident Donald Trump eine von Pakistan vermittelte zweiwöchige Waffenruhe.

- Zuvor drohte Trump auf seinem Netzwerk Truth Social: „Heute Nacht wird eine ganze Zivilisation untergehen, um nie wieder zurückzukehren“. Und „Ich möchte nicht, dass das geschieht, aber es wird wahrscheinlich so kommen.“
- In Islamabad soll über ein endgültiges Abkommen zur Beendigung des Krieges verhandelt werden. Iran unterbreitet einen Zehn-Punkte-Plan. Trump spricht von einer «praktikablen Grundlage» für Verhandlungen.
- Der Ölpreis fällt nach der Ankündigung wieder unter die Marke von 100 Dollar pro Barrel.

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Die zwischen den USA und Iran vereinbarte Waffenruhe gilt nicht für Libanon. Die Hauptstadt Beirut und andere Gebiete erleben die heftigsten israelischen Luftangriffe seit Beginn des israelischen Krieges gegen die Hizbullah-Miliz Anfang März 2026. Laut libanesischen Angaben kommen dabei über 250 Menschen ums Leben (**8.4.2026**).

Russland

Das Oberste Gericht Russlands erklärt die Menschenrechtsgruppe Memorial für extremistisch. Jegliche Arbeit der Bewegung ist ab sofort verboten (**8.4.2026**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schauspieler Mario Adorf stirbt im Alter von 95 Jahren (**8.4.2026**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu kündigt Friedensverhandlungen mit Libanon an (**9.4.2026**).

Krankheiten/Hantavirus

An Bord des Kreuzfahrtschiffes „Hondius“ stirbt ein niederländischer Passagier an den Folgen einer Hantavirus-Infektion (**11.4.2026**). Danach sterben zwei weitere Passagiere. Das Schiff befindet sich auf der Fahrt von Argentinien zu den Kapverden. Mehr als 120 Passagiere und Besatzungsmitglieder treten von Teneriffa aus die Heimreise an (**11.5.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

44. Tag (12.4.2026)

Pakistan/Strasse von Hormuz

Die direkten Verhandlungen zwischen den USA und Iran in der pakistanischen Stadt Islamabad zur Beendigung des Irakkrieges scheitern. Die US-Delegation wurde von Vizepräsident J.D. Vance geleitet. US-Präsident Donald Trump kündigt eine Blockade der Strasse von Hormuz an. Von der Blockade der US-Marine ist der Schiffsverkehr von und zu iranischen Häfen betroffen.

Ungarn

In Ungarn endet die Ära Viktor Orbán (*Orban*). Die Opposition unter Führung von Péter Magyar von der Mitte-rechts Partei TISZA erringt bei der Parlamentswahl eine Zweidrittelmehrheit mit 141 der 199 Sitze. Orbáns nationalkonservative Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) muss sich mit 52 (minus 83) Mandaten begnügen (**12.4.2026**). Orbán regierte ununterbrochen seit dem 29. Mai 2010. Auch vom 6. Juli 1998 bis 27. Mai 2002 war er Regierungschef.

Péter Magyar wird am 9. Mai 2026 vom Parlament zum neuen Regierungschef gewählt

Benin

In Benin gewinnt Finanzminister Romuald Wadagni mit rund 94 Prozent Stimmenanteil die Präsidentenwahl (**12.4.2026**).

USA/Vatikan

US-Präsident Donald Trump reagiert auf Friedensappelle von Papst Leo XIV. mit scharfer Kritik am Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. Auf der Social-Media-Plattform Truth Social erklärt Trump unter anderem, der Papst sei «schrecklich» in Bezug auf Aussenpolitik (**12.4.2026**).

Israel/Libanon/USA

Zum ersten Mal seit über 40 Jahren treffen sich Vertreter Israels und Libanons unter Vermittlung der USA zu direkten politischen Gesprächen in Washington. Die Gespräche werden als konstruktiv bezeichnet und sollen fortgesetzt werden (**14.4.2026**).

Türkei

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 14-jähriger Jugendlicher erschiess in der südtürkischen Stadt Kahramanmaraş bei einem Überfall auf eine Schule acht Schüler und einen Lehrer (**15.4.2026**).

Konflikt Israel-Hizbullah-Libanon

USA

US-Präsident Donald Trump verkündet eine zehntägige Waffenruhe zwischen Israel und Libanon. Auf seiner Plattform Truth Social teilt Trump mit, Israel werde Libanon nicht mehr angreifen. „Es ist von den USA verboten“ (**16.4.2026**).

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

49. und 50. Tag (17.4. und 18.4.2026)

Strasse von Hormuz

- Iran beschliesst die Aufhebung der Blockade der Strasse von Hormuz – für die Dauer des Waffenstillstandes in Libanon.
- Nach der Ankündigung fällt der Ölpreis um mehr als 10 Prozent.
- Die USA beharren jedoch auf ihrer Blockade des Verkehrs von und zu iranischen Häfen.
- Am Tag darauf macht Iran die Öffnung der Strasse Strasse von Hormuz wieder rückgängig. Als Grund wird die US-Seeblockade genannt.

Bulgarien

Zum achten Mal in fünf Jahren wird in Bulgarien ein neues Parlament gewählt (**19.4.2026**). Überraschend gewinnt das erst vor wenigen Wochen unter Leitung des früheren Staatschefs Rumen Radew gegründete Mitte-links-Bündnis Progressives Bulgarien mit einem Stimmenanteil von 44,59 Prozent die absolute Mehrheit. Radews Bündnis erhält 131 der 240 Mandate. Das Bündnis der Mitte-rechts-Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung“ (Gerb) des langjährigen Ministerpräsidenten Bojko Borisow und der Union Demokratischer Kräfte (SDS) muss sich als zweitstärkste Kraft mit 39 (minus 27) Mandaten begnügen. Die Allianz „Wir setzen den Wandel fort“ – Demokratisches Bulgarien (PP-DB) erhält 37 (plus 1) und die von der türkischen Minderheit unterstützte Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) 21 (minus 8) Sitze. Die rechtsradikale prorussische Partei Wiedergeburt entsendet noch 12 (minus 21) Abgeordnete. Das Bündnis um die Sozialistische Partei (BSP) ist nicht mehr vertreten

Irakrieg (Iran/Israel/USA)

53. Tag (21.04.2026)

US-Präsident Donald Trump verlängert kurz vor dem geplanten Ende der zweiwöchigen Feuerpause im Irakrieg die Waffenruhe einseitig. Er werde die Feuerpause so lange aufrechterhalten, bis Teheran einen „geeinten Vorschlag“ zur Beendigung des Konflikts vorlege. Hintergrund ist laut Trump eine „tief gesplante iranische Führung“, die bislang keine einheitliche Position entwickelt habe.

EU/Ukraine/Ungarn/Russland

Ende der monatelangen ungarischen Blockade: Die EU-Staaten geben das geplante 90-Milliarden-Hilfspaket für die Ukraine frei (**22.4.2026**). Von den neuen EU-Finanzhilfen sind 60 Milliarden für verteidigungsrelevante Ausgaben vorgesehen. Ausserdem tritt ein neues Paket mit EU-Sanktionen gegen Russland in Kraft.

USA

Versuchtes Attentat auf US-Präsident Donald Trump: Während des White House Correspondents' Dinner in Washington versucht ein bewaffneter Mann die Sicherheitskontrolle zu überwinden. Es fallen Schüsse. Sicherheitskräfte überwältigen den 31-jährigen Mann. Ihm wird versuchter Mord an US-Präsident Trump vorgeworfen (**25.4.2026**).

Mali

Im Mali setzen Islamisten und Tuareg-Rebellen das Regime mit Angriffen im ganzen Land unter Druck (**25.4.2026**).

Militärausgaben

Die weltweiten Militärausgaben sind 2025 laut einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri auf 2,89 Billionen Dollar gestiegen (**27.4.2026**).

EU/Sexualstrafrecht

Das EU-Parlament fordert für die Einführung einer einheitlichen strafrechtlichen Definition von Vergewaltigung. Die Abgeordneten stimmen für die „Nur Ja heisst Ja“-Regel im Sexualstrafrecht (**28.4.2026**).

Opec/Vereinigte Arabische Emirate

Die Vereinigten Arabischen Emirate kündigen den Austritt aus dem Erdölkartell Opec und dem erweiterten Verbund Opec+ an (**28.4.2026**).

Kosovo

In Kosovo scheitert die Wahl eines neuen Staatsoberhauptes durch das Parlament (**28.4.2026**). Innerhalb 45 Tagen muss ein neues Parlament gewählt werden.

Umwelt

Laut einem Bericht der Weltmeteorologieorganisation (WMO) und des EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernicus zum Zustand des europäischen Klimas erwärmt sich Europa besonders schnell. Seit 1980 habe sich Europa zweimal so schnell wie der globale Durchschnitt erwärmt (**30.4.2026**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Maler und Bildhauer Georg Baselitz stirbt im Alter von 88 Jahren (**30.4.2026**).

USA/Deutschland

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth kündigt den Rückzug von 5000 Soldaten aus Deutschland an (**1.5.2026**). Gegenwärtig sind rund 39 000 US-Soldaten in Deutschland stationiert. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hatte US-Präsident Donald Trump mit kritischen Bemerkungen zum Irakkrieg verärgert-

Irakkrieg (Iran/USA)

Strasse von Hormuz

65. Tag (3.5.2026)

- US-Präsident Donald Trump lanciert die Mission „Project Freedom“, um im Persischen Golf blockierte Handelsschiffe aus der Strasse von Hormuz in den Golf von Oman zu lotsen.
- Zwei unter US-Flagge fahrende Frachtschiffe passieren im Schutz von zwei US-Kriegsschiffen die Strasse von Hormuz (4.5.2026). Laut Schätzungen stecken rund 2000 Frachter und Tanker sowie mehr als 20 000 Seeleute im Persischen Golf fest.
- Bereits am 5. Mai stoppt Trump die Mission „Project Freedom“. Es gebe grosse Fortschritte bei den Verhandlungen über ein Abkommen mit Iran.

Deutschland

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einer Amokfahrt eines 33-jährigen Mannes in der Innenstadt von Leipzig werden zwei Menschen getötet und drei schwer verletzt (**4.5.2026**).

Rumänien

In Rumänien stürzt das Parlament die Koalitionsregierung des konservativen Ministerpräsidenten Ilie Bolojan (**5.5.2026**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Nordkorea will in einer überarbeiteten Verfassung sämtliche Bezüge auf eine Wiedervereinigung mit Südkorea streichen (**6.5.2026**).

Grossbritannien

Wales/Schottland

- Debakel für die Labour Party von Premierminister Starmer bei den Gemeindewahlen in England (**7.5.2026**). Sie verliert 1496 Sitze. Auch die Conservative Party befindet sich auf der Verliererseite (minus 563 Sitze). Klare Gewinnerin ist die rechtspopulistische Reform UK von Nigel Farage. Sie erhält 1453 (plus 1451) Sitze. Zu den Gewinnern gehören auch die Grünen (plus 441) und die Liberal Democrats (plus 155).
- Zum fünften Mal in Folge geht die Scottish National Party (SNP) als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Schottland hervor. Sie verpasst jedoch mit 58 Mandaten die absolute Mehrheit. Je 17 Mandate erobern die Reform UK und die Labour Party. Die Conservative Party erreicht nur den vierten Platz (12 Sitze, minus 19) nach den Grünen (15 Mandate, plus 7).
- In Wales ist die Labour Party erstmals seit Einführung des Regionalparlaments nicht mehr die stärkste Kraft. Die Unabhängigkeitspartei Plaid Cymru gewinnt 43 (plus 30) der 96 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die rechtspopulistische Reform UK mit 34 Sitzen. Die Labour Party muss sich mit 9 Mandaten (minus 21) begnügen.
- Die Parteienlandschaft ist im Umbruch. «Das Duopol von Tories und Labour ist gebrochen», analysiert die NZZ (11.5.2026).

Deutschland

Erstmals liegt die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) in Umfragen laut dem ARD-DeutschlandTrend mit 27 Prozent Stimmenanteil an der Spitze vor den Unionsparteien CDU/CSU mit 24, den Grünen mit 15 und den Sozialdemokraten (SPD) mit 12 Prozent (**7.5.2026**).

USA

Ein US-Handelsgericht – Court of International Trade – erklärt die von Präsident Donald im Februar 2026 eingeführten globalen Zölle von 10 Prozent als illegal (**7.5.2026**).

Irakrieg (Iran/USA)

Strasse von Hormuz

69. Tag (7.5.2026)

Die Waffenruhe im Krieg zwischen den USA und Iran ist brüchig. Beide Seiten melden Beschiessungen. Betroffen sind ein iranischer Öltanker und drei US-Kriegsschiffe.

Bulgarien

Rumen Radow wird zum neuen Regierungschef Bulgariens gewählt. Der frühere Staatspräsident war mit seinem Bündnis Progressives Bulgarien als klarer Sieger aus der Parlamentswahl (vgl. 19.4.2026) hervorgegangen (**8.5.2026**).

Ukraine/Russland

Ukraine-Krieg – 1535. Tag (8.5.2026)

USA

US-Präsident Donald Trump kündigt eine dreitägige Waffenruhe im Ukrainekrieg zwischen dem 9. und 11. 5. anlässlich der Feierlichkeiten zum 81. Jahrrstag des sowjetischen Sieges über Nazideutschland an. Sowohl Russland als auch die Ukraine wollen jeweils 1000 Kriegsgefangene freilassen.

Anmerkung:

Damit endet der 81-Jahre-Rückblick